

Das politische Leben und Wirken des KPD/DKP-Politikers Karl Schabrod in der Bundesrepublik

Inaugural-Dissertation
zur Erlangung des Doktorgrades der Philosophie (Dr. phil.)
durch die Philosophische Fakultät der
Heinrich-Heine-Universität Düsseldorf

vorgelegt von
René Lehmann

aus
Willich

Betreuer:
Prof. Dr. Christoph Nonn

Düsseldorf, März 2021

Inhaltsverzeichnis

1. Abkürzungsverzeichnis	4
2. Einleitung	6
3. Karl Schabrods Werdegang 1900 - 1945	14
4. Das Jahr 1945 – Ein Neuanfang	23
4.1 Befreiung des Zuchthauses Werl und politische Gehversuche	23
4.2 Sommer 1945: Wieder im Dienste der Partei	26
4.3 Der Aufruf vom 11. Juni 1945 – eine neue KPD?	31
4.4 Rückkehr nach Düsseldorf und Wiederaufbau der ‚Freiheit‘	36
5. Karl Schabrod als Landtagsabgeordneter 1946 – 1953	42
5.1 Die Ernannten Landtage – eine schwierige Ausgangslage für die KPD	42
5.2 Karl Schabrod in den gewählten Landtagen 1947 – 1950 und das Scheitern der politischen Großprojekte	47
5.3 Die Ausgrenzung und Selbstausgrenzung der KPD im Landtag 1948 – 1954	51
6. Die Stadtverordnetenversammlung Düsseldorf 1948 – 1956	65
7. Die KPD am Rande der deutschen Nachkriegsgesellschaft 1949 – 1956	80
7.1 Ausgrenzung sowie Selbstausgrenzung der KPD und Auswirkungen auf Karl Schabrod	80
7.2 Zwischen Radikalisierung und Liberalisierung – Bewältigungsstrategien der KPD	90
7.3 Das KPD-Verbotsverfahren 1951 – 1956	100
8. Karl Schabrod und das Verbotsurteil: zwischen Zäsur und Neuanfang 1956 – 1957	110
9. Von Rundbriefen zur Zeitung ‚die freie Meinung‘: Karl Schabrod als Verleger 1956 – 1960	117
10. Landtagswahl 1958 und Landtagswahlprozess 1958/59	126
11. Die Bundestagswahl 1961 – Karl Schabrods 3. parteilose Kandidatur	136
11.1 Karl Schabrods Wahlkampf und die Gründung der Kommunistischen Wahlgemeinschaft	136
11.2 Der Prozess gegen Karl Schabrod wegen Gründung der kommunistischen Wahlgemeinschaft 1962	141
11.3 Karl Schabrods Revisions- und Wiederholungsprozess 1963 – 1965	145
11.4 Karl Schabrods Prozess im Fokus der Medien und Zivilgesellschaft 1962 – 1965	150
12. Karl Schabrod als parteiloser Politiker 1956 – 1968	158
12.1 Strategien und Themen als parteiloser Politiker	158
12.2 Karl Schabrod und die Wiedezulassungsdebatte 1961 – 1968	167

13. Karl Schabrod und die DKP 1968 – 1981	181
14. Karl Schabrods historische Forschungen	191
14.1 Von der Täter- zur Verfolgungsgeschichte 1945 – 1965	191
14.2 Geschichtsarbeit als Mittel der Politik	200
15. Der Streit um die Entschädigungsrente seit 1959 und seine Letzten Jahre	209
16. Fazit	216
17. Literatur- und Quellenverzeichnis	224
17.1 Unveröffentlichte Quellen und Archivquellen	224
17.2 Zeitungen:	227
17.3 Literaturverzeichnis:	230
17.4 Quellen und Dokumente aus dem Internet:	237

1. Abkürzungsverzeichnis

ADE:	Ausschuss für deutsche Einheit
ADF:	Aktion demokratischer Fortschritt
APO:	Außerparlamentarische Opposition
ADJ:	Arbeitsgemeinschaft deutscher Juristen
IAK:	Internationales Auschwitz Komitee
BDS:	Bund Demokratischer Schüler
BGH:	Bundesgerichtshof
BSTU:	Behörde des Bundesbeauftragten für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen Deutschen Demokratischen Republik
ČSSR:	Tschechoslowakische Sozialistische Republik
DBR:	Deutscher Bildungsrat
DFU:	Deutsche Friedensunion
DGB:	Deutscher Gewerkschaftsbund
DKP:	Deutsche Kommunistische Partei
DNVP:	Deutschnationale Volkspartei
DP:	Deutsche Partei
DVZ:	Deutsche Volkszeitung
EKKI:	Exekutivkomitee der Kommunistischen Internationale
EVG:	Europäische Verteidigungsgemeinschaft
EWG:	Europäische Wirtschaftsgemeinschaft
FDGB:	Freie Deutsche Gewerkschaftsbund
FDJ:	Freie Deutsche Jugend
fdGO:	freiheitlich demokratische Grundordnung
HTO:	Haupttreuhandstelle Ost
ILSCH:	Internationale Leninschule
IWK:	Internationale wissenschaftliche Korrespondenz zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung
Jusos:	Arbeitsgemeinschaft der Jungsozialisten
KAB:	Katholische Arbeiterbewegung
KPD:	Kommunistische Partei Deutschlands
KPO:	Kommunistische Partei Opposition
KPÖ:	Kommunistische Partei Österreichs
KPdSU:	Kommunistische Partei der Sowjetunion
KWG:	Kommunistische Wahlgemeinschaft
NKS:	Nachlass Karl Schabrod, Besitz von Klara Tuchscherer (Stand 02.2021)
NKWD:	Naródníy Komissariát Vnútrennikh Del, Innenministerium der UdSSR
ND:	neues Deutschland
NRZ:	Neue Ruhr Zeitung
RGO:	Revolutionäre Gewerkschafts-Opposition

RP:	Rheinische Post
SBZ:	Sowjetische Besatzungszone
SDAJ:	Sozialistische Deutsche Arbeiterjugend
SDS:	Sozialistischer Deutscher Studentenbund
SED:	Sozialistische Einheitspartei Deutschlands
SFG:	Sozialistische Frei Gewerkschaft
SHAEF:	Supreme Headquarters Allied Expeditionary Forces
SOPADE:	Exil-Vorstand der SPD
SRP:	Sozialistische Reichspartei
Stapo:	Staatspolizeileitstelle Düsseldorf
STGB:	Strafgesetzbuch
UZ:	Unsere Zeit
VFF:	Volksbund für Frieden und Freiheit
VVN-BdA:	Vereinigungen der Verfolgten des Naziregimes – Bund der Antifaschisten
ZK:	Zentralkomitee der KPD
Zzg:	Zeitzeugengespräch

2. Einleitung

Im November 2019 entschied das Berliner Finanzamt, einem Verein politisch Verfolgter des Nationalsozialismus den Status als gemeinnützige Organisation abzuerkennen. Die Berliner Finanzbehörde begründete den Schritt mit der Einschätzung des bayerischen Verfassungsschutzes, wonach die VVN-BdA (Vereinigungen der Verfolgten des Naziregimes – Bund der Antifaschisten) linksextremistisch beeinflusst seien. Die behördliche Maßnahme zog sofort ein politisches Echo nach sich. Der hessische Landtagsabgeordnete Jan Schaluske von der Linken sah in dem Schritt des Finanzamtes einen unfassbaren Skandal.¹ Auch der bayerische Landesverband der SPD protestierte gegen den Entzug der Gemeinnützigkeit, während Bundesfinanzminister Scholz (SPD) keine Stellung bezog.² Der hessische Finanzminister Thomas Schäfer von der CDU wiederum verteidigte die Berliner Behörden, indem er auf das enge Verhältnis der VVN-BdA zur DDR aufmerksam machte.³ Dabei griff nicht nur Schäfer auf die Zeit des Kalten Kriegs zurück, sondern auch die VVN-BdA. Ulrich Sander, seit 2005 Bundessprecher der Vereinigungen, deklarierte den Streit um die Gemeinnützigkeit als „Revitalisierung des KPD-Verbotsurteils“ von 1956.⁴ Mit fortschreitender Dauer der Auseinandersetzung bezogen weitere gesellschaftliche Akteure Stellung. Josef Schuster, der Präsident des Zentralrates der Juden, bezeichnete den Entzug der Gemeinnützigkeit als „falsches Signal“ und verwies auf die Leistungen der VVN-BdA im Kampf gegen den Rechtsextremismus.⁵ Die VVN-BdA versuchte, auf ihren Fall aufmerksam zu machen und sammelte über 44.000 Unterschriften für die Aufrechterhaltung ihrer Gemeinnützigkeit.⁶

Für einige Beobachter muss der Streit wie aus der Zeit gefallen gewirkt haben, da die Auseinandersetzung der deutschen Behörden mit den VVN-BdA bis in das Jahr 1950 zurückgeht. Damals beschloss das Bundeskabinett unter Konrad Adenauer, dass die VVN-Mitgliedschaft unvereinbar mit dem Staatsdienst sei. Für die Bundesregierung galt die Organisation der KZ-Insassen als kommunistisch unterwandert und verfassungsfeindlich. Die Auseinandersetzung gipfelte 1959 im Verbotsantrag gegen die

¹ Frankfurter Rundschau, 23.12.2019: Fall VVN bewegt den hessischen Landtag.

² Michael Schrodi, 30.11.2019: Antrag YO1: Antifaschismus muss gemeinnützig bleiben, Kleiner Landesparteitag 30.11.2019, in: https://www.parteitag-bayernspd.de/cvtx_antrag/antifaschismus-muss-gemeinnuetzig-bleiben/; Neues Deutschland, 30.06.2020: Finanzamt weist Einspruch der VVN-BdA zurück.

³ Frankfurter Rundschau, 23.12.2019: Der Fall VVN bewegt den hessischen Landtag.

⁴ Ullrich Sander, 2020: Höchststrichterliches aus Bayerns Verfassungsschutzamt, in: <https://www.redglobe.de/deutschland/repression/64608-hchstrichterliches-aus-bayerns-verfassungsschutzamt>.

⁵ Jüdische Allgemeine, 20.05.2020: Zentralrat der Juden, Kritik an Gemeinnützigkeitsaberkennung für Verfolgte.

⁶ Petition: VVN-BdA muss gemeinnützig bleiben, in: <https://www.openpetition.de/petition/online/die-vvn-bda-muss-gemeinnuetzig-bleiben>.

VVN⁷ durch den damaligen Bundesinnenminister Gerhard Schröder. 1962 scheiterte der Prozess kurz vor seinem ersten Verhandlungstag, nachdem die VVN belastendes Material zum zuständigen Gerichtspräsidenten Dr. Fritz Werner und seiner nationalsozialistischen Vergangenheit öffentlich gemacht hatte. Das Verfahren wurde daraufhin dauerhaft ohne neuen Verhandlungstermin ausgesetzt.⁸

57 Jahre später scheint es, als ob die eingefrorene Debatte des Kalten Kriegs wieder aufgewärmt wird und das, obwohl die VVN-BdA längst von den Nachfahren der einstigen Verfolgten geführt wird, sich auch zahlreiche Nichtkommunisten in den Vereinigungen befinden und die Bedrohungslage des Kalten Krieges nicht mehr existiert. Der Streit um die Gemeinnützigkeit verdeutlicht, wie schwierig sich die Behörden im Umgang mit dem westdeutschen Altkommunismus tun. Während das System der DDR seit den 1990er Jahren gesellschaftlich, politisch und wissenschaftlich zunehmend aufgearbeitet wird, fehlt eine differenzierte Auseinandersetzung mit den kommunistisch beeinflussten Organisationen und Parteien der Bundesrepublik. Mit dem KPD-Verbotsurteil von 1956 schob die Bundesregierung der differenzierten Auseinandersetzung in Westdeutschland einen nahezu unüberwindbaren Riegel vor. In der Logik des Kalten Kriegs waren KPD, VVN-BdA und alle anderen ihr nahestehenden Organisationen Vasallen der SED ohne eigene Identität. Diese Logik verkennt die individuellen Voraussetzungen, denen sich Kommunisten in der Bundesrepublik gegenübersehen: fehlende kommunistische Staatsideologie, Auseinandersetzung mit dem Grundgesetz, Umgang mit der europäischen Integration und der NATO-Mitgliedschaft.

Auch die wissenschaftliche Forschung hat nicht die nötige Grundlage für eine solche Auseinandersetzung geschaffen. Der Forschungsstand zur KPD, der wichtigsten westdeutschen kommunistischen Organisation, zeigt folgendes: Die wesentlichen Überblickswerke, die von Werner Müller (1979),⁹ Georg Fülberth (1990)¹⁰ und Manfred Wilke (1990)¹¹ verfasst wurden, stammen noch aus der Zeit des Kalten Kriegs. Damit geht einher, dass die Autoren nur über einen unzureichenden Quellenzugang verfügten. Zahlreiche Parteiunterlagen der KPD waren von der Polizei beschlagnahmt worden, der Verfassungsschutz gab seine Akten nicht frei und viele Kommunisten vernichteten aufgrund ihrer Verfolgung Material oder gaben es in die DDR.

Wie zentral die vorenthaltenen Quellen für die wissenschaftliche Betrachtung der KPD-Geschichte sind, zeigt Josef Foschepoths jüngste Forschungsarbeit zum Parteiverbot aus

⁷ Der Namenszusatz ‚BdA‘ erfolgte am 22.05.1971, da die Vereinigungen ihre Mitglieder nicht länger ausschließlich über die Verfolgung im Nationalsozialismus definierten und so auch eine jüngere Generation ansprechen wollten.

⁸ Der Spiegel, 19.12.1962: VVN-Prozess Aufs tote Gleis; Präsidium der VVN, 1972: Vom Häftlingskomitee zum Bund der Antifaschisten, der Weg der Vereinigungen der Verfolgten des Naziregimes, Frankfurt, S. 15 und 34.

⁹ Werner Müller, 1979: Die KPD und die "Einheit der Arbeiterklasse".

¹⁰ Georg Fülberth, 1990: KPD und DKP 1945 – 1990, zwei kommunistische Parteien in der vierten Periode kapitalistischer Entwicklung.

¹¹ Manfred Wilke / Hans-Peter Müller / Marion Brabant, 1990: Die Deutsche Kommunistische Partei (DKP), Geschichte – Organisation – Politik.

dem Jahre 2017. Foschepoth nutzte die inzwischen freigegebenen Quellen der Bundesministerien des Inneren, der Justiz, des Bundeskanzleramtes und des Verfassungsschutzes sowie die Bestände des Bundesarchivs Berlin zur KPD und SED. So gelang es ihm, eine besorgniserregende Abhängigkeit des Bundesverfassungsgerichts von der Bundesregierung herauszuarbeiten, die sich nicht mit den Grundsätzen der Gewaltenteilung vereinbaren lässt.¹²

Der schlechte Zugang zu Quellenmaterial hätte an vielen Stellen durch einen engen Austausch mit den betroffenen KPD-Politikern ausgeglichen werden können. Doch die Spannungen des Kalten Kriegs trieben Wissenschaft und Zeitzeugen weit auseinander. Werner Müller argumentierte 1979, dass es „angesichts des vorhandenen Materials“ und der enormen Politisierung des Themas leicht gefallen sei, „auf persönliche Befragungen damals aktiver Funktionäre zu verzichten.“ Müller warf zwar selbst die Frage auf, ob diese Einseitigkeit nicht die Aussagekraft seiner Quellen schmälerte, verneinte dies aber mit Verweis auf den damals bestehenden und seiner Meinung nach umfangreichen Forschungsstand. Dabei bezog er sich auf einen Forschungsstand, der ebenfalls in Einseitigkeit entstanden war. Manfred Wilke und Georg Fülberth, die noch die Chance gehabt hätten, lebende Zeitzeugen einzubinden, griffen ebenso wenig auf diese Ressource zurück.¹³

Am stärksten betonte wohl Manfred Wilke die scheinbare Nichtrelevanz der KPD-Funktionäre, indem er die Entwicklung der KPD und DKP über den „hauptamtlichen Apparat“ der Partei untersuchte und erklärte: „Die Partei ist ihre Führung und die Führung war die Partei!“ Diese Quintessenz seiner 1990 veröffentlichten Arbeit erweiterte er um den zentralen Baustein, dass seit 1924 ausschließlich die KPdSU (Kommunistische Partei der Sowjetunion) über die Zusammensetzung der Parteiführung bestimmte.¹⁴ Damit hatte Wilke die Mitglieder der KPD, die unterhalb des Zentralkomitees standen, als eigenen Faktor aus der KPD-Geschichte entfernt und zu Statisten gemacht. Auch neuere Publikationen neigen dazu, die KPD und vor allem ihre Mitglieder zum Nonfaktor zu erklären. „Das Verbot der KPD im August 1956 stellte keinen grundsätzlichen Einschnitt im Prozeß des Strukturwandels der kommunistischen Bewegung dar“, schrieb Till Kössler 2005 und Axel Schildt schloss sich 2017 dieser Ansicht an. Kössler und Schildt begründeten diese Aussage mit den beachtlichen Verlusten an Wählerstimmen und Mitgliedern, den die KPD seit Ende der 1940er Jahren erlebt hatte.¹⁵ So sehr die Aussage auf den Bedeutungsverlust der Partei zutrifft, übergeht sie doch die enormen Einschränkungen, die der noch bestehende und durchaus

¹² Josef Foschepoth, 2017: Verfassungswidrig!, Das KPD-Verbot im Kalten Bürgerkrieg, Göttingen.

¹³ Müller, 1979: Die KPD und, S. 5.

¹⁴ Wilke, 1990: Die Deutsche Kommunistische, S. 9 u. 76.

¹⁵ Axel Schildt, 2017: Antikommunismus von Hitler zu Adenauer, in: Frei Norbert / Dominik Rigoll, Der Antikommunismus in seiner Epoche, Weltanschauung und Politik in Deutschland, Europa und den USA, S. 197; Till Kössler, 2005: Abschied von der Revolution, Kommunisten und Gesellschaft in Westdeutschland 1945 – 1968, S. 382.

aktive Kern der KPD durch das Verbot zu bewältigen hatte. Denn trotz ihres Bedeutungsverlustes war die KPD zu keinem Zeitpunkt eine Partei, die sich in der Auflösung befand und nach ihrem Verbot blieb die Partei weiter aktiv. Kössler und Schildt mangelte es, ebenso wie Müller, Fülberth und Wilke, an einem Blick in die KPD/DKP hinein.¹⁶

Als Gegenentwurf zur wissenschaftlichen Praxis, die kaum Gebrauch von den KPD-Funktionären und ihren Hinterlassenschaften machte, standen die betroffenen Kommunisten selbst, die sich ab den 1970er Jahren eigenmächtig um ihre historische Einordnung bemühten.¹⁷ Die fehlende wissenschaftliche Distanz zum Thema, der Mangel an wissenschaftlicher Erfahrung sowie die politische Beeinflussung durch die DDR gehören zu den festen Geburtsfehlern dieser Arbeiten. Selbst im 1989 veröffentlichten Doppelband ‚KPD 1945 – 1968 Dokumente‘, in dem sich die Autoren Judick, Schleifstein und Steinhaus um eine differenziertere Betrachtung ihrer eigenen Geschichte bemühen, werden unhaltbare Staatsauffassungen der DDR als historische Realitäten dargestellt: Die Vereinigung von SPD und KPD zur SED sei ohne Zwang geschehen und die Niederschlagung des Aufstandes vom 17. Juni 1953 wird zur siegreichen Abwehr gegen die „aggressiven Kräfte des deutschen Imperialismus“ verklärt. Auch der Bau der Berliner Mauer wird als Schutzmaßnahme gegen die unhaltbare Ausplünderung der DDR gerechtfertigt. Die Bundesrepublik habe durch „gezielte Abwerbung von Ärzten, Krankenschwestern etc. [...] darauf hingearbeitet, das Gesundheitswesen der DDR funktionsunfähig zu machen, um so eine politische Krisensituation zu schaffen.“¹⁸ Die Aufspaltung in zwei voneinander getrennte KPD-Geschichtsdarstellungen führte dazu, dass vor allem der Zeitraum zwischen Parteiverbot 1956 und der Gründung der DKP (Deutsche Kommunistische Partei) 1968, in dem es eine organisierte illegale KPD-Partei gab, nur äußerst unzureichend aufgearbeitet ist. In Wilkes Darstellung klafft zwischen Verbot und Wiedezulassungsdebatte ein zehnjähriges Loch, in dem die KPD-Geschichte unerwähnt bleibt.¹⁹ Andere Bereiche, wie die juristische Sondersituation, in der sich Kommunisten seit Einführung des Strafrechtsänderungsgesetzes von 1951 befanden, haben eine bessere Aufarbeitung erfahren. Auf der Makroebene schrieb Prof. von Brünneck seine Habilitationsschrift über die politische Justiz gegen Kommunisten.²⁰ Auf der Mikroebene publizierte NRW-Justizminister Diether Posser

¹⁶ So betont Till Kössler wie auch schon Müller, Wilke und Fülberth das fast vollständige Fehlen von Zeitzeugen-Interviews. Darüber hinaus mangelt es an der Einbindung von Nachlässen von KPD-Politikern, die eine gewisse Innensicht in die Partei hinein ermöglicht hätten. Kössler, 2005: Abschied von der, S. 30 – 31, 459 – 461.

¹⁷ Beispielsweise kann hier genannt werden: Aurel Billstein, 1973: Der eine fällt, die anderen rücken nach ..., Dokumente des Widerstandes und der Verfolgung in Krefeld 1933 – 1945, Frankfurt am Main; Angelika Lehndorff-Felsko / Fritz Rische, 1981: Der KPD-Verbotsprozess 1954 bis 1956, wie es dazu kam – sein Verlauf – die Folgen, Frankfurt am Main 1981; Max Reimann, 1973: Entscheidungen 1945 – 1956.

¹⁸ Günter Judick, 1989: KPD 1945 – 1968 Dokumente, Band 1 1945 – 1952, S. 21, 57, u. 97 – 98.

¹⁹ Wilke, 1990: Die Deutsche Kommunistische, S. 69 – 73.

²⁰ Alexander von Brünneck, 1978: Politische Justiz gegen Kommunisten in der Bundesrepublik Deutschland 1949 – 1968.

über Gerichtsprozesse gegen ehemalige KPD-Mitglieder, die er teilweise selbst als Anwalt verteidigt hatte.²¹

In der Gesamtbetrachtung ergeben sich somit wesentliche Forschungslücken im Bereich der KPD für die Zeit nach 1945, die sich unmöglich im Rahmen eines einzelnen Forschungsprojekts schließen lassen. Da ein Großteil der Probleme daraus resultiert, dass vor allem die Perspektive in die Partei hinein fehlt, wird diese Forschungsarbeit genau hier ansetzen. Über ein biographisches Fallbeispiel soll diese Perspektive in die KPD hinein ermöglicht werden und so eine breitere Grundlage schaffen, um die Forschungslücken zu schließen. Forschungsgegenstand ist das politische Leben und Wirken des Publizisten, VVN-Mitglieds und KPD-Funktionärs Karl Schabrod.²²

Karl Schabrod wurde am 19. Oktober 1900 in Perleberg geboren und trat 1924 in die Partei ein, in der er rasch aufstieg. Mit der Machtübernahme der Nationalsozialisten kam Schabrod in Schutzhaft. Nach seiner Freilassung im Frühjahr 1934 engagierte er sich für die inzwischen verbotene KPD und wurde zu lebenslänglicher Haft verurteilt. So erlebte er das Ende der deutschen Diktatur im Zuchthaus in Werl, das im April 1945 von amerikanischen Truppen befreit wurde. Karl Schabrod nahm nach seiner Heimreise seine politische Tätigkeit wieder auf und kehrte im Herbst 1945 in seine Wahlheimat Düsseldorf zurück. Hier entwickelte er sich im Verlauf der nächsten Jahre zu einem festen Mitglied des Parteivorstands im Bezirk Niederrhein. Er war Lizenzträger und zeitweise Chefredakteur der bedeutenden Düsseldorfer Parteizeitung ‚Freiheit‘, wurde Vorsitzender der KPD-Landtagsfraktion und saß im Stadtrat Düsseldorfs. Als die KPD am 17. August 1956 erneut verboten wurde, beschloss Schabrod, auch weiterhin politisch aktiv zu bleiben. Bis 1968 nahm er als unabhängiger Kandidat an drei Wahlen teil, gab eine eigene Zeitung heraus, entwickelte politische Grundsatzprogramme, beteiligte sich an Protestbewegungen und publizierte zu politischen Themen. Dieses Engagement führte immer wieder zu Anzeigen, Veranstaltungsverböten, Anklagen und Haftstrafen. Mit Gründung der DKP im Jahre 1968 trat Karl Schabrod in die Partei ein und war dort bis kurz vor seinem Tod am 31. März 1981 aktiv. Er verstarb krankheitsbedingt an den Folgen eines Hirntumors.²³

Der Ansatz dieser Arbeit ist vorwiegend biographisch aufgebaut und birgt damit sowohl Risiken als auch Chancen. Aus der Betrachtung der Struktur- und Sozialgeschichte heraus steht die Biographie als Genre für eine eher unwissenschaftliche Erzählform, die vor allem dazu neigt, die Errungenschaften großer Persönlichkeiten dazustellen, die

²¹ Diether Posser, 1991: Anwalt im Kalten Krieg, ein Stück deutscher Geschichte in politischen Prozessen 1951 – 1968.

²² Wichtig ist anzumerken, dass sich diese Arbeit keinesfalls Antithese zu Kössler oder Wilke verstanden wissen will. Es soll in erster Linie eine Perspektive eröffnet werden, die bisher leider für die wissenschaftliche Aufarbeitung der KPD fehlt.

²³ Der Spiegel, 26.03.1979: „Gegen Flick und Florian“; Karl Schabrod, 1959: 15 Männer verteidigen ihr Recht, ein Politischer Mammutprozeß vor der IV. Großen Strafkammer in Düsseldorf, S. 5.

Geschichte gemacht haben. Der Mehrwert des biographischen Ansatzes ergibt sich jedoch nicht durch das Herauskehren von erbrachten Lebensleistungen, die eine Einmaligkeit der beschriebenen Person zeigen. Eine Biographie bietet viel mehr die Chance, das Individuum im Wechselspiel mit der Gesellschaft darzustellen. Der Blick auf die Mikroebene zeigt, mit welchen politischen und gesellschaftlichen Herausforderungen Karl Schabrod konfrontiert war, wie er mit neuen Rahmenbedingungen umgehen musste und wie sie ihn sowie seinen Lebensweg geprägt haben. Dieses Wechselspiel aus Gesellschaft und Individuum potenziert sich bei Karl Schabrod, da er durch seine KPD-Mitgliedschaft Teil eines Kollektivs war. Dieses hat er zeit seines Lebens unter widrigsten Bedingungen nach außen vertreten und er wurde von außen als Vertreter dieses Kollektivs wahrgenommen. Damit ist der Werdegang Karl Schabrods eng mit dem Werdegang der Kommunistischen Partei verknüpft und bietet so einen neuen und vor allem tiefen Einblick in die Geschichte der KPD.²⁴

Der Fokus dieser Arbeit liegt auf Karl Schabrod als Politiker. Seine privaten und familiären Beziehungen finden nur in dem Maße Berücksichtigung, wie sie für seine politische Arbeit und Entwicklung eine Rolle spielten. Die leitende Fragestellung der Arbeit lautet: Wie hat Karl Schabrod als Kommunist nach 1945 in Westdeutschland Politik gemacht? Aus der Fragestellung ergeben sich vier wesentliche Unterpunkte: 1.) Welche Themen hat Karl Schabrod überhaupt für seine politische Agenda aufgegriffen? 2.) Wie hat er sich Gehör für seine Themen verschafft? 3.) Wie reagiert die westdeutsche Nachkriegsgesellschaft auf Schabrods Bestrebungen? Stößt er auf Hindernisse seitens der Gesellschaft, Politik, Polizei und Justiz? 4.) Wie geht er mit diesen Hindernissen um?

Da eine eindeutige Definition des Politik-Begriffs in der Forschung fehlt, bedarf es zumindest einer grundsätzlichen Klärung, was Politik beinhaltet: „Allg.: P(olitik) bezeichnet jegliche Art der Einflussnahme und Gestaltung sowie die Durchsetzung von Forderungen und Zielen, sei es in privaten oder öffentlichen Bereichen.“²⁵ Politik versteht sich vor allem als gesellschaftliche Teilhabe. Ihre Motivation ist der Wunsch nach Veränderung oder die Bewahrung vor drohender Veränderung. Politik muss Gehör bei einem Personenkreis mit dem entsprechenden Einfluss finden, um umgesetzt werden zu können. Das Ziel von Politik ist es letztendlich, die eigenen Ansichten juristisch und moralisch in der Gesellschaft zu verankern.

Der Schwerpunkt der Arbeit liegt auf dem Lebensabschnitt nach 1945, da Karl Schabrods Haftzeit von 1933 bis 1945 bereits wissenschaftlich untersucht wurde. Dr. Mareen Heying hat in ihrer 2014 publizierten Masterarbeit die Briefwechsel zwischen Karl Schabrod und seiner Verlobten Klara Matthies analysiert. Des Weiteren ist das Jahr

²⁴ Zum Wechselspiel aus Individuum und Gesellschaft im Genre der Biographie vgl. Katharina Stengel, 2012: Hermann Langbein, Ein Auschwitz-Überlebender in den erinnerungspolitischen Konflikten der Nachkriegszeit, S. 11 – 12.

²⁵ Klaus Schubert / Martina Klein, 2016: Das Politiklexikon, Begriffe, Fakten, Zusammenhänge, S. 236.

1945 eine eindeutige Zäsur in Schabrods Biographie wie auch für die deutsche Gesellschaft.²⁶

Die Quellengrundlage der Arbeit bildet der umfangreiche Nachlass von Karl Schabrod. Dieser befindet sich zur Zeit (Stand: März 2021) im Privatbesitz seiner Tochter Klara Tuchscherer. Der Nachlass umfasst für die Zeit nach 1945 rund 100 Aktenordner, die Karl Schabrod selbst grob vorsortiert hat. Inhaltlich vermischen sich private Korrespondenzen, berufliches Material, juristische Akten und Manuskripte, oftmals in mehrfacher Ausführung. Rund die Hälfte der Aktenordner ist nach Schabrods Tod von seiner Witwe in die DDR gegeben worden. Die Überlegung der Familie war es, sensible Parteidokumente vor dem Zugriff oder der Beschlagnahmung durch die westdeutsche Polizei zu schützen. Diese Einschätzung resultierte aus den zahlreichen Hausdurchsuchungen und Anklagen, die die Familie Schabrod vor allem in den 1950er und 1960er Jahren erlebt hatte.²⁷ Heute liegen die Akten im Bundesarchiv, Außenstelle Finckensteinallee 63, 12205 Berlin. Da Karl Schabrods Tochter noch die vollständige Rechteinhaberin ist, erhielt der Teilbestand in Berlin zwar eine vorläufige Kennung (NY-4242), wird aber bis zur Rechtfreigabe nicht erschlossen.

Klara Tuchscherer hat damit begonnen, den Nachlass einzusortieren und zu archivieren, hat aber zum Zeitpunkt dieser Arbeit (Stand: März 2021) noch keine festen Signaturen vergeben. Deswegen werden die Quellen aus dem Nachlass wie folgt gekennzeichnet: Hinter den Quellennamen folgt das Kürzel NKS (Nachlass Karl Schabrod), danach die Signatur NY-4242, sofern es sich um den Berliner Teil handelt. Zuletzt kommt der Name des Ordners.

Die Frage, inwieweit der Nachlass über die Aktenabgabe in die DDR hinaus von belastendem Material gesäubert wurde, lässt sich rückwirkend nicht mehr klären. Karl Schabrods Ehefrau Klara hat zeit ihres Lebens keine klare Stellung dazu bezogen.²⁸ Anfragen bei der Behörde des BStU (Bundesbeauftragten für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen Deutschen Demokratischen Republik) und beim Bundesamt für Verfassungsschutz ergaben kein vom Nachlass abweichendes Quellenmaterial. Das Bundesamt für Verfassungsschutz ist noch im Besitz einiger Akten, in denen Karl Schabrod erwähnt wird. Diese Akten befinden sich zur Zeit in der Herausgabe an das Bundesarchiv und konnten deswegen nicht eingesehen werden (Stand: März 2021). Eine Personenakte zu Karl Schabrod existiert aus Datenschutzgründen nicht mehr.

Zu diesem Zeitpunkt kann nur noch abgeschätzt werden, ob eine Säuberung des Nachlasses als wahrscheinlich gilt. Da sich allerdings im Nachlass Quellen wie das

²⁶ Mareen Heying, 2014: Klara Schabrod: Alltagskonstruktionen einer Kommunistin in Briefen zur Zeit des deutschen Faschismus, „sei innigst umarmt und geküsst“, Bochum.

²⁷ Karl Schabrod an die Leserbrief-Redaktion der „NRZ“, Düsseldorf 29.05.1967, in: NKS NY-4242, Ordner 18.

²⁸ Zzg. Klara Tuchscherer, 24.01.2020.

„Programm zur nationalen Wiedervereinigung“²⁹ oder ein Instrukteursbericht zu Schabrods illegalen Tätigkeiten im Sommer 1945³⁰ finden, scheinen keine großen Nachbearbeitungen stattgefunden zu haben.

Darüber hinaus wird der Nachlass durch zahlreiche Gegenüberlieferungen ergänzt. Im Archiv des Landtags liegt eine umfassende Personenakte zu Karl Schabrods Landtagskarriere vor.³¹ Zur lokalpolitischen Tätigkeit existieren im Stadtarchiv Düsseldorf vollständige Gesprächsprotokolle von allen Ratssitzungen, an denen Karl Schabrod teilgenommen hat.³² Darüber hinaus war Schabrod selbst publizistisch tätig und gab von 1958 bis 1960 seine eigene Zeitschrift, „die freie Meinung“ heraus.³³ Im Rahmen seiner juristischen Auseinandersetzungen liegen neben Gerichtsurteilen auch eine Reihe von Presseartikeln vor, da Karl Schabrod seinen Fall immer wieder den Medien schilderte.³⁴ So ergibt sich ein umfassender Bestand an Quellen, um das politische Leben und Wirken des KPD-Politikers Karl Schabrod zu analysieren und so einen Beitrag zur Aufarbeitung der KPD-Geschichte zu leisten.

²⁹ Das umstrittene Parteiprogramm von 1952 bildete für das Bundesverfassungsgericht die Grundlage, die KPD 1956 zu verbieten. Die Verfasser des Programms wurden angeklagt und wegen Staatsgefährdung verurteilt. Das Programm wurde ebenfalls verboten.

³⁰ Karl Schabrod wurde im Auftrage des Berliner ZK der KPD in das Rheinland entsandt, um eine Bestandsaufnahme der noch vorhandenen politischen Strukturen zu machen. Zu diesem Zeitpunkt waren die Parteien in der britischen Zone noch verboten. Der Bericht schildert auch die Rücksprache mit Walter Ulbricht und dem ZK in Berlin. Karl Schabrod: Protokoll zur Instrukteursreise (19.07 – 11.08), 16.08.1945, in: NKS, Ordner 1945.

³¹ Biographisches Kompendium zu Karl Schabrod, in: Archiv Landtag NRW, LTNRW118 Nr. A0208/0658.

³² Protokolle der Stadtverordnetenversammlungen 1949 – 1956, in: Stadtarchiv Düsseldorf, 9-0-1-29.0000 bis 32.0000.

³³ Die Ausgaben der freien Meinung befinden sich ebenfalls im Besitz von Klara Tuchscherer.

³⁴ Die Urteilsprüche und Begründungen hat Karl Schabrod in seinen Nachlass aufgenommen. Zur medialen Berichterstattung: Der Spiegel, 26.03.1979: „Nachts kommt das KZ zurück“; SPIEGEL-Report über ehemalige NS-Verfolgte in der Bundesrepublik (II); Die Tat, 10.1958: Geburtstag im Gefängnis; DVZ, 21.09.1961: Dürfen Kommunisten kandidieren; SZ, 08./09.07.1961: Die Kommunisten rühren sich wieder.

3. Karl Schabrods Werdegang 1900 - 1945

Wilhelm Otto Karl Schabrod wurde am 19. Oktober 1900 in Perleberg, Provinz Brandenburg, geboren und zählte zu einer Generation, die in ganz besonderem Maße von den gravierenden Umwälzungen des 20. Jahrhunderts betroffen war. Geboren und sozialisiert im Kaiserreich, erlebte er den Ausbruch des 1. Weltkrieges als Schüler und die Entstehung der Weimarer Republik als junger Mann. Instabilität, Gewalt, Währungsreform und Wirtschaftskrise zählten zu den Erfahrungen der nächsten 14 Jahre, ehe die erste deutsche Demokratie vollends scheiterte. Mit der Machtübernahme der Nationalsozialisten hieß es, sich wieder mit einem neuen System auseinanderzusetzen, das wieder in einen Weltkrieg führte und wieder zusammenbrach. Mit Kriegsende wurde Deutschland in vier Besatzungszonen aufgeteilt, aus denen sich zwei gegensätzliche deutsche Staaten entwickelten. Diese Zeit der zahllosen wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Umbrüche hat Karl Schabrod sowie seine Generation geprägt und führt zur Frage: Wie hat er die Jahre bis zum Ende des 2. Weltkriegs erlebt und wie hat sich sein politisches Weltbild, auf dessen Grundlage er später Politik macht, in dieser Zeit ausgeformt?

Die Familie Schabrod stammt von belgischen Hugenotten ab, die im 18. Jahrhundert vertrieben worden waren und in Potsdam eine neue Heimat fanden. Hier war die Familie über Generationen hinweg vornehmlich als Leineweber tätig. Karls Vater Wilhelm Schabrod wuchs in Leest bei Potsdam auf, ergriff allerdings das Tischlerhandwerk. Nach seiner Lehre ging er auf Gesellenwanderung und legte in Mecklenburg die Meisterprüfung ab. In Perleberg, Landteil Prignitz, baute er seine eigene Tischlerwerkstatt auf und heiratete Marie Fathke, die Tochter eines ortsansässigen Tischlers. Karl Schabrod kam als zweites von insgesamt sieben gemeinsamen Kindern des Paares zur Welt. Eine politische Prägung durch die Familie hat es nicht gegeben. Wilhelm Schabrod gehörte zwar einer Tischlervereinigung an, besaß aber kein Parteibuch, ebenso wenig wie seine Frau Marie. Auch Karls sechs Geschwister blieben zeit ihres Lebens weitestgehend unpolitisch.³⁵

Als Karl Schabrod am 01. April 1915 die Volksschule in Perleberg abschloss, hegte er den festen Wunsch, Lehrer zu werden, was trotz der Unterstützung der Schulleitung am vehementen Einspruch des Vaters scheiterte. So erlernte Karl Schabrod gezwungenermaßen das Tischlerhandwerk und bestand seine Gesellenprüfung im Jahr 1918 mit „sehr gut“. Einer anschließenden Einberufung ins Heer entging er durch eine Anstellung bei einer Flugzeugfabrik von Fokker.³⁶

³⁵ Zzg. Günter Schabrod, 13.02.2020.

³⁶ Karl Schabrod, 04.02.1950: Lebenslauf, Düsseldorf, in: BArch, BY1/732; Karl Schabrod, undatiert: Einlassung zur Person, in: NKS, Juristisches und Karl Schabrod.

Hiernach besuchte Karl Schabrod für sechs Monate die Kunstgewerbeschule in Leipzig, bis seine Ersparnisse aufgebraucht waren und er seine Bestrebungen zu studieren vorerst aufgeben musste. Geldsorgen und Arbeitssuche verschlugen ihn die nächsten Jahre nach Berlin, Warin (bei Mecklenburg), Hamburg, Hannover und Karlsruhe, ehe er im Februar 1925 in seine Wahlheimat Düsseldorf kam. Anfangs teilte er sich mit seinem Freund und KPD-Mitglied Otto Matthies eine gemeinsame Wohnung.³⁷

Während der Arbeitssuche in der jungen Weimarer Republik entfaltete sich auch zunehmend Karl Schabrods politisches Interesse. Im Jahre 1920 trat er dem Holzarbeiterverband bei, der zu den freien Gewerkschaften zählte. Die freien Gewerkschaften waren in ihrer grundsätzlichen Ausrichtung sozialistisch und grenzten sich damit klar von den liberalen Hirsch-Dunckerschen Gewerkvereinen und der christlichen Gewerkschaftsbewegung ab.³⁸

Anfang 1922 trat Karl Schabrod aus der evangelischen Kirche aus und engagierte sich in der monistischen Jugendbewegung. Der Monismus entstand um das Jahr 1900 herum und verstand sich als „Prototyp einer wissenschaftlichen Weltanschauung“. Seine Gründerväter stammten größtenteils aus den Naturwissenschaften und versuchten, Religion und Philosophie zu einer einheitlichen Erklärung zusammenzufassen. Der Monismus stellte sich in besonderem Maße gegen vorherrschende Dualismen seiner Zeit, wie Körper und Seele oder Mensch und Natur. Den Vertretern des Monismus gelang es jedoch nicht, ihre Ansichten zu einer einheitlichen Lehre zu bündeln. Somit blieb die Bewegung ohne eine „echte Geschlossenheit“ und verlor in der Weimarer Republik wesentlich an Bedeutung. Für Karl Schabrod führte die Beschäftigung mit dem Monismus einerseits zu einer theoriegeleiteten Betrachtung der Gesellschaft, die Lösungsansätze für Probleme bot. Andererseits fand er einen ersten Zugang zu seinem späteren Berufsfeld als Redakteur und Verleger, da er die Zeitung der Jugendbewegung redigierte und Artikel schrieb.³⁹

Noch im selben Jahr trat er in Hannover in die SPD ein, ehe das Krisenjahr 1923 ihn wieder von der Partei entfremdete.⁴⁰ Am 11. Januar hatten französische und belgische Truppen das Ruhrgebiet besetzt, nachdem die Weimarer Republik mit Rohstoffzahlungen in Rückstand geraten war. Die deutsche Regierung unter Kanzler Cuno reagierte mit der Ausrufung eines umfassenden, passiven Widerstands. So sollte es den Franzosen und Belgiern nicht gelingen, das Ruhrgebiet ökonomisch nutzbar zu machen. Der passive Widerstand führte die wirtschaftlich angeschlagene Weimarer Republik bis September in den vollständigen Bankrot. Ab Juni kam es aufgrund des

³⁷ Karl Schabrod, 04.02.1950: Lebenslauf, in: BArch, BY1/732.

³⁸ Hans-Georg Fleck, 1994: Sozialliberalismus und Gewerkschaftsbewegung, die Hirsch-Dunckerschen Gewerkvereine 1868 – 1914, S. 9 – 10.

³⁹ Karl Schabrod, 04.02.1950: Lebenslauf, in: BArch, BY1/732; Paul Ziche, 2000: Monismus um 1900 Wissenschaftskultur und Weltanschauung, Monographien zur Geschichte der Biowissenschaften und Medizin Band 4, S. 3 – 6.

⁴⁰ Karl Schabrod, 04.02.1950: Lebenslauf, in: BArch, BY1/732.

raschen Geldverfalls zu Unruhen in ganz Deutschland und ab August folgten großflächige Streiks.⁴¹

Im Zuge des rasanten wirtschaftlichen Zerfalls erstarkten die politischen Ränder und schufen eine beachtliche Drohkulisse für die junge Demokratie. In Bayern war der republikfeindliche Gustav Ritter von Kahr zum Generalstaatsbevollmächtigten mit diktatorischen Befugnissen ernannt worden und weckte Angst vor einem Rechtsputsch aus München. Die KPD profitierte gleichermaßen von den politischen und wirtschaftlichen Verwerfungen und konnte stetigen Zulauf aus den Kreisen der sozialistischen Arbeiterschaft verbuchen. Die Partei begriff den Einmarsch der Truppen sowie die Ausrufung des passiven Widerstands als vorrevolutionären Zustand, der das Ende der Weimarer Republik einzuläuten schien. Uneinigkeit bestand allerdings in der Frage, wie der Status quo in eine Revolution überführt werden sollte.⁴²

Die Parteiführung um Heinrich Brandler sah die Bildung einer vollständigen Einheitsfront aus KPD und SPD als richtige Herangehensweise. Für den linken Parteiflügel, in dem sich vor allem Ruth Fischer profilierte, schien eine Einheitsfront von unten als einzige Lösung. Darin sollte die Parteibasis der SPD in eine gemeinsame Politik mit der KPD überführt und die sozialdemokratische Parteiführung als Helfer der Bourgeoisie entlarvt werden. Während es der Führung um Brandler zunächst noch gelang, ihren Kurs durchzusetzen, nahm der Druck des linken Flügels ab Februar fortwährend zu. Ruth Fischer stellte auf dem Bezirksparteitag Rheinland-Nord im März 1923 eine radikale Resolution vor, welche die Bildung einer Arbeiterrepublik vorsah, die militärisch Mitteldeutschland erobern sollte. Fischers radikaler Vorstoß scheiterte knapp mit 55 zu 68 Stimmen. Im Verlauf des Sommers sah auch die KPdSU die Voraussetzungen für einen revolutionären Aufstand gegeben und erarbeitete ab Ende August konkrete Revolutionsvorbereitungen. Es wurden nicht nur militärische Berater in die Weimarer Republik entsandt, sondern auch der 9. November 1923 als Aufstandsdatum bestimmt. Am 01. Oktober schrieb das EKKI (Exekutivkomitee der kommunistischen Internationale) an die KPD, sie solle einer Bildung von Landesregierungen in Thüringen und Sachsen mit der SPD zustimmen. Erste Regierungsmaßnahme sei die sofortige „Bewaffnung von 50.000 bis 60.000 Arbeitern“.⁴³

Als am 10. und 16. Oktober die SPD-KPD-Landesregierungen in Sachsen und Thüringen zustande kamen, reagierte die neue SPD-Reichsregierung unter der Führung von Gustav Stresemann sofort auf die angespannte Bedrohungslage. Stresemann verabschiedete ein Ermächtigungsgesetz, wonach die „von der Reichsregierung

⁴¹ Chronik 1923, in: <https://www.dhm.de/lemo/jahreschronik/1923>; Wilke, 1990: Die Deutsche Kommunistische Partei, S. 32 – 33.

⁴² Hermann Weber, 1969: Die Wandlung des deutschen Kommunismus, Die Stalinisierung der KPD in der Weimarer Republik Bd. 1, S. 43 – 44.

⁴³ Ebd., 44 – 50.

beschlossenen Reichsgesetze [...] von der Reichsverfassung abweichen“ durften.⁴⁴ Daraufhin wurde die Regierung in Sachsen am 20. Oktober abgesetzt und Reichswehrtruppen nach Mitteldeutschland geschickt. Am selben Abend sprach sich das ZK (Zentralkomitee) der KPD für einen Generalstreik aus. Allerdings entzogen die Mitglieder der Landes-SPD dem Streik jegliche Unterstützung, weswegen die KPD die Forderung aufgab.⁴⁵

Karl Schabrod erlebte das Krisenjahr 1923 teilweise vor Ort in Thüringen. Der Holzarbeiterverband hatte ihn für fünf Monate auf die Heimvolkshochschule nach Tinz bei Gera geschickt. Das Vorgehen der SPD im Reichstag gegen die eigenen Landesregierungen bedeutete für Karl Schabrod einen unverzeihbaren Sündenfall. So trat er „1924 mit einem großen Teil meiner Freunde aus der Sozialdemokratischen Partei und der Moju (Anm. Monistische Jugend) aus und schloss mich der Kommunistischen Partei an.“ Inwieweit Karl Schabrod die Flügelkämpfe und die vorrevolutionäre Politik der KPD kritisierte oder als gerechtfertigt ansah, kann rückwirkend nicht mehr festgestellt werden. In seiner eigenen Lebenserzählung stellte er ausschließlich den Verrat der SPD an der Arbeiterklasse in den Vordergrund. Aus der SPD heraus gab es den Versuch, Karl Schabrod in der Partei zu halten. Sie bot ihm an, ein Studium zu finanzieren, was er allerdings ablehnte. Damit ordnete er seinen unerfüllten Wunsch nach höherer Bildung klar seinen politischen Idealen unter.⁴⁶

Karl Schabrod trat dabei in eine KPD ein, die sich nach dem Krisenjahr 1923 stark veränderte. Auf dem Leipziger Parteitag 1924 übernahmen zunächst die Linken unter Ruth Fischer den Parteivorsitz, ehe dann 1925 Ernst Thälmann als Parteivorsitzender nachrückte. Unter Thälmann folgte die Stalinisierung der KPD, die vor allem die Autonomie der unteren Parteiebenen aufhob, die politische Macht auf das Politbüro und Sekretariat konzentrierte sowie die Partei in eine noch größere Abhängigkeit von der Komintern führte. Im Zuge dieser Entwicklung war ein immer größer werdender Teil der KPD-Funktionäre in Parteibetrieben angestellt. Zusätzlich übernahmen die Funktionäre Aufgaben in parteinahen Vereinen wie der ‚Roten Hilfe‘, wurden gezielt von Moskau aus aufgebaut und in eigenen Schulungszentren ausgebildet. Diese Schicht an hauptamtlichen Funktionären, die abschätzig als ‚Apparatschiks‘ bezeichnet wurden, bildeten das geschlossene Machtzentrum der KPD, auf das die Parteibasis kaum noch Einfluss nehmen konnte.⁴⁷

Auch Karl Schabrods politischer Aufstieg folgte diesem Muster. Er war ab 1925 Bezirksleiter des kommunistischen Jugendverbands am Niederrhein. 1927 fing er auf Anweisung der Partei als Redaktionslehrling bei der Arbeiterzeitung ‚Bergische Volks-

⁴⁴ Gesetz zur Behebung der Not von Volk und Reich, 24. März 1933, in: https://www.1000dokumente.de/index.html?c=dokument_de&dokument=0006_erm&object=abstract&st=&l=de.

⁴⁵ Weber, 1969: Die Wandlung des, S. 47 – 52.

⁴⁶ Karl Schabrod, 04.02.1950: Lebenslauf, Düsseldorf, in: BArch, BY1/732.

⁴⁷ Wilke, 1990: Die Deutsche Kommunistische, S. 45 – 46.

stimme‘ in Remscheid an, wo er schnell Betriebsrat und Vertrauensmann wurde.⁴⁸ Nach eigenen Angaben verlor Karl Schabrod seinen Posten 1929 aufgrund interner Streitigkeiten und kehrte für einige Zeit wieder in seinen Lehrberuf als Tischler zurück.⁴⁹

Doch das Ende bei der ‚Bergischen Volksstimme‘ bedeutete keinesfalls das Aus in der Parteikarriere Karl Schabrods. Im Herbst 1930 begann er sein Studium an der ILSCH (Internationale Leninschule) in Moskau. Die ILSCH existierte von 1926 bis 1938 und diente als angesehenere Kadenschmiede für kommunistische Funktionäre aus aller Welt. Die Zuteilung eines Studienplatzes erfolgte ausschließlich durch die Reichsleitung der KPD in Berlin. Ziel der Schule war es, alltagserfahrene Funktionäre zu Führungskadern zu formen. Die Vermittlung von marxistisch-leninistischem Grundwissen, die Geschichte der allgemeinen Arbeiterbewegung, aber auch militärisches Training in Uniform waren Teil des straffen Lehrplans, der sich über neun Monate erstreckte. Im deutschsprachigen Raum zählen Erich Honecker (Erster Generalsekretär des Zentralkomitees der SED), Heinz Hoffmann (Verteidigungsminister der DDR), Erich Mielke (Minister für Staatssicherheit der DDR), Admiral Waldemar Verner (Chef der Volksmarine der DDR) und Fred Oelßner (stellvertretender Vorsitzender des Ministerrats der DDR) zu den bekanntesten Absolventen der Akademie. Ein abgeschlossenes Studium an der ILSCH bedeutete fast zwangsläufig einen Karrieresprung innerhalb der Partei, so auch für Karl Schabrod.⁵⁰ Er fing nach seiner Rückkehr 1931 als leitender Wirtschaftsredakteur bei der angesehenen Düsseldorfer KPD-Zeitung ‚Freiheit‘ an und war bis 1933 zweiter Sekretär der RGO (Revolutionäre Gewerkschafts-Opportunisten), einer KPD-nahen Gewerkschaft.⁵¹

Karl Schabrods steiler Aufstieg zum Parteifunktionär in so jungen Jahren entsprach dabei durchaus der Struktur der KPD. Eine statistische Auswertung der führenden, kommunistischen Parteifunktionäre für den Zeitraum 1925 bis 1929 verdeutlicht, dass über 90% der Funktionäre männlich und zu 49,5% gelernte Arbeiter waren. Dabei betrug ihr Durchschnittsalter gerade einmal 34 Jahre. Bei der SPD lag das Durchschnittsalter des Spitzenpersonals im selben Zeitraum bei 56 Jahren.⁵²

Die Stadt Düsseldorf bot dabei einen günstigen Ausgangspunkt für Karl Schabrods politische Karriere. Die KPD stellte hier traditionell die zweitstärkste Kraft nach der Zentrumsparterie und holte sogar bei den Reichstagswahlen 1932 die meisten Stimmen. Noch Ende Januar 1933 hatte die KPD nach der Bildung des Kabinetts unter Hitler dazu aufgerufen, „mit dem Streik, mit dem Massenstreik, mit dem Generalstreik“ zu

⁴⁸ Bernd Haunfelder, 2006: Nordrhein-Westfalen – Land und Leute 1946 – 2006: ein biographisches Handbuch, Münster, S. 399.

⁴⁹ Karl Schabrod, 04.02.1950: Lebenslauf, in: BArch, BY1/732.

⁵⁰ Beatrix Herlemann, 1982: Der deutschsprachige Bereich an den Kadenschulen der Kommunistischen Internationale in: IWK 2, S. 211 – 216; ADN-Informationen, 07.05.1989, in: BSTU HA IX/11 SV53/89.

⁵¹ Karl Schabrod, 04.02.1950: Lebenslauf, in: BArch, BY1/732.

⁵² Weber, 1969: die Wandlung des, S. 26.

antworten.⁵³ So schaffte es die Düsseldorfer KPD, sechs Demonstrationzüge in den Arbeitervierteln der Stadt zu organisieren. Doch die lokale Stärke der KPD genügte nicht, um Karl Schabrod oder andere Funktionäre vor den Repressionen der NSDAP zu schützen.⁵⁴

Einen Tag nach dem Reichstagsbrand des 27. Februar 1933 griff die Polizei Karl Schabrod im Büro der RGO in Düsseldorf auf, als er Papier zum Druck eines Flugblattes holen wollte. Das Flugblatt erschien dennoch und hatte den Text „Nero steckte Rom in Brand und sagte, es waren die Christen, Hitler steckte den Reichstag in Brand und sagte, das waren die Kommunisten!“ Karl Schabrod verblieb, aufgrund der am Tag seiner Verhaftung erlassenen Verordnung zum Schutz von Volk und Staat, ohne richterlichen Beschluss bis zum 01. April 1934 in Schutzhaft. Die Gestapo begründete die Schutzhaft mit den „verschiedentliche(n) Strafverfahren wegen Störung von Versammlungen“ sowie drei Vorstrafen wegen Pressebeleidigungen. Allein in Düsseldorf traf die Verhaftungswelle über 3.800 Personen, darunter hunderte Kommunisten. Bis Juli 1933 saß Karl Schabrod auf dem Gelände der Arbeitsanstalt Brauweiler bei Köln ein.⁵⁵

Die örtlichen Polizeibehörden überführten die zahlreichen verhafteten Kommunisten nach Brauweiler, weil die Gerichtsgefängnisse innerhalb weniger Tage überfüllt waren. Bis April 1933 wuchs Brauweiler zur größten Haftanstalt für politische Häftlinge im Rheinland und in Westfalen. Zum Monatsende reichte das bestehende Wachpersonal nicht mehr aus, sodass SA-Hilfsleute eingesetzt werden mussten, ehe im Juli SS-Wachmannschaften die Aufgabe übernahmen. Brauweiler entwickelte sich damit zu einem der frühesten Konzentrationslager Deutschlands. Das enorme Wachstum der Häftlingzahlen überstieg dabei sowohl die Versorgungsmöglichkeiten der Kücheneinrichtung als auch die absoluten Unterbringungsmöglichkeiten auf dem Gelände. Im Durchschnitt standen jedem Gefangenen gerade einmal 2,6 m² Fläche zur Verfügung. Es fehlte an Betten und ebenso wenig gab es eine Möglichkeit, die Gefangenen in irgendeiner Form zu beschäftigen. „Es handelt sich hierbei durchaus um provisorische Verwahrung, die demnächst zugunsten einer produktiven Beschäftigung der Häftlinge in neu einzurichtenden Konzentrationslagern in Moorgebieten des Regierungsbezirks Osnabrück geändert werden soll“, beurteilte das preußische Innenministerium die Lage in Brauweiler im Juni 1933.⁵⁶ Aufgrund dieser Einschätzung kam Karl Schabrod am 01.

⁵³ Josef Becker, 1983: Hitlers Machtergreifung 1933, vom Machtantritt Hitlers 30. Januar 1933 bis zur Besiegelung des Einparteienstaates 14. Juli 1933, München, S. 32.

⁵⁴ Heying, 2014: „sei innigst umarmt“, S. 14.

⁵⁵ Ebd., S. 14 u. 26.

⁵⁶ Josef Wißkirchen, 2005: Brauweiler bei Köln: Frühes Konzentrationslager in der Provinzial-Arbeitsanstalt 1933/34, in: Jan Erik Schulte: Konzentrationslager im Rheinland und in Westfalen 1933 – 1945, Zentrale Steuerung und regionale Initiative, S. 65 – 74.

August in das Konzentrationslager Börgermoor, in dem sich zu diesem Zeitpunkt bereits 900 politische Häftlinge aus dem Rhein-Ruhr-Raum befanden.⁵⁷

Im Konzentrationslager Börgermoor wurde Karl Schabrod zum Barackenältesten gewählt und gehörte der illegalen Lagerleitung an. Er selbst definierte die illegale Lagerleitung als „politisch feste Führung“, die das Auftreten der Gefangenen gegenüber der Wachmannschaft, aber auch innerhalb der Baracken koordinierte. Bei Verstößen gegen diese „scharfe Disziplin“ gab es „richtige Strafen, zum Beispiel, daß einer von der Tischgemeinschaft in der Baracke ausgeschlossen wurde. Nur durch diesen Zusammenhalt konnten wir so viel erreichen.“ In seiner Führungsfunktion sprach er sich für die Durchführung des ‚Zirkus Konzentrazani‘ am 27. August 1933 aus. Bei dieser Veranstaltung stellten die Gefangenen ein Bühnenprogramm mit Clowns, Artisten und Komikern zusammen, das vor der SS-Wachmannschaft aufgeführt wurde. Am Ende der Veranstaltung sangen die Gefangenen zum ersten Mal das von ihnen selbst komponierte Moorsoldatenlied, welches später internationale Berühmtheit erlangte. Die Idee einer Zirkusveranstaltung war im Vorfeld sehr umstritten. Viele Gefangenen sahen darin ein Anbieten an die SS oder hatten die Befürchtung, die Veranstaltung könnte abfotografiert und von den Nationalsozialisten zu Propagandazwecken ausgeschlachtet werden. Karl Schabrod verteidigte die Zirkuspläne mit der Begründung, dass es gelingen könnte, Sympathien bei einigen SS-Leuten zu wecken und so die Gewaltausbrüche im Lager zu mindern oder gar die Geschlossenheit der SS anzugreifen. Jahrzehnte später beurteilte Karl Schabrod den ‚Zirkus Konzentrazani‘ als politischen Erfolg, der die Gewaltbereitschaft der SS im Lager massiv reduziert hätte. „Wir hatten 125 Mann Bewachung und nachher haben wir an den Fingern abgezählt: Wieviel schlagen jetzt noch. Zum Schluß waren wir bei 5 oder 4 angelangt.“⁵⁸

Des Weiteren positionierte sich Karl Schabrod als Barackenältester eindeutig, als der Zentrumsolitiker und ehemalige stellvertretende preußische Ministerpräsident Heinrich Hirtsiefer im September 1933 eingeliefert wurde. Die SS hatte Hirtsiefer gezielt in Schabrods Baracke gesperrt, da er hier Anfeindungen und Misshandlungen durch die Mitgefangenen befürchten musste. Schabrod betonte vor den politischen Insassen, Hirtsiefer sei klar „ein Feind der revolutionären Arbeiterschaft“ und „wir lehnen es daher ab, ihn als einen der Unsern zu betrachten“. Jedoch untersagte er jegliches gewaltsame Vorgehen gegen den Zentrumsolitiker sowie überhaupt jeden weiteren Kontakt zu Hirtsiefer.⁵⁹

⁵⁷ Mareen Heying, 2014: „denk ich mir auch immer, es kann ja nicht ewig so bleiben.“ – Klara und Karl Schabrod – Briefwechsel eines kommunistischen Paares zwischen Freiheit und Haft 1934 – 1945, in: Düsseldorfer Jahrbuch 84. Band, Essen, S. 221.

⁵⁸ Wolfgang Langhoff, 2014: Die Moorsoldaten, 13 Monate Konzentrationslager, Essen, S. 133 u. 165. Die erste Auflage des Buches erschien bereits 1935. Um die im Buch genannten Gefangenen vor Repressionen durch das NS-Regime zu schützen, änderte Langhoff die Namen. Karl Schabrod taucht im Buch als Kurt auf. Vgl. Wolfgang Langhoff / Karl Schabrod, 1983: Wir sind die Moorsoldaten, in: Werkkreis Literatur und Arbeitswelt: Der rote Großvater erzählt, Berichte und Erzählungen von Veteranen der Arbeiterbewegung aus der Zeit von 1914 – 1945, Berlin, S. 138.

⁵⁹ Langhoff, 2014: die Moorsoldaten, 13, S. 200 – 201.

Ab Juni 1933 war auch Karl Schabrods Verlobte, Klara Matthies von aktiver Verfolgung betroffen. Das Paar hatte sich erstmals auf einer Veranstaltung der Monistischen Jugend im Jahre 1922 in Hannover kennengelernt, bei der Klara über die politische Rolle von Frauen referiert hatte. Die Verbindung zwischen den beiden hatte Klaras Bruder und Karls guter Freund Otto Matthies hergestellt. Eine romantische Beziehung entstand allerdings erst Anfang 1933. Am 26. Juni 1933 wurde Klara wegen „kommunistischer Umtriebe und staatsfeindlicher Betätigung“ nachts in ihrer Wohnung verhaftet und von der SS misshandelt. Die SS übergab ihren Sohn Konrad bei der Abführung in die Obhut einer nationalsozialistischen Familie im Wohnhaus. Klaras Partefreundin Margarethe Halle holte den sieben Monate alten Jungen zurück, da sie sich gegenüber der Familie als Helferin der NS-Frauenschaft ausgab. Klara saß bis zum 21. Oktober 1933 in Schutzhaft und musste vor ihrer Entlassung einen damals üblichen Verpflichtungsschein unterzeichnen. In diesem entsagte sie jeglichen Schadensersatzansprüchen wegen Misshandlungen und bekundete, sich nicht mehr politisch zu engagieren.⁶⁰

Karl Schabrod, der ebenfalls bei seiner Haftentlassung am 01. April 1934 einen Verpflichtungsschein unterzeichnet hatte, kehrte zunächst nach Perleberg zurück. Die Gestapo hatte ihm untersagt, sich in Düsseldorf aufzuhalten. Düsseldorf hatte sich rasch nach der Machtübernahme der Nationalsozialisten verändert, was nicht zuletzt an der Einrichtung der Stapo (Staatspolizeileitstelle) Düsseldorf lag. Die im April 1933 errichtete Stapo war die größte Gestapostelle außerhalb Berlins. Bereits 1935 zählte sie 167 Mitarbeiter, die für Hausdurchsuchungen, Post- und Telefonüberwachungen, Verhöre und den Einsatz von V-Leuten verantwortlich war.⁶¹ Dabei unterstand die Stapo direkt den NS-Behörden in Berlin. Der Aufbau der Polizeistelle war den Nationalsozialisten besonders leicht gefallen, da die Düsseldorfer Polizei seit dem 1. Juli 1926 nicht länger dem Oberbürgermeister, sondern direkt dem preußischen Innenminister unterstand.⁶²

An den Pfingsttagen 1934 besuchte Klara ihren Verlobten in Perleberg und Karl bat sie, für ihn Kontakt zur illegalen KPD herzustellen. So übernahm er ab Mai 1934 im Auftrage des ZKs (Zentralkomitee) die Leitung der illegalen KPD im Ruhrgebiet und bemühte sich hauptsächlich um die Herausgabe von Flugblättern und einer Betriebszeitung. Bereits am 28. Juli 1934 wurde Karl Schabrod wieder von der Gestapo verhaftet und in die Dortmunder Steinwache gebracht, dort gefoltert und anschließend angeklagt. Die Staatsanwaltschaft hatte am 20. Dezember 1934 die Todesstrafe gegen Karl Schabrod wegen „Vorbereitung zum Hochverrat“ gefordert. Das Urteil wurde drei Tage

⁶⁰ Heying, 2014: „denk ich mir, S. 221 – 222; Heying, 2014: „sei innigst umarmt“, S. 21 u. 27.

⁶¹ Heying, 2014: „sei innigst umarmt, S. 15 – 16 u. 26.

⁶² Bastian Fleermann / Hildegard Jakobs / Frank Sparing, 2012: Die Gestapo in Düsseldorf 1933 – 1945, Geschichte einer nationalsozialistischen Sonderbehörde im Westen Deutschlands, Düsseldorf, S. 4 – 5.

später zu einer lebenslänglichen Haftstrafe abgemildert.⁶³ Bis zum 19. Dezember 1944 saß Karl Schabrod im Zuchthaus in Münster ein, ehe er aufgrund der zahlreichen Bombardierungen nach Werl verlegt wurde, wo er am 13. Mai 1945 von den Briten entlassen wurde.⁶⁴

Inwiefern wirkte sich nun Schabrods Herkunft und sein politischer Werdegang bis 1945 auf sein politisches Weltbild aus? Karl Schabrod wuchs ohne eine politische Prägung durch sein familiäres Umfeld auf und erarbeitete sich im Verlauf der 1920er Jahre sein eigenes Weltbild. Wo nach der Schulzeit noch der Wunsch nach höherer Bildung in Form eines Studiums dominierte, setzte ab 1920 eine politische Orientierungssuche ein, die ihn über den Holzarbeiterverband, die Monistische Jugend sowie die SPD schließlich zur KPD führte. Der Eintritt in die KPD war für Karl Schabrod ein endgültiger Schritt. Er brach mit der Sozialdemokratie und war bereit, den lang gehegten Wunsch nach einem Studium seiner neuen Parteimitgliedschaft unterzuordnen. Die KPD wiederum honorierte Schabrods Loyalität. Sie ermöglichte ihm eine berufliche Karriere als Verleger, schickte ihn auf die hoch angesehene ILSCH und übertrug ihm wichtige Funktionen. Karl Schabrods politische Ansichten hatten sich bis zum Ende des Jahrzehnts vollständig gefestigt und deckten sich mit der politischen Ausrichtung der Kommunistischen Partei. Daran änderte weder die Stalinisierung der KPD noch die aktive Verfolgung durch die Nationalsozialisten etwas. Er zeigte sich bereit, politische Aufgaben unter schwierigsten Bedingungen zu übernehmen und wurde als Barackenältester Teil der illegalen Lagerleitung. Auch nach seiner Entlassung wollte er für die illegale KPD weiterarbeiten. Dabei hatte er mit Klara Matthies eine Lebenspartnerin an seiner Seite, die ebenfalls der KPD angehörte und bereit war, ihren Verlobten bei dem hohen Risiko, das er für seine Widerstandsarbeit auf sich nahm, zu unterstützen.

⁶³ Heying, 2014: „sei innigst umarmt, S. 26 – 27.

⁶⁴ Karl Schabrod, 04.02.1950: Lebenslauf, Düsseldorf, in: BArch, BY1/732.

4. Das Jahr 1945 – Ein Neuanfang

4.1 Befreiung des Zuchthaus Werl und politische Gehversuche

Am 07. April 1945 befreiten amerikanische Truppen das Zuchthaus in Werl, nachdem sie zuvor einen Funkbefehl der SS abgehört hatten, der die Vernichtung des Gefängnisses samt seiner 1.800 Insassen anordnete. Bei der Befreiung starben 16 amerikanische Soldaten.⁶⁵ Karl Schabrod verbüßte zu diesem Zeitpunkt seinen 142. Monat in Haft und bis zu seiner Freilassung musste er sich noch fünf weitere Wochen gedulden. In dieser Zeit vervierfachten die Amerikaner die Gefangenenrationen, um die geschwächten Insassen aufzupäppeln.⁶⁶

Karl Schabrod nutzte die Wochen nach der Befreiung nicht nur, um sich auf die Heimreise zu seiner Familie nach Perleberg vorzubereiten. Karls Verlobte Klara Matthies und ihr Sohn Konrad lebten ebenfalls seit 1943 dort, um den Folgen des Bombenkriegs zu entgehen. Vielmehr nahm Karl Schabrod bereits im Zuchthaus Werl wieder seine politische Arbeit auf. Wie bereits im Konzentrationslager Börgermoor und während seiner illegalen Parteitätigkeit 1934 zeigte er erneut, dass er bereit war, auch unter schwierigen Bedingungen politisch zu gestalten.⁶⁷

Zusammen mit den Häftlingen Ludwig Vorberg und Paul Kopp wurde er zum Obmann berufen und vertrat die rund 113 politischen Gefangenen. Seine Wahl verdankte Karl Schabrod neben seinem politischen Gestaltungswillen vor allem seinen Englischkenntnissen, die es ermöglichten, sich umfangreich mit den Amerikanern zu verständigen. Die politischen Gefangenen setzten sich größtenteils aus KPD- und SPD-Mitgliedern zusammen, die im Rahmen ihrer illegalen Parteitätigkeit verurteilt worden waren. Die Eingruppierung als ‚Politische‘ wurde sowohl von den Insassen selbst als auch von der SS im Konzentrationslagersystem vorgenommen. Seit 1936 kennzeichneten farbige Abzeichen die Häftlingsgruppierungen, wobei rot für die politischen Häftlinge stand. Anders als bei den Berufsverbrechern, Emigranten, Bibelforschern, Homosexuellen und Asozialen, welche die übrigen Gruppierungen bildeten, herrschte innerhalb der politischen Häftlinge ein starkes Zusammengehörigkeitsgefühl. Zusätzlich kategorisierte die Wachmannschaft die Häftlinge nach nationaler und teils nach religiöser Zugehörigkeit. Durch die Einteilung ergab sich eine spürbare Hierarchisierung unter den Häftlingen, in der Reichsdeutsche oder Angehörige verbündeter Staaten über den polnischen, jüdischen oder mit ‚Ost‘ gekennzeichneten sowjetischen Gefangenen standen.⁶⁸

⁶⁵ Karl Schabrod, 1945: Aufzeichnungen Werl 1945 und Weg nach Perleberg vom 07. April bis 13. Mai, in: Mahn- und Gedenkstätte Düsseldorf, GED-23-004-300.000.

⁶⁶ Karl Schabrod, undatiert: Original Augenzeugenbericht Werl-Perleberg (handschriftlich), NKS, Ordner 1945.

⁶⁷ Heying, 2014: „denk ich mir, S. 225.

⁶⁸ Andrzej J. Kamiński, 1982: Konzentrationslager 1896 bis heute, Geschichte, Funktion, Typologie, München, S. 232.

Die SS schürte durch die sichtbare Einteilung vor allem Machtkämpfe zwischen den ‚Politischen‘ (roter Winkel) und den ‚Kriminellen‘ (grüner Winkel). Rudolf Höß, der Lagerkommandant von Auschwitz, beschrieb das gezielte Aufhetzen der Häftlingsgruppierungen gegeneinander als zentrales Element der Lagerherrschaft: „Im KZ wurden diese Gegensätze von der Führung eifrigst aufrechterhalten und geschürt, um so ein festes Zusammenschließen aller Häftlinge zu verhindern. Nicht nur die politischen, auch besonders die farbigen (Anm. bezogen auf die Winkel) Gegensätze spielten dabei eine große Rolle. Keiner noch so starken Lagerführung wäre es sonst möglich, Tausende von Häftlingen im Zügel zu halten, zu lenken, wenn diese Gegensätze nicht dazu helfen würden.“⁶⁹

Besonders spitzte sich der Konflikt in der Frage der Funktionshäftlinge zu. Die sogenannten Kapo / Capo besaßen in den zahlreichen Arbeitskommandos weitreichende Befugnisse. In der Häftlingsküche konnten sie die Lebensmittelzuteilung erhöhen, gezielt Mitgefangene in ihre Arbeitskommandos holen und damit vor dem Einsatz extrem anstrengender körperlicher Arbeit bewahren.⁷⁰ In den Krankenrevieren für Häftlinge versorgten sie nahezu selbstständig Mitgefangene. In bestimmten Bereichen verfügten Funktionshäftlinge damit über wichtige Machtbefugnisse, die über Leben und Tod von Mitinsassen entschieden.⁷¹

In der Rückschau betonten viele Kommunisten neben dem inneren Zusammenhalt der politischen Häftlinge, die Schwierigkeiten mit den sogenannten Berufsverbrechern. Jene hätten sich dem Wachpersonal angebedert und so zum Handlanger der SS machen lassen und Terror durch ihre Machtstellungen nach unten weitergegeben. Die politischen Häftlinge seien dagegen die ordnende Kraft im Lager gewesen, die knappe Ressourcen gerecht verteilte, Gefangene vor Gewaltausbrüchen zu schützen versuchte und Widerstandsgruppierungen organisierte.⁷² Die historische Forschung hat die Extremdarstellung von Chaos und Ordnung, die sich an den Gruppierungen der ‚Kriminellen‘ und ‚Politischen‘ abzeichnen würde, angezweifelt.⁷³ Doch die Schilderungen der ehemali-

⁶⁹ Gerhard Botz, 2016: Binnenstruktur, Alltagsverhalten und Überlebenschancen in Nazi-Konzentrationslagern, in: Historische Sozialforschung, Supplement Nr. 28: Zeitgeschichte zwischen Politik, Biografie und Methodik: Gewalt und Nationalsozialismus in Österreich im 20. Jahrhundert, S. 350.

⁷⁰ René Lehmann, 2020: Abschlussbericht zum Briefnachlass Heinrich Plum, in: <https://villamerlaender.de/wp-content/uploads/2020/08/Ababschlussbericht-Heinrich-Plum-Finale-Fassung-FS.doc5412.pdf>, S. 146 – 148.

⁷¹ Astrid Ley, 2006: Medizin im Konzentrationslager: Gezielte Vernachlässigung, medizinische Minimalversorgung, ärztliche Verbrechen, Dauerausstellung in der Gedenkstätte Sachsenhausen, in: Medizinhistorisches Journal, Band 41, Heft 1, S. 101 – 102.

⁷² Lehmann, 2020: Abschlussbericht zum Briefnachlass, S. 148; Eugen Ochs, 1984: Ein Arbeiter im Widerstand, S. 51 – 52

⁷³ Gerhard Botz erklärte die starke Gruppenbildung im KZ damit, dass eine Zugehörigkeit zu einer Gruppe im erbitterten Kampf um Ressourcen überlebensnotwendig war. Friedrich Pohlmann definierte die Kapos als „exakte spiegelbildliche Verlängerung der lagerinternen SS-Positionen“. Dadurch hätten die Kapos immer wieder den Zorn der unter ihnen stehenden Häftlinge abbekommen, was zu gewaltsamen Machtkämpfen führte. Botz, 2016: Binnenstruktur, Alltagsverhalten und, S. 350; Friedrich Pohlmann, 2005: Stätten des Terrors im Kommunismus und Nationalsozialismus – Archipel Gulag und Konzentrationslager, in: Zeitschrift für Politik, Vol. 52, Nr. 3, S. 311.

gen politischen Gefangenen zeigen, wie sehr sie die von der SS vorgenommene Eingruppierung akzeptiert hatten.

Die Konkurrenz zwischen den Häftlingsgruppen spielte auch in Karl Schabrods Erinnerung eine wichtige Rolle. Zwanzig Jahre nach Haftende hielt er zur Situation in Werl schriftlich fest, dass bloß 100 der über 1500 Insassen ‚Politische‘ waren. „Alle übrigen waren Kriminelle oder doch Sicherheitsverwahrte, die uns häufig das Leben schwer machten und die kärglichen Lebensmittelrationen noch verkürzten.“⁷⁴ Nach der Befreiung setzten die Amerikaner einige Insassen als Hilfsbeamten ein. Das alte Wachpersonal „schuf sich eine Schutztruppe von korrumpierten Strafgefangenen, die unsere Obleute tötlich bedrohten“, urteilte Karl Schabrod dazu.⁷⁵

Im Verlauf der nächsten Wochen verhandelte Schabrod zusammen mit den anderen Obleuten mehrmals im persönlichen Gespräch mit der neuen amerikanischen Haftleitung und erstellte Listen mit Forderungen. Neben rein organisatorischen Belangen wie dem Flickern von Kleidung, der Ausgabe richtiger Schuhe und dem Austeilen frischer Bettwäsche, sprach Karl Schabrod auch zunehmend grundsätzliche Themen an: Er berichtete von Gräueltaten der Gestapo, die er mit Neros Christenverfolgung im alten Rom verglich. Er forderte die Amerikaner auf, dazu Stellung zu beziehen. „In the name of activists of the front against fashists“, fragte er die Haftleitung schriftlich an, wie man gedenke, mit den politischen Häftlingen umzugehen, die, im Gegensatz zu den straffälligen Verbrechern, wegen ihres Widerstandes gegen die nationalsozialistische Terrorherrschaft weggesperrt worden waren.⁷⁶ Eine weitere zentrale Forderung, die die Obleute stellten, war die Absetzung des alten nationalsozialistischen Haftpersonals. Viele Anliegen, besonders die organisatorischen Belange, wurden rasch umgesetzt. Jedoch weigerten sich sowohl die Amerikaner als auch die Briten, die das Zuchthaus einige Wochen später übernahmen, das alte Haftpersonal auszutauschen.⁷⁷ Trotz der Uneinigkeit in Bezug auf das alte Haftpersonal resümierte Schabrod, dass sich Amerikaner und Briten grundsätzlich korrekt verhalten hätten, auch wenn sie gewiss keine Freunde der politischen Häftlinge gewesen seien. Das fehlende Verständnis füreinander zeigte sich vor allem bei der geplanten Feier am 1. Mai 1945. Die politischen Häftlinge hatten rote Fahnen gehisst, Ansprachen und Rezitationen geplant, ehe die Amerikaner die Maifeier abrupt beendeten und das Singen von Arbeiterliedern verboten.⁷⁸

⁷⁴ Karl Schabrod, undatiert: Meine Erlebnisse vor 20 Jahre und einige Lehren, in: NKS, Ordner 1945 – 1947.

⁷⁵ Karl Schabrod, undatiert: Original Augenzeugenbericht Werl-Perleberg (handschriftlich), in: NKS, Ordner 1945.

⁷⁶ Karl Schabrod, 13. Mai 1945: handschriftliche Mitteilung, Es gibt mehr Sauberkeit, Werl, in: NKS, Ordner 1945; Karl Schabrod, undatiert: handschriftliche Schreiben und Entwürfe an die britische Haftleitung in Werl, in: NKS, Ordner 1945.

⁷⁷ Karl Schabrod 1966: Befreit – und doch nicht frei, in: Fanny Rosner: Vereint sind wir alles: Erinnerungen an die Gründung der SED, Berlin, S. 710.

⁷⁸ Karl Schabrod, undatiert: Meine Erlebnisse vor 20 Jahren und einige Lehren, in: NKS, Ordner 1945 – 1947.

4.2 Sommer 1945: Wieder im Dienste der Partei

Am 13. Mai 1945 wurde Karl Schabrod zusammen mit weiteren Gefangenen aus dem Zuchthaus Werl entlassen und machte sich auf den Heimweg in das knapp 400 Kilometer entfernte Perleberg. Der Weg durch das zerstörte Deutschland gestaltete sich langwierig und beschwerlich. Am ersten Tag schaffte er es auf der Ladefläche eines Lastwagens bis nach Gütersloh. Im Verlauf der nächsten Woche schlug er sich per Anhalter über unzählige Städte bis nach Perleberg durch. Auf dem Heimweg begleitete ihn der ehemalige sowjetische Kriegsgefangene Georgi Alexeijew, ehe sich ihre Wege in Magdeburg trennten. Die Zwei kannten sich aus dem Zuchthaus Werl und hatten sich wenige Wochen vor der Abreise angefreundet.⁷⁹

Karl Schabrod nutzte die zahlreichen Zwischenstopps für politische Beobachtungen. Sein Augenmerk lag auf den noch vorhandenen lokalen Strukturen und der Stimmung in der Bevölkerung. In Hamm, Soest und Unna notierte er die zahlreichen Zerstörungen des Kriegs und die Wut der Bevölkerung auf die Nationalsozialisten. In Wattenscheid suchte er ein KPD-Büro auf, von dem er gerüchteweise gehört hatte, das aber bereits wieder von den Amerikanern geschlossen worden war. In Bad Salzuflen, das nach der Stilllegung der Eisenbahn unter Versorgungsengpässen litt, glaubten die Einwohner, „daß Russen besser sorgten und Nazileute an die Arbeit brächten.“ Am nächsten Tag durchquerte Schabrod die Kleinstadt Vlotho und stellte fest, dass hier Kommunisten in der Stadtverwaltung vertreten waren und die Einwohner auf ein baldiges Vordringen der Russen hofften. Einen Tag später kam er in der Gemeinde Alfeld (Leine) ins Gespräch mit dem dortigen Polizeipräsidenten, ein „tüchtiger Genosse“, der mit Vertretern der SPD über die Bildung einer Einheitsfront verhandelte. Grundlage dieser Einheitspolitik sollte der Schwur von Buchenwald sein.⁸⁰

Knapp einen Monat zuvor war der Schwur während der ersten Trauerfeier auf dem Gelände des befreiten Konzentrationslagers abgehalten worden. In seiner Kernaussage definierten sich die Häftlinge als internationale Gemeinschaft und verschrieben sich der vollständigen Aufklärung und Bekämpfung der nationalsozialistischen Verbrechen. Der Appell entwickelte sich rasch zu einem wichtigen Dokument, auf das sich vor allem Überlebendenverbände berufen.⁸¹

Für Karl Schabrod bedeutete der Aufruf in seiner Wahrnehmung des Jahres 1945 aber deutlich mehr. Mit großer Wertschätzung hielt er fest: „Dieser Aufruf bringt in gemacht ‚urdemokratischer Form‘ Vorschläge, die mit deutschen Worten ausgesprochen die Sowjetverfassung bringen.“ Während man in Alfeld (Leine) auf eine Rückmeldung des ZKs wartete, inwieweit die Bildung einer Einheitsfront vorangetrieben werden sollte,

⁷⁹ Schabrod 1966: Befreit – und doch, S. 712.

⁸⁰ Karl Schabrod, 1945: Aufzeichnungen Werl 1945 und Weg nach Perleberg vom 07. April bis 13. Mai, in: NKS, Ordner 1945.

⁸¹ Der Schwur von Buchenwald, 19.04.1945, in: https://www.buchenwald.de/fileadmin/buchenwald/download/der_ort/Buchenwaldschwur.pdf.

äußerte sich Karl Schabrod kritisch. Eine richtige Parteibildung sah er aufgrund der Besatzung als nicht umsetzbar an. Stattdessen riet er dem Polizeipräsidenten, den Aufbau einer Gewerkschaft zu forcieren, „da Gewerkschaften einheitliches Fundament der Arbeiterklasse sein werden.“⁸²

Wenige Tage nach seiner Ankunft in Perleberg heiratete Karl seine Klara Matthies nach über 12 Jahren Verlobung und neun Monate später, am 15. Februar 1946, wurde ihre gemeinsame Tochter Klara geboren. Das frisch vermählte Ehepaar Schabrod verbrachte allerdings nur wenig Zeit miteinander. Karl befand sich bereits im Juli 1945 wieder in Berlin, wo er beim Wiederaufbau der Partei mithalf und die letzten 12 Jahre politisch und geschichtlich nacharbeitete. Klara und Stiefsohn Konrad blieben währenddessen in Perleberg zurück.⁸³ Karl bedauerte diesen Umstand sehr und rang mit seinem schlechten Gewissen, da er der Partei Vorrang vor seiner Familie einräumte. Aber auch Klara zog es zurück in die Partei. In Berlin reichte Karl den Lebenslauf seiner Frau intern weiter und betonte ihre Fähigkeiten als erfahrene Referentin. Doch die räumliche Distanz zwischen dem Ehepaar vergrößerte sich in den nächsten Wochen sogar nochmals, da Karl Schabrod ab Mitte Juli einen ersten Auftrag von der Partei erhalten hatte, der ihn zurück nach Westdeutschland führte.⁸⁴

Auf direkte Anweisung des Zentralkomitees reiste Karl Schabrod als politischer Instrukteur ab dem 19. Juli in das Rheinland und in das Ruhrgebiet.⁸⁵ „Die Verbindung zu Westdeutschland“ wieder herstellen, war der drängende Zweck der Reise.⁸⁶ Karl Schabrod knüpfte inhaltlich an die Arbeit an, die er auf seine Heimreise nach Perleberg beiläufig begonnen hatte. Er suchte wichtige Städte im Westen auf, verschaffte sich einen Überblick über die noch vorhandenen politischen Strukturen und formulierte Empfehlungen, wie ein Neustart am besten gelingen könnte. Seine Instrukteursreise war dabei weder mit den britischen Besatzungsbehörden abgesprochen noch genehmigt. Die britische Kommandantur in Oebisfelde hatte Schabrod sogar dreimal an der Zonengrenze abgewiesen, ehe er sonntagnachts um 3 Uhr morgens illegal die Grenze überquerte.⁸⁷

Karl Schabrods politische Beobachtungen fanden in einem Deutschland der unterschiedlichen Geschwindigkeiten statt. In der SBZ (Sowjetischen Besatzungszone) waren am 10. Juni 1945 Parteien und Gewerkschaften offiziell wieder zugelassen

⁸² Karl Schabrod, 1945: Aufzeichnungen Werl 1945 und Weg nach Perleberg vom 07. April bis 13. Mai, in: NKS, Ordner 1945.

⁸³ Karl Schabrod an Lina Zippmann, Berlin 14.07.1945, in: NKS, Ordner 1945.

⁸⁴ Karl Schabrod an Klara Schabrod, Berlin 16.07.1945, in: NKS, Ordner 1945.

⁸⁵ Wieso das ZK diese Aufgabe genau Karl Schabrod anvertraute, konnte nicht ermittelt werden. Über das Zustandekommen der Instrukteursreisen geben die Protokolle des ZKs keinen Aufschluss. Vgl. Günter Benser, 1993: Dokumente zur Geschichte der kommunistischen Bewegung in Deutschland Reihe, 1945 /1946, Band 1, Protokolle des Sekretariats des Zentralkomitees der KPD Juli 1945 bis April 1946, München, S. 32 – 38.

⁸⁶ Karl Schabrod, undatiert: Meine Erlebnisse vor 20 Jahren und einige Lehren, in: NKS, Ordner 1945 – 1947.

⁸⁷ Karl Schabrod, 16.08.1945: Protokoll zur Instrukteursreise (19.07. – 11.08), in: NKS, Ordner 1945, S. 288.

worden. Es existierte eine operierende Parteiführung um Walter Ulbricht und mit dem Aufruf vom 11. Juni 1945 ein veröffentlichtes Grundsatzprogramm. In den Westzonen entwickelte sich der Neustart deutlich langsamer. Vorbelastete Beamte und Wirtschaftsführer waren vielerorts noch in ihren alten Positionen, was die Besatzungsmächte, ähnlich wie im Zuchthaus, mit dem Argument der Unverzichtbarkeit begründeten. Die noch verbliebenen Parteistrukturen operierten aus der Illegalität heraus und lokale Verantwortung lag häufig in den Händen der Antifa-Ausschüsse. Diese kommunalen Zusammenschlüsse vereinten Sozialisten, Kommunisten, Liberale und Christen, wobei Mitglieder der SPD und KPD die stärkste Gruppierung bildeten. Die Antifa besaß keinen übergeordneten Apparat und organisierte sich vornehmlich über persönliche Treffen. Sie blieb in allen vier Zonen ein Übergangskonzept, das mit dem Wiederaufbau von Verwaltungsstrukturen und der Wiedezulassung von Parteien seine Existenzgrundlage verlor.⁸⁸

Seinen ersten Stopp in Hannover stufte Karl Schabrod als recht unerfreulich ein. Die Parteimitglieder dort wirkten enorm zerstritten und „beschäftigen sich noch mit Dingen aus der Parteivergangenheit“. Sie beschimpften sich gegenseitig als „Versöhnler“ und waren daher nicht bereit, miteinander zusammenzuarbeiten.⁸⁹ Die sogenannten Versöhnler hatten sich im Verlauf der 1920er Jahre zu einer oppositionellen Strömung in der KPD entwickelt und bemüht sich um einen Interessensausgleich mit dem rechten Parteiflügel. Ab 1928 führte Ernst Thälmann auf Anweisung von Stalin und der Komintern einen aggressiven Kampf gegen alle Versöhnler in der Partei.⁹⁰ Daher „scheint mir nötig, dass nach Hannover ein Bezirkssekretär kommt, der sich eine überragende Autorität schafft“, urteilte Karl Schabrod und hoffte, so die Streitereien zu beenden. Er benannte die Genossen Heyner und Baumgarten als aussichtsreichste Kandidaten für diese Aufgabe.⁹¹

Das Ruhrgebiet bereitete Karl Schabrod besondere Sorgen. Hier hatte sich recht früh, bereits am 30. April 1945, in halblegaler Wahl ein Bezirkssekretariat aufgestellt.⁹² Allerdings wohnten die Mitglieder der Bezirksleitung weit verstreut. Aufgrund der zahlreichen zerstörten Brücken kamen sie nur unregelmäßig und unter großen Schwierigkeiten zusammen. Schabrod sah diesen Umstand als untragbar an und empfahl dem Zentralkomitee, die Bezirksleitung in die Nähe der Provinzbehörde in Münster zu verlegen. Nur so könne effektiv auf Behördenentscheidungen reagiert und

⁸⁸ Müller, 1979: die KPD und, S. 42 – 43.

⁸⁹ Karl Schabrod, 16.08.1945: Protokoll zur Instruktorsreise (19.07. – 11.08), in: NKS, Ordner 1945, S. 288.

⁹⁰ Bert Hoppe, 2007: In Stalins Gefolgschaft, Moskau und die KPD 1928 – 1933, Studien zur Zeitgeschichte Nr. 74, S. 36 – 39.

⁹¹ Karl Schabrod, 16.08.1945: Protokoll zur Instruktorsreise (19.07. – 11.08), in: NKS, Ordner 1945, S. 288.

⁹² Fülberth, 1990: KPD und DKP, S. 18.

auch eingewirkt werden. Ebenso überprüfte er die Kader des Ruhrgebiets und teilte dem ZK mit, welche Genossen er für ungeeignet in ihren aktuellen Aufgaben hielt.⁹³

Karl Schabrod analysierte auch die ersten Betriebsratswahlen in den zahlreichen Zechen des Ruhrgebiets, deren Ergebnisse er einzeln erfasste. Zwar konnte die KPD in vielen Zechen ihre Wahlergebnisse verbessern, jedoch zeigte sich Karl Schabrod nicht zufrieden. In einer persönlichen Besprechung mit der illegalen Bezirksleitung des Ruhrgebiets „habe ich festgestellt, dass die Partei diesen Wahlen bei weitem nicht die Beachtung geschenkt hat, die erforderlich war.“ So seien beispielsweise in den Hülser Buner-Werken acht kommunistische Kandidaten gegeneinander angetreten, was zu einer erheblichen Stimmenzersplitterung geführt habe. Der Bezirksleitung sei es nicht gelungen, einige kommunistische Kandidaten zum Rücktritt zu bewegen. Ebenso wenig reagierte die Parteiführung auf ein Flugblatt des christlichen Betriebsratskandidaten Lensing, „das in den schärfsten Naziausdrücken uns Kommunisten als Vertreter der Diktatur“ angriff.⁹⁴

Neben Beobachtungen und Empfehlungen traf Karl Schabrod dank der Autorität des Zentralkomitees vor Ort konkrete Entscheidungen: Das KPD-Mitglied Heinz Renner hatte seine Nominierung für den Bürgermeisterposten in Gelsenkirchen abgelehnt, da er auf eine Ernennung zum Bürgermeister in Essen hoffte. Die Briten hatten sich aber noch nicht festgelegt, wen und aus welcher Partei sie zum ersten Nachkriegsbürgermeister Essens bestimmen wollten. Karl Schabrod kritisierte Renners Verhalten als Rosinen picken. „Deshalb habe ich angewiesen, dass die Genossen von Gelsenkirchen, falls sie sich unverzüglich entscheiden sollen, Renner trotz seiner Weigerung nominieren sollen.“ Die Besatzungsbehörden achteten bei der Einsetzung lokaler Autoritäten besonders darauf, möglichst vom Nationalsozialismus unbelastete Personen auszuwählen. Hier fiel die Wahl nicht selten auf Kommunisten, die aufgrund ihrer Verfolgungsgeschichten ab 1933 über jeden Zweifel erhaben waren. Daher stellten KPD-Politiker in den Jahren 1945/46 ernannte Bürgermeister in Essen, Mülheim, Remscheid, Düsseldorf und Solingen.⁹⁵

In Osnabrück betraf Schabrods Durchgreifen die örtliche Antifabewegung, die rund 3.000 Mitglieder umfasste. Die meisten davon stammten aus der SPD und der KPD. Die Antifa diskutierte, ob ihr weiteres Bestehen sinnvoll sei. Karl Schabrod befürchtete, dass ein Großteil der Mitglieder nicht wieder zu ihren Parteien zurückkehren würde. „Ich habe entschieden, dass die Antifa weiter existieren soll und auch weiterarbeiten solle.“ Karl Schabrod sah die Antifa-Bewegung, die in den ersten Tagen nach der Kriegsniederlage, Mitglieder zahlreicher Parteien zusammenbrachte und zu einer politischen Basisbewegung vereinte, als große Chance. In seinem Instrukteursbericht

⁹³ Karl Schabrod, 16.08.1945: Protokoll zur Instrukteursreise (19.07. – 11.08), in: NKS, Ordner 1945, S. 298.

⁹⁴ Benser, 1993: Dokumente zur Geschichte, S. 293 – 297.

⁹⁵ Judick, 1989: KPD 1945 – 1968, S. 299.

hielt er fest, dass man sich fortan ganz anders präsentieren müsse als früher, um so „alle antifaschistischen Kräfte der Arbeiterschaft, der Bauernschaft sowie des linken Bürgertums zum Einsatz zu bringen.“ Besonders treffe dieser Anspruch auf alle zu, die Zeitungen herausbringen wollen. „Massensprache anstelle unserer frühen Parteisprache, so ist zu sprechen, dass uns alle folgen und siegen helfen.“⁹⁶

Die vielerorts gebildeten Antifaausschüsse besaßen keine zentrale Lenkung und weckten bei ihren Mitgliedern ganz unterschiedliche Erwartungen. Für Vertreter des bürgerlichen Lagers war die Antifa eine demokratische Basisbewegung, die in Zeiten des Umbruchs die Legitimation besaß, um Verantwortung zu übernehmen und die Kommunalverwaltung aufrecht zu erhalten. Für einige Kommunisten und Sozialdemokraten war sie jedoch der Anfang einer größeren Bewegung, die endlich die Grabenkämpfe zwischen den Arbeiterparteien überwinden könnte.

In Köln zeigte sich, wie sehr der Anspruch und die Erwartungen an die Antifa auseinanderliefen. Der Zentrumsolitiker Konrad Adenauer, der seit dem 4. Mai 1945 wieder das Amt des Oberbürgermeisters innehatte, ließ zahlreiche heimkehrende Häftlinge aus Buchenwald mit dem Auto zu einem persönlichen Empfang in die Stadt bringen. Ungeachtet dessen, dass ein Großteil von ihnen Kommunisten war, arbeitete er unverzüglich mit ihnen zusammen und setzte sie für den Wiederaufbau der Stadt ein. Karl Schabrod empfand die Zusammenarbeit über alle Parteigrenzen hinweg als schädlich für den Wiederaufbau der KPD. „Leider sind die Auswirkungen der Zusammenarbeit mit Dr. Adenauer derart, dass letzterer [sic] alle unsere Parteikräfte für sich absorbiert“, hielt er kritisch fest. Damit entzog Konrad Adenauer, ob nun bewusst oder unbewusst, durch seine ausschließlich sachpolitische Einbindung der Kommunisten dem weiterreichenden Anspruch der Antifa den Boden. Schabrod sah sich zum Eingreifen genötigt, um gutes Parteipersonal vor Adenauers Zugriff abzuschirmen, so geschehen beim „Agitpolleiter“ (Leiter für den Bereich Agitationspolitik) Kurt Bachmann.⁹⁷

Das Ergebnis seiner Instruktorsreise fasste Karl Schabrod nicht nur schriftlich zusammen, sondern stellte es am 16. August 1945 persönlich Anton Ackermann, Walter Ulbricht und Wilhelm Pieck in Berlin vor. Neben diesem Instruktorsbericht ließ das Zentralkomitee noch zwei weitere für die amerikanische Zone sowie einen gemeinsamen Bericht für die französische und die amerikanische Zone fertigen. Für die Parteiführung in Ostberlin stellten die vier Instruktorsberichte eine wichtige Grundlage dar, um die politische Situation im besetzten Deutschland richtig einzuschätzen.⁹⁸

⁹⁶ Karl Schabrod, 16.08.1945: Protokoll zur Instruktorsreise (19.07. – 11.08), in: NKS, Ordner 1945, S. 291 u. 304.

⁹⁷ Ebd., S. 307.

⁹⁸ Benser, 1993: Dokumente zur Geschichte, S. 65, 285, 310, 347, 372.

4.3 Der Aufruf vom 11. Juni 1945 – eine neue KPD?

Als Karl Schabrod am 14. Juli 1945 seinen Berlinaufenthalt unter anderem damit begründete, dass er die letzten zwölf Jahre nachzuarbeiten habe, sprach er damit ein Merkmal der KPD an, das viele Parteifunktionäre vor große Herausforderungen stellte. Die Partei hatte ihr Auftreten durch den Aufruf vom 11. Juni 1945 verändert, grundlegende Positionen vorerst aufgegeben und ihr Verhältnis zum deutschen Staat neu ausgerichtet. Für Parteimitglieder, die aus jahrelanger Emigration oder Gefangenschaft heimkehrten, hieß das, sich mit der neuen Ausrichtung auseinanderzusetzen und mit alten Vorstellungen der Partei wieder in Einklang zu bringen.⁹⁹

Historisch verstand sich die KPD seit ihrer Gründung als Gegenpol zu einer SPD, die ihren revolutionären Anspruch aufgegeben hatte.¹⁰⁰ Urvater Karl Liebknecht machte unmissverständlich auf dem Gründungsparteitag der KPD klar, dass die Hauptgefahr des Parlamentarismus darin bestehe, dass er „die Massen beruhigt in dem Wahn, daß ja tüchtige Vertreter ihre Interessen im Parlament schützen“ und damit die Chancen verspiele, „die Massen aufzupeitschen“. Die Kommunistische Partei war demnach keine Partei des Parlaments, sondern der Revolution, auf die sie ihr politisches Handeln hin ausrichtete.¹⁰¹

Die Ermordung Karl Liebknechts und Rosa Luxemburgs, kaum zwei Wochen später, änderte daran wenig. Die KPD blieb zu Anfang eine Kleinorganisation, die vornehmlich junge Mitglieder besaß, welche sich nach den Kriegserfahrungen einen dauerhaften, revolutionären Umbruch herbeiwünschten. Im Verlauf der 1920er Jahre geriet die Partei immer stärker in die politische Abhängigkeit zur Sowjetunion, die den Kurs der deutschen Kommunisten zunehmend bestimmte.¹⁰²

In der Parteienlandschaft der Weimarer Republik fand die revolutionäre KPD keinen beständigen Bündnispartner, zu groß waren die ideologischen Gräben zum bürgerlichen Lager und der SPD. Mit der Aushöhlung der Weimarer Demokratie durch die Präsidialkabinette sah die KPD ihren Revolutionsanspruch als bestätigt an. Das ZK verkündete im Mai 1931 in einer Resolution: „Die faschistische Diktatur stellt keineswegs einen prinzipiellen Gegensatz zur bürgerlichen Demokratie dar.“ Aus dieser Überzeugung heraus war neben Faschismus und Bourgeoisie vor allem die SPD eine tragende Säule dieser versteckten Diktatur. Die Kommunisten begriffen die Sozialdemokraten seit 1928 als linken Flügel des Faschismus. Die KPD versuchte, diesen ‚Sozialfaschismus‘ auf allen Ebenen zu bekämpfen. Das Vorgehen gegen die SPD hatte zur kommunistischen

⁹⁹ Karl Schabrod an Lina Zippmann, Berlin 14.07.1945, in: NKS, Ordner 1945.

¹⁰⁰ Judick, 1989: KPD 1945 – 1968, S. 13.

¹⁰¹ Karl Liebknecht, 30.12.1918: Die Krisis der USP, in: <https://www.marxists.org/deutsch/geschichte/deutsch/kpd/1918/tag1am.htm>.

¹⁰² Wilke, 1990: Die Deutsche Kommunistische, S. 24, 41 – 44.

Abspaltung innerhalb der Gewerkschaftsbewegung in Form der RGO (Revolutionäre Gewerkschafts-Opposition) geführt. Im Dezember 1931 verteidigte Ernst Thälmann in der Zeitung ‚die Internationale‘ die Bekämpfung der SPD: „Eine sozialdemokratische Koalitionsregierung, der ein kampfunfähiges, zersplittertes, verwirrtes Proletariat gegenüberstände, wäre ein tausendmal größeres Übel, als eine offene faschistische Diktatur.“ Weite Teile der Parteiführung gingen davon aus, dass der Nationalsozialismus, sobald er die Macht endgültig an sich gerissen habe, die SPD und die Gewerkschaften zerschlagen werde. Dies werde eine Einheitsfront des Proletariats herbeiführen und schlussendlich die Revolution auslösen. „Ohne im Kampf gegen die Sozialdemokratie zu siegen, können wir nicht den Faschismus schlagen“, war die Losung der Partei, auch über Hitlers Machtübernahme hinaus.¹⁰³

Ein Umdenken innerhalb der Arbeiterparteien setzte erst nach deren Zerschlagung ab 1934 ein. Die SOPADE (Exil-Vorstand der SPD) hatte ein grundlegendes Bekenntnis zur Einheitsfront mit den Kommunisten zum Jahresanfang im Prager Manifest verkündet. Die KPD-Führung revidierte ihre Sozialfaschismusthese erstmals auf der sogenannten Brüsseler Konferenz im Oktober 1935. Dennoch blieben Kooperationen der Führungsgremien beider Parteien die absolute Ausnahme. So ist der im Januar 1937 in der Baseler Rundschau abgedruckte „Aufruf für die deutsche Volksfront! Für Frieden, Freiheit und Brot!“ das einzige Dokument, das Vertreter beider Parteiführungen unterzeichnet hatten.¹⁰⁴

Die Zusammenarbeit der Arbeiterparteien wurde zum einen dadurch belastet, dass Teile der SPD das Prager Manifest nicht als allgemeingültig akzeptierten. Der Arbeitskreis revolutionärer Sozialisten um Ernst Röchel kritisierte es zudem inhaltlich, da es für die linken Gruppierungen der SPD kein glaubwürdiges Bekenntnis zur Einheitsfront darstellte.¹⁰⁵ Zum anderen belastete die politische Abhängigkeit der KPD von der UdSSR die Einheitsfront. So stellte sich das ZK der KPD hinter die Moskauer Schauprozesse der Jahre 1936 und 1938, in denen Stalin zahlreiche Politiker aus den eigenen Reihen verhaften, wegsperrten und hinrichten ließ. Im August 1936 begleitete das ZK die Schauprozesse mit einer Resolution, die festhielt: „Es gilt jetzt, die strengste Überprüfung unserer Reihen vorzunehmen. Wir müssen [...] den Kampf für die Zerschlagung der letzten Überreste des faschistisch-trotzkistischen Gesindels organisieren, um die Arbeiterklasse und das Leben unserer Genossen vor diesen Banditen schützen.“ Über

¹⁰³ Ossip K. Flechtheim, 1986: die KPD in der Weimarer Republik, Hamburg S. 211 – 214. Die Kommunisten der späten 1920er und frühen 1930er Jahre verwendeten einen absoluten Faschismusbegriff, den sie neben der Sozialdemokratie auch auf jüdische Organisationen ausweiteten. Vgl: Bernhard H. Bayerlein, 2009: Abschied von einem Mythos, Die UdSSR, die Komintern und der Antifaschismus 1930 – 1941, in: Osteuropa, Vol. 59, Nr. 7/8, Der Hitler-Stalin-Pakt: Der Krieg und die osteuropäische Erinnerung, S. 130 – 131.

¹⁰⁴ Jens Ulrich Klocksin, 1993: Kommunisten im Parlament, Die KPD in Regierungen und Parlamenten der westdeutschen Besatzungszonen und der Bundesrepublik Deutschland (1945 – 1956), Bonn, S. 24 – 28.

¹⁰⁵ Günter Plum, 1970: Volksfront, Konzentration und Mandatsfrage, Ein Beitrag zur Geschichte der SPD im Exil 1933 – 1939, in: Vierteljahreshefte für Zeitgeschichte, 18. Jahrg., 4. Heft, S. 420 – 424.

1.100 deutsche Kommunisten wurden in den folgenden Säuberungen vom NKWD (Innenministerium der UdSSR) verurteilt. Ebenso untergrub die Zustimmung des ZKs zum Hitler-Stalin-Pakt die Bemühungen einer Einheitsfront erheblich. Erst der Überfall der Wehrmacht auf die UdSSR gab der KPD wieder den nötigen Freiraum, glaubhaft eine Volksfront-Politik zu vertreten, die KPD, SPD und bürgerliche Parteien im Kampf gegen Hitler vereinte.¹⁰⁶

Spätestens mit der Kriegswende in Stalingrad rückte für die Parteiführung und die KPdSU die Frage in den Vordergrund, wie die politische Nachkriegsordnung für Deutschland aussehen könnte. Die Konferenz von Jalta brachte im Februar 1945 dann die Gewissheit, dass Deutschland in vier voneinander unabhängige Besatzungszonen aufgeteilt würde, in denen die Besatzungsmacht umfassende Gestaltungsrechte besaß. Für die KPdSU stand damit die Frage zur Diskussion, inwieweit in der sowjetischen Zone ein sowjetisches Staatssystem verankert werden sollte. Harry L. Hopkins, der Sonderbevollmächtigte des US-Präsidenten, reiste Mitte Mai nach Moskau, um genau dieses Szenario abzuwenden. Das Ergebnis der Streitigkeiten und Diskussionen um die Nachkriegsordnung zeigte sich am 11. Juni 1945, als sich die KPD als erste Partei mit einem Grundsatzaufruf an das deutsche Volk wandte.¹⁰⁷

In ihm verkündete die Partei, die wichtigste Aufgabe nach dem Krieg sei, „die Sache der bürgerlich-demokratischen Umbildung, die 1848 begonnen wurde, zu Ende zu führen“ und die „Aufrichtung eines antifaschistischen, demokratischen Regimes, einer parlamentarisch-demokratischen Republik mit allen demokratischen Rechten und Freiheiten für das Volk.“ Im Aufruf fanden sich keine Rückbezüge mehr auf die Sozialfaschismus-Theorie oder den Antiparlamentarismus. Vielmehr zelebrierte er die Leistungen einer breiten politischen Front. Der Sieg über Hitlerdeutschland wurde nicht der Arbeiterschaft zugeschrieben, sondern als gemeinsamer Verdienst der UdSSR, England und den USA betrachtet. Ebenso erklärte die KPD: „Wir sind der Auffassung, daß der Weg, Deutschland das Sowjetsystem aufzuzwingen, falsch wäre, denn dieser Weg entspricht nicht den gegenwärtigen Entwicklungsbedingungen für Deutschland.“¹⁰⁸

Über den Aufruf versuchte die KPD einen Wandel von der revolutionären Massenpartei der radikalen Industriearbeiterschaft hin zu einer echten Volkspartei, die alle Schichten repräsentierte. Wie ernst die KPD diesen Anspruch verfolgte, zeigt sich in dem konkreten Maßnahmenkatalog zum Ende des Aufrufs. Unter Punkt Zwei forderte die KPD eine „völlig ungehinderte Entfaltung des freien Handels und der privaten Unternehmerinitiative auf der Grundlage des Privateigentums.“ In den übrigen Punkten fanden sich durchaus klassische, kommunistische Forderungen, wie die Enteignung der „Nazi-bonzen und Kriegsverbrecher“, die „Liquidierung des Großgrundbesitzes“ und die Ver-

¹⁰⁶ Klocksinn, 1993: Kommunisten im Parlament, S. 24 – 28.

¹⁰⁷ Gerhard Kleiderling, 1997: Scheinpluralismus und Blockparteien, Die KPD und die Gründung der Parteien in Berlin 1945, in: Vierteljahreshefte für Zeitgeschichte, Vol. 2, S. 259 – 263.

¹⁰⁸ Aufruf der KPD vom 11.06.1945, in: Judick, 1989: KPD 1945 – 1968, S. 135 – 139.

staatlichung der Grundstoffindustrie. Doch das Bekenntnis zur Demokratie, das Weglassen des Narrativs von einem proletarischen Sieg über den Nationalsozialismus, die Garantie des Freihandels, des Unternehmertums und des Privateigentums markierten eine radikale Abkehr von essentiellen Traditionslinien der Partei.¹⁰⁹

Als Karl Schabrod seine Instruktorsreise Mitte Juli 1945 in den Westen antrat, nahm er auch wahr, wie KPD-Mitglieder auf die Neuausrichtung reagierten. Die Bezirksleitung Niederrhein hatte ein eigenes Grundsatzprogramm entwickelt und sofort zurückgezogen, weil es gemessen an den neuen Standpunkten der Partei „mangelhaft“ war, wie Karl Schabrod dem ZK mitteilte. Mit zeitlicher Verzögerung verabschiedeten auch die Westverbände im Ruhrgebiet, Bayern und Hannover eigene Aufrufe, die sich strikt an den Gründungsaufruf vom 11. Juni anlehnten. In Wuppertal, wo die KPD eine besonders aktive Basis besaß, die erheblichen Einfluss auf die örtliche Antifa ausübte, führte der Aufruf zu Unsicherheit. Die Öffnung der Partei zur breiten Masse hin schien den Wuppertaler Genossen als wenig erstrebenswert. Die Unterbezirksleitung Wuppertal konfrontierte Karl Schabrod und erwartete eine „endgültige Antwort, ob wir eine Kader- oder Rahmenpartei oder aber eine Massenpartei darstellen wollen.“ Die KPD in Wuppertal fürchtete, dass der Aufruf zu einem massiven Zuwachs an Mitgliedern führen könnte. „Sie (Anm. KPD) möchte lieber klein aber rein bleiben“, notierte Karl Schabrod den Konsens der Wuppertaler Genossen.¹¹⁰

Zudem ging mit dem Aufruf vom 11. Juni ein weiterer Riss durch die Partei, der die im Krieg emigrierte Parteiführung von zahlreichen ihrer Funktionäre trennte, die den Nationalsozialismus vornehmlich in Zuchthäusern, Konzentrationslagern oder im Untergrund verbracht hatten. Der Aufruf ging weit über das hinaus, was viele Kommunisten im Lagersystem selbst zelebriert hatten – eine politische Einheit von KPD und SPD. Die Lagererfahrungen mögen so wenig Beachtung gefunden haben, weil vierzehn der siebzehn Unterzeichner des Aufrufes Exilanten waren. Die Dominanz der Moskauer Exilgruppe führte ebenfalls dazu, dass keiner der Gründungsunterzeichner politisch außerhalb der sowjetischen Besatzungszone tätig war.¹¹¹

Dabei hatte auch die Basis ihre eigenen Vorstellungen über eine neue KPD. Die Erfahrungen im NS-Lagersystem führten vielerorts zu handfesten Vereinigungsbestrebungen zwischen SPD und KPD. In Hamburg gründete sich im Mai die SFG (Sozialistische Frei Gewerkschaft), die Ende Juli ein Aktionsprogramm verabschiedete, wonach keine getrennten Arbeiterparteien in Hamburg gegründet werden sollten. Auch in Offenbach, Stuttgart und Wiesbaden entstanden Organisationen, die eine getrennte Parteiengründung verhindern sollten. Der Aufruf vom 11. Juni schloss diese Bestrebungen durchaus

¹⁰⁹ Ebd., S. 140 – 141.

¹¹⁰ Müller, 1973: Die KPD und, S. 97 – 101, Schabrod Karl, 16.08.1945: Protokoll zur Instruktorsreise (19.07. – 11.08.), in: NKS, Ordner 1945, S. 288.

¹¹¹ Klocksinn, 1993: Kommunisten im Parlament, S. 29.

mit ein, ging aber in seinen Ambitionen deutlich über die Mitgliederstruktur von SPD und KPD hinaus.¹¹²

Auf Seiten der SPD trugen vor allem führende Politiker, die in Zuchthäusern und Konzentrationslagern gesessen hatten, den neuen Einheitskurs mit. So betonte Hermann Brill, den die amerikanischen Besatzungsbehörden zum Regierungspräsidenten Thüringens ernannt hatten, dass die Kommunistische Partei nicht mehr dieselbe Partei wie in der Weimarer Republik sei. Auf dem Gründungskongress des Bundes demokratischer Sozialisten, der als Zwischenschritt für eine Wiedezulassung der SPD diente, sprach der ernannte Regierungspräsident Brill: Man müsste der KPD „überall die Bruderhand reichen“, um „dadurch die psychologischen Voraussetzungen für die völlige Verschmelzung, auch die organisatorische Verschmelzung, zu schaffen.“¹¹³ In Berlin hatten Gustav Dahrendorf, Otto Grotewohl und Max Fechner mit der Gründung des Berliner Zentralausschusses die Vereinigung als politisches Ziel formuliert.¹¹⁴

Das Gegengewicht zu einer Wiedervereinigung formierte sich in der SPD um Kurt Schumacher, der bereits am 6. Mai 1945 klar Stellung zur Wiedervereinigung von KPD und SPD bezogen hatte: „Die Trennungslinie ist dadurch gezogen, daß die Kommunisten fest an eine einzige der großen Siegermächte und damit an Rußland als Staat und an seine außenpolitischen Ziele gebunden sind. [...] Wir können nicht und wollen nicht das autokratisch gehandhabte Instrument eines fremden imperialen Interesses sein.“¹¹⁵ Der Aufruf vom 11. Juni 1945 änderte wenig an Schumachers Haltung zur KPD. Er unterstellte den Kommunisten, dass ihr Bekenntnis zur Demokratie „eine Frage der Taktik“ sei. Nach Schumachers Ansicht hatte die KPD nur vorläufig davon abgesehen, das System der Sowjetunion einzuführen und strebte die Sowjetdiktatur immer noch als zukünftiges System an. Unterstützung für seinen Kurs erhielt Schumacher vor allem durch führende Sozialdemokraten aus dem Londoner Exil wie Hans Vogel und Erich Ollenhauer. Das Ringen zwischen Schumacher und der Berliner Führungsgruppe in der Frage der Wiedervereinigung zog sich bis in das Frühjahr 1946, ehe sich der Schumacher-Kurs nach der unter Zwang forcierten Vereinigung von SPD und KPD in der Sowjetischen Zone durchsetzte.¹¹⁶

¹¹² Müller, 1973: Die KPD und, S. 45 – 48.

¹¹³ Brill hielt seine Rede am 08. Juli 1945, einen Tag bevor der Besatzungswechsel in Thüringen abgeschlossen war und die sowjetische Militäradministration die Hoheit über das Gebiet übernahm. Steffen Kachel, 2011: Ein rot-roter Sonderweg? Sozialdemokraten und Kommunisten in Thüringen 1919 bis 1949, Köln, S. 255.

¹¹⁴ Mike Schmeitzner, 2007: Der Totalitarismusbegriff Kurt Schumachers. Politische Intention und praktische Wirksamkeit, in: Mike Schmeitzner, Totalitarismuskritik von links, deutsche Diskurse im 20. Jahrhundert, S. 260.

¹¹⁵ Wilke, 1990: Die deutsche Kommunistische, S. 65.

¹¹⁶ Schmeitzner, 2007: Der Totalitarismusbegriff Kurt, S. 257 – 262.

4.4 Rückkehr nach Düsseldorf und Wiederaufbau der ‚Freiheit‘

Im September 1945, knapp einen Monat nach seiner Instruktorsreise, kehrte Karl Schabrod auf Anweisung des Zentralkomitees dauerhaft nach Düsseldorf zurück.¹¹⁷ Zu diesem Zeitpunkt war bereits ein Großteil der örtlichen Parteiführung, zu der Peter Waterkotte, Wilhelm Böllig, Hugo Paul und Marcel Frenkel gehörten, wieder in Düsseldorf tätig.¹¹⁸ Karl Schabrod wurde rasch Teil der Bezirksleitung und übernahm den Posten als Sekretär für Agitation und Propaganda. Seine Hauptaufgabe bestand in dem Wiederaufbau der ‚Freiheit‘, die 1933 verboten worden war.¹¹⁹

Der Wiederaufbau der Parteipresse besaß einen besonders hohen Stellenwert für die kommunistische Nachkriegspolitik. Bereits im April 1945 gab die Rote Armee „Richtlinien für die Arbeit deutscher Antifaschisten“ heraus, die als Leitlinien für die heimkehrende KPD-Führung gedacht waren. Der erste Punkt des Konzepts umfasste die „Herausgabe einer antifaschistischen deutschen Zeitung“. Die neue kommunistische Presse sollte vor allem den Reeducation-Gedanken vorantreiben und alte nationalsozialistische Ideologien ersetzen.¹²⁰

Die Rahmenbedingungen für den Wiederaufbau der Presse steckten die Alliierten bereits durch das SHAEF-Gesetz (Supreme Headquarters Allied Expeditionary Forces) Nr. 191 ab, das im November 1944 verabschiedet wurde. Hiernach waren die meisten deutschen Presseerzeugnisse sowie Rundfunkbeiträge und Theateraufführungen verboten worden. Die Auflagen des SHAEF-Gesetzes wurden nach Kriegsende in das Militär-gesetz Nr. 191 übernommen und teilweise verschärft. Dadurch war die Kontrolle, Herstellung und Verbreitung von Druckschriften aller Art verboten, außer die jeweiligen Militärregierungen genehmigten ein Erzeugnis.¹²¹

Wie diese Genehmigungsverfahren auszusehen hatten, entschieden die einzelnen Militärregierungen völlig autonom. In der SBZ waren am 10. Juni wieder Parteien und Gewerkschaften zugelassen worden, die wiederum Druckschriften herausgeben durften. In den übrigen Besatzungszonen setzten die Regierungen auf ein Lizenzträgersystem, bei dem handverlesene Personen zur Herausgabe bevollmächtigt wurden. Ein Lizenzträger war für seine Publikation persönlich haftbar und erhielt strenge Vorgaben, was Umfang, Auflage, Verbreitungsgebiet und Inhalt der Erzeugnisse anging. Die Militärbehörden ermahnten ihre Lizenzträger zu einer grundsätzlichen und vor allem politischen Zurückhaltung. Das Lizenzträger-System bestand bis 1950 und auch wenn die

¹¹⁷ Benser, 1993: Dokumente zur Geschichte, S. 66.

¹¹⁸ Wolfgang Liedtke, 1988: Die politischen Parteien in Düsseldorf nach 1945, Gründung, innerparteiliche Struktur und Kommunalpolitik der Ratsparteien bis zum Ende der Fünfziger Jahre, Essen, S. 91 – 95.

¹¹⁹ Karl Schabrod, 04.02.1950: Lebenslauf, Düsseldorf, in: BArch, BY1/732.

¹²⁰ Christa Hempel-Küter, 1993: Die KPD-Presse in den Westzonen 1945 -1956, historische Einführung, Bibliographie und Standortverzeichnis, S. 21 – 22.

¹²¹ Ebd. S. 24 – 25.

Vorgaben in den drei Westzonen ähnlich waren, zeigten sich starke Abweichungen. Die Amerikaner gaben 1945 bereits 22 Lizenzen heraus, die Franzosen nur 12 und die Briten keine Einzige.¹²² Die Amerikaner versuchten, die Bildung strikter Parteizeitungen zu vermeiden, indem sie Funktionären verschiedener politischer Lager eine gemeinsame Lizenz für eine Zeitung aushändigten. Die Briten wiederum strebten zunächst nur die Freigabe von Parteizeitungen an, was den Neustart der ‚Freiheit‘ begünstigte.¹²³

Die KPD und Karl Schabrod hielten an der ‚Freiheit‘ fest, denn sie zählte zu den Traditionszeitschriften der Kommunisten, sodass ihre Wiederbelebung einen klaren Symbolcharakter über die Parteigrenzen hinaus besaß. Dies spiegelte sich im Zeitungskopf wieder, als die erste Ausgabe klar angab, dass es sich um den 29. Jahrgang der ‚Freiheit‘ handelte und somit an ihre eigene Geschichte anknüpfte.¹²⁴ Die Ursprünge der Zeitung gingen bis in das Jahr 1917 zurück, als eine SPD-Oppositionsgruppe in Holland erstmals die Zeitschrift ‚der Kampf‘ veröffentlichte, die ein Jahr später in ‚Freiheit‘ umbenannt wurde. Auch nach dem Verbot durch die Nationalsozialisten tauchte die Zeitung bis zum Kriegsende immer wieder auf. Der Druckort dieser illegalen und sehr unregelmäßig publizierten ‚Freiheit‘ war in Amsterdam.¹²⁵

Als die noch nicht wieder zugelassene KPD in der britischen Zone an der Neuauflage der ‚Freiheit‘ arbeitete, führte sie einige namhafte und erfahrene Parteijournalisten zusammen. Peter Waterkorte konnte als erster Journalist der Zeitung gewonnen werden. Dieser hatte bis 1933 als Lokalredakteur der ‚Freiheit‘ gearbeitet, war Stadtverordneter und 1946 sogar zeitweise ernannter Bürgermeister Düsseldorfs. Das ehemalige KPO-Mitglied (Kommunistische Partei Opposition) Max Dahlhaus wurde zum alleinigen Lizenzträger des Blattes bestimmt. Dahlhaus hatte nach der Machtübernahme illegale Druckschriften herausgegeben, darunter auch die ‚Freiheit‘, ehe er 1937 zu 15 Jahren Zuchthaus verurteilt worden war. Karl Schabrod war gegenüber den britischen Besatzungsbehörden ebenfalls im Gespräch für die Lizenzträgerschaft gewesen, schlussendlich übernahm er aber die Chefredaktion, wofür er monatlich 700 Reichsmark erhielt.¹²⁶ Der eigentliche Wiederaufbau der KPD-Zeitung zog sich bis März 1946 hin.¹²⁷ Das Ergebnis und vor allem Schabrods Anteil daran stellte die Partei so sehr zufrieden, dass

¹²² Ebd., S. 24 – 27.

¹²³ Walter J. Schütz, 2011: Zur Entwicklung und Struktur parteinaher Zeitungen seit 1945 (III), Grundrichtungen: KPD/DKP/SEW/SED, Deutsche Partei, Zentrum, NDPD, DBD, Domowina und SSW, in: Jahrbuch für Kommunikationsgeschichte 13. Bd., S. 87 – 88.

¹²⁴ Freiheit, 01.03.1946.

¹²⁵ Klaus Wagner an Karl Schabrod, Münster 08.02.1980, in: VVN-BdA NRW, Karl Schabrod Bündel 5 – 6, S. 20. Wagner schrieb an einem Buch zur Entwicklung der Presse in der britischen Besatzungszone. Wagner übersandte das Kapitel zu den KPD-Zeitungen an Karl Schabrod, damit dieser es auf inhaltliche Fehler überprüfte. Leider geht aus dem Brief und Probekapitel kein Buchtitel hervor. Auch konnte keine Veröffentlichung Wagners ermittelt werden. Es bleibt unklar, ob das Buch je verlegt wurde.

¹²⁶ Klaus Wagner an Karl Schabrod, Münster 08.02.1980, in: VVN-BdA NRW, Karl Schabrod Bündel 5 – 6, S. 22; Vertragserneuerung Karl Schabrod, 01.01.1947, in: NKS, Ordner 1947A.

¹²⁷ Karl Schabrod an Freund Willy, Düsseldorf 28.01.1946, in: NKS, Ordner 1946.

sich die Bezirksleitung in Hannover für den Wiederaufbau ihrer Zeitung direkt an Schabrod wandte und um seine Expertenmeinung bat.¹²⁸

Dabei geriet die Doppelspitze aus Dahlhaus und Schabrod inhaltlich immer wieder aneinander. Der stellvertretende Pressekontrolleur Peter de Mendelssohn beschrieb Dahlhaus als „ungewöhnliche und ganz überragende Persönlichkeit“ und würdigte seinen Einfluss auf die Zeitung. Sie sei dank ihm „lebendig, wirkt kompetent und von der Gestaltung her gefällig.“¹²⁹ Der 1905 in Wuppertal-Barmen geborene Max Dahlhaus war zu diesem Zeitpunkt seit über 20 Jahren im Pressewesen tätig. Begonnen hatte er mit einer kaufmännischen Lehre bei der KPD-Zeitung ‚Tribüne‘. Von 1925 – 1927 war er Geschäftsführer der ‚Freiheit‘, ehe er 1929 die Gesamtleitung aller Zeitungsbetriebe der KPD für den Bezirk Niederrhein übernommen hatte. Doch noch im selben Jahr überwarf sich Dahlhaus mit der KPD, verlor alle Parteianstellungen und trat in die KPO ein. Die KPO stellte sich gegen den radikalen Kurs der Kommunistischen Partei, der zum Ende der Weimarer Republik hin von der Sozialfaschismus-Theorie und der Abhängigkeit von der KPdSU bestimmt war. Die KPO blieb ein Sammelbecken für ehemalige, moderate KPD-Mitglieder, die sich einen anderen Parteikurs wünschten. Dahlhaus trat erst wieder in den Dienst seiner alten Partei, als diese bereits von den Nationalsozialisten verboten worden war.¹³⁰

Laut Mendelssohn rührte der Konflikt zwischen Dahlhaus und Schabrod daher, dass die KPD zunehmend mehr Druck auf die Zeitung ausübte. Schabrod gäbe diesen Druck an die Redaktion weiter und dränge darauf, Nachrichten abzudrucken, die gegen die strengen Lizenzauflagen der Briten verstoßen könnten. Auch teilte Dahlhaus dem Pressekontrolleur Mendelssohn vertraulich mit, dass Schabrod sich weigerte, Artikel zu drucken, die von der Parteimeinung abwichen. Ob Dahlhaus‘ Vorwürfe gegen Schabrod berechtigt waren, lässt sich nicht mehr überprüfen. Ab August 1946 geriet die ‚Freiheit‘ in den Fokus der britischen Presseaufsicht. Es erging eine Ermahnung an die ‚Freiheit‘ wegen Lizenzmissachtungen. Jede geplante Seite musste fortan Vertretern der britischen Zensurstelle zur Genehmigung vorgelegt werden. Zweieinhalb Monate später erteilten die Briten sogar eine persönliche Verwarnung an den Chefredakteur Karl Schabrod und 1947 erfolgten temporäre Erscheinungsverbote. Die britische Kritik an der ‚Freiheit‘ half Dahlhaus nicht, sich im internen Streit zu behaupten. Dahlhaus geriet innerhalb der Partei weiter unter Druck, als bekannt wurde, dass er unter Gestapofolter seine engsten

¹²⁸ Herr Wald, KPD Abteilung Hannover, Abteilung Presse an Karl Schabrod, undatiert, in: NKS, Ordner 1946.

¹²⁹ Klaus Wagner an Karl Schabrod, Münster 08.02.1980, in: VVN-BdA NRW, Karl Schabrod Bündel 5 – 6, S. 24.

¹³⁰ Max Dahlhaus, biographische Angaben aus dem Handbuch der Deutschen Kommunisten, in: <https://www.bundesstiftung-aufarbeitung.de/de/recherche/kataloge-datenbanken/biographische-datenbanken/max-dahlhaus?ID=4161>.

Mitarbeiter verraten hatte. Daraufhin schloss ihn die Partei aus und Karl Schabrod sowie Peter Waterkotte wurden die neuen Lizenzträger der Zeitung.¹³¹

Karl Schabrod zog sich 1947 als Chefredakteur zurück und gab den Posten an Kurt Lichtenstein ab.¹³² Der Grund für Schabrods Rücktritt war sein Einzug als ordentliches Mitglied in den Landtag. Fortan fehlten ihm die zeitlichen Ressourcen, um die Zeitung aktiv weiterzuführen und durch sein Mandat ergaben sich erhebliche Interessenskonflikte. Nichtsdestotrotz übernahm Karl Schabrod immer wieder Aufgaben im Presseapparat der Partei. Für die SED-Zeitung ‚Neues Deutschland‘ übte er beispielsweise die Tätigkeit als „Chef-Reporter [...] für die britische Zone“ aus und arbeitete hierfür eng mit den anderen Westkorrespondenten im Ruhrgebiet, Hamburg und Hannover zusammen.¹³³

Auch unter Lichtenstein stand die Zeitung weiterhin im Fokus der britischen Presseaufsicht. Im Februar 1948 erfolgte ein dreimonatiges Verbot, nachdem sich die ‚Freiheit‘ äußerst kritisch über den Rauswurf der KPD-Minister Renner und Paul aus der Landesregierung geäußert hatte (siehe Kap. 5.3). Die ‚Freiheit‘ unterstellte dem Landtag, dass der Rauswurf der Minister durch die britische Regierung angeordnet worden war und berief sich dabei auf eine Sendung des Londoner Rundfunks. Das endgültige Verbot der Zeitung beschlossen die Briten im Oktober 1948, nachdem die ‚Freiheit‘ eine Rede des SED-Vorsitzenden Wilhelm Pieck abgedruckt hatte. Schabrod kritisierte das Verbot scharf und richtete sich an den Zonenpresserat. Er stellte das Zeitungsverbot in den Zusammenhang mit der ‚Dortmunder Neuen Volkszeitung‘, die ebenfalls verboten worden war, und vermutete, dass hier vor den anstehenden Kreistagswahlen die Reichweite der KPD beschnitten werden sollte. Die Briten hoben das Verbot der ‚Freiheit‘ nicht auf, genehmigten aber am 03. Januar 1949 eine Nachfolgezeitung, die nun unter dem Namen ‚Freies Volk‘ erschien und vom gleichen Verlag herausgegeben wurde.¹³⁴

Karl Schabrod blieb auch nach der Abschaffung des Lizenzträgersystems fest mit der Parteizeitung verbunden, denn er war mit 6.000 DM als Gesellschafter an dem dahinterstehenden Verlag beteiligt.¹³⁵ 1958 wurde das gesamte Verlagsvermögen nach dem Verbot der KPD vom Bundesinnenministerium eingezogen.¹³⁶

Die Probleme der ‚Freiheit‘ lassen sich dabei auch auf den gesamten Presseapparat der KPD übertragen. Der anfängliche Reeducation-Anspruch der KPD wurde schnell von weitergehenden Erwartungen verdrängt. Die Presse sollte die „schärfste Waffe der

¹³¹ Klaus Wagner an Karl Schabrod, Münster 08.02.1980, in: VVN-BdA NRW, Karl Schabrod Bündel 5 – 6, S. 25 – 26.

¹³² Oma und Opa Heupke an Karl und Klara Schabrod, 26.06.1947, in: NKS, Ordner 1947A.

¹³³ Chef-Redaktion Neues Deutschland an Karl Schabrod, Berlin 05.07.1947, in: NKS, Ordner 1947A.

¹³⁴ Klaus Wagner an Karl Schabrod, Münster 08.02.1980, in: VVN-BdA NRW, Karl Schabrod Bündel 5 – 6, S. 26 – 30.

¹³⁵ Freier Verlag GmbH an Karl Schabrod, 08.11.1954, in: NKS, Ordner 1953 – 1956.

¹³⁶ Landesverwaltungsgericht Köln, Beschluss – 4 K 160/57, 01.02.1958, in: NKS, Ordner Juristisches und Karl Schabrod.

Partei“ im Kampf um die Nachkriegsordnung sein und vereinte ein riesiges Themenspektrum von globalen Fragen bis zu Lokalpolitik in sich. Sie war dabei aber sowohl strikten Parteivorgaben unterworfen, als auch strengen Kontrollen der Besatzungsmächte. Die einzelnen Redakteure besaßen oft nur sehr begrenzten Handlungsspielraum sowie sehr knappe finanzielle Mittel. Gerade Letzteres machte der Parteipresse zu schaffen, denn die Verkäufe deckten bei weitem nicht die Produktionskosten der Zeitungen. Spenden der Parteimitglieder und finanzielle Unterstützung aus der SBZ / DDR hielten die Presse am Leben.¹³⁷

Im Sommer 1953 versuchte die Partei den rückläufigen Verkaufszahlen entgegenzuwirken. Sie lud Mitarbeiter der bedeutenden französischen Zeitung ‚L’Humanité‘ nach Westdeutschland ein. Die französischen Kollegen unterbreiteten einigen KPD-Redaktionen Vorschläge, wie die Zeitungen gefälliger und verständlicher aufbereitet werden könnten. So sollten die Zeitungen unpolitische Bereiche wie Sport, Freizeit oder Lokales stärker gewichten. Die in Teilen angedachte Entpolitisierung stieß vor allem in der Parteiführung auf rege Gegenwehr. Dennoch setzte im Verlauf der 1950er Jahre eine vorsichtige Umgestaltung der KPD-Presse ein, die sich in Aufmachung und thematischer Gewichtung stärker an der Boulevardzeitungen orientierte.¹³⁸

Zusätzlich verstärkten politischen Probleme die finanziellen Nöte des kommunistischen Presseapparats. Die Militärbehörden setzten die temporären Zeitungsverbote durch Verlagsversiegelungen um, sodass die Verlage in diesem Zeitraum ihre Verluste nicht durch andere Druckerzeugnisse auffangen konnten. Das finanzielle Einschränken des KPD-Presseapparats setzten ab 1950 westdeutsche Behörden und Ministerien fort und fokussierten sich dabei auf die Werbeeinnahmen der Parteizeitungen. Die Stadt Hamburg schloss beispielsweise die ‚Hamburger Volkszeitung‘ systematisch bei der Vergabe ihrer öffentlichen Anzeigen und Inserate aus. 1951 zog die Bundesregierung nach und beschloss, keine Aufträge der öffentlichen Hand mehr an Unternehmen zu vergeben, die staatsfeindliche Bestrebungen unterstützten. Parallel deklarierte die Bundesregierung die KPD und ihre Zeitungen als verfassungsfeindliche und damit staatsfeindliche Organisationen. Ein Jahr später hoben die Länderfinanzminister alle Steuerbegünstigungen für Inserate der KPD-Presse auf. Mit Beginn der 1950er Jahre stellte die kommunistische Presse nur noch einen unbedeutenden Teil der westdeutschen Medienlandschaft. Die zunehmende Einschränkung des Presseapparats verdeutlichte sich auch im Rückgang der lokalen Berichterstattung, die nur noch in Ballungszentren gegeben war.¹³⁹

Die innere Spaltung in kommunistische und nicht kommunistische Presse war dabei kein rein deutsches Phänomen. Auch in Österreich trennte sich die Medienlandschaft in zwei unüberbrückbare Lager. Für Autoren und Journalisten, die sich zuvor nicht von der

¹³⁷ Hempel-Küter, 1993: Die KPD-Presse in, S. 27, 62.

¹³⁸ Kössler, 2005: Abschied von der, S. 391.

¹³⁹ Ebd., S. 90 – 93.

KPÖ (Kommunistischen Partei Österreichs) distanziert hatten, war es „fast unmöglich, in nichtkommunistischen Verlagen und Zeitungen zu publizieren.“ Der österreichische Buchhandel schloss den Vertrieb aller kommunistischen Publikationen des KPÖ-eigenen Globusverlags kategorisch aus. In beiden Ländern gab es kaum Möglichkeiten, die strikte Trennungslinie in der Presselandschaft zu überwinden, wie sich am Beispiel Hermann Langbein zeigt. Der in Österreich lebende ehemalige Leiter des IAKs (Internationales Auschwitzkomitee) versuchte mehrfach erfolglos, Reportagen über das Konzentrationslager an die deutschen Medien zu verkaufen. Erst durch eine schriftliche Erklärung, in der er sich vom Kommunismus distanzierte, sich expliziert zu den demokratischen Werten bekannte und diverse Angriffe des IAKs und der KPÖ gegen seine Person offenlegte, gelang es ihm, seine Reportagen nach Deutschland und später auch nach Österreich zu verkaufen.¹⁴⁰

Das Jahr 1945 bedeutete für die meisten Deutschen einen weitreichenden Umbruch und für Karl Schabrod die langersehnte Freiheit. Wo viele Deutsche versuchten, ihre Vergangenheit zu verschleiern und hinter sich zu lassen, knüpfte Karl Schabrod an seine Zeit als KPD-Funktionär an. Nach zwölf Jahren Haft identifizierte sich Karl Schabrod vollends als ‚Politischer‘ und begann noch im Zuchthaus damit, seine politische Arbeit wieder aufzunehmen. Als Vermittler für die überwiegend kommunistischen Häftlinge stellte er Grundsatzforderungen an die amerikanischen und britischen Haftleitungen und setzte Politik im Mikrokosmos Zuchthaus um. Die hohe intrinsische Motivation, auch ohne einen festen Parteiapparat tätig zu werden, zeigte Karl Schabrod auch auf seiner beschwerlichen Heimreise nach Perleberg, die ihn durch zahlreiche Städte führte. In Form von Beobachtungen, Bestandsaufnahmen und Gesprächen mit Verantwortlichen setzte er seine politische Arbeit fort. Dabei ordnete er das Familienleben seinem politischen Gestaltungswillen unter. Nach fast zwölfjähriger Trennung von seiner Verlobten Klara reiste er wenige Wochen nach der Hochzeit alleine nach Berlin. Das ZK honorierte Schabrods Arbeit und stattete ihn mit wesentlichen Parteikompetenzen aus, als es ihn als Instrukteur in das Ruhrgebiet und nach Westfalen schickte. Auch der Paradigmenwechsel der KPD in Form des Aufrufs vom 11. Juni berührte Karl Schabrods Verhältnis zur Partei nicht negativ. Während er auf seiner Heimreise im Mai noch davon gesprochen hatte, dass der Schwur von Buchenwald die „Sowjetverfassung“ nach Deutschland brächte, repräsentierte er die neue Parteilinie wenige Wochen später als Instrukteur. Mit dem Wiederaufbau der Düsseldorfer ‚Freiheit‘ hatte er seine erste langfristige politische Aufgabe und Verantwortungsposition erhalten. Auch hier demonstrierte er seine Loyalität zur KPD, indem er sich mit Max Dahlhaus und der britischen Pressekontrolle anlegte und dafür auch Zensur- und Kontrollmaßnahmen in Kauf nahm.

¹⁴⁰ Stengel, 2012: Hermann Langbein, Ein, S. 106 u. 463.

5. Karl Schabrod als Landtagsabgeordneter 1946 – 1953

5.1 Die Ernannten Landtage – eine schwierige Ausgangslage für die KPD

Am 2. Oktober 1946 setzten die britischen Militärbehörden einen ersten Landtag für Nordrhein-Westfalen ein. Wie in allen Bundesländern der Westzonen waren die Mitglieder und die Ministerpräsidenten durch die Militärbehörden bestimmt und abgesegnet worden.¹⁴¹ So zog Karl Schabrod als einer von 34 KPD-Abgeordneten in das Parlament ein und die bevorstehenden Aufgaben nahmen fortan den Fokus seiner politischen Arbeit ein.¹⁴²

Dabei war das grundlegende Verhältnis der Kommunistischen Partei zum Landtag Nordrhein-Westfalens ein sehr angespanntes. Zwar hatte sie mit dem Aufruf vom 11. Juni ihr Bekenntnis zur parlamentarischen Demokratie klar formuliert, doch die Frontlinien des sich anbahnenden Kalten Kriegs spiegelten sich früh im deutschen Parteiensystem wieder. Schon die Gründung des Bundeslands Nordrhein-Westfalen im Sommer 1946 trug eindeutige Züge einer antikommunistischen Präventionspolitik. Die UdSSR hatte bereits auf der Potsdamer Konferenz einen stärkeren Zugriff auf das Ruhrgebiet angestrebt und einen Viermächtestatus, gleich dem in Berlin, gefordert. Frankreich hingegen hatte auf eine Neutralisierung der Industrieregion gedrängt. Nach der unter Zwang forcierten Vereinigung von SPD und KPD in Berlin wuchs die britische Furcht vor einem kommunistischen Flächenbrand in Westdeutschland. Gerade im Ruhrgebiet, wo die Anzahl der Industriearbeiter besonders hoch war, schien eine extrem starke KPD als wahrscheinlich.¹⁴³ Deswegen schlossen die britischen Behörden unter Oberbefehlshaber Sir W. Sholto Douglas in der „operation marriage“ die alten preußischen Provinzen Nordrhein, unter Ausschluss der französischen Gebiete Trier und Koblenz, mit der Provinz Westfalen zusammen. So sollte der Industrieregion ein agrarisches Hinterland mit deutlich konservativerer Wählerschaft entgegengestellt werden.¹⁴⁴

Die deutschen Parteien bewerteten die Gründung höchst unterschiedlich. Konrad Adenauer, der die neue christlich-konservative Sammelpartei CDU vertrat, befürwortete den Schritt. Gleiches galt für Kurt Schumacher, der sich zu diesem Zeitpunkt mit seinem konservativen Profil an die Spitze der SPD gesetzt hatte. Die KPD, die in dem neuen

¹⁴¹ Klocksinn, 1993: Kommunisten im Parlament, S. 77.

¹⁴² Tabellarische Aufstellung Karl Schabrod, in: Archiv Landtag NRW, LTNRW118 Nr. A0208/0658.

¹⁴³ Dieter Düding, 2008: Parlamentarismus in Nordrhein-Westfalen 1946 -1980, vom Fünfparteien- zum Zweiparteienlandtag, Düsseldorf, S. 30 – 37.

¹⁴⁴ Christian Dästner / Wolfgang Gärtner, 2000: Konflikt und Konsens, 50 Jahre Landesverfassung Nordrhein-Westfalen, Düsseldorf, S. 14 – 15.

Bundesland von Max Reimann geleitet wurde, lehnte die Fusion der alten preußischen Provinzen eindeutig ab.¹⁴⁵

Der Ernannte Landtag war selbst in vielerlei Hinsicht ein Provisorium. Das Gebäude des ehemaligen Provinzlandtags, das alte Ständehaus, war durch Bombenangriffe schwer beschädigt, sodass die Abgeordneten für zweieinhalb Jahre im Theatersaal der Henkelwerke tagten. Gleichzeitig wurde der Theatersaal weiterhin für Schauspiel, Opern- und Kinovorstellungen für britische Soldaten genutzt, sodass die Parlamentssitzungen dafür auch vorzeitig abgebrochen werden mussten. Die Verhältnisse dort waren so beengt, dass wichtige Fraktionsbesprechungen in Hilfsräumen abgehalten werden mussten und die KPD für ihre Parteisitzungen auf örtliche Gaststätten auswich.¹⁴⁶

Neben seiner schlechten Infrastruktur litt der Landtag daran, dass die wesentlichen Kompetenzen und Themenfelder des Parlaments von der britischen Militärregierung im Vorfeld nicht definiert worden waren. Auf seiner Gründungssitzung am 2. Oktober 1946 gab sich das Parlament selbstständig das Recht, Ausschüsse zu bilden, um so wichtige Politikfelder überhaupt bearbeiten zu können. Erst am 1. Dezember folgte die Verordnung Nr. 57 der britischen Militärregierung, die grundlegende Kompetenzen festlegte. In die Hoheit des Parlaments fielen kirchliche Angelegenheiten, Entwicklung und Eigentumsverhältnisse der Industrie, Wohnungswesen, Stadtplanung, Landwirtschaft, Verkehrsplanung, Betriebsgesetzgebung sowie Vereins- und Versammlungswesen. Die Regelung der Bereiche Polizeiwesen, Erziehung, öffentliche Gesundheit, Ernährung und Flüchtlingsangelegenheiten blieben zunächst unerwähnt und wurden erst im April 1947 in die Verantwortung des Landtags gelegt. Bis April 1949 musste jedes vom Landtag erarbeitete Gesetz den britischen Behörden zur Zustimmung vorgelegt werden, ehe es in Kraft treten durfte.¹⁴⁷

Zu den drängendsten Aufgaben des Parlaments gehörte es einerseits, die Hungerproblematik in den Griff zu bekommen. Die Ernährungslage hatte sich über den Winter 1946/47 derart verschlechtert, dass es ab Februar zu einer umfassenden Streikbewegung kam, die von Essen aus auf zahlreiche größere Landesstädte übergriff. Andererseits zählte die Verabschiedung einer Geschäftsordnung zu den zentralen Aufgaben des Parlaments. Bereits auf der Gründungsfeier setzten die Parlamentarier einen entsprechenden Ausschuss ein. Dieser stand unter enormen Zeitdruck, da ein beschlussfähiges Ergebnis bis zur 2. Sitzung am 12. November 1946 vorliegen sollte. Daher nutzten die Ausschussmitglieder die alte Geschäftsordnung des Westfälischen Provinzialrats als Vorlage, die über zahlreiche Defizite verfügte: Fraktionen tauchten darin nicht auf und

¹⁴⁵ Düding, 2008: Parlamentarismus in Nordrhein-Westfalen, S. 37 u. 46.

¹⁴⁶ Ebd., S. 13 – 14.

¹⁴⁷ Ebd., S. 101 – 105.

es fehlten oppositionelle Kontrollmechanismen wie Untersuchungsausschüsse und öffentliche Anfragen.¹⁴⁸

Karl Schabrod gehörte dem Geschäftsordnungsausschuss seit dem 11. Oktober als ordentliches Mitglied an. Dort brachte er einige Änderungsvorschläge ein: Der Landtag sollte Delegationen bestimmter Bevölkerungsgruppen wie Gewerkschaften, Studenten und Flüchtlinge empfangen dürfen. Ebenfalls sollten die Sprecher der Delegationen ein Rederecht im Landtag erhalten, sobald sich mindestens drei Abgeordnete dafür einsetzten. Das Parlament würde so „das Ohr am Volk haben“, argumentierte Karl Schabrod. Ähnlich begründete er auch seinen zweiten Änderungswunsch: Der Passus der Geschäftsordnung, wonach Gasthörer vom Präsidenten entfernt wurden, sobald sie klatschten oder sich abfällig äußerten, sollte gestrichen werden. Zuletzt forderte Schabrod, dass Plenumsredner erst nach dem dritten, anstatt nach dem zweiten Ordnungsruf verwarnt werden sollten. Sowohl CDU, SPD, FDP als auch Zentrum lehnten alle drei Vorschläge ab.¹⁴⁹

Vom politischen Verständnis her sprachen die Forderungen eine klare Sprache. Karl Schabrod, der bereits nach der Befreiung des Zuchthauses Werl wieder Politik im Mikrokosmos betrieben und auf seiner Heimreise Gewerkschaften als Ausgangspunkt für die Arbeiterparteien beschrieben hatte, zielte auf eine Verzahnung von parlamentarischer und außerparlamentarischer Aktivität ab. Auch nach dem Aufruf vom 11. Juni blieben die Parlamente nur eine von vielen Bühnen, auf denen Politik stattfand.

Dieses Zusammenspiel von Landtag und außerparlamentarischen Kräften demonstrierte die KPD auch während Hungerstreikbewegung im Frühjahr 1947. Diese hatte zwei politische Kernforderungen formuliert: Zum einen sollte der ehemalige DNVP-Politiker Hans Schlange-Schöningh, der das Zentralamt für Ernährung und Landwirtschaft in der britischen Zone leitete, abgesetzt werden. Zum anderen forderten die streikenden Arbeiter die Einberufung demokratisch besetzter Kontrollausschüsse zur Lebensmittelüberwachung. Beide Forderungen waren vom KPD-Politiker Ewald Kaiser, der im Ernährungsausschuss des Landtages saß, unverändert in den Landtag hineingetragen worden.¹⁵⁰

Die KPD war dabei keineswegs eine Oppositionspartei, die freimütig die Landesregierung kritisieren durfte. Der von den Briten ernannte Ministerpräsident Rudolf Amelunxen hatte den Auftrag bekommen, eine Allparteienregierung zu bilden, der auch die Kommunistische Partei angehörte. Mit Heinz Renner unterstand der Partei sogar das wichtige Sozialministerium. Allein die CDU hatte sich der Allparteienregierung verweigert. Hintergrund waren Streitigkeiten um die Sitzverteilung und die Anzahl der Ministerposten. Die Briten hatten zur Berechnung der Parlamentssitze auf die Ergebnisse der

¹⁴⁸ Zu größeren Streiks kam es in Oberhausen, Mülheim, Rheinhausen, Gladbeck, Dortmund, Duisburg, Gelsenkirchen, Hagen, Herdecke, Wetter, Velbert, Krefeld, Leverkusen, Wuppertal, Düsseldorf. Vgl. Düding, 2008: Parlamentarismus in Nordrhein-Westfalen, S. 115 – 118.

¹⁴⁹ Ebd., S. 119.

¹⁵⁰ Ebd., S. 113 – 114.

letzten freien Wahlen zum Preußischen Landtag 1932 zurückgegriffen. Damit zeigte sich Konrad Adenauer nicht einverstanden, denn auf dieser Grundlage standen der neu geschaffenen CDU rund 66 Sitze und drei Ministerposten zur Verfügung. Die größte Fraktion blieb somit die SPD mit 71 Sitzen und ebenfalls drei Ministerposten. Adenauer sah darin aber die Stärke der neuen christlichen Sammelpartei falsch wiedergegeben und verwies auf die ersten Wahlergebnisse in Bayern. Hier hatte die CSU auf Anhieb 58,3% der Stimmen erhalten und die SPD gerade einmal 28,8%. Daher forderte Adenauer die doppelte Anzahl an Ministerien, inklusive des heiß umkämpften Innenministeriums. Diesem schrieben die Parlamentarier bei der bevorstehenden Ausarbeitung der Landesverfassung eine gestaltende Rolle zu. Adenauer machte die Erhöhung der CDU-Mandate zur Kampffrage und scheiterte an der harten Haltung des ernannten Ministerpräsidenten Rudolf Amelunxen. So fand sich die CDU als einzige Oppositionspartei im ersten Ernannten Landtag wieder.¹⁵¹

Doch Konrad Adenauer warb weiterhin für eine neue Sitzverteilung im Landtag und verwies dabei auf die Ergebnisse der Kommunalwahlen in Nordrhein-Westfalen. Aus logistischen Gründen waren die Kommunalwahlen in zwei Etappen am 15. September und 13. Oktober 1945 abgehalten worden. Das Ergebnis bestätigte die CDU als stärkste politische Kraft im Lande und so erhöhte Adenauer den Druck auf die britische Militärregierung. Gegen den Protest von SPD, KPD, Zentrum und FDP berechneten die Briten die Sitzverhältnisse anhand der Kommunalwahlergebnisse neu und beriefen am 19. Dezember 1946 den 2. Ernannten Landtag ein, in dem sich die CDU der Allparteienregierung anschloss. Für die CDU bedeutete dies ein Zugewinn von 26 Sitzen und zwei Ministerien. Für andere Parteien führte dies zu einem Aderlass, der die KPD am schlimmsten traf. Ihre Mandate sanken von 34 auf 19. Auch bei der Neuverteilung der Ministerien hatte die Kommunistische Partei das Nachsehen. Sie musste das Sozialministerium abtreten und durfte nur das Ministerium für Wiederaufbau unter Hugo Paul behalten.¹⁵²

Karl Schabrod behielt sein Mandat, musste aber in der nun geschrumpften Landtagsfraktion deutlich mehr Aufgaben übernehmen: Neben seiner Mitgliedschaft im Geschäftsordnungsausschuss trat er im Dezember in den Finanzausschuss ein und ab Februar 1947 zusätzlich noch in den Wahlrechtsausschuss.¹⁵³

Die Ausarbeitung eines neuen Wahlrechts entwickelte sich rasch zu einem Dauerstreit mit klaren Fronten. Die CDU befürwortete ein Mehrheitswahlrecht, so wie es bei den Kommunalwahlen zum Einsatz gekommen war. Die übrigen Parteien setzten sich für ein klassisches Verhältniswahlrecht ein. Die CDU hatte durch das Mehrheitswahlrecht, bei dem pro Wahlkreis nur die Stimmen des Gewinners gezählt wurden, erhebliche Zugewinne erreicht. Bei 48,5% aller abgegebenen Stimmen kam sie so immerhin auf

¹⁵¹ Ebd., S. 22 u. 57.

¹⁵² Ebd., S. 107 – 108.

¹⁵³ Tabellarische Aufstellung Karl Schabrod, in: Archiv Landtag NRW, LTNRW118 Nr. A0208/0658.

61% der Mandate. Die übrigen Parteien hatten durch den Stimmenwegfall Mandate eingebüßt. Die KPD kam mit 7,4% der Stimmen auf nur 1,6% aller Mandate. Allen Parteien war klar, wie gravierend sich das Wahlgesetz auswirken konnte. Daher verwundert die Härte der geführten Auseinandersetzung wenig. So wies Adenauer beispielsweise am 19. Dezember 1946 die CDU an, geschlossen den Saal zu verlassen, um die Beschlussfähigkeit des Landtages aufzuheben und so die Verabschiedung eines Verhältniswahlrechts zu verhindern. SPD, KPD, Zentrum und FDP reagierten prompt, indem sie gegen den Willen der CDU beantragten, den Wahltermin zu verschieben, weil der Beschluss eines Wahlgesetzes noch nicht absehbar sei. Im Ergebnis verabschiedete die Landesregierung ein personalisiertes Verhältniswahlrecht, das Mehrheitswahlrecht und Verhältniswahlrecht über eine Erst- und Zweitstimme miteinander verband.¹⁵⁴

Das Wahlrecht blieb auch in den kommenden Jahren ein festes Streitthema, dem Karl Schabrod besondere Aufmerksamkeit widmete, da es immer wieder zu Mandatsverlusten der KPD führte. 1953 machte er in einem öffentlichen Schreiben darauf aufmerksam, dass SPD und KPD rund 340.000 Stimmen mehr als die CDU errungen hätten, die christlich-demokratische Partei aber aufgrund von 15 Überhangmandaten regiere. Karl Schabrod plädierte deswegen für eine Nachbearbeitung des Wahlrechts. So forderte er, die Direktwahlkreise von 150 auf 100 herabzusetzen sowie die Aufhebung der 5%-Hürde.¹⁵⁵ Nach der Landtagswahl 1954, als seine Partei die 5%-Hürde verfehlte, urteilte Schabrod, dass „wir die 8 Landtagsmandate, die uns demokratisch zustanden, infolge des reaktionären Wahlgesetzes nicht offiziell zugesprochen bekommen.“ Die KPD reichte daraufhin erfolglos eine Verfassungsklage ein.¹⁵⁶ Im Laufe der nächsten Jahre wuchs Karl Schabrods Kritik am bestehenden Wahlrecht: „Das Mehrheitswahlrecht ist eine reaktionäre Erfindung, nur dazu bestimmt, den Volkswillen zu verfälschen und für Zwecke der herrschenden Klasse umzudeuten.“ In der Rückschau bedauerte er zutiefst, dass die KPD die Wahlrechtsfrage nicht zum festen KampftHEMA des Ernannten Landtags gemacht hatte.¹⁵⁷

¹⁵⁴ Düding, 2008: Parlamentarismus in Nordrhein-Westfalen, S. 124 – 135.

¹⁵⁵ Karl Schabrod, undatiert: für echte freie demokratische Wahlen, in: In Euren Namen, Mitteilungsblatt der KPD-Abgeordneten des Landtages Nordrhein-Westfalen, Jahrg. 7 Nr. 2, in: NKS, Ordner 1953 – 1956.

¹⁵⁶ Karl Schabrod, 03.08.1954: Ergänzungen zum Lebenslauf, in: NKS, Ordner 1953 – 1956.

¹⁵⁷ Karl Schabrod, 1966: Erlebtes beim demokratischen Aufbau in Nordrhein-Westfalen, in: NKS, 1945 – 1947.

5.2 Karl Schabrod in den gewählten Landtagen 1947 – 1950 und das Scheitern der politischen Großprojekte

Am 20. April 1947 fand die erste Landtagswahl in Nordrhein-Westfalen statt und beendete die Übergangsperiode der Ernannten Landtage. Die KPD erhielt bei einer Wahlbeteiligung von 63% knapp über 700.000 Stimmen, was immerhin 14% Wahlanteil entsprach. Es gelang der Partei sogar, in drei Wahlkreisen Direktmandate zu gewinnen. So stockte die KPD ihre Sitze von 19 auf 28 auf. Damit war sie die drittstärkste Kraft nach CDU und SPD. In allen Landtagswahlen der Westzonen in den Jahren 1946/47 vereinte die KPD insgesamt 1,8 Millionen Wähler auf sich. Das machte sie auch im westdeutschen Vergleich mit knappem Vorsprung zur drittstärksten Partei. Damit stammten fast 40% aller KPD-Stimmen aus Nordrhein-Westfalen und davon ein Großteil aus den Arbeiterhochburgen im Ruhrgebiet.¹⁵⁸

Karl Schabrod war von der Partei in Neuss aufgestellt worden. In seinem Wahlauftritt präsentierte er sich den Stadtbewohnern als eines von sieben Geschwistern und ehemaliges Mitglied der SPD. Ebenso deutlich machte er, warum er die Partei nach dem Krisenjahr 1923 verlassen hatte. Karl Schabrod erklärte, er stimme „vollauf mit dem Programm der Kommunistischen Partei überein“, dessen Forderungen er so zusammenfasste: die zentrale Planung und Lenkung der Ernährungswirtschaft zur Bewältigung der Hungerkrise, ein Volksentscheid über die Aufrechterhaltung oder den Fall der Zonengrenzen, die Verstaatlichung des Kohlebergbaus und der übrigen Grundstoffindustrien, die Enteignung der Großbauern und die Zuführung des Landes an Kleinbauern sowie die Lohngleichstellung von Frauen. Somit bezogen sich Karl Schabrod und die KPD auch zwei Jahre später in ihren wirtschaftlichen Zielen noch klar auf die Leitlinien, die der Aufruf vom 11. Juni 1945 gesetzt hatte. Weitergehende revolutionäre Umsturzforderungen in politischen oder wirtschaftlichen Sinne existierten nicht.¹⁵⁹

Karl Schabrod errang kein Direktmandat, zog aber über die Liste in den Landtag ein und übernahm wesentliche Aufgaben in der Fraktionsarbeit. In der dreijährigen Wahlperiode saß er allein in 14 verschiedenen Ausschüssen als ordentliches oder stellvertretendes Mitglied. Dazu gehörten unter anderem der Ältestenrat, der Entnazifizierungsausschuss und der Verfassungsausschuss. Die KPD war wieder Mitglied einer Allparteienkoalition geworden, die der CDU-Politiker Karl Arnold als erster gewählter Ministerpräsident anführte. Die KPD stellte mit Heinz Renner den Verkehrsminister und mit Hugo Paul den Minister für Wiederaufbau.¹⁶⁰

Die KPD hatte im Wahlkampf vor allem mit Verstaatlichungen geworben. Eine Bodenreform sollte im Agrarsektor Großbauern treffen und Teile ihres Landbesitzes in Hände von Kleinbetrieben überführen. Die Position der KPD widersprach dabei keinesfalls der

¹⁵⁸ Klocksin, 1993: Kommunisten im Parlament, S. 109, 124 – 125, 171 – 175.

¹⁵⁹ Karl Schabrod, 1947: an alle Neusser Einwohner!, in: NKS, Ordner 1947 A.

¹⁶⁰ Tabellarische Aufstellung Karl Schabrod, in: Archiv Landtag NRW, LTNRW118 Nr. A0208/0658.

Haltung der britischen Militärregierung. Diese verabschiedete am 03. September 1947 die Verordnung Nr. 103. Hierin forderte sie die Länder auf, innerhalb von drei Monaten Bodenreformgesetze zu erarbeiten, die gezielt die Machtverhältnisse der Großgrundbesitzer beschränken und mehr Arbeitsplätze für Kleinbauern schaffen sollten. Die Beratungen im Landtag setzten allerdings erst am 09. November ein. In diesem Zeitraum hatten viele Großgrundbesitzer ihre Flächen neu verteilt, um eine Verstaatlichung zu erschweren. Ebenso fanden die Großgrundbesitzer im Abgeordneten Karl Müller (CDU) einen Fürsprecher, der die Bodenreform gezielt verschleppte.¹⁶¹

In der Industrie zielte die KPD vor allem auf den Kohlebergbau ab, der unter staatliche Kontrolle gestellt werden sollte. Ende 1947 resümierte Karl Schabrod die Leistungen der Allparteienkoalition. Seiner Auffassung nach hatten sich zu Jahresbeginn alle fünf Parteien für eine Bodenreform und die Verstaatlichung der Grundstoffindustrie ausgesprochen.¹⁶² Selbst die christlich-konservative Sammelpartei CDU hatte Anfang 1947 eine umfassende Kapitalismuskritik adaptiert. „Das kapitalistische Wirtschaftssystem ist den staatlichen und sozialen Lebensinteressen des deutschen Volkes nicht gerecht geworden. Nach dem furchtbaren politischen, wirtschaftlichen und sozialen Zusammenbruch als Folge einer verbrecherischen Machtpolitik kann nur eine Neuordnung von Grund auf erfolgen“, hieß es im Vorwort des Ahlener Programms. Das „kapitalistische Gewinn- und Machtstreben“ habe sich dem „Wohlergehen unseres Volkes“ unterzuordnen.¹⁶³

Auch die Gewerkschaften hatten die „Überführung der Schlüsselindustrien in Gemeineigentum“ zum Schwerpunkt ihrer politischen Arbeit erklärt. Dabei verzichteten sie jedoch darauf, diese Forderung durch die Mobilisierung ihrer eigenen Mitglieder in Form von Streiks voranzutreiben. Sie setzten maßgeblich darauf, dass die Landtagsparteien dies durchführten.¹⁶⁴ Karl Schabrod sah ebenso das generelle Wohlwollen der Militärbehörden gegeben und berief sich dabei auf das Potsdamer Abkommen, das Dezentralisierung und Demilitarisierung zu zentralen Bausteinen der Nachkriegsordnung machte. Noch stärker wogen aber für ihn die politischen Absichtsbekundungen der Briten.¹⁶⁵ Am 22. Oktober 1946 empfahl der britische Außenminister Bevin vor dem

¹⁶¹ Alois Vogel, 2006: 60 Jahre Landtag Nordrhein-Westfalen, das Land und seine Abgeordneten, S. 23 – 24.

¹⁶² Karl Schabrod, 1947: Ein Jahr Parlamentsarbeit, in: NKS, Ordner B 1947.

¹⁶³ Ahlener Programm, 03.1947, S. 3, in: https://www.kas.de/c/document_library/get_file?uuid=0bd1a22b-ecf9-fdf2-7390-3fb8d3312b13&groupId=252038.

¹⁶⁴ Frank Deppe, 1977: Geschichte der deutschen Gewerkschaftsbewegung, Düsseldorf, S. 293; Die Gewerkschaften hielten auch bis in die 1950er Jahre an der Verstaatlichung der Grundstoffindustrie fest. Der DGB erklärte die „Überführung der Schlüsselindustrien in Gemeineigentum“ zum zweiten seiner vier wirtschaftspolitischen Grundsätze auf seinem Gründungskongress 1949. Vgl. hierzu Joachim Bergmann / Otto Jacobi / Walther Müller-Jentsch, 1979: Gewerkschaften in der Bundesrepublik, Band 1, Gewerkschaftliche Lohnpolitik zwischen Mitgliederinteressen und ökonomischen Systemzwängen, Frankfurt am Main, S. 157 – 158.

¹⁶⁵ Karl Schabrod, 1966: Erlebtes beim demokratischen Aufbau in Nordrhein-Westfalen, in: NKS, 1945 – 1947.

Unterhaus, die Kohle-, Eisen-, Stahl- und Chemieindustrie „should be owned and controlled in the future by the public.“ Einen Tag später bekräftigte der britische Militärgouverneur vor dem Zonenbeirat, dass der „Übergang der Eigentumsrechte auf die öffentliche Hand“ durchaus möglich sei. Ebenso konnte sich die KPD ziemlich sicher sein, dass auch in der Bevölkerung der Wunsch nach Verstaatlichung groß war. Am 1. Dezember 1946 hatte Hessen per Volksabstimmung entscheiden lassen, ob ein Artikel zur Verstaatlichung der Grundstoffindustrie in die neue Landesverfassung aufgenommen werden sollte. Dabei sprachen sich 71,9% der Stimmen dafür aus. Der Artikel selbst kam nie zur Ausführung, da die amerikanischen Militärbehörden ihn bis zur Verabschiedung des Grundgesetzes blockierten.¹⁶⁶

Unter diesen Vorzeichen hatte die KPD bereits im Februar 1947 auf eine NRW-weite Volksabstimmung zur Verstaatlichung der Grundstoffindustrie gedrängt und dem Ernannten Landtag einen entsprechenden Gesetzesentwurf vorgelegt. „Die Enteignung erfolgt ohne Entschädigung“, hieß es im §2 des Gesetzesentwurfs. Alle Eigentums-, Patent- und Bergbaurechte sollten in die treuhänderische Verwaltung des Landes Nordrhein-Westfalen übergehen, solange bis eine Reichsregierung existiere. Ein neugebildeter Kohlerat aus Gewerkschaftsmitgliedern und Staat sollte die Bergbauindustrie fortan führen. Die SPD trug den Vorschlag grundsätzlich mit und reichte einen Antrag ein, die Abstimmung zur Sozialisierung mit der Landtagswahl zu verknüpfen.¹⁶⁷ CDU und FDP, die im zweiten Ernannten Landtag die Mehrheit gestellt hatten, wiesen den Vorschlag zurück.¹⁶⁸

Nach der Landtagswahl 1947 war die politische Absicht der Sozialisierung der Grundstoffindustrie von Ministerpräsident Karl Arnold (CDU) in seine programmatische Regierungserklärung vom 17. Juni 1947 aufgenommen worden: „Die bisherigen einseitigen Machtgebilde in der Großwirtschaft werden beseitigt und Neubildungen in Zukunft dadurch verhindert, daß die deutschen Grundstoffindustrien [...] in Gemeinwirtschaft übergeführt wird [sic]. Eine Beteiligung des privaten Großkapitals an den genannten Industriezweigen wird ausgeschlossen.“¹⁶⁹

Doch trotz des breiten politischen Rückhaltes, des Verlustes der CDU-FDP-Mehrheit und der Aufnahme in die Regierungserklärung kam keine Verstaatlichung der Grundstoffindustrie zustande. Als nach langen Verhandlungen am 06. August 1948 das Gesetz zur Verstaatlichung der Kohleindustrie angenommen wurde, kippte die britische Militärregierung das Vorhaben.¹⁷⁰ Auch der angedachten Bodenreform erging es kaum besser. Nach mehrmaligen Zurückweisungen durch die Briten wurde sie im Mai 1949

¹⁶⁶ Düding, 2008: Parlamentarismus in Nordrhein-Westfalen, S. 179 u. 184.

¹⁶⁷ Landesdrucksache Nr. 1 – 96 u. 1 – 97, in: <https://www.landtag.nrw.de/portal/WWW/dokumentenarchiv/Dokument/MMDEP96.pdf>.

¹⁶⁸ Ebd., S. 174.

¹⁶⁹ Plenarprotokoll zur 34. Sitzung des Landtags Nordrhein-Westfalen am 07. Februar 1948, in: <https://www.landtag.nrw.de/portal/WWW/dokumentenarchiv/Dokument/MMP01-34.pdf>, S. 128.

¹⁷⁰ Landtag Nordrhein-Westfalen, 1950: Repertorium zu den Verhandlungen des Landtags Nordrhein-Westfalens in der I. Wahlperiode 1947/1950, Düsseldorf, S. 102.

angenommen, besaß aber durch die bevorstehende Verabschiedung des Grundgesetzes kaum Gültigkeit.¹⁷¹ Die Hauptschuldigen für das Scheitern beider Großprojekte sah Karl Schabrod vor allem in der CDU und FDP, die über Verzögerungstaktiken Beschlüsse verschleppt hätten.¹⁷² Karl Schabrod unterstellte der CDU, dass sie von den Vetos der britischen Behörden gewusst und allein deswegen dem Gesetz zugestimmt hatte.¹⁷³

Ähnlich deutete Karl Schabrod auch das Scheitern der überbetrieblichen Mitbestimmung der Arbeitnehmer. Im April 1948 hatte die SPD einen Entwurf vorgelegt, der die Industrie- und Handelskammern zugunsten eines paritätischen Organs aus Arbeitgebern und Arbeitnehmern abschaffen wollte. Karl Schabrod hatte den Vorstoß als Mitglied des Wirtschaftsrates unterstützt, während CDU und FDP das Gesetz lange blockierten. Als nach zähen Verhandlungen ein Kompromiss zustande kam, den alle fünf Parteien unterzeichneten, stoppte die britische Militärregierung das Gesetz.¹⁷⁴

Karl Schabrod begründete das Scheitern der Großprojekte Bodenreform und Verstaatlichung der Grundstoffindustrie nicht nur durch die ablehnende Haltung der Briten, sondern auch mit der fehlenden Zusammenarbeit der Arbeiterparteien. Die Schuld an diesem Versäumnis trug in seiner Rückschau vor allem die Parteiführung der SPD: „Dazu gab es Spitzenfunktionäre in der SPD, die mit einer fanatischen Leidenschaft jeden Ansatz zur Arbeitereinheit bekämpften und damit zur Freude der Großkapitalisten die Voraussetzungen für eine neue demokratische und sozialistische Umgestaltung zerschlugen.“ Demgegenüber betonte Karl Schabrod die Rolle der Kommunistischen Partei: „ob denn unsere Partei, die KPD alles getan und nichts unversucht gelassen hat, um zu einer größtmöglichen Einheit oder doch einem besseren Zusammenwirken in der Arbeiterschaft und zwischen den Arbeiterparteien zu kommen. Zahllose Angebote und gemeinsame Einzelaktionen, geschichtliche Tatsachen aller Art geben eine überzeugende, positive Antwort: es ist nichts unversucht geblieben.“ Jedoch gestand sich Karl Schabrod auch ein, dass viele Beschlüsse der KPD zu „starr abgefasst und gehandhabt wurden, dass sie den Gegnern der Arbeitereinheit eine Hilfe zu unserer Isolierung boten.“¹⁷⁵

¹⁷¹ Düding, 2008: Parlamentarismus in Nordrhein-Westfalen, S. 190.

¹⁷² Karl Schabrod, 1947: Ein Jahr Parlamentsarbeit, in: NKS, Ordner B 1947;

¹⁷³ Karl Schabrod, 1966: Erlebtes beim demokratischen Aufbau in Nordrhein-Westfalen, in: NKS, Dokumente 1945 – 1947.

¹⁷⁴ Karl Schabrod an den Landesvorstand des DGB, 1965, in: NKS, Ordner 1949.

¹⁷⁵ Karl Schabrod, 1966: Erlebtes beim demokratischen Aufbau in Nordrhein-Westfalen, in: NKS, Dokumente 1945 – 1947.

5.3 Die Ausgrenzung und Selbstaussgrenzung der KPD im Landtag 1947 – 1954

Der erste gewählte Landtag war nicht nur durch das Scheitern der politischen Großprojekte gekennzeichnet, sondern auch durch die fortschreitende Ausgrenzung der KPD. Karl Schabrod erlebte dies vor allem im Zusammenhang mit der Besetzung des wichtigen Beamtenapparats, der dem Landtag angeschlossen war. Im Sommer 1947 beklagte er auf einer internen Besprechung mit den Parteispitzen, „z. Zt. seien gewisse Ministerien 100%ig eine Domäne der CDU und wie durch eine Barriere, die nicht überschreitbar sein soll, verhindern gewisse Kräfte das [sic] Vorschläge der KPD zur Besetzung von Beamtenstellen berücksichtigt würden.“ Karl Schabrod konkretisierte seinen Vorwurf anhand der wichtigen Posten der Ministerialdirektoren, von denen bisher kein einziger mit einem der KPD auch nur nahe stehenden Mitglied besetzt worden war. Walther Menzel von der SPD räumte ein, dass zumindest ein Posten für die KPD freigeräumt werden müsste.¹⁷⁶ Auf diese Zusage hin unterbreitete Karl Schabrod Ministerpräsident Arnold im Verlauf der nächsten drei Wochen umfassende Personalvorschläge für Ministerialdirektoren im Wirtschafts-, Arbeits-, Sozial- und Landwirtschaftsministerium. Ebenso forderte er einen Regierungspräsidenschaftsposten ein und erinnerte nochmal daran, dass die KPD ebenso Regierungspartei sei wie die anderen auch.¹⁷⁷

Bis November stand Karl Schabrod im direkten Austausch mit den Ministerien und versuchte, mit Genehmigung des Ministerpräsidenten, seine Leute unterzubringen. Die Ministerien zeigten jedoch wenig Begeisterung, teilweise besetzte Stellen für Kommunisten freizuräumen, vor allem da Karl Schabrod seine Bitte mit einer generellen Entnazifizierungsanfrage verknüpfte.¹⁷⁸ Das Innenministerium zeigte sich durch die Anfrage persönlich beleidigt und teilte Schabrod explizit mit, was man unter Entnazifizierung zu verstehen habe. Dies sei schließlich kein Beweis dafür, dass Jemand definitiv unbelastet, sondern lediglich, dass der Einzelne „politisch tragbar“ sei. Da die Entnazifizierungsverfahren so zeitintensiv seien, müsse eine solche Einstufung für einige Mitarbeiter rückwirkend erfolgen. Solange müsse sich Schabrod gedulden.¹⁷⁹ Arbeitsminister August Halbfell von der SPD wies Schabrods Personalvorschlag noch entschiedener zurück. Halbfell lehnte über zwei Monate hinweg jede Personaleinmischung kategorisch ab, da alle „leitenden Stellen innerhalb meines Ministeriums besetzt sind.“ Auch die Unterbringung im Wirtschaftsministerium

¹⁷⁶ Protokoll der interfraktionellen Besprechung vom Dienstag, den 22. Juli nachmittags 15 Uhr im Mannesmann Haus, 25.07.1947, in: NKS, Ordner 1947A.

¹⁷⁷ Karl Schabrod an Ministerpräsident Arnold, 04.08.1947, in: NKS, Ordner 1947 A.

¹⁷⁸ Landesleitung der KPD NRW, Sekretariat der Landtagsfraktion an Karl Schabrod, 13.08.1947, in: NKS, Ordner 1947A.

¹⁷⁹ Innenministerium NRW an die KPD Landesleitung NRW, 20.08.1947, in: NKS, Ordner 1947 A.

misslang, sodass Schabrod seine Personalempfehlung Walter Vollmer stattdessen im Verkehrsministerium platzierte, das seinem Parteikollegen Heinz Renner unterstand.¹⁸⁰ In der Parlamentsdebatte vom 02. Oktober 1947 hielt Karl Schabrod den Abgeordneten den Spiegel vor. So seien im Innenministerium gerade einmal 4,5% aller Angestellten NS-Verfolgte, im Arbeitsministerium hingegen nur 1,6%. „Wie es in den übrigen Ministerien aussieht, die eine ausweichende Antwort ohne Ziffernangabe oder überhaupt nicht einmal geantwortet haben, kann man sich denken.“ Der verschwindend geringe Anteil an rassistisch und religiös Verfolgten im öffentlichen Dienst stünde dabei im direkten Gegensatz „zu den schönen Reden, die man bei feierlichen Anlässen und Totenehrungen gehört hat.“ Karl Schabrod stellte die Zahlen dabei in Reaktion auf einen Erlass des Arnberger Polizeipräsidenten vor, wonach VVN-Mitglieder nicht länger der Polizei angehören durften.¹⁸¹ Gleichzeitig forderte er den Landtag auf, sich gegen den Beschluss des Arnberger Polizeipräsidenten zu stellen und einen Antrag der KPD vom 20. September 1947 anzunehmen.¹⁸² Darin verlangte die KPD, dass VVN-Mitglieder aufgrund ihrer Verfolgungserfahrung bevorzugt eingestellt und befördert werden sollten. Im Plenum selbst reagierte ausschließlich Innenminister Walter Menzel von der SPD auf Schabrods Vorwürfe. Menzel nahm dabei bloß Bezug auf die Verordnung der Polizei im Regierungsbezirk Arnberg. Er kritisierte den Arnberger Beschluss ebenfalls und betonte, dass sich der Landtag dagegen gewehrt habe, jedoch käme die Anweisung von der britischen Militärregierung und daher könne man dagegen nichts unternehmen.¹⁸³

Die ohnehin schon brüchige Zusammenarbeit der KPD mit den übrigen Parteien zerfiel nach dem Abbruch der Londoner Konferenz im Dezember 1947. Die Konferenz hatte den letzten Versuch der Siegermächte dargestellt, eine gemeinsame Deutschlandpolitik auf den Weg zu bringen. Die Landtagsfraktionen von CDU, SPD, Zentrum und FDP stritten die stetig voranschreitende Teilung Deutschlands bis zur Ausreichung der Frankfurter Dokumente konsequent ab. Die KPD wiederum machte den Kampf gegen die deutsche Teilung zu ihrem politischen Hauptthema, dem sie alles andere unterordnete.¹⁸⁴

Der Streit um die Nationale Frage verknüpfte sich im Landtag vor allem mit einem weiteren Grundsatzthema – der Ausarbeitung einer Landesverfassung. Im Jahre 1946 hatte die KPD die Ausgestaltung des Landes Nordrhein-Westfalen inhaltlich abgelehnt,

¹⁸⁰ Karl Schabrod an Walter Vollmer, 13.11.1947, in: NKS, Ordner 1947B.

¹⁸¹ Plenarprotokoll zur 16. Sitzung am 2. Oktober 1947, in: <https://www.landtag.nrw.de/portal/WWW/dokumentenarchiv/Dokument/MMP01-16.pdf>

¹⁸² Landesdrucksache Nr. 2-105, 20.09.1947 in: <https://www.landtag.nrw.de/portal/WWW/dokumentenarchiv/Dokument/MMD01-105.pdf>.

¹⁸³ Plenarprotokoll zur 16. Sitzung am 2. Oktober 1947, in: Landesdrucksache Nr. 2-105, 20.09.1947 in: <https://www.landtag.nrw.de/portal/WWW/dokumentenarchiv/Dokument/MMD01-105.pdf>; S. 136 – 137.

¹⁸⁴ Düding, 2008: Parlamentarismus in Nordrhein-Westfalen, S. 189, 191 – 193.

da sie in der Gründung der Bundesländer ein Symbol der voranschreitenden Teilung Deutschlands sah. Doch genau jene Vorzeichen der Teilung führten zu einem radikalen Umdenken in der KPD. Die drohende Gefahr eines westdeutschen Separatstaats, der sich bewusst von sowjetischen Einflüssen abschirmte, machte starke Bundesländer mit weitreichenden Verfassungen deutlich attraktiver.

Nachdem Walter Menzel (SPD) im April 1947 einen Verfassungsentwurf vorgelegt hatte, bezogen die katholische Kirche um Erzbischof Joseph Kardinal Frings und der DGB aktiv zur Verfassungsfrage Stellung. Im September legten FDP und KPD eigene Verfassungsentwürfe vor. Einen offiziellen Verfassungsvorschlag durch die Landesregierung gab es nicht.¹⁸⁵ Im November 1947 hielt Karl Schabrod eine Grundsatzrede zum KPD-Verfassungsentwurf im Landtag. Dabei betonte er eingangs, dass die Einheit Deutschlands das höchste Ziel des Entwurfes sei und brandmarkte die CDU als Vorantreiber der deutschen Spaltung. Ihre Unfähigkeit, die Grenzverschiebungen in Ostpreußen zu akzeptieren, „zeigt ja, daß sie nicht nur die Ostprovinzen, sondern ganz Deutschland preisgeben.“ Inhaltlich schrieb der Entwurf die Garantie des Privateigentums fest. Er legte den Fokus auf die parlamentarische Demokratie, verankerte die Bodenreform sowie die Verstaatlichung der Grundstoffindustrie. Somit knüpfte der Entwurf an den Aufruf zum 11. Juni 1946 an und verband ihn mit den politischen Großprojekten der Legislaturperiode.¹⁸⁶

Karl Schabrod präsentierte den Verfassungsentwurf nicht nur dem Parlament, sondern schickte ihn in Absprache mit der Partei auch Vertretern von Medien und anderen Interessensgruppen zu, um so gesellschaftlichen Druck auf den Landtag aufzubauen. Dazu gab die KPD eine eigene Broschüre heraus: „Das Volk bestimmt sein Recht – Verfassungsentwurf der KPD für das Land Nordrhein-Westfalen.“¹⁸⁷ Zu den Interessensgruppen zählten vor allem Gewerkschaften. Als der Betriebsrat der Gussstahlwerk AG es ablehnte, zu dem Entwurf Stellung zu beziehen, weil dies kein Thema für eine Gewerkschaft sei, argumentierte Schabrod dagegen: Die Gewerkschaften seien aktiv von einer Verstaatlichung der Grundstoffindustrie betroffen und hätten sich dazu positiv geäußert. Da dieses Vorhaben sich im Verfassungsentwurf wiederfände, sah Karl Schabrod die Stellungnahme von Gewerkschaften als notwendig an.¹⁸⁸ Die zahlreichen Verfassungsvorschläge und Anregungen unterschiedlicher Interessensgruppen ohne einen offiziellen Regierungsentwurf machten eine rasche Einigung im Jahre 1947 unmöglich. 1948 erlahmte die Ausarbeitung der Landesverfassung zunehmend, da führende Verfassungspolitiker im Parlamentarischen Rat mitarbeiteten und zunächst auf die Ausarbeitung eines Grundgesetzes warteten.¹⁸⁹

¹⁸⁵ Ebd., S. 227 – 229.

¹⁸⁶ Plenarprotokoll zur 20. Sitzung des Landtags Nordrhein-Westfalen am 27.11.1947, in: <https://www.landtag.nrw.de/portal/WWW/dokumentenarchiv/Dokument/MMP01-20.pdf>, S. 82 – 95.

¹⁸⁷ Rundschreiben KPD Landesleitung i.A. Karl Schabrod, 30.09.1947, in: NKS, Ordner 1947 B.

¹⁸⁸ Karl Schabrod, undatiert: Verfassungsvorschläge unter der Lupe, in: NKS, Ordner 1947 B.

¹⁸⁹ Dästner, 2000: Konflikt und Konsens, S. 24.

Eine Verfassung für Nordrhein-Westfalen trat erst am 28. Juni 1950 in Kraft und verkehrte damit das ursprüngliche Ziel der KPD ins Gegenteil. Anstatt Impulsgeber für eine gesamtdeutsche Verfassung zu sein, orientierte sich die Landesverfassung an dem inhaltlichen Rahmen, den das Grundgesetz vorgab. Damit bot die Landesverfassung kaum Ausgangspunkte für eine deutsche Einheit im Sinne der KPD.¹⁹⁰ Dennoch versuchte die Kommunistische Partei immer wieder, ihre Themen, allen voran die deutsche Einheit, in dem abschließenden Verfassungstext unterzubringen. So drängte Karl Schabrod im Verfassungsausschuss darauf, den Wunsch nach Wiedervereinigung in die Präambel aufzunehmen, damit er zumindest symbolisch verankert würde.¹⁹¹

Abseits der Wiedervereinigung kritisierte Karl Schabrod die Stellung der Richter im Rahmen der geplanten Verfassung. Im November 1947 berichtete er dem Landtag, dass 80% aller Mitarbeiter in der Justiz über ein NSDAP-Parteibuch verfügten, was sich negativ auf den Justizapparat auswirke. „Die Frucht dieser Atmosphäre in der Justiz sehen wir ja gerade in dem Urteil gegen Herrn Baron von Schröder.“ Der Bankier und SS-Brigadenführer Kurt Freiherr von Schröder war zu einer geringen Haftstrafe von drei Monaten verurteilt worden. Daher forderte Schabrod, „eine Reinigung des gesamten Justizapparates herbeizuführen.“¹⁹²

Für Karl Schabrod und die KPD war die Vorstellung, sich einem Justizwesen unterzuordnen, in dem ehemalige Nationalsozialisten ungehindert weiter praktizieren, untragbar. „Wir sollten uns vom Fetischismus des Rechtsgedankens loslösen, daß der Richter außerhalb des Volkes stehe“, kritisierte er die späteren Verfassungsentwürfe der Landesregierung und beharrte auf die Möglichkeit einer Richteranklage. In diesem Punkt verwies er positiv auf die DDR, wo Richter jederzeit abberufen werden konnten, was er auch für Nordrhein-Westfalen forderte.¹⁹³ Die dadurch entstandenen Lücken sollten juristisch erfahrene Personen als Laienrichter füllen. Damit bezog er sich auf die sogenannten „Volksrichter“, die seit 1946 in der SBZ tätig waren. Nach Schabrods Vorstellungen sollten die geplanten Laienrichter direkt durch das Volk und die obersten Landesrichter durch den Landtag gewählt werden. Ebenso plädierten er und die KPD dafür, die Befugnisse des Justizapparates deutlich zu beschränken. So stufte Karl Schabrod die Einberufung eines Verfassungsgerichtshofes als „nonsens“ ab. Aus seinem Staatsverständnis heraus sollte die Ausübung der Staatsgewalt „durch das Parlament geschehen und wenn der Landtag beschließt, dann muss er wissen, daß das Gesetz

¹⁹⁰ Hans Boldt, 1996: Verfassung einer europäischen Region? Die Landesverfassung im Wandel ihrer Rahmenbedingungen, in: Wolfram Köhler: Nordrhein-Westfalen Fünfzig Jahre später 1946 – 1996, Koblenz, S. 57 u. 61.

¹⁹¹ Entwurf eines Grundgesetzes für das Land Nordrhein-Westfalen LD II – 1359, 34. Sitzung 05.04.1950, in: NKS, Ordner 1950.

¹⁹² Plenarprotokoll zur 26. Sitzung des Landtags Nordrhein-Westfalen am 09.12.1947, in: <https://www.landtag.nrw.de/portal/WWW/dokumentenarchiv/Dokument/MMP01-26.pdf>, S. 84 – 85.

¹⁹³ Regierungsvorlage, Entwurf eines Grundgesetzes für das Land Nordrhein-Westfalen LD II – 1359, 40. Sitzung 18.02.1950, in: NKS, Ordner 1950.

endgültig beschlossen ist. Nur er selbst oder der Volksentscheid können Abänderungen treffen.“¹⁹⁴

Ein weiterer Streitpunkt entzündete sich an dem Artikel 32, wonach staats- und verfassungsfeindliche Vereinigungen und Personen ihr Wahl- und Abstimmungsrecht verlieren sollten, sobald 50 Abgeordnete einen entsprechenden Antrag einreichten. Im Mai 1950, knapp einen Monat vor Verabschiedung der Landesverfassung, protestierte Schabrod aufs Schärfste gegen die Einführung des Artikels 32. Die Gräben zwischen den Kommunisten und den restlichen Parteien waren zu diesem Zeitpunkt so tief, dass Schabrod darin einen Vorstoß zum Parteiverbot sah: „Man will meine Partei verbieten und sucht nach Gründen, um uns das Lebenslicht auszublases“, urteilte er im Plenum. „Wir haben aber nicht die Absicht, einem Artikel 25 (Anm.: gemeint ist der spätere Artikel 32) zuzustimmen, der zur Unterdrückung unserer Partei dienen soll.“¹⁹⁵

Das Endergebnis der Verfassungsverhandlungen blieb für die KPD und Karl Schabrod ernüchternd. Der Großteil ihrer Forderungen fand keinerlei Beachtung: Weder schaffte es der Wunsch nach Wiedervereinigung in die Präambel, noch tauchte die Richteranklage auf und Artikel 32 konnte ebenso wenig abgewendet werden. Die KPD stimmte gegen den fertigen Verfassungsentwurf, über den am 18. Juni 1950 per Volksentscheid abgestimmt wurde. Karl Schabrod setzte am 07. Juni ein Rundschreiben auf, das die Bevölkerung vor den Missständen der Verfassung warnte. Neben der Streichung zahlreicher KPD-Forderungen prangerte er vor allem CDU und FDP an, die im Auftrag der „kapitalistischen Monopolherren“ die Verabschiedung der Landesverfassung verzögert hatten, „bis die Spaltung Deutschlands vollendet und ein Bundeskanzler der alliierten deutschen und ausländischen Monopolisten die Zügel der westdeutschen Separatregierung übernommen hatte.“ Der Protest hatte keinerlei Erfolg und die Verfassung trat am 18. Juli 1950 in Kraft.¹⁹⁶

Trotz aller Rückschläge verbuchte Karl Schabrod einen Erfolg.¹⁹⁷ Dank seiner Initiative war das Recht auf Arbeit in die fertige Verfassung gelangt. „Im Mittelpunkt des Wirtschaftslebens steht das Wohl des Menschen. Der Schutz seiner Arbeitskraft hat den Vorrang vor dem Schutz materiellen Besitzes. Jedermann hat ein Recht auf Arbeit“ (Art. 24, Abs. 1).¹⁹⁸

Der beständige Streit um die westdeutsche Teilstaatsbildung wirkte sich dabei nicht nur negativ auf die Arbeit im Verfassungsausschuss aus, sondern auch unmittelbar auf die KPD als Regierungspartei. Einen vorläufigen Höhepunkt erreichte die Auseinanderset-

¹⁹⁴ Karl Schabrod, 20.11.1947: antifaschistisch-demokratische Landesverfassung NRW, in: VVN-BdA NRW, 4404A.

¹⁹⁵ Regierungsvorlage, Entwurf eines Grundgesetzes für das Land Nordrhein-Westfalen LD II – 1359, 56 Sitzung 11.05.1950, in: NKS, Ordner 1950.

¹⁹⁶ Karl Schabrod, 07.06.1950: Verfassungskämpfe in Nordrhein-Westfalen, in: NKS, Ordner 1950.

¹⁹⁷ UZ, 24.09.1976: „Wie das Recht auf Arbeit“ in die Landesverfassung kam.

¹⁹⁸ Hein Hoebink, 1988: Das Recht auf Arbeit und seine Verankerung in der nordrhein-westfälischen Verfassung, in: Der Staat, Vol. 27, Nr. 2, S 290, 295 – 296.

zung am 05. Februar 1948 während einer Landtagsdebatte zur Ausarbeitung der Frankfurter Dokumente. Ministerpräsident Arnold, der einen Streit voraussah, zog vor Debattebeginn klare rote Linien: Die Prozesse in Frankfurt hätten „mit der Bildung eines sogenannten westdeutschen Staates nichts zu tun.“ Vielmehr dienten die Frankfurter Verhandlungen dazu, „die Einheit Deutschlands und das wirtschaftliche Zusammenwirken in allen Zonen sicherzustellen.“ Damit hatte Arnold eine klare und offensichtlich falsche Deutung der Frankfurter Verhandlungen zum Ausgangspunkt der Parlamentsdebatte gemacht. Auf die Deutung folgte die eindeutige Mahnung an die KPD, die in ihrer medialen Kampagne gegen die deutsche Teilung immer wieder von „Landesverrat“ gesprochen hatte. Sollte ein solcher Vorwurf gegen die in Frankfurt agierenden Politiker erhoben werden, welche zum Teil auch im Landtag vertreten waren, drohte Arnold mit Zurückweisung in „aller Schärfe.“¹⁹⁹

Anfangs verlief die Debatte auch in dem von Arnold abgesteckten Rahmen. Rudolf Wascher von der KPD griff Konrad Adenauer für sein Engagement in Frankfurt scharf an, vermied aber penibel jeden Vorwurf des Landesverrats. Der Abgeordnete Henßler von der SPD lenkte den Fokus auf die sowjetische Besatzungszone, die sich „von der Nazidiktatur nur noch durch die Uniform und den Katechismus unterscheidet.“ Adenauer folgte als Nächster und stellte den „glühenden Nationalismus“ der Kommunisten auf eine Stufe mit den Propagandareden von Goebbels. Als Josef Ledwohn dann wieder für die KPD das Wort ergriff, verbanden sich in seiner Antwortrede Propaganda und Frustration über die in vielen Bereichen erfolglose Parlamentsarbeit. Die Sowjetische Besatzungszone habe „eine Demokratisierung erfahren [...], wie sie noch niemals in der Geschichte des deutschen Volkes“ stattgefunden habe. Dort seien die Umsetzung der Bodenreform und die Enteignung der „Großkapitalisten“ längst umgesetzt. Ledwohn erklärte das Ausbleiben der politischen Großprojekte in Nordrhein-Westfalen mit den starken „monopolistischen Interessen des Finanzkapitals“. Am Ende seiner aufgebrachten Rede stellte er die Frage, ob die Abgeordneten überhaupt noch bereit seien, mit der heutigen Führung in Ostdeutschland für eine Wiedervereinigung zusammenzuarbeiten. Nach dem einzelnen Zwischenruf des CDU-Abgeordneten Joseph Büttner, der die Frage verneinte, brach Ledwohn das Tabu und erhob den Vorwurf des Landesverrats.²⁰⁰ „Das berechtigt mich, Herr Büttner, zu dem Vorwurf, daß Sie, die heute die Frankfurter Vereinbarungen unterstützen und bereit sind, durchzuführen, es bewußt tun, um die Einheit Deutschland [sic] zu verhindern, und aus dieser Tatsache leiten wir den Vorwurf ab, den Vorwurf, den Herr Ministerpräsident präventiv von sich gewiesen hat, des Landesverrats.“²⁰¹

¹⁹⁹ Düding, 2008: Parlamentarismus in Nordrhein-Westfalen, S. 194.

²⁰⁰ Ebd., S. 195 – 196.

²⁰¹ Plenarprotokoll zur 28. Sitzung des Landtags Nordrhein-Westfalen am 05. Februar 1948, in: <https://www.landtag.nrw.de/portal/WWW/dokumentenarchiv/Dokument/MMP01-28.pdf>, S. 30.

Ledwohns Anschuldigung war verklausuliert formuliert und schien sich vornehmlich aus der hitzigen Debatte ergeben zu haben. Doch nun folgte ein drei Tage anhaltender Parlamentsstreit, der sich rasch verselbstständigte, da Konrad Adenauer die KPD vehement bedrängte. Er forderte eine klare Stellungnahme ein, ob sich die Partei und ihre beiden Minister der Äußerung anschlossen. Die KPD war immer noch Regierungspartei und hatte damit zwei wichtige Interessen gegeneinander abzuwiegen – das Bekenntnis zur Landesregierung gegen das Bekenntnis zur Deutschlandpolitik der SED: Einerseits war ein gemeinsames Vorgehen des Landtages in der Nationalen Frage zu diesem Zeitpunkt aussichtslos. Dafür wich die kommunistische Wahrnehmung der sowjetischen Besatzungszone und der Volkskongresse zu sehr von den Auffassungen der anderen Parteien ab. Ledwohns Äußerungen reihten sich in eine Kampagne ein, die von der SED angeführt wurde. Hiervon abzuweichen hätte die Partei in Bedrängnis gegenüber der SED gebracht, von der die westdeutschen Kommunisten in vielen Bereichen abhängig waren. Andererseits war die Lage bei den Großprojekten Bodenreform und Verstaatlichung der Grundstoffindustrie weniger eindeutig. Beides war zu diesem Zeitpunkt zwar ins Stocken geraten, aber keinesfalls abgeschrieben. Die KPD-Fraktion und ihre beiden Minister Renner und Paul stellten sich aber nach einigem Zögern geschlossen hinter Ledwohns Aussage und nahmen damit eindeutig in Kauf, die bisherige Zusammenarbeit in der Regierung zu belasten.²⁰²

Das Ergebnis der gemeinsamen Stellungnahme folgte zwei Tage später, am 07. Februar 1948. Ministerpräsident Karl Arnold verlas vor dem Parlament die Entlassungsschreiben der kommunistischen Minister und warf die KPD aus der Regierung. In seiner kurzen Erklärung drückte er nicht nur sein Bedauern und seine Wertschätzung für die Minister Paul und Renner aus, sondern noch einmal gesondert, dass es sich um eine „gegen meinen Willen notwendig gewordene Entscheidung“ handelte. Er verwies damit auf den enormen Druck, den Konrad Adenauer im Verlauf der Debatte auf den Ministerpräsidenten ausgeübt hatte.²⁰³

Karl Schabrod war bei der Debatte und Entlassung der Minister nicht öffentlich in Erscheinung getreten. Als die empörte KPD jedoch als Reaktion auf den Rauswurf den Antrag stellte, den Landtag aufzulösen und zu Neuwahlen aufrief, trat er als Redner in der Parlamentsdebatte auf. Inhaltlich wiederholte Karl Schabrod die Positionen Ledwohns und unterstellte der CDU, die Einheit Deutschlands bewusst und im Austausch für „materielle Vorteile“ preiszugeben. Den direkten Vorwurf des Landesverrates hingegen vermied er. Karl Schabrod begründete die Forderung nach Neuwahlen vor allem mit dem Fehlverhalten des Ministerpräsidenten Arnolds. Dieser habe in der gesamten Debatte versäumt, die Abgeordneten zu befragen, ob er überhaupt die Parlamentsmehrheit hinter sich habe. Zusätzlich habe sich Arnold zum „Spielball seiner eigenen Partei“

²⁰² Düding, 2008: Parlamentarismus in Nordrhein-Westfalen, S. 197 – 198.

²⁰³ Plenarprotokoll zur 35. Sitzung des Landtags Nordrhein-Westfalen am 07. Februar 1948, in: <https://www.landtag.nrw.de/portal/WWW/dokumentenarchiv/Dokument/MMP01-34.pdf>, S. 115.

machen und von Adenauer vor sich hertreiben lassen.²⁰⁴ Karl Schabrod trug diese Forderung nach Neuwahlen ebenfalls als Lizenzträger der ‚Freiheit‘ medial nach außen. In der Ausgabe vom 10. Februar 1948 erschien hierzu ein von ihm und Ewald Kaiser unterschriebener Artikel.²⁰⁵

Nach dem überraschenden Rauswurf der KPD-Minister geriet die KPD endgültig in die politische Isolation und verlor in vielen sachpolitischen Themen ihren Mitgestaltungsanspruch. In dieser Situation interpretierte die Partei den Landtag zunehmend als Bühne. Der parlamentarische Input in Form von Redebeiträgen und Anträgen zielte nicht mehr auf einen beschlussfähigen Konsens ab, sondern darauf, Aufmerksamkeit und Zustimmung außerhalb des Landtags zu generieren. Dies zeigte sich vor allem in der Nationalen Frage, in der die KPD zu keinem Zeitpunkt eine parlamentarische Mehrheit hinter sich hatte. Auf die Ausreichung der Frankfurter Dokumente reagierte die Landtagsfraktion der KPD mit einem Entschließungsantrag, der sich gegen die „Spaltung Deutschlands“ aussprach. Gegen das Ruhrstatut brachte die KPD Anfang 1949 einen weiteren Dringlichkeitsantrag ein. Ebenso versuchte sie, die Annahme des Grundgesetzes durch den Landtag im Mai zu verhindern.²⁰⁶

Karl Schabrod begründete den Antrag seiner Partei gegen das Grundgesetz auf einer Sondersitzung des Landtags am 20. Mai 1949. Die Militärbehörden der Trizone hatten festgelegt, dass $\frac{2}{3}$ der 11 westdeutschen Länder dem Grundgesetzentwurf zustimmen mussten. Da allerdings in den drei größten Bundesländern Bayern, Niedersachsen und Nordrhein-Westfalen annähernd 60% aller Stimmberechtigten lebten, verurteilte Karl Schabrod ein solches Ratifizierungsverfahren als zutiefst undemokratisch. Darüber hinaus beklagte er, dass Nordrhein-Westfalen sich immer noch keine eigene Verfassung gegeben habe und dies sollte der Abstimmung zum Grundgesetz vorangestellt werden. Zuletzt verwies Karl Schabrod auf die in drei Tagen bevorstehende Außenministerkonferenz in Paris. Die verfrühte Abstimmung über eine westdeutsche Teilverfassung schaffe vorzeitige Tatsachen, die jeden Kompromiss erschweren würden. Demnach reichte die Partei den Antrag ein, die Abstimmung zum Grundgesetz bis zum Abschluss der Außenministerberatungen auszusetzen.²⁰⁷

Der Vorstoß der KPD und Schabrods Begründungen demonstrierten, wie weit sich die politischen Realitäten der Parteien seit Beginn der Legislaturperiode voneinander verschoben hatten. In der Folge nahmen die übrigen Fraktionen die KPD immer weniger als vollwertige parlamentarische Partei wahr. Peter Josef Schaeven von der CDU urteilte 1950: „Die KPD ist ein Stachel, keine Opposition.“ Walter Scheel betonte öffentlich für die FDP, dass die KPD „in diesem Hause nicht mehr in der Lage und auch

²⁰⁴ Plenarprotokoll zur 35. Sitzung des Landtags Nordrhein-Westfalen am 05. April 1948, in: <https://www.landtag.nrw.de/portal/WWW/dokumentenarchiv/Dokument/MMP01-35.pdf>, S. 148 – 150.

²⁰⁵ Freiheit, 10.02.1948: KPD fordert Neuwahlen.

²⁰⁶ Düding, 2008: Parlamentarismus in Nordrhein-Westfalen, S. 200 – 201.

²⁰⁷ Karl Schabrod, Sondersitzung des Landtags am 20.05.1949 betr. Grundgesetz, in: NKS, Ordner 1949.

nicht mehr willens ist, mitzuarbeiten“. Heinz Kühn drückte es für die SPD so aus: „Unser politisches Vokabular ist zu verschieden voneinander. Das ist ungefähr so, als wenn wir uns in deutscher und in russischer Sprache unterhielten.“ Die Ausgrenzung der KPD begründete sich nicht allein in der radikalen Kritik an der deutschen Teilung, sondern auch in dem Glaubwürdigkeitsproblem der Partei. Während die KPD jegliche Demokratiedefizite in Westdeutschland harsch angriff, verschloss sie diesen kritischen Blick völlig für die Verhältnisse in Ostdeutschland.²⁰⁸

Vor allem die CDU zeigte sich immer weniger bereit, sich mit den Angriffen der KPD auseinanderzusetzen. Am 27. September 1950 brachte sie unter Ministerpräsident Arnold einen Antrag zum Entzug des Fraktionsrechts ein. „Die Verweigerung der Anerkennung als parlamentarische Fraktion dient der Abwehr anti-demokratischer Kräfte“, da die KPD und ihre „sämtlichen Gliederungen die verfassungsmäßige Ordnung im Lande stören.“ Arnold begründete die Maßnahme unter anderem mit anhaltenden Zusammenstößen bei Demonstrationen, für die er die KPD mitverantwortlich machte. CDU und Zentrum setzten den Antrag mit ihrer Parlamentsmehrheit um. In der Folge verloren die Kommunisten ihre Vertreter im Ältestenrat, in den Fachausschüssen und gewisse finanzielle Zuteilungen. Die SPD trug die inhaltliche Kritik Arnolds vollständig mit, sah aber in dem Entzug des Fraktionsrechts einen schwerwiegenden Eingriff in die parlamentarischen Grundrechte. Deswegen verweigerte sie ihre Zustimmung und brachte im Juli 1951 einen Antrag zur Rückgabe des Fraktionsstatus ein. CDU und FDP fanden im Jahre 1952 einen fragwürdigen Kompromiss, um die Kritik der SPD zu entkräften, indem sie im Rahmen einer Änderung der Geschäftsordnung die Mindestgröße einer Fraktion von 10 auf 15 Abgeordnete anhoben. Die KPD besaß nach der Landtagswahl 1950 bloß noch 12 Abgeordnete. Die vorherige Begründung rund um die „verfassungsmäßige Ordnung“ wurde ersatzlos fallen gelassen und durch organisatorische Erwägungen ersetzt, die ganz offensichtlich dazu gedacht waren, einer Debatte über parlamentarische Grundrechte auszuweichen.²⁰⁹

Vorlage für die Anzahl der Mandatserhöhungen bot der Bundestag, der dies im Dezember 1951 beschlossen hatte. Auch hier stand die Maßnahme in Verbindung mit dem Ausschluss der KPD, die zwar exakt 15 Mandate besaß. Jedoch ruhte eines davon, weil der Abgeordnete Kurt Müller (siehe Kap. 7.2) in die UdSSR verschleppt und dort verurteilt worden war, sodass den Kommunisten genau ein Mandat zum Fraktionsstatus fehlte.²¹⁰

Die KPD setzte sich im Landtag NRW immer wieder gegen den Fraktionsentzug zur Wehr, indem sie die Geschäftsordnung für ihre Zwecke bewusst fehlinterpretierte. Sie zettelte bei Parlamentsdebatten endlose Diskussionen an, um die Arbeitsfähigkeit des Landtags auszubremsen.²¹¹ Den Auftakt hierbei machte Karl Schabrod. Zusammen mit

²⁰⁸ Düding, 2008: Parlamentarismus in Nordrhein-Westfalen, S. 333 – 334.

²⁰⁹ Ebd., S. 344 – 346, 348.

²¹⁰ Klocksin, 1993: Kommunisten im Parlament, S. 254.

²¹¹ Düding, 2008: Parlamentarismus in Nordrhein-Westfalen, S. 349.

den Abgeordneten Ledwohn und Jennes formulierte er eine dringliche Anfrage an Innenminister Menzel. Menzel hatte der Aufforderung der Bundesregierung Folge geleistet und am 16. Oktober 1950 einen Radikalenerlass verabschiedet, wonach die KPD-Mitgliedschaft unvereinbar mit dem öffentlichen Dienst sei (Siehe Kap. 7.1). Schabrods Anfrage umfasste dabei 22 eigene Fragestellungen zur Rechtmäßigkeit des Erlasses, zu denen Menzel einzeln Stellung beziehen sollte.²¹² Auf der ersten Sitzung nach dem Fraktionsentzug ergriff Karl Schabrod dann sofort das Wort und verlangte, die Anfrage außerplanmäßig auf die Tagesordnung zu setzen. „Wie sie wissen, gehöre ich nicht mehr dem Ältestenrat des Landtags an“, begründete Karl Schabrod sein Vorgehen, denn nun konnte er die Anfrage nicht mehr im Ältestenrat ausführen. Präsident Gockeln lehnte Karl Schabrods Redebeitrag sowie seinen Wunsch, die Tagesordnung zu verändern, mit Verweis auf die Geschäftsordnung als unmöglich ab. Karl Schabrod wiederum begründete sein Vorgehen ausführlich mit ebenjener Geschäftsordnung. In der folgenden Sitzung nahm Karl Schabrod sechsmal Stellung zu Fragen der Geschäftsordnung und brachte vier Anträge ein, zu denen er im Vorfeld referierte und das Haus anschließend abzustimmen hatte. Entnervt ertönte der Zuruf aus dem Plenum „Lasst uns doch einfach abstimmen!“, als Landtagspräsident Gockeln sich verzweifelt bemühte, Schabrods Verzögerungstaktik einzudämmen.²¹³

Die Taktik der KPD führte zu einem Teilerfolg und die KPD durfte ab November 1950 wieder beratend an Ausschusssitzungen teilnehmen. Doch die Landesregierung war nicht bereit, sich dauerhaft auf die Verzögerungstaktik der Kommunisten einzulassen. So begrenzte sie die Redezeit bei Geschäftsordnungsdebatten auf drei Minuten. Ebenso übergang Landtagspräsident Josef Gockeln von der CDU immer wieder KPD-Wortmeldungen. Karl Schabrod warf ihm deswegen im Oktober 1951 vor: „Sie verweigern den Abgeordneten das Recht, das ihnen zusteht; Sie sind ein Antidemokrat!“ Im selben Monat hatte Gockeln fünf fristgerechte Einträge der KPD ohne inhaltliche Bearbeitung zurückgewiesen, obwohl er dazu keinerlei Befugnis hatte. Als Karl Schabrod dagegen öffentlich Beschwerde einlegte, reichte der Ältestenrat die inhaltlichen Gründe nach und verlieh dem Landtagspräsidenten diese Kompetenz im Anschluss.²¹⁴

Die Aberkennung des Fraktionsstatus war nicht der einzige Angriff auf die Grundrechte der KPD. Auch die Abgeordneten-Immunität rückte in den Fokus der Maßnahmen. Allein in der Legislaturperiode 1950 bis 1954 gingen 26 Anträge zur Aufhebung der Abgeordneten-Immunität ein, bei gerade einmal zwölf Abgeordneten.²¹⁵ Karl Schabrod traf es dabei besonders hart. Elfmal beriet der Ausschuss für Geschäftsordnung und

²¹² Landesdrucksache Nr. 2- 72, 16.10.1950, in:
<https://www.landtag.nrw.de/portal/WWW/dokumentenarchiv/Dokument/MMD02-72.pdf>.

²¹³ Plenarprotokoll zur 9. Sitzung des Landtags Nordrhein-Westfalen am 25.10.1950, in:
<https://www.landtag.nrw.de/portal/WWW/dokumentenarchiv/Dokument/MMP02-9.pdf>, S. 172 – 175;
Plenarprotokoll zur 10. Sitzung des Landtags Nordrhein-Westfalen am 24.11.1950, in:
<https://www.landtag.nrw.de/portal/WWW/dokumentenarchiv/Dokument/MMP02-10.pdf>.

²¹⁴ Düding, 2008: Parlamentarismus in Nordrhein-Westfalen, S. 349 – 352.

²¹⁵ Ebd., S. 354.

Immunität, dem er selbst als ordentliches Mitglied angehörte, über ihn. In sieben Fällen wurde die Aufhebung seiner Immunität beschlossen.²¹⁶ Die ersten beiden Aufhebungen ergingen im Sommer 1951. Karl Schabrod hatte zusammen mit weiteren KPD-Abgeordneten polizeilich versiegelte Räume von verbotenen Tarnorganisationen betreten und sich damit der Siegelentfernung schuldig gemacht.²¹⁷

Die neun weiteren Anträge standen im Zusammenhang mit Karl Schabrods publizistischer Tätigkeit. Im November 1951 hob der Landtag Karl Schabrods Immunität in zwei Fällen auf, da er zwei Artikel über das Bergbauunternehmen Hoesch AG herausgegeben hatte.²¹⁸ Die Hoesch AG erstattete Anzeige gegen die Berichte „Tod auf der Schüttelrutsche“, der die Arbeitsverhältnisse bei Hoesch angriff, und „Rötzens SS darf nicht marschieren“, der nationalsozialistische Strukturen des Betriebs anprangerte. Hoesch gewann den Prozess und Schabrod musste 250 DM Strafe zahlen.²¹⁹

Am 13. Juli 1952 stand seine Immunität gleich in drei Fällen zur Frage, da Schabrod eine Rede Otto Grotewohls weitergeleitet hatte und Herausgeber der Flugblätter „Die Gefahr ist groß!“ und „Heraus aus den Betrieben, heraus auf die Straße!“ gewesen war. Peter Erkens von der CDU erklärte vor dem Plenum, dass die Flugblätter die „dem Hause bekannten Redewendungen gegen die Bundesregierung“ enthalten und daher den Tatbestand der Beleidigung und der Vorbereitung zum Hochverrat erfüllten. Der Abgeordnete Riegel von der KPD stellte den Antrag grundsätzlich in Frage und erhob den Vorwurf, dass dies nur dazu diene, der KPD-Fraktion zu schaden. „Das ist eindeutig, weil der Abgeordnete Schabrod Fraktionsführer der Kommunistischen Partei“ sei.²²⁰

Zwei Wochen später, auf der Landtagssitzung vom 27. Juli 1952, erfolgte der nächste Antrag gegen Karl Schabrod wegen Herausgabe eines Druckerzeugnisses. Der KPD-Abgeordnete Franz Herzner, der Karl Schabrod im Plenum verteidigte, klagte an, dass die Abgeordneten über eine Immunitätsaufhebung entscheiden würden, ohne dass sie vom entsprechenden Ausschuss über den Inhalt des Flugblattes informiert würden.²²¹

Im Januar und April 1954 beschäftigte sich der Ausschuss für Geschäftsordnung und Immunität gleich dreimal mit Karl Schabrod. Ausgangspunkte waren eine

²¹⁶ Auszug aus dem Register zu den Verhandlungen des Landtags NRW in der zweiten Wahlperiode 1950 – 1954, in: Archiv Landtag-NRW, LTNRW118 Nr. A0208/0658.

²¹⁷ Plenarprotokoll zur 27. Sitzung des Landtags Nordrhein-Westfalen am 12.07.1951, S. 1060A – 1062A, in: <https://www.landtag.nrw.de/portal/WWW/dokumentenarchiv/Dokument/MMP02-27.pdf>.

²¹⁸ Plenarprotokoll zur 34. Sitzung des Landtags Nordrhein-Westfalen am 14.11.1951, S. 1285D – 1286C in: <https://www.landtag.nrw.de/portal/WWW/dokumentenarchiv/Dokument/MMP02-34.pdf>.

²¹⁹ Karl Schabrod an die Nordrhein-Westfälische Gemeinschaft zur Wahrung der Rechte des Volkes, Düsseldorf 05.06.1957, in: NKS NY-4242, Ordner 29.

²²⁰ Plenarprotokoll zur 87. Sitzung des Landtags Nordrhein-Westfalen am 13.07.1953, S. 3231C – 3232D, in: <https://www.landtag.nrw.de/portal/WWW/dokumentenarchiv/Dokument/MMP02-87.pdf>.

²²¹ Plenarprotokoll zur 89. Sitzung des Landtags Nordrhein-Westfalen am 24.07.1953, S. 3330A, in: <https://www.landtag.nrw.de/portal/WWW/dokumentenarchiv/Dokument/MMP02-89.pdf>.

Wahlkampfrede in Gerresheim, die wenig später im ‚Freien Volk‘ abgedruckt worden war sowie eine Druckschrift und ein Rundbrief an inhaftierte Kommunisten. Karl Schabrod hatte in allen Fällen die Bundesregierung scharf angegriffen. Die Staatsanwaltschaft Düsseldorf sah in allen Fällen die Tatbestände der Beleidigung, der Staatsgefährdung und des Hochverrats erfüllt. Allerdings kamen keine Strafverfahren zustande, da die Bundesregierung jedes Mal von der Stellung einer Strafanzeige absah. Damit entzog sie dem Landtag jegliche Grundlage, um Schabrods Immunität aufzuheben.²²²

Besondere Aufmerksamkeit erregte der Immunitätsentzug des KPD-Abgeordneten Jupp Angenfort. Angenfort leitete die westdeutsche FDJ (Freie Deutsche Jugend), einem gesamtdeutschen kommunistischen Jugendverband, der aktiv zu Demonstrationen gegen die deutsche Teilung und zu Demonstrationen gegen die Remilitarisierung aufrief.²²³ Trotz bestehender Immunität zog eine Einsatztruppe der Bundespolizei Angenfort im März 1953 auf offener Straße in ein Einsatzfahrzeug, um ihn zu verhaften. Die Bundespolizei verteidigte ihre Verhaftung damit, dass es sich bei Angenfort nur um einen Landtagsabgeordneten handelte, der keine Immunität vor einem Bundeshaftbefehl genieße. Da diese Begründung juristisch nicht haltbar war, behauptete die Bundespolizei anschließend, sie hätte Angenfort auf frischer Tатаausübung erwischt. Doch auch das wirkte wenig überzeugend, da der Haftbefehl rund neun Tage im Voraus ausgestellt worden war und Angenfort sich zum Zeitpunkt seiner angeblichen Tat als Spaziergänger in einer Fußgängerzone aufgehalten hatte.²²⁴

Schabrod und weitere Abgeordnete der KPD brachten einen Antrag ins Parlament ein, wonach sich der Landtag gegen den Rechtsbruch der Bundespolizei stellen und für Angenforts Freilassung stark machen sollte. Die anderen Fraktionen schoben den Antrag monatelang durch den Ältestenrat, Verfassungsausschuss, Ausschuss für Geschäftsordnung und Immunität sowie den Hauptausschuss, ehe er endlich ins Plenum kam. Da Josef Angenfort allerdings erst im März 1954, also nach zwölf Monaten Untersuchungshaft, eine Anklageschrift erhalten hatte und weitere zwölf Monate auf seinen Prozess warten musste, scheiterte die Verzögerungstaktik des Landtags. Schabrod brachte daraufhin einen erneuten Antrag auf Freilassung ein, der sowohl im Justizausschuss, dem Geschäftsordnungsausschuss und dem Plenum geschlossen abgelehnt wurde.²²⁵

Die Ausgrenzung der KPD erreichte im Verlauf der Legislaturperiode 1950 bis 1954 ein Ausmaß, bei dem die übrigen Parteien bereit waren, die Integrität und die Geschäftsord-

²²² Plenarprotokoll zur 98. Sitzung des Landtags Nordrhein-Westfalen am 27.01.1954, S. 3631D – 3632B, in: <https://www.landtag.nrw.de/portal/WWW/dokumentenarchiv/Dokument/MMP02-98.pdf>; Plenarprotokoll zur 109. Sitzung des Landtags Nordrhein-Westfalen am 07.04.1954, S. 4128B – 4129D, in: <https://www.landtag.nrw.de/portal/WWW/dokumentenarchiv/Dokument/MMP02-109.pdf>.

²²³ Der Spiegel, 02.05.1962: Jupp und die Ultras.

²²⁴ Düding, 2008: Parlamentarismus in Nordrhein-Westfalen, S. 355 – 356.

²²⁵ Ebd., S. 355 – 356.

nung des Landtages aktiv zu beschädigen, nur um den Einfluss der KPD zu beschränken. Die KPD wiederum suchte ihr Heil in der Konfrontation und betrachtete das Parlament immer weniger als gesetzgebende und regelnde Institution, sondern als Bühne, von der aus gegen Westdeutschland mobilisiert wurde. Wie weit dieses Verständnis der parlamentarischen Bühne ging, demonstrierte Karl Schabrod am 27. Januar 1954, als er seine Sprechzeit zum Etat-Haushalt für eine Grundsatzrede zur Nationalen Frage nutzte. Diese veröffentlichte die KPD später unter dem Titel „Macht Nordrhein-Westfalen zum Bollwerk des Friedens und der Einheit Deutschlands!“ Ausgiebig appellierte er, ein starkes Signal für eine Wiedervereinigung zu setzen. Die Landtage seien die einzigen Akteure, um eine echte Deutschlandpolitik voranzutreiben: „Zwischen Bundestag und Landtag ist zweifellos ein Unterschied, wobei ich das eine Provisorium, den Bund, keineswegs für so gesichert ansehe, wie etwa die Existenz dieses Landtags.“ Damit griff Karl Schabrod die grundlegende Kritik an der Bundesrepublik auf, deren Existenz für ihn, wie für die ganze Partei, einen Grundpfeiler der deutschen Teilung darstellte.²²⁶

Inhaltlich äußerte er sich vor allem zu den großen Wirtschaftsverträgen der Westintegration. Die Unterzeichnung des Schuman-Plans habe zahlreiche Gesetzgebungskompetenzen in die Hände der Montanunion überführt. Dies sei politisch nur schwer verantwortbar und habe wirtschaftlich keinen Nutzen gebracht. Die Bergbauindustrie müsse erhebliche Steuern an die Montanunion abführen, ohne einen Nutzen davonzutragen, denn es sei zu keinen Exportsteigerungen gekommen. Stattdessen habe die Montanunion eine Preisdiktatur eingeführt, die sich negativ auf die Löhne der Bergarbeiter auswirke. Dieses wirtschaftliche Missmanagement zeige sich auch im Umgang mit den Ländern der UdSSR. Den Osten weiterhin zu ignorieren würde Westdeutschland bald ans wirtschaftliche Schlusslicht der Welt setzen. Seine einzige konkrete Stellungnahme zum Etat des Landes bezog sich auf das Innenministerium, das $\frac{1}{3}$ seiner Gelder in den Aufbau und Unterhalt der Polizei investiere. Dies empfand Schabrod als Geldverschwendung, die drastisch reduziert werden könne, wenn man auf Walter Ulbrichts Vorschlag einging, Stärke, Bewaffnung und Standort der Polizei in beiden deutschen Staaten schriftlich zu vereinbaren.²²⁷

Wie lässt sich Karl Schabrods Zeit als Landtagspolitiker mit Blick auf sein politisches Verständnis bewerten? Die Einsetzung in den Ernannten Landtag bedeutete für ihn einen beachtlichen politischen Aufstieg. Als ordentliches Mitglied im Geschäftsordnungs-, Verfassungs- und Wahlrechtsausschuss zählte er klar zur Führung der Landtagsfraktion, der er später auch vorstand. Ebenso gehörte seine Partei drei Regierungskabinetten an und wirkte an wesentlichen Weichenstellungen für das Land Nordrhein-Westfalen mit. In den ersten anderthalb Jahren dominieren die Themen

²²⁶ Karl Schabrod, 27.01.1954: Macht Nordrhein-Westfalen zum Bollwerk des Friedens und der Einheit Deutschlands!, in: NKS, Ordner 1953 – 1956.

²²⁷ Ebd.

Wahlrecht, Bodenreform, Verstaatlichung der Grundstoffindustrie und die Ausarbeitung einer Landesverfassung. Das kapitalismuskritische Ahlener Programm der CDU, Forderungen der Gewerkschaften, die grundlegende Haltung der Bevölkerung und wichtige Signale der britischen Behörden weckten bei Karl Schabrod und der KPD die Erwartung, dass sich ein Großteil der angestrebten Themen realisieren ließe.

Als jedoch alle Großprojekte der KPD im Verlauf des Jahres 1947 versandeten, pausieren mussten oder ganz scheiterten, erlebte die KPD eine Hilflosigkeit als Regierungspartei. Bei Karl Schabrod löste dieses Scheitern des Jahres 1947 Frustration aus. Er machte CDU und FDP dafür verantwortlich, immer wieder gezielt Gesetzesvorhaben verhindert zu haben. Der SPD warf er vor, sich auf irrationale Weise der Zusammenarbeit mit der KPD entzogen und damit die Arbeiterbewegung boykottiert zu haben. Ein Versäumnis oder gar eine Mitschuld seiner Partei wies Karl Schabrod weitestgehend von sich. Ab der Jahreswende 1947/48 wirkte sich die anbahnende deutsche Teilung wie ein Brennglas auf die bestehenden Konflikte im Landtag aus. Die KPD und die übrigen Parteien bildeten gewissermaßen die Konstellation des Kalten Kriegs im Landesparlament ab. Völlig isoliert von den übrigen Parteien und den westlichen Militärbehörden verfolgte die KPD ihren eignen Kurs einer deutschen Einheit. Der Kampf gegen die nicht mehr abwendbare deutsche Teilung wurde zum bestimmenden Thema der nächsten Jahre. Aus Sicht der CDU, SPD und FDP entwickelte sich die KPD zu einer reinen Protestpartei, mit der eine Zusammenarbeit völlig unmöglich war. Auf die aggressive Rhetorik der Kommunisten reagierte die Landesregierung mit dem Rauswurf der KPD-Minister aus der Regierung, dem Entzug des Fraktionsrechts für die KPD, der Nichtbesetzung von Kommunisten im Beamtenapparat und dem vielfachen Entzug von diplomatischen Immunitäten.

Viele dieser Maßnahmen gegen die KPD trugen den faden Beigeschmack der systematischen Schikane und fraglich bleibt, ob diese im Einzelfall auch juristisch haltbar waren. Am ehesten erkannte die SPD die Folgen dieser Politik für den Landtag. Heinz Kühn sagte während der Debatte zum umstrittenen Fraktionsentzug, dass man „sorgfältig das Arsenal unserer Mittel prüfen“ solle, um den Vorwurf zu vermeiden, die KPD sei „hinausmanipuliert“ worden.²²⁸ Doch ebenjene Tatsache bleibt in vielen Fällen unbestreitbar. Die Abgeordneten beschädigten den Ruf und die Integrität des Landtags, um die unliebsamen Kommunisten so weit wie möglich zu verdrängen.

²²⁸ Düding, 2008: Parlamentarismus in Nordrhein-Westfalen, S. 346.

6. Die Stadtverordnetenversammlung Düsseldorf 1948 – 1956

Am 8. November 1948 zog Karl Schabrod neben dem Landtag als Stadtverordneter in das Kommunalparlament Düsseldorf ein und bekleidete zwei Mandate gleichzeitig. Zu diesem Zeitpunkt hatten sich die KPD und die übrige Parteienlandschaft im Landtag soweit zerstritten, dass eine konstruktive Zusammenarbeit nur noch selten möglich war. Der Landtag schuf durch seine Funktionen als Entscheider, Weichensteller und Bühne für die Nationale Frage immer wieder offene Konflikte zwischen Kommunisten und bürgerlichen Parteien, die eine erfolgreiche Sacharbeit erschwerten. Eine Stadtverordnetenversammlung bot weniger Anknüpfungspunkte zum Thema Wiedervereinigung und rückte den Wiederaufbau der Stadt sowie Finanzierungsfragen in den Vordergrund. Daher stellt sich die Frage, ob sich die Streit- und Ausgrenzungskultur des Landtags auch in der gleichen Intensität auf die Stadtverordnetenversammlung übertrug oder ob die Kommunalpolitik durch konstruktive Zusammenarbeit geprägt war. Um diese Dynamik innerhalb der Stadtverordnetenversammlung nachvollziehbar darzustellen, dienen die Gesprächsprotokolle der Sitzungen als Grundlage. Die Gesprächsprotokolle enthalten nicht nur die einzelnen Wortbeiträge der Verordneten, sondern auch Angaben zur Stimmung im Plenum sowie Vermerke über Zwischenrufe und demonstrative Gesten.²²⁹ Nach dem Krieg kam die Stadtverordnetenversammlung erstmals am 10. Juli 1945 wieder zusammen. Sie tagte als von den Alliierten eingesetzter Vertrauensausschuss. Der Vertrauensausschuss übernahm dabei die Aufgaben, die vielerorts Antifausschüsse ausgeübt hatten und bemühte sich, die Versorgung der Stadt zu sichern. Zu diesen 55 Vertrauensleuten zählte auch der spätere Oberbürgermeister und Ministerpräsident Karl Arnold.²³⁰ Die erste Kommunalwahl fand am 13. Oktober 1946 statt. Hier kam die KPD bei 12,3% der Stimmen gerade einmal auf zwei Mandate. Zwei Jahre später erreichte sie nur 11,5% der Stimmen, kam aber so auf immerhin 6 Sitze.²³¹ Karl Schabrod, der bei seiner Wahl zum Stadtverordneten im Oktober 1948 schon fest zum Führungskader der Partei zählte, saß im Haupt-, Finanz- und im für die Nachkriegszeit sehr wichtigen Ernährungsausschuss der Stadt Düsseldorf. Obendrein war er Mitglied im Ältestenrat.²³²

²²⁹ Auch die Gesprächsprotokolle bieten nur einen begrenzten Einblick in das Geschehen der Versammlungen und sind auch nicht vor nachträglicher Bearbeitungen durch die Stadtverordneten geschützt worden. Diesen Umstand beklagte Karl Schabrod in der Versammlung vom 07.02.1949, nachdem er bemerkt hatte, dass polarisierende Äußerungen von Dr. Betz nachträglich entfernt worden waren. Oberbürgermeister Gockeln wies die Kritik zurück und erlaubte Änderungen, solange diese nicht sinnverändernd seien. Stadtverordnetenversammlung 07.02.1949, in: Stadtarchiv Düsseldorf, 9-0-1-29.0000.

²³⁰ RP, 09.07.1960: 15 Jahre Düsseldorfer Stadtparlament.

²³¹ Klocksin, 1993: Kommunisten im Parlament, S. 392.

²³² Personenkartei Karl Schabrod, in: Stadtarchiv Düsseldorf, 5-5-7-7-231.0000.

Das Themenfeld, in dem die Stadtverordneten am erfolgreichsten zusammenarbeiteten, war die Sozialpolitik, in der größere und oftmals erwartbare Diskussion ausblieben. Beispielfähig lässt sich dies an der Diskussion über die Erhöhung der Hundesteuer zeigen. Die Anzahl der Hundehalter im Stadtgebiet hatte drastisch zugenommen und die Stadt versuchte, die Entwicklung über eine Steuererhöhung abzubremsen. Karl Schabrod sprach sich aktiv dagegen aus und begründete, viele Familien Düsseldorfs hätten auf die angespannte Ernährungslage mit einer verstärkten Kleintierhaltung und einem Ausbau ihres Nutzgartens reagiert. Jedoch käme es immer wieder zu Diebstählen, sodass die Hunde vornehmlich als Wachtiere zum Einsatz kämen. Pauschal die Hundesteuer anzuheben würde einkommensschwache Familien, die von der schwierigen Ernährungslage besonders betroffen seien, nur noch härter bestrafen. Daher forderte Karl Schabrod, Haushalte mit weniger als 5.000 DM Jahreseinkommen von der Hundesteuer zu befreien. Stadtverordneter Bender von der SPD teilte die grundsätzliche Einschätzung Schabrods, warum es zur vermehrten Hundehaltung gekommen sei, machte aber darauf aufmerksam, dass die Stadt in ihrer angespannten Finanzsituation jegliche Mehreinnahmen bräuchte. Eine solche Befreiung würde die Einnahmen durch die Hundesteuer massiv einbrechen lassen. Schabrod zeigte sich daraufhin kompromissorientiert: „Ich meine, wir wollen uns nicht starr an die 5.000 DM Jahreseinkommen binden, aber machen Sie uns einen anderen Vorschlag.“ Schlussendlich nahmen die Parteien Schabrods Antrag zur Staffelung der Hundesteuer zum Schutz für einkommensschwache Haushalte an.²³³

Die Diskussion zur Hundesteuer stellt keinen Einzelfall dar. Immer wieder gelang es, im Bereich der Sozialpolitik Kompromisse über die Parteigrenzen hinweg zu finden. So geschehen bei der Weihnachtshilfe für Wohlfahrtsempfänger 1948,²³⁴ der Steigerung der Löhne für Mitarbeiter der Müllabfuhr 1949,²³⁵ der Kreditaufnahme zur Erweiterung des Wasserwerks Flehe 1949,²³⁶ der KPD-Unterstützung für den FDP-Antrag zum Wohnungsausbau auf der Immermannstraße 1953²³⁷ und der Aufstockung von Krankenhausbetten 1954.²³⁸

Die Zusammenarbeit im Bereich der Sozialpolitik zeigte sich auch in anderen Kommunalparlamenten. 1950 genehmigte der Essener Rat einen Antrag für eine einmalige Auszahlung an Empfänger von Wohlfahrtsunterstützung. 1953 stimmten zahlreiche SPD-Abgeordnete in Bottrop für einen KPD-Antrag, der eine finanzielle Unterstützung für erkrankte Bergleute vorsah. 1955 trugen die Duisburger Ratsherren einen KPD-Antrag zur Urlaubsfinanzierung von Kindern aus Bunkerunterkünften mit.²³⁹

²³³ Stadtverordnetenversammlung 27.01.1950, in: Stadtarchiv Düsseldorf, 9-0-1-29.0000.

²³⁴ Stadtverordnetenversammlung 17.12.1948, in: Stadtarchiv Düsseldorf, 9-0-1-28.0000.

²³⁵ Stadtverordnetenversammlung 23.03.1949, in: Stadtarchiv Düsseldorf, 9-0-1-29.0000.

²³⁶ Stadtverordnetenversammlung 16.08.1949, in: Stadtarchiv Düsseldorf, 9-0-1-29.0000.

²³⁷ Stadtverordnetenversammlung 05.06.1953, in: Stadtarchiv Düsseldorf, 9-0-1-31.0000.

²³⁸ Stadtverordnetenversammlung 26.09.1954, in: Stadtarchiv Düsseldorf, 9-0-1-31.0000.

²³⁹ Kössler, 2005: Abschied von der, S. 412.

Während das Zusammenarbeiten in sozialpolitischen Fragen immer wieder gelang, scheiterte es umso mehr, sobald Kernthemen der Parteien berührt wurden. Im Januar 1951 diskutierten die Stadtverordneten über die knappe Kohleversorgung Düsseldorfs. Das Thema war eng mit der gescheiterten Verstaatlichung der Grundstoffindustrie und einer sich anbahnenden Westintegration über die Montanindustrie verbunden. Daher kritisierte Schabrod den Bericht zur Kohleknappheit scharf, der seiner Meinung nach die eigentlichen Hintergründe außen vorließe. „Unseres Erachtens (Anm. gemeint ist die KPD) hat die internationale Ruhrbehörde nicht das Recht, uns die Kohlen zu entziehen, die wir für den Hausbrand benötigen“, sprach er. Es sei unvertretbar, dass ein Großteil der Kohle ins Ausland geschafft und dort in der Rüstungsindustrie eingesetzt werde. Daher forderte er die Stadtverordnetenversammlung auf, äußersten Druck auf die Kohlezuweisungsstellen auszuüben und sich für einen Streik im Kohlebergbau einzusetzen. Im Anschluss an Schabrods Redebeitrag präsentierte die KPD eine vorher ausformulierte EntschlieÙung für mehr Kohlezuweisung, die bei den restlichen Parteien keinen Widerhall fand.²⁴⁰

Im Oktober 1951 lag der Stadtverordnetenversammlung wieder ein Bericht zur Kohleversorgung vor und wieder nutzte Karl Schabrod das Thema für einen direkten Angriff: „Der Mehrbedarf liegt darin, daß die Besatzungskräfte, die hier auf Anregung deutscher Politiker so enorm verstärkt worden sind, ihre Ansprüche auf die Kohlen erhöht haben.“ Schabrod forderte daher im Namen seiner Partei eine vorrangige Kohlezuteilung für Deutsche. Verstärkt würde der Kohlemangel durch den zusätzlichen Verbrauch Westberlins. „Mit der Überwindung der Doppelwährung und der Spaltung Deutschlands würde diese Belastung, die nicht zu sein brauchte, vermieden.“ Als er den Mehrgewinn seiner Kohlestrategie öffentlich durchrechnete, erntete er den vorwurfsvollen Zuruf aus dem Plenum: „Und wie ist es im Osten?“²⁴¹

Neben politischen Kernthemen befasste sich die Stadtverordnetenversammlung auch mit Symbolpolitik, die inhaltlich von geringerer Bedeutung war, aber den Parteien die Möglichkeit bot, sich klar voneinander abzugrenzen. Als die Stadtverordnetenversammlung Dr. Hugo Henkel am 06. Oktober 1950 das Ehrenbürgerrecht verlieh, fand die KPD harte Worte. Sie betonte, während die Presse und Dr. Henkel draußen vor dem Saal warteten, dass der Großindustrielle Henkel aktiv mit dem Nationalsozialismus verstrickt gewesen sei. Kurz vor der eigentlichen Preisverleihung verließ die KPD geschlossen den Raum.²⁴²

Die Themen der Stadtverordnetenversammlung boten im Vergleich zum Landtag nur selten direkte Anknüpfungspunkte zur Nationalen Frage. Doch auch an eher entfernten Berührungspunkten entzündeten sich immer wieder Debatten über die deutsche Teilung und die Westintegration. Karl Schabrod, der den harten Kampf im Landesparlament

²⁴⁰ Stadtverordnetenversammlung 20.01.1951, in: Stadtarchiv Düsseldorf, 9-0-1-30.0000.

²⁴¹ Stadtverordnetenversammlung 06.10.1951, in: Stadtarchiv Düsseldorf, 9-0-1-30.0000.

²⁴² Ebd.

gewohnt war, stieß eine solche Debatte gleich während seiner ersten Sitzung im Dezember 1948 an. Das eigentliche Thema, die rückwirkende Anstellung von Religionslehrern an Berufsschulen, rückte dabei völlig in den Hintergrund. Die Lehrer waren bereits seit April 1947 an den Schulen tätig, hatten aber nie Verträge erhalten, die den Rahmen ihrer Tätigkeit regelten. Schabrod hob dieses sehr konkrete Thema auf eine grundsätzliche Ebene. Er führte aus, dass eine Einstellung der Religionslehrer sich auf eine Verfassung beziehen müsse, die aber aktuell noch gar nicht existiere. „Die beste Verfassung, die uns bisher bekannt geworden ist, ist der Verfassungsentwurf des deutschen Volksrats.“²⁴³ Dort fänden sich allerdings keine Bezüge zum Religionsunterricht an Volksschulen. Schabrod verwies auch auf die Verhandlungen im Parlamentarischen Rat, aber auch dort hätte das Thema bisher noch keine Beachtung gefunden. Die fortlaufende Diskussion, bei der Schabrod grundlegendere Kirchenkritik übte, schaukelte sich rasch hoch. Es folgten mehrere Zwischenrufe aus den Reihen der bürgerlichen Parteien, die die KPD als Propagandisten der Ostzone diffamierten, ehe der Antrag gegen die Stimmen der KPD angenommen wurde.²⁴⁴

Schabrods Exkurs zum Verfassungsentwurf des deutschen Volksrates diente wohl kaum dazu, die Begeisterung der Stadtverordneten für die Volkskongressbewegung in der SBZ zu wecken. Sein Augenmerk lag vermutlich darin, die Rechtmäßigkeit der ostdeutschen verfassungsgebenden Versammlung zu betonen, welche die übrigen Parteien durchweg ablehnten.

Der Kampf gegen die deutsche Teilung war für die KPD gleichbedeutend mit dem Kampf gegen Konrad Adenauer. Der Parteivorsitzende der CDU stand für die Kommunisten als Sinnbild eines westdeutschen Teilstaates und deswegen brach sie ihre Deutschlandpolitik auf seine Person herunter. Dadurch entwickelte sich der Bundeskanzler zu einem Feindbild, das die KPD mit allen rhetorischen Mitteln bekämpfte. Schabrod bezeichnete Adenauer 1950 in einer Rede in Wermelskirchen als „Förderer des Separatismus in den Jahren 1921 – 1923“, der immer noch an diesen Ideen festhalte und wegen „separatistischer Gelüste von den Engländern“ beinahe seines Amtes enthoben wurde.²⁴⁵

Mit der schlichten Formel ‚Adenauer gleich deutsche Teilung‘ verteidigte die KPD stetig ihre fundamentale Oppositionspolitik. Dies schlug sich auch in der Stadtverordnetenversammlung nieder, der Adenauer zu keinem Zeitpunkt angehört hatte. Im November 1949 sprach sich Karl Schabrod gegen die Wahl des CDU-Politikers Josef Gockeln zum Oberbürgermeister aus, nachdem dieser die Wahl bereits gewonnen hatte. Man dürfe Düsseldorf „auf keinen Fall einer Adenauerpolitik überantworten“, betonte er.

²⁴³ Der deutsche Volksrat tagte das erste Mal am 17./18. März 1948 in der SBZ. Zusammengesetzt aus 300 ostdeutschen und 100 westdeutschen Mitgliedern war er das Zentrum der ostdeutschen Volkskongressbewegung und erarbeitete die Verfassung der DDR.

²⁴⁴ Stadtverordnetenversammlung 20.01.1951, in: Stadtarchiv Düsseldorf, 9-0-1-30.0000.

²⁴⁵ Karl Schabrod, 1950: Rede-Disposition Wermelskirchen: Unsere Antwort an CDU und SPD, in: NKS, Ordner 1950.

Adenauer hätte eine Beteiligung der Franzosen am Düsseldorfer Großkonzern ‚Ver- einigte Stahlwerke‘ in Höhe von 225 Mio. DM herbeigeführt. „Dies bedeutet eine Preis- gabe deutscher Interessen, ein Ausverkauf und eine Überfremdung Düsseldorfer Fabrik- anlagen, eine doppelte Ausbeutung der Werktätigen, vermehrte Abhängigkeit von monopolistischen Kapitalkräften.“ Die Adenauerpolitik würde Deutschland zwangs- läufig in einen neuen Krieg stürzen. Schabrods Gegenvorschlag, die zweitstärkste Kraft SPD solle stattdessen den Oberbürgermeister stellen, scheiterte am Einspruch aller Par- teien, inklusive der SPD. Acht Monate später lehnte Karl Schabrod die Wahl Josef Gockeln zum Landtagspräsidenten ab, die er ebenfalls einzig und allein mit der Deutschlandpolitik Adenauers begründete. Schabrod versuchte seine Ablehnung des Oberbürgermeisters und Landtagspräsidenten Josef Gockelns, gar nicht erst mit der Person Gockelns zu verbinden. Allein die Parteizugehörigkeit reichte für den Protest aus.²⁴⁶

Die teils sehr konstruierte Verbindung von Kommunalpolitik und nationalen Themen folgte dabei durchaus den vorgegebenen Leitlinien des KPD-Parteivorstandes und der SED. Bereits im Juli 1947 hatte eine Arbeitsgemeinschaft aus SED und KPD in Kassel zur Kommunalpolitik getagt und einen 16-Punkteplan zur Verabschiedung der Gemeindeverfassungen erarbeitet. Vor allem eine „volle und uneingeschränkte Selbst- verwaltung“ sollte die Kommunen ausmachen, ebenso eine Begrenzung des nicht wähl- baren Verwaltungsapparates und eine Fokussierung auf das Verhältniswahlrecht. Ganz im Sinne der Nationalen Frage sollten die Kommunen so autonom und autark wie mög- lich aufgestellt sein, um so eine Einbettung in eine größere oder gar staatliche Verwal- tungsebene weitestgehend einzuschränken beziehungsweise zu verhindern. Ab Januar 1949 gab der Parteivorstand kommunalpolitische Blätter heraus. In diesen formulierte Walter Fisch die neuen Leitlinien zur Kommunalpolitik: So sollten sich die Stadtver- ordneten nicht zu sehr von Stadtparlamenten und ihrer Sachpolitik vereinnahmen lassen, in dem sie Haushaltsplänen zustimmten. Im März 1951 setzte die kommunalpolitische Tagung in Dresden neue Impulse. Sie machte die Unkosten der militärischen Aufrüs- tung für die schlechte finanzielle Lage der Kommunen verantwortlich und setzte auf eine Intensivierung von innerdeutschen Kontakten. Außerdem schlug sie die Auswei- tung von Städtepartnerschaften vor.²⁴⁷

Im Kontext dieser Strategien waren Schabrods Versuche, die Nationale Frage als Thema in der Stadtverordnetenversammlung zu diskutieren, nicht immer wohl formuliert und im Vorfeld ausgearbeitet. Er ließ sich auch hinreißen, Sachthemen im Eifer des Gefechts und seiner Überzeugung auf die gesamtdeutsche Ebene zu heben. Als die Stadtver- ordnetenversammlung im Februar 1951 die lokalen Preiserhöhungen für Strom, Gas und Wasser besprach, generalisierte er die Debatte: „Wenn wir eine Politik betreiben, die

²⁴⁶ Plenarprotokoll zur 1. Sitzung des Landtags Nordrhein-Westfalen am 05.07.1950, in: <https://www.landtag.nrw.de/portal/WWW/dokumentenarchiv/Dokument/MMP02-1.pdf> S. 3 – 4.

²⁴⁷ Klocksinn, 1993: Kommunisten im Parlament, S. 323 – 327.

uns zur Einheit Deutschlands und zum Frieden führt, dann sparen wir die hohen Unkosten und haben es nicht nötig, Milliarden zu zahlen für Zwecke, die volksfremd sind. (Unruhe.) Ich bin der Meinung, daß wir genügend Gründe haben, um diese Gaspreiserhöhung abzulehnen.“ Ähnlich verhielt es sich im Januar 1952, als Karl Schabrod eine Debatte um die Rücklagen der Straßenreinigung und Müllabfuhr mit einer grundlegenden Kritik an der „Bonner Wirtschaftspolitik“ vermischte. Kurzerhand rechnete er dem Plenum vor, welche unnötigen Mehrkosten die provisorische Bundeshauptstadt Bonn verschlinge. Mit Vorstößen dieser Art provozierte Schabrod und das Plenum reagierte allzu oft gereizt. Anstatt die Äußerungen Schabrods zu diskutieren oder unkommentiert stehenzulassen, reagierten viele Stadtverordnete mit unsachlichen Zurufen. Im Falle der Müllabfuhr polterte der Stadtverordnete Hilligrath: „Und wie ist es im Osten?“²⁴⁸ Damit machte er klar, dass er in der KPD nur den verlängerten Arm der SED sah, mit der er sich inhaltlich nicht auseinanderzusetzen brauchte.

Die Zurufe aus den Reihen der bürgerlichen Parteien während der Debatten besaßen dabei genau so wenig Themenbezug wie Schabrods ausschweifende Ausführungen zur wirtschaftlichen Belastung anhand der Rücklagenbildung der Düsseldorfer Müllabfuhr. Auffällig ist dabei die Formulierung der Zurufe, die gleichlautend einer Parole immer wieder gebrüllt wurde: ‚Im Osten?‘ Die Kernaussage, die hier als Unterstellung in Form einer Frage vermittelt wird, ist dabei eindeutig: Die DDR ist kein demokratischer Staat und die KPD ganz klar eine DDR-Partei auf westdeutschem Boden. Demnach sollte sie ihre Kritik und Politik doch erst einmal auf die DDR beziehen, ehe sie sich anmaße, Zustände in Westdeutschland zu beurteilen.

Bei der nächsten Sitzung im März 1952 entbrannte ein heftiger Streit um den Flughafenbau. Das Planungsteam um Oberbürgermeister Gockeln hatte die Ausbauentwürfe lange vor den beteiligten Körperschaften in der Stadt verheimlicht. Es ging davon aus, „dass bei einem frühzeitigen Bekanntwerden des Vorhabens sich auch der Widerstand frühzeitig regte“. Der Landrat Düsseldorf-Mettmanns und die Bürgermeister der Gemeinden im Angerland, die maßgeblich vom Ausbau betroffen waren, beschwerten sich schriftlich bei Gockeln, da sie erst aus der Presse von den Flughafenplänen erfahren hatten.²⁴⁹ Für Schabrod ergab sich der militärische Charakter des Ausbaus neben der peniblen Geheimhaltung des Planungsstabs auch aus Einzelposten im Finanzierungsplan, wie Wartungsbeträgen für Fliegeralarmsirenen. Er lehnte die Finanzierung des Projektes entschieden ab und richtete einen Friedensappell an die Stadtverordneten, indem er seinen Wunsch zum Ausdruck brachte, dass er sich keine Zerstörungen mehr wünsche. „Im Osten“, lautete der gewohnte Zuruf aus dem Plenum, um klarzumachen, dass seine Sorge allein der DDR gelte.²⁵⁰

²⁴⁸ Stadtverordnetenversammlung 10.02.1951 u. 30.01.1952, in: Stadtarchiv Düsseldorf, 9-0-1-30.0000.

²⁴⁹ Mirko Schönberg, 2006: Flughafenstreit, Die Kontroverse um den Ausbau des Düsseldorfer Flughafens von 1952 bis zum Angerland-Vergleich (1965), Marburg, S. 20, 23 – 24.

²⁵⁰ Stadtverordnetenversammlung 14.03.1952, in: Stadtarchiv Düsseldorf, 9-0-1-30.0000.

Im Januar 1954 kritisierte Schabrod, dass für den Bau einer britischen Offizierswohnung im Schnitt 50.000 DM ausgegeben würden, während Wohnungen für Deutsche gerade einmal für ein Drittel des Geldes gebaut würden. Dies empfand Schabrod als ungerecht und bekam vom Ratsherren²⁵¹ Graf als Zuruf zu hören: „Denken Sie erst mal an den Iwan, wenn der in seine Heimat geht!“ Die ‚im Osten‘-Zurufe hatten sich zu diesem Zeitpunkt bereits zum standardisierten, rhetorischen Mittel entwickelt, um jegliche Kritik der KPD ohne breitere Diskussion abzutun.²⁵²

Der harte Umgang der Abgeordneten im Parlament, der jeder Sachlichkeit entbehrte, war dabei keine Eigenart der Düsseldorfer Stadtverordnetenversammlung. Im Juni 1950 war im Bundestag eine Debatte über die Oder-Neiße-Grenze bis zur Handgreiflichkeit eskaliert. Im Vorfeld hatte der Parteivorsitzende Max Reimann mehrfach das Rederecht verlangt, um zu den Anschuldigungen des SPD-Alterspräsidenten Paul Löbe Stellung zu nehmen. Als ihm dies dauerhaft verwehrt wurde, schritt er eigenmächtig an das Rednerpult. Bundestagspräsident Köhler forderte Reimann vergeblich zum Vier-Augen-Gespräch auf und rief anschließend den Ordnungsdienst, um den KPD-Vorsitzenden gewaltsam zu entfernen. Daraufhin drängten sich weitere Kommunisten um das Pult und es kam zu körperlichen Angriffen. Köhler schloss die schlagenden Abgeordneten für 20 Tage vom Bundestag aus.²⁵³

Der Stigmatisierung der Kommunisten als ostdeutsche Propagandasprecher konnten sich die Kommunisten kaum entziehen, vor allem dann nicht, wenn sie ihre Sicht auf die DDR im Plenum präsentierten. Karl Schabrod fühlte sich immer wieder dazu berufen, die teils übertriebenen Negativdarstellungen der DDR durch übertriebene Positivdarstellungen zu verteidigen, was nicht selten im offenen Streit endete. Im Januar 1954 tauchte in der Besprechung zum Nachtragshaushalt ein Posten von 60 Milliarden DM auf, den eine deutsche Wiedervereinigung kosten würde, um das Lohnniveau anzugleichen. Schabrod zeigte sich empört über die Zahl, die eine Rückständigkeit der DDR implizierte. So griff er die Bundesrepublik an und rechnete vor, dass der bundesdeutsche Etat für Sport verzehnfacht, für Schule verdoppelt und für Krankenhäuser um das vierzigfache gesteigert werden müsste, um das Niveau der DDR zu erreichen. Die Aussagen lösten Tumulte und wüste Protestrufe in der Versammlung aus. Als Schabrod dann das Beispiel der Schreibmaschinenfabrik Optima und ihrer gut ausgestattete Poliklinik anführte, hagelte es Beschimpfungen. Optima sei eine widerrechtliche Verstaatli-

²⁵¹ Die Stadtverordneten hatten ihren Titel im Verlauf der Legislaturperiode geändert zu ‚Ratsherren‘.

²⁵² Stadtverordnetenversammlung 08.01.1954, in: Stadtarchiv Düsseldorf, 9-0-1-31.0000. Zurufe dieser Art auf Schabrods Wortbeiträge finden sich in den Protokollen zu folgenden Ratssitzungen: 17.12.1948, 19.11.1949, 20.03.1950, 29.04.1950, 29.05.1951, 04.08.1951, 06.10.1951, 30.01.1952, 14.03.1952, 26.03.1952, 04.10.1952, 29.10.1952, 20.12.1952, 08.01.1954, 13.03.1954, 22.03.1954, 06.05.1955, 11.11.1955. Dass es für das Jahr 1956 keine Zurufe dieser Art für Schabrod gibt, liegt vor allem daran, dass er in den Versammlungen deutlich seltener präsent war und häufig nur sehr knappe Redebeiträge beisteuerte.

²⁵³ Klocksinn, 1993: Kommunisten im Parlament, S. 259 – 260.

chung AEGs, die Klinik ausschließlich für SED-Mitglieder, das Gesundheitssystem der DDR eine Propagandalüge und überhaupt kämen die Flüchtlinge aus der DDR in einem bedauernswerten Zustand in den Westen.²⁵⁴ Die Abgeordneten betrachteten das System der DDR in absoluten Gut/Böse-Darstellungen, die keine differenzierte Betrachtung oder Kompromiss erlaubten.

Dabei diente der Themenkomplex um Vertriebene, DDR-Flüchtlinge und Kriegsgefangene immer wieder als Zündstoff für hitzige Systemvergleiche zwischen Ost und West. Bereits im März 1950 hatte sich die Debatte um die Nachkredite für das Rechnungsjahr 1949 verselbstständigt. Schabrod hatte in Bezug auf die gestiegenen Kosten für die Polizei den Einzelpunkt „Fürsorge für illegale Grenzgänger“ herausgegriffen. Die FDP meldete sich direkt mit einem Zuruf zu Wort. „Von euch vertrieben“, unterstellte sie und setzte damit KPD und SED gleich. Schabrod konterte ebenfalls polarisierend: „Wer hat sie denn eingeladen nach dem ‚goldenen Westen‘ zu kommen, um hier arbeitslos zu sein, um hier der Wohlfahrt zur Last zu fallen.“ Überhaupt kämen nur 15% der DDR-Flüchtlinge aus politischen Gründen, erklärte Schabrod und für die restlichen 85% fand er sehr harte Worte: „Arbeits scheues Gesindel führt sich ein, das glaubt hier das Schieberdasein fortführen zu können.“²⁵⁵

Dabei wirkte sich die Propagandaschlacht der Systemvergleiche auch auf Sachfragen aus, die nur am Rande mit dem Widerspruch zwischen Ost und West zu tun hatten. Im November 1955 lehnte Karl Schabrod eine Geldspende an das Deutsche Rote Kreuz ab, die dazu diente, heimgekehrte Kriegsgefangene zu versorgen. „Meine Damen und Herren, wir wenden uns prinzipiell dagegen, daß Leute, die zurückgekommen und die nach sowjetischem Recht verurteilt waren und begnadigt worden sind (...) bessergestellt werden als Fürsorgeempfänger der Stadt.“ Wieder kam es zu ungehaltenen Zurufen, die Schabrod und der KPD unterstellten, sie würden die Heimgekehrten hier sogar nochmal wegsperren, wenn sie die Gelegenheit dazu bekämen. Schabrod wiederum verteidigte seine Position und betonte, dass er hier eine erneute Verurteilung in Betracht zöge, „wenn nach deutschem Recht die Leute eine Strafe verdient haben.“ Die Aussage provozierte noch mehr Zurufe, die das „Recht drüben“ und die damit verbundene Verurteilung in jeder Form anzweifelten. Oberbürgermeister Gockeln brach die Debatte daraufhin ab und zeigte sich über Schabrods Äußerungen empört. Bei der Spende sei es bloß um 2.000 DM gegangen, da viele Kriegsgefangene teilweise ohne richtige Kleidung in Düsseldorf eingetroffen seien.²⁵⁶

Ein Thema, das Karl Schabrod immer wieder kritisch anmerkte, war der Umgang mit der Polizei. Erstmals brachte er dies auf der Sitzung im März 1949 zur Sprache, als er sich über die gestiegenen Beamtenbezüge wunderte. „Sind jetzt etwa die Polizeibeamten, die zur SS gehörten, die Polizeioffiziere der SS und ihre Hinterbliebenen mit ein-

²⁵⁴ Stadtverordnetenversammlung 08.01.1954, in: Stadtarchiv Düsseldorf, 9-0-1-31.0000.

²⁵⁵ Stadtverordnetenversammlung 20.03.1950, in: Stadtarchiv Düsseldorf, 9-0-1-29.0000.

²⁵⁶ Stadtverordnetenversammlung 11.11.1955, in: Stadtarchiv Düsseldorf, 9-0-1-32.0000.

bezogen?“, fragte er das Plenum und forderte eine Kürzung der Ausgaben. Der Oberbürgermeister und spätere Landtagspräsident Josef Gockeln wies die Kritik als unberechtigt zurück, da Schabrod einen groben Berechnungsfehler gemacht hätte.²⁵⁷

Karl Schabrod beschränkte seine Kritik dabei nicht allein auf die mögliche Nähe der Polizei zum Nationalsozialismus. Er bemühte sich auch um inhaltliche Kritik. So forderte er eine Abschaffung der Reiterstaffeln. Diese seien überflüssig, verursachten hohe Kosten und schafften nur Distanz zum Bürger.²⁵⁸ Im April 1950 nahm Karl Schabrod auf der Stadtverordnetenversammlung zum neuen Landespolizeigesetz Stellung. Es lege wesentliche Befugnisse zur Polizei in den Kompetenzbereich des Landesinnenministers. Schabrod äußerte Bedenken, die Polizei verstärkt an das Land zu binden und sah darin eine Schwächung der „Demokratie von unten herauf“. Ganz im Gedanken der Leitlinien der KPD zur Kommunalpolitik stellte Schabrod den Antrag, dass sich die Stadtverordnetenversammlung wieder das Hoheitsrecht über den Polizeietat zurückholen solle. Die CDU würdigte Schabrods Antrag mit Zurufen, die ihm DDR-Propaganda unterstellten: „Ist das die Umwandlung in eine Volkspolizei?“²⁵⁹

Schabrods Bedenken und Kritik an der Polizei vermischten sich ab dem Jahre 1950 auch vermehrt mit persönlichen Erfahrungen. Die deutsche Teilung und der damit verbundene Kampf um das angeblich bessere System brachte die KPD immer wieder in den Konflikt mit der Polizei. So berichtete Karl Schabrod der Stadtverordnetenversammlung im August 1951 von erheblichen Problemen bei der Anbringung von politischen Plakaten. Die Polizei habe Plakate abgenommen mit der Begründung von fehlenden Genehmigungen. Die Fristen, um Plakatgenehmigungen zu erhalten, seien dabei für Kommunisten so eng gesetzt, dass sie gar nicht eingehalten werden könnten. Jeder Versuch, sich mit der Polizei zu verständigen, sei mit Verweis auf eine höhere Dienstanweisung abgeschmettert worden. Als Schabrod empört fragte, woher diese angebliche Dienstanweisung komme, antwortete der Stadtverordnete Vomfelde: „Sie kam aus der Ostzone!“²⁶⁰

Die ständige Kritik an der Polizei veranlasste die Stadtverordnetensammlung zu einem drastischen und fragwürdigen Schritt. Sie entfernte die KPD einfach aus dem Polizeiausschuss. Als Schabrod dies im März 1952 auf der Versammlung kritisch ansprach und betonte, dass hier eine Mehrheit die politische Minderheit diskriminiere, erhielt er als Antwort nur einen Zuruf: „In der Ostzone ist es genau umgekehrt!“ Obwohl dieser spontane Zuruf nicht für alle Abgeordneten generalisiert werden kann, drückt er doch eine gefährliche Tendenz aus. Ein Teil der Abgeordneten war sich bewusst, dass ein Ausschluss aus Parlamentsgremien eine offene Unterdrückung war, die unverhohlen über einen Vergeltungsgedanken legitimiert wurde. Das logische Fortschreiten dieser

²⁵⁷ Stadtverordnetenversammlung 23.03.1949, in: Stadtarchiv Düsseldorf, 9-0-1-29.0000.

²⁵⁸ Stadtverordnetenversammlung 14./15.09.1949, in: Stadtarchiv Düsseldorf, 9-0-1-29.0000.

²⁵⁹ Stadtverordnetenversammlung 29.04.1950, in: Stadtarchiv Düsseldorf, 9-0-1-29.0000.

²⁶⁰ Stadtverordnetenversammlung 04.08.1951, in: Stadtarchiv Düsseldorf, 9-0-1-30.0000.

Entwicklungen beklagte Karl Schabrod 1953, da die Polizei ihre Aufgaben gegenüber kommunistischen Bürgern nicht mehr vollständig wahrnehme. Bei der Beerdigung eines örtlichen Parteifunktionärs hatte die KPD um Polizeipräsenz gebeten, um die öffentliche Ordnung zu wahren. Allerdings lehnte der Polizeipräsident es ab, Männer für diesen Einsatz abzustellen.²⁶¹

Besonders regte sich Schabrod darüber auf, dass die Kosten für die Polizei, über die die Stadtverordneten keine Kontrolle mehr besaßen und die der KPD immer wieder Probleme bereitete, mit jedem Haushalt massiv anstiegen. Im März 1953 betrug der Polizeietat Düsseldorfs bereits 5,3 Millionen DM und war damit im Vergleich zum Vorjahr um 800 000 DM angestiegen.²⁶²

Ein weiteres Problemfeld in der Stadtverordnetenversammlung ergab sich für Kommunisten bei der Einsetzung lokaler Beamter. Immer wieder kam es zu offensichtlichen Benachteiligungen für Kommunisten aufgrund ihrer Parteimitgliedschaft. Karl Schabrod, der sich bereits 1947 im Landtag mit dem Thema beschäftigt hatte, sprach dies erstmals auf der Stadtverordnetenversammlung im Januar 1951 an. Öffentlich erklärte er, dass eine Anstellung nicht von Religion und politischer Zugehörigkeit abhängig gemacht werden darf. Dies sei verfassungswidrig. Stadtverordneter Müller von der CDU meldete sich per Zuruf zu Wort: „Sie haben die Verfassung doch abgelehnt!“ Schabrod ging auf die Provokation Müllers ein und sprach von einem politischen Feldzug im Namen Adenauers, der hier in Düsseldorf gegen Organisationen wie die VVN geführt werde. Doch bevor die Diskussion im offenen Streit endete, kehrte Schabrod zur eigentlichen Sachkritik zurück. Seit September 1950 seien Dutzende Beamte der Stadt beurlaubt, darunter auch zwei KPD-Beigeordnete, allein wegen ihrer Parteimitgliedschaft. Schabrod betonte, dass die Treuepflicht der Abgeordneten der Verfassung und nicht der jeweiligen Regierung gelte. Daher brachte er einen Beschlusssentwurf ein, der die Beurlaubung der Beigeordneten aufhob, der spontan angenommen wurde.²⁶³ Die Zwangsbeurlaubung der Beigeordneten Kralik und Maase war gewissermaßen als Disziplinarmaßnahme gegen die KPD verhängt worden. Im Vorfeld der Beurlaubung hatten sich CDU, FDP, Zentrum und SPD empört darüber gezeigt, dass die KPD den geplanten Haushalt womöglich ablehnen könnte. Der Stadtverordneter Hellgrath von der FDP drohte darauf offen, indem er anzweifelte, „ob die der KPD angehörenden Beigeordneten noch in ihren Ämtern verbleiben könnten.“ Als die KPD den Haushalt tatsächlich nicht mittrug, stellte der Stadtverordneter Laube vom Zentrum den Antrag, die beiden KPD-Beigeordneten aus ihren Ämtern zu entfernen, da kein „wirkliches Vertrauensver-

²⁶¹ Stadtverordnetenversammlung 26.03.1952, in: Stadtarchiv Düsseldorf, 9-0-1-30.0000.
Stadtverordnetenversammlung 30.03.1953, in: Stadtarchiv Düsseldorf, 9-0-1-31.0000.

²⁶² Stadtverordnetenversammlung 06./09.03.1953 u. 30.03.1953, in: Stadtarchiv Düsseldorf, 9-0-1-31.0000.

²⁶³ Stadtverordnetenversammlung 20.01.1951, in: Stadtarchiv Düsseldorf, 9-0-1-30.0000.

hältnis“ mehr bestehe. Daraufhin übergab die SPD die Angelegenheit an den Hauptausschuss, der beide Abgeordnete zwangsbeurlaubte.²⁶⁴

Eine Benachteiligung von Kommunisten sprach Karl Schabrod auch bei der nächsten Versammlung im Februar 1951 an. Die SPD hatte bei der Einsetzung von Geschworenen und Schöffen keine KPD-Mitglieder berücksichtigt, da die Vorschlagsliste der KPD angeblich veraltet gewesen sei. Schabrod legte der Versammlung daraufhin einen Briefwechsel mit NRW-Innenminister Adolf Flecken vor. In diesem hatte Flecken ausdrücklich bestätigt, dass auch KPD-Mitglieder das Amt des Schöffen oder Geschworenen ausüben dürften. Somit erreichte er, die Schöffenwahl in den umstrittenen Bezirken vorerst zurückzustellen, um ein Übergehen der Kommunisten zu verhindern. Als im Juni erneut über die Einsetzung verhandelt wurde, beklagte Schabrod, dass die Vorschläge der KPD, die immerhin die drittstärkste Partei Düsseldorfs sei, weiterhin von der Stadtverwaltung übergangen würden. Daher forderte er, die Vorschläge des Zentrums durch KPD-Männer zu ersetzen. Der Antrag scheiterte am Veto der übrigen Parteien.²⁶⁵

Der größte Besetzungstreit ereignete sich auf der Stadtverordnetenversammlung im Oktober 1952. Bei der Besetzung des Kreisanerkennungsausschusses für Naziverfolgte war die Liste der Stadtverordnetenversammlung, auf der sich KPD- und VVN-Mitglieder befanden, nicht berücksichtigt worden. Die KPD hatte mehr als die übrigen politischen Parteien unter den Verfolgungen der Nationalsozialisten gelitten. Daher war das Erinnern an die NS-Verbrechen, der Versuch einer Aufarbeitung und die Unterstützung für NS-Opfer bei den Kommunisten deutlich ausgeprägter als bei SPD, CDU, Zentrum oder FDP. Diese persönliche Verbundenheit machte die Besetzung des Verfolgtenausschusses zu einer symbolträchtigen Angelegenheit. Das Verdrängen von Kommunisten aus einem zentralen kommunalen Gremium zur Anerkennung von nationalsozialistischen Verfolgungen musste die KPD geradezu als Angriff auffassen. Schabrod verlangte zu erfahren, wieso vom Stadtparlament gewählte Personen nicht in den Ausschuss aufgenommen wurden. Darauf ertönte ein Zwischenruf aus der CDU: „Das liegt an den Konzentrationslagern in der Ostzone!“ Schabrod ließ sich durch die Provokation nicht vom eigentlichen Thema abbringen und drängte auf eine Antwort.²⁶⁶

Der Beigeordnete Dr. Senger, der die Ablehnung unterzeichnet hatte, nahm zu Schabrods Äußerungen Stellung. Zunächst erklärte er, dass die Liste für den Ausschuss nicht gewählt, sondern lediglich benannt würde. Eine endgültige Ernennung erfolge ausschließlich durch den Innenminister und der hätte die Gründe seiner Ablehnung nicht mitgeteilt. Doch Senger lieferte die seiner Meinung nach offensichtlichen Überlegungen des Innenministers nach: „Denn in diesen Ausschuss gehören staatsbejahende Menschen hinein. Es ist durchaus zu begrüßen, daß in solchen Fällen ein Trennungsstrich gezogen

²⁶⁴ Liedtke, 1988: Die politischen Parteien, S. 326.

²⁶⁵ Stadtverordnetenversammlung 10.02.1951 u. 30.06.1951, in: Stadtarchiv Düsseldorf, 9-0-1-30.0000.

²⁶⁶ Stadtverordnetenversammlung 04.10.1952, in: Stadtarchiv Düsseldorf, 9-0-1-30.0000.

wird gegenüber Leuten, die weiter nichts zu tun haben, als die Befehle Moskaus auszuführen.“ Sengers Äußerung führte zum hitzigen Streit, der zusätzlich dadurch angefacht wurde, dass in der von ihm vorgeschlagenen Alternativliste ein General aus dem 2. Weltkrieg auf einen KPD-Platz gesetzt worden war. Dies sah auch die SPD kritisch, während Oberbürgermeister Gockeln die KPD mehrfach aufforderte, ihren Antrag gegen die Ablehnung fallen zu lassen. Immerhin habe die Stadtverordnetenversammlung hier nicht das letzte Wort und könne den Innenminister nicht überstimmen. Doch Schabrod dachte gar nicht daran, zurückzuweichen, und forderte vehement, dass die abgelehnten Kandidaten einzögen. „Dann beschließen wir sie neu, wie es auch anderswo geschieht“, rief er gereizt oder verlangte zumindest, dass die KPD und die VVN zusammen drei neue Kandidaten bestimmen dürften. Oberbürgermeister Gockeln zeigte sich für den Protest der KPD wenig empfänglich und stellte ausschließlich die Alternativvorschläge des Beigeordneten Sengers zur Abstimmung.²⁶⁷

Die Diskriminierung von Kommunisten beschränkte sich nicht nur auf die Ausübung städtischer Ämter. Auf der Stadtverordnetenversammlung im März 1952 griff Schabrod den Stadtverordneten Senger scharf an: „Ich will darauf verweisen, daß Herr Dr. Senger zunächst einmal die Versammlungstätigkeit unter seine Kontrolle stellen wollte“, da er die Herausgabe von Interzonenpässen gegenüber der KPD zurückgehalten hatte. Überhaupt hätten die Maßnahmen gegen Kommunisten stark zugenommen: Die KPD wurde aus dem Polizei- und Bauausschuss entfernt, eine Veranstaltung der Vereinigung demokratischer Juristen sei auf direkte Anordnung der Stadtverordneten abgesagt worden und die Stadt weigerte sich, Räumlichkeiten für KPD-Veranstaltungen herzugeben. Schabrods Kritik löste dabei erhebliche Unruhe und zahlreiche Zwischenrufe aus.²⁶⁸

Das Klima des Antikommunismus belastete die einzelnen Stadtverordnetenversammlungen so sehr, dass es Schabrod teilweise gar nicht mehr gelang, Themen anzusprechen. Ende Oktober 1952 berichtete er, dass die Immobilien an der Rheinallee wie jedes Jahr einen städtischen Zuschuss benötigten, da sie oft tagelang ungenutzt blieben. Dies komme auch dadurch zu Stande, dass die KPD und ihr nahestehende Organisationen dort nicht mehr hineingelassen würden. Die FDP kommentierte Schabrods Aussage mit Zurufen, die das Gesprächsprotokoll als „Imitiertes Hundegebell“ erfasste und der Stadtverordnete Fritsch von der FDP legte mit einem höhnischen Zuruf nach: „Was kostet denn in der Ostzone der Saal?“ Beim nächsten Tagesordnungspunkt, als Schabrod zur Aufstellung einer Tafel für noch nicht heimgekehrte Kriegsgefangene Stellung nehmen wollte, ging die FDP noch einen Schritt weiter. Noch ehe Schabrod sich geäußert hatte, versuchte Stadtverordneter Berens Karl Schabrod vom Rednerpult wegzuschreien: „Verschwinden Sie da oben – gehen sie da runter!“ Dennoch trug Schabrod

²⁶⁷ Ebd.

²⁶⁸ Stadtverordnetenversammlung 26.03.1952, in: Stadtarchiv Düsseldorf, 9-0-1-30.0000.

seine Bedenken vor, dass die Heroisierung der Kriegsgefangenen im gegenwärtigen Klima der Aufrüstung schädlich sei und die Kosten von 15.000 DM viel zu hoch und erntete dafür „Pfeifrufe“ aus den Reihen der FDP.²⁶⁹

Der Antikommunismus wirkte sich auch immer wieder auf die konstruktive Zusammenarbeit in der Sach- und Sozialpolitik aus. Auf der Stadtverordnetenversammlung im Oktober 1952 kommentierte Karl Schabrod die Absurdität des Antikommunismus. Die Parlamentarier stimmten über einen Antrag zur Senkung der Bauaufsichtsgebühren ab. Ein gleichlautender Antrag sei bereits im März 1951 von der KPD vorgelegt und von allen Fraktionen abgelehnt worden. Nun hingegen, wo den Antrag niemand mit den Kommunisten in Verbindung bringe, sei er plötzlich beschlussfähig.²⁷⁰

In der Sitzung vom 09. März 1953 verschärfte sich die Ausgrenzung der KPD nochmals. Die Stadtverordnetenversammlung verabschiedete eine Änderung der Geschäftsordnung, wonach Anträge für die Ratssitzung „von dem Antragssteller und weiteren 5 Ratsmitgliedern unterzeichnet“ werden mussten. Da die KPD seit 1952 nur noch über vier Ratsmitglieder verfügte, war sie aus eigener Kraft kaum noch arbeitsfähig. Damit reihte sich die Stadtverordnetenversammlung hinter den Bundestag und den Landtag Nordrhein-Westfalens ein, die über Änderungen der Geschäftsordnungen die Mindestgröße der Fraktionen soweit angehoben hatten, um die KPD auszuschließen (siehe Kap. 5.3). Ebenfalls beantragte der Stadtverordnete Hellgrath auf der Sitzung vom 09. März 1953 nun endgültig, „der KPD keine städtischen Säle oder sonstigen Räume zur Verfügung zu stellen, ebenso keine öffentlichen Plakatsäulen.“ Der Antrag ging mit großer Mehrheit durch. Damit versuchte die Stadtverordnetenversammlung, die KPD von allen städtischen Ressourcen auszuschließen, soweit das in ihrer Macht lag. In der Folge der Einschränkungen konnte die KPD das Parlament nur noch als Rednerbühne nutzen, um Kritik zu üben, eine konstruktive Mitarbeit war nicht mehr möglich.²⁷¹

Im Verlauf des Jahres 1956 nahm Karl Schabrods Präsenz in der Stadtverordnetenversammlung spürbar ab, da er mit dem Verbotsprozess in Karlsruhe beschäftigt war. Auf der Sitzung im Januar kritisierte er abermals, dass KPD-Mitglieder systematisch von öffentlichen Ämtern ausgeschlossen wurden und dass der KPD-Vorschlag zur Winterbeihilfe ohne nachvollziehbare Begründung abgelehnt worden war.²⁷² Auf den Versammlungen im Februar, März und April meldete sich Schabrod kaum noch zu Wort.²⁷³ Im Mai brachte er noch einen gescheiterten Antrag ein. Auf seiner letzten Sitzung am 26. Juli 1956 befasste sich sein einziger Redebeitrag mit dem Mahnmal für die Opfer des Nationalsozialismus. Schabrod unterstützte das Vorhaben und ebenso die gestie-

²⁶⁹ Stadtverordnetenversammlung 29.10.1952, in: Stadtarchiv Düsseldorf, 9-0-1-30.0000.

²⁷⁰ Stadtverordnetenversammlung 04.10.1952, in: Stadtarchiv Düsseldorf, 9-0-1-30.0000.

²⁷¹ Liedtke, 1988: Die politischen Parteien, S. 326 – 327.

²⁷² Stadtverordnetenversammlungen 19.01.1956, in: Stadtarchiv Düsseldorf, 9-0-1-32.0000.

²⁷³ Stadtverordnetenversammlungen 07.02.1956, 15.03.1956, 12.04.1956 u. 23.04.1956, in: Stadtarchiv Düsseldorf, 9-0-1-32.0000.

genen Kosten. Jedoch bedauerte er, dass die Fertigstellung des Mahnmals inzwischen über 9 Jahre in Anspruch nehme und man das sehr unkonkrete Motiv der drei Nornen gewählt habe. Als das Stadtparlament nach der Sommerpause am 16. Oktober wieder zusammentrat, war die KPD inzwischen verboten worden. Im Verlauf der gesamten Sitzung fand der Ausschluss der KPD-Abgeordneten keine Erwähnung.²⁷⁴

Anders verhielt es sich beispielsweise in Dortmund und Bottrop. Hier erfuhren die ausgeschlossenen KPD-Politiker eine nachträgliche Würdigung im Rahmen eigener Feiernstunden.²⁷⁵

Knapp sechs Jahre übte Karl Schabrod das Mandat als Stadtverordneter aus. Obwohl es in dieser Zeit immer wieder zur sachpolitischen Zusammenarbeit mit den übrigen Parteien kam, überwog ebenso wie im Landtag die Ausgrenzung der KPD. Einerseits lag das daran, dass es auch in der Kommunalpolitik genügend Anknüpfungspunkte zur Nationalen Frage gab. Mehrfach nutzte Karl Schabrod konkrete Themen wie die Kohlezuteilung in Düsseldorf als Aufhänger für Debatten über nationale und internationale politische Zusammenhänge. Dabei folgte er durchaus den Leitlinien, die der Parteivorstand und die SED für die Arbeit in der Kommunalpolitik vorgegeben hatten. Die KPD-Politiker sollten sich nicht zu sehr von der Arbeit in den Kommunalparlamenten vereinnahmen lassen, für möglichst unabhängige Kommunen auftreten, bereit sein, Haushalte abzulehnen, sich gegen die Militärpräsenz aussprechen und auf eine Verständigung mit der DDR hinarbeiten. Dabei besaß die KPD keineswegs die Mandatsstärke, um auch nur eins dieser Vorgaben durchzusetzen. Sie besaß lediglich die Möglichkeit, symbolische Debatten anzustoßen, die zwangsläufig eine vertrauensvolle Zusammenarbeit mit den übrigen Parteien erschwerten. Schabrods Versuche, die Kandidatur des Oberbürgermeisters allein auf die Person Konrad Adenauers herunterzubrechen oder die Finanzlage der örtlichen Müllabfuhr mit den Mehrkosten für Bonn zu verbinden, erscheinen vielmehr als Ausdruck der Überforderung, als Anstöße einer echten Kommunalpolitik.

Die übrigen Parteien reagierten wie im Landtag mit äußerster Schärfe auf die verbalen Attacken der Kommunisten. Dabei weigerten sich die Stadtverordneten, sich in inhaltlicher Form mit den polarisierenden Forderungen der KPD auseinanderzusetzen. Über die unzähligen ‚Im Osten‘-Zurufe, die sich bis zum ‚imitierten Hundegebell‘ steigerten, würdigten sie die KPD zu einer Art DDR-Propagandaabteilung herab. Doch es blieb nicht bei einer vergifteten Debattenkultur. Der Ausschluss der KPD aus dem Polizeiausschuss, die Beurlaubung von KPD-Beigeordneten, die Nichteinsetzungen von Kommunisten in städtische Gremien, die Verweigerung des Zuganges zu Litfaßsäulen und Veranstaltungssälen bis hin zum Entzug der Möglichkeit eigenmächtig Anträge einzubringen, stellen eine klare antikommunistische Ausgrenzung dar. Die Ähnlichkeit zu den

²⁷⁴ Stadtverordnetenversammlungen, 28.05.1956 u. 26.07.1956, in: Stadtarchiv Düsseldorf, 9-0-1-32.0000.

²⁷⁵ Kössler, 2005: Abschied von der, S. 413.

antikommunistischen Maßnahmen des Landtags mag zum Teil daran liegen, dass eine Vielzahl der Stadtverordneten gleichzeitig Landtagsabgeordnete waren.

Schabrods Versuche, auf die Fülle der Schikanen aufmerksam zu machen, fanden im stark polarisierten Klima des Stadtverordnetenparlaments keinerlei Widerhall. Die Absurdität der Ausgrenzung lässt sich wohl am ehesten anhand von Karl Schabrods Beschwerde zur Senkung der Bauaufsichtsgebühren im Oktober 1952 greifbar machen. Während der Antrag ohne Gegenstimme durchgegangen war, war ein Jahr zuvor ein gleichlautender Antrag gescheitert, dessen entschiedener Unterschied darin bestanden hatte, dass er von der KPD eingereicht worden war.²⁷⁶

²⁷⁶ Stadtverordnetenversammlung 04.10.1952, in: Stadtarchiv Düsseldorf, 9-0-1-30.0000.

7. Die KPD am Rande der deutschen Nachkriegsgesellschaft 1949 – 1956

7.1 Ausgrenzung sowie Selbstaussgrenzung der KPD und Auswirkungen auf Karl Schabrod

„Man will meine Partei verbieten und sucht nach Gründen, um uns das Lebenslicht auszublenden“, hatte Karl Schabrod am 11. Mai 1950 im Plenum des Landtags gesagt und sich damit auf den geplanten und später eingeführten Artikel 32 der Landesverfassung bezogen.²⁷⁷ Die KPD hatte sich im parlamentarischen Betrieb zum aktiv bekämpften Feindbild der bürgerlichen Parteien entwickelt. Im Landtag und der Stadtverordnetenversammlung spürten die Kommunisten dies an der umfassenden Ausgrenzung: verbale Angriffe in Form von Zurufen, der Rausschmiss aus der Regierung und der Entzug des Fraktionsstatus (siehe Kap. 5.3). Die KPD war in den Parlamenten vom Willensbildungsprozess nahezu ausgeschlossen und vollkommen isoliert. Doch die Kommunistische Partei war aus ihrer eigenen Geschichte heraus keine Partei des Parlamentarismus, das änderte auch der Aufruf vom 11. Juni 1945 nicht grundlegend. Der Verlust des parlamentarischen Einflusses bedeutete für die Kommunisten nur den Wegfall eines wichtigen politischen Einflusskanals. Gewerkschaftsarbeit, politische Vereinigungen, Protestbewegungen und Druckerzeugnisse gehörten zu den zentralen Wegen, um auf die Politik einzuwirken. Daher stellt sich die Frage, ob die KPD auch in anderen Bereichen zurückgedrängt wurde und inwieweit Karl Schabrod von diesen Entwicklungen betroffen war.

Was die KPD an parlamentarischem Einfluss nach Kriegsende verfehlte, erreichte sie vielerorts in den Gewerkschaften. Der Wiederaufbau der Gewerkschaften hatte hohe Priorität für die KPD eingenommen. Am 17. November 1945 hatte Otto Schön, der Leipziger Organisationssekretär der KPD, festgehalten, mit der Schaffung von kommunistischen Betriebsgruppen „steht oder fällt die KPD. Die Gewerkschaften haben grundsätzlich sich der Kontrolle der beiden Arbeiterparteien zu unterwerfen.“ Die Kommunistische Partei knüpfte damit geistig an die Betriebszellenstrategie der Weimarer Republik an, wonach die unterste Parteiebene sich nicht allein durch den Wohnort, sondern durch die Betriebszugehörigkeit definieren sollte. Auf die Gesamtheit der Besatzungszonen bezogen, zeigte sich jedoch, dass sich weite Teile der Partei außerhalb der Betriebszellen organisierten. Erfolgreich zeigte sich der Ansatz vornehmlich im

²⁷⁷ Regierungsvorlage, Entwurf eines Grundgesetzes für das Land Nordrhein-Westfalen LD II – 1359, 56 Sitzung 11.05.1950, NKS, Ordner 1950.

Organisationsbezirk Ruhrgebiet-Westfalen. Bis Ende 1946 waren über 40% aller dortigen Mitglieder in Betriebszellen eingetreten.²⁷⁸

Ein Rückgang der Gewerkschaftsmacht der Kommunistischen Partei vollzog sich zum Ende der 1940er Jahre. Die Gewerkschaftshochburgen gerieten unter erheblichen Druck durch die SPD und die CDU. Im März 1947 traf sich die SPD mit Gewerkschaftsvertretern in Dortmund und definierte als primäres Ziel für ihre eigenen Betriebsgruppen, „durch Aufklärung und Aktivierung der sozialdemokratischen Betriebsangehörigen die Fraktionsarbeit der Kommunisten zunichte zu machen.“²⁷⁹ Wie intensiv der Kampf gegen die Betriebszellenstruktur der KPD geführt wurde, zeigt das Beispiel Opels, dessen Betriebsräte traditionsgemäß die KPD stellte. 1949 forderte der dortige Betriebsrat eine Stundenlohnerhöhung um 15 Pfennig. Die Konzernspitze Opels machte sich daraufhin die Konkurrenz von SPD und KPD zunutze. Sie lehnte die Forderung ab und bot gleichzeitig an, die SPD-geführte IG Metall in die Lohnverhandlungen einzubinden. Bei der nächsten Betriebsratswahl Opels gingen CDU und SPD sogar soweit, eine gemeinsame Liste gegen die KPD-Kandidaten aufzustellen. Auch das Bundeskabinett bot Schützenhilfe bei der Bekämpfung von Kommunisten innerhalb der Opelwerke. Das Ministerium für gesamtdeutsche Fragen spendete rund 7.500 DM für die Stärkung anti-kommunistischer Betriebsratsgruppen im Werk Rüsselsheim.²⁸⁰

Obwohl sich die überwiegende Mehrheit der Gewerkschaften als parteiunabhängige Einheitsverbände verstand, widersprach die offensichtliche Einmischung der Parteien in den Gewerkschaftskampf nicht ihrem Selbstverständnis. Der DGB-Vorsitzende (Deutscher Gewerkschaftsbund) Heinz Oskar Vetter definierte die politische Unabhängigkeit dadurch, dass die Gewerkschaften „keine Weisungen von Parteizentralen“ annehmen und es „keine wechselseitigen finanziellen Abhängigkeiten“ gebe und ebenso wenig dürfe eine „Unterordnung unter parteipolitische Ziele“ existieren. Allerdings seien die Gewerkschaften ebenso wenig „politisch abstinent, sie stehen nicht zwischen den Fronten; sie sind eben nicht neutral.“ Dieses Verständnis der Unabhängigkeit erlaubte den Gewerkschaften, sich zum Teil einseitig gegen die Kommunisten zu stellen.²⁸¹

Langfristig verdrängte das aggressive Vorgehen die Kommunisten aus den Führungspositionen der meisten Gewerkschaften. Nur vereinzelte Gewerkschaften stellten sich gegen diese Entwicklung. Dazu zählten die IG Druck und Papier sowie die IG Holz, der auch Karl Schabrod angehörte.²⁸² Als gelernter Tischler war er 1922 eingetreten und sein Verhältnis zum Holzarbeiterverband blieb unbelastet. Nach dem Parteiverbot 1956 war er übergangsweise wieder als Schreiner tätig und wurde sogar in den Vorstand der

²⁷⁸ Christoph Klessmann, 1983: Betriebsparteigruppen und Einheitsgewerkschaft, Zur betrieblichen Arbeit der politischen Parteien in der Frühphase der westdeutschen Arbeiterbewegung 1945 – 1952, in: Vierteljahreshefte für Zeitgeschichte, 31. Jahrg. 2. H, S. 274 – 275.

²⁷⁹ Ebd., S. 275 – 276.

²⁸⁰ Fülberth, 1990: KPD und DKP, S. 53 – 54.

²⁸¹ Helmut Liesegang, 1975: Gewerkschaften in der Bundesrepublik, Dokumente zur Stellung und Aufgabe der Gewerkschaften in Staat und Gesellschaft, Berlin, S. 12.

²⁸² Fülberth, 1990: KPD und DKP 1945 – 1990, S. 132 – 133.

IG Holz in Düsseldorf gewählt.²⁸³ Auch nach seinem gesundheitlichen Ausscheiden aus dem Schreinerberuf blieb er dem Holzarbeiterverband weiter eng verbunden. Er sprach auf ordentlichen Mitgliederversammlungen und in den 1960er Jahren bemühte er sich, die Opfergeschichte der Holzarbeiter im Nationalsozialismus aufzuarbeiten.²⁸⁴

Neben innerbetrieblichen Machtkämpfen boten auch politische Grundsatzfragen einen enormen Anreiz für Streit in der Gewerkschaftsbewegung. Besonders die starre Haltung der KPD in Bezug auf die Nationale Frage und eine zunehmende Verbalradikalisierung führten dazu, dass die Kommunisten sich mit vielen Gewerkschaften überwarfen. Im März 1950 hatte der Parteivorstand seine Mitglieder aufgefordert, „die ganze Kraft anzuspannen, um die Gewerkschaften auf den Boden des Klassenkampfes zu führen“ und griff die „Lohnpolitik der rechten Gewerkschaftsführer“ scharf an. Die radikale Klassenkampfrhetorik der KPD erinnerte dabei immer wieder an die RGO-Politik, die eine Spaltung der Gewerkschaften herbeigeführt hatte. Zusätzlich erklärte sich der FDGB (Freie Deutsche Gewerkschaftsbund) der DDR zum „Vertreter der Interessen aller deutschen Werktätigen“.²⁸⁵

Der Konflikt zwischen KPD und Gewerkschaftern entlud sich schlussendlich an der These 37, die auf dem Parteitag im März 1951 formuliert worden war. Die Parteiführung hatte den DGB scharf angegriffen. In der Unterstützung der Montanunion sah die Parteiführung eine Einreihung „in die Organisation der Kriegsproduktion und der Kriegswirtschaft.“ Die Kommunisten verglichen den Kurs des DGB mit dem politisch umstrittenen Abkommen zur Zentralarbeitsgemeinschaft von 1918, das die Gewerkschaften dauerhaft in das Weimarer System eingegliedert hatte. Demnach bestünde für die deutschen Arbeiter die Verpflichtung „Kampfhandlungen auszulösen auch gegen den Willen rechter Gewerkschaftsführer.“ Die Verbalangriffe blieben nicht ohne Folge und zahlreiche Gewerkschaften, darunter auch die IG Metall, setzten auf Konfrontation. Die IG Metall legte allen KPD-Mitgliedern einen Brief zur Unterschrift vor, indem die Kommunisten die Ablehnung der These 37 schriftlich bestätigten und sich zu den Gewerkschaftsbeschlüssen bekennen sollten. Eine ausbleibende Unterschrift bedeutete den Ausschluss aus der Gewerkschaft. Die KPD wiederum erhöhte den Druck auf ihre Funktionäre und drohte bei geleisteter Unterschrift mit Parteiausschluss. Die Folge des Streits war eine faktische Verdrängung der KPD aus wichtigen Gewerkschaftsverbänden, da ein Großteil der Funktionäre die Revers unterzeichnete. Erst zum Jahresende 1954 korrigierte die KPD ihren Kurs auf dem Hamburger Parteitag. Rückwirkend gestattete sie ihren ehemaligen Mitgliedern das Unterschreiben der Revers.²⁸⁶

²⁸³ WZ, 17.10.1970: Karl Schabrod 70 Jahre alt.

²⁸⁴ Protokoll der öffentlichen Mitgliederversammlung der IG Holz, Ortsverwaltung Düsseldorf am 16. Mai 1958, in: NKS NY-4242, Ordner 19; Karl Schabrod an den Hauptvorstand der Gewerkschaft Holz, 13.09.1965, in: NKS NY-4242, Ordner 18.

²⁸⁵ Hans-Otto Hemmer / Siegfried Mielke, 1990: Geschichte der Gewerkschaften in der Bundesrepublik Deutschland, von den Anfängen bis heute, Köln, S. 133 – 135.

²⁸⁶ Fülberth, 1990: KPD und DKP, S. 50 – 52, 59.

Bei der Ausgrenzung der KPD nahmen vor allem gesetzliche Maßnahmen einen großen Raum ein. Am 19. September 1950 erließ die Bundesregierung den ‚Beschluss über die politische Betätigung von Angehörigen des öffentlichen Dienstes gegen die demokratische Grundordnung‘. Darin hieß es: „Zu den Organisationen, deren Unterstützung mit den Dienstpflichten unvereinbar sind, gehören insbesondere: 1. die Kommunistische Partei Deutschlands mit allen Unterorganisationen.“ Konkret benannte die Bundesregierung dreizehn Organisationen, deren Mitglieder nicht für den Staatsdienst geeignet waren, darunter fielen neben der KPD zehn ihr nahestehende Vereinigungen wie die VVN. Die Bundesregierung „ersuchte die Dienstvorgesetzten“ gegen alle Staatsbediensteten mit einer Mitgliedschaft in den aufgeführten Organisationen, „die erforderlichen Maßnahmen zu ergreifen.“²⁸⁷ Abgesehen von Württemberg-Hohenzollern erließen alle Landesregierungen Radikalenerlasse mit ähnlich lautenden Bestimmungen. Dabei war die rechtliche Verbindlichkeit keineswegs geklärt. Anfangs erkannte die Mehrzahl der Arbeitsgerichte die Mitgliedschaft in einer kommunistischen Vereinigung nicht als Kündigungsgrund an. Dennoch stellten die Verordnungen ein umfangreiches Einstellungshindernis für alle Kommunisten dar und wirkten sich als öffentliche Stigmatisierung von Kommunisten aus.²⁸⁸

Wesentlich weiter ging das Strafrechtsänderungsgesetz, das am 01. September 1951 in Kraft trat. Im Kern sollte es die bundesdeutsche Demokratie vor radikalen Einflüssen und Umsturzversuchen beschützen. Der erste Bundestag bemühte sich sehr früh um die Ausgestaltung eines Gesetzes zur Ausweitung der wehrhaften Demokratie. Bereits am 15. Februar 1950 stellte die SPD aus der Opposition heraus einen eigenen Entwurf zur Diskussion. Der Veröffentlichungszeitpunkt fiel dabei ganz bewusst mit dem Freispruch des Rechtspopulisten Wolfgang Hedler zusammen. Hedler war Bundestagsabgeordneter der DP (Deutschen Partei), die zur Regierungskoalition unter Adenauer gehörte. Hedler hatte öffentlich die deutsche Kriegsschuld geleugnet, die Widerstandskämpfer vom 20. Juli 1944 als Landesverräter beschimpft und sich antisemitisch geäußert. Trotz stenographischen Mitschnittes seiner Rede sprach ihn das Gericht in Neumünster aus Mangel an Beweisen frei. Sein Urteil löste eine Debatte aus, da zwei der drei urteilssprechenden Richter alte Bekannte Hedlers und ebenfalls NSDAP-Mitglieder waren.²⁸⁹

Knapp einen Monat später erfolgte eine Aussprache im Bundestag über den Gesetzesentwurf, in dem sich die SPD auf drei Kernaussagen konzentrierte: 1. Eine zu geringe

²⁸⁷ Klocksinn, 1993: Kommunisten im Parlament, S. 271.

²⁸⁸ von Brünneck, 1978: Politische Justiz gegen, S. 54 – 55.

²⁸⁹ Foschepoth, 2017: Verfassungswidrig!, Das KPD-Verbot, S. 84. Hedlers Freispruch und seine Rückkehr in die Politik führten zu einer regelrechten Eskalation. Als Hedler einen Monat nach seinem Freispruch uneingeladen an einer Bundestagssitzung teilnahm, wurde er gewaltsam aus dem Gebäude vertrieben. Als er erneut in den Reichstag eindringen wollte, verprügelten ihn die Bundestagsabgeordneten der SPD. Vgl. Der Spiegel, 10.03.2009 Kalenderblatt 10.03.1950 – Prügelei im Bundestag.

soziale Absicherung gefährde die Einstellung der Deutschen zur Demokratie. 2. Politisch artikuliere sich dieses Problem im Wiedererstarken des Nationalsozialismus. Hierzu verwies die SPD auf den Bericht des hohen US-amerikanischen Kommissars, der beschrieb, dass „zentrale Stellen der bundesrepublikanischen Institutionen von ehemaligen Nationalsozialisten besetzt seien, von denen sich viele nicht von dieser Ideologie gelöst hätten.“ 3. Das Wiedererstarken sei primär politisch und nicht strafrechtlich zu lösen. Eine Gefährdung durch die DDR oder die UdSSR benannte die SPD nicht.²⁹⁰

Im September 1950 präsentierte die Bundesregierung ihren eigenen Gesetzesentwurf zum Schutze der Demokratie. Bundesjustizminister Thomas Dehler (FDP) stellte die grundlegenden Gedanken des Gesetzes vor. Er sah keinerlei Wiedererstarken von rechtem Gedankengut in der Bundesrepublik, dafür aber umso mehr eine kommunistische Unterwanderung: „Wir brauchen ja nicht in koreanische Fernen zu schweifen, denn das Böse liegt so nah: Für uns genügt das, was in der Ostzone vorgeht. Von dort aus wird mit allen Mitteln der Propaganda, der Wühlarbeit, an der Zersetzung der Bundesrepublik gearbeitet, um sie zu Fall zu bringen. [...] Der Kampf frucht ist ja nicht: Hannibal ante portas!, sondern das Trojanische Pferd ist in unserer Mitte und wir müssen uns dagegen zur Wehr setzen.“²⁹¹

Die Frage, wie mit dieser vermeintlichen Bedrohung umgegangen werden muss, beantwortete Dehler klar. „Propaganda und Wühlarbeit“ seien nicht politisch, sondern juristisch zu bekämpfen. Dies brächte in der Umsetzung Schwierigkeiten mit sich, da „der moderne Hochverrat gerade durch das Fehlen der Gewalt oder durch die Tarnung der Gewalt charakterisiert“ sei. „Den Planern solcher kalten Revolutionen läßt sich die Absicht der Gewaltanwendung im Sinne einer Hochverratsbestimmung so gut wie niemals nachweisen.“ Die Lösung der Bundesregierung für die Nichtnachweisbarkeit war denkbar einfach. In ihrem Gesetzesentwurf legte sie die Strafverfolgung für die juristischen Tatbestände Hochverrat, Staatsgefährdung und Landesverrat weitestmöglich präventiv aus. Nicht länger die Durchführung, sondern allein schon die früheste Planung sollte strafbar sein. Dies konnte der Besitz von Schriftgut, das Kleben von Plakaten, das Gründen einer Vereinigung oder auch das grundsätzliche Vertreten einer Position sein, die potentiell staatsgefährdend werden könnte. Die SPD übte in der ersten Lesung noch massive Kritik an dem Gesetz, stimmte ihm aber weitestgehend in der dritten Lesung am 11. Juli 1951 zu.²⁹²

Die präventive Ausrichtung des Gesetzes führte dazu, dass die einzelnen Tatbestände nur sehr abstrakt umrissen waren und so die Gerichte und ermittelnden Beamten erheblichen Interpretationsspielraum zugesprochen bekamen. Gerade die Polizei dehnte ihre

²⁹⁰ Maximilian Fuhrmann, 2019: Antiextremismus und wehrhafte Demokratie, Kritik am politischen Selbstverständnis der Bundesrepublik Deutschland, Baden-Baden, S. 105 – 111.

²⁹¹ Klocksin, 1993: Kommunisten im Parlament, S. 273.

²⁹² Fuhrmann, 2019: Antiextremismus und wehrhafte, S. 105, 113, 116, 123 – 124.

Befugnisse nach eigenem Ermessen zunehmend aus. So haftete dem Strafrechtsänderungsgesetz von Anfang an der Ruf eines Gesinnungsrechts an, das Kommunisten und Nichtkommunisten bei demselben Tatgeschehen unterschiedlich behandelte.²⁹³ In der Praxis kriminalisierte es den Kommunismus sowie die Kontakte zur DDR. Fortan stand nicht mehr die objektive Tatausübung oder Planung einer Straftat im Fokus der Ermittlungen, sondern die subjektive Auffassung, dass „die kommunistische Gesinnung“ grundlegend staatsgefährdend sei. 1952 folgte mit dem „Fünf-Broschüren-Urteil“²⁹⁴ ein erstes Grundsatzurteil, das die neue Rechtsauffassung bestätigte. Darin legte der BGH (Bundesgerichtshof) fest, dass der Kommunismus und die freiheitlich demokratische Grundordnung der Bundesrepublik unvereinbar miteinander seien, da sie „im schroffsten Widerspruch“ zueinander stünden. Die Wiedervereinigung sei bloß eine Tarnpolitik, „die auf die Errichtung der Gewaltherrschaft über ganz Deutschland ziele“. Aus dieser Begründung heraus erklärte der BGH die SED zur verfassungsfeindlichen Organisation. Weitergehend argumentierte das Gericht, dass jeder, der „in politischer oder finanzieller Abhängigkeit von ihr steht, ein bestimmtes hochverräterisches Unternehmen plant“, was die KPD sozusagen mit einschloss. Da der BGH eine Monopolstellung in politischen Strafsachen besaß, übte das Urteil eine erhebliche Signalwirkung aus. Die Bundesregierung verweigerte sich der Forderung nach einem zweiten unabhängigen Rechtsweg für politische Straftaten und somit blieb der BGH bis September 1969 die einzige Revisionsinstanz.²⁹⁵

In seiner Prozessgeschichte erhielt das neue Strafrecht erst im August 1954 eine leichte Einschränkung, als der BGH erstmals die „Bestimmtheit dieses hochverräterischen Planes“ für eine Verurteilung verlangte. Die Bestimmtheit konnte dabei durchaus vielfältig ausgelegt werden, wie das BGH-Urteil vom 04. Juni 1955 zeigte. Hier legte das Gericht fest, dass unter gewissen Umständen auch Generalstreiks oder Massendemonstrationen als Hochverrat interpretiert werden könnten. Dennoch führte die Präzisierung zu einer erheblichen Verringerung an Verurteilungen.²⁹⁶

Das neue politische Strafrecht mit all seinen großzügigen Freiheiten in der Strafverfolgung funktionierte vor allem als Gesinnungsrecht, das sich auf einen ideologischen Konsens der Bundesrepublik berief. Das Westdeutschland der 1950er Jahre verstand sich als antikommunistische Gesellschaft, die ihre radikale Ablehnung des ‚Ostens‘ in allen gesellschaftlichen Bereichen zelebrierte: Wetterkarten und Schulatlanten in den Grenzen von 1937, Vertriebenenverbände, die eine Rückgabe des Sudetenlandes forderten, eine großzügig staatlich finanzierte Ostforschung, die aktive Propagandaarbeit

²⁹³ von Brünneck, 1978: Politische Justiz gegen, S. 80.

²⁹⁴ Der Prozess behandelte die Einfuhr von fünf Druckerzeugnissen aus der DDR. Der BGH zog die Broschüren ein und setzte mit seinem Urteil eine massive Einschränkung des Post- und Briefverkehrs zwischen BRD und DDR in Gang.

²⁹⁵ Foschepoth, 2017: Verfassungswidrig!, Das KPD-Verbot, S. 86 – 89, 92.

²⁹⁶ von Brünneck, 1978: Politische Justiz gegen, S. 93 – 95.

leistete.²⁹⁷ Dabei verband sich der breite gesellschaftliche Antikommunismus mit der fehlenden Aufarbeitung des Nationalsozialismus. Vor allem die Amerikaner ließen durch das Allensbacher Institut immer wieder abfragen, wie sich das Verhältnis der Deutschen zu ihrer Vergangenheit veränderte. Im Jahre 1948 gaben 57% der Befragten an, dass der Nationalsozialismus grundsätzlich eine gute Idee, allerdings sehr schlecht umgesetzt worden sei. Im Verlauf der 1950er Jahre nahm die positive Rückbesinnung in den Umfragen noch zu und selbst Anfang der 1970er Jahre glaubten 33% der erfassten Teilnehmer, dass Adolf Hitler zu einem der größten Staatsmänner des 20. Jahrhunderts geworden wäre, wenn es nicht zum Krieg gekommen wäre.²⁹⁸

Der Kampf gegen den Kommunismus baute auf den Traditionen und Argumentationen der Nazi-propaganda auf.²⁹⁹ Der Antikommunismus erlaubte es vielen Deutschen, einen positiven Bezug zum Nationalsozialismus herzustellen, indem sie den Kampf gegen die Rote Armee mit dem Kampf gegen die Kommunisten nach Kriegsende gleichsetzten. Die Abwehr des kommunistischen Ostens wurde damit zur Grundüberzeugung vieler Deutscher. Vor allem die als ‚Russenpartei‘ eingestufte KPD bot die Möglichkeit, diesen Kampf auch vor der eigenen Haustür auszutragen.³⁰⁰ Das Kernmilieu dieses westdeutschen Antikommunismus entstammte dabei dem politischen Katholizismus. Bereits in der Weimarer Republik hatten sich die atheistischen und kirchenfeindlichen Kommunisten zum zentralen Feindbild der Zentrums-partei entwickelt. Nach 1945 setzte sich der Antikommunismus innerhalb der CDU und unter Adenauers Führung ungebrochen fort und verstärkte sich durch den Einfluss der Vertriebenenverbände. Dabei stilisierten katholische Politiker den Kommunismus immer wieder zum ultimativen Feindbild. Außenminister Heinrich von Brentano verglich in seiner Rede zum 1000-jährigen Sieg auf dem Lechfeld die hereinfallenden Hunnenhorden mit den „Massen des Ostens“, die heute Europa bedrohen würden.³⁰¹

Die Auswüchse in diesem vielfältig aufgeladenen Antikommunismus zeigen sich auch in den antikommunistischen Propagandakampagnen der Bundesregierung. In der Broschüre ‚Augen auf! Kommunismus durch die Hintertür‘ von 1951 hieß es: „Fluchen Sie, so viel sie wollen (...), aber sorgen Sie dafür, daß kein Kommunist im Wirtshaus sitzt, wenn Sie es tun.“ Neben der Paranoia einer kommunistischen Unterwanderung spielte auch die direkte Bekämpfung eine wichtige Rolle. „Sie können sie (Anm. gemeint sind Kommunisten) nur zertreten, wenn Sie sie sehen.“ Verantwortlich zeichnete sich der VFF (Volksbund für Frieden und Freiheit e.V.), der über Jahre hinweg solche Propagandabroschüren mit Finanzierung des Ministeriums für gesamtdeutsche Fragen

²⁹⁷ Schildt, 2017: Antikommunismus von Hitler zu Adenauer, S. 194.

²⁹⁸ Foschepoth, 2017: Verfassungswidrig!, Das KPD-Verbot, S. 119 – 120.

²⁹⁹ Anton Stengl, 2011: Zur Geschichte der K-Gruppen, Marxisten-Leninisten in der BRD der Siebziger Jahre, S. 25.

³⁰⁰ Schildt, 2017: Antikommunismus von Hitler zu Adenauer, S. 195.

³⁰¹ Siegried Weichlein, 2017: Antikommunismus im westdeutschen Katholizismus, in: Norbert Frei / Dominik Rigoll, Der Antikommunismus in seiner Epoche, Weltanschauung und Politik in Deutschland, Europa und den USA, Göttingen, S. 125, 128 – 130.

herausgab. Zeitweise unterstand der VFF auch Dr. Erwin Kohl, der unter seinem richtigen Namen Eberhard Taubert Mitbegründer der Antikomintern gewesen war und in Auftrag Goebbels' das Drehbuch zum antisemitischen Hetzfilm ‚Der ewige Jude‘ geschrieben hatte.³⁰² Der VFF verstand sich dabei als elitärer Zusammenschluss gleichgesinnter NS-Täter, der neben dem VFF weitere Vereinigungen gründete, wie den ‚Stoßtrupp gegen bolschewistische Zersetzung‘, das ‚Aktionskomitee gegen die fünfte Kolonne‘, die ‚Deutsche Freiheitsliga‘, der ‚Kampfbund zur Sicherung der Demokratie‘, der ‚Bund deutscher Jugend‘ und die ‚Erste Legion‘. Hinter allen Organisationen stand derselbe geschlossene Personenkreis an ehemaligen nationalsozialistischen Propagandamitarbeitern. Unter dem Deckmantel der Vielfältigkeit traten die Vereinigungen als „staatlich finanzierte Agenturen“ auf.³⁰³

Die behördliche Auseinandersetzung, vor allem im Rahmen des neuen politischen Strafrechts, nahm auch bei Karl Schabrod immer mehr Raum ein. Anfang Januar 1951 verhandelte Karl Schabrod mit Oberstadtdirektor Dr. Hensel darüber, das Scheckkonto seines Parteigenossen Hanns Kralik wieder freizugeben, das zuvor aus nicht nachvollziehbaren Gründen gesperrt worden war. Im Sommer 1952 verhaftete die Westberliner Polizei Karl Schabrod, nachdem er auf dem Deutschen Städtetag Werbezettel für eine Rundfahrt durch den DDR-Teil der Stadt verteilt hatte. Im März 1953 berichtete Karl Schabrod seinem Neffen, dass die Polizei die Wohnung seiner Nachbarin und Parteigenossin Hanna Melzer nach „verbotenen Schriften“ durchsucht und etwa „½ Zentner“ Schriftgut beschlagnahmt habe.³⁰⁴

Sofern Karl Schabrod eine Möglichkeit sah, sich gegen die Anordnungen zur Wehr zu setzen, tat er dies. Im Juli 1951 hatte er das Mitteilungsblatt „In eurem Namen“ herausgegeben, das in der Bundesrepublik für die Weltfestspiele der Jugend in der DDR warb. Auf dem Weg von der Druckerei nach Nordrhein-Westfalen stoppte die Polizei den Transport und beschlagnahmte die 20.000 Mitteilungsblätter. Schabrod legte augenblicklich Beschwerde ein, die damit abgewiesen wurde, dass der hessische Innenminister gut eine Woche zuvor ein Werbeverbot für die Weltfestspiele erlassen hatte. Daraufhin reichte Schabrod Schadensersatzklage ein. Einerseits zweifelte er die Rechtmäßigkeit des Werbeverbots an und andererseits hätte es gar nicht greifen dürfen. Die Werbeproschüren befanden sich auf dem Weg nach Nordrhein-Westfalen und dienten nicht der Bewerbung in Hessen. Schabrod setzte seine Klage über das Landgericht bis zum Oberlandesgericht und anschließender Revision durch.³⁰⁵ Als er auch hier kein Recht

³⁰² Wilke, 1990: Die Deutsche Kommunistische Partei, S. 49.

³⁰³ Klaus Körner, 2003: „Die rote Gefahr“, antikommunistische Propaganda in der Bundesrepublik 1950 – 2000, Hamburg, S. 24 – 28.

³⁰⁴ Neue Ruhrzeitung, 16.07.1952: Schabrod in Berlin verhaftet, in: Archiv Landtag NRW, LTNRW118 Nr. A0208/0658.

³⁰⁵ Urteil im Rechtsstreit Karl Schabrod, Landtagsabgeordneter gegen das Land Hessen, Bundesgerichtshof, 01.02.1954, in: VVN-BdA NRW, Karl Schabrod Bündel 4.

zugesprochen bekam, reichte er im April 1954 eine Verfassungsbeschwerde beim Bundesverfassungsgericht in Karlsruhe ein. Er verwies darauf, dass das Land Hessen außerhalb seiner Zuständigkeit sein Grundrecht auf freie Meinungsäußerung beschnitten hätte.³⁰⁶ In Karlsruhe räumten die Richter Schabrods Beschwerde keine hohe Priorität ein. Sie fragten im Oktober 1956, also knapp zweieinhalb Jahre später, nach, ob er seine Beschwerde auch nach dem Verbot der KPD noch aufrecht erhalten würde.³⁰⁷ Schabrod antwortete daraufhin, dass das Verbot der Kommunistischen Partei seine Beschwerde in keiner Weise beeinflusse.³⁰⁸

Neben der direkten Konfrontation mit staatlichen Behörden versuchte Karl Schabrod auch, Aufmerksamkeit für die rechtlich fragwürdige Ausgrenzung der KPD zu generieren. Zusammen mit anderen Parteimitgliedern erstellte und versandte er ein Weißbuch zu Wahlbehinderungen von Kommunisten bei der Bundestagswahl 1953. Schabrod fragte bei den Briefempfängern nach, ob sie das Weißbuch auch wirklich erhalten hätten. Er fürchtete, dass „durch bestimmte Machenschaften in Bonn“ die Post nicht zugestellt würde.³⁰⁹ Werner Jacobi, Bundestagsabgeordneter der SPD und alter Bekannter Schabrods, schrieb zum Weißbuch: „Ihr habt seit Jahren das Pech, infolge Eurer einseitigen Festlegung die Opfer des Terrors zu sein, den Eure eigenen Freunde jenseits des eisernen Vorhangs ausüben.“³¹⁰

Die Erstellung des Weißbuchs hatte für Karl Schabrod noch weitreichendere Folgen. Im Juni 1954 leitete die Oberstaatsanwaltschaft des Landgerichts Düsseldorf ein Verfahren gegen Karl Schabrod ein. Im Vorwort des Weißbuchs hatten die Kommunisten den Vorwurf erhoben, dass Konrad Adenauer und ihm nahestehende Industrie- und Bankenkreise sich auf einen Angriffskrieg gegen den Osten vorbereiten würden.³¹¹ Das gegen ihn eingeleitete Ermittlungsverfahren wurde im März 1955 eingestellt.³¹²

Am selben Tag, als das Landesgericht Düsseldorf das Verfahren einstellte, bekam Karl Schabrod eine Anklageschrift des Oberlandesgerichts zugestellt. In den Jahren 1952 und 1953 hatte er neun Schriften herausgegeben, die hochverräterische Behauptungen und Verleumdungen gegenüber der Bundesregierung enthielten hätten. Der Generaloberstaatsanwalt leitete daher ein Verfahren wegen „Vorbereitung eines bestimmten hochverräterischen Unternehmens ein.“ Die vergleichsweise späte Anklage erklärte sich

³⁰⁶ Karl Schabrod an das Bundesverfassungsgericht, Düsseldorf 21.04.1954, in: VVN-BdA NRW, Karl Schabrod Bündel 4.

³⁰⁷ Bundesverfassungsgericht an Karl Schabrod, 15.10.1956 in: VVN-BdA NRW, Karl Schabrod Bündel 4.

³⁰⁸ Karl Schabrod an das Bundesverfassungsgericht, Düsseldorf 15.11.1956, in: VVN-BdA NRW, Karl Schabrod Bündel 4.

³⁰⁹ Karl Schabrod an Werner Jacobi, 22.12.1953, in: FES, Korrespondenz Werner Jacobi.

³¹⁰ Werner Jacobi an Karl Schabrod, 24.12.1953, in: NKS, Ordner 1953 – 1956.

³¹¹ Oberstaatsanwalt beim Landgericht Düsseldorf an Karl Schabrod, 03.06.1954, in: NKS NY-4242, Ordner 03.

³¹² Justizsekretär Bender an Karl Schabrod, Düsseldorf 01.03.1955, in: NKS NY-4242, Ordner 03.

dadurch, dass das Verfahren erst nach Karl Schabrods Ausscheiden aus dem Landtag und der damit weggefallenen Abgeordnetenimmunität eingeleitet worden war.³¹³

Während seiner Zeit als Abgeordneter hatte es bereits elf Versuche gegeben, seine Immunität aufzuheben (siehe Kap. 5.3) und mit dem Ausscheiden waren alle Vorwürfe zu einem großen Verfahren gebündelt worden. Schabrod kritisierte, dass er die Anklageschrift erst bei der Eröffnung des umfangreichen Hauptverfahrens erhalten hatte.³¹⁴ Er selbst blickte pessimistisch auf den Ausgang des Prozesses. In einem persönlichen Brief an seinen engen Freund, Parteigenossen und Schwager Otto Matthies erwartete er, bald ins Gefängnis zu müssen. Im Zuge der Ermittlungen war zahlreiches Material beschlagnahmt worden. Bereits im September 1950 hatte die Polizei bei der Versiegelung und Durchsuchung der Düsseldorfer Partieräume Briefe von Schabrod mitgenommen und als staatsgefährdend eingestuft. Ebenso hatte sie 401 Postsendungen von ihm abgefangen, in denen er das verbotene Parteiprogramm zur nationalen Wiedervereinigung verschickt hatte. Zu einer Verurteilung kam es allerdings nicht.³¹⁵ Die Oberstaatsanwaltschaft stellte das Verfahren im Oktober 1957 ein, da Schabrod zum einen keine konkreten Umsturzpläne nachgewiesen werden konnten und zum anderen zahlreiche der Schriften bereits die einjährige Verjährungsfrist überschritten hatten. Daher stufte der Strafsenat die Erfolgchancen für eine Verurteilung als zu gering ein, um das Verfahren weiterzuführen.³¹⁶

Die Anklagen gegen Schabrod waren kein Einzelfall. Im Rahmen des 1. Strafrechtsänderungsgesetz schien eine juristische Verfolgung der führenden KPD-Funktionäre fast zwangsläufig. Beispielhaft kann hier die Strafverfolgung gegen die Bundestagsabgeordneten der KPD angeschaut werden, nachdem die Partei 1953 an der 5%-Hürde gescheitert war. Allein bis Oktober 1956 ermittelte die Staatsanwaltschaft gegen zehn der fünfzehn ehemaligen Abgeordneten, leitete gegen sieben ein Verfahren ein, verurteilte aber letztendlich nur Fritz Rische.³¹⁷

Doch nicht nur bekennende Kommunisten gerieten dank des ersten Strafrechtsänderungsgesetzes in den Fokus der Justiz. 1964 fasste der linksgerichtete Aktivist und Juraprofessor Helmut Ridder die Auswirkungen des politischen Strafrechts so zusammen: „Die Illegalisierung der KPD hat zu tiefgreifenden Strukturveränderungen im politischen Gesamtkörper geführt. Alles gerät unter den Kommunismusverdacht, was nicht regierungskonform ist. Damit ist aber das Lebenselement der parlamentarischen Demokratie in Frage gestellt.“³¹⁸

³¹³ Generaloberstaatsanwalt an den 3. Strafsenat des Oberlandesgerichts, Düsseldorf 01.03.1955, in: NKS NY-4242, Ordner 03.

³¹⁴ Karl Schabrod an die Nordrhein-Westfälische Gemeinschaft zur Wahrung der Rechte des Volkes, Düsseldorf 05.06.1957, in: NKS NY-4242, Ordner 29.

³¹⁵ Karl Schabrod an Otto Matthies, 15.04.1955, in: NKS, Ordner 1953 – 1956.

³¹⁶ 2. Strafsenat des Oberlandesgerichts Düsseldorf, Beschluss OJs 36/53, 08.10.1957, in: NKS, Ordner Juristisches und Karl Schabrod.

³¹⁷ Klocksin, 1993: Kommunisten im Parlament, S. 296 – 298.

³¹⁸ Otto Schönfeldt, 1978: KPD-Verbot – ein fortwirkendes Übel, in: Max Schäfer: Die DKP, Gründung Entwicklung Bedeutung, Frankfurt am Main, S. 118.

7.2 Zwischen Radikalisierung und Liberalisierung – Bewältigungsstrategien der KPD

Die neue Rechtssituation, die das Strafrechtsänderungsgesetz geschaffen hatte, traf auf eine KPD, die sich in ihrer Fokussierung auf die Nationale Frage fast monothematisch aufgestellt hatte und zunehmend verbal radikalisierte. Auch die Gründung der beiden deutschen Staaten und das damit verbundene Scheitern der kommunistischen Wiedervereinigungspolitik änderte daran kaum etwas.

Vielmehr aktualisierte sich ab Dezember 1949 die Nationale Frage in dem Streit um die Remilitarisierung. Bundeskanzler Adenauer hatte in der amerikanischen Zeitung ‚Cleveland Plain Dealer‘ über eine Mitwirkung der Bundesrepublik in einer internationalen Armee gesprochen. Der Kampf gegen die Wiederbewaffnung Westdeutschlands im Rahmen einer europäischen Verteidigungsarmee und später einer nationalen Bundeswehr bestimmte die Politik der KPD in den nächsten Jahren. Der Protest gegen die Remilitarisierung artikuliert sich vorwiegend außerparlamentarisch und weit über das kommunistische Milieu hinaus. Im April 1951 gründete sich ein Hauptausschuss für die Durchführung einer ‚Volksbefragung gegen die Remilitarisierung‘, dem zahlreiche Vertreter der bürgerlichen Gesellschaft angehörten.³¹⁹ In diese breit aufgestellte Protest- und Friedensbewegung gliederte sich die KPD ein und griff Ende 1950 beispielsweise einen Appell des Kirchenpräsidenten der evangelischen Landeskirche von Hessen und Nassau auf, der sich gegen die Aufrüstung richtete.³²⁰

Die KPD trat dabei weniger als Initiator der gebildeten Friedenskomitees auf. Innenminister Robert Lehr stoppte die Volksbefragung jedoch nach kurzer Zeit wegen angeblicher Störung der verfassungsmäßigen Ordnung. In seinem Verbotsbeschluss beschrieb er die teils von VVN und FDJ durchgeführte Umfrage als eine durch die SED gesteuerte, kommunistische Umsturzpropaganda. Auf den Verbotsbeschluss folgten weitreichende Polizeiverordnungen, um das Vorgehen der Bewegung zu unterbinden. Das Komitee bemühte sich um eine illegale Durchführung und veröffentlichte ihr Ergebnis. Der Hauptausschuss gab an, 6,2 Millionen Westdeutsche befragt zu haben, von denen sich 5,9 Millionen gegen die Remilitarisierung und für einen Friedensvertrag ausgesprochen hätten. Die DDR führte die Befragung offiziell durch und proklamierte, dass über 95% der Befragten eine Remilitarisierung ablehnten.³²¹ Nach Veröffentlichung der Ergebnisse wurden die leitenden Funktionäre des Hauptausschusses angeklagt. Das BGH urteilte 1954: Man habe die Staatsorgane ‚beiseite zu schieben‘ versucht. ‚Das

³¹⁹ Fülberth, 1990: KPD und DKP, S. 44 – 48. Zu den bürgerlichen Vertretern zählen bspw.: Rennfahrer Manfred von Brauchitsch, Generalmajor a.D. Karl Hentschel und der katholische Schriftsteller Reinhold Schneider.

³²⁰ Klocksin, 1993: Kommunisten im Parlament, S. 44.

³²¹ Fülberth, 1990: KPD und DKP, S. 48 – 49.

Volk wird gegen diese verfassungsmäßig bestellten Organe des Volkswillens ausgespielt.“³²² Für die KPD bot der Kampf gegen die Remilitarisierung zwei wichtige Anknüpfungspunkte: Zum einen konnte die Partei ihre Argumentation der Nationalen Frage nahezu ungebrochen fortsetzen: Westintegration, deutsche Teilung und Bundesrepublik seien die Motoren einer aggressiven Kriegspolitik, die nur durch eine Wiedervereinigung unter Aufgabe der Bundesrepublik und der Westintegration abgewendet werden könne. Zum anderen mobilisierte die Debatte um die Wiederbewaffnung auch zahlreiche Kreise außerhalb der KPD und bot den westdeutschen Kommunisten trotz ihrer isolierten Stellung die Möglichkeit, am politischen Prozess teilzuhaben.

Auch Karl Schabrod hatte sich beständig in den politischen Protest gegen die Remilitarisierung eingebracht. Hierzu hatte er im Rahmen der Volksbefragung 1951 als KPD-Abgeordneter auf Diskussionsabenden gesprochen.³²³ In der Stadtverordnetenversammlung hatte er die Wiederbewaffnung mehrmals scharf kritisiert, da sie erhebliche Kosten verursachen würde, die bei der Trümmerräumung und beim Wohnungsbau eingespart werden müssten.³²⁴ Ebenso kritisierte er die Bundesregierung öffentlich, da sie „eine durchaus zulässige und demokratische Volksbefragung gegen die Remilitarisierung unter Verbot“ gestellt hätte.³²⁵ Zusätzlich hatte er die Wiederbewaffnungspolitik der Bundesregierung auch in mehreren Schriften und Flyern aus den Jahren 1952 bis 1953 mehrfach scharf angegriffen, wofür er 1955 angeklagt worden war (siehe Kap. 7.1).³²⁶

Im Verlauf des Jahres 1952 radikalisierte die KPD ihre Propaganda gegen die Remilitarisierung zunehmend. Das Ergebnis des verbalen Hochrüstens zeigte sich im ‚Programm zur nationalen Wiedervereinigung Deutschlands‘ vom 02.11.1952, dem ersten Parteiprogramm seit dem Gründungsprogramm der KPD von 1919. Gestaltender Autor war allerdings Walter Ulbricht, der mit seiner vorformulierten EntschlieÙung des Münchener Parteitags 1951 die Basis des Programms stellte und auch die ausformulierte Version erarbeitet hatte. Die KPD hatte am 29. Oktober 1952 zur Pressekonferenz eingeladen und die zentralen Thesen vorgestellt.³²⁷ Die Bundesrepublik begehe Verrat an den Deutschen, die durch die Westalliierten in Ausbeutung und Sklaverei geführt würden. „Deshalb muß das Regime Adenauer gestürzt und auf den Trümmern dieses Regimes ein freies, einheitliches, unabhängiges, demokratisches und friedliebendes Deutschland geschaffen werden. Nur der unversöhnliche und revolutionäre Kampf aller deutschen Patrioten kann und wird zum Sturz des Adenauer-Regimes und damit zur

³²² von Brünneck, 1978: Politische Justiz gegen, S. 62 – 64 u. 83.

³²³ Karl Schabrod, undatiert: Stellungnahme zur Anklageschrift, in: NKS, Ordner 1962.

³²⁴ Stadtverordnetenversammlung 04.05.1951, in: Stadtarchiv Düsseldorf, 9-0-1-30.0000.

³²⁵ Stadtverordnetenversammlung 14.03.1952, in: Stadtarchiv Düsseldorf, 9-0-1-30.0000.

³²⁶ Karl Schabrod, undatiert: Meine Rechtssituation bis zum Verbot der KPD, in: NKS, Ordner 1959 – 1961 Juristisches.

³²⁷ Foschepoth, 2017: Verfassungswidrig!, Das KPD-Verbot, S. 75 – 77.

Beseitigung der entscheidenden Stütze der Herrschaft der amerikanischen Imperialisten in Westdeutschland führen.“ Für jeden „im Kampf gefallenen oder aus dem Kampf herausgerissenen Patrioten werden Tausende neue auferstehen.“³²⁸

Das Programm der nationalen Wiedervereinigung stellte eine neue Stufe der Entgleisung dar, die sich im Zuge der Wiederbewaffnungsdebatte fortsetzte. Auf den NATO-Beitritt ließ die KPD verkünden: „Mehr denn je ist heute Widerstand gegen verfassungswidrig ausgeübte Gewalt jedermanns Recht und Pflicht.“³²⁹

Der Antikommunismus der Bundesrepublik und die fortschreitende Verbalradikalisierung der KPD trafen seit Gründung beider deutscher Staaten immer unversöhnlicher aufeinander. Es ist schwierig zu erfassen, welche Auswirkungen dies auf die Arbeit innerhalb der Partei hatte. Karl Schabrod steuert zu diesem bisher unzureichend erforschten Themenfeld zwei Quellen bei, die beide auf den Januar 1952 datiert sind. Hierbei handelt es sich um von ihm angefertigte Lebensläufe und Personenbeschreibungen von Wilhelm Elfes und Dr. Hilarius Rady. Beide Männer entstammten bürgerlichen Kreisen und näherten sich der KPD erst nach Gründung der Bundesrepublik an. Schabrods Personenbeschreibungen beschränken sich nicht allein auf den Werdegang, sondern enthalten auch ganz persönliche Erkenntnisse und Einschätzungen über die Betroffenen. „Dr. Rady hat eine Schwäche für alkoholische Getränke und ist häufig Stimmungen unterworfen“, hielt Schabrod fest, aber sein Verhältnis zur „Friedensbewegung ist aufrichtig.“³³⁰

Elfes hingegen war ehemaliger Zentrumspolitiker mit verdienter Vergangenheit: Von 1927 bis 1933 hatte er das Amt des Polizeipräsidenten in Krefeld bekleidet. 1945 hatten die Militärbehörden ihn zum Oberbürgermeister Mönchengladbachs ernannt und 1946 war er in die CDU eingetreten. Als Landtagsabgeordneter geriet er in Streit mit Konrad Adenauer und wurde 1951 aus der CDU ausgeschlossen. Elfes hatte sich strikt gegen die Westintegration gewandt und für eine Wiedervereinigung eingesetzt, wie sie die KPD anstrebte. Anders als Rady hatte Elfes keinen Aufnahmeantrag gestellt, sondern zusammen mit dem ehemaligen Reichskanzler Josef Wirth die Partei ‚Bund der Deutschen‘ gegründet. Elfes Ehefrau „übt auf ihn einen stark bremsenden Einfluss aus“, damit er nicht seine öffentliche Reputation verspielte, hielt Schabrod fest. Auch Elfes selbst sorgte sich, zu eng mit der KPD in Verbindung gebracht zu werden, da er einen Gesichtsverlust in christlichen Kreisen befürchtete. Schabrod notierte außerdem, dass Elfes angeblich über einen gut gehüteten Briefwechsel mit Konrad Adenauer verfügte, in dem der Bundeskanzler einen Krieg mit dem Osten für unvermeidbar hielt.³³¹

³²⁸ von Brünneck, 1978: Politische Justiz gegen, S. 31 – 32.

³²⁹ Ebd., S. 33.

³³⁰ Karl Schabrod, 28.01.1952: Personenbeschreibung Dr. Hilarius Rady, in: NKS, Ordner 1951 – 1952.

³³¹ Karl Schabrod, 28.01.1952: Personenbeschreibung Wilhelm Elfes, in: NKS, Ordner 1951 – 1952.

Schabrod hat den genauen Verwendungszweck der Beschreibungen, die beide auf denselben Tag datiert sind, nicht festgehalten. Es scheint wahrscheinlich, dass die Einschätzungen parteiintern weitergegeben wurden und so aufzeigen, mit welchem Misstrauen die KPD neue Weggefährten und potentielle Mitglieder genauer untersuchte. Dass die Personenbeschreibungen in irgendeinem Zusammenhang der Informationsbeschaffung für die Stasi (Staatssicherheit) stehen, kann ausgeschlossen werden. Eine Anfrage bei der BStU ergab keinerlei Verbindung Karl Schabrods zur Staatssicherheit. Ebenso ist anzunehmen, dass Schabrod die Beschreibungen ansonsten zerstört und nicht in seine Ablage der Jahre 1951/52 einsortiert hätte.

Parallel zur gesellschaftlichen Ausgrenzung und der äußeren Radikalisierung erlebte die KPD seit dem Ende der 1940er Jahre eine innere Radikalisierung in Form des Umbaus zur ‚Partei neuen Typus‘. Dieser Parteiumbau ging einher mit dem paranoiden Kampf gegen Titoisten, den die KPdSU in die KPD trug. In der Folge kam es zu zahlreichen Entlassungen, Parteiausschlüssen und Parteiaustritten. Im Dezember 1949 hatte der Parteivorstand die Resolution „Die ideologisch-politische Festigung der Partei auf Grundlage des Marxismus-Leninismus“ angenommen. Darin räumte er einen zu sorglosen Umgang in ideologischen Fragen ein und verpflichtete sich, die Partei von titoistischen und trotzkistischen Elementen zu bereinigen. Dazu schuf der Vorstand eine Parteikontrollkommission, verabschiedete Richtlinien zur Neuwahl von Parteileitungen und setzte eine Überprüfung des Funktionärskaders an. Max Reimann forderte eine gesonderte Überprüfung aller Genossen, die in Kriegsgefangenschaft oder im Konzentrationslager gesessen hatten, um „schwache Punkte in ihrem Verhalten“ aufzudecken. Das Ergebnis dieser Überprüfung war der Austausch zahlreicher Führungspersönlichkeiten. In NRW betraf dies Hugo Paul, den ehemaligen Minister für Wiederaufbau, weil er seine Beziehung zu Josef Schappe, dem Chefredakteur des ‚Freien Volkes‘, verschwiegen hatte. Allein auf dem Parteitag im März 1951 erhielten zehn von zwölf Landesleitungen neue Vorsitzende.³³²

Die Säuberungen innerhalb der KPD verliefen dennoch deutlich weniger radikal als in der DDR oder anderen osteuropäischen Staaten. Nichtsdestotrotz ging dieser Prozess nicht unbemerkt an der deutschen Öffentlichkeit vorbei und produzierte in der Person Kurt Müllers einen eigenen Politskandal. Der 1903 geborene Kurt Müller war seit 1919 KPD-Mitglied, 1932 wegen Ultraradikalität aus der Partei ausgeschlossen worden und nach Kriegsende wieder in die Partei eingetreten. Hier entwickelte er sich ab 1948 zum Stellvertreter Max Reimanns, der die KPD in Westdeutschland führte. Im März 1950 geriet er ins Visier der titoistischen Säuberungen und wurde zu einer angeblichen Besprechung nach Ostberlin gebracht. Hier fingen ihn DDR-Beamte ab und verschlepp-

³³² Herbert Mayer, 1995: Durchsetzt von Parteifeinden, Agenten, Verbrechern...?, Zu den Parteisäuberungen in der KPD (1948 – 1952) unter der Mitwirkung der SED, in: Hefte zur DDR-Geschichte Nr. 29, S. 7 – 9, 12.

ten ihn in das Untersuchungsgefängnis in der Schumannstraße, wo er unter anderem von Erich Mielke verhört wurde. Nach fünf Monaten Gefangenschaft überstellte die DDR Müller an die UdSSR, wo er zu 25 Jahren Haft verurteilt wurde. Nach Stalins Tod wurde die Strafe aufgehoben und Müller kehrte im Jahre 1955 in die BRD zurück. Reimann, der nach Anschuldigung von Müllers Lebensgefährtin aktiv in die Gefangennahme seines Stellvertreters verstrickt war, griff Müller öffentlich an. Er betitelte ihn auf dem Münchener Parteitag im März 1951 als „Agent des amerikanischen Spionagedienstes, der aktive Trotzkiist und Feind der deutschen Arbeiterklasse, Kurt Müller.“ Beweise für Müllers angebliche Spionage fehlten völlig. Intern stand Müller aber schon seit März 1949 unter Kritik, da er sich auf der Solinger Funktionärskonferenz geweigert hatte, ein Begrüßungstelegramm an das ZK der SED vorzulesen. Darin hieß es: „Die SED fordert im Falle der Aggression das deutsche Volk auf, gegen die Aggressoren zu kämpfen und die Sowjetarmee in der Herbeiführung des Friedens zu unterstützen.“ Seine Weigerung erklärte Müller mit der Aufrechterhaltung der Berlinblockade durch die Sowjetunion, die zu einer massiven antisowjetischen Stimmung in der Öffentlichkeit geführt hatte. In diesem Klima hielt er die Formulierung des Telegramms für untragbar.³³³

In die breitere Öffentlichkeit gelangte der Fall Müller, als die KPD ihn am 10. Mai 1951 aus der Partei ausschloss, am 11. Mai dem Bundestag ein undatiertes Schreiben zur Mandatsniederlegung vorlegte und am 12. Mai die Verhaftung bekannt wurde. Der Bundestag wiederum wollte Müllers Mandatsniederlegung erst anerkennen, sobald er persönlich vorstellig wurde. Im Dezember reagierte der Bundestag nochmal indirekt auf den Fall Müller, indem er die Mindestgröße der Fraktionen von 10 auf 15 Abgeordnete an hob. Die KPD besaß zwar exakt 15 Mandate, aber durch den Wegfall des Mandats des in der UdSSR inhaftierten Kurt Müller waren es nur noch 14 Mandate.³³⁴

Während der Transformation zur ‚Partei neuen Typus‘ stand die Ideologiefestigkeit der einzelnen Funktionäre zu jedem Zeitpunkt auf dem Prüfstand und es wurden keine Abweichungen geduldet. Als Karl Schabrod auf der Landesvorstandssitzung im August 1950 die Rede des Genossen Lichtensteins in Form eines Zwischenrufes unterbrach, indem er bestritt, dass alle Wege zum Kommunismus führten, sorgte das für erhebliche Irritationen. Die These, dass alle Wege zum Kommunismus führen, stammte dabei vom sowjetischen Außenminister Molotow und war damit fester Kanon der Parteiideologie. Schabrod bekam nicht die Gelegenheit, seinen Zwischenruf in Form eines eigenen Redebeitrags zu erklären, sondern hatte dazu schriftlich Stellung zu nehmen, auch gegenüber dem Sekretariat. Nach Schabrods Meinung bestand für die sehr konkrete Aussage Molotows keine Allgemeingültigkeit. In Anbetracht des Atombomben-Szena-

³³³ Klocksin, 1993: Kommunisten im Parlament, S. 239 – 241.

³³⁴ Ebd., S. 243 u. 254.

rios könne er den blinden Optimismus nicht teilen.³³⁵ Schabrod ließ seine Argumentation aber auf Druck der Partei wieder fallen. Ledwohn habe ihn „bei den Ohren genommen“ und Karl Schabrod wegen seiner „Unterschätzung der Friedenskräfte resp. Überschätzung der Wasserstoffbombe kritisiert.“ Auch die globale Gefahr eines Atomkriegs hatte Schabrod wieder richtigzustellen, indem er schrieb, dass die Bomben „gewiss gewaltigen Schaden anrichten, aber niemals den Sieg der Volksarmeen zunichte machen.“³³⁶

Einen Monat später geriet Karl Schabrod schlussendlich in das Visier der parteiinternen Überprüfung. Am 13. September 1950 füllte er für die Partei einen Lebenslauf aus und erwähnte darin, dass er aufgrund interner Streitigkeiten im Jahre 1930 in Remscheid von seiner Gewerkschaftsposition enthoben worden war, ehe er wenig später sein Studium in Moskau begonnen hatte (siehe Kap. 3).³³⁷ Diesen Vorfall hatte Schabrod nie verheimlicht und bereits bei früheren Lebensläufen für die Partei angegeben.³³⁸ Doch im Klima der paranoiden Säuberungen erschien der 20 Jahre zurückliegende Streit plötzlich verdächtig, sodass Karl Schabrod gegenüber dem Parteivorstand im März 1951 nochmals schriftlich zu den Vorfällen Stellung nehmen musste. Schabrod beharrte, dass er damals nicht zu den Abwechtlern gehört habe, zu den sogenannten „Brandleristen, die sich in Solingen, Düsseldorf, Velbert und anderen Orten zu einer festen Gruppierung [...] zusammengeschlossen hatten.“ Ebenso wenig hätte er mit anderen Gruppierungen Kontakt gehabt, „auch nicht zu den Versöhnern“. Der Streit damals beruhte auf einer politisch-strategischen Entscheidung, berichtete Schabrod. Der örtliche Bezirkssekretär Fritz hatte darauf gedrängt, RGO-Gewerkschaften in Konkurrenz zu den bisherigen Gewerkschaften aufzubauen. Schabrod hatte dies entschieden abgelehnt, da die Stellung der KPD in den bestehenden Gewerkschaften außerordentlich gut gewesen sei und eine Umwälzung hätte das in Gefahr gebracht. Die daraus entstandene Konfrontation hätte zu Schabrods Entlassung als Gewerkschafter und Redakteur geführt.³³⁹ Im Juni forderte die Landesleitung Karl Schabrod erneut auf, zu den Vorfällen in Remscheid Stellung zu nehmen. Schabrod sah darin einen Irrtum und verwies auf seine ausführliche Stellungnahme im März. Die KPD leitete keine weiteren Schritte gegen Karl Schabrod ein, nahm den Vorfall aber ausführlich in seine Kaderakte auf. Davon abgesehen überstand er die Überprüfung ohne dauerhaften Schaden.³⁴⁰ Im Dezember 1951 drängte der Parteivorstand sogar darauf, Schabrod zum 1. Sekretär im Rate der VVN zu

³³⁵ Karl Schabrod, undatiert: Erklärung zu meinem Zuruf „Es stimmt nicht, dass alle Wege zum Kommunismus führen!“, in: NKS, Ordner 1953 – 1956.

³³⁶ Karl Schabrod, undatiert: Stellungnahme Alle Wege führen zum Kommunismus, in: NKS, Ordner 1953 – 1956.

³³⁷ Karl Schabrod, 13.09.1950: Lebenslauf, in: BArch, BY1/732.

³³⁸ Karl Schabrod, 09.04.1946: Lebenslauf, in: BArch, BY1/732.

³³⁹ Karl Schabrod an den Landesvorstand der KPD, Kaderabteilung 07.03.1951, in: BArch, BY1/732.

³⁴⁰ KPD Landesvorstand Nordrhein-Westfalen an den Landesvorstand der KPD, Kaderabteilung 11.06.1951, in: BArch, BY1/732.

machen, was aber daran scheiterte, dass er als Fraktionsvorsitzender im Landtag nicht ersetzt werden konnte.³⁴¹

Die parteiinternen Überprüfungen hatten zu einem erheblichen Aderlass des Spitzenpersonals geführt. An ihre Stelle rückten oftmals frisch aus der Kriegsgefangenschaft entlassene Funktionäre, die ein stalinistisches Kaderideal in die Partei hineintrugen, wobei „derjenige der beste Kommunist war, der jederzeit – ganz unabhängig von seinen Fähigkeiten – bereit war, jeden Auftrag der Partei zu erfüllen.“³⁴²

Das stalinistische Kaderideal besaß keinerlei Anknüpfungspunkte mehr zu den politischen Verhältnissen in Westdeutschland und zwang dem alten Führungspersonal einen noch größeren Spagat zwischen pragmatischer Sachpolitik und ideologischer Grundsatzzpolitik auf. Karl Schabrod geriet am 13. Februar 1953 in genau jenes Spannungsfeld, als der anonym veröffentlichte Artikel ‚studiert gründlicher Genossen‘ im ‚Freien Volk‘ erschien. Der Artikel selbst, der gegen den ausdrücklichen Wunsch der Redaktionsleitung abgedruckt worden war und daher nur aus einer höheren Parteiebene stammen konnte, griff Schabrod massiv an. In schärfster Rhetorik führte der Artikel Schabrods Mangel an ideologischer Schärfe aus, den er in Schabrods zuvor veröffentlichten Artikel ‚seit 25 Monaten zur Einwilligung bereit‘ gegeben sah. Schabrods Artikel befördere „parlamentarische Illusionen, die wir im Kampf gegen den Sozialdemokratismus überwinden müssen.“ So habe Karl Schabrod der SPD-Führung unterstellt, dass ihre Interessen von der Adenauer-Regierung abweichen würden. Hierzu verwies der anonyme Autor auf das Programm zur nationalen Wiedervereinigung, wonach die SPD-Führung „selbst ein wichtiges Glied in dem von den Amerikanern geschaffenen System des Bonner Regimes“ sei. Jede Kritik an Adenauer sei daher nur inszeniert, um den Anschein von Opposition zu erzeugen. Daher sei die grundlegende Auffassung von Schabrods Artikel fehlerhaft.³⁴³

Der scharfe und vor allem anonym veröffentlichte Angriff sorgte für Kritik, die das ‚Freie Volk‘ in Form von wütenden Briefen erreichte und teilweise aus den Reihen der Redaktion selbst stammte.³⁴⁴ Der anonyme Autor veröffentlichte daraufhin einen zweiten Artikel. Darin verwies er stoisch auf das Parteistatut und diverse Aussagen Stalins, wonach Kritik fester Bestandteil der KPD-Kultur sei. Er habe auf die Entlarvung der SPD gezielt und so zur „Schaffung der Aktionseinheit der Arbeiterklasse“ beigetragen.³⁴⁵

Wenig später wandte sich der KPD-Funktionär Kurt Schröder an den Parteivorstand und teilte mit, dass ein Großteil des anonym kritisierten Artikels von ihm stammte. Scha-

³⁴¹ PV-Kaderabteilung, 10.12.1951: Vorlage an das Sekretariat, in: BArch, BY1/732.

³⁴² Günther Judick, 18.04.1989: Überlegungen zur Geschichte der KPD, Baden-Württemberg, S. 20, in: NKS, nicht einsortiertes Material.

³⁴³ Freies Volk, 13.02.1953: Studiert gründlicher Genossen.

³⁴⁴ Dr. Rady an das ‚Freie Volk‘, undatiert, in: NKS, Ordner 1953 – 1956; Freies Volk an Dr. Rady, 24.02.1953, in: NKS, Ordner 1953 – 1956.

³⁴⁵ Freies Volk, undatiert: Nochmals: Studiert gründlicher, Genossen!

brod hätte lediglich die Vorarbeit geleistet. Schröder habe den Artikel vor der Veröffentlichung leider nicht mehr dem auf Dienstreise befindlichen Karl Schabrod vorlegen können. Schröder akzeptierte die Kritik inhaltlich, empfand aber die Art und Weise, wie diese vorgetragen wurde als völlig inakzeptabel.³⁴⁶ Karl Schabrod wiederum ging zunächst sehr zurückhaltend mit dem Vorfall um und stimmte in einigen Punkten zu. In Bezug auf die Rolle der SPD in der Bundespolitik schrieb er: „Ohne Aussicht auf die 30 Silberlinge erfüllen die besten Judasse der Welt ihre Funktion nur ungen.“ Gleichzeitig widersprach er in einigen Bereichen und wies die harschen Anschuldigungen von sich.³⁴⁷ Als der Artikel Wochen später immer noch ein heiß diskutiertes Thema innerhalb der Partei war, drängte Karl Schabrod auf eine Richtigstellung. Zunächst hatte er das klärende Gespräch mit dem anonymen Autor der Kritik, Genossen Porada,³⁴⁸ und dem Chefredakteur des ‚Freien Volkes‘, Franz Ahrens, gesucht. Hier beklagte Schabrod den öffentlichen Charakter des Streits, auf den er immerzu angesprochen werde. Leider fehle ihm oft die Zeit, klarzustellen, dass er gar nicht der Hauptautor des kritisierten Artikels sei. Daher wünschte Schabrod, eine Richtigstellung abzdrukken. Von der Idee zeigten sich Porada und Ahrens wenig begeistert, sodass Schabrod zunächst von seiner Forderung absah. Jedoch beschäftigte ihn das Thema auch weiterhin, sodass er sich Anfang April an Max Reimann wandte, um eine Richtigstellung zu erwirken.³⁴⁹

Eine Kehrtwende der inneren und äußeren Radikalisierung der KPD erfolgte erst auf dem Hamburger Parteitag Ende 1954, knapp anderthalb Jahre nach Stalins Tod. Zeitlich hatte dieser Politikwechsel sicherlich auch mit dem KPD-Verbotsprozess zu tun, der nach dreijähriger Vorbereitung im November in Verhandlung gegangen war. Die Verbalradikalisierung der Partei, die in der Veröffentlichung des Programms zur nationalen Wiedervereinigung 1952 gegipfelt hatte, sowie die offensichtliche Abhängigkeit von der SED entwickelten sich im Prozess zu vorhersehbaren Problemen. Die Parteiführung der KPD versuchte, dem durch eine innere Reform entgegenzuwirken. Auf dem Hamburger Parteitag hob die Parteiführung die geschlossenen Parteilisten auf. Die Parteibasis durfte erstmals wieder aktiven Einfluss nehmen und einzelne Mitglieder für Parteiposten nominieren und ablehnen. 1955 folgte ein weiterer Schritt: Die KPD beschränkte die Macht der Parteikontrollkommission und ein Jahr später setzte der Vorstand eine Kommission ein, die Parteiausschlüsse und Sanktionen der letzten Jahre überprüfen sollte.³⁵⁰

Der Hamburger Parteitag 1954 stellte nicht nur den Auftakt einer vorsichtigen, inneren Liberalisierung, sondern auch eine Bestandsaufnahme der Partei dar. Die Parteispitze

³⁴⁶ Kurt Schröder an das Sekretariat des Parteivorstandes der KPD, 16.02.1953, in: NKS, Ordner 1953 – 1956.

³⁴⁷ Karl Schabrod, 04.03.1953: Ein [sic] Antwort auf: „Studiert gründlicher Genossen!“, in: NKS, Ordner 1953 – 1956.

³⁴⁸ Vermutlich ist Erwin Porada gemeint.

³⁴⁹ Karl Schabrod an Max Reimann, 02.04.1953, in: NKS, Ordner 1953 – 1956. Nach eingehender Überprüfung konnte keine abgedruckte Richtigstellung ermittelt werden.

³⁵⁰ Kössler, 2005: Abschied von der, S. 388 – 389.

wollte herausfinden, inwieweit die Säuberungen seit 1948 und die gesellschaftliche (Selbst)ausgrenzung der Basis geschadet hatten. Über einen Austausch der Parteibücher überprüfte sie die Anzahl der noch aktiven Kommunisten. Es kamen gerade einmal 85.000 von den ehemals über 300.000 Parteibüchern zurück und $\frac{2}{3}$ der verbliebenen Mitglieder waren über 50 Jahre alt. Parteinachwuchs gab es kaum, bloß 7% der verbliebenen Mitglieder waren unter 25 Jahren. Die KPD kämpfte mit einer drohenden Überalterung und vielerorts waren die Kreisverbände kaum noch arbeitsfähig. Verstärkt wurden der Aderlass und die Überalterung durch eine Abwanderung junger Kommunisten in die DDR. Die sozialistische Republik bot eine Perspektive für eine Karriere, die in der antikommunistischen Bundesrepublik unmöglich schien.³⁵¹

Doch auch dort, wo die lokalen Strukturen noch funktionierten, hatten jahrelange Kämpfe um die Nationale Frage, systematische Ausgrenzung, Diskriminierung und Parteisäuberungen den Zusammenhalt zwischen Parteibasis und Parteiführung erodiert. In vielen Kreisverbänden taten sich die Kommunisten immer schwerer damit, ihre grundsätzliche Ideologie öffentlich zu vertreten. 1955 setzte sich der Kreisverband der KPD in Gelsenkirchen-Rothau in einer eigenen Bürgerversammlung für eine Verbesserung der örtlichen Straßen und Kanalisationen ein. Gleichzeitig weigerten sich die Funktionäre aus Gelsenkirchen, öffentlich gegen das drohende Parteiverbot Stimmung zu machen. Selbst in den KPD-Hochburgen Bottrop und Dortmund beschränkten immer mehr Funktionäre ihr Handeln allein auf die lokale Sachpolitik. Ab Mitte der 1950er Jahre weigerten sich die Stadtverordneten Dortmunds, sich außerhalb der Ratssitzungen politisch zu äußern.³⁵²

Das Zerwürfnis zwischen Basis und Parteiführung hatte Karl Schabrod recht früh zu spüren bekommen, als sich Ende 1948 der Stadtteilverstand Düsseldorf-Unterrath offiziell über ihn beschwerte. Zuvor hatte er sich in eine interne Auseinandersetzung der Ortsgruppe eingemischt und angeblich für eine Seite Stellung bezogen. Düsseldorf-Unterrath reagierte auf diese Einmischung von oben mit größtmöglicher Härte und berief eine „Art Gerichtssitzung“ über Schabrod in Form einer außerordentlichen Funktionärsversammlung ein. Mit 23 zu 2 Stimmen stellte sich der Stadtteil hinter seine Vorsitzenden und verurteilte Schabrods Einmischung. Spitzenfunktionäre wie Karl Schabrod sollten „lieber ihre politische Tatkraft mehr ihrem eigenen Stadtteil widmen“, und der Stadtteilverstand drohte, auf die nächste von oben unterstützte Intrige „sofort mit schärfsten Massnahmen zu antworten.“³⁵³ Schabrod wiederum reagierte auf den Beschwerdebrief, der ihm von der Landesleitung aus zugestellt worden war. Er betonte, dass er bloß vermitteln wollte und daher einige Fragen gestellt hatte. Er hätte nicht die

³⁵¹ Judick, 1989: KPD 1945 – 1968, S. 35.

³⁵² Kössler, 2005: Abschied von der, S. 392 – 398.

³⁵³ Stadtteileitung der KPD Unterrath an den 1. Vorsitzenden der Landesleitung der KPD Hugo Paul, 27.11.1948, in: NKS, 1948.

Absicht gehabt, sich auf eine Seite zu schlagen.³⁵⁴ Am 14. Dezember antwortete die Ortsgruppe Unterrath in einem direkt an Karl Schabrod adressierten Schreiben. Die Kommunalpolitiker verdeutlichten, dass sich ihre Beschwerde auch klar gegen jede zukünftige externe Einmischung durch die Parteiführung richtete und man Schabrods Einmischung als eine Art Präzedenzfall werte. Für die Stadtteilverordnenden von Unterrath sei die „ganze Sache erledigt“ und, dass sie „nichts mehr von diesem Tratsch hören wollen.“ Schabrod solle den Vorfall in der Partei nicht mehr ansprechen.³⁵⁵

Nach Schabrods Einschätzung belastete das Zerwürfnis zwischen Basis und Parteiführung nicht nur die innere Zusammenarbeit und die internen Arbeitsabläufe, sondern wirkte sich klar negativ auf die Außenwirkung der Partei aus. In seiner für den Parteivorstand angefertigten Analyse zu den Landtagswahlen 1954, bei denen die KPD an der 5% Hürde gescheitert war, urteilte er: Die Parteibasis sei erst zehn Tage vor dem Wahltermin wirklich aktiv geworden, davor habe sich die Parteiaktivität auf eine kleine Kerngruppierung beschränkt. Daher sei es nicht gelungen, in ausreichendem Maße Wahlversammlungen durchzuführen und schlimmer noch, man sei sogar immer wieder Aussprachen mit der Bevölkerung aus dem Weg gegangen. „Die Ursachen für die Passivität vieler Genossen der Partei liegen in der mangelnden Überzeugung von der Richtigkeit unserer Politik.“ Nach Schabrods Ansicht habe es an einer umfassenden Kommunikation von oben nach unten gemangelt. Vor allem die Parteipresse sei dieser Aufgabe nicht nachgekommen. Die Lösung des Problems sei „das gemeinsame Handeln von Kommunisten und Sozialdemokraten.“ Um eine solche Zusammenarbeit überhaupt wieder zum gegenwärtigen Zeitpunkt anzustoßen, müsse man „dem Sektierertum³⁵⁶ in unserer Partei den schärfsten Kampf ansagen.“ Die Notwendigkeit einer solchen Zusammenarbeit mit der SPD sah Karl Schabrod auch schon allein dadurch gegeben, um die „EVG-Politik mit all ihren Auswirkungen“ zu verhindern. Das Instrument einer solchen Aktionseinheit zwischen KPD und SPD sollte die Gewerkschaft sein, denn „jeder Kommunist muss Mitglied der Gewerkschaft sein. Jeder Kommunist muss Funktionen in der Gewerkschaft haben.“³⁵⁷

Die KPD setzte ihren vorsichtigen Liberalisierungskurs auch bis in das Jahr 1956 fort und relativierte ihr verbalradikales Programm zur nationalen Wiedervereinigung von 1952. „Die Kommunistische Partei Deutschlands erklärt, daß die von ihr im Jahre 1952 im ‚Programm der Nationalen Wiedervereinigung Deutschlands‘ verkündeten Ziele, durch eine grundlegende Änderung der Außen- und Innenpolitik der Bundesrepublik,

³⁵⁴ Karl Schabrod an den Stadtteilverordnenden der KPD Düsseldorf-Unterrath, 03.12.1948, in: NKS, Ordner 1948:

³⁵⁵ Ewald Beyer, Curt Bohmer, Wilhelm Unselt an Karl Schabrod, 14.12.1948, in: NKS, Ordner 1948.

³⁵⁶ Mit Sektierertum bezeichnet Karl Schabrod die Tendenz der KPD, sich nach außen abzuschotten und sich durch die eigene ideologische Überzeugung politisch immer weiter einengen zu lassen.

³⁵⁷ Karl Schabrod, undatiert: Analyse der Landtagswahlen in Nordrhein-Westfalen, in: NKS, Prozessakten, Mappen 1956 – 1962, S. 21 – 25.

die Wiedervereinigung Deutschlands auf friedlicher und demokratischer Grundlage herbeizuführen, richtig sind. Falsch jedoch sind Losungen wie revolutionärer Sturz des Adenauer-Regimes, weil sie der Lage und den Bedingungen in Westdeutschland nicht entsprechen und die Herstellung der Einheitsfront der Arbeiterklasse, sowie die Sammlung der fortschrittlichen und nationalgesinnten Kräfte behindern.“³⁵⁸

7.3 Das KPD-Verbotsverfahren 1951 – 1956

Am 17. August 1956 verbot der 1. Senat des Bundesverfassungsgerichts die Kommunistische Partei Deutschlands. Für die Urteilsbegründung spielten „handfeste, materielle Tathandlungen im Sinne der Vorbereitung eines revolutionären Umsturzes [...] ausdrücklich keine Rolle.“ Die KPD wurde zu keinem Zeitpunkt des Verfahrens mit dem Vorwurf konfrontiert, sich im Alltag illegaler oder gewaltsamer Mittel zu bedienen. Das Verbot als solches legitimierte sich über die fdGO (freiheitlich demokratische Grundordnung), die die KPD in einer nicht näher terminierten Zukunft gefährde. Daher war das Urteil als solches rein präventiv ausgelegt und fußte damit auf den gedanklichen Grundsätzen des 1. Strafrechtsänderungsgesetz von 1951, die das Verbotsverfahren erst möglich gemacht hatten. Für die Kritiker des Verfahrens war das Verbot ein Gesinnungsurteil, das bezweckte, „politische Gegner auszuschalten“. Für Karl Schabrod war das Urteil eine Zäsur, die alle Lebensbereiche betraf. Über Jahrzehnte stellte das Parteiverbot ein unüberwindbares Hindernis dar, an dem er sich sowie weitere aktive Kommunisten abarbeiteten. Daher stellt sich die Frage, inwieweit die Kritik am KPD-Prozess und Urteil berechtigt war.³⁵⁹

Die erste Partei, über deren Verbot in der Bundesrepublik offen diskutiert wurde, war die SRP (Sozialistische Reichspartei), die sich Anfang Oktober 1949 gegründet hatte und als Nachfolgerin der NSDAP profilierte. Innenminister Lehr drängte rasch auf ein Parteiverbot. Die Befugnis für ein solches Parteiverbot lag allerdings ausschließlich beim Bundesverfassungsgericht, das zu diesem Zeitpunkt noch in keiner Weise arbeitsfähig war. Als die SRP im Mai 1951 plötzlich 11% der Stimmen bei der Landtagswahl in Niedersachsen errang, geriet sie in den Fokus der Alliierten Hohen Kommission, die Adenauer zum Rapport einbestellte. Hier machte Adenauer den Vorschlag, die SRP zusammen mit der KPD zu verbieten.³⁶⁰

Zeitlich fiel Adenauers Verbotsvorschlag mit der Ausarbeitung des 1. Strafrechtsänderungsgesetzes zusammen. Die Alliierten selbst gewannen der Idee nur sehr wenig ab.

³⁵⁸ Klocksin, 1993: Kommunisten im Parlament, S. 301.

³⁵⁹ Horst Meier, 1987: Als die Demokratie streiten lernte, Zur Argumentationsstruktur des KPD-Urteils von 1956, in: Kritische Justiz, Nr. 4, S. 460 – 462.

³⁶⁰ Foschepoth, 2017: Verfassungswidrig!, Das KPD-Verbot, S. 109 – 115.

Bereits 1947 hatte General Lucius D. Clay öffentlich klargestellt: „Ich kann mir kein größeres undemokratischeres Verhalten vorstellen, als die Kommunistische Partei an sich abzuschaffen. Ich habe nicht die Absicht, etwas Derartiges zu tun.“ An dieser Position hielten die Amerikaner auch weiterhin fest. Am 19. Oktober 1951, einen Monat vor dem Verbotsantrag der Bundesregierung, schrieb die amerikanische Kommission in einem Bericht, dass die strafrechtliche Verfolgung der KPD weitaus sinniger sei, als ein Verbot. Das Verbot dränge die KPD und ihre Aktivität in die Illegalität und erschwere die Beobachtung. Auch der britische Generalmajor Bishop äußerte 1950 seine Bedenken zur Verbotsdebatte und forderte, „zwischen dem Verbot einer Partei und dem Verbot bestimmter Tätigkeiten einer Partei“ zu unterscheiden. Die Franzosen hatten sich im Februar 1950 sogar noch schärfer positioniert, nachdem Justizminister Thomas Dehler angekündigt hatte, dass die Aufgabe des zukünftigen Bundesverfassungsgerichtes die Überprüfung der KPD sei. Der französische Außenminister André Ponce erklärte, dass Dehlers Rede dazu beitrage, das Verhältnis der Bundesrepublik zu Frankreich „weiter zu verschlechtern.“ Die Gründe für die Zurückhaltung der Alliierten waren dabei strategischer Natur. Das Gefahrenpotential der isolierten KPD in der antikommunistischen Bundesrepublik wurde als derart gering eingestuft, dass dies keinen Prozess rechtfertigte.³⁶¹

Auch der sozialistische Politologe und Rechtswissenschaftler Wolfgang Abendroth³⁶² stellte die Frage nach der Sinnhaftigkeit des umstrittenen Prozesses. Er betonte ebenfalls, dass ein Verbot „keiner politischen Notwendigkeit“ entspreche, da die KPD längst zu einer Kleinstorganisation geschrumpft sei, die ohnehin kaum noch Einfluss auf den politischen Diskurs ausübe. Der Grund für ein solch hartes Vorgehen liege viel mehr an der Durchsetzung von NSDAP-Mitgliedern im staatlichen Apparat. Bereits im Nationalsozialismus war der Staat gegen die Kommunisten aktiv vorgegangen und nun knüpfte er an diese Tradition an.³⁶³

Die wohl überraschendste Kritik am geplanten Parteiverbot kam vom Verfassungsschutz, deren Landesämter am 23. Oktober 1951 getagt hatten. Verfassungsschutzpräsident Otto John fasste zusammen: „Sämtliche Amtsleiter haben sich – zum Teil mit Schärfe – gegen ein solches Verbot ausgesprochen“. Der Verfassungsschutz schloss sich inhaltlich der Einschätzung der Alliierten an, wonach eine illegale KPD weitaus gefährlicher sei, als eine legale Partei. Das Vorgehen gegen kommunistische

³⁶¹ Ebd., S. 115 – 117.

³⁶² Zu Abendroth: Abendroth selbst war in der Weimarer Republik Mitglied der KPD. Er schloss sich später der KPO an. Nach Kriegsende lebte er in der SBZ, die er nach der Zwangsvereinigung von KPD und SPD fluchtartig verließ. Vgl. Uli Schöler, 2001: Wolfgang Abendroth – Fragen an einen politischen Lebensweg, in: Balzer Friedrich-Martin: Wolfgang Abendroth wissenschaftlicher Politiker, Bio-bibliographische Beiträge, Opladen, S. 16 – 19 u. 22 – 25.

³⁶³ Wolfgang Abendroth, 1956: Das KPD-Verbotsurteil des Bundesverfassungsgerichts: Ein Beitrag zum Problem der richterlichen Interpretation von Rechtsgrundsätzen der Verfassung im demokratischen Staat, in: Zeitschrift für Politik, Neue Folge Nr. 4, S. 305 – 306.

Einzelmaßnahmen sei deutlich zweckdienlicher. Ähnlich sahen SPD und die Innenminister der Länder ein Verbot als problematisch an.³⁶⁴

Trotz aller Bedenken gehörten die Verbotsanträge gegen SRP und KPD zu den ersten Aufgaben des Bundesverfassungsgerichts, das Ende September 1951 seine Arbeit in Karlsruhe aufgenommen hatte. Der Antrag der Bundesregierung auf Feststellung der Verfassungswidrigkeit der KPD erfolgte am 23. November 1951. Der Beginn der mündlichen Verhandlungen ließ allerdings drei Jahre auf sich warten und bis zum Urteil vergingen nochmals 13 Monate. Die beachtlichen Zeitspannen, die zwischen den einzelnen Verfahrensphasen vergingen, deuten auf zahlreiche Probleme hin, die den Prozess verzögerten. Zu diesen Verzögerungen zählte vor allem die mangelnde Bereitschaft des Bundesverfassungsgerichts, sich dem Prozess anzunehmen. Der Präsident des 1. Senats Hermann Höpker-Aschoff vertröstete die Bundesregierung damit, dass an einen Verfahrensbeginn vor September 1952 nicht zu denken sei. Dies läge zum einen an der schlechten Logistik in Karlsruhe, da dem Gericht zugesicherte Mitarbeiter fehlten und Höpker-Aschoff auch noch keine passende Wohnung gefunden habe. Zum anderen beschloss der Senatspräsident, das Verbotsverfahren gegen die SRP vorrangig zu behandeln. Nach dem Verbotsurteil gegen die SRP am 23. Oktober 1952 beschäftigte sich der 1. Senat primär mit der Normenkontrollklage der SPD und des Zentrums zum deutschen Beitritt in eine mögliche EVG (Europäische Verteidigungsgemeinschaft). Das BVG vertagte den KPD-Prozess ohne Ansetzung eines Termins.³⁶⁵

Für Höpker-Aschoffs Zurückhaltung in der Ansetzung eines KPD-Prozesses spielten vermutlich persönliche Gründe eine entscheidende Rolle. Obwohl er nie Mitglied der NSDAP, SA oder SS gewesen war, hatte er sich im Zweiten Weltkrieg aktiv in den Dienst der nationalsozialistischen Diktatur gestellt. Als Leiter der Abteilung IV der HTO (Haupttreuhandstelle Ost) hatte er ab 1943 öffentliches Vermögen Polens nach Deutschland transferiert. Die HTO zeigte sich für die vollständige wirtschaftliche Ausplünderung Polens sowie den Transfer deutscher Bevölkerung im Sinne der Arisierung verantwortlich. 1944 verließ Höpker-Aschoff die HTO und wurde Direktor der Industriekontor GmbH, die in der Rüstungsindustrie tätig war. Hier hatte er den Einsatz von Zwangsarbeitern mitorganisiert. Höpker-Aschoffs Verstrickung in das System des Nationalsozialismus war nicht unbemerkt geblieben. Die polnische Regierung hatte im Oktober 1945 einen Auslieferungsantrag gestellt. Höpker-Aschoff entging dem durch seine guten Kontakte zu Rudolf Amelunxen, dem späteren ersten Ministerpräsidenten Nordrhein-Westfalens. Amelunxen hatte sich bei den britischen Militärbehörden für Höpker-Aschoff verbürgt. Wenig später trat Höpker-Aschoff in die FDP ein und hatte mit seiner Vergangenheit zu kämpfen. Die Briten verhinderten beispielsweise seine Ernennung zum Finanzminister im ersten Ernannten Landtag Nordrhein-Westfalens. Seine Vergangenheit machte ihn angreifbar und das umstrittene KPD-Verfahren hätte

³⁶⁴ Foschepoth, 2017: Verfassungswidrig!, Das KPD-Verbot, S. 129 – 131.

³⁶⁵ Ebd., S. 142 – 144.

für Höpker-Aschoff in einem Skandal münden können, der seine Karriere beendet hätte. Im Falle der SRP, die sich als Nachfolgepartei der NSDAP profilierte, war die juristische Ausgangssituation eindeutig und das mediale Interesse deutlich geringer. Daher mochte seine Vergangenheit hier ein weniger großes Risiko darstellen. Das Verfahren gegen die KPD erlebte Höpker-Aschoff selbst nicht mehr, da er im Januar 1954 an den Folgen eines Infekts starb.³⁶⁶

Auch unter seinem Nachfolger Josef Wintrich hielt das BVG an seiner Zurückhaltung gegenüber dem KPD-Prozess fest, diesmal aber vornehmlich wegen inhaltlicher Bedenken. Erst die sogenannte John-Affäre erzeugte genügend politischen Druck, um das Verfahren in Gang zu setzen. Im Juni 1954 war der Verfassungsschutzpräsident Otto John unter ungeklärten Umständen in Westberlin verschwunden und erst Ende 1955 wieder in die Bundesrepublik zurückgekehrt. John selbst argumentierte, dass er von ausländischen Geheimdiensten entführt worden war. Die Ermittlungen in dem Fall brachten zu Tage, dass sich im engen freundschaftlichen Umfeld des Verfassungsschutzpräsidenten ein KGB-Agent befand. Schnell stand der Vorwurf im Raum, John hätte womöglich Geheimnisse weitergegeben oder sei zum Überläufer geworden. Nach zwei persönlichen Treffen zwischen Adenauer und Wintrich wurde der 23. November 1954 als erster Verhandlungstag des Prozesses bestimmt.³⁶⁷

Neben den ohnehin schwierigen Rahmenbedingungen, unter denen der Prozess zustande kam, stellt sich die Frage nach der Prozessführung. Traf das BVG ein freies Urteil oder war der Prozess durch politische Beeinflussung gekennzeichnet? Gerade die Nähe zwischen Bundesregierung, welche die Anklage stellte, und oberstem Gericht trat im Vorfeld der Verhandlung immer wieder als Problem hervor. Nach der Zulassung des Verbotsantrags erließ das BVG am 24.01.1952 einen Beschluss zur bundesweiten Durchsuchung und Beschlagnahmung von KPD-Material. Dieser Schritt war im Januar per Brief des Innenministers Robert Lehr an das Gericht angeregt worden. Dabei durfte eine Durchsuchung in einem Amtsbezirk nur durch den im jeweiligen Amtsbezirk zuständigen Richter durchgeführt werden. Das BVG besaß allerdings die Befugnis, die Zuständigkeit in andere Hände zu legen. So delegierte das BVG die Durchsuchung an die jeweiligen Innenminister, die zur Anklage gehörten, woraufhin Polizei und Verfassungsschutz gemeinsam die Parteiräume durchsuchten: In der Summe wurden die Parteizentrale in Düsseldorf sowie alle Landesleitungen und unzählige Wohnungen durchsucht. Letztere auch, wenn sie nicht in dem Durchsuchungsbeschluss enthalten waren. Das beschlagnahmte Material wiederum ging an das Amt für Verfassungsschutz.³⁶⁸

Die Nähe von Bundesregierung und BVG schuf zwangsläufig eine Ungleichbehandlung der beiden Prozessparteien. So erhielt die KPD bis zum Prozessende keine Auflistung

³⁶⁶ Ebd., S. 181 – 190.

³⁶⁷ Ebd., S. 160 – 161.

³⁶⁸ Ebd., S. 200 – 212.

oder Zugriff auf das im Bundesamt für Verfassungsschutz eingelagerte und beschlagnahmte Material.³⁶⁹

Zu welchen Verstrickungen die Nähe zwischen Gericht und Regierung führte, zeigte sich im Befangenheitsantrag gegen den Bundesverfassungsrichter Erwin Stein. Stein hatte im Prozess die Position des Berichterstatters übernommen. In dieser Funktion bereitete er das Verfahren für den 1. Senat vor, legte den Sachverhalt für die übrigen Richter dar, nahm Einfluss auf die Verfahrensleitung, koordinierte die tägliche Gerichtsarbeit, wickelte den Schriftverkehr mit den beteiligten Prozessparteien ab und konnte Verfahrenstermine ansetzen. Diese Aufgabe verpflichtete ihn im besonderen Maße zur Neutralität und Gleichbehandlung beider Prozessparteien. Allerdings hatte Stein 1952 in der Vorbereitung des Prozesses heimlich für die Bundesregierung einen Zeugen in einem CIA-Quartier vernommen. Die KPD hätte gesetzlich von dieser Vernehmung unterrichtet werden müssen. Allerdings ließ Stein seine Vernehmung im Anschluss weitestgehend aus den Akten streichen und nur durch Zufall kam der KPD-Anwalt Böhmer an die Vernehmungsakten. Infolgedessen leiteten die Anwälte der KPD einen Befangenheitsantrag gegen Stein ein, den das BVG ablehnte. Das Gericht argumentierte, dass die Geheimhaltung der Vernehmung durch den Verfassungsschutz angeordnet wurde, der als einziger ein Protokoll der Vernehmung besaß. Somit hätte es keine Ungleichbehandlung der beiden Prozessparteien gegeben. Diese Argumentation war allerdings gelogen, da das Innenministerium direkt nach Vernehmungsende eine Abschrift der Befragung zugestellt bekam, was es allerdings vor Gericht abstritt. Der Vorgang für sich stellte damit schon ein erhebliches Problem dar, das nochmals verschlimmert wurde, da Richter Stein das Protokoll der Vernehmung eigenmächtig von 20 auf 12 Seiten gekürzt hatte. Ob der befragte Georg Wilhelm Jost diesem gekürzten und eventuell sinnveränderten Protokoll überhaupt zustimmte, blieb ungeklärt. De facto hatte der eigentlich unabhängige Berichterstatter für die Anklage ein Beweismittel geschaffen, über das die Verteidigung hätte informiert werden müssen und dem auch noch der Verdacht einer Fälschung anhaftete.³⁷⁰

Die KPD selbst nutzte die zahlreichen Ungereimtheiten der Prozessführung für ihre eigene Verteidigungsstrategie. Sie setzte auf eine öffentliche Kampagne, die das gesamte Verfahren als politischen Prozess brandmarkte. Hierzu schrieben vor allem DDR-Organisationen persönliche Briefe an die verantwortlichen Richter des 1. Senats, um ihnen die politische Dimension und ihre Verantwortung in diesem Schauprozess vorzuhalten.³⁷¹ Der Parteivorstand der KPD, der als Prozessbevollmächtigter der Verteidigung auftrat, arbeitete unter erheblichen Schwierigkeiten. Josef Ledwohn und Fritz Rische saßen zeitgleich in U-Haft und wurden für die Verhandlungstage in den Gerichtssaal gebracht. Gegen Walter Fisch stand ein Haftbefehl aus, dem sich Fisch

³⁶⁹ Ebd., S. 239.

³⁷⁰ Ebd., S. 242 – 256.

³⁷¹ Ebd., S. 240 – 241.

erfolgreich entzogen hatte. Anlässlich der Verhandlung sagte der Bundesgerichtshof ihm aber ab November 1954 freies Geleit zu.³⁷²

Die KPD stellte die Vertreter der Anklage als ehemalige Nationalsozialisten hin. KPD-Anwalt Dr. Kaul betonte in seinem Eröffnungsplädoyer: „Welche Ironie der Geschichte, wenn die Kommunistische Partei Deutschlands, die Partei, die im Kampf um die Würde und die Freiheit die größten Opfer gebracht hat, heute von den ehemals Verbündeten der Freiheitsschänder angeklagt und als undemokratisch bezichtigt wird.“ Auch gegen die Richter selbst erhoben die Kommunisten schwere Anschuldigungen, aufgrund ihrer Vergangenheit. Rechtsanwalt Dr. Kaul stellte gegen den Senatspräsidenten Wintrich einen Befangenheitsantrag, da dieser unter den Nationalsozialisten Oberamtsrichter gewesen war und zum Oberstaatsanwalt befördert werden sollte.³⁷³ Die Anklage wiederum setzte viel daran, den Prozess nicht zu einer grundlegenden Verhandlung gegen den Marxismus oder als späte nationalsozialistische Abrechnung mit dem Kommunismus zu erheben. Das Gericht unterstützte dieses Vorgehen, indem es Debatten über historische Zusammenhänge der KPD konsequent einschränkte. Die Anklage fokussierte sich auf publizierte und beschlagnahmte Parteiunterlagen. Über parteiamtliche Erklärungen, Schulungs- und Propagandamaterial versuchte die Anklage, die Verfassungsfeindlichkeit der KPD zu belegen.³⁷⁴

Karl Schabrod erlebte den Prozess teilweise vor Ort in Karlsruhe. Er hatte den Verbotantrag von vornherein als sehr gefährlich eingestuft. Schon im Dezember 1951 warnte er verschiedene Parteistellen davor, sich auf einen möglichen Prozess vorzubereiten. Die KPD teilte seine Einschätzung zu diesem Zeitpunkt noch nicht, und präsentierte sich kämpferisch.³⁷⁵ Als das Szenario eines Prozesses immer wahrscheinlicher wurde, reiste Schabrod mehrmals nach Karlsruhe.³⁷⁶ Er übernahm Aufgaben für die Anwälte der Verteidigung, die er wie folgt einstufte: „Ich gehöre zur Prozessvertretung und spiele eine Art Handlanger für die Rechtsanwälte, damit sie auch genügend Stoff zum Vortrag bei der Gerichtsverhandlung haben.“³⁷⁷ Als Zubringer lieferte er den Anwälten Wortprotokolle von Landtagssitzungen, ließ benötigte Dokumente abtippen, beantwortete Fachfragen zur Ausgestaltung der Landesverfassung und der Sozialisierung im Bergbau. Die Anwälte würdigten Schabrods Rechercheleistungen, so dass sie ihn im Juni 1955 um eine erweiterte Einschätzung zur Entwicklung der SPD baten. Über ebenjenes Thema referierte Josef Ledwohn zur Zeit im Gerichtssaal. Darüber hinaus regte Fritz Rische an, Karl Schabrod solle das Thema der politischen Gefangenen stärker in die Presse bringen. „Wie ich aus der Presse ersehen konnte, hast

³⁷² von Brünneck, 1978: Politische Justiz, S. 118.

³⁷³ Lehdorff-Felsko, 1981: Der KPD-Verbotsprozess 1954, S. 112, 115 – 116.

³⁷⁴ Norddeutscher Rundfunk, 07.01.1972: Von der KPD zur DKP, ein Bericht von Werner Hill, Gemeinschaftsproduktion mit dem Westdeutschen Rundfunk.

³⁷⁵ Freies Volk an Karl Schabrod, 29.12.1951, in: NKS, Ordner 1951 – 1952.

³⁷⁶ Karl Schabrod an Wilhelm Schabrod, Karlsruhe 25.03.1954, in: NKS, nicht einsortiertes Material.

³⁷⁷ Karl Schabrod an Hemsath, Karlsruhe 25.03.1955, in: NKS, Ordner 1953 – 1956.

du meine Anregungen für Erleichterungen für in Strafhafte befindliche Genossen freudig aufgenommen“, stellte Rische zufrieden fest und bat Schabrod, noch einen Schritt weiterzugehen. Schabrod sollte persönlich bei Justizminister Dr. Rudolf Amelunxen vorstellig werden und ihn dazu bringen, die geforderten Hafterleichterungen auch für KPD-Funktionäre zu erwirken.³⁷⁸

Im Sommer 1955 teilte Rische Schabrod seine Einschätzung über den Ausgang des Prozesses mit, den er als sehr ungewiss empfand. So sah er neben einem Verbot auch eine einstweilige Verfügung gegen die KPD als realistisch an, aber auch einen Schwebezustand ohne ein Urteil, der „eine gewisse Unsicherheit in den Reihen unserer Partei“ aufrecht erhalten würde.³⁷⁹ Schabrod hingegen zeigte sich weniger optimistisch. Für ihn glich die Verhandlung einer Art büchergeführtem Hexenprozess. Sobald eine der Prozessparteien aus einem marxistischen Werk zitierte, griffen die anderen Prozessparteien sowie Berichterstatter Dr. Stein in ihre „Bücherhaufen“, um die entsprechenden Passagen genau mitzuverfolgen. Bereits im März 1955 glaubte er, dass das Urteil „weitgehend dem Antrag der Bundesregierung entsprechen wird.“. Die beständige Zurückweisung von KPD-Anträgen zeige klar, „dass das Gericht auf Seiten der Antragstellerin ist.“³⁸⁰

Im Juli 1955 endete der letzte der 51 Verhandlungstage und ein Jahr später hatte das Bundesverfassungsgericht noch keinen Urteilstermin angesetzt. Es schien, als hätte sich Risches Theorie vom Schwebezustand ohne Urteil bewahrheitet. Der Schwebezustand veranlasste die Bundesregierung im Juli 1956 zu einem fragwürdigen Schritt. Sie novelierte das Gesetz zum Bundesverfassungsgericht und legte in Artikel 4 fest, dass alle ausstehenden Verfahren bis zum 31. August an den jeweils anderen Senat überstellt würden. Damit erzwang die Bundesregierung ein Urteil vom 1. Senat, sofern es den Fall behalten wollte. Obendrein standen auch zwei der sieben Richter zur Wiederwahl, die durch den Bundestag und Bundesrat bestätigt werden mussten, was den Druck für ein Urteil zusätzlich erhöhte. Der sehr starke Einzelfallcharakter der Novelle zeigt sich dadurch, dass der 1. Senat zu diesem Zeitpunkt kein weiteres ausstehendes Verfahren hatte.³⁸¹

Die Strategie der Bundesregierung ging auf und das BVG verkündete am 17. August sein Urteil im KPD-Prozess. Das Gericht begründete die Verfassungsfeindlichkeit der Kommunistischen Partei vor allem mit dem verbalradikalen Programm zur nationalen Wiedervereinigung von 1952. In ihm rufe die KPD zum Sturz des „Adenauer Regimes“ auf, wobei das Gericht dieses Regime als ganzen westdeutschen Staatsapparat begriff. Die KPD hatte im März und April 1956 versucht, eine neue Beweisaufnahme zu öffnen, um ihren seit 1954 eingeleiteten Kurswechsel in die Bewertung des Gerichts miteinflie-

³⁷⁸ Fritz Rische an Karl Schabrod, Karlsruhe 10.06.1955, in: NKS NY-4242, Ordner 35.

³⁷⁹ Ebd.

³⁸⁰ Karl Schabrod an Hemsath, Karlsruhe 25.03.1955, in: NKS, Ordner 1953 – 1956.

³⁸¹ Posser, 1991: *Anwalt im Kalten*, S. 175 – 176.

Ben zu lassen. Allerdings ließ das Gericht keine weiteren Verhandlungstermine zu. Für die Richter hatte das Programm auch weiterhin Bestand. „Dieses Ende 1952 verkündete Programm der nationalen Wiedervereinigung ist seither der Hauptgegenstand der Schulung, Propaganda und Agitation der KPD und die Grundlage ihrer aktuellen Politik zur Erreichung ihres gegenwärtigen Hauptzieles gewesen.“ Der 1. Senat verstand das Programm als Leitfaden zur Wiedervereinigung, der bis zu ebenjener auch von der Partei angewandt werde.³⁸²

Der spätere Justizminister Nordrhein-Westfalens Diether Posser bewertete die starke Gewichtung des Parteiprogramms als inhaltlich falsch. Der revolutionäre Anspruch des Programms war an die Ratifizierung des EVG-Vertrags geknüpft. Da die Verhandlungen zur europäischen Verteidigungsgemeinschaft allerdings im Sommer 1953 scheiterten, verlor das Parteiprogramm klar seinen revolutionären Ausgangspunkt. Nach Posser besaß das Programm im Bezug auf revolutionäres und staatsfeindliches Handeln im Sommer 1956 keine Relevanz mehr.³⁸³

Die obersten Verfassungsrichter selbst hatten in ihrer Urteilsbegründung einen wesentlichen Umstand hervorgehoben, der das KPD-Verbot grundsätzlich einschränken sollte: „Es handelt sich in diesem Verfahren nicht darum, die Theorie des Marxismus-Leninismus als eine einheitliche Wissenschaft für verfassungswidrig zu erklären. [...] Soweit es sich hierbei um wissenschaftliche Erkenntnisse, um Wissenschaft im Sinne des Art. 5 Abs. 3 GG handelt, ist diese Wissenschaft als solche selbstverständlich frei, sie kann vorgetragen, gelehrt, weiterentwickelt, allerdings auch diskutiert und bekämpft werden. Sie ist nicht Gegenstand dieses Verfahrens; ihr wissenschaftlicher Wahrheitsgehalt kann der Beurteilung eines Gerichts nicht unterliegen.“ Die Lehre des Marxismus blieb somit von dem Verbot unberührt. Damit hatten die Richter beabsichtigt, die Reichweite ihres Urteils zu begrenzen. Jedoch führte gerade diese beabsichtigte Begrenzung zu unbeantworteten Fragen, die das Verbot noch weiter ausdehnten. Denn in der politischen Ausübung waren die verbotene KPD und Handlungen, die auf der erlaubten Lehre des Marxismus fußten, fast unmöglich voneinander zu trennen. Kommunisten auf der einen und Polizisten, Verfassungsschützer, Staatsanwälte und konservative Politiker auf der anderen Seite wurden geradezu herausgefordert, kommunistische Politik völlig gegensätzlich zu bewerten. Erheblich verstärkt wurde dieser Umstand nochmal durch den präventiven Charakter des Strafrechtsänderungsgesetzes. Die Strafverfolgung setzte weit vor einer möglichen Planung einer konkreten Tat ein und daher war es unmöglich zu sagen, ob die Tatverdächtigen im Rahmen eines erlaubten wissenschaftlichen Marxismus handelten oder eines verbotenen Kommunismus im Sinne der KPD.³⁸⁴

³⁸² Bundesverfassungsgericht, 17.08.1956: Urteil zum KPD-Verbot, in: <https://openjur.de/u/335396.html>, Absätze 107, 839, 845.

³⁸³ Posser, 1991: *Anwalt im Kalten*, S. 175.

³⁸⁴ Bundesverfassungsgericht, 17.08.1956: Urteil zum KPD-Verbot, in: <https://openjur.de/u/335396.html>, Absätze 107, 275, 276.

Die Zuständigkeit für die Umsetzung der Parteiauflösung fiel dem Bundesministerium des Innern zu. Es besetzte am Tag der Urteilsverkündung alle verbliebenen Parteibüros. Allein in Nordrhein-Westfalen wurden 712 Parteistellen und Wohnungen durchsucht und über 10 Tonnen Druckschriften beschlagnahmt. Auf dem ganzen Gebiet der Bundesregierung betraf die Auflösung rund 2500 Parteiräume, 35 Druckereien und 50 Kraftfahrzeuge. Die Kommunisten hatten im Vorfeld Gelder und Inhaberschaften für Parteibetriebe in die Schweiz und nach Liechtenstein übertragen. Doch das Innenministerium erklärte Druckereien und Verlage oft zum Privateigentum von Mitgliedern und zog das Vermögen konsequent ein.³⁸⁵

Wie hatte sich die KPD in der Bundesrepublik entwickelt, ehe sie im August 1956 verboten worden war? Die KPD driftete seit Ende der 1940er Jahre immer weiter in die Peripherie der bundesrepublikanischen Gesellschaft ab. Die Ausgrenzung vollzog sich dabei in nahezu allen Bereichen. Ein weit verbreiteter Antikommunismus, der durch die Bundesregierung gefördert wurde, politische Machtkämpfe in der Gewerkschaftsbewegung und das neue Gesinnungsstrafrecht trieben den Prozess voran. Karl Schabrod erlebte dies in besonderem Maße, nachdem sein Landtagsmandat erloschen war und er sich mit einer Sammelklage konfrontiert sah. Vornehmlich bewahrten ihn die kurzen Verjährungsfristen vor einer Verurteilung, mit der er 1955 fest rechnete. Gleichzeitig gab es kaum Möglichkeiten, sich gegen einzelne Maßnahmen zu wehren. Karl Schabrods Klagen gegen Verbote, wie den Einzug der Werbebroschüren zu den Weltjugendfestspielen 1951, wurden oftmals gar nicht erst zugelassen oder blieben ohne letztinstanzliches Urteil.

Gleichzeitig fehlte der kommunistischen Partei das Gespür für ihre eigene Situation in der Bundesrepublik. Mit verbalradikalen Attacken wie der These 37 trieb sie ihre eigene Ausgrenzung zunehmend voran. Ihre Fokussierung auf die Nationale Frage und der vehemente Kampf gegen die Remilitarisierung zogen immer radikalere Formulierungen und Stellungnahmen nach sich. Mitverantwortlich für diese Radikalisierung war der ‚Umbau zur Partei neuen Typus‘, der den inneren Zusammenhalt der Partei massiv gefährdete. Parteisäuberungen hatten den Vorstand getroffen und zunehmend stalinistische Funktionäre in die Parteiführung gehoben. Gleichzeitig zeigte sich die erheblich geschrumpfte Parteibasis immer weniger bereit, an der KPD mitzuwirken. Karl Schabrod befand sich gewissermaßen im Zentrum des inneren Erosionsprozesses. Während seiner eigenen Überprüfung rückte plötzlich ein zwei Jahrzehnte zurückliegender und bekannter Vorfall in den Fokus, den er nach mehrmaliger Stellungnahme ohne größere Schäden überstand. Seine eigenen Äußerungen, sei es nun in schriftlicher Form oder als Redebeiträge, wurden aufs schärfste öffentlich diszipliniert, sobald sie von der Parteilinie abwichen. Dabei untersagte die Parteiführung Karl Schabrod zudem, zu den einzel-

³⁸⁵ von Brünneck, 1978: Politische Justiz gegen, S. 128 – 133.

nen Vorfällen Stellungnahmen abzugeben. Für die Parteibasis zählte Karl Schabrod wiederum zur Parteiführung und bekam die angestaute Wut der Kommunisten in Unterath zu spüren, die sich genötigt sahen, ein Exempel an den Einmischungen des Parteivorstandes zu statuieren.

Die KPD selbst reagierte erst Ende 1954 auf ihre internen Probleme. Der Hamburger Parteitag leitete eine vorsichtige Liberalisierung ein, die Parteisäuberungen untersuchte, die Basis stärkte und verbal entradikalisierte. Die Liberalisierung der Partei war dabei auch durch den Verhandlungsbeginn im Verbotsprozess angestoßen worden. Der Prozess selbst, den die Alliierten als großen Fehler sahen, brachte dabei erhebliche Probleme mit sich. Die enorme Nähe zwischen BVG und vor allem Berichterstatter Stein zur Bundesregierung untergruben auf beängstigende Weise die Unabhängigkeit des Gerichts. Das Urteil selbst, das die Bundesregierung durch eine Gesetzesnovelle nahezu erzwungen hatte, versahen die Verfassungsrichter mit einer gewichtigen Einschränkung. Sie verboten die KPD, ohne aber ein Urteil über den Marxismus zu treffen. Gleichzeitig versäumten sie es, die trennenden Merkmale zwischen KPD-Politik und Marxismus zu definieren.

8. Karl Schabrod und das Verbotsurteil: zwischen Zäsur und Neuanfang 1956 – 1957

Die KPD hatte versucht, sich auf ein Parteiverbot vorzubereiten und Teile ihres Apparats auf die Illegalität eingestellt. In dieser neuen Struktur ersetzten Bezirksgruppen die bisherigen Landesleitungen. Die Führung der Gruppen bestand dabei jeweils aus ortsfremden Dreierkonstellationen, in denen häufig durchgewechselt wurde. Die Einsetzung ortsfremder Funktionäre sollte der Sicherheit dienen, da diese seltener überprüft wurden. Jedoch waren die ortsfremden Funktionäre oft nur unzureichend mit den lokalen Strukturen vertraut und daher kaum arbeitsfähig. Der Parteivorstand, der nun als ZK organisiert war, verlagerte seinen Sitz nach Ostberlin. Max Reimann blieb weiterhin Parteivorsitzender. Trotz dieser Maßnahmen hatte die illegale Partei einen außerordentlichen Mitgliederverlust zu beklagen. Von den 78.000 Mitgliedern zum Zeitpunkt des Verbotes waren vier Jahre später schätzungsweise nur noch 7.000 bis maximal 12.000 aktiv in der illegalen Partei organisiert. In vielen und vor allem ländlichen Gebieten brach die Struktur dagegen völlig zusammen. Das KPD-Verbot wirkte sich wie ein Katalysator auf den ohnehin schon bestehenden Mitgliederrückgang und die rasch fortschreitende Überalterung der Partei aus.³⁸⁶ Die illegale KPD blieb eine Heimat für die Geburtsjahrgänge 1900 bis 1920. Bis 1960 warb sie gerade einmal 220 neue Mitglieder an, was nicht einmal die Sterberate innerhalb der Partei aufwog.³⁸⁷

Ein breites Netzwerk an Organisationen und Vereinen fing einen Teil der Parteiarbeit auf. So übernahmen die VVN, in deren Führungspositionen sich zahlreiche ehemalige KPD-Funktionäre befanden, wichtige Funktionen der Partei.³⁸⁸ Auch bemühten sich die Kommunisten, ihren Presseapparat aufrecht zu erhalten. Anfangs erschien wöchentlich das ‚Freie Volk‘ als zentrale Zeitung, die später immerhin monatlich produziert wurde. Als regelmäßige theoretische Publikationen erschienen in den ersten Verbotsjahren ‚Wissen und Tat‘ sowie das ‚Bulletin. Informationen aus Politik, Wirtschaft und der Arbeiterbewegung‘. Ergänzend dazu brachten die Kommunisten illegale Bezirkszeitungen unter dem Titel alter KPD-Regionalzeitungen heraus. Die schwierigen Produktionsbedingungen in der Illegalität gingen oft mit größeren zeitlichen Verzögerungen einher und machten den Vertrieb der Druckerzeugnisse kaum planbar.³⁸⁹

Nach 1956 rückte auch das bisherige politische Hauptziel der Wiedervereinigung in den Hintergrund. Die Anerkennung der DDR und der bestehenden Grenzen sowie die Unvereinbarkeit mit der aggressiven NATO-Politik bestimmten fortan die Politik der illegalen KPD. So wurde der Bau der Berliner Mauer unter anderem als Schutzprojekt gegen die gezielte Aushöhlung des Gesundheitswesens durch die „Abwerbung von

³⁸⁶ Kössler, 2005: Abschied von der, S. 382 – 385.

³⁸⁷ Judick, 1989: KPD 1945 – 1968 Dokumente, S. 83 – 85, 101.

³⁸⁸ Kössler, 2005, Abschied von der, S. 384.

³⁸⁹ Judick, 1989: KPD 1945 – 1968 Dokumente, S. 83 – 84.

Ärzten und Krankenschwestern“ verteidigt, die allein dazu diene, die DDR in eine Krise zu stürzen.³⁹⁰ Die Protest- und Friedensbewegung der 1950er und 1960er ermöglichte es, Teile dieser Politik in die Öffentlichkeit zu tragen. Im Protest gegen die europäische Verteidigungsgemeinschaft hatten sich die Kommunisten bereits in die Friedensbewegung integriert, die im Kampf für Abrüstung und in den Ostermärschen fortgeführt wurde.³⁹¹

Doch was bedeutete das Verbotsurteil für Karl Schabrod, der seit 1924 Parteimitglied war, der seine Karriere als Verleger, Funktionär, Kommunal- und Landespolitiker in den Dienste der KPD gestellt hatte? Die Entscheidung der Verfassungsrichter rückte weite Teile von Karl Schabrods privatem und beruflichen Leben sowie seinen Überzeugungen in die Illegalität. Im August 1956 stand Karl Schabrod vor der schweren Entscheidung, wie er mit der neuen Lebenswirklichkeit umgehen sollte.

Rechtlich musste sich Karl Schabrod zum Jahresende mit dem KPD-Verbot auseinandersetzen, da er einen Einziehungsbescheid vom Innenministerium erhalten hatte. In diesem forderte das Ministerium die Auflösung der ‚Freier Verlag‘ GmbH und den Einzug des Firmenvermögens.³⁹² Karl Schabrod zählte neben den Funktionären Albert Hasenau, Erich Loch, Walter Vesper und Hugo Paul zu den Anteilseignern des Parteiverlags, der unter anderem die Zeitungen ‚die Freiheit‘ und das ‚Freie Volk‘ herausgegeben hatte. Karl Schabrod entschied sich, gegen den Vermögenseinzug vorzugehen. Er legte im Januar 1957 Widerspruch ein. Der Verlag sei bereits am 14. Dezember 1945 gegründet worden, die KPD war allerdings erst am 08. Januar 1946 wieder zugelassen worden, argumentierte er. Daher stamme das Verlagsvermögen nicht von der Partei, sondern von den Anteilseignern selbst. Das Innenministerium hielt dem entgegen, dass die KPD bereits im Juni 1945 in Berlin wieder zugelassen worden sei. Die Verlagsgründung hätte der Vorbereitung einer Parteizeitung gedient und alle Verlagsgründer seien KPD-Funktionäre gewesen. Auch Schabrods zweite Begründung, dass sich der Vermögenseinzug allein auf die Partei und ihre Unterorganisationen beziehe und der Verlag niemals das Parteienprivileg in Anspruch genommen habe, scheiterte. Das Innenministerium stuft den Verlag klar als „Wirtschaftsnebenbetrieb“ der KPD ein. Zuletzt brachte Karl Schabrod noch vor, dass ein Vermögenseinzug gegen das Grundrecht auf Unverletzbarkeit des Eigentums verstoße. Hier verwies das Innenministerium auf die Finanzierung des Verlags, der regelmäßig Parteidarlehen erhalten habe, die weit über das Stammkapital des Unternehmens hinausgingen. Das Innenministerium informierte Schabrod darüber, dass ihm dennoch der Rechtsweg offen stünde, er müsste nur bis zum 25. November 1957 Klage beim Landesverwaltungsgericht in Köln anmelden.³⁹³ Zwar

³⁹⁰ Judick, 1989: KPD 1945 – 1968 Dokumente, S. 86 – 88, 97.

³⁹¹ Fülberth, 1990: KPD und DKP, S. 92.

³⁹² Der Beauftragte des Bundesministers des Innern für die Einziehung des KPD-Vermögens Weckerle, 20.12.1956: Einziehungsbescheid Bonn, in: NKS NY-4242, Ordner 29.

³⁹³ Der Beauftragte des Bundesministers des Innern für die Einziehung des KPD-Vermögens Weckerle, 20.02.1957: Einziehungsbescheid Bonn, in: NKS NY-4242, Ordner 29.

reichte Karl Schabrod Klage ein, zog sie allerdings am Stichtag des 25. November schriftlich wieder zurück und gab das Vermögen frei.³⁹⁴

Neben großen Veränderungen, die das Verbot mitbrachte, zeigte sich Karl Schabrod immer wieder erbost und traurig zugleich, wie wenig Aufschrei das Urteil außerhalb kommunistischer Kreise auslöste. Öffentliche Kundgebungen und Proteste gegen das Urteil gab es so gut wie keine, abgesehen von einer Kleindemonstration in München mit 300 Teilnehmern.³⁹⁵ Am 21. August 1956 schrieb Schabrod an den Bundesvorstand des DGB. Er empörte sich darüber, dass der DGB in einer öffentlichen Erklärung hatte verlauten lassen, die KPD habe ihr Verbot „bewusst provoziert“ und nichts getan, um die Lage der Arbeiterschaft zu verbessern. Schabrod listete daraufhin zahlreiche Gesetzesvorschläge seiner Landtagsfraktion auf, die für bessere Arbeitsverhältnisse sorgen sollten.³⁹⁶

Wie sehr ihn die mangelnde Würdigung seiner Partei verletzte, zeigte Schabrods Reaktion auf den Mandatsentzug in der Düsseldorfer Stadtverordnetenversammlung. Am 25. August informierte ihn Oberstadtdirektor Hensel in einem förmlichen Schreiben darüber, dass Schabrods Mandat in der Stadtverordnetenversammlung nicht mehr mit dem „öffentlichen Interesse vereinbar sei.“³⁹⁷ Dieses Gefühl der Zurückweisung reichte so weit, dass Karl Schabrod drei Tage später an Oberbürgermeister Josef Gockeln schrieb und die „schroffe“ Art der Mitteilung beklagte, durch die er sich „persönlich verletzt fühle“. Er forderte den Oberbürgermeister auf, sich den Briefwechsel vorlegen zu lassen und selbst zu beurteilen, „ob die Ratsmitglieder, die der KPD bislang angehört haben, für ihre langjährige Tätigkeit diesen Abschied verdient haben.“³⁹⁸ Schabrod beließ es nicht bei dem Beschwerdeschreiben. Ermutigt vom Genossen Heinrich Schmitz, der gegen seinen Rausschmiss aus der Stadtverordnetenversammlung Duisburg rechtliche Beschwerde eingelegt hatte, setzte sich auch Karl Schabrod juristisch zur Wehr. Er beschrieb den Mandatsentzug als Beschränkung seiner persönlichen Freiheit. Oberstadtdirektor Hensel teilte Schabrod mit, dass er dies nicht für zulässig halte. Hensel beschrieb die Entfernung der Stadtverordneten als reinen Verwaltungsakt, da diese ihre Mandate als Vertreter einer verbotenen Partei erworben hatten. Daher könne keine Rede von einer Beschränkung der persönlichen Freiheit sein.³⁹⁹

³⁹⁴ Karl Schabrod an das Landesverwaltungsgericht, Düsseldorf 02.12.1957, in: NKS NY-4242, Ordner 29.

³⁹⁵ Fülberth, 1990: KPD und DKP, S. 91.

³⁹⁶ Karl Schabrod an den Bundesvorstand des DGB, 21.08.1956, in: NKS, Ordner 1969.

³⁹⁷ Oberstadtdirektor Dr. Hensel an Karl Schabrod, 25.08.1956, in: NKS, Ordner Prozessakten, Mappen 1956 – 1962.

³⁹⁸ Karl Schabrod an Oberbürgermeister Gockeln, 28.08.1956, in: NKS, Ordner Prozessakten, Mappen 1956 – 1962.

³⁹⁹ Heinrich Schmitz an das Landesverwaltungsgericht Düsseldorf, 31.08.1956, in: NKS, Ordner 1953 – 1956; Oberstadtdirektor Dr. Hensel an Karl Schabrod, 29.09.1956, in: NKS, Ordner 1953 – 1956.

Anders als beim Verbot der SRP hatte das Bundesverfassungsgericht auf einen ausdrücklichen Mandatsentzug für Kommunisten verzichtet. Die Richter legten diese Entscheidung in die Hände der Landesregierungen. In Rheinland-Pfalz, Niedersachsen und Hessen blieben die Kommunisten unverändert bis zu den Wahlen im Oktober im Amt. In den übrigen Ländern behielten sie ihre Mandate als parteilose Abgeordnete. Die einzige Ausnahme bildete Nordrhein-Westfalen, das mit seinem Kommunalwahlgesetz von 1954 klare Regelungen geschaffen hatte, wonach Mandate von verbotenen Parteien aufgelöst wurden. Schabrods rechtliche Schritte blieben daher erfolglos.⁴⁰⁰

Der Rausschmiss aus der Stadtverordnetenversammlung bedeutete allerdings nur eine kurze Auszeit von der Kommunalpolitik. Bereits drei Monate nach dem Verbotsurteil fanden die ersten Kommunalwahlen in fünf Bundesländern statt, darunter auch Nordrhein-Westfalen. Wahlausschüsse, Polizei und Justiz sahen sich damit konfrontiert, dass ehemalige KPD-Funktionäre nun als parteilose Einzelkandidaten auftraten, sich parteilosen Wahlgemeinschaften anschlossen oder selber Wahlgemeinschaften gründeten. Die Länder kamen zu keiner einheitlichen Regelung, wie mit diesen Kandidaturen umzugehen sei.⁴⁰¹

Auch Karl Schabrod nahm am Kommunalwahlkampf als parteiloser Kandidat teil. Dieser erste Wahlkampf in den politischen Nachwehen des Verbotsurteils stellte ihn vor zahlreiche Herausforderungen: Er besaß keinen offiziellen Parteiapparat mehr, der seine Wahlkampagne stützte. Im Prozess wegen „Vorbereitung eines bestimmten hochverräterischen Unternehmens“ von 1955 gab es noch kein Urteil (siehe Kap. 7.1). Schabrod hatte daher zu befürchten, dass das Parteiverbot seine Verurteilung noch wahrscheinlicher machte. Ebenso durfte er nicht einfach das Parteiprogramm der KPD weiterführen. Zuletzt blieb die Frage, wie Wahlausschuss, Polizei, Justiz, Politik und Presse auf sein Vorgehen reagieren würden.⁴⁰²

Widerstand gegen seine Kandidatur erlebte Schabrod vor allem aus zwei Lagern. Die NRZ (Neue Ruhr Zeitung), die Düsseldorfer Nachrichten und die RP (Rheinische Post) weigerten sich, Schabrods Inserate abzdrukken, in denen er seine Kandidatur ankündigte und zu einer Wahlkampfveranstaltung einlud.⁴⁰³

Neben der lokalen Presse zeigte sich auch Düsseldorfs Polizeipräsident Herbert Klein nicht mit Schabrods Kandidatur einverstanden und verbot Schabrods Wahlkampfveranstaltung im Derendorfer Faß. Polizeipräsident Klein argumentierte, dass Karl Schabrod als hochrangiger KPD-Funktionär womöglich KPD-Positionen in der „Freie(n)

⁴⁰⁰ Klocksin, 1993: Kommunisten im Parlament, S. 310.

⁴⁰¹ Fülberth, 1990: KPD und DKP, S. 93 – 94.

⁴⁰² 2. Strafsenat des Oberlandesgerichts Düsseldorf, Beschluss OJs 36/53, 08.10.1957, in: NKS, Ordner Juristisches und Karl Schabrod.

⁴⁰³ Düsseldorfer Nachrichten an Karl Schabrod, 11.10.1956, in: NKS, Ordner Prozessakten, Mappen 1956 – 1962; Neue Rhein Zeitung an Karl Schabrod, 10.10.1956, in: NKS, Ordner Prozessakten, Mappen 1956 – 1962; Rheinische Post an Karl Schabrod, 11.10.1956, in: NKS, Ordner Prozessakten, Mappen 1956 – 1962.

Wählerschaft“ vertrete.⁴⁰⁴ Schabrod legte augenblicklich Beschwerde gegen das Verbot ein. Bezüglich seines passiven Wahlrechts verwies er auf Äußerungen von Innenminister Schröder, der öffentlich erklärt hatte, dass lediglich eine Partei verboten worden sei, jedoch keine persönlichen Grundrechte. Ebenso zitierte er das Schreiben des Oberstadtdirektors Hensel, wonach Schabrods Entfernung aus der bisherigen Stadtverordnetenversammlung ein ausschließlicher Verwaltungsakt gegen die KPD gewesen sei. Außerdem dürfe der Polizeipräsident ein Verbot nicht mit zeitlichem Abstand begründen, um das passive Wahlrecht einfach abzuerkennen. Inhaltlich betonte Schabrod, dass er keine Vereinigung Namens „Freie Wählerschaft“ kenne und auch nicht vorhabe, ihr beizutreten. Sein Programm orientiere sich grundsätzlich an „sozialdemokratischen Forderungen“ und ein Versammlungsverbot knapp drei Wochen vor Wahltermin sei eine Katastrophe für seine Kandidatur.⁴⁰⁵ Vier Tage nach dem eigentlichen Veranstaltungstermin antwortete der Polizeipräsident auf Schabrods Beschwerde und hielt an seinem Verbot fest. Diesmal ließ er jede politische Begründung für seine Entscheidung aus und erklärte, dass Schabrods Kandidatur noch nicht vom Landeswahlausschuss bestätigt worden sei und er daher keine Wahlkampfveranstaltung geben dürfe.⁴⁰⁶ Drei weitere Tage später zog Klein seine Verfügung zurück, da der Landeswahlausschuss Schabrods Kandidatur genehmigt hatte.⁴⁰⁷

Nachdem Karl Schabrod diese Hürde genommen hatte, fand sein Wahlkampf weitestgehend ungehindert und unter Verweigerung der lokalen Presse statt. Schabrod lud zu Rednerveranstaltungen in Gaststätten ein. Er betonte seine Erfahrungen als Stadtverordneter und setzte Friedenspolitik und Sozialpolitik als seine Hauptthemen. So forderte er mehr Geld für den Wohnungs- und Schulbau und gleichzeitig jegliche Einstellung des Baus von Luftschutzräumen und Kasernen. Auch versprach er mehr Sozialhilfen für Alte, Kranke und Rentner. Schabrod errang kein Mandat für die Düsseldorfer Stadtverordnetenversammlung.⁴⁰⁸

Mit dem Verbotsurteil endete auch Schabrods beruflicher Werdegang, der sich fast 30 Jahre innerhalb der Partei vollzogen hatte. Zunächst kehrte er in seinen alten Lehrberuf zurück und war ab dem 01. September als Bauschreiner für die Firma Hammermann tätig.⁴⁰⁹ Im Mai 1957 wechselte er zum „Zentralrat zum Schutze demokratischer Rechte

⁴⁰⁴ Polizeipräsident Klein an Karl Schabrod, 11.10.1956, in: NKS, Ordner Prozessakten, Mappen 1956 – 1962.

⁴⁰⁵ Karl Schabrod an Polizeipräsidenten Klein, 12.10.1956, in: NKS, Ordner Prozessakten, Mappen 1956 – 1962.

⁴⁰⁶ Polizeipräsident Klein an Karl Schabrod, 16.10.1956, in: NKS, Ordner Prozessakten, Mappen 1956 – 1962

⁴⁰⁷ Polizeipräsident Klein an Karl Schabrod, betrifft: Versammlung in der Gaststätte „Derendorfer Faß“, 12.10.1956, 19.10.1956, in: NKS, Ordner 1953 – 1956.

⁴⁰⁸ Karl Schabrod, Einladung in den Neurather Hof, 19.10.1956 in: Stadtarchiv Düsseldorf, 4-23-0-10.0000.

⁴⁰⁹ Karl Schabrod, undatiert: Handschriftliche Notiz, in: NKS, Ordner Prozessakten, Mappen 1956 – 1962.

und zur Verteidigung deutscher Patrioten'. Hier befasste er sich mit der Verbesserung der Lage von politischen Gefangenen und versuchte Amnestien zu erreichen.⁴¹⁰ Der Zentralrat selbst stand der KPD nahe und organisierte vornehmlich Rechtshilfe für Kommunisten in der Bundesrepublik. Zusammen mit der ADJ (Arbeitsgemeinschaft deutscher Juristen), die der KPD ebenfalls nahe stand, gaben beide Vereinigungen seit 1952 die Zeitschrift ‚die Justiz‘ heraus, die vor allem die Kommunistenverfolgung in der Bundesrepublik aus kommunistischer Sicht darstellte. Im Dezember 1955 hatte der Zentralrat einen Initiativausschuss zur Amnestie von Kommunisten gegründet.⁴¹¹ Aus Sicht der Bundes- und auch der Landesregierungen erfüllte der Zentralrat die Kriterien einer KPD-Tarnorganisation.⁴¹² Ab November 1957 kam es zu Hausdurchsuchungen und Beschlagnahmungen bei den Mitgliedern, so auch bei Familie Schabrod im Februar 1958.⁴¹³ Mitte Mai 1958 verbot der Bundesgerichtshof den Zentralrat, da sich seine Tätigkeit „zersetzend“ auf das Justizsystem auswirke.⁴¹⁴ Das Verbot des Zentralrates war kein Einzelfall. Zwischen April 1957 und März 1959 ergingen allein in Nordrhein-Westfalen neun Verbote gegen Organisationen, die der KPD nahe standen.⁴¹⁵

Wie hatte sich das Verbotsurteil auf die Kommunistische Partei ausgewirkt? Der KPD war es bis zu einem gewissen Maße gelungen, sich auf das Verbot und ihre eigene Illegalität vorzubereiten. Über ihr nahestehende Organisationen, einen beständig publizierenden Presseapparat sowie die aktive Friedensbewegung der Bundesrepublik verbreitete sie ihre politischen Botschaften. Jedoch hielt dies den eigentlichen Zerfall des illegalen Parteiapparates nicht auf. Eine rasant schrumpfende Mitgliederzahl, die voranschreitende Überalterung und arbeitsunfähige Bezirksleitungen verwandelten die illegale KPD in eine Kleinstorganisation.

In Karl Schabrod löste das Verbot tiefe Bestürzung aus, obwohl er im Vorfeld fest damit gerechnet hatte. Besonders traf ihn, dass die Öffentlichkeit keinerlei Anteil nahm und selbst der DGB keine positiven Worte für die Kommunistische Partei fand. Als Oberstadtdirektor Hensel den Entzug seines Mandates als formlosen Verwaltungsakt umsetzte, wuchs Schabrods Bereitschaft, sich zur Wehr zu setzen. Damit machte er deutlich, dass er nicht bereit war, sich mit der neu geschaffenen Realität nach dem Verbotsurteil abzufinden. Daher verwundert es auch nicht, dass er bereits im Herbst wieder zur Kommunalwahl antrat. Der Erfolg der Kandidatur lag weniger im Wahlergebnis selbst, als in der eigentlichen Teilnahme. Während die lokale Presse Schabrods Wahlinserte boykottierte und Düsseldorfs Polizeipräsident Klein aktiv versuchte, Schabrods

⁴¹⁰ Karl Schabrod an Dr. Menzel, 19.09.1957, in: NKS, Ordner 1957, 1958.

⁴¹¹ von Brünneck, 1978, Politische Justiz gegen, S. 147, 311.

⁴¹² Der Spiegel, 10.04.1957: Wehner-Affäre, Vergleiche mit Wyschinski

⁴¹³ Zentralrat zum Schutz der demokratischen Rechte, 28.11.1957: Informationen: Bundesanwaltschaft beschlagnahmte selbst zusammengestellte Anklageschrift, in: NKS, Ordner 1957, 1958; Kriminalpolizei Düsseldorf, 04.02.1958: Mitteilung, in: NKS, Ordner 1957, 1958.

⁴¹⁴ von Brünneck, 1978: Politische Justiz gegen, S. 147.

⁴¹⁵ Kössler, 2005: Abschied von der, S. 367.

Wahlkampf zu unterbinden, genehmigte der Wahlausschuss seine Kandidatur. Karl Schabrod behauptete sein passives Wahlrecht und demonstrierte, dass er sich nicht aus der Politik zurückziehen wollte.

9. Von Rundbriefen zur Zeitung ‚die freie Meinung‘: Karl Schabrod als Verleger 1956 – 1960

Karl Schabrod hatte während des Kommunalwahlkampfes 1956 erlebt, dass sich alle lokalen Zeitungen weigerten, seine Inserate zum Wahlkampf abzudrucken. Ohne die Ressourcen einer zugelassenen Partei und die Unterstützung der Presse stand er vor einem zentralen Problem. Daher gestaltete er eine kurze Broschüre, die er als ‚unabhängige Wähler-Zeitung‘ betitelte. Neben einer Erläuterung zum Boykott seiner Inserate stellte ein fiktiver oder tatsächlicher Briefwechsel mit einem anonymen SPD-Politiker den Hauptteil der Broschüre dar. Nach der Wahl hatte die ‚unabhängige Wähler-Zeitung‘ ausgedient, doch das Konzept dahinter behielt Schabrod bei.⁴¹⁶

Im Jahr 1957 gab er politische Rundbriefe heraus, die hauptsächlich das kommunistische Milieu ansprachen. Die Briefe besaßen kein Layout im Sinne einer Zeitung oder Broschüre. Es handelte sich um reine Schreibmaschinentexte, die auf eine Doppelseite passten. In diesen nahm Schabrod zu politischen Themen aller Art Stellung. Schabrod kritisierte darin die SPD wegen ihrer Haltung zur NATO, zum KPD-Verbot, der Nationalen Frage und der Verstaatlichung der Grundstoffindustrie. „Die schwankende Haltung der SPD-Führung in diesen Fragen fordert nach wie vor unsere Kritik heraus und führte auch zu der Überlegung einer Kandidatur als Parteiloser“, schrieb er im Rundbrief. Dennoch sei seine Kandidatur bei der kommenden Bundestagswahl „unzweckmäßig und falsch“, denn dies schwäche bloß die SPD. Daher werde er selbst trotz aller Bedenken die SPD wählen.⁴¹⁷ Schabrods Wahlauftritt reihte sich voll und ganz in die Kampagne der illegalen KPD ein, die sich in ihren Presseerzeugnissen geschlossen für die SPD aussprach.⁴¹⁸

Die Auseinandersetzung um die Stimmabgabe für die SPD verdeutlicht, wie sehr Karl Schabrod im Verlauf des Jahres 1957 in die Parteilinie einscherte und als Sprachrohr der illegalen KPD fungierte. In seiner ‚unabhängigen Wähler-Zeitung‘ vom Herbst 1956 hatte er dieselbe Argumentation als Anlass für seine Kandidatur benutzt. In dem dort zitierten Briefwechsel erhob ein anonymes SPD-Politiker den Vorwurf, dass Schabrods Kandidatur bloß dazu führe, der SPD benötigte Stimmen wegzunehmen ohne die Aussicht auf einen eigenen Sieg und somit schlussendlich die CDU stärke. Da sich die SPD allerdings in zentralen Fragen der Wiederbewaffnung, Wiedervereinigung und atomaren Aufrüstung immer wieder in ein „Jein“ flüchte, sei sie keine wirkliche Alternative zur CDU, hielt Schabrod dem entgegen. Dies veranlasse ihn zu seiner Kandidatur.⁴¹⁹

⁴¹⁶ Karl Schabrod, 1956: Unabhängige Wähler-Zeitung, in: NKS, Ordner 1957, 1958.

⁴¹⁷ Karl Schabrod, 30.07.1957: Rundbrief, in: NKS, Ordner 1957, 1958.

⁴¹⁸ Klocksin, 1993: Kommunisten im Parlament, S. 423.

⁴¹⁹ Karl Schabrod, 1956: Unabhängige Wähler-Zeitung, in: NKS, Ordner 1957, 1958.

Doch Karl Schabrod nutzte die Rundbriefe nicht nur, um politische Standpunkte der illegalen KPD wiederzugeben, sondern auch, um über seine Versuche von politischer Einflussnahme zu berichten. An den Rundbrief vom 27. November 1957 hängte er die Kopien eines Schreibens an Fritz Steinhoff, den Ministerpräsidenten Nordrhein-Westfalens, an. Schabrod und Steinhoff kannten sich noch persönlich aus dem Landtag. Karl Schabrod nutzte den 60. Geburtstag des Ministerpräsidenten als Anlass für seinen Brief. Nach kurzen Geburtstagswünschen verwies Schabrod auf das letzte persönliche Gespräch und kritisierte ausführlich die Haltung der Landes-SPD in der Frage der atomaren Abrüstung. Schabrod betonte die internationale und von weiten Teilen der SPD mitgetragene Kampagne ‚Europa als atomfreie Zone‘. Schabrod trat hier gewissermaßen als Lobbyist auf, der seine persönlichen Kontakte nutzte, um politische Standpunkte direkt mit verantwortlichen Politikern zu diskutieren. Im Anschluss nutzte er das Schreiben, um seine Leserschaft über das Bestehen dieser politischen Einflussnahme zu informieren. Schabrod beließ es nicht dabei und forderte seine Leser auf, ihm Antworten und Reaktionen zu dem Brief an Steinhoff zu schreiben.⁴²⁰

Generell legte Karl Schabrod großen Wert darauf, schriftliche Rückmeldung zu seinen Rundbriefen zu erhalten. Auch die Entscheidung für eine unabhängige Kandidatur oder Zweitstimme für die SPD bei der Bundestagswahl 1957 hatte er zur schriftlichen Diskussion und Abstimmung gestellt. Schabrods Rundbriefe gingen damit weit über die bloße Informationsweitergabe hinaus. Die beständige Einbettung in seine politischen Aktivitäten und die Bitte um Rückmeldungen ersetzte in bescheidenem Rahmen innerparteiliche Debatten, die nach dem Verbotsurteil so nicht mehr möglich waren.⁴²¹

Ab dem Frühjahr 1958 veränderte sich die Struktur der Rundbriefe grundlegend. Die Zweitstimmenkampagne für die SPD war gescheitert und die CDU hatte die absolute Mehrheit bei der Bundestagswahl erlangt. Anfang April 1958 versendete Karl Schabrod seinen letzten Rundbrief, in dem er die SPD massiv angriff und sein Werben für die Zweitstimme bedauerte. Er stellte die Frage, ob er nicht bei der Landtagswahl im Herbst lieber selbst kandidieren solle, um eine CDU-Landesregierung zu verhindern.⁴²²

Dabei hatte Karl Schabrod zu diesem Zeitpunkt seine Kandidatur längst beschlossen und damit begonnen, seine Rundbriefe weiter zu professionalisieren. Ende Februar 1958 hatte er den Carolus Verlag angemeldet, der fortan alle zwei Wochen eine eigene politische Zeitung herausgab. ‚Die freie Meinung‘ erschien immer am 01. und am 15. des Monats, besaß ein einfaches aber zweckdienliches Layout und hatte einen variierenden Umfang von 8 – 16 Seiten.⁴²³ Die Gründung seiner Zeitung erregte rasch das Interesse

⁴²⁰ Karl Schabrod an den Ministerpräsidenten Steinhoff, Düsseldorf 23.11.1957, in: NKS, Ordner 1957, 1958; Karl Schabrod, 27.11.1957: Rundbrief, in: NKS, Ordner 1957, 1958.

⁴²¹ Karl Schabrod, 30.07.1957: Rundbrief, in: NKS, Ordner 1957, 1958.

⁴²² Karl Schabrod, 04.04.1958: Rundbrief, in: NKS, Ordner 1957, 1958.

⁴²³ Landeshauptstadt Düsseldorf, 20.02.1958: Bescheinigung über Anmeldung eines Gewerbebetriebs, in: NKS, Ordner 1957, 1958; Karl Schabrod, 01.03.1958: Carolus – Verlag, Rundschreiben, in: NKS, Ordner 1957, 1958.

des Düsseldorfer Polizeipräsidenten Herbert Klein, der Karl Schabrod Mitte April 1958 wegen angeblicher Formfehler im Impressum vernehmen ließ.⁴²⁴

„Die freie Meinung“ kam insgesamt auf annähernd 60 Ausgaben. Die Zeitung besaß abseits ihrer kommunistischen Grundhaltung keine klare inhaltliche Ausrichtung. Lokale Berichte zum Bergbau, zu Gewerkschaften an sich, aber auch zur Wiedervereinigung, der SPD, dem deutschen Antikommunismus, Kritik an der USA oder der Lage in der DDR fanden nebeneinander ihren Platz. In der Summe waren die Themen Gewerkschaftspolitik, DDR, Kritik an der Bundesrepublik und der Kampf für die atomare Abrüstung am häufigsten vertreten. Dabei behielt Karl Schabrod die Ansichten der illegalen KPD bei, indem er beispielsweise über die Errungenschaften und Vorzüge der DDR schrieb. Ganz im Sinne der illegalen KPD stand nicht mehr die Wiedervereinigung im Fokus der Politik, sondern die Anerkennung des Status quo und somit die Legitimierung der DDR. Dies zeigt sich auch in der schieren Anzahl der Artikel zu beiden Themenkomplexen. Zur DDR veröffentlichte Karl Schabrod rund 124 Berichte, zur Wiedervereinigung gerade einmal 18.⁴²⁵

Da Karl Schabrod die Zeitung durchaus mitgegründet hatte, um über seinen Wahlkampf zu berichten, schrieb er auch 20 Artikel über sich selbst, seinen Wahlkampf und seine juristischen Auseinandersetzungen. Langfristige Verschiebungen ergaben sich bei den Themen atomare Abrüstung, Antikommunismus in der Bundesrepublik und das Wiedererstarken des Nationalsozialismus. Bis Herbst 1958 war der Protest gegen die atomare Wiederbewaffnung das meistbeschriebene Thema der Zeitung, mit über 40 Artikeln. Im selben Zeitraum widmete Karl Schabrod dem westdeutschen Antikommunismus und dem Wiedererstarken des Nationalsozialismus bloß vier Artikel. Doch ab September 1958 verschob sich das Verhältnis. Zur atomaren Abrüstung veröffentlichte Schabrod in den nächsten Monaten nur noch halb so viele Artikel und die Häufigkeit der Themen Antikommunismus und Neonationalsozialismus verzehnfachten sich.⁴²⁶

„Die freie Meinung“ konnte anfangs ungehindert erscheinen. Erst 1959 zeichnete sich ab, dass die Zeitung im Fokus der Behörden stand. Karl Schabrod war inzwischen wegen seiner Kandidatur zur Landtagswahl angeklagt worden (siehe Kap. 10) und die Staatsanwaltschaft zitierte immer wieder aus der „freien Meinung“, um Karl Schabrod zu belasten. Am 08. Juli 1960 folgte der erste behördliche Schritt gegen die kommunistische Zeitung. Das Innenministerium Nordrhein-Westfalens ordnete im Rahmen der Aktion „Schwalbe“ 26 Hausdurchsuchungen an, um die Unterlagen von drei kommunistischen

⁴²⁴ Karl Schabrod an den Polizeipräsidenten der Stadt Düsseldorf, 16.04.1958, in: NKS, Ordner 1957, 1958.

⁴²⁵ die freie Meinung, Ausgaben v. 01.03.1958 – 23.07.1960.

⁴²⁶ die freie Meinung, Ausgaben v. 01.03.1958 – 23.07.1960. Zur thematischen Gewichtung wurden alle Ausgaben der Zeitung gelesen und die Artikel entsprechend in Themenkategorien einkategorisiert. Sortiert von häufig nach selten sind folgende Themen vertreten: Gewerkschaften, DDR, ohne übergeordnetes Thema, Kritik an CDU und Adenauer, atomare Abrüstung, Kritik an der BRD, Antikommunismus in der BRD, Kritik an der Bundeswehr, Neonationalsozialismus, Schabrod und sein Prozess, Bergbau, Kritik an der SPD, Wiedervereinigung, Kritik an den USA.

tischen Zeitungen zu beschlagnahmen.⁴²⁷ Allein im Mehrparteienhaus der Familie Schabrod auf der Gottfried-Keller-Straße wurden von 8 Uhr morgens bis zur Mittagszeit drei Wohnungen und die Garage nach Zeitungsmaterial durchsucht und die gesamte Auflage der nächsten Zeitungsausgabe beschlagnahmt. Schabrod selbst wurde von den anwesenden Polizeibeamten mündlich darüber aufgeklärt, dass die Durchsuchung im Rahmen des Verbots seiner Zeitung stattfände.⁴²⁸

Die lokale Presse folgte in ihrer Berichterstattung vornehmlich den Berichten des Innenministeriums und stellte die Aktion ‚Schwalbe‘ als Zerschlagung des illegalen Parteipresseapparates der KPD dar. Karl Schabrod ließ diese Darstellung nicht auf sich beruhen und schrieb die örtlichen Zeitungen an. Hier klärte er darüber auf, dass ‚die freie Meinung‘ keine illegale Parteizeitung sei und er daher eine Richtigstellung fordere. Sollte dies nicht binnen einer Woche geschehen, drohte Schabrod mit juristischen Konsequenzen.⁴²⁹

Jens Feddersen von der ‚Neuen Ruhrzeitung‘ berief sich ohne große Erklärung auf das Pressegesetz und verweigerte sich jeder Richtigstellung.⁴³⁰ Bernd Conrad von der ‚Welt‘ ging etwas ausführlicher auf Schabrods Beschwerdebrief ein. Er verwies klar auf die Verlautbarungen aus dem Innenministerium, die von der ‚Welt‘ inhaltlich gleichlautend wiedergegeben worden waren. Doch Conrad fügte seiner Begründung noch eine persönliche Note hinzu. So schrieb er, dass in größerem Umfang Material bei Schabrods beschlagnahmt wurde, das „eindeutig kommunistisch und damit illegal“ sei. Besonders dieser Satz umriss Schabrods wesentliches Problem, das seine politische Bewegungsfreiheit einschränkte. Das Bundesverfassungsgericht hatte die Politik der KPD für illegal erklärt, aber nicht den Kommunismus an sich (siehe Kap. 7.3). Worin sich beide konkret unterschieden, hatte das Gericht nicht festgelegt. Wie viel oder welcher Kommunismus jetzt erlaubt war, rückte damit in den Ermessensspielraum der jeweiligen lokalen Strafverfolgung. Für Herrn Conrad war die Definition hingegen relativ klar. Er betonte, dass er sich noch gut an Karl Schabrod als Landtagspolitiker der KPD erinnere und er niemanden überzeugen könnte, er sei „von einem Saulus zu einem Paulus geworden.“ Für Conrad spielte der eigentliche Inhalt der verbotenen Zeitung keine nennenswerte Rolle, sondern das Themenfeld Kommunismus und die Beteiligung eines ehemaligen KPD-Funktionärs machten ‚die freie Meinung‘ für ihn illegal.⁴³¹

⁴²⁷ Innenministerium, 13.07.1960: Pressenotiz: Ergebnisse der Aktion „Schwalbe“ am 08. Juli 1960 – Beschlagnahme von sechs kommunistischen Zeitschriften in NRW, in: Archiv Landtag NRW, LTNRW118 Nr. A0208/0658.

⁴²⁸ Polizeibericht über die Vorgänge bei der Hausdurchsuchung am Freitag, 08.07.1960, Gottfried-Kellerstr. 29, Düsseldorf, in: NKS, Ordner 1960.

⁴²⁹ Karl Schabrod an die Redaktion Die Welt, 12.07.1960, in: NKS, Ordner 1960; Karl Schabrod an die Redaktion Düsseldorf Nachrichten, 12.07.1960, in: NKS, Ordner 1960; Karl Schabrod an die Redaktion Neue Rheinzeitung, 12.07.1960, in: NKS, Ordner 1960; Karl Schabrod an die Redaktion Spätausgabe des Mittags, 12.07.1960, in: NKS, Ordner 1960.

⁴³⁰ Jens Feddersen an Karl Schabrod, 14.07.1960, in: NKS, Ordner 1960.

⁴³¹ Bernd Conrad an Schabrod Karl 20.07.1960, in: NKS, Ordner 1960.

Dabei bedeutete die Aktion ‚Schwalbe‘ gar nicht das sofortige Ende der ‚freien Meinung‘. Mitte Juli traf sich Schabrod mit dem leitenden Kommissar Bender, der ihm bestätigte, dass es trotz der Durchsuchung bisher kein Zeitungsverbot gäbe. Daraufhin erkundigte sich Schabrod beim Staatsanwalt Stinshoff, der Benders Aussage bestätigte und ihm sogar entgegenkam. Stinshoff bot an, eine der beschlagnahmten Schreibmaschinen sowie das Kassenbuch zurückzugeben. Die weitere Herausgabe lag damit noch frei in Schabrods Hand, der sich sofort an die Arbeit machte.⁴³² Einen Tag vor Erscheinen der nächsten Ausgabe kam es allerdings zu einer erneuten Durchsuchung von Karl Schabrods Wohnung sowie der kompletten Beschlagnahmung aller Unterlagen des Carolus-Verlags. Die Polizei unterbreitete Karl Schabrod, dass ‚die freie Meinung‘ als „Ersatz für die verbotene Parteipresse der KPD“ gelte und den „Zusammenhalt der Mitglieder der ehemaligen KPD und deren Tarnorganisationen“ bezwecke und daher verboten werde. Obendrein bewertete Polizeipräsident Klein das Gespräch Schabrods mit dem leitenden Kommissar Bender völlig anders. Für Klein war Schabrods Zeitung bereits mit der ursprünglichen Hausdurchsuchung der Aktion ‚Schwalbe‘ verboten worden. Da Schabrod sich aber an die Herausgabe einer weiteren Ausgabe machte, drohte der Polizeipräsident zusätzlich ein Bußgeld von 500 DM wegen Zuwiderhandlung an.⁴³³ Karl Schabrod meldete nach diesem verwirrenden Hin und Her seinen Verlag noch am selben Tag beim Steueramt ab.⁴³⁴

Danach besprach er sich mit seinem Rechtsanwalt Dr. Rebensburg und stellte den Antrag, die Verbotsverfügung aufzuheben. Rechtlich argumentierte Rebensburg mit der Zusicherung des Staatsanwalts Stinshoff, der das Erscheinen der Zeitung genehmigt hatte. Die Polizei besäße demnach gar kein Recht, die Zeitung eigenmächtig zu verbieten. Ebenso wenig hatte Schabrod eine schriftliche Verbotsmitteilung bei der ersten Hausdurchsuchung erhalten.⁴³⁵ Einen Tag später bestellte die Düsseldorfer Polizei Schabrod zum persönlichen Gespräch ein. Hier waren neben Präsidenten Klein auch Kriminalkommissar Hamacher und ein Herr Mantei anwesend, den Schabrod als Leiter des Düsseldorfer Verfassungsschutzes vermutete. Die Polizei hielt an der Rechtmäßigkeit der Verbotsverfügung fest. Als Begründung zog sie das Urteil zu Karl Schabrods Landtagskandidatur (siehe Kap. 10) heran. Hierin sei Schabrods Zeitung als „Zeitung der illegalen KPD bezeichnet worden“ und hätte grundsätzlich nicht wieder erscheinen dürfen. Das in diesem Prozess allerdings gar nicht über die Rechtmäßigkeit von Schabrods Zeitung verhandelt wurde, ignorierte die Polizei. Ebenso ließ sie die Frage unbeantwortet, warum das Verbot nach Prozessende nicht direkt durch die Polizei zur Anwendung gekommen sei. Des Weiteren untersagte die Polizei Schabrod, Kontakt zu

⁴³² Karl Schabrod an Rechtsanwalt Rebensburg, 18.07.1960, in: NKS, Ordner 1960.

⁴³³ Polizeipräsident Klein an Karl Schabrod, Aktenzeichen – M 1 – 130 –, 22.07.1960, in: NKS, Prozessakten, Mappen 1956 – 1962.

⁴³⁴ Karl Schabrod an das Stadtsteueramt, 22.07.1960, in: NKS, Ordner 1960.

⁴³⁵ Dr. Rebensburg an das Verwaltungsgericht Düsseldorf, 26.07.1960, in: NKS, Ordner 1960.

seiner Leserschaft zu pflegen und sie über das Verbot zu informieren. Sollte er zuwiderhandeln, drohte sie mit 500 DM Strafe.⁴³⁶

Schabrod hielt auch nach dem Treffen, das durchaus als Einschüchterungsversuch gewertet werden kann, an seinem Antrag auf Aufhebung der Verbotsverfügung fest. Ab Anfang August 1960 befasste sich das Verwaltungsgericht in Düsseldorf mit dem Fall. Schabrod berief sich im Wesentlichen auf folgende Gründe: Die Pressefreiheit, das Urteil zur Landtagswahl 1959 habe nicht über ‚die freie Meinung‘ gerichtet, Stinshoff hatte die weitere Herausgabe gestattet und die Zeitung sei kein KPD-Organ. Polizeipräsident Klein deutete dieselben Punkte nahezu gegensätzlich. Die ‚freie Meinung‘ sei sehr wohl ein KPD-Organ, dies belegten vor allem die beschlagnahmten Listen der Empfänger, die zu großen Teilen kommunistische Funktionäre waren. Daher habe das Verbot auch nichts mit der Pressefreiheit zu tun, sondern hier sei lediglich die Umsetzung des KPD-Verbots zum Tragen gekommen. Die angebliche Zusicherung von Staatsanwalt Stinshoff sei von Karl Schabrod bewusst falsch interpretiert worden. Vielmehr habe Stinshoff zum Ausdruck gebracht, dass die Zeitung nur aus rein verfahrenstechnischen Gründen noch nicht verboten sei und dies sei gewiss kein Freibrief für die weitere Herausgabe.⁴³⁷

Dabei wehrte sich Schabrod nicht nur gegen die Verbotsverfügung an sich, sondern auch gegen die Begleitumstände und die Durchführung des Verfahrens. In einer Mitteilung an die Presse erhob er die Anschuldigung, dass die Polizei nicht auf Anweisung der Staatsanwaltschaft gehandelt habe, sondern ohne juristische Grundlage selbstständig aktiv geworden sei.⁴³⁸ Politische Aufmerksamkeit versuchte er zu generieren, indem er Ende September an den Justizausschuss des Landtags schrieb und fragte, ob der Justizausschuss mit einem derartigen Verfahren einverstanden sei.⁴³⁹ Besonders prangerte er die „Gesinnungsschnüffelei“ an, mit der die komplette Empfängerliste der Zeitung überprüft und so das Postgeheimnis ausgehebelt wurde.⁴⁴⁰ Hierzu wandte sich Karl Schabrod direkt an das Postscheckamt in Essen, das die Wohnadressen an die Polizei übergeben hatte. Er versuchte, in Erfahrung zu bringen, welche Daten an die Polizei übermittelt worden waren und ob das Postscheckamt sich in irgendeiner Weise widersetzt hatte.⁴⁴¹ Das Postscheckamt berief sich auf die bestehende Rechtsgrundlage, wonach bei Ermittlungsverfahren Daten herausgegeben würden und dass Schabrod die genaue Datenweitergabe beim Gericht einfordern müsse.⁴⁴²

⁴³⁶ Karl Schabrod an Rechtsanwalt Dr. Rebensburg, 27.07.1960, in: NKS, Ordner 1960.

⁴³⁷ Polizeipräsident Klein an das Verwaltungsgericht Düsseldorf, 01.08.1960, in: NKS, Ordner 1960.

⁴³⁸ Karl Schabrod, 1960: Mitteilung an die Presse, in: NKS, Ordner 1960.

⁴³⁹ Karl Schabrod an die Mitglieder des Justizausschusses vom Landtag Nordrhein-Westfalen, 28.09.1960, in: NKS, Ordner 1960.

⁴⁴⁰ Karl Schabrod an den Justizminister des Landes Nordrhein-Westfalen, 09.09.1960, in: NKS, Ordner 1960.

⁴⁴¹ Karl Schabrod an das Postamt Essen 21.09.1960, in: NKS, Ordner 1960.

⁴⁴² Postscheckamt Essen an Karl Schabrod, 12.10.1960, in: NKS, Ordner 1960.

Schabrod hatte gehofft, einem längeren Verfahren zu entgehen, indem er in seiner Beschwerde betonte, dass die ökonomische Existenz seiner Familie an dem Fortbestand der Zeitung hänge. Das Oberverwaltungsgericht wies dies zurück, da die Zeitung keinen Gewinn abwerfe und Schabrod wieder einmal in seinen alten Lehrberuf zurückgekehrt und seine Familie dadurch finanziell abgesichert sei. Obendrein vertröstete das Oberverwaltungsgericht Karl Schabrod damit, dass sich der Regierungspräsident des Falles bereits angenommen habe und ein Urteil bald zu erwarten sei. Bis dahin blieb ‚die freie Meinung‘ allerdings verboten.⁴⁴³ Das baldige Urteil erfolgte jedoch erst dreieinhalb Jahre später, am 13. Februar 1964. Das Verwaltungsgericht entschied dabei zu Schabrods Gunsten. Die Auslegung der Zeitung als Ersatzorganisation sei nicht haltbar und ein klarer Eingriff in die Pressefreiheit.⁴⁴⁴

Ein stärkeres Bewusstsein für die Pressefreiheit hatte Karl Schabrod bereits im Herbst 1962 wahrgenommen, als die Spiegel-Affäre einen erheblichen Aufschrei nach sich zog. Jedoch kommentierte er ernüchert: „Im Juli 1960, als ‚die freie Meinung‘ durch die Aktion des Herrn Dufhues am Erscheinen gehindert wurde [sic] hatten die ‚Rhein-Post‘ oder die ‚FAZ‘ oder die Redakteure des ‚Mittag‘ nicht diesen Mut, die Pressefreiheit auch gegen den damaligen Innenminister zu verteidigen.“⁴⁴⁵

Grundsätzlich nahm Karl Schabrod das Urteil wohlwollend, aber keinesfalls euphorisch entgegen. Anfang März erklärte er in einem Rundbrief warum. Er rechnete fest damit, „dass die Polizei gesteuert von bewährten Händen, dieses Urteil der I. Instanz nicht rechtskräftig werden lässt.“ Seiner Meinung nach würden sich die Berufungsverfahren noch bis 1970 hinziehen und bis dahin blieb auch das vorläufige Verbot noch bestehen. Auch musste er einräumen, dass die lokale Presse nur wenig Interesse an dem Urteil zeigte und kaum darüber berichtet hatte.⁴⁴⁶ Schabrod behielt Recht und Polizeipräsident Klein reichte im Sommer 1964 Berufung ein. Schabrod warf dem Düsseldorfer Polizeipräsidenten vor, „in den schärfsten Tönen des Kalten Krieges“ aufzutreten, die im klaren Gegensatz zur aktuellen Entspannungslage stünden.⁴⁴⁷

Wie bereits im Sommer 1960 versuchte Karl Schabrod, wieder Aufmerksamkeit für den Prozess zu generieren. Diesmal griff er dabei wieder auf seine Rundbriefe zurück. Hier gab er die bisherige Chronologie des Verfahrens wieder und hängte seine Antwort auf die Revisionsbegründung des Polizeipräsidenten an. Zusätzlich schickte er seine Antwort auf die Revisionsbegründung an 25 Zeitungen, in der Hoffnung, dass diese darüber berichteten. Allerdings veröffentlichten bloß drei Zeitungen Auszüge daraus. Die restlichen 22 Zeitungen ignorierten Schabrods Schreiben.⁴⁴⁸ Obendrein gab er die

⁴⁴³ Senat des Oberverwaltungsgerichts für das Land Nordrhein-Westfalen, 13.10.1960: Beschluss zur Verwaltungssache, in: NKS, Prozessakten, Mappen 1956 – 1962.

⁴⁴⁴ 1. Kammer des Verwaltungsgerichts Düsseldorf, 13.02.1964:, Urteil (unl.), in: NKS, Karl Schabrod 1964.

⁴⁴⁵ Karl Schabrod an Klara Schabrod, 06.11.1962, in: NKS, Ordner 1962.

⁴⁴⁶ Karl Schabrod, 04.03.1964: Rundbrief, in: NKS NY-4242, Ordner 47.

⁴⁴⁷ Karl Schabrod an den Polizeipräsidenten, 01.08.1964, in: NKS NY-4242, Ordner 47.

⁴⁴⁸ Karl Schabrod, 23.08.1964: Rundbrief, in: NKS, Karl Schabrod 1964.

Termine der anstehenden Verhandlung an und warb somit dafür, dass seine Leser Präsenz im Gerichtssaal zeigen sollten.⁴⁴⁹

Die Berufung des Polizeipräsidenten Klein scheiterte am 22. November 1965. Das Oberverwaltungsgericht Münster räumte ein, dass „die rechtzeitige Bekämpfung staatsgefährdender Umtriebe“ zwar nur schwer möglich sei, jedoch sei die Pressefreiheit ein so hohes Gut im Grundgesetz, dass diese „nicht durch nachrangige Zweckmäßigkeit beeinträchtigt werden“ dürfe. Da der Senatsvorsitzende Dr. Pötter nicht nur dem Oberverwaltungsgericht angehörte, sondern auch Präsident des Verfassungsgerichtshofs Nordrhein-Westfalens war, verlieh dies der Entscheidung zusätzliches Gewicht.⁴⁵⁰

Trotz der eindeutigen Zurückweisung der Revision bewahrheitete sich Schabrods Angst, dass ein endgültiges Urteil verschleppt werden könnte. Der damalige Innenminister Dufhues, der auch die Aktion ‚Schwalbe‘ angeordnet hatte, beantragte eine Revision vor dem Bundesverwaltungsgericht und setzte damit eine juristische Odyssee in Gang, die bis in die 1970er Jahre dauerte.⁴⁵¹ Im Dezember 1970 schrieb Karl Schabrod an den Bundespräsidenten und beklagte, dass ihm sowohl das Verwaltungs- und das Oberverwaltungsgericht Recht zugesprochen hätten, aber er nun seit 5 Jahren auf einen Verhandlungstermin beim Bundesverwaltungsgericht warte. Ohne ein letztinstanzliches Urteil blieb das zehn Jahre alte Verbot weiter aufrecht.⁴⁵²

An diesem bedauernswerten Schwebезustand änderte sich auch im Verlauf der nächsten anderthalb Jahre nichts. Im Februar 1972 telefonierte Karl Schabrod und Polizeipräsident Klein miteinander. Der inzwischen 72-jährige Karl Schabrod versicherte, dass er aus gesundheitlichen Gründen nicht mehr beabsichtige, ‚die freie Meinung‘ herauszugeben, aber gerne einen juristischen Abschluss wünsche.⁴⁵³ Polizeipräsident Klein willigte ein, die Revision zurückzunehmen und alles Weitere durch einen Anwalt regeln zu lassen.⁴⁵⁴ Doch auch hier nahm der Streit noch kein Ende. Kleins Anwalt verlangte, dass Schabrod auf jegliche Schadensersatzansprüche verzichtete. Schabrod wiederum fühlte sich dadurch provoziert. Die Beschlagnahmung der Unterlagen, die zu entrichtende Umsatzsteuer für das Jahr 1960 und die Kosten für zwölf Jahre Rechtsstreit wollte er zumindest symbolisch abgegolten haben. Karl Schabrod unterbreitete das Angebot von 1.000 DM Schadensersatz, was Polizeipräsident Klein ablehnte. „Die Enkel fechten besser aus!“, hielt Schabrod erbost fest.⁴⁵⁵ Das juristische Nachspiel um den Schadensersatz dauerte bis Oktober 1973 an und gab Schabrod nach über 13 Jahren Recht.

⁴⁴⁹ Karl Schabrod, 08.1964: Rundbrief, in: NKS, Karl Schabrod 1964.

⁴⁵⁰ Posser, 1991: Anwalt im Kalten, S. 185 – 186.

⁴⁵¹ Karl Schabrod, 1971: 11 Jahre rechtlose „Freie Meinung“, in: NKS, Ordner Juristisches u. Karl Schabrod.

⁴⁵² Karl Schabrod an den Bundespräsidenten, Düsseldorf 11.12.1970, in: NKS, Karl Schabrod 1970 – 71.

⁴⁵³ Karl Schabrod an den Polizeipräsidenten, Düsseldorf 10.06.1972, in: NKS, Ordner Juristisches u. Karl Schabrod.

⁴⁵⁴ Bundesverwaltungsgericht, 28.11.1972: Beschluß I C 6,66, in: NKS, Ordner Juristisches u. Karl Schabrod.

⁴⁵⁵ Karl Schabrod an den Polizeipräsidenten, Düsseldorf 10.06.1972, in: NKS, Ordner Juristisches u. Karl Schabrod.

Nach Beschluss des Verwaltungsgerichts Düsseldorf hatte die Polizei einen Schadensersatz von 1.758 DM an Karl Schabrod zu zahlen.⁴⁵⁶

Karl Schabrods ‚unabhängige Wählerzeitung‘ vom Herbst 1956, bei der es sich in Wirklichkeit um einen etwas umfangreicheren Flyer handelte, war aus der Not heraus entstanden. Ohne legale Zeitung, die seine Inserate veröffentlichte, hatte er keinen funktionierenden Wahlkampf betreiben können. Die Wählerzeitung stellte Schabrods ersten Versuch dar, nach dem Parteiverbot publizistisch tätig zu sein, der in geänderter Form 1957 fortgeführt wurde. Die nun veröffentlichten Rundbriefe gingen dabei weit über eine bloße Berichterstattung hinaus. Schabrod gab wesentliche Positionen der illegalen KPD wieder, auch wenn sie seiner eigenen Haltung widersprachen. Ebenso nutzte er die Rundschreiben, um mit dem kommunistischen Milieu in Kontakt zu treten. Über die Veröffentlichung von Briefen an den Ministerpräsidenten demonstrierte er, dass kommunistische Positionen immer noch an verantwortliche Stellen in die Politik getragen wurden. Er forderte Antwortschreiben zu seinen Rundbriefen, die er selbst wieder in späteren Rundbriefen aufgriff. Somit schuf er eine Art politische Debattenkultur, die Kommunisten nach dem Parteiverbot öffentlich untersagt war. Zuletzt überführte er die Rundbriefe in das Format einer richtigen Zeitung, die zunächst der Unterstützung seiner Kandidatur zur Landtagswahl 1958 diente. ‚Die freie Meinung‘ spiegelte dabei, ebenso wie Schabrods Briefe der Jahre 1957, die politischen Forderungen der illegalen KPD wieder.

Mit dem Verbot der ‚freien Meinung‘ begann für Karl Schabrod eine juristische Odyssee, die sich über 13 Jahre zog. Trotz mehrmaligen Siegs vor Gericht verschleppten das nordrhein-westfälische Innenministerium und die Düsseldorfer Polizei einen endgültigen Urteilsspruch über mehrere Instanzen, wo der Prozess schlussendlich versandete. Seine Versuche, durch medialen und politischen Druck ein Ende des Verbotes herbeizuführen, trafen auf zu geringes Interesse im Landtag und der Presse. So war Karl Schabrod schlussendlich gezwungen, aus altersbedingten Gründen von der Wiederaufnahme seiner Verlegertätigkeit Abstand zu nehmen und konnte erst danach ein Ende des Verfahrens erreichen.

⁴⁵⁶ Verwaltungsgericht Düsseldorf, 18.10.1973: Beschluß 1K 599/61, in: NKS, Ordner Juristisches u. Karl Schabrod.

10. Landtagswahl 1958 und Landtagswahlprozess 1958/59

Die Landtagswahl 1958 im durch SPD und FDP geführten Nordrhein-Westfalen stellte für Karl Schabrod die Rückkehr in den geplanten Wahlkampf dar. Seine Teilnahme an der Kommunalwahl 1956 war durch Improvisation geprägt gewesen und 1957 hatte sich die illegale KPD für eine Unterstützung der SPD ausgesprochen. Für den Wahlkampf 1958, den Karl Schabrod wieder als parteiloser Kandidat bestritt, hatte er sich auf die erwartbaren Einschränkungen vorbereitet. Mit seinen Rundbriefen und der ‚freien Meinung‘ hatte er sich ein eigenes Publikationsorgan geschaffen, das seine Wahlkampagne medial begleitete.

Mitte April sandte er einen Entwurf eines Anti-Atomwaffengesetzes an den Landtag und machte dies zum Hauptthema seines Wahlkampfes. Auch in seinem Wahlinfoheft ‚Gib deine Stimme für den Frieden! Gegen die atomare Bewaffnung‘ war dies das zentrale Thema.⁴⁵⁷ Ebenso veröffentlichte ‚die freie Meinung‘ im Verlauf des Wahlkampfes mehr Artikel zum atomaren Bedrohungsszenario als zu jedem anderen Themenfeld. Die atomare Abrüstung bot sich aus mehreren Gründen für Karl Schabrod als Hauptthema an. Zum einen konnte er den Kampf gegen die atomare Aufrüstung aus seiner eigenen politischen Biographie heraus glaubhaft vertreten. Zum anderen konnte er sich so klar von seinem direkten Gegenkandidaten Dr. Flehinghaus von der CDU abgrenzen. Schabrod stellte ihn als radikalen Befürworter der Aufrüstung hin, der gegen Proteste „Sturm gelaufen sei“. Offensiv forderte Karl Schabrod dazu auf, „man sollte jeden Kandidaten bei den kommenden Wahlversammlungen fragen, ob er dafür eintritt, daß Nordrhein-Westfalen atomaffenfrei bleibt und vor atomarer Vernichtung geschützt wird.“ Im Mai entwarf er ein Wahlplakat zu seinem Anti-Atomwaffengesetz. Allerdings lehnte die Firma Zacharias, die das Anschlagmonopol für Litfaßsäulen in Düsseldorf besaß, nach anfänglicher Zusage die Plakatierung ab. In einem eigenen Rundbrief und der ‚freien Meinung‘ informierte Schabrod zu den genaueren Umständen der Ablehnung. Die städtische Aufsichtsbehörde unter Leitung des Oberstadtdirektors Dr. Hensel von der CDU hätte ihre Genehmigung verweigert.⁴⁵⁸ Karl Schabrod konfrontierte daraufhin Oberbürgermeister Josef Gockeln und warf ihm Amtsmissbrauch vor. Als CDU-Mitglied stehe Hensel klar für eine Stationierung von Atomwaffen auf dem Gebiet der Bundesrepublik. Seine Ablehnung des Plakats sei daher parteipolitisch motiviert. Schabrod forderte eine schriftliche Stellungnahme der Stadt, worauf die Stadt nicht einging.⁴⁵⁹

⁴⁵⁷ Karl Schabrod, 1958: „Gib deine Stimme für den Frieden! Gegen die atomare Bewaffnung“, in: VVN-BdA NRW, Karl Schabrod Bündel 5 – 6.

⁴⁵⁸ Karl Schabrod, 17.05.1958: Begleitschreiben zu einem Plakat dessen Plakatierung abgelehnt wurde, in: NKS NY-4242, Ordner 25.

⁴⁵⁹ Karl Schabrod an den Oberbürgermeister der Stadt Düsseldorf, 21.05.1958, in: NKS, Ordner 1957 – 1958.

„Die freie Meinung“ unterstützte Schabrods Wahlkampf dabei in doppelter Hinsicht. Zunächst kündigte er über die Zeitung seinen Wahlkampf an, begründete darin seine parteilose Kandidatur und konnte sich als politische Persönlichkeit herausstellen. Ebenso berichtete er über den verweigerten Plakatanschlag durch den Oberstadtdirektor Hensel, den er als direkten antikommunistischen Angriff gegen seine Person darstellte. Doch die Zeitung war keinesfalls auf seine Person zugeschnitten. Neben sechs Artikeln, die direkt Karl Schabrod zum Inhalt hatten, standen im selben Zeitraum knapp dreißig Artikel, die sich mit dem atomaren Bedrohungsszenario beschäftigten. Damit war „die freie Meinung“ klar auf die politischen Inhalte seiner Wahlkampagne abgestimmt und nicht auf den Politiker Karl Schabrod.⁴⁶⁰

Anfang Juni 1958 endete Karl Schabrods Wahlkampf abrupt. Der Landeswahlleiter Dr. Rietdorf hatte ihn per Erlass von der Wahl ausgeschlossen, da 28,5% der Unterzeichner seiner Wahlkandidatur ehemalige KPD-Mitglieder waren. Schabrod und sein Umfeld versuchten, sich gegen den Ausschluss zu wehren. Er schrieb an die Fraktionen des Landtags und machte auf den Wahlausschluss aufmerksam.⁴⁶¹ Wie in anderen Bereichen zuvor erwog Karl Schabrod rechtliche Schritte, da er den Ausschluss als einen Verstoß gegen sein passives Wahlrecht deutete. Zusätzlich wollte er Verfahrensfehler geltend machen. So hatten sich über 50% der Mitglieder des Wahlausschusses bei der Ablehnung Schabrods enthalten. Er selbst war gar nicht erst eingeladen worden, um sich zu verteidigen und er sah den rückwirkenden Ausschluss von der Wahl als nicht rechtskräftig an.⁴⁶² Da der Wahltermin am 06. Juli angesetzt war, fehlte ihm die Zeit, im Vorfeld juristisch gegen seinen Ausschluss vorzugehen. Daher setzte er für seinen Wahlkreis ein Flugblatt auf, in dem er einerseits über seinen Ausschluss informierte und andererseits dazu aufrief, Karl Siemsen von der SPD zu wählen.⁴⁶³

Knapp zwei Monate nach der Landtagswahl setzte die juristische Strafverfolgung gegen Karl Schabrod ein. Am 25. August kam es zu einer Hausdurchsuchung. Schabrod konnte zwar zwei Tage später erwirken, dass ein Großteil des beschlagnahmten Materials zurückgegeben wurde. Hierzu zählte unter anderem seine Leihschreibmaschine, die er für die Herstellung der „freien Meinung“ benötigte. Doch am 01. September erging ein Gerichtsbeschluss, der die Polizei dazu veranlasste, dass zurückgegebene Material

⁴⁶⁰ Zur Schabrods Person selbst: die freie Meinung, Jahrgang 1, 12.04.1958, 10.05.1958, 24.05.1958, 21.06.1958; zur atomaren Abrüstung: Das Thema ist in jeder Ausgabe vertreten, oftmals mit mehreren Berichten pro Ausgabe. Vgl. hierzu die freie Meinung, Jahrgang 1, Nr. 1 – 10, 01.03.1958 – 05.07.1958.

⁴⁶¹ Karl Schabrod an die Fraktionen des Landtags, undatiert, in: VVN-BdA NRW, Karl Schabrod Bündel 1 – 4.

⁴⁶² Karl Schabrod an den Landeswahlleiter Dr. Rietdorf, 11.07.1958, in: VVN-BdA NRW, Karl Schabrod Bündel 1 – 4.

⁴⁶³ Karl Schabrod, 1958: Wichtige Informationen für alle Wähler im Wahlkreis 43, in: VVN-BdA NRW, Karl Schabrod Bündel 1 – 4.

erneut mitzunehmen.⁴⁶⁴ Am 23. September erließ das Amtsgericht Düsseldorf dann die Anordnung, Karl Schabrod in Untersuchungshaft zu nehmen.⁴⁶⁵

Karl Schabrod empfand die Verhaftung als große Demütigung. Noch Monate später richtete er eine schriftliche Beschwerde an den Polizeipräsidenten Klein, da er dem polizeilichen Erkennungsdienst überführt worden war. Dies hatte zur Folge, dass die Polizei seine Fingerabdrücke nahm und ein Foto für die Verbrecherkartei anlegte. Schabrod hatte vor Ort dagegen protestiert und um eine persönliche Entscheidung des nicht anwesenden Polizeipräsidenten gebeten, ob er sich „als politischer Häftling dieser Prozedur zu unterwerfen habe.“ Schabrod beschrieb die erkennungsdienstliche Erfassung als eine Verletzung seiner Menschenwürde. Ihm musste zu diesem Zeitpunkt längst klar gewesen sein, dass er unter polizeilicher und geheimdienstlicher Beobachtung stand. Fotos und Fingerabdrücke befanden sich vermutlich schon im Besitz der ermittelnden Beamten. Daher lässt sich der Protest gegen die erkennungsdienstliche Erfassung nicht unter strategischen Gesichtspunkten nachvollziehen. Vielmehr scheint sich in Schabrods Beschwerde das Denkmuster der Häftlingsgruppierungen aus dem Nationalsozialismus fortzusetzen (siehe Kap. 4.1). Schabrod selbst wollte als politischer Aktivist oder zumindest als politischer Häftling wahrgenommen werden. Ebenso wie in seiner Haftzeit von 1933 bis 1945 trennte er dies von gewöhnlicher Kriminalität, die aus niederen Motiven geschah. Die Einteilung der Gefangenen in Asoziale, Berufsverbrecher und Politische, die die SS Anfang der 1930er Jahre vorgenommen hatte, existierte in Schabrods Wahrnehmung in gewisser Form fort.⁴⁶⁶ Ehefrau Klara schrieb 1963, als ihr Mann unter ähnlichen Voraussetzungen inhaftiert wurde, dass Karl „unter gewöhnlichen Verbrechern leben“ muss, was sie als besondere Strafe empfand.⁴⁶⁷

Die Inhaftierung weckte bei ihr schlimme Erinnerungen an die Zeit des Nationalsozialismus. Ernüchternd schrieb sie, dass die Gefängnispost sogar noch langsamer zugestellt werde als damals. Die chronischen Herzprobleme ihres Mannes verstärkten ihre Sorge zunehmend. Doch das Ehepaar Schabrod entwickelte überraschend schnell wieder einen Rhythmus, um die Zeit der Inhaftierung nicht tatenlos verstreichen zu lassen. So beantragte Klara für ihren Mann die Zeitung ‚die Welt‘, damit er sich wieder „informieren kann“. Auch hatte sie Bücher mit russischer Grammatik zum Selbststudium für ihn gekauft.⁴⁶⁸

Doch Klara beschränkte sich nicht auf die reine Versorgung ihres Mannes. Sie schrieb verschiedene linke und kommunistische Zeitungen an und berichtete über Karls Verhaftung. Sie hob wichtige Eckpunkte für die Berichterstattung hervor, indem sie Karls

⁴⁶⁴ Karl Schabrod an den Landtagspräsidenten Gockeln, Düsseldorf 17.09.1958, in: NKS, Ordner 1957, 1958.

⁴⁶⁵ Geschäftsstelle des Amtsgerichts Düsseldorf an Frau Schabrod, 23.09.1958, in: NKS, Ordner 1957, 1958.

⁴⁶⁶ Karl Schabrod an den Polizeipräsidenten, 25.11.1958, in: NKS, Ordner 1957, 1958.

⁴⁶⁷ Klara Schabrod, 05.01.1963: Rundbrief, in: NKS, Ordner 1963.

⁴⁶⁸ Klara Schabrod an Karl Schabrod 30.09.1958, in: Mahn- und Gedenkstätte Düsseldorf, GED-23-004-300.000.

Inhaftierungen während des Nationalsozialismus ausführte, ebenso wie seine politischen Verdienste nach Kriegsende. Den Bezug zum Nationalsozialismus unterstrich sie auch dadurch, indem sie berichtete, dass zur Zeit unverhohlenen NS-Versammlungen in Duisburg abgehalten würden, ohne dass Polizei und Justiz einschreiten würden. Zum eigentlichen Vorwurf der Staatsanwaltschaft, Schabrods Wahlprogramm hätte dem „illegalen Volksfrontprogramm der KPD“ entsprochen, nahm sie nur kurz Stellung und wies dies als falsch zurück.⁴⁶⁹ Die KPD-nahe Presse griff die Erzählung sofort auf und spitzte sie zu. So schrieb ‚die Tat‘, die „Gründe für seine Verhaftung waren praktisch dieselben wie vor 25 Jahren, als ihn die Nazis knapp einen Monat nach ihrer Machterschleichung [...] ins Börgermoor schleppten.“ In dieser Darstellung rückte die konkrete Auseinandersetzung mit Schabrods Fall völlig in den Hintergrund zugunsten des übergeordneten Narrativs einer sich wiederholenden, nationalsozialistisch gesinnten Kommunistenverfolgung.⁴⁷⁰

Bei der örtlichen, nicht kommunistischen Presse, die kaum über Karl Schabrods Inhaftierung berichtete, versuchte Klara, ebenfalls Aufmerksamkeit zu generieren. Diese Versuche scheiterten jedoch an den verantwortlichen Redakteuren, die in der Inhaftierung keine Bezüge zum Nationalsozialismus sahen und ihre grundsätzliche Ablehnung des Kommunismus teils offen zur Schau stellten. So hieß es in einem Antwortschreiben, dass ihr Karl lieber „nach dieser bitteren Erfahrung die Finger von der Politik liesse oder aber in ein Land zöge, wo seiner Ansicht nach gerechter und besser regiert wird“. Dabei hatte Karl Schabrod doch wohl mit einer Inhaftierung zu rechnen, wenn er eine Überzeugung vertrete, die „uns Zustände wie in der Ostzone“ brächte. Er solle sich lieber glücklich schätzen „hier im Westen“ vor Gericht gestellt zu werden, wo „bei weitem nicht Gleiches mit Gleichem vergolten“ wurde, wie in der DDR.⁴⁷¹

Mitte Januar 1959 erhielt Karl Schabrod die Anklageschrift.⁴⁷² Zusammen mit 14 weiteren Männern, die ebenfalls als unabhängige Kandidaten angetreten waren, wurde ihm der Prozess gemacht. Der Prozess zog sich über 24 Verhandlungstage zwischen April und Juni 1959.⁴⁷³ Insgesamt waren zur Landtagswahl 41 ehemalige KPD-Mitglieder als unabhängige Kandidaten angetreten. Die Staatsanwaltschaft sah in diesem massenhaften Auftreten eine Ersatzorganisation, die durch die illegale KPD gesteuert wurde. Die Anklage stützte ihre Argumentation dabei einerseits auf die illegale Parteipresse. Das ‚Freie Volk‘ hatte zur Unterstützung von Einzelkandidaten aufgerufen, die politische Grundziele der KPD vertraten. Das überhaupt eine Reihe

⁴⁶⁹ Klara Schabrod an Das Andere Deutschland, Stimme des Friedens, Die Andere Zeitung, Deutsche Volkszeitung, ADN, Die Tat, Düsseldorf 13.10.1958, in: NKS, Ordner 1957, 1958.

⁴⁷⁰ Die Tat, 10.1958: Geburtstag im Gefängnis.

⁴⁷¹ K. L. Zimmermann an Klara Schabrod, 15.10.1958, in: NKS, Ordner 1957, 1958.

⁴⁷² Dr. Meyer, IV. Strafkammer des Landgerichts an Schabrod Karl, 16.01.1959, in: NKS, Prozessakten, Mappen 1956 – 1962.

⁴⁷³ Karl Schabrod, undatiert: Notiz Verhandlungstage, in: NKS, Ordner 1959.

scheinbar von einander unabhängiger Kandidaten als Ersatzorganisation angeklagt werden konnten, rechtfertigte die Staatsanwaltschaft mit einem Urteil des Bundesverwaltungsgerichts zur Stuttgarter Wählerversammlung vom Mai 1958. Ganz im Sinne des 1. Strafrechtsänderungsgesetzes sei das zentrale Merkmal einer illegalen Ersatzorganisation nicht ihre politischen Ziele oder ihr Programm, dies sei sogar „unerheblich“. Ausschlaggebend sei allein „die Zusammensetzung des Kreises der Wahlbewerber“.⁴⁷⁴

Das zwischen den unabhängigen Kandidaten ein fester Organisationscharakter bestand, wollte die Anklage mit den sogenannten Fisch-Dokumenten belegen. Im Februar 1958 war Walter Fisch, Mitglied des illegalen Parteivorstandes, verhaftet worden. In seinen Unterlagen befanden sich Überlegungen zur Aufstellung von unabhängigen Kandidaten. So sollten sich die Kandidaten, laut Fisch, um die Herausgabe eigener Schriften bemühen und ihre Kandidatur damit begründen, „daß sie durch Gespräche mit dritten Personen“ dazu aufgefordert worden seien. Beides traf auf Karl Schabrods Kandidatur zu. Ebenfalls hatte Fisch eine Liste mit Kürzeln für potentielle Kandidaten geführt. Die Person „KS“ ordnete die Staatsanwaltschaft dabei Karl Schabrod zu. „KS“ war obendrein dafür vorgesehen, eine Verbindung zum Landtagspräsident Gockeln aufzubauen.⁴⁷⁵

Eine vergleichbare schriftliche Kontaktaufnahme von Karl Schabrod an Landtagspräsidenten Gockeln hatte es am 30. Januar 1958 gegeben. Schabrod hatte einen längeren Brief aufgesetzt, nachdem er vom sogenannten Fuldaer Manifest erfahren hatte. Das Manifest war zum Jahreswechsel von der KAB (Katholischen Arbeiterbewegung) verfasst worden und warnte eindringlich vor der kommunistischen Bedrohung: „Der Kommunismus drängt unverändert nach der Weltbolschewisierung“ und die Sowjetunion habe 80% ihrer internationalen Verträge gebrochen. Gleichzeitig verband sich der Aufruf mit einer widersprüchlichen Botschaft zur atomaren Abrüstung. So sei die atomare Abrüstung in jeder Hinsicht zu fördern, könne aber nicht vollendet werden, da sonst „die Gefahr eines sowjetischen Überfalls auf Europa mit überlegenen herkömmlichen Waffen“ drohe.⁴⁷⁶ Da Josef Gockeln selbst Mitglied der KAB war, schien es für Karl Schabrod passend, seine Kritik direkt an den Landtagspräsidenten zu richten: „Ihr Fuldaer Manifest, Herr Präsident, ist eine Kampfansage an alle friedliebenden Deutschen, die jene Verpflichtung aus Artikel 25 und 26 des Grundgesetzes zum Völkerrecht und zu friedlichen Koexistenz ehrlich und aufrichtig erfüllen wollen.“ Schabrod stellte alle Anschuldigungen gegen die Sowjetunion als falsch dar. Vielmehr sei Deutschland ein beständiger Vertragsbrecher, so geschehen bei der Emser Depesche und dem Nichtangriffspakt mit der Sowjetunion. Die Sowjetunion

⁴⁷⁴ Anklageschrift gegen den Verleger Karl Schabrod, Düsseldorf 01.12.1958, in: NKS, Ordner 1957, 1958, S. 24 – 26.

⁴⁷⁵ Ebd., S. 30 – 32.

⁴⁷⁶ Der Spiegel, 15.01.1958: Das Fuldaer Manifest.

habe sich nie Vertragsbrüche oder Kriegstreiberei zu Schulden kommen lassen, dafür gebe es „kein einziges Gegenbeispiel“ in der Geschichte.⁴⁷⁷

Gockeln antwortete knapp drei Wochen später auf Schabrods Brief. Das Manifest richte sich ausschließlich gegen die Sowjetunion und er stellte die Frage: „Ist ihre Parteiannahme denn eine völlige Identität geworden, dass Sie die Rolle des Verteidigers in so augenfälliger Art übernehmen?“ Gockeln zeigte sich bereit, Schabrod persönlich zu empfangen, um das Problem zu diskutieren. Ob Schabrods aggressives Schreiben als geplante Kontaktaufnahme mit Landtagspräsident Gockeln interpretiert werden kann, ist fraglich.⁴⁷⁸

In den Fisch-Dokumenten tauchte Karl Schabrod aber auch mit Klarnamen auf. Fisch war im Besitz eines politischen Aufsatzes gewesen, in dem Karl Schabrod die kommende Landtagswahl und mögliche Kandidaturen von Kommunisten beurteilte. Schabrod selbst gab an, den Aufsatz bereits vor dem KPD-Verbot geschrieben zu haben. Er hätte als Vorlage gedient, um einen Artikel für Heinz Renner vorzubereiten. Fisch musste von dem Artikel gewusst und ihn angefragt haben. Trotz dieser Behauptung machte ihn der Aufsatz für die Staatsanwaltschaft zum Hauptschuldigen im Prozess. Die Anklage erhob den Vorwurf, dass es in Schabrods Wohnung zu mehreren Besprechungen ehemaliger KPD-Funktionäre gekommen sei, um die Tarnorganisation aufzubauen. Gestärkt sah sich die Anklage in ihrer Vermutung dadurch, dass bei der Hausdurchsuchung bei Schabrod am 25. August auch die selbst herausgegebenen Schriften und Zeitungen der anderen unabhängigen Kandidaten gefunden wurden.⁴⁷⁹

Die Anklage versuchte, immer wieder herauszustellen, dass die parteilosen Kandidaten nicht nur eine Verbindung zueinander besaßen, sondern auch Teil einer großangelegten KPD-Kampagne aus der DDR waren. Hierzu führte sie die Wahlaufufe des Freiheitssenders 904⁴⁸⁰ an. So hatte der Freiheitssender am 02. Juni 1958 verkündet: „In vielen Städten, in Düsseldorf, Dortmund, Wuppertal usw. treten unabhängige Kandidaten auf, die es sich zum Ziel gesetzt haben, Adenauer in Nordrhein-Westfalen zu schlagen, im Landtag des entscheidenden Industriegebietes der Bundesrepublik entschlossenen Widerstand gegen die Atomrüstung zu leisten. Entsprechend dem Wahlaufufruf der KPD in Nordrhein-Westfalen mobilisiert unsere Partei die Bevölkerung zur Unterstützung dieser unabhängigen Kandidaten.“ Auch das Parteiorgan ‚Wissen und Tat‘ hatte sich geschlossen hinter die Parteilosen gestellt, denn sie seien die „einzigsten Kandidaten, die den Wählern einen klaren Weg zur Lösung der Lebensfragen unseres Volkes aufzeigten.“⁴⁸¹

⁴⁷⁷ Karl Schabrod an den Landtagspräsidenten Gockeln, 30.01.1958, in: NKS, Ordner 1957, 1958.

⁴⁷⁸ Josef Gockeln an Karl Schabrod, Düsseldorf 18.02.1958, in: NKS, Ordner 1957, 1958.

⁴⁷⁹ Anklageschrift gegen den Verleger Karl Schabrod, Düsseldorf 01.12.1958, in: NKS, Ordner 1957, 1958, S. 33, 117 – 120, 149.

⁴⁸⁰ Der Radiokanal ‚Freiheitssender 904‘ ging am Tag des Verbotsurteils in der DDR auf Sendung und diente als mediales Sprachrohr der illegalen KPD.

⁴⁸¹ Prozessakte IV 3328/58, 1959 in: Stadtarchiv Düsseldorf, GED 0-1-22-91.0000, S. 70 – 74, 77.

Für die Anklage gliederte sich Schabrods Verstrickung in die KPD-Strategie dabei wie folgt: Karl Schabrod hätte niemals glauben können, aus eigener Kraft bei der Landtagswahl Erfolg zu haben, denn 1956 hatte er als unabhängiger Kandidat gerade einmal 129 Stimmen geholt. „Sicher ist jedoch, dass der Angeklagte Schabrod sich als Experte für die Landespolitik in Nordrhein-Westfalen aus eigenem Antrieb oder auf Drängen seiner Genossen spätestens Ende 1957 in die illegale Organisation der KPD eingliederte.“ In dieser Funktion habe Schabrod für Walter Fisch einen Aufsatz zur Beurteilung der kommenden Landtagswahl geschrieben. Bei der Hausdurchsuchung am 25. August sei dann ein zweiter Aufsatz im Stile eines Gutachtens von Karl Schabrod sichergestellt worden. In diesem listete er die juristischen Voraussetzungen und Rechte für unabhängige Kandidaten auf. Auch die Kontaktaufnahme zum Ministerpräsidenten Fritz Steinhoff anlässlich seines 60. Geburtstag (siehe Kap. 12.1) sah die Staatsanwaltschaft als Teil der KPD-Strategie. Zusätzlich führte die Anklage zahlreiche Artikel der ‚freien Meinung‘ als belastende Indizien an. Die Zeitung sei „betont extrem marxistisch, oft auch eindeutig prokommunistisch“, nenne aber niemals das vom „Verfasser angestrebte verfassungsfeindliche Endziel“.⁴⁸² Das Zusammenspiel der gefundenen Aufsätze und Schabrods Vergangenheit als hochrangiger Funktionär der Parteiführung ergebe zwangsläufig seine Führungsrolle. Er sei der „geheime Vorsteher“ der Gruppierung der unabhängigen Kandidaten und „hatte Führungsaufgaben zu erledigen und war mit Weisungsrecht ausgestattet.“⁴⁸³

Schabrod betonte in seiner Verteidigung, dass es keinerlei Kontakt zu Walter Fisch gegeben habe. Alle Unterlagen Fishs über Karl Schabrod seien allgemeiner Natur gewesen. Da er sieben Jahre lang Fraktionsvorsitzender im Landtag gewesen war, hätte es ihn „sehr gewundert, wenn Herr Fisch oder ein anderer bei der Beurteilung des Landtags und der Neuwahl nicht auf meinen Namen [...] gestoßen wäre.“⁴⁸⁴

Auch stellte er den Hauptvorwurf der Anklage in Frage. Bei der Stuttgarter Wählerversammlung habe eine Satzung existiert, in Nordrhein-Westfalen habe es keine Gründung, keinen Vorstand, keine Mitglieder, keine Satzung und nie irgendeine Zusammenkunft gegeben. Der Vorwurf der Ersatz- und Tarnorganisation sei daher nicht haltbar.⁴⁸⁵

Karl Schabrod und die weiteren Mitangeklagten legten viel Wert darauf, zu betonen, dass dieser Prozess im größeren Themenfeld einer rechtlich fragwürdigen Kommunistenverfolgung stattfinde. So verkündete Karl Schabrod in seinem Schlusswort zum Prozess: „Was meine Zielsetzung anbelangt, so ist sie eindeutig sozialistisch und auf die Erhaltung des Friedens und der Demokratie gerichtet. Das ist in

⁴⁸² Prozessakte IV 3328/58, 1959, in: Stadtarchiv Düsseldorf, GED 0-1-22-91.0000, S. 80 – 83, 87.

⁴⁸³ Ausführungen des Staatsanwalts Stinnshoff, 18. und 19. Verhandlungstag, 20./21.05.1959, in: NKS, Ordner 1959.

⁴⁸⁴ Karl Schabrod, undatiert: handschriftliche Notizen Prozess 1959, in: NKS, Ordner 1959.

⁴⁸⁵ Karl Schabrod, undatiert: zur Anklageschrift, Erklärung zur Behauptung der Anklage Seite 2, in: Ordner 1959 – 1961 Juristisches.

keinem Falle verfassungswidrig und gilt auch für die rückliegende Zeit.“ Obwohl das Streben nach Sozialismus nicht illegal sei, tue die Strafverfolgung alles, um kommunistische Bestrebungen, die sich vollständig auf dem „demokratischen und parlamentarischen Weg“ befinden, gewaltsam in die Illegalität zu drängen. Karl Schabrod und die Mitangeklagten versuchten gar nicht erst, sich in irgendeiner Form vom Kommunismus zu distanzieren. Sie beriefen sich auf das Verbotsurteil des BVG, wonach die KPD, aber nicht der Marxismus an sich illegal war (siehe Kap. 7.3). Ebenso wenig rückten sie davon ab, als Fürsprecher der Sowjetunion im Gerichtssaal aufzutreten. Karl Schabrod stritt ab, dass der Bolschewismus irgendwelche Freiheiten „ausgelöscht“ habe und lobte die Sowjetunion für ihre unvergleichbare technische und wissenschaftliche Entwicklung.⁴⁸⁶

Vor allem ‚die freie Meinung‘ bot Karl Schabrod eine Bühne, den Prozess immer wieder zu generalisieren und den vermeintlichen Verfolgungscharakter hervorzuheben. In seiner eigenen Zeitung erklärte er ausführlich, dass es im Kern darum gehe, ob ehemalige KPD-Mitglieder noch im Vollbesitz ihres passiven Wahlrechts seien.⁴⁸⁷

Nach Meinung der Anklage hatte Karl Schabrod die schwerste Schuld auf sich geladen, da es sich bei ihm um einen hochrangigen, ehemaligen Parteifunktionär handelte, der durch seine schriftlichen Beurteilungen die Wahlstrategie der unabhängigen Kandidaten koordiniert hätte. Daher sei es gerechtfertigt, „ihn härter als alle anderen Angeklagten zu bestrafen.“ Strafmildernd wirkten sich sein politisches Engagement beim Wiederaufbau nach 1945 und seine Herzprobleme aus. Die von der Anklage selbst hervorgehobenen Gründe demonstrieren noch einmal die kaum aufzulösende Widersprüchlichkeit des Prozesses. Karl Schabrods politische Verdienste der ersten Nachkriegsjahre wirkten strafmildernd. Dabei vollzog sich diese Aktivität ebenfalls zu 100% im Rahmen der KPD-Politik, aus der Karl Schabrod öffentlich niemals ausbrach. Gewissermaßen war ein Großteil von Karl Schabrods politischen Wiederaufbauverdiensten nur durch seine hohe Stellung in der KPD überhaupt erst möglich gewesen. Dennoch erschien es Staatsanwaltschaft Stinshoff nicht problematisch, Schabrods Tätigkeit in der KPD in den Jahren 1945 – 1947 als strafmildernd hervorzuheben und ihn gleichzeitig aufgrund seiner ehemaligen hohen Stellung in der Partei zum Hauptschuldigen mit erhöhtem Strafmaß zu erklären.⁴⁸⁸

Alle Angeklagten wurden wegen Zuwiderhandlung gegen das KPD-Verbot und Geheimbündelei schuldig gesprochen. Karl Schabrod selbst erhielt eine Bewährungsstrafe von 9 Monaten.⁴⁸⁹ Die von der Staatsanwaltschaft geforderten Nebenstrafen, wie

⁴⁸⁶ Karl Schabrod, 09.06.1959: Schlusswort, in: NKS, Prozessakten, Mappen 1956 – 1962.

⁴⁸⁷ die freie Meinung, 02.05.1959: Der Prozess gegen „Schabrod und andere“ schleppt sich dahin.

⁴⁸⁸ Prozessakte IV 3328/58, 1959, in: Stadtarchiv Düsseldorf, GED 0-1-22-91.0000, S. 200.

⁴⁸⁹ NRZ, 10.06.1959: Angeklagte Kommunisten zu Gefängnis verurteilt.

das Verhängen von Berufsverboten und dem Entzug der bürgerlichen Ehrenrechte, vollstreckte das Gericht nicht.⁴⁹⁰

Nach Verkündung des Urteils veröffentlichte Karl Schabrod eine Broschüre mit dem Titel ‚15 Männer verteidigen ihr Recht – ein politischer Mammutprozess vor der IV. Großen Strafkammer in Düsseldorf‘. Auf 43 Seiten schrieb er seine Sicht des Prozesses nieder. Hier stellte er nicht nur die konkreten Anschuldigungen als falsch hin, sondern griff auch die wesentlichen Argumente seiner Verteidigung auf. Er beschrieb die Angeklagten auf mehreren Seiten als aufrechte Arbeiter und Familienväter, die sich einer Anklage gegenüber gesehen hatten, in der sich potentielle Kriegsverbrecher befanden wie Staatsanwalt Luenen, einen „ehemaligen Kriegsgerichtsrat(es)“. So griff er das Narrativ einer nationalsozialistisch geprägten Kommunistenverfolgung auf.⁴⁹¹

Ebenso zitierte er aus dem Verbotsurteil des Bundesverfassungsgerichts, um aufzuzeigen, dass die Richter zwar die KPD, aber nicht die Theorie des Kommunismus für illegal erklärt hatten (siehe Kap. 7.3). „Wenn also die Lehre des Marxismus und damit das Gedankengut der KPD [...] weiterentwickelt werden kann“, dürfe dies keine automatisierte, strafrechtliche Verfolgung nach sich ziehen. Dieser Grundsatz war nach Schabrods Meinung nicht im Prozess berücksichtigt worden. Staatsanwalt Stinshoff hatte zum gefährdenden Charakter der Zeitung ‚die freie Meinung‘ gesagt, „ein Kommunist kann es sich nicht erlauben, nicht staatsgefährdend tätig zu sein.“ Daher warf Karl Schabrod dem Staatsanwalt Stinshoff vor, eine „Hexenjagd auf Kommunisten“ zu führen, bei der er bloß „die Gesinnung festzustellen brauchte, um dann das Handeln zwangsläufig als gegen die Strafgesetze verstoßend feststellen zu müssen.“ Damit griff Karl Schabrod das größte Problem des Verbotsurteils der KPD auf: die fehlende Definition von erlaubtem Marxismus und illegalem KPD-Kommunismus. Den Strafverfolgungsbehörden und den aktiven Kommunisten blieb es de facto selbst überlassen, die Grenzen des Erlaubten, juristisch und gesellschaftlich auszufeuchten. Schabrod sah in dem Prozess einen Beleg dafür, dass sich die Bundesrepublik zum „autoritären Staat“ entwickelte, in dem die „Refaschisierung“ voranschreite und militärische Szenarien immer wahrscheinlicher würden.⁴⁹²

Karl Schabrods Wahlkampf 1958 zeichnete sich durch eine erhebliche Professionalität aus. Mit der atomaren Abrüstung setzte er ein klares Hauptthema, das er glaubhaft vertrat, über ‚die freie Meinung‘ medial begleitete und das ihm genügend Angriffspunkte für seinen Gegenkandidaten von der CDU bot. Dabei hatte er sich auf zahlreiche erwartbare Behinderungen seines Wahlkampfes vorbereitet. Als ihm die Stadt das Anschlagen seiner Plakate verbot, nutzte er dies für einen direkten Angriff auf die CDU und stellte seine Sicht des Vorfalls in seiner Zeitung da. Kaum planbar war der Erlass des Landes-

⁴⁹⁰ die freie Meinung, 13.06.1959: Rechte bejaht – dennoch verurteilt.

⁴⁹¹ Karl Schabrod, 1959: 15 Männer verteidigen ihr Recht, S. 5 – 8.

⁴⁹² Ebd., S. 10 – 12, 43.

wahlleiters, der Karl Schabrods Kandidatur abrupt stoppte, nachdem sie bereits vom Wahlausschuss genehmigt worden war.

Auf seine Verhaftung im September 1958 reagierte das Ehepaar zunächst schockiert, fand sich aber schnell mit der neuen Situation zurecht. Klara versuchte, mediale Aufmerksamkeit zu generieren und stellte einen Bezug von Karls Verhaftung zum Nationalsozialismus her. Dieses Narrativ der nationalsozialistischen Gesinnungsjustiz, die im Dritten Reich begonnen hatte und nun wieder auflebte, griffen vor allem linke und kommunistische Zeitungen auf. Bei den Vertretern der übrigen Presse erlebte Klara vornehmlich Desinteresse und zuweilen auch offene Anfeindungen.

Im Prozess selbst trafen seitens der Anklage und der Angeklagten völlig unterschiedliche Vorstellungen der aktuellen Rechtssituation aufeinander. Karl Schabrod hatte seit seiner Verhaftung versucht, als politisch Verfolgter wahrgenommen zu werden und beklagt, dass man ihn wie einen simplen Verbrecher behandelte. Er selbst hielt den Vorwurf der nationalsozialistischen Gesinnungsjustiz aufrecht und erhob das Verfahren zum Präzedenzfall über das passive Wahlrecht für Kommunisten. Diese grundsätzlichen Themen rückte er weit mehr in den Vordergrund als den eigentlich Tatvorwurf, den er vollends abstritt.

Die Anklage wiederum versuchte aus der verwirrenden Rechtslage, die das 1. Strafrechtsänderungsgesetz geschaffen und das BVG im Sommer 1956 noch erheblich verschlimmert hatte, eine juristische Eindeutigkeit herauszulesen, die nicht existierte. Für die Staatsanwaltschaft war ein Teil der Beweisführung damit abgeschlossen, die kommunistische Gesinnung der Kandidaten darzulegen, getreu der Aussage des leitenden Staatsanwalts Stinnshoff, „ein Kommunist kann es sich nicht erlauben, nicht staatsgefährdend tätig zu sein.“⁴⁹³ Das eine solche Eindeutigkeit nicht bestand, demonstrierte die Anklage selbst, als sie Karl Schabrods hochrangige Tätigkeit für die KPD gewissermaßen gleichzeitig als strafverschärfend und strafmildernd bewertete.

⁴⁹³ die freie Meinung, 13.06.1959: „Ein Prozeß von Bedeutung“.

11. Die Bundestagswahl 1961 – Karl Schabrods 3. parteilose Kandidatur

11.1 Karl Schabrods Wahlkampf und die Gründung der Kommunistischen Wahlgemeinschaft

Anfang 1961 versendete Karl Schabrod zusammen mit vier weiteren ehemaligen KPD-Funktionären eine Petition an den Bundestagspräsidenten. Hintergrund war das Urteil zur Landtagswahl, das die Kommunisten vor allem als Entzug ihres passiven Wahlrechts begriffen. Daher forderten sie eine politische Klärung, ob sie nun im Vollbesitz dieses Grundrechts seien, um zur Bundestagswahl im Herbst anzutreten.⁴⁹⁴ Karl Schabrod hatte die Frage nach seinem passiven Wahlrecht bereits empört bei der Urteilsverkündung 1959 im Gerichtssaal gestellt und als Antwort erhalten, dass ihm einzig das Recht entzogen worden sei, für die verbotene KPD tätig zu sein.⁴⁹⁵ Daher hängten die fünf Kommunisten an ihre Frage zum passiven Wahlrecht ein kurzes politisches Grundsatzzprogramm an, das aufzeigen sollte, wofür sie sich einsetzten. So forderten sie die Schaffung einer stärkeren Opposition in den Parlamenten, eine nationale Wiedervereinigung, den Abbau von jeglicher Rüstungsindustrie sowie eine nationaler aufgestelltere Wirtschaft und sie bekannten sich klar zur parlamentarisch-demokratischen Ordnung. „Aus den hier dargelegten Gründen ersuchen wir darum – unabhängig von der Herstellung der Legalität der KPD – das Recht zur Kandidatur bei den Bundestagswahlen auch Menschen kommunistischer Gesinnung zu bestätigen und ihnen alle im Grundgesetz festgelegten persönlichen Rechte auf Meinungsfreiheit in Wort und Schrift so wie Versammlungsfreiheit zu gewähren.“ Damit erhob Karl Schabrod wieder die Forderung, Politik nach „kommunistischer Gesinnung“ zu machen und stieß damit wieder in den rechtsfreien Raum zwischen verbotener KPD und erlaubtem Marxismus vor.⁴⁹⁶

Karl Schabrod setzte die Petition ebenfalls als Rundbrief an verschiedene Anwaltskanzleien auf, mit Bitte um eine juristische Einschätzung. Hier begründete er sein Vorgehen damit, dass es ihm „einfach auf einem anderen Wege nicht mehr möglich erscheint, zur Klarheit über die Wahrnehmung des aktiven und passiven Wahlrechts zu kommen.“ Sein passives Wahlrecht sei ihm bei der Landtagswahl 1958 weggenommen worden. Auch jegliche Versuche, rechtlich gegen den Wahlausschuss vorzugehen, seien gescheitert. Für seine im Juni 1958 beim Landesverwaltungsgericht in Düsseldorf eingereichte Klage gegen „die unzulässige und einseitige Einmischung des Innenministeriums in die

⁴⁹⁴ Karl Schabrod an den Deutschen Bundestag, z.Hd. seines Präsidenten Dr. Gerstenmaier, 27.02.1961, in: NKS, Ordner 1961.

⁴⁹⁵ NRZ, 10.06.1958: Angeklagte Kommunisten zu Gefängnis verurteilt.

⁴⁹⁶ Karl Schabrod an den Deutschen Bundestag, z.Hd. seines Präsidenten Dr. Gerstenmaier, 27.02.1961, in: NKS, Ordner 1961.

Nominierung von Wahlkandidaten“ gab es auch zweieinhalb Jahre später noch keinen Verhandlungstermin. Zwar hätten die Verwaltungsgerichte Augsburg und Karlsruhe sowie das Landgericht Frankfurt das passive Wahlrecht von Kommunisten bei ähnlichen Prozessen geschützt, aber es fehle ein letztinstanzliches Urteil, um die Frage abschließend zu klären.⁴⁹⁷ Die Resonanz auf Schabrods Rundbrief war allerdings äußerst gering und keinesfalls eindeutig. Von den 200 angeschriebenen Rechtsanwälten erhielt Karl Schabrod bloß fünf Antworten. Vier der Anwälte sprachen sich für die Durchführbarkeit einer Kandidatur aus, eine Kanzlei dagegen.⁴⁹⁸ Die Antwort aus dem Bundestag, die Mitte April kam, nachdem Schabrod mehrfach schriftlich eine Stellungnahme eingefordert hatte, stellte die Kommunisten ebenso wenig zufrieden. Hier erklärte Dr. Lohmann, der persönliche Referent des Bundestagspräsidenten, dass der Bundestag sich aufgrund seiner Arbeitsbelastung nicht mehr während dieser Legislaturperiode mit der Petition auseinandersetzen könne. Jedoch gab Lohmann seine eigene Einschätzung hierzu ab: „Zu Ihrer Anfrage möchte ich unverbindlich bemerken, daß das passive Wahlrecht nur in Verbindung mit einer auf dem Boden der Verfassung stehenden Partei ausgeübt werden kann, der die Kandidatenaufstellung obliegt.“ Für Karl Schabrod, der bisher bloß als parteiloser Einzelkandidat angetreten war, wirkte der Verweis auf eine verfassungsgetreue Partei allenfalls unzureichend.⁴⁹⁹

Auch die Vertagung seiner Frage, ob er ungehindert zur Bundestagswahl 1961 antreten dürfte auf den Zeitpunkt nach der Wahl, musste wie eine Provokation wirken. Im Oktober, knapp zwei Wochen nach der Wahl, antwortete das Bundesinnenministerium auf die Petition und erklärte den Bundestag für in dieser Frage nicht zuständig. Die Entscheidung der Kandidatenzulassung läge bei den Wahlausschüssen. Ende Januar 1962 erfolgte dann die endgültige Antwort des Bundestags. „Die Petition ist als erledigt anzusehen, weil sich der deutsche Bundestag nach Überprüfung und Beratung im Ausschuss der Stellungnahme der Bundesregierung (Anm. gemeint ist das Schreiben des Innenministers) anschließt.“⁵⁰⁰

Obwohl Karl Schabrod weder vom Bundestag noch von Anwaltskanzleien eine verlässliche Rückmeldung erhalten hatte, die seine Kandidatur in irgendeiner Weise absicherte oder ablehnte, startete er im Mai mit dem Wahlkampf. Hierzu hatte er sich eine Kampagne erdacht, die unter dem Titel ‚Schabrod antwortet Schröder‘ auftrat. Gerhard Schröder war seit 1953 Bundesinnenminister der CDU und trat im Wahlkreis Düsseldorf Mettmann gegen Karl Schabrod an. Schabrod lud in verschiedenen Stadtteilen zu

⁴⁹⁷ Karl Schabrod, 15.03.1961: Rundschreiben, in: NKS, Ordner 1961.

⁴⁹⁸ Karl Schabrod an Arthur (Anm. vermutlich ist der Justizminister Arthur Sträter gemeint), Düsseldorf 06.05.1961, in: NKS, Ordner Juristisches u. Karl Schabrod.

⁴⁹⁹ Dr. Lohmann an Karl Schabrod, 20.04.1961, in: NKS, Ordner 1961.

⁵⁰⁰ Karl Schabrod, undatiert: Wahlrecht nicht entzogen – aber verweigert, in: Archiv Landtag NRW, LTNRW118 Nr. A0208/0658.

Wahlveranstaltungen ein, in denen er die Politik Schröders kritisierte.⁵⁰¹ In Mettmann verbot der Oberkreisdirektor der Polizei die Wahlkampfveranstaltung ‚Schabrod antwortet Schröder‘. Karl Schabrod habe sich für die Veranstaltung als früheres Mitglied der KPD-Landtagsfraktion beworben und schon „daraus ergibt sich, dass Schabrod sich auch heute noch zu dem verfassungsfeindlichen Gedankengut der verbotenen KPD bekennt und dieses in der Wählerversammlung weiterverbreiten will.“ Nach Auffassung des Oberkreisdirektors bedeutete die Veranstaltung eine „Bedrohung der öffentlichen Ordnung“.⁵⁰² Fünf Tage später durchsuchte die Polizei Karl Schabrods Haus und beschlagnahmte alle Wahlplakate zu ‚Schabrod antwortet Schröder‘.⁵⁰³

Da auch die Folgeveranstaltung in Ratingen verboten wurde, nahm Karl Schabrods Wahlkampagne ein vorzeitiges Ende. Er hielt dennoch an seiner Strategie fest, verlagerte aber das zentrale Medium seiner Veranstaltung. Wenige Wochen nach den Verboten gab er die Broschüre ‚Karl Schabrod – Antwort an Dr. Schröder (CDU)‘ heraus. Auf 23 Seiten schilderte er die Veranstaltungsverbote und kritisierte den amtierenden Innenminister und die CDU für ihre militaristische Politik.⁵⁰⁴ Es dauerte nicht lange, bis die Broschüre zu einer verbotenen Veranstaltungsreihe ebenfalls in den Fokus der Strafverfolgung geriet. Karl Schabrod erhielt am 30. Juni die briefliche Mitteilung vom Amtsgericht Düsseldorf, dass seine Broschüre ebenfalls verboten sei.⁵⁰⁵

Die polizeilichen Veranstaltungsverbote machten Karl Schabrods Präsenzwahlkampf beinahe unmöglich. Teilweise ergingen sie erst wenige Stunden vor dem geplanten Veranstaltungsbeginn und es gab kaum Möglichkeiten, sie abzuwenden. Karl Schabrod legte gegen die Verbote seiner Veranstaltungen ‚Schabrod antwortet Schröder‘ und ‚Mein Deutschland-Plan für Frieden, Abrüstung und Verständigung‘ rechtliche Beschwerde ein. Jedoch erstreckte sich die Bearbeitungsdauer der Beschwerden weit über die eigentlichen Veranstaltungstermine hinaus. Dies führte auch Düsseldorfs Regierungspräsident an, der Schabrods Beschwerden im Juli und November für nichtig erklärte: „Die in der Polizei-Verfügung enthaltenen Verbote sind inzwischen durch Zeitablauf gegenstandslos geworden. Damit ist auch der Widerspruch gegenstandslos geworden.“⁵⁰⁶ Diese Argumentation machte das Vorgehen gegen ein Veranstaltungsverbot unmöglich. Der Rechtsweg war zu langsam, um ein Verbot vor Veranstaltungstermin aufzuheben und danach sei jede Klärung über die Rechtmäßigkeit eines Verbotes hinfällig, weil die Veranstaltung ja nun nicht mehr stattfinden könne. Karl Schabrod ließ diese in sich geschlossene und sehr fragwürdige Argumentation nicht gelten. Er trug seine Beschwerde zum Verwaltungsgericht Düsseldorf und sagte:

⁵⁰¹ Karl Schabrod, 15.05.1961: Einladung zur Wählerversammlung, in: NKS, Ordner 1961.

⁵⁰² Oberkreisdirektor der Polizeibehörde Mettmann an Karl Schabrod, 25.05.1961, in: NKS, Ordner 1961.

⁵⁰³ Polizeipräsident – 14. Kommissariat –, 30.05.1961: Abschrift, in: NKS, Ordner 1961.

⁵⁰⁴ Karl Schabrod, 1961: Antwort an Dr. Schröder (CDU), Düsseldorf, in: NKS, Ordner 1961.

⁵⁰⁵ Amtsgerichtsrat Fischer, 30.06.1961: Beschluss 50 II Gs2425/61, in: NKS, Ordner 1961.

⁵⁰⁶ Regierungspräsident an Rechtsanwalt Peters, 02.11.1961, in: NKS, Ordner 1961.

Es bestünde, trotz des unwiederbringlichen Wegfalls der Veranstaltung, ein juristisches Interesse, die Rechtmäßigkeit des Verbotes zu klären. Ein solches Urteil besäße grundsätzlichen Charakter und würde für mehr Rechtssicherheit in Bezug auf die Verbotensvorschriften sorgen. Zusätzlich machte er Schadensersatzforderungen für den Veranstaltungsausfall geltend. Das Verwaltungsgericht schloss sich allerdings zu 100% der Argumentation des Regierungspräsidenten an, „weil die Anfechtungsklage in Fällen, in denen der angefochtene Verwaltungsakt – wie hier – durch Zeitablauf gegenstandslos geworden ist, nicht mehr zulässig erscheint.“⁵⁰⁷

Karl Schabrod legte dagegen Beschwerde ein und damit verschob sich der Rechtsstreit um die verbotenen Versammlungen zur Bundestagswahl 1961 bis in den Sommer 1963. Erst das Obergericht in Münster erkannte die Rechtmäßigkeit der Beschwerde an, urteilte aber zu Gunsten der Polizei. Schabrods Veranstaltungen hätten zu große Nähe zu SED-Programmen aufgewiesen. Auch hier weigerte sich Karl Schabrod, das Urteil anzuerkennen und reichte abermals Beschwerde ein, bis der Rechtsweg völlig ausgeschöpft war.⁵⁰⁸ Für Karl Schabrod selbst hatte die juristische Auseinandersetzung längst die Ausmaße eines Präzedenzfalls angenommen, der über die Rechtmäßigkeit seiner Versammlungsfreiheit bestimmte. Seinem Rechtsanwalt Dr. Rebenburg gegenüber verdeutlichte Karl Schabrod, welche Bedeutung er dem Rechtsstreit beimaß. Mit einer Bestätigung des Verbots „wäre ich ja für alle Zeiten mein Versammlungsrecht als demokratischer Bürger los.“⁵⁰⁹

Die konstanten Verbotensvorschriften, die vor allem mit Karl Schabrods Nähe zur KPD begründet wurden, übten einen erheblichen Druck auf seinen Wahlkampf aus. Daher inserierte er öffentlich eine politische und frei zugängliche Versammlung am 09. Juli 1961 in Hagen. Dieses Treffen sollte zur Gründung einer Wahlgemeinschaft führen, damit die parteilosen Kandidaten nicht mehr mit dem Vorwurf der KPD-Mitgliedschaft konfrontiert wurden. Das Ergebnis der Hagener Versammlung, die ohne polizeiliche Störung ablief, war die KWG (Kommunistische Wahlgemeinschaft).⁵¹⁰ Als Grundsatzprogramm dienten die politischen Eckpunkte der bereits im Februar an den Bundestag geschickten Petition.⁵¹¹ Die ordentliche Anmeldung beim zuständigen Wahlleiter erfolgte knapp zwei Wochen später am 21. Juli 1961.⁵¹²

Die ‚SZ‘ (Süddeutsche Zeitung) sah in der Gründung der KWG einen reinen Provokationsakt: „Wahlkreisbewerber treten auf, die offen erklärten, daß sie Kommunisten seien, einmal um der Bevölkerung zu zeigen, daß die KPD trotz Verbot noch lebe, zum anderen, um zu testen, wie weit man heute in der Bundesrepublik gehen

⁵⁰⁷ Verwaltungsgericht Düsseldorf an Rechtsanwalt Dr. Rebenburg, 22.11.1962, in: NKS, Ordner 1962.

⁵⁰⁸ Hermann Rebenburg an Karl Schabrod, Wuppertal 16.08.1963, in: NKS, Ordner 1963.

⁵⁰⁹ Karl Schabrod an Dr. Rebenburg, Düsseldorf 19.08.1963, in: NKS, Ordner 1963.

⁵¹⁰ Karl Schabrod, 12.07.1962: Schlusswort (18. Verhandlungstag), in: NKS, Ordner 1962.

⁵¹¹ Klara Schabrod, Emilie Sander, Margot Schröder, 22.06.1962: Der politische Prozess, Oberhausen, in: NKS, Ordner 1962.

⁵¹² VVN Kreisverwaltung Düsseldorf, 1962: Karl Schabrod ein deutsches Schicksal, S. 20.

könne, ehe die Schutzorgane eingreifen.“ Außerdem prognostizierte die ‚SZ‘, dass die KWG und die übrigen kommunistischen Bewerber von der Wahl ausgeschlossen werden würden, was zu einer medialen Instrumentalisierung durch die illegale KPD führe, um die undemokratischen Zustände in der Bundesrepublik anzuprangern.⁵¹³ Die von der Zeitung vorhergesagte Eskalationsspirale setzte exakt einen Tag nach Anmeldung der KWG ein. Am 22. Juli ließ die Staatsanwaltschaft Dortmund die Wohnung von Karl Schabrod durchsuchen, beschlagnahmte die nachgedruckten Broschüren von ‚Antwort an Dr. Schröder‘ sowie alles, was mit der KWG in Verbindung stand.⁵¹⁴ Karl Schabrod wiederum kam noch am selben Tag in Untersuchungshaft, die bis zum 18. Oktober 1961 andauerte.⁵¹⁵ Neben Karl Schabrod wurden noch fünf weitere Mitglieder der KWG verhaftet. Auf Weisung des Bundeswahlleiters lehnten die Kreiswahlausschüsse auch alle verbliebenen 33 KWG-Mitglieder, bis auf A. Theobald, ab.⁵¹⁶

Karls Ehefrau Klara versuchte in mehreren Schreiben, eine Haftentlassung zu erreichen, indem sie auf den angeschlagenen Gesundheitszustand ihres Mannes aufmerksam machte. Karl litt unter akuten Herzproblemen, die sich in Form von Durchblutungsstörungen bemerkbar machten und in der Haftanstalt nicht ausreichend versorgt werden konnten.⁵¹⁷ Mitte September nahm die Leitung der Haftanstalt Düsseldorf-Derendorf hierzu Stellung und erklärte schriftlich, dass die gesundheitliche Betreuung von Karl Schabrod durchaus gewährleistet sei und er sich noch mit keinem medizinischen Anliegen an den Anstaltsarzt gewandt habe. Die Staatsanwaltschaft wiederum hielt die Untersuchungshaft wegen akuter Verdunklungsgefahr aufrecht, da sie fürchtete, Karl Schabrod würde sich in die DDR absetzen.⁵¹⁸

Karl Schabrod bat Ende September 1961 Justizminister Flehinghaus aus der Untersuchungshaft heraus um eine Verfahrensbeschleunigung, damit die Frage des passiven Wahlrechts endlich geklärt werden könne. Dabei verwies er auf die zahlreichen rechtlichen Probleme, mit denen er sich seit Jahresanfang rumgeschlagen hatte. Er gab an, dass seine Petition an den Bundestagsausschuss ein Ermittlungsverfahren nach sich gezogen habe, Wahlkampfveranstaltungen verboten und Broschüren beschlagnahmt worden seien. Es gab Hausdurchsuchungen, er sei wegen der Gründung der KWG inhaftiert und seine Beschwerde an den Landeswahlleiter wegen Wahlbehinderung sei nicht beantwortet worden.⁵¹⁹ Am 18. Oktober endete die Untersuchungshaft, weil nach

⁵¹³ SZ, 08./09.07.1961: Die Kommunisten rühren sich wieder.

⁵¹⁴ Polizeipräsident 14. Kommissariat, 22.07.1961: Tgb.-Nr. 2995/61, in: NKS, Ordner 1961.

⁵¹⁵ Entlassungsschein in der Strafsache 50II Gs 4032/61, in: NKS, Ordner 1961.

⁵¹⁶ DVZ, 21.09.1961: Dürfen Kommunisten kandidieren.

⁵¹⁷ Dr. Ahlich, 18.09.1961: Beschluss 4 Ws 12/61 OLG Hamm, in: NKS, Ordner 1961; Klara Schabrod an den Justizminister und die Mitglieder des Justizausschuß, 01.09.1961, in: NKS, Ordner 1961.

⁵¹⁸ Vorstand des Strafgefängnisses und der Untersuchungshaftanstalt Düsseldorf-Derendorf an Klara Schabrod, 21.09.1961, in: NKS, Ordner 1961.

⁵¹⁹ Karl Schabrod an den Justizminister 24.09.1961, in: NKS, Ordner 1961.

Einschätzung der Strafverfolgungsbehörden Karl Schabrods Verdunklungsgefahr nun nicht mehr so groß sei.⁵²⁰

11.2 Der Prozess gegen Karl Schabrod wegen Gründung der Kommunistischen Wahlgemeinschaft 1962

Karl Schabrod zeigte sich nach der Entlassung aus der Haft kämpferisch und berief Anfang November 1961 eine Pressekonferenz in seiner Wohnung ein. Zusammen mit den anderen Gründungsmitgliedern der KWG erklärte er, die Bundestagswahl rechtlich anzufechten, da sie durch ihre Verhaftungen faktisch gezwungen gewesen waren, ihre Wahlkandidatur aufzugeben.⁵²¹

Anfang 1962 bereitete Karl Schabrod seine Verteidigung im Prozess zu seiner Bundestagswahlkandidatur vor. Dabei forderte er seinen Rechtsanwalt Heinz Peters auf, viel stärker die eigentliche Kandidatur in den Fokus der Verteidigung zu rücken. Schabrod wollte den Prozess ebenso mit dem laufenden Rechtsstreit um das Verbot der ‚freien Meinung‘ verbinden (Anm. siehe Kap 9). Peters sollte sich Strategien überlegen, damit die Staatsanwaltschaft Karl Schabrods verbotene Zeitung als Belastungsindiz gegen ihn anführte. Er bereitete sich gezielt darauf vor, die entsprechenden Textstellen konkret zu widerlegen. Peters reichte diesbezüglich Anträge ein, um Rechercheexemplare der ‚freien Meinung‘ wieder ausgehändigt zu bekommen. Zuletzt verlangte Karl Schabrod von seinem Anwalt, nicht wieder wie 1959 in einem Sammelprozess angeklagt zu werden, sondern dass sein Fall als Einzelklage verhandelt werden soll, damit er nicht wochenlang auf der Zuhörerbank sitzen müsse.⁵²² Sein Wunsch nach einem Einzelprozess wurde abgelehnt und er wurde zusammen mit drei weiteren KWG-Mitgliedern angeklagt. Karl Schabrods klare Vorstellung über Art und Inhalt des Prozesses, die sogar soweit ging, in die Strategie seines Anwaltes einzugreifen, verdeutlichen, dass er den Gerichtssaal inzwischen als politische Bühne adaptiert und sich auf ein solches Szenario vorbereitet hatte. Mehrfach hatte er seine juristischen Auseinandersetzungen als Präzedenzfälle zum Verbleib von Grundrechten definiert und hier erhob er den Anspruch, zu dirigieren, wie der kommende Prozess ablaufen sollte.⁵²³

Die Staatsanwaltschaft betonte nicht nur Karl Schabrods vermeintlich rechtswidriges Verhalten im Bundestagswahlkampf 1961, sondern verwies auch auf die früheren juristischen Auseinandersetzungen aufgrund seiner politischen Aktivitäten. Neben der Landtagskandidatur führte sie auch die rechtswidrige Tätigkeit für die KPD in den

⁵²⁰ Interne Mitteilung, 10.1961: lnw 15 pol, in: Archiv Landtag NRW, LTNRW118 Nr. A0208/0658.

⁵²¹ Karl Schabrod, 06.11.1961: Einladung zur Pressekonferenz, in: NKS, Ordner 1961.

⁵²² Karl Schabrod an Rechtsanwalt Peters, Düsseldorf 18.02.1962, in: NKS, Ordner 1962.

⁵²³ Rechtsanwalt Peters an Karl Schabrod, Düsseldorf 19.03.1962, in: NKS, Ordner 1962.

Jahren 1951 bis 1956 an. Konkret bezog sie sich auf die Sammelanklage gegen Karl Schabrod wegen Herausgabe zahlreicher Schriften, die im Oktober 1957 aufgrund von Verjährungsfristen eingestellt worden war (siehe Kap. 7.1).⁵²⁴ Das die Staatsanwaltschaft Schabrods politische Tätigkeit der Jahre 1951 bis 1956 als illegale Parteiarbeit darstellte, lag an einer Eigenart des KPD-Verbots. Das Bundesverfassungsgericht hatte durch sein Urteil im August 1956 den Verbotsantrag von 1951 rückwirkend bestätigt und damit konnten KPD-Funktionäre auch für ihre Tätigkeit vor dem KPD-Verbot juristisch belangt werden. Dies betraf Bundestags-, Landtags-, Kreistagsabgeordnete und Mitarbeiter des KPD-Apparates. Bis August 1959 ergingen so 60 Verurteilungen gegen KPD-Funktionäre und 81 weitere Prozesse standen noch aus. Erst im März 1961 hob das Bundesverfassungsgericht die rückwirkende Strafverfolgung auf und erklärte den §90a Satz 3 STGB für nichtig. Zur Begründung zogen die Verfassungsrichter das Parteienprivileg heran, welches die KPD-Mitglieder vor einer Strafverfolgung schützte. Das Urteil war das Ergebnis einer bereits im Juni 1957 eingereichten Verfassungsbeschwerde durch den Strafverteidiger Diether Posser.⁵²⁵

Warum die Anklage dies im Prozess gegen Schabrod nicht berücksichtigte, bleibt unklar. Für Karl Schabrod selbst war der Vorwurf jedoch völlig inakzeptabel und unverständlich. Ein Verbot könne nicht einfach rückdatiert werden. Ergänzend betonte er, dass er überhaupt nicht wisse, was er Illegales für die Partei im Zeitraum 1951 bis 1956 getan haben soll. Er sei ein gewählter Abgeordneter gewesen und rief dazu auf, Leumundszeugen anderer Parteien einzuladen, darunter auch Konrad Adenauer, die ihn als Landtagspolitiker erlebt hatten. Diese sollten bestätigen, dass er sich keine Rechtswidrigkeit hatte zu Schulden kommen lassen.⁵²⁶

Wie von Karl Schabrod erhofft, führte die Staatsanwaltschaft ‚die freie Meinung‘ gegen ihn an. Jedoch bemühte sich die Anklage nicht, den verfassungsfeindlichen Inhalt aus den Artikeln herauszuarbeiten, sondern verglich Schabrods Artikel mit denen der Zeitung ‚Neues Deutschland‘, dem Zentralorgan der SED. Durch zahlreiche Ähnlichkeiten sah sie den illegalen Charakter und die organisatorische Verbindung zur KPD bestätigt. Auch die Presseerzeugnisse der übrigen Mitangeklagten Emil Sander und Wolfgang Schröder standen im Verlauf der nächsten Verhandlungstage im Fokus der Anklage.⁵²⁷ Die Staatsanwaltschaft legte die mangelnde Distanz der Angeklagten zur SED auch in anderen Bereichen offen. So antwortete Karl Schabrod auf die Frage, wie er zum Bau der Berliner Mauer stehe, dass dies „hauptsächlich das Ergebnis einer falschen Politik der Bundesregierung und unvermeidbar gewesen“ sei.⁵²⁸

⁵²⁴ Karl Schabrod, undatiert: Meine Rechtssituation vor dem Verbot der KPD, in: NKS, Ordner 1962.

⁵²⁵ von Brünneck 1978, Politische Justiz gegen, S. 149 – 151.

⁵²⁶ Karl Schabrod, undatiert: Meine Rechtssituation vor dem Verbot der KPD, NKS, Ordner 1962.

⁵²⁷ Klara Schabrod, Emilie Sander, Margot Schröder, 19.05.1962 u. 26.05.1962: Der Politische Prozess, in: Archiv Landtag NRW, LTNRW118 Nr. A0208/0658.

⁵²⁸ Klara Schabrod, Emilie Sander, Margot Schröder, 01.06.1962: Der Politische Prozess, in: NKS, Ordner 1962.

Karl Schabrod versuchte die zahlreichen gegen ihn erhobenen Vorwürfe, die sich vornehmlich darauf konzentrierten, dass er ein politischer Wiederholungstäter sei, zu entkräften, indem er die Vorfälle einzeln aufrollte. Die Rechtmäßigkeit der KWG verteidigte er bis zum Schluss und verwies auf seine Petition an den Bundestag vom Februar 1961. Ebenso hatte er die KWG im Rahmen einer öffentlich angekündigten Versammlung gegründet, um ihr jeden Anstrich einer geheimen Tarnorganisation zu nehmen. Bis zu seinem Schlussplädoyer spannte Schabrod immer wieder den Bogen zum Landtagswahlprozess und dem Verbot der ‚freien Meinung‘. Ihm seien durch das Vorgehen der Polizei, des Innenministers und der Staatsanwaltschaft diverse Grundrechte eingeschränkt oder sogar entzogen worden. Hierzu zählte er das Recht auf Gewerbefreiheit, Pressefreiheit, Informationsfreiheit, das passive Wahlrecht und die Versammlungsfreiheit auf. „Praktisch wurde ich entrechtet“, fasste er zusammen und zwar ohne, dass eine Aberkennung dieser Rechte mitgeteilt worden sei. Zusätzlich verband er den Kampf um seine Grundrechte mit nationaler und internationaler Politik und nutzte den Gerichtssaal auch als offene Bühne für seine politischen Grundüberzeugungen: „Dennoch muss ich, wenn auch nur kurz, mein Hauptmotiv nennen, warum es mir so unbedingt notwendig erschien, mein demokratisches Recht auch zu benutzen. Es ist meine Meinung, dass die Politik der Bundesregierung in keiner Weise den friedlichen und nationalen Interessen unseres Volkes entspricht. Seit 12 Jahren, seit der heimlichen Zustimmung Dr. Adenauers zu der von den USA gewünschten Remilitarisierung, bin ich in grösster Sorge, dass wiederum von deutschen Rüstungsinteressenten ein Krieg vom Zaune gebrochen wird, so wie es in diesem Jahrhundert schon zweimal geschah.“⁵²⁹

Der Prozess endete am 23. Juli 1962. Karl Schabrod wurde schuldig gesprochen und wegen akuter Fluchtgefahr zusammen mit dem Mitangeklagten Emil Sander sofort in das Gefängnis überführt. Das Strafmaß lautete zwei Jahre Gefängnis, fünf Jahre Berufsverbot als Journalist sowie ein fünfjähriger Entzug des aktiven und passiven Wahlrechts.⁵³⁰ Die sofortige Inhaftierung war für das Ehepaar Schabrod besonders unverständlich, denn Karl Schabrod besaß einen Revisionsanspruch, den er auch sofort geltend machte. So war er gezwungen seine Strafe abzusitzen, ehe sie überhaupt rechtsgültig wurde.⁵³¹ Klara versuchte, ihrem Mann mit allen Kräften beizustehen und betonte, wie stolz sie auf sein politisches Engagement sei. „Es wäre ungerecht gegen Dich, Deinem tapferen Beispiel nicht zu folgen“, schrieb sie zwei Wochen nach seiner Verurteilung.⁵³²

Im Verlauf der Verhandlung hatte der Mediziner Karl Hagedorn Kontakt zu Klara aufgenommen, nachdem er aus der Presse von der Verhandlung gehört hatte. Hagedorn war

⁵²⁹ Karl Schabrod 12.07.1962: Schlusswort (18. Verhandlungstag), in: NKS, Ordner 1962.

⁵³⁰ Die Tat, 28.07.1962: Schabrod und Sander im Gerichtssaal verhaftet.

⁵³¹ Karl Schabrod an Klara Schabrod, Düsseldorf 24.07.1962, in: Mahn- und Gedenkstätte Düsseldorf, GED-23-004-300.000.

⁵³² Klara Schabrod an Karl Schabrod, Düsseldorf 29.07.1962, in: NKS, Ordner 1962.

niedergelassener Facharzt und hatte nach Kriegsende dem sogenannten Zehnerausschuss in Düsseldorf vorgestanden, einem Antifa-Gremium, dass die Organisation der Stadt nach Kriegsende kurzfristig verwaltet hatte. Hagedorn hatte Karl Schabrod während seiner Ratsherrenzeit kennengelernt und wusste von seinen chronischen Herzproblemen.⁵³³ Nach dem Urteil stellte er Klara einen fachärztlichen Befund aus, wonach „die Haft mit ihren Stress-Momenten“ zu einer raschen Verschlechterung von Schabrods Herzleiden führen könne. Klara hoffte, so eine Haftentlassung ihres Mannes zu erreichen.⁵³⁴ Karl Schabrod hoffte hingegen, über seine politischen Kontakte zum Justizausschuss eine Entlassung seiner Haft zu beschleunigen.⁵³⁵

Karl Schabrod entwickelte aus der Haft heraus eine eigene Revisionsstrategie, wie schon bei der Vorbereitung des ersten Prozesses. Dies führte aber zu Auseinandersetzungen mit seinem Rechtsanwalt Peters, der wegen mangelnder Erfolgchancen von einem teuren Revisionsprozess abriet. Daraufhin drohte Schabrod damit, sich einen neuen Rechtsanwalt zu suchen, wenn Peters dazu nicht bereit sei. Er forderte ihn auf, unverzüglich die Revision und weitere nötige Anträge einzureichen, damit Karl Schabrod den Prozess aus dem Gefängnis heraus vorbereiten könne. Dabei misstraute er Peters so weit, dass Klara überprüfen sollte, ob der Rechtsanwalt dieser Anordnung auch nachgekommen sei.⁵³⁶

Für Karl Schabrod stellte der Prozess auch weiterhin einen juristischen Grundsatzstreit um zentrale Grundrechte dar. Er schrieb, dass die Revisionsverhandlung sehr viele Probleme zu behandeln habe, wie die Auslegung des KPD-Verbots, die Gewerbe- und Pressefreiheit, das Versammlungsrecht, die Informationsfreiheit, das Recht auf Opposition sowie das Recht auf Gründung einer verfassungsmäßigen Partei. Hierzu stellte er die Überlegung an, den Rechtsanwalt Diether Posser hinzuzuziehen, der durch seine Verfassungsbeschwerde 1957 eine Abschwächung des Strafrechtsänderungsgesetzes erreicht hatte.⁵³⁷ Doch ihm fehlte bereits das beständige Einkommen, um Rechtsanwalt Peters dauerhaft zu bezahlen. So musste er zwei Schreibmaschinen in Zahlung geben, um die benötigten Gelder für die Anwaltsrechnung im Sommer 1962 aufzubringen.⁵³⁸ Dennoch gelang es ihm Ende November 1962, Diether Posser als zweiten Verteidiger für den Revisionsprozess zu gewinnen.⁵³⁹

⁵³³ Dr. med. Hagedorn an Klara Schabrod, 12.05.1962, in: Archiv Landtag NRW, LTNRW118 Nr. A0208/0658.

⁵³⁴ Dr. med. Hagedorn, 08.08.1962: fachärztlicher Befundbericht, in: NKS, Ordner 1962.

⁵³⁵ Karl Schabrod an Klara Schabrod, 04.09.1962, in: NKS, Ordner 1962.

⁵³⁶ Karl Schabrod an Klara Schabrod, Düsseldorf, 31. 07.1962, in: Mahn- und Gedenkstätte Düsseldorf, GED-23-004-300.000.

⁵³⁷ Karl Schabrod an Klara Schabrod, Düsseldorf 14.8.1962, in: Mahn- und Gedenkstätte Düsseldorf, GED-23-004-300.000.

⁵³⁸ Karl Schabrod an Waltraud und Konrad, Düsseldorf 08.08.1962, in: Mahn- und Gedenkstätte Düsseldorf, GED-23-004-300.000.

⁵³⁹ Karl Schabrod an Klara Schabrod, 27.11.1962, in: NKS, Ordner 1962.

Obwohl Karl Schabrod seinen Haftalltag mit der Planung seiner Revision füllte, belastete ihn die Gefängniszeit psychisch sehr. Er beschrieb, dass der erste Monat noch immer der schlimmste und anstrengendste für ihn sei. Das Gefängnis strafte ihn in vielen Bereichen zum politischen Nichtstun ab. Die Zustellung von Büchern geschehe nur unregelmäßig. Er vermutete dahinter eine „staatsbürgerliche Umerziehung“ durch die Justizvollzugsbeamten, die so ihre Macht demonstrieren wollten. In dem Versuch die Haftzeit sinnstiftend zu nutzen, las Karl Schabrod die ihm zugestellten Zeitungen ‚die Welt‘ und die ‚Düsseldorfer Nachrichten‘ gleich mehrfach. Er war dabei so sehr von dem Wunsch getrieben, politisch tätig zu sein, dass er die Zeitungsartikel analysierte und kommentierte. So schrieb er seinem Stiefsohn Konrad, dass er den Pro-Kopf-Verbrauch von Butter und Fleisch in der DDR anhand der Zahlen eines ‚Welt‘-Artikels ausgerechnet habe, und entschieden widersprechen müsse, dass in der DDR gehungert würde.⁵⁴⁰

Ernüchtert hielt er im September 1962 fest, dass er den 150. Haftmonat seines Lebens begonnen habe.⁵⁴¹ Hoffnungsvoller wirkte Karl Schabrod erst wieder Ende September, als ihm endlich die zurückgehaltenen Bücher übergeben worden. Besonders fieberte er dem Haftprüfungstermin im Oktober entgegen, von dem er sich eine Entlassung erhoffte.⁵⁴² Als er allerdings Mitte Oktober erfuhr, dass es sich um einen rein schriftlichen Termin handelte, zu dem er bloß eine Stellungnahme einreichen durfte, glaubte er nicht mehr an eine Haftentlassung, da er nicht in die eigentliche Verhandlung eingreifen könne.⁵⁴³ Vergeblich versuchte er daher, einen mündlichen Termin zu erwirken.⁵⁴⁴ Ende Oktober erfuhr Karl Schabrod, dass seine Haftentlassung während des schriftlichen Prüfungstermins abgelehnt worden war.⁵⁴⁵

11.3 Karl Schabrods Revisions- und Wiederholungsprozess 1963 – 1965

Zum Jahresanfang 1963 stieß Gustav W. Heinemann zu Schabrods Anwaltsteam für den geplanten Revisionsprozess hinzu. Heinemann zählte zu den Mitbegründern der CDU, war ehemaliger Justizminister Nordrhein-Westfalens, kurzzeitig auch Bundesinnenminister und 1957 schließlich in die SPD eingetreten. Als strikter Gegner der Wiederbewaffnung war er in ständige Auseinandersetzung mit Kanzler Adenauer geraten und

⁵⁴⁰ Karl Schabrod an Waltraud und Konrad, Düsseldorf, 08.08.1962, in: Mahn- und Gedenkstätte Düsseldorf, GED-23-004-300.000.

⁵⁴¹ Karl Schabrod an Klara Schabrod, 18.09.1962, in: NKS, Ordner 1962.

⁵⁴² Karl Schabrod an Klara Schabrod, 25.09.1962, in: NKS, Ordner 1962.

⁵⁴³ Karl Schabrod an Klara Schabrod, 10.10.1962, in: NKS, Ordner 1962.

⁵⁴⁴ Karl Schabrod an Klara Schabrod, 16.10.1962, in: NKS, Ordner 1962.

⁵⁴⁵ Karl Schabrod an Klara Schabrod, 24.10.1962, in: NKS, Ordner 1962.

hatte 1962 den ‚Spiegel‘ im Prozess um die Spiegelaffäre vertreten.⁵⁴⁶ Auch mit dem aufgestockten und gewissermaßen prominenten Anwaltsteam brachte sich Karl Schabrod weiter aktiv in die Erarbeitung seiner Prozessstrategie ein. Im Februar 1963 teilte er Rechtsanwalt Posser acht Argumentationen mit, die unbedingt in die Revision aufgenommen werden müssten. Zunächst beklagte er, dass sich die Revisionschrift „in einem viel zu engen Rahmen“ bewege und das Verfassungsrecht stärker betonen solle als das Strafrecht. Ebenso verwies er auf das Völkerrecht in Form der Nürnberger Prozesse, wo die SS zur verbrecherischen Organisation erklärt worden war. Die Bundesrepublik hatte daraus keine Pauschalverurteilung der einzelnen SS-Mitglieder abgeleitet, sondern forderte für jeden Fall einen individuellen Schuldnachweis. „Inkonsequenterweise weicht die bundesdeutsche Justiz von dieser Richtschnur ab, sobald es sich um Mitglieder der KPD handelt.“ Zusätzlich verlangte er, die undifferenzierte Einstufung des Gerichts als KPD-Mitglied klarer zu kontextualisieren. Hierzu führte er die verschiedenen politischen Strömungen und Entwicklungen des internationalen Kommunismus aus, von denen er sich wünschte, dass sie im Verfahren erläutert werden sollten. Insgesamt warf er der bundesdeutschen Justiz vor, sie befände sich „auf dem Weg der Stalin-Justiz und nimmt die bloße Wahrscheinlichkeit schon für den eigentlichen Schuldbeweis.“⁵⁴⁷

Dabei appellierte Karl Schabrod eindringlich an seine Anwälte, nicht seine baldige Freilassung als vorderstes Ziel zu betrachten. „Viel richtiger ist es, auch wenn der sofortige Erfolg noch ausbleibt oder noch nicht sichtbar wird, der reaktionären Justiz die Schranken enger zu ziehen und die demokratische Rechtssicherheit wiederherzustellen.“ Dafür erklärte er sich auch bereit, eine Verurteilung in Kauf zu nehmen und verglich seine Situation mit der August Bebel's während der Sozialistengesetze.⁵⁴⁸

Am 27. Februar 1963 kam Karl Schabrod zu seiner eigenen Überraschung wieder frei.⁵⁴⁹ Im Gegenzug hatte er sich bis Ende Juli zweimal wöchentlich bei der Polizei in Düsseldorf zu melden, um seine Freilassung aufrecht zu erhalten.⁵⁵⁰ Das Revisionsverfahren selbst war für den 13. November 1963 angesetzt. Karl Schabrod hatte im Vorfeld der Verhandlung eine eigene Pressekonferenz einberufen, in der er noch einmal die grundsätzliche Dimension des Prozesses verdeutlichte, die weit über seine konkrete Person hinausginge. Den Intendanten (a. D.) Otto Schönfeldt, der zahlreiche Unterschriften für Schabrods Freilassung gesammelt hatte und der kein Kommunist war, besorgte dies sehr. Er mahnte Karl Schabrod, sich nicht von kommunistischen Parteiinteressen einspannen zu lassen. Seine Rechte als Staatsbürger seien verletzt worden,

⁵⁴⁶ Rechtsanwälte Dr. Heinemann, Dr. Posser, Dr. Bartsch an das Landgericht Düsseldorf, 4. Strafkammer, 15.02.1963, in: NKS, Ordner Einlassung Schlusswort (3x überarbeitet) 1962/63. Zur Biographie Heinemanns: Gustav Heinemann 1899 – 1976, in: <https://www.hdg.de/lemo/biografie/gustav-heinemann.html>.

⁵⁴⁷ Karl Schabrod an Rechtsanwalt (Anm. Name fehlt), Düsseldorf, 27.02.1963, in: NKS, Ordner 1963.

⁵⁴⁸ Ebd.

⁵⁴⁹ Karl Schabrod an Dagmar Horstmann, Düsseldorf 06.03.1963, in: NKS NY-4242, Ordner 04.

⁵⁵⁰ Landgericht Düsseldorf, 25.07.1963: Beschluss IV -176/62, NKS, Ordner 1963.

darum habe es hauptsächlich im Prozess zu gehen. Seine kommunistische Gesinnung sei für das Verfahren zweitrangig.⁵⁵¹

Bereits am 23. November 1963 fällte der dritte Senat des Bundesgerichtshofs sein Urteil im Revisionsprozess. Er hob das vormalige Urteil auf und ordnete an, das komplette Verfahren gegen Karl Schabrod in einem Wiederholungsprozess beim Landgericht neu zu eröffnen. Der BGH begründete seine Entscheidung damit, dass bei der Bemessung von Karl Schabrods Strafmaß wichtige Punkte nicht berücksichtigt worden seien. Weder seine Widerstandstätigkeit im Nationalsozialismus noch seine Verdienste am Wiederaufbau nach 1945 seien ausreichend bei der Strafmilderung eingeflossen. Zusätzlich hatte das Landgericht eine härtere disziplinarische Bestrafung für Karl Schabrod gefordert, weil er „unbelehrbar“ sei. Dies begriff der BGH als inneren Widerspruch. Der BGH hegte keinen Zweifel an der Schuld Karl Schabrods. In diesem nun folgenden dritten Prozess sollte es primär um eine gerechtere Berechnung des Strafmaßes gehen.⁵⁵²

Die Ausgangssituation von anerkannter Schuld mit noch unbekanntem Strafmaß führte im Juli 1964 dazu, dass die Staatsanwaltschaft Karl Schabrod dazu aufforderte, seine Bewährungsstrafe aus dem Landtagswahlprozess aus dem Jahre 1959 anzutreten. Nach streng juristischer Auffassung war Karl Schabrod innerhalb des Bewährungszeitraums straffällig geworden und hatte damit seine Bewährung verwirkt. Karl Schabrod weigerte sich, die Prämisse des Wiederholungsprozesses zu akzeptieren. Er schrieb an seinen Anwalt Diether Posser zum geforderten Haftantritt im Juli 1964: „Meines Erachtens ist der Urteilsspruch von 1962 insgesamt nicht rechtskräftig. Die Wiederholungsverhandlung dürfte endgültig darüber Klarheit schaffen, ob es überhaupt zu einem Schuldspruch kommt.“ Schabrod glaubte immer noch, den Wiederholungsprozess gewinnen zu können und so eine Inhaftierung zu vermeiden.⁵⁵³

Der erste Verhandlungstag des fünftägigen Wiederholungsprozesses war für den 17. September 1964 angesetzt.⁵⁵⁴ Karl Schabrod griff auch weiterhin in die Prozessstrategie ein. So forderte er, seine Zeit als Landtagspolitiker verstärkt in den Fokus zu rücken und hierzu Konrad Adenauer als Zeugen aufzurufen.⁵⁵⁵ Neben Adenauer schrieb er auch andere Politiker an, die Karl Schabrod als Ratsherr oder Landtagspolitiker erlebt hatten. Sie sollten einschätzen, ob er sein Mandat konstruktiv oder destruktiv genutzt hatte. Hierzu wandte er sich auch an Oberstadtdirektor Dr. Hensel von der CDU, mit dem er seit 1951 immer wieder in Streit verwickelt gewesen war und sogar Amtsmissbrauch

⁵⁵¹ Otto Schönfeldt an Karl Schabrod, Düsseldorf 07.11.1963, in: NKS, Ordner 1963.

⁵⁵² 3. Senat des Bundesgerichtshofes, 23.11.1963: Urteil 3 StR 12/63, in: NKS, Ordner 1963.

⁵⁵³ Karl Schabrod an Dr. Posser, Düsseldorf, 14.07.1964, in: NKS, Ordner 1964.

⁵⁵⁴ Karl Schabrod an Herrn Ingenhut, 04.09.1964, in: NKS, Post 1964, Pressestimmen, Anträge Karl Schabrod 1962/63/64.

⁵⁵⁵ Karl Schabrod an Dr. Posser, Düsseldorf 01.09.1964, in: NKS, Post 1964, Pressestimmen, Anträge Karl Schabrod 1962/63/64.

vorgeworfen hatte.⁵⁵⁶ Hensel bestätigte schriftlich, dass Karl Schabrod in der Stadtverordnetenversammlung sachlich mitgearbeitet hatte, sofern „die Beratungsgegenstände die von Ihnen vertretene ideologische Auffassung nicht berührten.“ Er habe keine Fundamentalopposition betrieben, auch wenn er keine Gelegenheit ungenutzt gelassen habe, um für die KPD zu werben.⁵⁵⁷ Auch der Vizepräsident des Landtags, Alfred Dobbert, und der Vorsitzende der SPD-Landtagsfraktion, Heinz Kühn, bestätigten, dass Karl Schabrod als sachlicher Politiker im Landtag aufgetreten sei.⁵⁵⁸ Selbst der Justizminister Nordrhein-Westfalens, Arthur Sträter, bescheinigte Karl Schabrod seine tadellose Zusammenarbeit im Landtag, die er auch im Ältestenrat und in den Ausschüssen geleistet hätte.⁵⁵⁹ Die gleichlautenden Leumundsaussagen des SPD-Bundestagsmitglieds Werner Jacobi und des Bundesverfassungsrichters Herbert Scholtissek erreichten Karl Schabrod erst nach dem Prozess.⁵⁶⁰

Die Verteidigungsstrategie um hochrangige Leumundsaussagen reduzierte das Strafmaß von 24 Monaten auf 20 Monate Gefängnis. Da es sich um einen Wiederholungsprozess handelte, legte Karl Schabrod erneut Revision ein und befand sich damit wieder in einer ähnlichen Situation wie nach dem Prozessende 1962.⁵⁶¹ Ein sofortiger Haftantritt blieb diesmal allerdings aus. Rechtsanwalt Diether Posser zeigte sich zuversichtlich, dass dies Dank der zahlreichen prominenten Leumundzeugen auch nicht geschehen würde.⁵⁶² Allerdings erneuerte die Staatsanwaltschaft im Dezember ihre bestehende Forderung zum Haftantritt bezüglich der Bewährungsstrafe von 1959. Der Haftantritt war für den 04. Januar 1965 angesetzt.⁵⁶³

Der erneut drohende Haftantritt belastete die Familie Schabrod sehr und führte zu einem Strategiewechsel. Erstmals setzte Ehefrau Klara zusammen mit ihren beiden Kindern ein Schreiben an Ministerpräsidenten Dr. Franz Meyers auf, in dem sie um Strafaussetzung bat, da ihr Mann nicht in schlechter Absicht gehandelt habe.⁵⁶⁴ Auch Rechtsanwalt Diether Posser glaubte nicht mehr an einen juristischen Erfolg.⁵⁶⁵ Er stellte

⁵⁵⁶ Karl Schabrod an den Oberbürgermeister der Stadt Düsseldorf, 21.05.1958, in: NKS, Ordner 1957 – 1958.

⁵⁵⁷ Oberstadtdirektor Dr. Hensel an Karl Schabrod, Düsseldorf 15.09.1964, in: NKS, Post 1964, Pressestimmen, Anträge Karl Schabrod 1962/63/64.

⁵⁵⁸ Alfred Dobbert, Vizepräsident des Landtags Nordrhein-Westfalen, 16.09.1964: Über Karl Schabrod, in: NKS, Post 1964, Pressestimmen, Anträge Karl Schabrod 1962/63/64; Heinz Kühn, Vorsitzender der SPD Landtagsfraktion NRW, 18.09.1964: Über Karl Schabrod, in: NKS, Post 1964, Pressestimmen, Anträge Karl Schabrod 1962/63/64.

⁵⁵⁹ Dr. Sträter an Karl Schabrod, 10.09.1964, in: VVN-BdA NRW, Karl Schabrod Bündel 1 – 4.

⁵⁶⁰ Bundesverfassungsrichter Dr. Scholtissek an Karl Schabrod, Baden-Baden 20.10.1964, in: NKS NY-4242, Ordner 35; Werner Jacobi an die Rechtsanwälte Heinemann Gustav und Posser Dieter, 28.09.1964, in: FES, 2/BTFE001120.

⁵⁶¹ Dr. Posser an das Landgericht Düsseldorf IV. Strafkammer, 09.12.1964, in: NKS, Ordner 1964.

⁵⁶² Dr. Posser an Bundesverfassungsrichter Dr. Scholtissek, 09.12.1964, in: NKS, Ordner 1964.

⁵⁶³ Justizoberinspektor Simon an Karl Schabrod, 14.12.1964, in: NKS, Ordner 1964.

⁵⁶⁴ Klara Schabrod an den Ministerpräsidenten Meyers, Düsseldorf 20.12.1964, in: NKS NY-4242, Ordner 47.

⁵⁶⁵ Diether Posser an Klara Schabrod, Essen 23.01.1963, in: NKS, Ordner 1963.

neben dem Revisionsantrag gleichzeitig ein Gnadengesuch, was Karl Schabrod vorher blockiert hatte.⁵⁶⁶ Bereits Anfang 1963 hatte sich der Pfarrer Friedrich Schotte an Karl und Klara gewandt. Schotte betreute zwei kirchliche Inhaftierte in der DDR, die seiner Meinung nach unschuldig waren. Er hatte Karl Schabrod vorgeschlagen, eine gegenseitige Begnadigung in einer Art Gefangenen austausch zu arrangieren.⁵⁶⁷ Schabrod hatte die Idee mit Verweis auf seinen Revisionsanspruch abgelehnt.⁵⁶⁸

Am 08. Januar 1965 teilte das Justizministerium mit, die Strafvollstreckung sei bis zum letztinstanzlichen Urteil des Revisionsprozesses aufgeschoben.⁵⁶⁹ Dieses erfolgte am 23. Mai 1965 vor dem Bundesgericht und bestätigte das Urteil des Wiederholungsprozesses.⁵⁷⁰ Das finale Strafmaß lautete 20 Monate Haft, Entzug des aktiven und passiven Wahlrechts für drei Jahre und ein Berufsverbot als Verleger für fünf Jahre. Schabrod wertete das Urteil weiterhin als Verletzung seiner Grundrechte auf Pressefreiheit, freie Meinungsäußerung, Parteigründung und Versammlungsfreiheit. Verbittert kommentierte er in einem Rundbrief, das Gericht differenziere nicht zwischen „niederen materiellen Motiven und edlen politischen Zielen – die Unterscheidung bestand in der Weimarer Demokratie, wurde aber von Hitler abgeschafft.“ Gleichzeitig verwies er auf die Ungleichbehandlung von Kommunisten im Rechtssystem, denn „Hitleraktivisten und Kriegshetzer, die Antikommunisten und sogar Massenmörder“ würden in der Ausübung ihres Wahlrechts nicht gehindert. Karl Schabrod legte gegen das Urteil Verfassungsbeschwerde ein und schöpfte somit den letzten ihm verbliebenen Rechtsweg aus.⁵⁷¹ Das Ringen um seinen Haftantritt zog sich bis zum August 1966, ehe das Justizministerium seine Haft mit einer Bewährungsfrist bis Ende August 1969 aussetzte.⁵⁷²

Der Rechtsstreit um die Gründung der KWG zog sich damit über fünf Jahre und wurde in vier Prozessen und einer Verfassungsbeschwerde ausgetragen. Zusammen mit den Strafverfahren zum Verbot der ‚freien Meinung‘, der Kandidatur zur Landtagswahl 1958 und der Sammelklage wegen Herausgabe diverser KPD-Schriften von 1955 verantwortete sich Karl Schabrod über zehnmal vor Gericht wegen seiner Nähe zur KPD. Bei allen juristischen Auseinandersetzungen handelte es sich um politische Verfahren, die durch das 1. Strafrechtsänderungsgesetz von 1951 ermöglicht worden waren. Inwieweit Karl Schabrods juristischer Werdegang einer kommunistischen Norm entsprach oder von dieser abwich, lässt sich nur schwer einordnen. Annähern kann man sich dieser Frage über die Statistik zu politischen Strafsachen der Kriminalpolizei. Jedoch unterscheidet die Aufstellung nur grob die Art des Deliktes, differenziert nicht zwischen

⁵⁶⁶ Diether Posser an die Gnadenstelle des Landgerichtes Düsseldorf, 28.12.1964, in: NKS, Ordner 1963.

⁵⁶⁷ Pfarrer Schotte an Klara Schabrod, St. Johannisberg 03.01.1963, in: NKS, Ordner 1963.

⁵⁶⁸ Klara Schabrod an Pfarrer Schotte, Düsseldorf 17.01.1963, in: NKS, Ordner 1963.

⁵⁶⁹ Klara Schabrod, 01.1965: Rundbrief, in: NKS NY-4242, Ordner 03.

⁵⁷⁰ 3. Strafsenat des Bundesgerichtshofs, 1965: Urteil 3 StR 11/65, in: NKS, Ordner 1965.

⁵⁷¹ Karl Schabrod, 07.1965: Rundbrief, in: NKS, Ordner 1965.

⁵⁷² Staatsanwalt Heinemann an Karl Schabrod, Düsseldorf 26.08.1966, in: NKS, Ordner Urteil u. Gnadensache 1965.

links- und rechtsextremen Strafverfahren und für die Jahre 1959 - 1964 liegen keinerlei statistischen Angaben vor. Für den Zeitraum des Strafrechtsänderungsgesetzes von 1951 bis 1968 variiert die Schätzung der gesamten politischen Strafverfahren daher zwischen 125.000 – 250.000. Diese Zahl schließt auch Maßnahmen gegen Angehörige und Nachbarn in Form von Hausdurchsuchungen mit ein. Der Anteil der Strafverfolgung im Bereich rechter Straftaten kann dabei als äußerst gering angesehen werden. Für das Jahr 1963 gab die Kriminalpolizei an, dass dieser bloß bei 2% gelegen hatte. Trotz der erheblichen Probleme in der statistischen Erhebung stehen der hohen Anzahl an Verfahren nur geschätzt 6.000 bis 12.000 illegale KPD-Mitglieder gegenüber. Allein daraus ergibt sich eine überproportionale Strafverfolgung, die sich auch in den Verurteilungsquoten widerspiegelt. Anfang der 1960er Jahre lag die Verurteilungsquote im deutschen Strafrecht bei 20%, im Bereich des politischen Strafrechts gerade einmal bei 5%. Daraus leitet sich ab, dass politische Verfahren unverhältnismäßig oft angestoßen wurden. Auch bei der Anwendung der Untersuchungshaft zeigt sich eine erhebliche Ungleichstellung von politischen und nichtpolitischen Angeklagten. Mit dem Vorwurf einer möglichen Flucht in die DDR mussten viele Kommunisten lange Untersuchungs Haftzeiten absitzen, ehe überhaupt über ihre Schuld verhandelt wurde.⁵⁷³

11.4 Karl Schabrods Prozess im Fokus der Medien und Zivilgesellschaft 1962 – 1965

Die juristische und vor allem politische Auseinandersetzung um Karl Schabrods Teilnahme an der Bundestagswahl vollzog sich dabei nicht nur im Gerichtssaal. Das Ehepaar Schabrod bemühte sich unentwegt, den Fall in die breitere Öffentlichkeit zu tragen.

Der erste Akteur, der sich für Karl Schabrods Verhaftung interessierte, war die KPD-nahe Presse. Schon im Juli 1961, wenige Tage nach Schabrods Inhaftierung, druckte die sozialistische Zeitung ND (Neues Deutschland) den Artikel ‚Jagd auf Atomkriegsgegner‘ ab. In schärfsten Tönen protestierte die Zeitung „gegen die verabscheuungswürdige Menschenjagd, die Polizei und Justiz des westdeutschen Staates gegen die konsequenten Anhänger einer Politik des Friedens und der Verständigung inszenieren.“ Der Friedenskämpfer Schabrod würde hinter Gittern gesteckt, „während der gemeine Soldatenmörder und Hitler-General Manteuffel auf freien Fuß gesetzt wurde.“⁵⁷⁴ Auch ‚die Tat‘ berichtete noch im Juli über die Verhaftung und erklärte, dass hier den KWG-Mitgliedern Grundrechte entzogen würden.⁵⁷⁵

⁵⁷³ von Brünneck, 1978, Politische Justiz gegen, S. 236 – 249.

⁵⁷⁴ ND, 29.07.1961: Jagd auf Atomkriegsgegner.

⁵⁷⁵ Die Tat, 29.07.1961: Warum wurden Kandidaten verhaftet.

Die Kommunisten beließen es nicht dabei, das Vorgehen gegen Karl Schabrod scharf anzuprangern, sie versuchten immer wieder, seine Haftentlassung zu erreichen. So wandte sich die VVN-Düsseldorf an die Stadtverordnetenversammlung und bat auf das Landgericht diesbezüglich einzuwirken.⁵⁷⁶ 1962 veröffentlichte die VVN mit der Broschüre ‚Karl Schabrod ein deutsches Schicksal‘ ihre eigene Protestschrift zur Freilassung des Düsseldorfer Kommunisten.⁵⁷⁷ Bei dieser Mobilisierung spielte vor allem Klara Schabrod eine zentrale Rolle, die unentwegt auf das Schicksal ihres Mannes aufmerksam machte. So vervielfältigte sie beispielsweise den Geburtstagsbrief an ihren inhaftierten Mann und gab ihn zur Veröffentlichung frei.⁵⁷⁸ Ebenso sammelte sie Unterschriften, wofür sie auch die linke Presse gewann.⁵⁷⁹ So rief die ‚Deutsche Volkszeitung‘ in ihrer Ausgabe vom 05. Oktober 1962 zur Sammlung von Unterschriften für die Freilassung Karl Schabrods auf.⁵⁸⁰

Neben der möglichst breiten Bekanntmachung suchte Klara auch den Kontakt zu einflussreichen Politikern und setzte dabei vornehmlich auf alte Weggefährten ihres Mannes. Sie schrieb unter anderem den hessischen Minister für Arbeit, Wohlfahrt und Gesundheitswesen Heinrich Hemsath (CDU) oder den Rechtsanwalt Walter Menzel, der für die SPD im Parlamentarischen Rat gesessen hatte, an. Beide signalisierten ihre Zustimmung, sich näher mit dem Fall auseinanderzusetzen, nicht zuletzt, weil sich bereits „andere bedeutende Persönlichkeiten“ für Karl Schabrod stark gemacht hatten.⁵⁸¹

Der Fall Schabrod nahm ab Herbst 1961 größere Dimensionen an, als die Stadtverordnetenversammlung seiner Geburtsstadt Perleberg dem inhaftierten Karl Schabrod das Ehrenbürgerrecht verlieh. Das ‚ND‘ machte die Ernennung zum Ehrenbürger in der DDR bekannt und veröffentlichte Schabrods Gefängnisadresse, mit der Aufforderung ihm direkt dorthin Solidaritätsbekundungen und Glückwünsche zu schicken.⁵⁸² Diesem Aufruf folgten unzählige Leute. Allein in der vierten September Woche bekam er 46 Briefe von Fremden zugestellt, die sich für seine Amnestie aussprachen.⁵⁸³ Über die Dauer von sieben Monaten Haft bekam Karl Schabrod 600 Postsen-

⁵⁷⁶ VVN Stadtkreis Düsseldorf an die Mitglieder des Rates der Stadt Düsseldorf, 11.09.1961, in: NKS, Ordner 1961.

⁵⁷⁷ VVN Kreisverwaltung Düsseldorf, 1962: Karl Schabrod ein deutsches Schicksal.

⁵⁷⁸ Die Tat an Klara Schabrod, 13.10.1961, in: NKS, Ordner 1961.

⁵⁷⁹ Dr. Jansen an Klara Schabrod, Karlsruhe, 4.10.1962, in: VVN-BdA NRW, Karl Schabrod Bündel 1 – 4.

⁵⁸⁰ Gustav Pattberg an die Redaktion der Deutschen Volkszeitung, Minden 08.10.1962, in: VVN-BdA NRW, Karl Schabrod Bündel 1 – 4.

⁵⁸¹ Dr. Schubert an Klara Schabrod, Wiesbaden 30.11.1962, in: NKS, Ordner 1962; Dr. Menzel an Rechtsanwalt Peters, 02.01.1963, in: NKS, Ordner 1963.

⁵⁸² ND, 18.10.1961: Karl Schabrod zum Ehrenbürger der Stadt Perleberg ernannt, in: NKS, Zeitungen und Haftbuch.

⁵⁸³ Karl Schabrod an Klara Schabrod, 25.09.1962, in: NKS, Ordner 1962.

dungen zugestellt. Nach seiner Entlassung bekam er rund 4.000 weitere Solidaritätsschreiben vom Gefängnis ausgehändigt.⁵⁸⁴

In der Region um Perleberg mobilisierte die Kampagne zur Freilassung von Karl Schabrod immer mehr Parteiorganisationen. Der lokale Ortsausschuss der Nationalen Front forderte im Oktober 1961 den Bundespräsidenten auf, Karl Schabrod, den „Kämpfer für den Frieden und die Einheit Deutschlands, den Ehrenbürger unserer Stadt“, freizusetzen und die „brutalen Unterdrückungsmethoden“ zu beenden. Dabei verknüpfte die Kampagne ihre Forderung klar mit politischen Grundsatzfragen, denn Schabrods Freilassung sei Bestandteil des Kampfes „um die Beendigung des deutschen Militarismus“.⁵⁸⁵

Auch die örtlichen Schulen wurden in die Kampagne um Karl Schabrod eingebunden. Klassen- und Stufenverbände schrieben geschlossenen Briefe an den inhaftierten Politiker, in denen sie seinen politischen Heldenmut lobten. „Mögen die Bonner Machthaber Dich auch ins Gefängnis stecken, Deinen Willen, für die Erhaltung des Friedens zu kämpfen, werden sie niemals brechen“, schrieb die Klasse 6a der Oberschule I in Perleberg zu Karl Schabrods 62. Geburtstag.⁵⁸⁶ Die Schüler und Schülerinnen der Oberschule Calau gingen in ihren Briefen noch deutlich weiter. Karl Schabrods politischer Kampf sei ein Vorbild für die Kinder der DDR und dadurch „stärken wir unsere Republik und erschüttern damit die Stellung der kapitalistischen Machthaber in Bonn.“⁵⁸⁷ Die Kampagne zur Freilassung entwickelte sich in der Region Perleberg zu einem regelrechten Heldenkult. In der Wochenbeilage der Schweriner Volkszeitung zierte das Bild von Wolfgang Suckert aus der Klasse 7C die Titelseite, wie er einen Brief an den Volkshelden Karl Schabrod schrieb, dessen Foto inzwischen in der Oberschule Perleberg aufgehängt worden war.⁵⁸⁸

Der 62. Geburtstag des inhaftierten Karl Schabrod nahm in Perleberg geradezu die Ausmaße eines politischen Volksfestes an. In der ganzen Stadt waren Plakate geklebt, die auf die Abendveranstaltung im Kultur- und Festspielhaus Wittenberge aufmerksam machten.⁵⁸⁹ Eingeladen hatte Perlebergs Bürgermeister und das örtliche Komitee ‚Freiheit für Karl Schabrod‘. Hierfür organisierten die Veranstalter einen eigenen Shuttlebus-Service von Perleberg zum Veranstaltungssaal. Das Programm bestand aus politischen Reden, Lesungen, Singen von Arbeiterliedern, Verleihung von Ehrungen an den abwesenden Karl Schabrod und dem gemeinschaftlichen Eintragen in die Protestresolution.⁵⁹⁰ Jegliche Verehrung Karl Schabrods vermengte sich dabei mit einer

⁵⁸⁴ Karl Schabrod an Wilfried Gajek und Gerhard Dreiker, 03.1963, in: NKS, Ordner 1963.

⁵⁸⁵ Ortsausschuss der Nationalen Front Perleberg an den Bundespräsidenten, 16.10.1961, in: NKS, Ordner 1961.

⁵⁸⁶ Klasse 6a Oberschule I Perleberg an Karl Schabrod, Perleberg 17.10.1962, in: NKS, Ordner 1962.

⁵⁸⁷ Schüler und Schülerinnen der Erweiterten Oberschule Calau an Karl Schabrod, undatiert, in: NKS, Ordner 1963.

⁵⁸⁸ Unsere Welt – Wochenbeilage der Schweriner Volkszeitung, 22.12.1962: Lieber Genosse Karl Schabrod, in: NKS, Ordner 1962.

⁵⁸⁹ Fritz Hoffmann an Klara Schabrod, Berlin 27.10.1962, in: NKS NY-4242, Ordner 47.

⁵⁹⁰ Programm zum Geburtstag von Karl Schabrod am 19.10.1962, Wittenberge, in: NKS, Ordner 1962.

fundamentalen Kritik an der Bundesrepublik. So stellte das Komitee ‚Freiheit für Karl Schabrod‘ in der Einladung zur Feier deutlich klar, es entspräche dem „Charakter des Westzonenstaates, wenn heute Menschen, die ehrlichen Herzens für den Frieden kämpfen und Anklage gegen die Todfeinde des deutschen Volkes erheben, mundtot gemacht werden“. Im Mai 1963 zeichnete der Deutsche Friedensrat der DDR Karl Schabrod mit der Carl-von-Ossietzky-Medaille aus. Klara Schabrod nahm die Auszeichnung, die für den Erhalt und die Sicherung des Friedens verliehen wurde, stellvertretend für ihren Mann entgegen. Karl Schabrod nahm diese Entwicklung wohlwollend entgegen und bedankte sich für die zahlreiche Unterstützung.⁵⁹¹

Die kommunistische Unterstützung für Karl Schabrod überdauerte auch den Wiederholungsprozess 1964. Bis in den Herbst gingen Dutzende Schreiben an den Ministerpräsidenten Nordrhein-Westfalens ein, die eine Begnadigung forderten. Die Fülle der Gnadenbriefe nahm ein solches Ausmaß an, dass sich Ministerpräsident Meyers zu einem standardisierten Antwortschreiben genötigt fühlte, in dem er darüber informierte, dass der Justizminister für Begnadigungen zuständig sei und nicht er.⁵⁹²

Zum Beginn des ersten Prozesses im Mai 1962 war zudem erstmals das Informationsheft ‚Der politische Prozess‘ erschienen. Die Ehefrauen der Angeklagten Karl Schabrod, Emil Sander und Wolfgang Schröder waren die Herausgeberinnen. Das Heft beleuchtete die Hintergründe der Gerichtsverhandlungen sowie den Verlauf, da der „politische Prozeß gegen unsere Männer von der Presse hier nicht ausreichend und nach Gebühr betrachtet wird.“ Die besorgten Ehefrauen stellten die Lebensläufe ihrer Männer vor und erhoben den Vorwurf, dass mit dem Prozess gezielt „die Opposition gegen die atomare Aufrüstung in der Bundesrepublik getroffen werden soll.“ Zusätzlich gab das Heft die angesetzten Verhandlungstage mit den jeweiligen Uhrzeiten an und wie man zum Zuschauereingang gelangte.⁵⁹³ Wie in anderen Bereichen auch, versuchte Klara Schabrod, Aufmerksamkeit zu generieren und Aktivisten für ihren Mann zu mobilisieren. Obwohl die Frauen hier als Berichterstatter im Fokus standen, zeichnete sich W.

⁵⁹¹ Klara Schabrod an Dagmar Horstmann, Berlin 05.05.1963, in: NKS NY-4242, Ordner 04.

⁵⁹² Ministerpräsident Meyers an Helene Vilhauer, Düsseldorf 28.12.1964, in: VVN-BdA NRW, Karl Schabrod Bündel 1 – 4; zu den Schreiben an den Ministerpräsidenten finden sich im Archiv der VVN-BdA NRW, Karl Schabrod Bündel 1 – 4 folgende weitere: Anton Reisen an Ministerpräsident Meyers, 28.12.1964; Bertha Fränken an Ministerpräsident Meyers, Düsseldorf, 22.12.1964; Burkhardt Springstubbe an Ministerpräsident Meyers, 29.12.1964; Ernst Möckel an den verantwortlichen Staatsanwalt des Landgerichts Düsseldorf in Strafsache Karl Schabrod, Leipzig, 20.09.1964; Ludwig Bender an Ministerpräsident Meyers, Düsseldorf, 28.12.1964; Hans-Joachim Hasford an Ministerpräsident Meyers, Dettenhausen, 24.12.1964; Karl Drewes an Ministerpräsident Meyers, 26.12.1964; Rudolf Fey an Ministerpräsident Meyers, 30.12.1964; Selma Hahn an Ministerpräsident Meyers, Remscheid, 25.12.1964; Theo Eckert an Ministerpräsident Meyers, Köln, 30.12.1964; VVN Ortsausschuß Leverkusen an Ministerpräsident Meyers, Leverkusen, 31.12.1964.

⁵⁹³ Klara Schabrod, Emilie Sander, Margot Schröder, Der Politische Prozess, 12.05.1962.

Finkemeier⁵⁹⁴ verantwortlich für den Inhalt des Hefts. ‚Der politische Prozess‘ erschien bis zum letzten Verhandlungstag beinahe wöchentlich und diente als Sprachrohr der Angeklagten. Ausgangspunkt der jeweiligen Ausgaben war der Schwerpunkt der einzelnen Verhandlungstage. Die Ehefrauen bemühten sich, Widersprüche und Unwahrheiten der Anklage sowie den ehrbaren Charakter ihrer Männer dazustellen, ohne deren kommunistischen Überzeugungen zu verheimlichen. So druckte der politische Prozess in seiner Ausgabe vom 01. Juni 1962 eine kontroverse Gerichtsaussage Karl Schabrods ab, in der er der Bundesrepublik die alleinige Schuld am Bau der Berliner Mauer gab. Über alle Ausgaben hinweg hielt das Heft seine Leser dazu an, persönlich als Zuhörer im Gerichtssaal zu erscheinen.⁵⁹⁵

Das Engagement für Karl Schabrod überschritt ab 1962 auch den Kreis von Kommunisten und ihm bekannter Politiker. So setzten sich der ehemalige Intendant und Friedensaktivist Otto Schönfeld sowie die Pfarrer Klaus Lohmann und Hans Martin Karwehl aktiv für seine Freilassung ein. Gemeinsam organisierten sie eine eigene Unterschriftenkampagne. Sie forderten eine Begnadigung Karl Schabrods oder zumindest eine Haftaussetzung bis zur Vollstreckung des letztinstanzlichen Urteils.⁵⁹⁶ Die Kontakte zu Schönfeld brachten Klara und Karl nicht einfach nur mehr Stimmen für ihre Unterschriftenkampagne ein, sie machten den Fall auch in bürgerlichen und christlichen Kreisen bekannt. So berichtete Otto Schönfeld im Oktober 1962, dass er Karl Schabrods Inhaftierung auf der Konferenz der evangelischen Bruderschaften vorgetragen habe, woraufhin sich die westfälischen Bruderschaften bereit erklärt hätten, an den Justizausschuss heranzutreten.⁵⁹⁷

Klara baute ab Herbst 1962 auch einen Kontakt zur linksgerichteten Historikerin und Friedensaktivistin Prof. Dr. Renate Riemeck auf.⁵⁹⁸ Sie unterrichtete die Aktivisten darüber, dass Schabrods Haftprüfungstermin rein schriftlich abgehalten wurde und übersandte ihr den ablehnenden Entlassungsbescheid sowie Karl Schabrods geplante Ver-

⁵⁹⁴ Es handelt sich um Werner Finkemeier. Finkemeier wurde 1931 geboren und war Mitglied der KPD sowie Mitbegründer der FDJ in Oberhausen. 1953 war er selbst wegen Vorbereitung zum Hochverrat verurteilt worden. Später wurde Finkemeier Mitglied der DKP. Als gelernter Journalist arbeitete er später bei der KPD-Parteizeitung UZ, für die er auch einige Zeit als Vertreter in Moskau tätig war. Vgl. hierzu: Klaus Oberschewen / David Driever, Werner Finkemeier und der Mut der Moorsoldaten, in: <https://paroli-magazin.de/werner-finkemeier-und-der-mut-der-moorsoldaten/> Ob Finkemeier unterstützend oder leitend an dem Heft gearbeitet hat, konnte nicht ermittelt werden.

⁵⁹⁵ Klara Schabrod, Emilie Sander, Margot Schröder, Der Politische Prozess, 12.05.1962, 19.05.1962, 26.05.1962, 01.06.1962, 22.06.1962, 07.07.1962, 14.07.1962, 25.07.1962, in: Archiv Landtag NRW, LTNRW118 Nr. A0208/0658.

⁵⁹⁶ Otto Schönfeldt, Klaus Lohmann, Hans Martin Karwehl an den Justizausschuss des Landtages NRW, 01.10.1962, in: VVN-BdA NRW, Karl Schabrod Bündel 1 – 4.

⁵⁹⁷ Otto Schönfeldt an Klara Schabrod, Düsseldorf, 20.10.1962, in: VVN-BdA NRW, Karl Schabrod Bündel 1 – 4.

⁵⁹⁸ Klara Schabrod an Prof. Dr. Riemeck, Düsseldorf 25.10.1962, in: VVN-BdA NRW, Karl Schabrod Bündel 1 – 4.

teidigungsrede.⁵⁹⁹ Riemeck nutzte zur Jahreswende 1962/1963 ihren Einfluss, um „namhafte Persönlichkeiten des Auslandes“ dazu zu bewegen, sich für eine Begnadigung Karl Schabrods beim Bundespräsidenten stark zu machen. Sie versicherte Klara, dass ihr dies beim niederländischen Theologen Albert Rasker, dem Rektor der Universität Prag Heinz Kraschutzki und dem Pädagogen Hein Herbers, der die niederländischen Prinzessinnen erzog, gelungen sei.⁶⁰⁰

Eine ähnliche Aktivierung einflussreicher Personen aus Politik und Gesellschaft vollzog sich auch in der DDR. Hierzu zählten beispielsweise Ernst Mönckel, der leitende Oberstaatsanwalt des Landgerichts Leipzig oder Prof. Dr. Walter Bartel, der Historiker und ehemalige Vizepräsident des Buchenwald-Komitees.⁶⁰¹

Im Januar 1963 setzte sich zudem noch eine internationale Nichtregierungsorganisation medienwirksam für die Freilassung Schabrods ein. Eine vierköpfige Delegation der ‚internationalen Vereinigung Demokratischer Juristen‘ reiste aus Belgien, Frankreich und den Niederlanden nach Düsseldorf an. Die Delegation bat um ein persönliches Gespräch mit dem Justizminister Nordrhein-Westfalens, konnte allerdings bloß ein Treffen mit dem Vorsitzenden des Justizausschusses arrangieren.⁶⁰² Die Delegation schrieb an den Justizminister und machte auf die inzwischen internationale Dimension des Falles Schabrod aufmerksam. Außerdem trage das bisherige Verfahren den Anschein eines Gesinnungsprozesses. Generell würden sich in der Bundesrepublik besorgniserregende Tendenzen im juristischen Umgang mit Abrüstungsbefürwortern und Aktivisten zeigen, die sich für eine Verständigung mit dem Osten einsetzen.⁶⁰³ Delegationsvorsitzender und Juraprofessor aus Paris, Jean Boulier, ließ sich Schabrods Revisionsschrift ins Französische übersetzen und bot ihm an, bei seiner Prozessvorbereitung zu helfen.⁶⁰⁴ Im Sommer besuchte Schabrod Boulier heimlich in Frankreich, wo beide an einer Medienstrategie arbeiteten. Gemeinsam strebten sie eine Protestpublikation und die Gewinnung namhafter Leumundszeugen an.⁶⁰⁵

Im Verlauf des mehrjährigen Rechtsstreits hatte Klara ein derart breites Netzwerk an Unterstützern in der Bundesrepublik und der DDR für ihren Mann geschaffen, dass es ihr längst nicht mehr gelang, sich mit allen einzeln auszutauschen. Ab August 1962

⁵⁹⁹ Klara Schabrod an Prof. Dr. Riemeck, Düsseldorf 12.12.1962, in: VVN-BdA NRW, Karl Schabrod Bündel 1 – 4.

⁶⁰⁰ Prof. Dr. Riemeck an Klara Schabrod, Gundelfingen, 08.01.1963, in: VVN-BdA NRW, Karl Schabrod Bündel 1 – 4.

⁶⁰¹ Ernst Mönckel an den leitenden Oberstaatsanwalt beim Düsseldorfer Landgericht, Leipzig, 01.01.1965, in: NKS, Ordner 1965; Prof. Dr. Bartel an das Komitee zum Schutze für Menschenrechte, Berlin 29.04.1965, in: NKS, Ordner 1965.

⁶⁰² Internationale Vereinigung Demokratischer Juristen, 01.1963: Kommunique, in: Archiv Landtag NRW, LTNRW118 Nr. A0208/0658.

⁶⁰³ Internationale Vereinigung Demokratischer Juristen an den Justizminister NRW, 03.01.1963, in: Archiv Landtag NRW, LTNRW118 Nr. A0208/0658.

⁶⁰⁴ Karl Schabrod an Jean Boulier, Düsseldorf 09.04.1963, in: NKS, Ordner 1963.

⁶⁰⁵ Karl Schabrod an Nordmann, 02.08.1963, in: NKS, Ordner 1963. Das Treffen musste heimlich stattfinden, da Karl Schabrod die Bundesrepublik zu diesem Zeitpunkt nicht verlassen durfte.

schrieb sie daher regelmäßig Rundbriefe, die über den Stand der Prozesse informierten.⁶⁰⁶ Sie bedankte sich für die enorme Solidarität, die ihr Mann erfahre. „Einige hundert Karten, Briefe, Telegramme, dazu dutzende Päckchen und Pakete, Geld- und Sachspenden und auch Blumen haben über die Feiertage Karl Schabrod im Gefängnis, das meiste aber uns zuhause erreicht.“ Doch die lange Dauer des Rechtsstreits und das ständige Ringen um eine Inhaftierung lösten auch Verbitterung in Klara aus. Frustriert schrieb sie in ihrem Rundbrief zum Jahresanfang 1963: „Ja, muß man denn unter der Nazi-Herrschaft etwas gewesen sein und wer weiß was verbrochen haben, um heute bei der Justiz Entgegenkommen und Gnade zu finden? Wer indessen unter Hitler gelitten, für Frieden und Freiheit seines Volkes gekämpft hat, der sieht sich einer hartgesottenen Justiz auch jetzt wieder gegenüber“.⁶⁰⁷

Klara setzte ihre Rundbriefe bis in den Januar 1965 fort und sah darin den einzigen verbliebenen Weg, ihren Mann vor einer längeren Gefängnishaft zu bewahren.⁶⁰⁸ Karl Schabrods Schuld war in drei Prozessen bestätigt worden und daher hegte Klara keinen Zweifel, dass der zweite Revisionsprozess ebenfalls scheitern würde. Bereits im September 1964 schrieb sie, dass es nur noch zwei Wege gäbe, „auf denen meinem Mann, der sich stets uneigennützig für das Wohl seiner Mitmenschen eingesetzt hat, noch geholfen werden kann.“ Zum einen sei dies die Aufhebung des KPD-Verbots und zum anderen öffentlicher Druck auf das Landgericht in Form von Briefen, die eine Einstellung des Verfahrens bis zur Überprüfung des KPD-Verbots forderten.⁶⁰⁹ Karl Schabrod schloss sich dieser Forderung in einem eigenen Rundbrief im Sommer 1965 an, in dem er um den Beistand und Einfluss seiner Adressaten bat. Zwar hatte er den letzten Rechtsweg in Form einer Verfassungsbeschwerde eingereicht, aber dies diente wohl eher der Haftaussetzung, während die Landesregierung über Schabrods Gnadengesuch verhandelte.⁶¹⁰

Karl Schabrod hatte zu Beginn des Jahres 1961 die Frage nach der Gültigkeit seines passiven Wahlrechts gestellt und sie fortan in das Zentrum seiner politischen Tätigkeit gerückt. Allerdings schob der Bundestag Schabrods Petition auf das Wartegleis und erklärte sich im Nachhinein für nicht zuständig. Auch die 200 angeschriebenen Anwaltskanzleien vermieden es in überwältigender Mehrheit, Stellung zu beziehen. Schabrods anschließende, ungesicherte Kandidatur lässt sich am ehesten als Versuch verstehen, Politik und Justiz zu einer Antwort auf die Frage nach seinem passiven Wahlrecht zu zwingen. Schabrods Verhaftung und Ausschluss von der Wahl stellten für ihn keineswegs die geforderte Antwort dar. Vielmehr begriff er seinen Prozess als den

⁶⁰⁶ Klara Schabrod, 03.08.1962: Rundbrief, in: NKS, Ordner 1962.

⁶⁰⁷ Klara Schabrod, 05.01.1963: Rundbrief, in: NKS, Ordner 1963.

⁶⁰⁸ Klara Schabrod, 01.1965: Rundbrief, in: NKS NY-4242, Ordner 03.

⁶⁰⁹ Klara Schabrod, 15.09.1964: Rundbrief, in: NKS NY-4242, Ordner 47.

⁶¹⁰ Karl Schabrod, 07.1965: Rundschreiben, in: FES, Nachlass Willy Koenen.

Rahmen, in dem sich die Bundesrepublik mit seinem passiven Wahlrecht auseinandersetzen musste.

Er forderte den Justizminister zur Verfahrensbeschleunigung auf, was er mit dem grundsätzlichen Charakter des Falls begründete, berief nach seiner Entlassung aus der Untersuchungshaft eine Pressekonferenz ein und nahm für sich in Anspruch, nicht wieder Teil eines Sammelprozesses zu werden. Dabei nahm Karl Schabrod einen immer aktiveren Teil in der Planung seiner Verteidigungsstrategie ein und agierte teilweise direkt gegen die Anweisungen seines Anwalts.

Diese Strategie erregte einige Aufmerksamkeit und verhalf Schabrods Fall zu Bekanntheit. Mit Gustav Heinemann, Diether Posser und später Jean Boulier nahmen sich gleich drei prominente Verteidiger seinem Fall an, die zudem auch Politiker waren. Zeitgleich gelang es vor allem Klara Schabrod, ein beachtliches Netzwerk an Unterstützern aufzubauen. In der DDR entwickelte sich ein regelrechter Heldenkult, der sich neben Feierlichkeiten, Ehrungen und der problematischen Einbindung von Schulklassen in der DDR vor allem in einer Welle von Briefen in der Bundesrepublik niederschlug. Mit der Unterschriftenkampagne um den Intendanten und Friedensaktivisten Otto Schönfeldt und den Pfarrern Klaus Lohmann und Hans Martin Karwehl erfuhr Schabrod erstmals eine breitere Solidarität, die nicht aus dem kommunistischen Milieu stammte. Dabei fürchtete vor allem Otto Schönfeldt, dass Karl Schabrod, in seinem Bestreben seinen Prozess zum Präzedenzfall in politischen Grundsatzfragen zu erheben, sich allzu sehr vor den kommunistischen Karren spannen ließe. Karl Schabrod ignorierte diese Gefahr völlig. Spätestens mit der Vorbereitung des Revisionsprozesses hatte er beschlossen, seine eigene Freilassung hinten anzustellen, sofern er damit eine politische Wirkung erzielte. Der Gerichtssaal war endgültig zum politischen Austragungsort geworden, wo Karl Schabrod bis zur Verfassungsbeschwerde kämpfte.

12. Karl Schabrod als parteiloser Politiker 1956 – 1968

12.1 Strategien und Themen als parteiloser Politiker

Die zahlreichen Prozesse der Jahre 1959 bis 1965 bestimmten in vielen Bereichen Karl Schabrods Leben sowie seine politische Arbeit. Wahlkämpfe, Anklagen und Anhörungen boten immer wieder konkrete Anlässe, politische Überzeugungen öffentlich darzulegen. Dabei fand seine politische Auseinandersetzung nicht nur mit Staatsanwälten und Richtern statt. Auch abseits des Gerichtssaals und des Wahlkampfes bemühte sich Karl Schabrod beständig, auf sich und seine politischen Ziele aufmerksam zu machen und entwickelte hierzu feste Strategien.

Eine dieser Strategien waren seine fortlaufenden Rundbriefe der Jahre 1957/58, die zur Gründung der ‚freien Meinung‘ geführt hatten (siehe Kap. 9). Hier hatte sich Karl Schabrod ein Publikum geschaffen, dem er seine Botschaften und die der illegalen KPD vermitteln konnte. Doch er nutzte das Medium Brief auch zur Kontaktaufnahme mit verantwortlichen Politikern, die er noch aus seiner Landtagszeit kannte, sofern er sie mit einem politischen Thema in Verbindung bringen konnte.

Eines der ersten dieser Schreiben ging an die SPD-Bundestagsabgeordnete Friederike Nadig Ende Januar 1957. Die ehemalige Landtagsabgeordnete saß inzwischen im Ausschuss für Rechtswesen und Verfassungsschutz des Bundestags, der über eine Amnestie und Einstellung der Strafverfahren gegen politische Häftlinge verhandelte. Diese Amnestierung sollte die Rückdatierung des KPD-Verbots auf das Jahr 1951 aufheben. Karl Schabrod benannte klar den Grund seines Schreibens und drückte ebenso direkt seine Ansicht aus. Seiner Meinung nach werde die CDU die Amnestie schroff ablehnen, was an Adenauers Konfrontationskurs läge und ebenso an Innenminister Schröder, der „fürchtet sein Gesicht als ehemaliger SA-Mann zu verlieren, d.h. bei der Justiz, die ja nach wie vor zu 90% aus ehemaligen Nazis besteht und kalte Rache an den Hitlergegnern nach Gebühr zu nehmen trachtet.“ Leider könne sich die SPD zu keiner klaren Haltung durchringen. Dies sei umso bedauerlicher, da die „umfangreichen Haftentlassungen und Milderungen in der DDR“, für die Schabrod selbst gekämpft habe, so nicht gewürdigt würden. Außerdem stünden die FDP und „der größte Teil der westdeutschen Presse“ hinter der Amnestie.⁶¹¹ Karl Schabrod sah keine Notwendigkeit, seine Botschaft für die SPD-Abgeordnete subtil vorzutragen oder in polarisierenden Fragen auch nur abzuschwächen. Der Brief an Frau Nadig trug damit eher den Charakter des Protests, als den des gezielten Lobbyismus.

Dies kann auch daran gelegen haben, dass Karl Schabrod durchaus bereit war, die Briefe an verantwortliche Politiker in seinen Rundbriefen aufzugreifen oder sogar anzuhängen. Über die angehängten Schreiben zeigte er seiner breiteren Leserschaft, dass die Botschaften und Überzeugungen der KPD noch immer an die verantwortlichen

⁶¹¹ Karl Schabrod an Friederike Nadig, Düsseldorf 27.01.1957, in: NKS, Ordner 1957/58.

Stellen der Politik getragen würden und dies in einer kämpferischen Weise. Das jedenfalls war mit Schabrods Brief an den Ministerpräsidenten Nordrhein-Westfalens, Fritz Steinhoff, vom November 1957 geschehen. Karl Schabrod gratulierte dem Ministerpräsidenten zum 60. Geburtstag, ehe er ausführlich die Haltung der SPD in der Frage der atomaren Abrüstung kritisierte. Von den Lesern seiner Rundbriefe, denen er das Schreiben angehängt hatte, verlangte er Rückmeldungen und Vorschläge, wie er diesbezüglich weiter vorgehen solle.⁶¹²

Die herausfordernde Art Karl Schabrods führte dazu, dass nur wenige Politiker seine Briefe beantworteten. Jedoch ließen sich auch einzelne Politiker, wie Landtagspräsident Josef Gockeln von der CDU auf längere Diskussion ein. Gockeln hatte Schabrod sogar zum persönlichen Gespräch geladen, um über die atomare Abrüstung zu diskutieren.⁶¹³

Mit der Gründung der ‚freien Meinung‘ überführte Karl Schabrod die Rundbriefe 1958 in ein richtiges Zeitungsformat, das mit dem Verbot der ‚freien Meinung‘ im Juni 1960 sein Ende fand. Erst 1962 griff Klara Schabrod die Rundbriefe wieder auf, um für die Haftentlassung ihres Mannes zu werben (siehe Kap. 11.4). Karl Schabrod führte die Rundbriefe ab 1965 und über das Prozessende hinaus fort und knüpfte damit an die Jahre 1957/58 an. Die ersten dieser neuen Rundbriefe beschäftigten sich mit der bevorstehenden Bundestagswahl im September 1965. Karl Schabrod beschrieb seine eigene juristische Verfolgung seit seiner Landtagswahlkandidatur. Im Wesentlichen machte er die CDU verantwortlich, die sich durch ihre von den USA gesteuerten Kriegspolitik definiere. Er rief seine Leser dazu auf, die DFU (Deutsche Friedensunion) zu wählen.⁶¹⁴ Die DFU hatte sich seit 1960 als Sammelpartei für Friedensaktivisten, Wiedervereinigungsbefürwortern und Linksaktivisten gegründet. Zu ihren prominenten Gründungsmitgliedern zählten unter anderem Renate Riemeck, die Karl Schabrods Freilassungskampagne unterstützt hatte und das ehemalige CDU-Mitglied Wilhelm Elfes, mit dem Karl Schabrod seit Anfang der 1950er Jahre in Kontakt stand.⁶¹⁵ Die SED unterstützte

⁶¹² Karl Schabrod an den Ministerpräsidenten Steinhoff, Düsseldorf 23.11.1957, in: NKS, Ordner 1957, 1958; Karl Schabrod, 27.11.1957: Rundbrief, in: NKS, Ordner 1957,1958.

⁶¹³ Karl Schabrod an den Landtagspräsidenten Gockeln, 30.01.1958, in: NKS, Ordner 1957,1958; Präsident des Landtags Gockeln an Karl Schabrod, Düsseldorf 18.02.1958, in: NKS, Ordner 1957,1958. Unbeantwortet blieben so beispielsweise die Briefe: Karl Schabrod an Konrad Adenauer, 1959, in: NKS, Prozessakten, Mappen 1956 – 1962; Karl Schabrod an Gerhard Schröder, Düsseldorf 23.06.1965, in: NKS NY-4242, Ordner 35; Karl Schabrod an den Landesvorstand des DGB, 18.12.1965, in: NKS NY-4242, Ordner 24; Karl Schabrod an den Ministerpräsidenten des Landes Niedersachsen Diederichs, 22.11.1966, in: NKS, Ordner 1966; Karl Schabrod an Heinz Kühn, Düsseldorf 26.11.1966, in: NKS, Ordner 1966.

⁶¹⁴ Schabrod Karl, 09.1965: Rundbrief, Düsseldorf, in: NKS, Ordner 1965.

⁶¹⁵ Klocksinn 1993, Kommunisten im Parlament, S. 427 – 428.

die Sammelbewegung mit hohen Geldsummen und kommunistische Mitglieder behinderten Annäherungsversuche an das bürgerliche Lager.⁶¹⁶

Neben Briefen an verantwortliche Politiker und Rundschreiben suchte Karl Schabrod immer wieder die Nähe zu Zeitungen und anderen einflussreichen gesellschaftlichen Akteuren. Unentwegt schrieb Karl Schabrod Leserbriefe, in denen er einzelne Artikel kritisierte und richtigzustellen versuchte.⁶¹⁷ Grundsätzlich bemühte er sich um einen sachlichen Ton, sparte aber nicht mit Kritik. So warf er dem Chefredakteur der ‚Neuen Ruhrzeitung‘, Jens Feddersen, vor, dass sich der Verlag zu nah an der Landesregierung positioniere und vom Wirtschaftsverband Ruhr lenken lasse.⁶¹⁸ Der ‚Spiegel‘ zeigte sich ab Anfang 1966 interessiert an Karl Schabrods Expertise sowie Biographie und bedankte sich für die Leserzuschriften.⁶¹⁹ Im Juli 1968 kontaktierte die Redaktion des ‚Spiegels‘ Karl Schabrod und bat um ein persönliches Treffen, „um einmal das Sujet des politischen Strafrechts durchzusprechen.“⁶²⁰

Die vielfältige Briefpolitik Karl Schabrods erlaubte es ihm, seine Themen und Forderungen sehr gezielt zu adressieren und auf eine direkte Rückmeldung zu hoffen. Der Nachteil dieser Art der politischen Einflussnahme bestand darin, dass er auf konkrete Anlässe für seine Briefe angewiesen war und sich auf wenige Themen beschränken musste. Den Versuch, sich themenübergreifend politisch zu artikulieren, hatte Karl Schabrod erstmals Anfang 1961 unternommen, als er die Gültigkeit seines passiven Wahlrechts in einer Petition an den Bundestag abgefragt hatte (siehe Kap. 11.1).⁶²¹ An die Petition hatte er eine Art Grundsatzprogramm angehängt, auf dessen Grundlage er politisch aktiv werden wollte und das später zum Gründungsprogramm der KWG wurde.⁶²²

1967 erarbeitete Karl Schabrod zusammen mit den ehemaligen KPD-Mitgliedern Clemens Kraienhorst, Emil Sander und Willy Spicher ein weiteres Dokument, das wie ein Grundsatzprogramm aufgebaut war. Dieses war speziell auf Nordrhein-Westfalen

⁶¹⁶ Dirk Mellies, 2007: Trojanische Pferde der DDR?, Das neutralistisch-pazifistische Netzwerk der frühen Bundesrepublik und die Deutsche Volkszeitung, 1953 – 1973, S. 56 – 58. Trotz der finanziellen Zuwendungen und der versuchten Einflussnahme der SED kann die DFU nicht als kommunistische Tarnorganisation abgestempelt werden. Rolf Schönfeldt argumentierte, dass sich die DFU als Sammelpartei ihres kommunistischen Flügels sehr wohl bewusst war und dieser nicht allein die Richtung der Partei bestimmte. Vgl. Rolf Schönfeldt, 1983: Die deutsche Friedens-Union, in: Richard Stöss/ Jürgen Bacia: Parteien-Handbuch: die Parteien der Bundesrepublik Deutschland 1945 - 1980, Band 1 AUD–EFP, S. 875.

⁶¹⁷ Karl Schabrod an die Redaktion der Frankfurter Neuen Presse, Düsseldorf 20.03.1967, in: NKS, Ordner 1967; Karl Schabrod an die Redaktion der Hattinger Rundschau 11.09.1967, in: NKS NY-4242, Ordner 10; Karl Schabrod an die Redaktion der Hohenlimburger Rundschau 11.09.1967, in: NKS NY-4242, Ordner 10; Karl Schabrod an die Redaktion der NRZ, Düsseldorf 26.11.1966, in: NKS, Ordner 1966.

⁶¹⁸ Karl Schabrod an Herrn Feddersen, Düsseldorf 20.01.1967, in: NKS, Ordner 1967.

⁶¹⁹ Hans Pettenkofer an Schabrod Karl, 31.01.1966, in: NKS, Ordner 1966.

⁶²⁰ Peter-Ferdinand Koch an Karl Schabrod, Hamburg 04.07.1968, in: NKS, Ordner 1968.

⁶²¹ Karl Schabrod an den Deutschen Bundestag, z.Hd. Seines Präsidenten Dr. Gerstenmaier, 27.02.1961, in: NKS, Ordner 1961.

⁶²² Klara Schabrod, Emilie Sander, Margot Schröder, Der politische Prozess, Oberhausen 22.06.1962, in: NKS, Ordner 1962.

zugeschnitten. Der erste Punkt umfasste ein Sofortprogramm für die Kohlewirtschaft, die wieder stärker unter staatliche Kontrolle gestellt werden sollte und Eigentümern mehr Pflichten auferlegte sowie Arbeitnehmerrechte stärkte. Zechenschließungen sollten fortan nur noch unter Zustimmung der IG-Bergbau, der Landesregierung und der Betriebsräte möglich sein. Im Bereich der Sozialpolitik forderte das Programm Lohn-, Gehalts- und Rentenerhöhungen sowie eine offenere Kreditpolitik der Landesbanken. Dabei verband das Programm Landesfragen mit klassischen KPD-Positionen. Finanzieren sollte es sich durch 2 Milliarden DM, die Berlin an das Land Nordrhein-Westfalen zu zahlen hatte. Die Schulraumnot könne dadurch beseitigt werden, dass kein Geld mehr für den Bau von Bunkern ausgegeben würde. Ebenso müsse die Landesregierung sich für den Abzug aller auf ihrem Gebiet stationierten atomaren Waffensysteme einsetzen sowie eine Normalisierung der Verhältnisse zur Sowjetunion anstreben. In Bezug auf die Kommunalpolitik blieb das Grundsatzprogramm ebenso der KPD-Politik treu. Die Landesregierung hatte gewissermaßen als Schutzpatron der Gemeinden und Kreise gegen die „verfassungswidrigen Bonner Machtansprüche“ aufzustehen, die sich vor allem in der geplanten Notstandsverfassung zeigten.⁶²³

Trotz der Wiederkehr klassischer KPD-Themen und Standpunkte zeigte das Programm eine gewisse Mäßigung, denn Karl Schabrod hatte bereits 1958 ein erstes Programm veröffentlicht, das sich ausschließlich mit der Kohleindustrie beschäftigte. Das Programm von 1958 las sich im ersten Teil wie ein Brandbrief zu den Missständen im Bergbau. Millionen unbezahlter Feierschichten und unzählige Unfälle stünden „aufreizend hohen Gewinne(n) der Unternehmen“ gegenüber. Daher forderte Karl Schabrod nicht nur wie 1967 die stärkere staatliche Kontrolle über die Kohleindustrie, sondern gleich deren Verstaatlichung und knüpfte damit an die im Landtag gescheiterte Sozialisierung im Bergbau an. Auch sollte ein Stopp der Kohleinfuhr aus den USA erfolgen und die Ausfuhr in die Sowjetunion und andere sozialistische Länder erleichtert werden.⁶²⁴

Das 20-jährige Jubiläum des Landtags von Nordrhein-Westfalen 1966 bot Karl Schabrod erstmals die Gelegenheit, ohne Eigeninitiative wieder in die Öffentlichkeit zu treten. Die westfälische Rundschau plante eine Sonderbeilage zum Jahrestag und kontaktierte hierfür Karl Schabrod, der einen Kurzbeitrag schreiben sollte. Darin hob er seine eigene Haftzeit unter den Nationalsozialisten hervor sowie die Zusammenarbeit über alle Parteigrenzen hinweg unter dem 1. Kabinett Amelunxen, zu dem die CDU nicht gehört hatte.⁶²⁵

⁶²³ Karl Schabrod, 1967: Vorschläge für eine Politik in Nordrhein-Westfalen, in: Archiv Landtag NRW, LTNRW118 Nr. A0208/0658.

⁶²⁴ Karl Schabrod, 1958: ein offener Brief an die NRW-Regierung, in: NKS, Ordner 1957, 1958.

⁶²⁵ Friedrich Stüber an Karl Schabrod, Dortmund 20.09.1966, in: NKS, Ordner 1966.

Anfang September erhielten 13 ehemalige KPD-Abgeordneten sogar eine offizielle Einladung zur Jubiläumsfeier des Landtags. ‚Die Zeit‘ sah in Schabrods Einladung einen umstrittenen Schritt, der „für einigen Wirbel“ gesorgt habe.⁶²⁶ Auch unter den ehemaligen KPD-Abgeordneten herrschte große Unsicherheit, wie mit der Einladung umzugehen sei.⁶²⁷ Karl Schabrod übernahm als früherer Fraktionsvorsitzender die Diskussionsleitung. Er deutete die Einladung als einen „weiteren Schritt zur Wiederherstellung unserer demokratischen Rechte“. Daher sollten alle Kommunisten der Einladung Folge leisten und „natürlich gilt es, den frischen Aufwind überall zu nutzen.“⁶²⁸ Dies bedeutete für Karl Schabrod, eine Presseerklärung zu verfassen, die er den anderen ehemaligen Abgeordneten vorlegte.⁶²⁹ In der später veröffentlichten, gemeinsamen Presseerklärung betonten sie ihre eigenen Landtagsleistungen sowie das Scheitern der Bodenreform, der Sozialisierung des Bergbaus und des paritätischen Mitbestimmungsrechts. Gleichzeitig verknüpften sie mit ihrer gleichberechtigten Einladung zum Festakt die Erwartung, dass sich der Landtag nun stärker für die noch fehlende Gleichstellung von Kommunisten einsetzen würde.⁶³⁰ Karl Schabrod dachte sogar darüber nach, eine eigene Publikation zur KPD-Geschichte im Landtag zu veröffentlichen, wenn das Echo auf die Presseerklärung groß genug ausfallen sollte.⁶³¹ Er nutzte den frischen Aufwind ebenfalls, um den Landtagspräsidenten John van Nes Ziegler im Vorfeld zu einer Kaffeetafel mit den früheren KPD-Abgeordneten einzuladen. Ziegler schlug die Einladung aus, erklärte sich aber bereit, im Anschluss an die Feierlichkeiten einer gemeinsamen Kaffeerunde beizuwohnen.⁶³²

Im Rahmen seiner Kandidatur zur Bundestagswahl 1961 hatte Karl Schabrod begonnen, sich selbst zum Gegenstand seiner Politik zu machen. Er begriff den Entzug seines aktiven und passiven Wahlrechts als Teil einer konsequenten, antikommunistischen Politik der Bundesregierung. Immer wieder prangerte er sein Erleben als mustergültiges Beispiel für die politischen Versäumnisse der Bundesrepublik an und versuchte darauf aufmerksam zu machen. So schrieb er im Januar 1964 an den SPD-Bundestagsabgeordneten Fritz Erler, der sich öffentlich für eine Direktwahl des EU-Parlaments eingesetzt hatte. Schabrod betonte mit dem Verweis auf seine Einschränkungen, dass auch noch erhebliche Demokratiedefizite in der Bundesrepublik bestünden.⁶³³ Erler wiederum erklärte, sich für eine bessere Wahlrechtssituation für Kommunisten einzusetzen, sofern Schabrod seine „Gesinnungsfreunde in Mitteldeutschland“ für eine Rechtsverbesserung

⁶²⁶ Die Zeit, 07.10.1966: Wirbel um alte Kommunisten.

⁶²⁷ Cilly Knopp-Hansmann an Karl Schabrod, Köln 04.09.1966 in: NKS, Ordner 1966.

⁶²⁸ Karl Schabrod an Otto Schönfeldt, Düsseldorf 11.10.1966, in: NKS NY-4242, Ordner 03.

⁶²⁹ Karl Schabrod, 23.09.1966: Rundbrief, in: NKS, Ordner 1966.

⁶³⁰ Paul Bender, Helga Dicken, Karl Schabrod, undatiert: Presseerklärung anlässlich der 20-jährigen Wiederkehr der Konstituierung des Landtags von Nordrhein-Westfalen, in: NKS NY-4242, Ordner 03.

⁶³¹ Karl Schabrod an Otto Schönfeldt, Düsseldorf 11.10.1966, in: NKS NY-4242, Ordner 03.

⁶³² Karl Schabrod an Lutz Lehmann, Düsseldorf 03.02.1969, in: NKS NY-4242, Ordner 35.

⁶³³ Karl Schabrod an Fritz Erler, 08.01.1964, in: NKS, Ordner 1964.

für die DDR-Opposition bewege.⁶³⁴ Schabrod erwiderte daraufhin gekränkt, dass er „die bundesdeutsche Arroganz“ nicht nachvollziehen könne, die Erler vertrat. Immerhin seien beide Zuchthauskameraden gewesen und Gleichberechtigung sei kein Privileg, das man einfach vergeben könne, sondern ein Grundrecht.⁶³⁵

Im Frühjahr 1966 bot sich für Karl Schabrod die Gelegenheit, seine Verfolgung in der Bundesrepublik mit der Nationalen Frage zu verbinden. Anfang Februar hatte Walter Ulbricht einen offenen Brief an die SPD verfasst, die zeitgleich ihren Parteitag in Dortmund abhielt. Darin forderte Ulbricht ein Zusammenarbeiten von SPD und SED, die er als „die beiden größten Parteien Deutschlands“ definierte. Gemeinsam sollten sie die Nationale Frage lösen und aufeinander zugehen. Hierzu schlug er die Schaffung eines gemeinsamen Gremiums der offenen Aussprache beider Parteien vor. Als Voraussetzung für diese Annäherung formulierte Ulbricht folgende Bedingungen für die SPD: die Anerkennung der bestehenden Grenzen, das Bekenntnis zur atomaren Abrüstung und die Ablehnung der Notstandsgesetzgebung. Mitte März antwortete der SPD-Parteivorstand ebenfalls in einem offenen Brief und erweiterte Ulbrichts Vorschlag und forderte „die offene Aussprache aller Parteien in allen Teilen Deutschlands einzuleiten“. Vertreter des Bundestags und der deutschen Volkskammer sollten ohne Einschränkungen und Verfolgungen in beiden deutschen Staaten zur Nationalen Frage sprechen dürfen. Die SED betonte in ihrem Antwortschreiben vom 25. März, dass sie sich für einen Redneraustausch zwischen SED und SPD einsetzen würde, was Angehörige anderer Parteien angehe, „müßten sie sich mit den entsprechenden Parteien oder Organisationen in der Deutschen Demokratischen Republik in Verbindung setzen.“⁶³⁶

Zwei Tage später kontaktierte Karl Schabrod den Bundesvorstand der SPD. Eingangs lobte er die Parteiführung dafür, dass sie nach „langem Zögern“ endlich Schritte auf die SED zugehe. Aber für eine tatsächliche Entspannung bräuchte es die Wiedermulassung der KPD „im Geltungsbereich des Grundgesetzes und die Aufhebung aller Strafverfahren und Urteile, die wegen angeblicher oder tatsächlicher Verstöße gegen das KPD-Verbot zu stande gekommen sind.“ Der Forderung der SPD nach ungehinderten Rednerauftritten in beiden deutschen Staaten stellte er seine eigene juristische Verfolgung gegenüber, die er ausführlich auflistete. Zu diesem Zeitpunkt schöpfte er den letzten Rechtsweg zum Bundestagswahlprozess in Form einer Verfassungsbeschwerde aus. Sofern diese scheiterte, womit zu rechnen war, drohten Karl Schabrod 18 Monate Gefängnis. Daher konfrontierte er die SPD mit seiner drohenden Strafe. „Ist der Parteivorstand der SPD bereit, sich dafür einzusetzen, dass mir aus meiner freien Meinungsäußerung in der Bundesrepublik keine Nachteile erwachsen?“⁶³⁷ Nachdem Karl Schabrod einen Monat später immer noch keine

⁶³⁴ Fritz Erler an Karl Schabrod, 11.01.1964, in: NKS, Ordner 1964.

⁶³⁵ Karl Schabrod an Fritz Erler, 21.01.1964, in: NKS, Ordner 1964.

⁶³⁶ Ernst Deuerlein, 1972: Deutschland 1963 – 1970, Edition Zeitgeschehen, Hannover, S. 62 – 64.

⁶³⁷ Karl Schabrod an den Parteivorstand der SPD, Düsseldorf, 27.03.1966, in: FES, 2/BTFE001120.

Rückmeldung erhalten hatte, forderte er seine Antwort mit mehr Nachdruck ein. Ende April schrieb er einen zweiten Brief mit ähnlichem Inhalt und dem Verweis auf sein erstes Schreiben. In 66-facher Ausführung ging das Schreiben an SPD-Bundestagsabgeordnete aus Nordrhein-Westfalen.⁶³⁸

Karl Schabrods Briefe trafen die SPD in einer schwierigen Umwälzungsphase. Bereits 1963 hatte Egon Bahr den Leitsatz der Neuen Ostpolitik – Wandel durch Annäherung – öffentlich formuliert.⁶³⁹ Dabei verstand sich die Neue Ostpolitik „als Politik der kleinen Schritte“, um so die deutsche Teilung langfristig aufzuheben.⁶⁴⁰ Einer der ersten Schritte war ein neuer Umgang mit den westdeutschen Kommunisten und dem KPD-Verbot. Hier bot sich für die SPD die Möglichkeit, Verständigungssignale in die DDR und die Sowjetunion zu senden. Gleichzeitig durfte die SPD nicht den Eindruck erwecken, die bisher von ihr mitgetragene Politik gegen die KPD als komplett fehlerhaft abzutun. Um diesen Mittelweg aufrechtzuhalten, besprach die SPD Schabrods Briefe auf der Parteivorstandstagung. Der Vorstand beschloss, eine Form zu wählen „durch die man sich von der KPD nicht ‚einspannen‘ läßt, die aber andererseits zeigt, daß bei uns Gesetze und humanitäres Denken beachtet und zur Geltung gebracht werden.“⁶⁴¹ Im Juni 1966 antwortete der Bundestagsabgeordnete Gerhard Jahn in der vom Vorstand gewünschten, freundlichen, aber bestimmten Form. Er nahm dabei keinen direkten Bezug auf Schabrods persönliche Verfolgung, sondern konzentrierte sich ganz auf einen potentiellen Dialog mit der SED und eine mögliche Wiedervereinigung. Jahn erklärte, dass sehr konkrete Vorstellungen zu gesamtdeutschen Fragen existieren, dass aber „diejenigen irren, welche meinen, zwischen kommunistischer SED und SPD seien Aussprachen im Sinne einer kommunistischen Einheitsfront möglich.“⁶⁴²

Im Juli 1966 band Karl Schabrod die Leserschaft seiner Rundbriefe in die Korrespondenz mit der SPD ein. Er informierte sie über Jahns Brief vom Juni und hängte den Entwurf eines Antwortschreibens an Jahn an, den seine Leser kommentieren und kritisieren sollten. In seinem Entwurf forderte er nochmals, dass die SPD Stellung zu seiner persönlichen Verfolgung nehmen solle, da sie dieser Frage ausgewichen sei. Zur Frage der Entspannungspolitik und einer möglichen Wiedervereinigung urteilte Schabrod, dass dies erst passieren könne, wenn die Bundesrepublik und Westberlin ihr aggressives und militärisches Verhalten aufgebe. Die Bundeswehr sei mit alten „Hitlergenerälen“ durchsetzt und die NATO dränge auf eine atomare Bewaffnung

⁶³⁸ Karl Schabrod an den Parteivorstand der SPD, Düsseldorf, 26.04.1966, in: NKS NY-4242, Ordner 18.

⁶³⁹ Egon Bahr, 15.07.1963: „Wandel durch Annäherung“, Rede in der Evangelischen Akademie Tutzing, in: 100(0) Schlüsseldokumente zur deutschen Geschichte im 20. Jahrhundert, https://www.1000dokumente.de/index.html?c=dokument_de&dokument=0091_bah&l=de.

⁶⁴⁰ Stefan Kreuzberger, 2009: Westintegration und neue Ostpolitik, die Außenpolitik der Bonner Republik, Berlin, S. 88.

⁶⁴¹ Heinz Castrup an Gerhard Jahn, Bonn 16.05.1966, in: FES, 2/BTFE001120.

⁶⁴² Gerhard Jahn an Karl Schabrod, Marburg, 06.06.1966, in: FES, 2/BTFE001120.

Westdeutschlands. „Gemessen an diesen westdeutschen Bestrebungen ist die Mauer in Berlin lediglich eine Defensiv-Maßnahme.“⁶⁴³

Zeitgleich setzten SPD und SED ihren politischen Diskurs in Form von offenen Briefen bis in den Juni fort. Beide Parteien stritten über Systemgegensätze, historische Analysen und die Nationale Frage. Zusätzlich stellten sie Bedingungen für den geplanten Redneraustausch auf. Die SPD schlug vor, Willy Brand, Fritz Erler und Herbert Wehner am 13. Mai nach Karl-Marx-Stadt (Chemnitz) als Redner zu entsenden und lud SED-Vertreter zur SPD-Sitzung nach Hannover ein. Die SED wiederum verlangte, auf einer SPD-Veranstaltung in Essen sprechen zu dürfen, „weil diese Stadt bedeutende Traditionen in der deutschen Arbeiterbewegung besitzt und führende Genossen des ZK und der SED früher eng mit der Arbeiterklasse des Ruhrgebietes verbunden waren.“ Gleichzeitig verlangte die SED, den Besuchstermin von Brandt, Erler und Wehner von Mai auf Juni zu legen. Sowohl SPD und SED lehnten die gewünschten Forderungen ihres Verhandlungspartners ab und das Scheitern des Redneraustauschs zeichnete sich ab.⁶⁴⁴

Karl Schabrod versuchte im Mai 1966, konstruktiv auf den festgefahrenen Diskurs einzuwirken. Er sandte einen Vorschlag an den Parteivorstand der SPD, der es SED-Politikern ermöglichen sollte, in der Bundesrepublik aufzutreten. Konkret erarbeitete er ein Gesetz, wonach „Handlungen, die der Wiedervereinigung Deutschlands oder der Erleichterung von Beziehungen zwischen beiden Teilen Deutschlands dienen, [...] nicht den Bestimmungen des STGB über Staatsgefährdung, den Strafbestimmungen zur Durchführung des Verbots der KPD und sonstigen Strafbestimmungen“ unterliegen. Schabrods vorgeschlagene Rechtssicherheit sollte sich ebenso auf die Organisatoren der Rednerauftritte erstrecken, die Kontakte zu den SED-Politikern herstellten.⁶⁴⁵

Auch die Bundesregierung befasste sich mit dem juristischen Problem von SED-Auftritten in Westdeutschland. Hierzu verabschiedete sie am 29. Juni ein Gesetz „über eine befristete Freistellung von der deutschen Gerichtsbarkeit.“ Dieses sah vor, alle Deutsche, die „ihren Wohnsitz oder gewöhnlichen Aufenthalt außerhalb des Geltungsbereichs des Grundgesetzes“ hatten, vom Strafrecht freizustellen, sofern dies nach „Abwägung aller Umstände“ dem öffentlichen Interesse diene. Zwar schuf der Bundestag somit eine potentielle Rechtssicherheit für SED-Rednerauftritte, brachte aber gleichzeitig zum Ausdruck, dass die bundesrepublikanischen Gesetze grundsätzlich auf die DDR anzuwenden seien. Die DDR wies diese Grundannahme in schärfsten Tönen von sich und betonte, dass sie ein souveräner Staat mit eigener Gerichtsbarkeit sei. Willy Stroph, der Vorsitzende des DDR-Ministerrates forderte Bundeskanzler Erhard auf, die „revanchistischen Forderungen“ fallen zu lassen, die sich in diesem

⁶⁴³ Karl Schabrod, 07.1966: Rundbrief, NKS NY-4242, Ordner 19.

⁶⁴⁴ Deuerlein, 1972: Deutschland 1963 – 1970, S. 64 – 67.

⁶⁴⁵ Karl Schabrod an den Parteivorstand der SPD, Düsseldorf 10.05.1966, in: FES, 2/BTFE001120.

„Handschellengesetz“ zum Ausdruck brächten.⁶⁴⁶ Im Juli 1966 stellte die VVN-NRW die Gesprächsbereitschaft der bundesrepublikanischen Parteien und der SED abschließend auf die Probe, indem sie zu einem gesamtdeutschen Dialog in Form einer Abendveranstaltung einlud. SPD sowie CDU und FDP ignorierten die Einladung und auch die SED sagte ab, sodass Karl Schabrod zusammen mit dem Friedensaktivisten Otto Schönfeldt als Redner auftraten und stellvertretend den Ost-West-Dialog führten. Schabrod machte hier nochmal auf die Schaffung eines möglichen Straffreiheitsgesetzes für SED-Redner aufmerksam.⁶⁴⁷

Der Umgang mit der UdSSR und der von ihr abhängigen Staaten stellte ein weiteres Thema dar, dass in Schabrods Korrespondenzen und Dialogen fast zwangsläufig zur Sprache kam. Schabrod warb beständig für eine Annäherung an die sozialistischen Staaten, womit er häufig auf Ablehnung stieß. Im März 1960 kritisierte er Düsseldorfs neuen Oberbürgermeister Willi Becker scharf dafür, dass er nicht den Oberbürgermeister aus Karl-Marx-Stadt empfangen hatte. Seine Vorgänger Josef Gockeln und Georg Glock hatten den Treffen während ihrer Amtszeit immer zugestimmt. Schabrod warf der regierenden SPD-Fraktion vor, sich aufgrund der Vorwürfe von Hetzern nicht dem Besuch zu stellen. Die SPD solle ihre Position noch einmal überdenken.⁶⁴⁸ Oberbürgermeister Becker widersprach Schabrod offensiv. Seiner Meinung nach hegten die SED-Delegationen aus Karl-Marx-Stadt keinerlei Interesse an Kommunalpolitik, sondern nutzen den Besuch lediglich für ihre Propaganda: Daher sei jeder Empfang völlig sinnlos.⁶⁴⁹ Ebenso griff Karl Schabrod das Thema in Form seiner Leserbriefe auf, in denen er negative Zeitungsartikel zur DDR scharf angriff.⁶⁵⁰

Ab 1968 engagierte sich Karl Schabrod auch offen für die Ablehnung der Notstandsgesetze. Hierzu setzte er im Mai 1968 einen offenen Brief zusammen mit Willi Bechtle, Grete Thiele, Max Schäfer und Herbert Mies an alle Sozialdemokraten auf. Die fünf Verfasser waren allesamt ehemalige KPD-Funktionäre und richteten einen eindringlichen Appell an die SPD, die Notstandsgesetze zu verhindern. Die Notstandsgesetze seien das Ergebnis einer Großen Koalition, die der SPD dauerhaft schade und nur der CDU nütze. Als weitere Fehlpolitik der Großen Koalition benannte das Schreiben außenpolitische Themen, wie die verweigerte Anerkennung der DDR, hohe Rüstungsausgaben, Ablehnung der Oder-Neiße-Grenze und die Unterstützung der „verbrecherische(n) Aggression der USA gegen das vietnamesische Volk“. Um diese Fehlpolitik zu beheben, müssen die Notstandsgesetze abgelehnt, die DDR als

⁶⁴⁶ Deuerlein, 1972: Deutschland 1963 – 1970, S. 68.

⁶⁴⁷ RP, 25.07.1966: Ein Gespräch fand nicht statt, 25.07.1966.

⁶⁴⁸ Karl Schabrod an Oberbürgermeister Becker und die Ratsfraktion der SPD, 09.03.1960, in: NKS, Ordner 1960.

⁶⁴⁹ Willi Becker an Karl Schabrod, Düsseldorf 14.04.1960, in: NKS NY-4242, Ordner 18.

⁶⁵⁰ Karl Schabrod an die Redaktion der NRZ, 11.10.1964, in: NKS, Ordner 1964.

gleichberechtigter Staat anerkannt, die Abrüstung eingeleitet und das KPD-Verbot aufgehoben werden. Das Schreiben enthielt damit ein ganzes Konvolut klassischer KPD-Positionen, die nun um den Protest gegen die Notstandsgesetze erweitert wurden.⁶⁵¹ Auch wenn das Schreiben damit den Eindruck erweckte, als sei der Protest gegen die Notstandsgesetze nur ein Anlass, um altbekannte Forderungen nochmal neu vorzutragen, nahm das Thema für Karl Schabrod eine besondere Bedeutung ein.

Im Mai 1968 schrieb er einen Brief an den SPD-Bundestagsabgeordneten Willy Könen. Könen lebte in Düsseldorf und hatte zusammen mit Karl Schabrod in der Stadtverordnetenversammlung gegessen. In dem Brief richtete Karl Schabrod einen eindringlichen Appell an den SPD-Politiker, bei der kommenden dritten Lesung gegen die Verabschiedung der Notstandsgesetze zu stimmen. Eine Zustimmung sei die Preisgabe der Bundesrepublik an die NATO und führe zu geheimen Schubladengesetzen, die jede Opposition mit militärischen Mitteln ersticken würde. Neben der Kritik am Gesetzesvorhaben und den zu befürchtenden Folgen drohte Karl Schabrod mit persönlichen Konsequenzen: „Machst Du auch bei der 3. Lesung diese weitere Rechtsschwenkung der Bonner Obrigkeit mit, werden sich die NPD und Herr Strauß und Altnazi Kiesinger freuen. Es tut mir leid, Dir mitteilen zu müssen, dass Du mein Vertrauen dann nicht mehr haben kannst.“⁶⁵²

12.2 Karl Schabrod und die Wiedezulassungsdebatte 1961 – 1968

Ab 1966 setzten sich weite Teile der Bundesrepublik mit der Frage auseinander, ob eine Wiedezulassung der KPD rechtlich möglich, politisch wünschenswert und gesellschaftlich vertretbar war. Ein neues Verständnis von Entspannungspolitik und gesellschaftliche Umbrüche in den 1960er Jahren hatten die Wiedezulassungsdebatte dabei erst möglich gemacht.

Einer dieser politischen Umbrüche formulierte sich in der SPD, als Egon Bahr am 15. Juli 1963 in Tutzing erstmals öffentlich den Leitgedanken einer neuen Ostpolitik als ‚Wandel durch Annäherung‘ ausdrückte. Bereits im Dezember 1963 führte der Politikwechsel unter dem Berliner Bürgermeister Willy Brandt zu einem Passierscheinabkommen zwischen Ost- und Westberlin. Während Brandts Kanzlerschaft folgten zwischen 1970 und 1973 sechs weitere Verträge mit Staaten des Warschauer Paktes. In der Innenbetrachtung fokussierte sich die Debatte auf den Umgang mit den westdeutschen Kommunisten.

Auch die westdeutschen Medien begannen sich seit Anfang der 1960er Jahre für die Rechtssituation der Kommunisten zu interessieren. Der ‚Spiegel‘ eröffnete im Juni 1961

⁶⁵¹ Willi Bechtle, Karl Schabrod, Grete Thiele, Max Schäfer und Herbert Mies, 14.05.1968: offener Brief an alle Sozialdemokraten, NKS NY-4242, Ordner 18.

⁶⁵² Karl Schabrod an Willy Könen, Düsseldorf 26.05.1968, in: NKS, Ordner 1968.

die gesellschaftliche Debatte über das politische Strafrecht. In einem elfseitigen Artikel übte das Nachrichtenmagazin massive Kritik an einer vorherrschenden politischen Justiz und berief sich dabei auf den ehemaligen Generalbundesanwalt Max Güde, der das Amt freiwillig abgegeben hatte.⁶⁵³ Im November 1963 sorgte die Fernsehsendung ‚Panorama‘ für Schlagzeilen, als sie über die enorm hohen Ermittlungszahlen in politischen Verfahren berichtete.⁶⁵⁴ Im Dezember 1965 druckte der ‚Spiegel‘ einen Artikel des SED-Politikers Robert Havemann ab, der eine Neugründung einer kommunistischen Partei forderte, aber eine deutlich demokratischere Grundausrichtung zur Bedingung machte. Max Reimann zeigte sich wenig zufrieden mit dem Vorstoß des westdeutschen Nachrichtenmagazins und Havemanns. Per Leserbrief kritisierte Reimann den SED-Politiker und warf ihm mangelnde Kompetenz vor, da er sich zum Verbot und zur Neugründung einer Partei äußere, der er selbst niemals angehört hatte.⁶⁵⁵ Im Mai 1967 organisierte der Theaterintendant Otto Schönfeldt eine eigene Konferenz zu den Problemen des KPD-Verbots.⁶⁵⁶ Karl Schabrod hatte die Auswirkungen des Mediendiskurses erstmals während seiner Prozesse zur Bundestagswahl 1961 erlebt, als sein Fall breitere Aufmerksamkeit und gesellschaftliche Solidarität hervorrief (siehe Kap. 11.4).

Das ZK der illegalen KPD beschloss zum Jahresanfang 1967 die voranschreitende Dynamik der Wiedenzulassungsdebatte für sich zu nutzen. Am 15. Februar gründeten Max Reimann, Max Schäfer und Ludwig Landwehr die ‚Kommission für Verhandlungen mit der Bundesregierung über die Aufhebung des KPD-Verbots‘. Die Kommission diente zur direkten Ansprache von hochrangigen Persönlichkeiten in der Politik.⁶⁵⁷

Parallel bereitete sich auch Karl Schabrod vor, aktiv an der Wiedenzulassungsdebatte teilzunehmen. Am 14. Februar 1967 lud er Richard Scheringer, Franz Ahrens, Kurt Erlebach und Manfred Kapluck zu sich nach Hause ein. Gemeinsam gründeten sie den ‚Initiativ Ausschuss für die Wiedenzulassung der KPD‘.⁶⁵⁸ Hierzu beriefen sie knapp einen Monat später eine Pressekonferenz in Frankfurt ein, die auf großes mediales Interesse stieß. 51 Journalisten und vier Vertreter von Fernseh- und Radioanstalten nahmen an der einstündigen Konferenz teil. Der Andrang übertraf sogar die Erwartungen der Ausschussmitglieder, da 15 Journalisten nicht mehr in den angemieteten Raum hineinpassten.⁶⁵⁹ Der Initiativ Ausschuss wirkte ergänzend zu

⁶⁵³ Der Spiegel, 05.07.1961: Justiz/Güde gebrochenes Rückgrat.

⁶⁵⁴ Foschepoth, 2017: Verfassungswidrig!, das KPD-Verbot im, S. 320.

⁶⁵⁵ Fülberth, 1990: KPD und DKP, S. 107 – 108.

⁶⁵⁶ Otto Schönfeldt, 1967: Zum Sinn und Zweck der Konferenz, in: Konferenz über die Problematik des KPD-Verbots in der Bundesrepublik Deutschland am 06./07. Mai 1967 in Düsseldorf, in: NKS, Ny-4242 Ordner 06.

⁶⁵⁷ Foschepoth, 2017: Verfassungswidrig!, Das KPD-Verbot, S. 331.

⁶⁵⁸ Klara Tuchscherer an René Lehmann, 08.03.2021.

⁶⁵⁹ Zusammenfassung Pressekonferenz des Initiativ Ausschusses für die Wiedenzulassung der KPD am 14.03.1967 in Frankfurt/Main, Hotel Heuburger Hof, in: NKS NY-4242, Ordner 09.

Reimanns Verhandlungskommission und sollte vornehmlich in der breiten Öffentlichkeit agieren. Über Pressemitteilungen und Rednerveranstaltungen sollte er das Thema verbreiten und verzeichnete erhebliche Erfolge.⁶⁶⁰ Ende März fertigte Ausschussmitglied Franz Ahrens ein Presseecho zur Gründungskonferenz an. So hatten in der Bundesrepublik 182 Tageszeitungen, 3 Fernsehsender sowie 6 Rundfunksender über die Gründungskonferenz berichtet. Dem enormen Interesse in der Bundesrepublik stand eine gewisse Gleichgültigkeit in der DDR gegenüber. Hier hatten überraschenderweise nur zwei Tageszeitungen Artikel zum Initiativ Ausschuss verfasst.⁶⁶¹ Auch der Initiativ Ausschuss setzte wenig daran, in der DDR zu wirken. Mitte Dezember lehnte Schabrod sogar eine Rednereinladung nach Ostberlin ab, „da wir sehr viele Termine im Bundesgebiet haben“. Er verwies auf die SED, die sicherlich bereit sein würde, einen Vortrag zum Thema abzuhalten.⁶⁶² Allein 1967 sprachen Mitglieder des Initiativ Ausschusses auf 82 Veranstaltungen vor über 20.000 Zuhörern. Das Konzept war so erfolgreich, dass sich auch dezentral weitere lokale Zulassungsausschüsse bildeten.⁶⁶³

Doch die fünf Kommunisten standen auch weiterhin unter strenger staatlicher Beobachtung und die juristische Praxis des politischen Strafrechts erlaubte es, den Ausschuss durchaus als Nachfolge- oder Tarnorganisation einzustufen, allein schon wegen seiner Mitglieder. Manfred Kapluck war ehemaliges Mitglied der FDJ und der KPD, Franz Ahrens vormaliger Chefredakteur der KPD-Zeitung ‚Freies Volk‘ und Karl Schabrod, Kurt Erlebach sowie Richard Scheringer waren Landtagsabgeordnete der KPD gewesen. Gegen Jahresende 1967 teilte das Innenministerium Karl Schabrod mit, dass die Oberstaatsanwaltschaft in Köln gegen den Initiativ Ausschuss und seine Mitglieder ermittele. Auf persönliche Nachfrage erklärte die Oberstaatsanwaltschaft, dass jedoch zur Zeit kein Verfahren anhängig sei. Daraus leitete Schabrod ab, dass ein Verfahren aufgenommen, aber schon wieder verworfen worden war.⁶⁶⁴

Dies bedeutete aber keinesfalls, dass der Initiativ Ausschuss völlig ungehindert tätig sein konnte. Am 16. Juni 1967 war ein erstes Verbot verhängt worden, das der Initiativ Ausschuss öffentlich aufgriff und scharf kritisierte. Erst 40 Minuten vor Beginn hatte der Saarbrücker Oberbürgermeister die Versammlung abgesagt, da es sich seiner Meinung nach um eine Werbung für eine verbotene Partei und Organisation handele. Der Initiativ Ausschuss betonte, dass bisher alle zwölf Versammlungen ohne rechtliche Einschränkungen abgehalten worden und über 40 weitere Veranstaltungen geplant seien. Das Verbot widerspräche auch den Signalen aus der Politik. Die

⁶⁶⁰ Foschepoth, 2017: Verfassungswidrig!, Das KPD-Verbot, S. 331 – 332.

⁶⁶¹ Franz Ahrens an Karl Schabrod, Hamburg 28.03.1967, in: NKS NY-4242, Ordner 09.

⁶⁶² Karl Schabrod an Hans Kriszun, Düsseldorf 18.12.1967, in: NKS NY-4242, Ordner 05.

⁶⁶³ Foschepoth, 2017: Verfassungswidrig!, Das KPD-Verbot, S. 331 – 332.

⁶⁶⁴ Karl Schabrod, 06.12.1967: Rundbrief, Düsseldorf, NKS NY-4242, Ordner 10.

SPD-Bundestagsmitglieder Herbert Wehner und Hermann Schmitt-Vockenhausen hätten sich bereits öffentlich für die Existenz einer kommunistischen Partei ausgesprochen.⁶⁶⁵ Im August und Oktober 1967 stand Karl Schabrod der ARD, dem WDR und dem Saarländischen Rundfunk als Experte in der Frage der Wiedezulassung Rede und Antwort. Hier betonte er die positiven Signale der Innenministertagung in Ulm und verknüpfte eine potentielle Neugründung mit der Frage einer Generalamnestie: „Eine Neugründung der KPD kann nur dann erfolgen, wenn wirklich der Weg dazu frei ist, wenn die Haftbefehle aufgehoben sind, es sind noch etwa über hundert Haftbefehle, die schweben gegen ehemalige Funktionäre der KPD [...] Wir wünschen also eine Gleichberechtigung.“ Karl Schabrod bezog sich mit seiner Amnestievorstellung auf eine Forderung der ‚Kommission für Verhandlungen mit der Bundesregierung über die Aufhebung des KPD-Verbots‘.⁶⁶⁶ Max Reimann hatte die Wiedezulassung der KPD in vier Schritte unterteilt. Als Erstes sollte eine Amnestie für alle Personen und Organisationen der verbotenen KPD erfolgen. Hiernach sollte Meinungsfreiheit in Wort und Schrift für alle Kommunisten garantiert werden. Als Drittes folgte eine Zusicherung des passiven Wahlrechts für kommunistische Einzelkandidaturen und Wahlgemeinschaften. Im letzten Schritt sollte die Relegalisierung der KPD stattfinden. Um die Wichtigkeit der Amnestie zu verdeutlichen, fertigte Karl Schabrod im Januar 1968 eine Dokumentation über die Verfolgung kommunistischer Wahlkandidaten an, in der er auch seine eigenen Prozesse in den Vordergrund rückte.⁶⁶⁷

Getragen durch ein erhebliches mediales und gesellschaftliches Interesse wandte sich der Initiativausschuss auch direkt an verantwortliche Stellen in der Politik. So schlug er anfang Oktober 1967 dem ‚Sonderausschuss für die Strafrechtsreform des Deutschen Bundestages‘ ein „Hearing über die rechtlichen Möglichkeiten und Wege zur Legalisierung der KPD“ vor, wo er referieren wollte.⁶⁶⁸ Knapp eine Woche später gab der Initiativausschuss eine Pressemitteilung heraus, die sich direkt an die tagende Innenministerkonferenz in Ulm wandte und die Relegalisierung in den vier von Reimann erarbeiteten Schritten forderte.⁶⁶⁹

Die inhaltliche Notwendigkeit der KPD begründete der Initiativausschuss über ihre Stellung als Friedenspartei. Sie stehe für die atomare Abrüstung, die Anerkennung der DDR sowie der bestehenden Grenzen und positioniere sich gegen die Bewaffnung der Bundeswehr und gegen den Vietnamkrieg. Darüber hinaus bezeichnete der

⁶⁶⁵ Initiativausschuss für die Wiedezulassung der KPD, undatiert: Stellungnahme, in: NKS, Ordner 1967; Saarbrücker Zeitung, 19.06.1967: Versammlung verboten.

⁶⁶⁶ Wörtliche Auszüge aus dem Interview von Karl Schabrod mit dem WDR und Saarländischem Rundfunk, 24.10.1967, in: Archiv Landtag NRW, LTNRW118 Nr. A0208/0658.

⁶⁶⁷ Karl Schabrod, 01.1968: Dokumentation über die Verfolgung Kommunistischer Wahlkandidaten, Zum Nachweis der Notwendigkeit einer politischen Amnestie für die vom KPD-Verbot Betroffenen, in: NKS NY-4242, Ordner 05.

⁶⁶⁸ Initiativausschuss für die Wiedezulassung der KPD an den Sonderausschuss für die Strafrechtsreform des Deutschen Bundestages, Hamburg 06.10.1967, in: NKS NY-4242, Ordner 10.

⁶⁶⁹ Initiativausschuss für die Wiedezulassung der KPD, 12.10.1967: Pressemitteilung, in: NKS NY-4242, Ordner 10.

Initiativausschuss die Wiedenzulassung als notwendigen Schritt der Entspannungspolitik. Somit versuchte er, die Frage der Wiedenzulassung direkt mit einem Gelingen der Neuen Ostpolitik zu verknüpfen und baute so Druck auf die SPD auf.⁶⁷⁰

Der Initiativausschuss verstand sich dabei keineswegs als ungebundene Organisation. Seine Nähe zur illegalen KPD brachte er nicht nur durch die Biographien seiner fünf Mitglieder zum Ausdruck, er verbreitete auch offizielle Stellungnahmen der verbotenen Partei. Im Juli 1968 gab er einen Aufruf des ZKs der KPD zur Zusammenarbeit gegen die Notstandsgesetze bekannt. Mit einer gewissen Selbstverständlichkeit rechtfertigte der Ausschuss die Verbreitung der KPD-Botschaft „als entsprechend unserer legitimen Aufgabe – den Wunsch nach Informationen über die Politik der Kommunisten in der Bundesrepublik.“⁶⁷¹

Die fehlende Eigenständigkeit zeigte sich noch offensichtlicher in der Haltung zum Prager Frühling. Die Frankfurter Rundschau hatte Karl Schabrod im Telefoninterview um eine Einschätzung zu den politischen Ereignissen in der ČSSR (Tschechoslowakischen Sozialistischen Republik) befragt. Nach Karl Schabrods wohlwollenden Äußerungen zur Demokratisierung in der ČSSR schrieb die Frankfurter Rundschau den Artikel ‚Westdeutsche Kommunisten billigen den Prager Kurs‘.⁶⁷² Schabrods Äußerungen widersprachen aber der wenige Tage später veröffentlichten Erklärung des Warschauer Pakts, wonach „feindliche Kräfte“ die ČSSR „vom Weg des Sozialismus stoßen und die Gefahr einer Lostrennung“ herbeiführten.⁶⁷³ Karl Schabrod sah sich daraufhin zum Handeln gedrängt und schrieb als Mitglied des Initiativausschusses eine Stellungnahme an die Frankfurter Rundschau. Hier griff er die Solidaritätsbekundungen der Bundesrepublik mit der Prager Bewegung scharf an und verurteilte sie als heuchlerisch, denn man rühre keinen Finger zur Wiedenzulassung der KPD. Zusätzlich stellte er sich hinter die Erklärung des Warschauer Pakts, wonach der Westen das sozialistische Lager bedrohe.⁶⁷⁴

Als im August 1968 Truppen des Warschauer Pakts in die ČSSR einmarschierten, verteidigte die illegale KPD die militärische Interventionspolitik. In einer offiziellen Erklärung führte das ZK der KPD die Proteste in Prag auf imperialistische und vom Ausland angestoßene „Wühlarbeit“ zurück. Der Einmarsch der sowjetischen Truppen

⁶⁷⁰ Initiativausschuss für die Wiedenzulassung der KPD an die Regierung der Bundesrepublik Deutschland, 13.03.1967, in: NKS NY-4242, Ordner 05.

⁶⁷¹ Initiativausschusses für die Wiedenzulassung der KPD, 03.07.1968: Mitteilung: Für die demokratische Erneuerung der Bundesrepublik Deutschland, Hamburg, in NKS, Ordner 1968.

⁶⁷² Karl Schabrod an die Redaktion der Frankfurter Rundschau, Düsseldorf 20.07.1968, in: NKS, Ordner 1968.

⁶⁷³ Warschauer Brief an das Zentralkomitee der KP der Tschechoslowakei vom 15. Juli 1968 und darauf Antwort, in:
https://www.herder-institut.de/no_cache/digitale-angebote/dokumente-und-materialien/themenmodule/quelle/1363/details.html.

⁶⁷⁴ Karl Schabrod an die Redaktion der Frankfurter Rundschau, Düsseldorf 20.07.1968, in: NKS, Ordner 1968.

entspräche „dem Geist des proletarischen Internationalismus und dem im Bratislava festgelegten Grundsatz, nachdem die Verteidigung des Sozialismus in der CSSR zu einem gemeinsamen Interesse des tschechoslowakischen Volkes, der sozialistischen Staaten und aller fortschrittlichen Kräfte geworden ist.“⁶⁷⁵

Der Initiativausschuss reagierte am 20. September 1968 mit einer Pressemitteilung auf die Erklärung der illegalen KPD. Er bewertete die Position der illegalen KPD als „von prinzipiell sozialistischen Erwägungen bestimmt“, ohne dies näher auszuführen oder eine eigene Haltung zum Truppeneinmarsch zu beziehen. Die Kritik zahlreicher westdeutscher Politiker an der Haltung der illegalen KPD bezeichnete er als „Demagogie“, da man sich nicht ernsthaft mit der Wiedezulassung beschäftigen wolle. Die Bundesregierung würde „ausländische Kommunisten bewundern und Kommunisten der Bundesrepublik verfolgen, heuchlerisch für die Meinungsfreiheit in der CSSR eintreten und zugleich eine Polizeijagd auf den Programmwurf der KPD veranstalten.“⁶⁷⁶

Die uneingeschränkte Loyalität der illegalen KPD traf dabei auf eine schockierte Neue Linke, die sich aus der Studentenbewegung heraus entwickelte. Eine überwiegende Mehrheit der studentischen und nicht studentischen Organisationen der Neuen Linken verurteilte die militärische Intervention. Für sie bedeutete der Truppeneinmarsch, dass die „Sowjetunion ihre langjährig vertretene friedliche Koexistenz-Politik preisgab“, um die „nach ihrer Meinung gefährdete Einheit des Warschauer Paktes durch eine Strafexpedition nach imperialistischen Vorbildern wieder zu bewahren.“⁶⁷⁷

Damit separierten sich der Initiativausschuss, die KPD und später auch die DKP von einem wichtigen Teil der Neuen Linken, obwohl beide Gruppierungen in vielen Bereichen ähnliche Standpunkte vertraten. Die Neue Linke hatte sich seit Beginn der 1960er Jahre von der Deutschlandpolitik der etablierten Parteien entfernt. Schon im Oktober 1961 hatte der SDS (Sozialistischer Deutscher Studentenbund) das Festhalten an den deutschen Grenzen von 1937 in Bezug auf die Wiedervereinigung als „gefährliche Illusionen“ bezeichnet. Seit 1963 setzte sich der SDS offen für die rechtliche Anerkennung der DDR ein. Die Neue Linke zeigte großes Interesse an der Wiedezulassungsdebatte. Die harte Haltung zum Prager Frühling beschädigte damit das Zusammenrücken beider Strömungen.⁶⁷⁸ Die spätere Parteiführung der DKP glaubte, diesen Rückschritt rasch mit einer „konsequenten Arbeiterpolitik“ wieder zu beseitigen.⁶⁷⁹

⁶⁷⁵ Zentralkomitee der KPD, 28.08.1968: Erklärung, in: NKS NY-4242, Ordner 06.

⁶⁷⁶ Initiativausschuss für die Wiedezulassung der KPD, 20.09.1968: Jetzt erst recht: KPD wiederzulassen! Erklärung des Initiativausschusses, in: NKS, Ordner 1968.

⁶⁷⁷ Nikolaus J. Ryschowsky, 1968: Die linke Linke, Geschichte und Staat Band 129/30, S. 109 – 110.

⁶⁷⁸ Gerrit Dworok, 2013: 1968 und die 68er, Ereignisse, Wirkungen und Kontroversen in der Bundesrepublik, Köln, S. 131.

⁶⁷⁹ Norbert Kozicki, 2008: Aufbruch in NRW, 1968 und die Folgen, Essen, S. 183.

Das von Reimann und dem Initiativausschuss vorgeschlagene Stufenkonzept zu Relegalisierung stieß bei der SPD auf wenig Zuspruch. Vielmehr setzte sich die SPD-Spitze für die Gründung einer neuen kommunistischen Partei ein, um so das Verbotsurteil nicht direkt aufheben zu müssen. Herbert Wehner verkaufte die Neugründungslösung als naheliegendes Allheilmittel, dem quasi nichts im Weg stünde. Die Kommunisten hätten die richtige Konsequenz „bisher nicht gezogen, dass sie den Versuch einer legalen Parteigründung und -bildung“ unternehmen müssten. Wehners Äußerungen trafen wohl kaum den Kern der eigentlichen Zulassungsdebatte und trugen wohl eher dazu bei, das grundlegende Problem des politischen Strafrechts zu leugnen. Karl Schabrod wiederum zeigte sich wenig begeistert über die uninformierte Äußerung des Ministers für gesamtdeutsche Fragen und adressierte im Mai 1967 ein Schreiben an den Parteivorstand der SPD. Hier berichtete er von der 1961 gegründeten und wenige Wochen später verbotenen KWG sowie seiner anschließenden juristischen Verfolgung, um darzulegen, dass Wehners Vereinfachungen kein geeigneter Lösungsansatz seien.⁶⁸⁰ Ähnlich kritisierte Karl Schabrod auch das SPD-Bundestagsmitglied Hermann Schmitt-Vockenhausen, der öffentlich behauptet hatte, dass Einzelkandidaturen nicht durch das KPD-Verbot berührt würden. Schabrod schrieb Schmitt-Vockenhausen, dass dies wohl kaum stimme. Er solle sich lieber beim Justizminister Gustav Heinemann erkundigen, falls er das nicht glaube.⁶⁸¹ Parallel schickte er die Antwort auch an den Parteivorstand der SPD. Als er zwei Monate später von keiner Seite eine Antwort erhielt, forderte er diese mit Nachdruck ein und schrieb diesbezüglich auch Justizminister Heinemann an.⁶⁸² Der Parteivorstand der SPD wich einer Antwort aus. Anfang August 1967 quittierte er quasi den „Eingang Ihrer verschiedenen Briefe, die sich mit dem KPD-Verbot in der Bundesrepublik befassen“ und verwies auf eine Stellungnahme des Justizministers Gustav W. Heinemann.⁶⁸³

Heinemann, der 1963 zusammen mit Diether Posser Karl Schabrod in seinem Revisionsprozess zur Bundestagswahlkandidatur vertreten hatte, hatte im Juli 1967 seine Einschätzung zum KPD-Verbot veröffentlicht und damit die Wiedenzulassung zur Regierungssache erklärt. Er betonte, dass nicht nur die KPD, sondern auch die rechtsradikale SRP von einer Wiedenzulassungslösung betroffen wären. Die Grundbedingung für die Teilnahme am demokratischen Prozess sei das eindeutige Bekenntnis zur freiheitlich-demokratischen Grundordnung. Genau darin lag für den Justizminister das eigentliche Problem. Heinemann betrachtete das Verbotsurteil von 1956 als rechtskräftig, da sich die KPD aufgrund ihres Fernziels, der Diktatur des Proletariats und der Verabschiedung des Programms zur nationalen Wiedervereinigung,

⁶⁸⁰ Karl Schabrod an den Parteivorstand der SPD, 17.05.1967, in: NKS NY-4242, Ordner 19.

⁶⁸¹ Karl Schabrod an Herrn Schmitt-Vockenhausen, MdB, Düsseldorf, 15.05.1967, in: NKS, Ordner 1967.

⁶⁸² Karl Schabrod an den Parteivorstand der SPD, Düsseldorf 27.07.1967, in: NKS NY-4242, Ordner 10; Schabrod Karl an Justizminister Heinemann, Düsseldorf 21.07.1967, in: NKS NY-4242, Ordner 10.

⁶⁸³ Heinz Castrup an Karl Schabrod, Bonn 04.08.1967, in: NKS NY-4242, Ordner 10.

als nicht grundgesetzkonform erwiesen habe. Bei Privatpersonen besteht die Möglichkeit, zwei Jahre nach einer Grundrechtsverwirkung eine Prüfung der Resozialisierung zu beantragen. Dies sei aber „grundsätzlich etwas anderes als die Selbstverwandlung einer verfassungswidrigen Partei in eine verfassungstreue“. Die eigene Behauptung der Verfassungstreue sei kein Beweis für den Wandel. Wenn die KPD ihren Wesenswandel glaubhaft darlege, „müßte man geradezu von einer neuen Partei sprechen, deren Gründung ohnehin frei ist. Warum aber dann die Anknüpfung an die alte verfassungswidrige Partei und die Diskussion um deren ‚Wiederzulassung‘?“ Nach Heinemanns Schlussfolgerung war die Gründung einer neuen kommunistischen Partei daher das Mittel der Wahl. Eine Gesetzesänderung zur Wiederzulassung der KPD definierte er als entscheidenden Rückschritt in Richtung einer nicht wehrhaften Demokratie wie die der Weimarer Republik.⁶⁸⁴

Heinemann befeuerte mit seiner Einschätzung nicht nur die ohnehin schon aktive Debatte um eine mögliche Zulassung, er setzte auch eine umfassende juristische Fachdiskussion in Gang. Denn die von ihm vorgeschlagene „Relegalisierung der alten KPD durch eine augenzwinkernde Duldung der neuen DKP auf Schleichwegen aus der Welt zu schaffen“, stieß in juristischen Kreisen durchaus auf Gegenwehr. Allein die ‚Juristenzeitung‘ veröffentlichte in den nächsten Ausgaben fünf Stellungnahmen zu den Möglichkeiten einer KPD-Wiederzulassung.⁶⁸⁵ Die Rechtmäßigkeit des Verbotsurteils von 1956 wurde dabei kaum in Frage gestellt. Vielmehr ging es darum, die von SPD und CDU über Jahre hinweg betonte Unveränderbarkeit des KPD-Verbots mit einer Wiederzulassung oder Neugründung zu vereinbaren.⁶⁸⁶

Karl Schabrod erfuhr von Heinemanns Artikel aus der ‚Rheinischen Post‘. Ernüchtert schrieb er dem Bundesjustizminister und seinem früheren Anwalt: „Ich bedauere diese konservative Stellungnahme, weil sie in keiner Weise die politischen Erfordernisse berücksichtigt, von denen eine Bundesregierung und jeder ihrer Minister gegenwärtig auszugehen hat.“ Er warf Heinemann vor, sich aus der Verantwortung zu stehlen, was seinem Amt als Justizminister keinesfalls gerecht würde.⁶⁸⁷ Heinemann fühlte sich zu Unrecht angegriffen und sandte Karl Schabrod den originalen Artikel als Lektüre zu. Gleichzeitig betonte er, dass er über grundsätzliche juristische Aspekte gesprochen habe und keinesfalls versucht habe, in die Politik von Schabrods Initiativausschuss

⁶⁸⁴ Gustav W Heinemann, 1967: Wiederzulassung der KPD?, in: Juristenzeitung, 22. Jahrg. Nr. 14, S. 425 – 426.

⁶⁸⁵ Rudolf Schuster, 1968: Über die Grenzen der „abwehrbereiten Demokratie“, Ein Beitrag zur Diskussion über eine Wiederbeteiligung der KPD, in: Juristenzeitung, 23. Jahrg. Nr. 5/6, S. 152 – 153.

⁶⁸⁶ Rudolf Schuster, 1968: Relegalisierung der KPD oder Illegalisierung der NPD? Zur politischen und rechtlichen Problematik von Parteiverboten, in: Zeitschrift für Politik, Neue Folge Nr. 15, S. 422 – 423.

⁶⁸⁷ Karl Schabrod an Bundesjustizminister der Justiz Heinemann, 26.07.1967, in: NKS NY-4242, Ordner 10.

einzugreifen.⁶⁸⁸

Daraufhin räumte Karl Schabrod ein, dass die ‚Rheinische Post‘ Heinemanns Aussagen überspitzt zusammengefasst habe. Dennoch widersprach er der grundlegenden These Heinemanns. Zum einen habe das Bundesverfassungsgericht das Fernziel der Partei – die Diktatur des Proletariats – falsch definiert. Die Richter hätten ihr Verständnis von Diktatur angewandt ohne es mit der kommunistischen Deutung des Begriffs abzugleichen und „damit heillose Verwirrung gestiftet.“. Im Sinne des Kommunismus bedeute Diktatur lediglich Herrschaft. Außerdem bewertete Schabrod das stoische Festhalten am Unveränderbarkeitsgrundsatz des Urteils als grundlegend falsch. Das Bundesverfassungsgericht selbst hatte eine Wiedervereinigung als mögliches Szenario benannt, indem das Urteil aufgehoben werden könnte. Zum Abschluss konfrontierte er Heinemann mit seinem eigenen Fall und stellte ihm die Frage, ob er die KWG auch als kommunistische Ersatzorganisation bewerten würde.⁶⁸⁹

Die von der SPD favorisierte Neugründungslösung blieb für Karl Schabrod und den Initiativausschuss keine Alternative zu einer KPD. Dies begründete Karl Schabrod auch mit der KWG, deren Schicksal sehr gut demonstriert habe, wie es um kommunistische Neugründungen stehe. Als gegen Jahresende Vizekanzler Willy Brandt sich der Einschätzung Heinemanns anschloss, lehnte der Initiativausschuss öffentlich jede Neugründung einer „pseudokommunistischen Partei“ ab.⁶⁹⁰

Anfang Februar 1968 ergriff die illegale KPD die Initiative und berief eine Pressekonferenz ein, um ein neues grundgesetzkonformes Parteiprogramm vorzustellen und damit die eigene Wiedezulassung anzustoßen.⁶⁹¹ So testete die Partei auch ihren Handlungsspielraum gegenüber den Behörden aus. Neben dem klaren Bekenntnis zum Grundgesetz enthielt das Programm eine ganze Reihe klassischer KPD-Forderungen: Anerkennung der DDR, Aufnahme freundlicher Beziehungen zur UdSSR, Verzicht von Atomwaffen, Anerkennung der Grenzen von 1945, Austritt der Bundesrepublik aus der NATO, Aufhebung der Zollunion mit der EWG (Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft) und die Aktionseinheit der Arbeiterklasse.⁶⁹² Die Verbreitung des Programmes übernahm hierbei der ‚Initiativausschuss für die Wiedezulassung der KPD‘. Doch sowohl Bundesinnenminister Paul Lübke sowie Bundesjustizminister Gustav Heinemann erklärten, dass eine offizielle KPD-Veranstaltung zu weit gehe und ließen die Konferenz verbieten. Ebenso verboten sie die Verbreitung des Programms und beschlagnahmten rund 62.000 Exemplare. Gleichzeitig und inkonsequenterweise tolerierten die Bonner Behörden am 15. Februar eine Veranstaltung des

⁶⁸⁸ Bundesminister der Justiz Heinemann an Karl Schabrod, Bonn 27.07.1967, in: NKS NY-4242, Ordner 09.

⁶⁸⁹ Karl Schabrod an Dr. Heinemann, Düsseldorf 02.08.1967, in: NKS NY-4242, Ordner 06.

⁶⁹⁰ Initiativausschuss für die Wiedezulassung der KPD, 04.12.1967: Aufhebung des KPD-Verbots höchst aktuell, in: NKS NY-4242, Ordner 09.

⁶⁹¹ Berliner Morgenpost, 15.02.1968: Das alte Programm.

⁶⁹² Irma Hanke, 1968: Zur Identität des neuen Programmwurfes der KPD, in: Zeitschrift für Politik Nr. 4, S. 436.

Initiativausschusses, bei der die Kommunisten das Programm vor über 100 Pressevertretern vorstellten.⁶⁹³ Dies wiederum veranlasste die Polizei in Hamburg, die dortigen Geschäftsräume des Ausschusses zu durchsuchen, alle Exemplare des Programms zu beschlagnahmen und ein Ermittlungsverfahren gegen die fünf Mitglieder einzuleiten.⁶⁹⁴

Die chaotische Uneinheitlichkeit der Strafverfolgung bereitete Innenminister Lübke solche Sorgen, dass er zusammen mit Heinemann die Landesinnenminister dazu aufforderte, konsequenter gegen die kommunistischen Veranstaltungsreihen vorzugehen.⁶⁹⁵ Dies wirkte sich massiv auf die Arbeit des Initiativausschusses aus. Im April 1968 kam es zur zweiten Durchsuchung der Geschäftsräume des Initiativausschusses, um erneut Exemplare des verbotenen Programms zu beschlagnahmen.⁶⁹⁶ Im Mai erklärte der Wuppertaler Polizeipräsident eine örtliche Veranstaltung des Initiativausschusses als verfassungswidrig.⁶⁹⁷ Im Juni zog der Bielefelder Polizeidirektor nach. Er sagte die bevorstehende Veranstaltung „KPD-Verbot und Demokratie“ wegen der „Teilnahme kommunistischer Spitzenfunktionäre“ wie Karl Schabrod und Herbert Mies ab und da „der Entwurf des neuen Parteiprogramms der KPD erörtert werden“ sollte.⁶⁹⁸

Karl Schabrod wehrte sich mit einem wütenden Schreiben an den Ministerpräsidenten Heinz Kühn. „Was ist los in NRW? In den ersten 17 Monaten Ihrer Regierung habe ich ungehindert in zahllosen Versammlungen sprechen können.“ Jedes Verbot sei verfassungswidrig und soweit Schabrod wisse, gäbe es kein ausstehendes Ermittlungsverfahren gegen ihn. Daher könne er sich bloß erklären, dass die Notstandsgesetze zu dieser antikommunistischen Härte der Polizeibehörden geführt hätten.⁶⁹⁹ Mit dieser Begründung kontaktierte Karl Schabrod Bundestagsabgeordnete, die für das Notstandsgesetz gestimmt hatten, um ihnen die direkten Grundrechtseinschränkungen der neuen Gesetze zu verdeutlichen.⁷⁰⁰ Heinz Kühn wehrte sich gegen den Vorwurf, dass die Verbote in einem Zusammenhang mit den Notstandsgesetzen stünden. Er schrieb Schabrod, dass die Mitglieder des Initiativausschusses zunehmend tagesaktuelle Fragen in den Fokus ihrer Veranstaltung gerückt und diese als KPD-Vertreter beantwortet hätten. „Dies stellt eine Förderung der verbotenen KPD dar und mußte zu den beanstandeten Maßnahmen führen.“⁷⁰¹

⁶⁹³ Foschepoth, 2017: Verfassungswidrig!, Das KPD-Verbot, S. 335 – 337.

⁶⁹⁴ Initiativausschuss für die Wiedergulassung der KPD, 26.02.1968: Hausdurchsuchung beim Initiativausschuss nach dem Programm-Entwurf der KPD, in: NKS NY-4242, Ordner 07.

⁶⁹⁵ Foschepoth, 2017: Verfassungswidrig!, Das KPD-Verbot im, S. 335 – 336.

⁶⁹⁶ Initiativausschuss für die Wiedergulassung der KPD an die Nachrichten-Agenturen, Hamburg, 10.04.1968, in: NKS NY-4242, Ordner 07.

⁶⁹⁷ Karl Schabrod an Innenminister Weyer, Düsseldorf, 29.05.1968, in: NKS NY-4242.

⁶⁹⁸ Polizeidirektor Bielefeld an Luise Hartmann, Bielefeld 18.06.1968, in: NKS, Ordner 1968.

⁶⁹⁹ Karl Schabrod an Ministerpräsident Kühn, Düsseldorf 27.06.1968, in: NKS, Ordner 1968.

⁷⁰⁰ Karl Schabrod an Heinz Hamacher, 12.07.1968, in: NKS, Ordner 1968.

⁷⁰¹ Ministerpräsident Kühn an Karl Schabrod, Düsseldorf 13.09.1968, in: NKS, Ordner 1968.

Als es im Verlauf der nächsten Wochen zu Veranstaltungsverböten in Remscheid, Solingen, Bergisch-Gladbach, Opladen, Bochum, Gelsenkirchen, Dinslaken, Alsdorf und Herford kam, wandte sich Karl Schabrod an den ehemaligen CDU-Ministerpräsidenten Fritz Meyers. Meyers hatte das KPD-Verbot während seiner Amtszeit als „überflüssig“ betitelt. Karl Schabrod fragte an, ob der CDU-Politiker noch immer diese Meinung vertrete und ob er sie „jetzt noch einmal öffentlich zum Ausdruck bringen“ würde. Meyers lehnte die Anfrage, als öffentlicher Fürsprecher für den Initiativausschuss aufzutreten, ab.⁷⁰² Zusätzlich schrieb Schabrod auch Werner Figgen, den Arbeits- und Sozialminister Nordrhein-Westfalens, an und beschwerte sich über die Veranstaltungsverböte. Er brachte dies in Verbindung mit einem konsequenten, behördlichen Vorgehen gegen seine Person und führte das Verbot der ‚freien Meinung‘ und der KWG an.⁷⁰³

Die Strafverfolgung gegen den Programmwurf endete dann im Juli 1968, als die Staatsanwaltschaft Karlsruhe begründete: „Der Inhalt der Broschüre ist nicht gegen die freiheitliche demokratische Grundordnung oder gegen den Gedanken der Völkerverständigung gerichtet.“⁷⁰⁴

Am 04. Juli 1968 beriefen Spitzen von CDU, SPD und FDP ein erstes offizielles Treffen mit der KPD, vertreten durch Grete Thiele, ein, um die Frage von Wiedenzulassung oder Neugründung zu klären. Zuvor hatte es am 21. April 1967 und im Mai 1968 bereits geheime Treffen zwischen Heinemann und KPD-Vertretern gegeben. Zur Geheimhaltung hatte Heinemann darum gebeten, dass jegliche Unterlagen nicht über den üblichen Dienstweg, sondern über seinen Freund und Kollegen Diether Posser zugeschickt werden sollten. Inhaltlich warb Heinemann beständig für seine Neugründungslösung, während die KPD-Vertreter weiterhin an der Verabschiedung eines grundgesetzkonformen Parteiprogramms festhielten. Auch beim offiziellen Treffen im Juli 1968 kam kein passender Kompromiss zustande. Inhaltliche Rückendeckung für seine Position bekam Heinemann von der Innenministerkonferenz in Ulm, die keine rechtlichen Bedenken gegen eine Neugründung erhob.⁷⁰⁵

Die juristische Grundlage für einen politischen Neustart einer kommunistischen Partei schuf Ende Mai 1968 der Bundestag. Mit nur zehn Gegenstimmen verabschiedete er das 8. Strafrechtsänderungsgesetz. Dieses hob zahlreiche politische Tatbestände auf, vor allem im Zusammenhang mit der DDR und löste sich vom Gedanken einer präventiven strafrechtlichen Verfolgung von Ersatzorganisationen. Knapp einen Monat später verabschiedete der Bundestag eine Generalamnestie für alle politischen Strafverfahren, die durch die neue Reform abgeschafft oder abgeschwächt wurden. Das 8. Strafrechtsänderungsgesetz hatte das politische Strafrecht erheblich eingeschränkt und

⁷⁰² Karl Schabrod an Ministerpräsident a.D. Dr. Meyers, 12.07.1968, in: NKS, Ordner 1968.

⁷⁰³ Karl Schabrod an Minister Figgen, Düsseldorf 05.06.1968, in: NKS NY-4242, Ordner 03.

⁷⁰⁴ Foschepoth, 2017: Verfassungswidrig!, Das KPD-Verbot, S. 336 – 337.

⁷⁰⁵ Ebd., S. 326 – 328.

damit die Bewegungsfreiheit für Kommunisten massiv ausgeweitet. Eine Befristung des KPD-Verbots oder gar eine bewusste Wiedezulassung hatte die Bundesregierung aber weiterhin abgelehnt.⁷⁰⁶ Zufrieden nahm der Initiativausschuss die Strafrechtsreform an, denn „seinem Inhalt nach trägt es im wesentlichen den eh und je von uns erhobenen Vorschlägen Rechnung.“ Dennoch sei die Gesinnungsjustiz noch nicht beseitigt, denn gerade Äußerungen zur DDR könnten immer noch strafrechtlich geahndet werden. Daher wertete der Initiativausschuss die Reform nur als wichtigen Zwischenschritt.⁷⁰⁷ Die Entscheidung für eine Neugründung fiel erst nach Rücksprache mit der KPdSU. Max Reimann sowie die KPD-Funktionäre Herbert Mies und Max Schäfer waren nach Moskau gereist und hatten über die Besprechungen mit dem Justizminister Heinemann berichtet.⁷⁰⁸ Im September bildete sich dann ein ‚Ausschuss zur Neukonstituierung der DKP‘, der die Gründung der DKP (Deutsche Kommunistische Partei) anstieß. Die DKP selbst veröffentlichte nie, wer alles in dem Ausschuss gesessen und wer ihn einberufen hatte. Ende September 1968 gab der neue Parteivorsitzende Kurt Bachmann die Gründung der DKP bekannt und beendete damit für die breite Öffentlichkeit die Wiedezulassungsdebatte. Auch für die SED war die Wiedezulassung der KPD damit kein Thema mehr. In ihren Augen stellte die DKP eine vollwertige Nachfolgepartei dar, die im gleichen Maße unterstützt wurde wie die KPD.⁷⁰⁹ Doch trotz der raschen Bildung von Landes-, Kreis-, Orts und sogar Stadtteilausschüssen sowie eigener Betriebsgruppen konnte die DKP nicht an die Stärke der KPD anknüpfen. Innerhalb des ersten Monats traten der kommunistischen Partei gerade einmal 6.000 Mitglieder bei.⁷¹⁰ Für die Neue Linke war die DKP zu eng mit der UdSSR verwoben, um als eigenständige Partei aufzutreten. Die alten Parteimitglieder hingegen zeigten sich mit dem Fallenlassen der KPD nicht einverstanden, was ein vorbehaltloses Eintreten in die DKP erschwerte. Im November 1968 berief der ehemalige Vorsitzende Max Reimann eine Pressekonferenz in der Bundesrepublik ein. Vor 80 Journalisten erklärte er die DKP zur Übergangslösung, bis zur Rückkehr der KPD.⁷¹¹ In den Augen vieler alter Kommunisten mangelte es der frisch gegründeten Partei am „marxistisch-leninistischen ‚Stallgeruch‘.“ Die Entstehungsgeschichte der DKP war zu eng mit dem gönnerhaften Willen westdeutscher Politik und Richter verknüpft.⁷¹² Auch der Initiativausschuss äußerte sich positiv, aber zurückhaltend zur Gründung der DKP.⁷¹³ Die Gründung einer neuen kommunistischen Partei bedeutete keinesfalls, dass

⁷⁰⁶ Ebd., S. 338 – 339.

⁷⁰⁷ Initiativausschuss für die Wiedezulassung der KPD, 08.1968: Verlautbarung, in: NKS NY-4242, Ordner 07.

⁷⁰⁸ Wilke, 1990: Die Deutsche Kommunistische, S. 72 – 73.

⁷⁰⁹ Fülberth, 1990: KPD und DKP, S. 117.

⁷¹⁰ Wilke, 1990: Die Deutsche Kommunistische, S. 75.

⁷¹¹ Foschepoth, 2017: Verfassungswidrig!, das KPD-Verbot 344 – 348.

⁷¹² Wilke, 1990: Die Deutsche Kommunistische, S. 74.

⁷¹³ Initiativausschuss für die Wiedezulassung der KPD an die Nachrichten-Agenturen, Hamburg 27.09.1968, in: NKS NY-4242, Ordner 06.

sich der Ausschuss auflöste oder seine Arbeit einstellte. Bis in die 1970er Jahre blieb der Ausschuss bestehen.⁷¹⁴

Der Anspruch der alten KPD-Mitglieder auf die Rückkehr ihrer Partei entwickelte dabei einen dogmatischen Charakter, der im Januar 1975 in einer abenteuerlichen Forderung mündete. Karl Schabrod forderte im Namen des Initiativausschusses den Landeswahlleiter dazu auf, zwei Gruppierungen zu verbieten, die als KPD und KPD-ML bei Bürgerschaftswahlen angetreten waren. So „kann es sich nur um Gruppierungen handeln, die entweder selbst den Bestrebungen zur Aufhebung des KPD-Verbots feindlich gegenüberstehen oder hierzu von antidemokratischen Kräften vorgeschoben werden“, schrieb er empört. Diese neuen KPDs entsprächen im Wesen und Charakter nicht der verbotenen Partei und verletzen daher die Namensrechte der KPD. Seine Legitimierung als Repräsentant der verbotenen KPD aufzutreten, rechtfertigte Karl Schabrod mit dem Initiativausschuss und seiner Verbreitung des 1968 zeitweise verbotenen Parteiprogramms.⁷¹⁵ Als sich das offensichtliche Scheitern seiner Forderung abzeichnete, nahm er persönlich Kontakt mit Angela Petersen auf, einem Mitglied der neuen KPD. Erbost schrieb er ihr, wie die neuen KPD-Mitglieder den Namen gestohlen hätten und listete die juristischen Verfolgungen auf, die er aufgrund seiner Parteimitgliedschaft in der Bundesrepublik durchlitten hatte.⁷¹⁶ Petersen selbst bot Schabrod daraufhin das Gespräch an und honorierte seine Verdienste für den Klassenkampf. Jedoch hätten die Entwicklungen seit 1956 gezeigt, dass die DKP sowie die UdSSR längst nicht mehr revolutionär seien und damit den Anspruch auf die KPD verloren hätten.⁷¹⁷ Schabrods Versuch, als Repräsentant einer illegalen Organisation aufzutreten und gewissermaßen deren Markenrechte vor einer staatlichen Instanz zu verteidigen, wirkt befremdlich. Auch die Begründung, dass diese neuen KPDs einen anderen Wesenscharakter besäßen, war überhaupt erst die Grundlage, die eine Parteizulassung ermöglicht hatte. Der justizerfahrene Karl Schabrod musste sich im Klaren darüber gewesen sein, dass er keinen juristischen Vertretungsanspruch der KPD besaß, aber sein Ärger über die Namensverwendung hatte ihn zu diesem Schritt ermutigt.

Karl Schabrods politisches Engagement in den Jahren 1956 bis 1968 vollzog sich abseits seiner Wahlkämpfe und des Gerichtssaals vor allem als Briefpolitik. Diese teilte sich grob in drei Kategorien ein: In Rundbriefe für eine kommunistische Leserschaft, Leserbriefe an gesellschaftliche Akteure wie Zeitungen und zuletzt direkte Briefe an

⁷¹⁴ Initiativausschuss für die Aufhebung des KPD Verbots, undatiert: Von der KPD zur DKP, Transkript der NDR-Sendung, 02.1972, in: Archiv Landtag NRW, LTNRW118 Nr. A0208/0658.

⁷¹⁵ Karl Schabrod an Landeswahlleiter Dahrendorf, 22.01.1974, in: NKS, Ordner 1972 – 1974. Vermutlich ist das Schreiben an Herrn Dahrendorf vom 22.01.1975 und somit falsch datiert, da die Landtagswahl erst 1975 war.

⁷¹⁶ Karl Schabrod an Angela Petersen, Düsseldorf 26.04.1975, in: NKS NY-4242, Ordner 13.

⁷¹⁷ Angela Petersen an Karl Schabrod, 04.05.1975, in: NKS NY-4242, Ordner 13.

einflussreiche Politiker, die er persönlich kannte. Thematisch rückte er die Frage nach Grundrechten für Kommunisten anhand seiner eigenen strafrechtlichen Verfolgung in den Vordergrund. Die verschiedenen Formen der Briefpolitik griffen dabei durchaus ineinander. Während des SPD-SED Dialogs im Frühjahr 1966 schaltete Schabrod sich zunächst ein, um dem SPD-Vorstand eine Stellungnahme zur Grundrechtsfrage für Kommunisten abzurufen. Die daraus entstandene Korrespondenz diskutierte Karl Schabrod aktiv in Form seiner Rundbriefe. Als die Debatte zwischen den Parteien scheiterte, nahm er eine aktivere Rolle ein und versuchte sich als Vermittler.

Die sehr gezielte Briefpolitik, die oftmals auf Themen reagierte, erweiterte Karl Schabrod durch eigene Grundsatzprogramme 1961 und 1967. Während des 20. Jubiläums des Landtags trat er erstmals ohne größere Eigeninitiative wieder in die Öffentlichkeit. Karl Schabrod bemühte sich, diese Aufmerksamkeit politisch zu nutzen, überschätzte aber die Möglichkeiten, die ein Festakt mit sich brachte. Insgesamt gelang es ihm nur selten, aktiv und sichtbar auf die bestehende Politik einzuwirken.

Dies änderte sich erst mit der Wiedezulassungsdebatte, die 1966 die breite Gesellschaft erreichte. Der ‚Initiativausschuss für die Wiedezulassung der KPD‘ zählte neben Reimanns Verhandlungskommission als zentrale Plattform, auf der die KPD ihre Wiedezulassung öffentlich vorantrieb. Schabrod sprach für den Initiativausschuss auf unzähligen Rednerveranstaltungen und wurde mehrfach vom öffentlich-rechtlichen Rundfunk als Experte angefragt. Dennoch gelang es nicht, die Bundesregierung von ihrer Neugründungsidee abzubringen. Auch zeigte das rechtliche Vorgehen gegen den Initiativausschuss ab dem Frühjahr 1968, dass sich die Kommunisten immer noch in einer rechtlichen Grauzone bewegten. Nach der Generalamnestie, dem 8. Strafrechtsänderungsgesetz und der Gründung der DKP war eine Wiedezulassung nahezu unmöglich. Karl Schabrod und den übrigen alten Kommunisten blieb nur ihr Alleinvertretungsanspruch der verbotenen KPD, den neugegründete KPDs in den 1970er Jahren in Frage stellten.

13. Karl Schabrod und die DKP 1968 – 1981

Die Gründung der DKP Ende September 1968 war im engsten Führungskader beschlossen und gewissermaßen im Eiltempo umgesetzt worden. Sie überraschte neben der breiten Öffentlichkeit auch weite Teile der illegalen KPD.⁷¹⁸ Unbeantwortete Fragen zum Verhältnis zwischen DKP und KPD erschwerten vielen alten Funktionären den Einstieg in die neue kommunistische Partei. Die DKP selbst berief Ende Oktober eine erste Bundeskonferenz in Offenbach ein und im April 1969 einen ersten richtigen Parteitag. Hier präsentierte sie sich klar als Partei der Bundesrepublik, aber beantwortete die Nationale Frage auf die gleiche Weise wie die verbotene KPD. Sie sprach sich klar für die Wiedervereinigung aus und sah die Voraussetzungen dafür in der DDR als erfüllt an. Jedoch spielte die Nationale Frage nur noch eine untergeordnete Rolle. Die DKP thematisierte die deutsche Einheit auf ihrem 2. Parteitag im November 1971 in Düsseldorf öffentlich gar nicht mehr. Bereits der verbotene KPD-Entwurf vom Februar 1968 hatte dem neuen Schwerpunkt der Kommunistischen Partei Rechnung getragen. Die KPD und später die DKP machten die Auseinandersetzung mit dem Wirtschaftssystem der Bundesrepublik, das sie als staatsmonopolistischen Kapitalismus beschrieben, zum Hauptthema ihrer Politik. Die DKP formulierte in Düsseldorf die seit Mitte der 1940er geforderte Verstaatlichung der Grundstoffindustrie als ihr primäres Anliegen.⁷¹⁹

Der DKP gelang es nur sehr langsam, neue Mitglieder anzuwerben. Nach eigenen Angaben zählte sie 1971 rund 33.000 Mitglieder, wobei das Innenministerium die Zahlen als deutlich zu hoch einstufte. Neue Mitglieder ohne KPD-Vergangenheit stammten oftmals aus dem Bereich der APO (Außerparlamentarischen Opposition), der Studentenbewegung und der linken Intelligenz. Daraus ergab sich eine Doppelstruktur aus einer Parteiführung der ehemaligen KPD-Funktionäre und einer eher intellektuellen und studentischen Basis. Diese Basis identifizierte sich in deutlich geringerem Maße mit den Ländern des real existierenden Sozialismus. Ihre innerparteilich artikulierte Kritik an der DDR und UdSSR fand in der DKP-Führung keinerlei Gehör. Wie bereits in der KPD hatte sich die neue kommunistische Partei eindeutig zur Sowjetunion bekannt und ließ keine Kritik zu. Zusätzlich wurde die Partei nach dem Prinzip des demokratischen Zentralismus geführt, in dem Entscheidungen nahezu unveränderbar von oben nach unten durchgesetzt wurden. Daher fiel es der DKP schwer, ihre neu angeworbenen Mitglieder dauerhaft in der Partei zu halten.⁷²⁰

⁷¹⁸ Rolf Ebbighausen / Peter Kirchhoff 1970: Der angepasste Klassenkampf: Organisation und Politik der DKP zwei Jahre nach ihrer Neukonstituierung, in: Politische Vierteljahresschrift, Vol. 11, Nr. 4, S. 556.

⁷¹⁹ Fülberth, 1990: KPD und DKP, S. 117 – 124 u. 136 – 137.

⁷²⁰ Ebd., S. 125 – 130, 137 – 139.

Trotz ihrer bescheidenen Größe war die Partei überaus handlungsfähig. Dabei setzte sie auf ein breites Pressenetzwerk. Mit der Zeitung ‚UZ‘ (Unsere Zeit) schuf sie ein zentrales Organ, das werktags mit einer Auflage von 30.000 – 40.000 Exemplaren erschien und am Wochenende sogar eine Auflage von 70.000 Exemplaren besaß. Dazu erschienen offizielle Stellungnahmen noch in Form des ‚DKP-Report‘, der ‚DKP-Landrevue‘, des ‚DKP-Pressedienstes‘ und der ‚DKP-Informationen‘.⁷²¹ Neben eigenen Zeitungen übte die DKP auch direkten Einfluss auf theoretische Zeitschriften aus, wie die ‚Marxistischen Blätter‘ und die ‚Blätter für deutsche und internationale Politik‘. Die ‚Marxistischen Blätter‘ wurden bereits 1963 von ehemaligen KPD-Funktionären ins Leben gerufen und finanzierten sich durch Gelder aus der DDR. Die theoretische Zeitschrift sollte die illegalen KPD-Zeitungen ergänzen, die nur schwer verbreitet werden konnten. Nach Gründung der DKP stellten sich die ‚Marxistischen Blätter‘ kompromisslos hinter die Positionen der Partei.⁷²² Auch die 1955 gegründeten ‚Blätter für deutsche und internationale Politik‘ waren finanziell von der DDR abhängig und stimmten den Inhalt ihrer Ausgaben mit der SED ab.⁷²³

Neben dem breiten Pressenetzwerk verfügte die DKP über eine ganze Reihe ihr nahe stehender Organisationen.⁷²⁴ So baute die DKP bis 1976 über 300 Betriebsgruppen auf, von denen sich über die Hälfte in der Metallindustrie befanden.⁷²⁵ Der Aufbau des DKP-Organisationsnetzwerks wurde dabei maßgeblich in Ostberlin geplant und ausgearbeitet und verfolgte dabei klar die Absicht, das sich „in der gegnerischen Republik bietende Protestpotential abzufangen, zu bündeln und hinter die von der SED vorgegebenen Positionen zu stellen.“⁷²⁶

Politisch gesehen blieb die DKP dennoch wenig einflussreich. Bei der Landtagswahl 1970 hatte sie in der Summe gerade einmal 0,9% der Stimmen erhalten, bei der Bundestagswahl 1972 sogar nur 0,3%. Die DKP scheiterte damit ausnahmslos an der 5%-Hürde und errang nur in Einzelfällen Mandate auf kommunaler Ebene. Ähnlich fielen die Ergebnisse der Betriebsrats- und Personalratswahlen aus. Auch hier errang die DKP im Bundesdurchschnitt nur 0,3% der Stimmen. Die neue kommunistische Partei hatte anfangs wenig Priorität auf den Ausbau von Betriebsgruppen gelegt und erst nach der Bundestagswahl 1969 begonnen, feste Strukturen auszubauen. Nur wenige

⁷²¹ Andreas von Weiß, 1975: Linksradikale Organisationen in der Bundesrepublik Deutschland und ihre politische Bedeutung, in: Zeitschrift für Politik, Neue Folge Nr. 1, S. 44.

⁷²² Jürgen P. Lang, 2019: Zeitschriftenporträt: Marxistische Blätter, in: Jahrbuch Extremismus & Demokratie, Bd. 2019, S. 229 – 234.

⁷²³ Udo Baron 2003: Kalter Krieg und heisser Frieden, der Einfluss der SED und ihrer westdeutschen Verbündeten auf die Partei ‚die Grünen‘, Chemnitz, S. 58.

⁷²⁴ Zu den DKP-nahen Organisationen zählen: SDAJ (Sozialistische Deutsche Arbeiterjugend), MSB-Spartakus (Marxistischer Studentenbund Spartakus), DKBD (Demokratischer Kulturbund Deutschlands), DFG/IdK (Deutsche Friedensgesellschaft – Internationale der Kriegsdienstgegner), BdWi (Bund Demokratischer Wissenschaftler), VVN-BdA, IIVS (Initiative Internationale Vietnam-Solidarität), JP (Junge Pioniere). Vgl. Weiß, 1975: Linksradikale Organisationen in, S. 44.

⁷²⁵ Ulrich Probst, 1979: Die kommunistischen Parteien der Bundesrepublik Deutschland, in: Zeitschrift für Politik, Vol. 26 Nr. 1, S. 67 – 72.

⁷²⁶ Wolfgang Kraushaar, 2000: 1968 als Mythos, Chiffre und Zäsur, S. 153 – 154.

Gewerkschaften wie die IG Druck und Papier und die IG Holz und Kunststoff verzeichneten eine stärkere Präsenz an DKP-Funktionären.⁷²⁷

Das Scheitern der DKP an der Wahlurne erklärte sich durch denselben Geburtsfehler, der bereits die KPD belastet hatte – die strikte Abhängigkeit von der UdSSR und der DDR. Dies nahm den westdeutschen Kommunisten einen Großteil ihrer politischen Bewegungsfreiheit weg und verhinderte ihre Entwicklung zur eigenständigen Partei. So bezeichnete der Parteivorsitzende Herbert Mies den Bau der Berliner Mauer 1978 als politischen Siegeszug der DDR, der klar aufgezeigt hätte, „wo die Macht des Imperialismus endete.“ Durch den Wegfall der DDR-Facharbeiter hätte sich „eine schwere strukturelle Krise des westdeutschen Bildungssystems“ offenbart. Die somit durch die DDR erzwungenen Bildungsreformen seien „eine wesentliche Ursache dafür [...], daß sich in der zweiten Hälfte der sechziger Jahre an den Universitäten und Oberschulen eine demokratische und antiimperialistische Bewegung entfaltete.“⁷²⁸

Die unkritische Distanz zur DDR und zur UdSSR zwang die DKP immer wieder zu widersprüchlichen Positionen, die ihrer Glaubwürdigkeit schaden. So hatte sich die Partei mit der Anti-Atomkraftwerks-Bewegung solidarisiert, verteidigte aber gleichzeitig die Nutzung von Atomkraftwerken in der UdSSR. Diese seien durch demokratische Betriebskontrollen abgesichert und bürgten somit kein Risiko. Ähnlich verhielt es sich mit der harten Kritik an den Radikalenerlässen der Bundesrepublik, während zeitgleich Menschenrechtsverletzungen in den Staaten des Warschauer Paktes unkommentiert blieben. Die DKP lehnte auf ihrem Parteitag 1976 jedes Bekenntnis zum Eurokommunismus ab, der sich ab 1975 von dem Führungsanspruch der UdSSR lossagte. Sie erklärte unmissverständlich: „Eher [...] geht ein Kamel durch ein Nadelöhr, als daß die Deutsche Kommunistische Partei für den Lohn ‚bürgerlicher Salonfähigkeit‘ auch nur einen Fußbreit abweicht von den Lehren von Marx, Engels und Lenin, von der großen Idee des proletarischen Internationalismus, dem Kraftquell der kommunistischen Bewegung.“⁷²⁹

Ab Herbst 1976 löste die Ausbürgerung von DDR-Kulturschaffenden einen Aderlass unter den verbliebenen Linksintellektuellen der DKP aus. Parteivorstand und die Parteizeitung ‚UZ‘ hatten die Ausbürgerung des Liedermachers Wolf Biermann als „Konsequenz seines feindseligen Wirkens gegen die Deutsche Demokratische Republik“ bezeichnet, und jeden Protest gegen die Ausbürgerung als antikommunistisch hingestellt. Als sich dieses Vorgehen 1977 wiederholte und der Schriftsteller Rudolf Bahro ausgebürgert wurde, verließen viele Linksintellektuelle die DKP, da sie ihre Kritik innerhalb der Partei nicht mehr äußern konnten. In der Summe isolierte sich die DKP in den 1970ern ähnlich wie die KPD zwanzig Jahre zuvor.⁷³⁰

⁷²⁷ Fülberth, 1990: KPD und DKP, S. 131 – 135.

⁷²⁸ Herbert Mies, 1978: Gedanken zum 10. Jahrestag der Gründung der DKP, in: Max Schäfer, die DKP, Gründung, Entwicklung, Bedeutung, S. 13 – 14.

⁷²⁹ Fülberth, 1990: KPD und DKP, S. 144 – 151.

⁷³⁰ Ebd., S. 151 – 153.

Karl Schabrod, der die Jahre 1967 und 1968 primär über den ‚Initiativausschuss für die Wiedermehrung der KPD‘ gewirkt hatte, musste in dieser neuen Kommunistischen Partei seine neue Rolle und Aufgaben finden. Trotz aller Zurückhaltung, die viele alte Funktionäre der DKP entgegenbrachten, trat Karl Schabrod rasch in die Partei ein. In der ersten Presseerklärung zur Konstituierung einer kommunistischen Landespartei vom 29. September 1968 wurde Karl Schabrod unter den 37 Gründungsmitgliedern aufgeführt.⁷³¹

Auf ihrer ersten Bundeskonferenz Ende Oktober 1968 fasste die DKP den Beschluss, nicht selbstständig bei der Bundestagswahl im Herbst 1969 anzutreten, sondern im Rahmen eines Aktionsbündnisses aus mehreren linken Gruppierungen zu agieren. Zentrum dieses Bündnisses stand die kurz zuvor gegründete ADF (Aktion demokratischer Fortschritt), in der sich neben zahlreichen Kleinstgruppierungen auch die DFU organisiert hatte.⁷³² Zur Unterstützung der ADF hatte die DKP ihren neu aufgebauten Betriebsgruppen eine zurückhaltendere Politik auferlegt.⁷³³

Mit dem Verzicht auf die Bundestagswahl stellte die gut einen Monat später stattfindende Kommunalwahl in Nordrhein-Westfalen die erste Bewährungsprobe der DKP dar. Karl Schabrod trat hierfür als Spitzenkandidat für Kaiserswerth/Stockum an.⁷³⁴ Er war dabei schon zuvor als Experte für Kommunalpolitik in Erscheinung getreten. So hatte die DKP-Ortsgruppe Velbert auf ihrer Mitgliederversammlung im April 1969 Karl Schabrod als Referenten für den Fachbereich „Kommunisten und Kommunalpolitik“ eingeladen.⁷³⁵ Für die Kommunalwahl arbeitete die DKP ebenfalls mit der DFU zusammen. Wahlgemeinschaften beider Parteien sollten die Aufstellung von Kandidaten in allen Wahlkreisen garantieren und Konkurrenznominationen vermeiden. Im August fehlte noch ein gemeinsamer Kompromisskandidat in Bonn, weswegen die DKP hierzu eine Veranstaltung einberief, die Karl Schabrod mit einem Referat eröffnete.⁷³⁶

Karl Schabrod brachte sich immer wieder in lokale Themen ein. Im November 1969 sprach er sich im Namen der DKP für die Umbenennung der Düsseldorfer Universität in Heinrich-Heine-Universität aus.⁷³⁷ Im Oktober 1970 nahm er an einer Demonstration gegen Mieterhöhungen in Düsseldorf teil.⁷³⁸ Er gehörte dem Arbeitskreis Landes- und

⁷³¹ DKP, 29.09.1968: Presseerklärung, in: Archiv Landtag NRW, LTNRW118 Nr. A0208/0658.

⁷³² Kurt Bachmann, 1978: Die Konstituierung der Deutschen Kommunistischen Partei, in: Max Schäfer: Die DKP: Gründung, Entwicklung, Bedeutung, Frankfurt am Main, S. 182 – 183.

⁷³³ Rolf Ebbighausen / Peter Kirchhoff, 1972: Zur Betriebsgruppenstrategie der DKP, in: Politische Vierteljahresschrift, Nr. 13, S. 107 – 109.

⁷³⁴ DKP Kreisvorstand Düsseldorf, undatiert: Kandidatenvorschläge, außerordentliche Kreisdelegiertenversammlung der DKP 1969, in: NKS, Ordner 1969.

⁷³⁵ Franz Hergersberg, 07.04.1969: Rundschreiben, in: NKS NY-4242, Ordner 38.

⁷³⁶ DKP-Kreisverband Bonn, 14.08.1969: Rundschreiben, in: NKS, 1969.

⁷³⁷ Bürgerinitiative Heinrich-Heine-Universität an Karl Schabrod, Düsseldorf 03.11.1969, in: NKS NY-4242, Ordner 35.

⁷³⁸ Edith Kinnigkeit an Karl Schabrod, Hagen 18.10.1970, in: NKS, Ordner 1970 – 71.

Kommunalpolitik an⁷³⁹ und war 1975 Mitautor der Parteipublikation ‚ABC-Kommunalpolitik‘. Hierfür hatte er die Kapitel ‚Kampf und Bürgerrechte‘ geschrieben.⁷⁴⁰ 1978 bat er die Düsseldorfer Nachrichten, seine Stellungnahme zum Ausbau des Landtags abzdrukken, in der er auf die mögliche Nutzung des freistehenden Ständehauses als günstigere und sinnvollere Alternative verwies.⁷⁴¹

Im Herbst 1975 startete er eine Kampagne zum Erhalt des ‚Pressefestes der UZ‘, das alle zwei Jahre auf den Oberkasseler Rheinwiesen stattfand und von der Stadtverwaltung Düsseldorf verboten worden war.⁷⁴² Im Vorfeld hatte er die ‚NRZ‘ scharf dafür angegriffen, dass sie über das Pressefest unter dem Titel „Die SED am Rhein“ berichtet hatte. Er warf der ‚NRZ‘ „Antikommunismus der übelsten Sorte“ vor.⁷⁴³ Dabei setzte er sich auch mit dem ‚BDS‘ (Bund demokratischer Schüler) Düsseldorf auseinander, einer CDU-nahen Schülerorganisation. Der ‚BDS‘ hatte einen Flyer drucken lassen, der das Pressefest als „reine Bauernfängerei“ der DKP anprangerte.⁷⁴⁴ Schabrod betonte die Verfassungstreue der DKP und wies die Vorwürfe klar von sich.⁷⁴⁵

Karl Schabrod verknüpfte die Arbeit für die DKP dabei mit seiner Briefpolitik (siehe Kap. 12.1), die er weiter beibehielt. So sendete er 1970 der Redaktion der ‚NRZ‘ einen Leserbrief, in dem er zur Juso-Forderung (Arbeitsgemeinschaft der Jungsozialisten), nach der Überführung der Produktionsmittel in Gemeineigentum, Stellung nahm. Er unterstützte die Forderung und verwies auf den Artikel 27 der Landesverfassung, wonach Monopolbetriebe der Grundstoffindustrie verstaatlicht werden dürften. „Diese Vorschrift der Landesverfassung, durch Volksabstimmung am 18. Juni 1950 beschlossen, wurde leider bisher mißachtet.“ Man hätte die Verstaatlichungen längst im Bereich des Kohlebergbaus, der Eisen- und Stahlindustrie beschließen sollen.⁷⁴⁶

Die Landtagsabgeordneten Nordrhein-Westfalens wiederum bekamen 1970 eine Initiative zur Senkung der Wohnungsbaukosten und Herabsetzung der Mieten von Karl Schabrod zugeschickt. Dabei machte er die Abgeordneten auf Maßnahmen aufmerksam, die die DKP erarbeitet hatte. So sollten Gemeinden ein Vorkaufsrecht besitzen, und der Verkauf von Baugrund, Häusern und Wohnungen müsste durch einen Preisüberwachungsausschuss geregelt werden. Ebenso sollte der Landtag mehr sozialen Wohnungsbau und eine Mietpreisbindung an das Einkommen der Bewohner

⁷³⁹ Karl Schabrod an die Mitglieder des Arbeitskreises Landes- und Kommunalpolitik, Düsseldorf 13.01.1972, in: NKS NY-4242, Ordner 38.

⁷⁴⁰ Friedrich Pospiech an Karl Schabrod, Esslingen 14.05.1975, in: NKS NY-4242, Ordner 16.

⁷⁴¹ Karl Schabrod an die Redaktion der Düsseldorfer Nachrichten, 13.01.1978, in: NKS, Ordner 1975 – 1980.

⁷⁴² Karl Schabrod und Gustav Tranbowski, 27.11.1975: offener Brief an die Mitglieder des Rates der Landeshauptstadt Düsseldorf, in: Archiv Landtag NRW, LTNRW118 Nr. A0208/0658.

⁷⁴³ Karl Schabrod an die Leserbrief-Redaktion der NRZ, 23.09.1974, in: NKS, Ordner 1972 – 1974.

⁷⁴⁴ BDS, 09.1975: Düsseldorf, Quo Vadis Kommunistischer Jahrmarkt?, in: NKS NY-4242, Ordner 43.

⁷⁴⁵ Karl Schabrod an Hubert Reygers, 23.09.1975, in: NKS NY-4242, Ordner 43.

⁷⁴⁶ Karl Schabrod an die NRZ-Redaktion, Düsseldorf 29.04.1970, in: NKS, Ordner 1970/71.

beschließen.⁷⁴⁷ Die Initiative stand dabei im Kontext der bevorstehenden Landtagswahl, auf die sich Karl Schabrod bereits seit Winter 1969 vorbereitet hatte.⁷⁴⁸ Für die Kandidatur selbst kam Karl Schabrod bloß auf die Reserveliste, Listenplatz 13.⁷⁴⁹

Auch in den nächsten Jahren nahm Karl Schabrod immer wieder über Leserbriefe Stellung zu politischen Themen. Häufig kritisierte er dabei die Darstellung des Kommunismus, die er als hetzerisch empfand. Nachdem die ‚Düsseldorfer Nachrichten‘ die Karikatur eines DKP-Mitglieds mit Pistole abgedruckt hatte, erinnerte Schabrod die Zeitung an das „zwölfjährige Sklavendasein“ der Kommunisten im Nationalsozialismus. Die Darstellung verkenne die erbrachten Leistungen der Kommunisten im Rahmen des Wiederaufbaus.⁷⁵⁰ 1974 verteidigte Schabrod Heinrich Böll gegenüber der ‚Kölnischen Rundschau‘. Böll hatte für den WDR ein Interview mit der Kölner Kommunistin Gertrud Hamacher geführt und ihre Anfeindungen in der Bundesrepublik dargestellt, wofür er von der ‚Kölnischen Rundschau‘ scharf kritisiert worden war.⁷⁵¹ 1977 widersprach er den ‚Düsseldorfer Nachrichten‘, die über einem Rückgang der sowjetischen Wirtschaftsleistung berichteten.⁷⁵²

Dabei griff er auch auf das Format seiner alten Rundbriefe zurück. Im Mai 1975 fasste er seinen Protest gegen den hessischen Ministerpräsidenten Albert Osswald in einem Rundschreiben zusammen. Osswald hatte sich gegen die Einstellung von Beamten mit DKP-Mitgliedschaft ausgesprochen. Schabrod warf ihm eine Rückkehr zum „reaktionären Preußentum“ vor, und eine Auslese von Beamten betreiben zu lassen, „deren Staatsauffassung überwiegend in den Hitlerjahren und im Antikommunismus geprägt wurde.“ Osswald ließ Schabrods Vorwürfe unbeantwortet.⁷⁵³

Bei der Bundestagswahl 1972 trat Karl Schabrod wieder als Direktkandidat an. Wie zuvor gehörte er nicht mehr zum Spitzenpersonal der Partei, da er bloß Platz 17 auf der Landeswahlliste stand und damit keine realistische Chance besaß, in den Bundestag einzuziehen.⁷⁵⁴ Seinen Wahlkampf schnitt er auf strukturelle Probleme Düsseldorfs zu. Einerseits betonte er das regelmäßige Verkehrschaos in der Stadt, dass sich bei Großveranstaltungen wie Fußballspielen ergebe. Hier konnte er seine Erfahrung als Stadtverordneter betonen, denn bereits in den 1950ern hätten Düsseldorf Ausbaupläne für Parkplatzanlagen vorgelegen, um die Verkehrsüberlastung zu verhindern.⁷⁵⁵

⁷⁴⁷ Karl Schabrod, 1970: Entwurf Initiativen zur Senkung der Wohnungsbaukosten und Herabsetzung der Mieten, in: NKS NY-4242, Ordner 16.

⁷⁴⁸ Karl Schabrod an Albert Nohl, 21.12.1969, in: Stadtarchiv Düsseldorf, 4-120-0-18.0000.

⁷⁴⁹ Vorschläge für die Landesreserveliste der DKP für die Landtagswahl NRW 1970, in: NKS NY-4242, Ordner 34.

⁷⁵⁰ Karl Schabrod an die Redaktion der ‚Düsseldorfer Nachrichten‘, Düsseldorf 28.02.1972, in: NKS, Ordner 1972 – 1974.

⁷⁵¹ Karl Schabrod an die ‚Kölnische Rundschau‘, Leserbrief zum Artikel „Kommunismus lecker nach Hausfrauenart“, 1974, in: VVN-BdA NRW, Sign. 4829.

⁷⁵² Karl Schabrod, 11.1977: Sowjetunion – wirtschaftlich unfähig?, in: NKS, Ordner 1975 – 1980.

⁷⁵³ Karl Schabrod, 20.05.1975: Rundschreiben, in: NKS, Ordner 1975 – 1980.

⁷⁵⁴ Landeswahlkonferenz Deutsche Kommunistische Partei, Vorschläge für die Landesliste NRW zur Wahl des VII. deutschen Bundestags am 19.11.1972, in: NKS NY-4242, Ordner 33.

⁷⁵⁵ Karl Schabrod, 10.1972: DKP-Rundbrief, in: NKS NY-4242, Ordner 12.

Andererseits kritisierte er den zu hoch frequentierten Luftverkehr über Düsseldorf, aus dem sich eine anhaltende Lärmbelästigung ergäbe.⁷⁵⁶

Von beiden Themen aus schlug er den weiten Bogen zur Bundespolitik. Der Parkplatzausbau käme nicht voran, weil das benötigte Geld „seit Adenauers Zeiten in falsche Kanäle gelenkt“ und Steuerunsummen in die militärische Aufrüstung fließen würden. Rüstungskonzerne und Gegner einer friedlichen Koexistenz, wie der ehemalige Verteidigungsminister Franz Josef Strauß und der frühere Ministerpräsident Karl Arnold, hätten somit einen Investitionsstau verursacht. Gleichzeitig seien SPD und FDP keine wählbare Alternative. Zwar sei die Neue Ostpolitik ein Schritt in die richtige Richtung, gleichzeitig treibe die rotgelbe Koalition allerdings die Rüstungsausgaben nach oben. Auch im Falle des Flughafenlärms benannte Karl Schabrod „die Rücksichtslosigkeit der Militärflieger“ als Hauptgrund. Jegliche Versuche, den Düsseldorfer Flughafen durch den Bau eines weiteren Flughafens zu entlasten, seien durch den „jeweiligen Bundesminister für Verteidigung im Auftrag der NATO“ verhindert worden. Die einzige Alternative sei die DKP und Karl Schabrod veröffentlichte sowohl seine Telefonnummer sowie seine Adresse, um sich einem persönlichen Gespräch mit seinen Wählern zu stellen.⁷⁵⁷

Auch bei den Landtagswahlen 1975 trat Karl Schabrod wieder als Direktkandidat an und baute seinen Wahlkampf ähnlich auf. Wieder zählte er mit Listenplatz 13 nicht zum Spitzenpersonal.⁷⁵⁸ Über Rundbriefe griff er das lokalpolitische Thema der Preiserhöhungen für Strom und Wasser in Düsseldorf auf. Die Kosten seien dabei wegen der versteckten Steuern für die Europäische Wirtschaftsgemeinschaft gestiegen und damit stellte er sein Thema in den Kontext der Bundespolitik. Die DKP hingegen habe ein Gesetz zur Preissenkung erarbeitet. Wieder machte Karl Schabrod seine Kontaktdaten auf einem informierenden Rundbrief öffentlich und erklärte seine Bereitschaft zum persönlichen Austausch.⁷⁵⁹ Zuletzt kandidierte Karl Schabrod bei der Landtagswahl 1980 für die DKP, wo er auf Platz 10 der Landesliste gesetzt war.⁷⁶⁰ Karl Schabrod konnte bei keinem seiner DKP-Wahlkämpfe ein Mandat erringen.

Abseits des Wahlkampfs und der Kommunalpolitik übernahm Karl Schabrod auch feste Aufgaben innerhalb der Partei. Im April 1973 setzte die DKP eine 15-köpfige Kommission für Verfassungsfragen unter der Führung von Max Reimann ein. Reimann und der ehemalige FDJ-Vorsitzende Jupp Angenfort beriefen auch Karl Schabrod in die Kommission, die sich selbst das Ziel setzte, die Absichten der „herrschenden Kreise der

⁷⁵⁶ Karl Schabrod, 11.1972: DKP-Rundbrief, in: NKS NY-4242, Ordner 12.

⁷⁵⁷ Karl Schabrod, 10.1972 u. 11.1972: DKP-Rundbrief, in: NKS NY-4242, Ordner 12.

⁷⁵⁸ Landesreserveliste der DKP Nordrhein-Westfalen – Landtagswahlen 1975, in: NKS NY-4242, Ordner 15.

⁷⁵⁹ Karl Schabrod, 1975: Rundbrief, in: NKS NY-4242, Ordner 13.

⁷⁶⁰ Nordlicht, Information der DKP für Stockholm, Unterrath, Lichtenbroich und Kaiserswerth, Mai 1980, in: VVN-BdA NRW, Karl Schabrod Bündel 5 – 6.

Bundesrepublik“ offenzulegen, die sich gegen das Grundgesetz richten. „Die Aufgabe der Kommission ist es ferner, sich mit den notwendigen Veränderungen des Grundgesetzes im Interesse der Arbeiterklasse, der Erweiterung der demokratischen Rechte und Freiheiten zu befassen.“ Hierfür plante die Kommission eine ausgearbeitete Stellungnahme, die beim kommenden Düsseldorfer Parteitag vorgelegt werden sollte. Schabrods Aufgabe bestand dabei nicht in der Erarbeitung der Stellungnahme, sondern in der Kritik und Überarbeitung des Rohentwurfs.⁷⁶¹ Schabrod selbst sah den größten Angriffspunkt in der „Tendenz zur monopolistischen Herrschaft der Exekutive“ des Bundestags und bezog sich damit auf die 29., 30. und 31. Grundgesetzänderungen der Jahre 1971 – 1972. Hier hatte der Bundestag in den Bereichen Tierschutz, Abfallbeseitigung, Luftreinhaltung, Lärmbekämpfung und Verbrechensbekämpfung seine konkurrierende Gesetzgebung zu den Ländern ausgeweitet.⁷⁶² Zusätzlich betonte Karl Schabrod die Möglichkeit, das Bundesverfassungsgericht im Zusammenhang mit dem Grundlagenvertrag mit der DDR zu kritisieren. Der Vertrag vom 21. Juni 1973 regelte die Beziehungen von DDR und Bundesrepublik in vielen Bereichen neu. Wenige Tage vor der Ratifizierung gab die bayrische Staatsregierung das Vertragswerk an das BVG zur Prüfung weiter. „Mein Vorschlag geht dahin, unser Gegenfeuer zugleich auf die anmaßende Rolle des Bundesverfassungsgerichts bei seiner Beurteilung des Grundlagenvertrages zu richten“, schrieb Schabrod. Er sah in der Beschäftigung des Bundesverfassungsgerichts mit dem Vertragswerk eine unnötige Kompetenzerweiterung und einen Eingriff in die Außenpolitik. Karl Schabrod drängte auf die „Ausmerzungen aller Stellen des Grundgesetzes[...]die eine derartige Haltung des Karlsruher Gerichts stützen können.“⁷⁶³

Auf dem Essener Parteitag 1969 wurde Karl Schabrod zusätzlich in die zentrale Revisionskommission der DKP gewählt, die seine Rolle innerhalb der Partei wohl am nachhaltigsten bestimmte.⁷⁶⁴ Der Kommission oblag das finanzpolitische Kontrollrecht der Partei und ihre Mitglieder durften deswegen auch nicht dem DKP-Vorstand angehören. Ebenso gehörte das Anwerben von Spendern und neuen Parteimitgliedern zu ihren Tätigkeiten. Damit zählte die Kommission zu den Parteigremien, die wesentliche Abläufe in der Parteiorganisation beeinflusste und vor allem nach innen wirkte, ohne allzu wahrnehmbar aufzutreten.⁷⁶⁵ Karl Schabrod bewährte sich in der Organisationsarbeit und Finanzkontrolle, sodass er Ende 1971 sogar den Vorsitz der zentralen Revisions-

⁷⁶¹ Max Reimann und Jupp Angenfort an Karl Schabrod, Düsseldorf 06.04.1973, in: NKS NY-4242, Ordner 14.

⁷⁶² Wissenschaftliche Dienste Deutscher Bundestag, 2009: Ausarbeitung – Änderungen des Grundgesetzes seit 1949, in: <https://www.bundestag.de/resource/blob/422928/0c2af6de554124ed-bda05a08e4fee334/WD-3-380-09-pdf-data.pdf>, S. 10 – 11.

⁷⁶³ Karl Schabrod an die Kommission für Verfassungsfragen, undatiert, in: NKS NY-4242, Ordner 14.

⁷⁶⁴ UZ, 18.10.1980: Zum 80. Geburtstag von Karl Schabrod.

⁷⁶⁵ Rechte und Aufgaben der Revisionskommission der deutschen Kommunistischen Partei, undatiert, in: NKS NY-4242, Ordner 17.

kommission übernahm.⁷⁶⁶ In dieser Aufgabe bemühte er sich, das Problem der unregelmäßigen Kassierungen in den Kreis- und Bezirksebenen in den Griff zu bekommen.⁷⁶⁷ Seine Funktion als parteiinterner Finanzexperte ermöglichte es ihm, im ‚UZ‘-Interview Anfang 1973 den Haushalt der Landesregierung zu kritisieren. Dabei listete er gezielte Einzelposten auf, die seiner Meinung nach als Steuerverschwendungen zu werten waren. Neben diversen Einzelausgaben wie der Afrika-Reise des Ministerpräsidenten Heinz Kühn führte er die Unkosten des Ausbaus der Bundeshauptstadt Bonn aus, die mehrere Hundert Millionen DM verschlinge. Diese Beträge stellte Karl Schabrod dem zurückgehenden sozialen Wohnungsbau in Nordrhein-Westfalen gegenüber.⁷⁶⁸

Eine weitere Parteiabteilung, die Karl Schabrod maßgeblich beeinflusste, war die von ihm mitbegründete DKP-Geschichtskommission. Karl Schabrod hatte sich bereits seit den 1960er Jahren intensiv um eine Aufarbeitung des kommunistischen Widerstands im Nationalsozialismus bemüht (siehe Kap. 14). Den Sinn und Zweck der Geschichtsforschung einer politischen Partei begründete die DKP wie folgt: „In bürgerlichen Publikationen über den von den Deutschen geleisteten antifaschistischen Widerstand werde die Rolle der Kommunisten herabgesetzt, oft entstellt und verfälscht.“⁷⁶⁹ Auf der konstituierenden Sitzung der Geschichtskommission bewerteten Karl Schabrod und Heinz Junge eine Ausstellung der Friedrich-Ebert-Stiftung zur antifaschistischen Emigration in Oberhausen. Negativ fiel vor allem auf, dass sich die SPD als Hauptkraft des Widerstands darstellte und so beweisen wollte, „dass man mit den Kommunisten nicht zusammenarbeiten kann.“⁷⁷⁰ Die Geschichtskommission zeigte damit klar ihre Zielsetzung, das bestehende Geschichtsbild zu verändern, das bis in die Gegenwart hineinwirkte. Dabei versuchte Karl Schabrod auch, die Geschichtskommission davon zu überzeugen, den Kontakt zur wissenschaftlichen Forschung an Universitäten zu suchen und sie an „unsere Geschichtspropaganda heranzuführen“.⁷⁷¹

Im Sommer 1972 betraute die DKP Karl Schabrod mit einem besonderen Auftrag. Er reiste nach Israel, um dort an einem Parteitag der Kommunistischen Partei teilzunehmen.⁷⁷² Seine politischen Eindrücke zu Israel verarbeitete er einerseits in

⁷⁶⁶ Karl Schabrod an die Mitglieder der zentralen Revisionskommission, 12.1971, in: NKS NY-4242, Ordner 17.

⁷⁶⁷ Protokoll über die Sitzung der Bezirksrevisionskommission vom 03.10.1972, in: NKS NY-4242, Ordner 17.

⁷⁶⁸ UZ, 26.01.1973: Die Land-Streicher setzen Rotstift beim sozialen Wohnungsbau an.

⁷⁶⁹ UZ, 17.03.1972: DKP wendet Lehren der Geschichte an, in: NKS NY-4242, Ordner 22.

⁷⁷⁰ Gedächtnisprotokoll über die konstituierende Sitzung der Geschichtskommission beim Parteivorstand der DKP am 19.02.1972 in Düsseldorf, in: NKS NY-4242, Ordner 21.

⁷⁷¹ Der Begriff der Propaganda scheint hier nicht als bewusstes Verbreiten von Falschinformationen und im Sinne des Aufhetzens verwendet zu werden. Vielmehr steht der Begriff hier für das zielgerichtete Adressieren von Informationen. Protokoll der Sitzung der Kommission der Erforschung des Anteils der Kommunisten am antifaschistischen Widerstand vom 17.06.1976, in: NKS NY-4242, Ordner 21.

⁷⁷² Karl Schabrod, 06.07.1972: Ergänzungen zum Parteitag der KP Israels, in: NKS NY-4242, Ordner 33.

einem elfseitigen Friedensprogramm für den Nahen Osten.⁷⁷³ Andererseits fasste er seine Kritik an Israel in einem Zeitungsartikel zusammen, der in der ‚DVZ‘ (Deutschen Volkszeitung) und der ‚UZ‘ abgedruckt wurde. Die Auffassung eines existierenden israelischen Sozialismus stellte er als weit verbreiteten Irrtum dar. Israel befinde sich in einem so großen Abhängigkeitsverhältnis zur USA, „daß von einer Dollarkolonie und einem Hörigkeitsverhältnis zur New Yorker Wallstreet gesprochen werden muß.“ Schabrod forderte darüber hinaus, die Resolution 242 des UN-Sicherheitsrates von 1967 anzunehmen, die eine Rückgabe der im dritten Nahostkrieg von Israel eroberten Gebiete vorsah.⁷⁷⁴

Die Gründung der DKP kam, trotz der umfangreichen Wiederzulassungsdebatte, für die meisten Kommunisten mehr als überraschend. Als neue kommunistische Partei, deren Ursprünge mehr als offensichtlich in der verbotenen KPD lagen, setzte sie sich mit der Kritik am staatsmonopolistischen Kapitalismus einen wirtschaftspolitischen Schwerpunkt, der die Nationale Frage als Leitthema endgültig ablöste. Ebenso gelang es der Partei, über einen umfangreichen Presseapparat rasch handlungsfähig zu werden. Allerdings spiegelten der bescheidene Mitgliederzulauf und die ausbleibenden Wahlerfolge die Realität der DKP als Kleinstpartei wider. Die bedingungslose Loyalität zur UdSSR erwies sich als Damoklesschwert für die junge Partei, wie schon für die KPD zuvor. Die mangelnde Bereitschaft des Parteivorstands, Kritik an den Staaten des real existierenden Sozialismus zuzulassen, führte zum Aderlass der neu angeworbenen Linksintellektuellen und studentischen Basis.

Karl Schabrod arrangierte sich rasch mit der Neugründung der DKP und zählte sogar zu den Unterzeichnern des Gründungsaufrufs der Landespartei. Als Wahlkämpfer, versierter Kommunalpolitiker und Mitglied der Kommission für Verfassungsfragen übernahm er einige Aufgaben innerhalb der Partei. Als Mitglied und späterer Leiter der zentralen Revisionskommission gehörte er jedoch nicht mehr der Parteiführung an. Seinen eigenen Schwerpunkt setzte er mit der Gründung der Parteigeschichtskommission und knüpfte an die politische Arbeit an, die er Mitte der 1960er Jahre in der VVN intensiv betrieben hatte (siehe Kap. 14). So sehr sich Karl Schabrod auch in die DKP einfügte, nahm er für sich in Anspruch, seine Briefpolitik weiterhin fortzusetzen. Zwar vertrat er hier oftmals Interessen und Vorschläge der DKP, trat aber als Einzelperson auf, so wie er es während der Verbotszeit verinnerlicht hatte.

⁷⁷³ Karl Schabrod, 1972: Ein Friedensprogramm für Nahost, Eindrücke vom Parteitag der KP Israels vom 21. – 24.06.1972, in: NKS NY-4242, Ordner 33.

⁷⁷⁴ DVZ, 24.08.1972: Israels merkwürdiger Sozialismus.

14. Karl Schabrods historische Forschungen

14.1 Von der Täter- zur Verfolgengeschichte 1945 – 1965

Die Auseinandersetzung der deutschen Kommunisten mit der Zeit des Nationalsozialismus hatte lange vor Gründung der DKP-Geschichtskommission begonnen. Mit rund 150.000 Kommunisten, die in deutschen Konzentrationslagern inhaftiert worden waren, zählte ein großer Teil der KPD zu den aktiv Verfolgten der nationalsozialistischen Diktatur. 30.000 Kommunisten waren im Haftsystem ermordet worden.⁷⁷⁵ Die Überlebenden des Konzentrationslagers Buchenwald hatten sich am 19. April 1945 gemeinsam auf dem Hof des Geländes versammelt und schriftlich festgehalten: „Wir stellen den Kampf erst ein, wenn auch der letzte Schuldige vor den Richtern der Völker steht! Die Vernichtung des Nazismus mit seinen Wurzeln ist unsere Losung.“ Der Schwur von Buchenwald entwickelte sich rasch zu einem wichtigen Aufruf, auf den sich vor allem Verfolgtenverbände wie die VVN beriefen.⁷⁷⁶

Aus ihren Leidenserfahrungen heraus formulierten die Verfolgten einen moralischen Führungsanspruch im Umgang mit dem Nationalsozialismus. Ottomar Geschke, der spätere Vorsitzende der VVN in der SBZ, betonte im November 1946: „Unser Kampf und unser Leiden prädestiniert uns, Miterzieher zu sein am deutschen Volke, damit dafür zu sorgen, daß dieses deutsche Volk Abkehr und Umkehr hält von dem Weg, auf dem es zwölf Jahre gegangen ist.“⁷⁷⁷

Auch für Karl Schabrod stellte die erlebte Verfolgung einen Zugang dar, sich mit dem Nationalsozialismus auseinanderzusetzen. Im März 1947 machte er eine Aussage gegen den SS-Wachtmeister Albert Hartmann, der im Zuchthaus Münster eingesetzt gewesen war. Schabrod beschrieb zahlreiche Misshandlungen durch Hartmann, die er beobachtet und am eigenen Leib erfahren hatte.⁷⁷⁸ Im Oktober 1947 nahm dann Alfred Harbig, ebenfalls SS-Mitglied und Zuchthausbeamter, Kontakt zu Schabrod auf. Harbig bat um eine entlastende Aussage für seine Entnazifizierung, was Karl Schabrod entschieden ablehnte.⁷⁷⁹

1948 stellte Karl Schabrod erste Nachforschungen zu seinem Prozess von 1934 an und kontaktierte im September die Generalstaatsanwaltschaft in Hamm, um die Tilgung seiner Haftstrafe zu überprüfen und Einsicht in die Urteilsbegründung zu erhalten.⁷⁸⁰

Die Generalstaatsanwaltschaft sendete ihm daraufhin die Urteilsbegründung zu, hatte

⁷⁷⁵ Kamiński, 1982: Konzentrationslager 1896 bis, S. 208.

⁷⁷⁶ Der Schwur von Buchenwald, 19.04.1945, in:
https://www.buchenwald.de/fileadmin/buchenwald/download/der_ort/Buchenwaldschwur.pdf.

⁷⁷⁷ Ralf Kessler / Hartmut Rüdiger Peter, 1995: Antifaschisten in der SBZ, zwischen elitärem Selbstverständnis und politischer Instrumentalisierung, in: Vierteljahreshefte für Zeitgeschichte, 43. Jahrgang, 4. Heft, S. 612.

⁷⁷⁸ Abschrift Strafanzeige, 25.03.1947, in: NKS, Ordner 1947A.

⁷⁷⁹ Karl Schabrod an Alfred Harbig, 11.10.1947, in: NKS, Ordner 1947A.

⁷⁸⁰ Karl Schabrod an die Generalstaatsanwaltschaft Hamm, 08.09.1948, in: NKS, Ordner 1948.

aber alle Namen der Gerichtsangestellten geschwärzt, einschließlich der Mitglieder des Strafsenats.⁷⁸¹ Erst auf Nachfrage teilte Nordrhein-Westfalens Justizminister Artur Sträter die gewünschten Namen mit.⁷⁸² Kurz darauf reichte Karl Schabrod die Namensliste an die VVN weiter und bat sie, die Mitangeklagten seines Prozesses ausfindig zu machen. „Als Rückantwort der Kameraden ersuche ich, mir mitzuteilen, was inzwischen aus den einzelnen geworden ist, wer alles das Tausendjährige Reich überstanden hat und in welchem Gesundheitszustand sie sich befinden.“⁷⁸³

Die Beschäftigung mit dem Nationalsozialismus aus der eigenen Biographie heraus blieb bis zu Karl Schabrods Tod ein beständiges Thema, da er Mitglied der Überlebendenorganisation der Moorlandlager war, die sich selbst als Moorsoldaten bezeichneten. Karl Schabrod war hier unter anderem als Schatzmeister tätig,⁷⁸⁴ reiste zu den regelmäßigen Treffen der Vereinigung, hielt dort Reden⁷⁸⁵ und beteiligte sich an der Herausgabe der Hefte ‚Der Moorsoldat‘.⁷⁸⁶

Seine Stellung als hochrangiger Parteipolitiker führte zu einer breiteren Beschäftigung mit dem Thema. Als Chefredakteur der ‚Freiheit‘ wurden ihm 1947 Unterlagen von belasteten Unternehmern aus der Schwerindustrie zugespielt, die er veröffentlichen sollte.⁷⁸⁷ Gegen Jahresende verschickte er eine Stellungnahme, in der er den zurückgetretenen Kultusminister Heinrich Koenen angriff. Koenen hatte vor seinem Rücktritt durchgesetzt, dass Vorbelastete der Entnazifizierungskategorie 4 (Mitläufer) wieder als Beamte in der Stadtverwaltung, dem Landkreis, der Schule und Kultureinrichtungen eingestellt werden durften.⁷⁸⁸ Ebenso kommentierte Schabrod gegen Jahresende das milde Urteil gegen den Bankier und SS-Brigadeführer Kurt von Schröder. Das Justizwesen halte seine schützende Hand über Nationalsozialisten, was vor allem daran läge, dass 86% aller Richter ebenfalls NSDAP-Mitglieder gewesen waren, urteilte er scharf. „Wir haben über die Justiz zu bestimmen und wollen eine Reinigung des gesamten Justizapparates herbeiführen“, forderte er öffentlich.⁷⁸⁹

Das Verfahren der Entnazifizierung legitimierte gewissermaßen den Anspruch auf „Vernichtung des Nazismus“, den Kommunisten in besonderem Maße erfüllten. Karl Schabrod fand sich allerdings als Überprüfungsinstanz einer immer wirkungsloseren Entnazifizierung wieder. Beständig machte er auf Fehler aufmerksam und mahnte zur strengeren Einhaltung. So schrieb er im Mai 1948 dem Sonderbeauftragten für

⁷⁸¹ Karl Schabrod an die Generalstaatsanwaltschaft Hamm, 01.10.1948, in: NKS, Ordner 1948.

⁷⁸² Justizminister Sträter an Karl Schabrod, 15.11.1948, in: NKS, Ordner 1948.

⁷⁸³ Karl Schabrod an die Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes, 22.11.1948, in: NKS, Ordner 1948.

⁷⁸⁴ Hefter Moortreffen 14.06.1969, in: VVN-BdA NRW, Karl Schabrod Bündel 5 – 6.

⁷⁸⁵ Schabrod Karl, 09.1966: Rede, in: NKS, Ordner 1966.

⁷⁸⁶ Auszug aus der Moorsoldat 1978, in: VVN-BdA NRW, Karl Schabrod Bündel 5 – 6.

⁷⁸⁷ Willi Kling, Telegram an Chefredakteur Karl Schabrod, unleserliches Datum, in: NKS NY-4242, Ordner 25.

⁷⁸⁸ Karl Schabrod, 31.12.1947 Wiedergutmachung ist Rehabilitierung, in: NKS, Ordner 1947.

⁷⁸⁹ Plenarprotokoll zur 26. Sitzung des Landtags Nordrhein-Westfalen am 09. Dezember 1947, in: <https://www.landtag.nrw.de/portal/WWW/dokumentenarchiv/Dokument/MMP01-26.pdf>, S. 84 – 85.

Entnazifizierung und berichtete, dass der als „Kettenkarl“ verrufene Strafvollzugsbeamte Nebe fälschlicherweise als Mitläufer einkategorisiert worden sei.⁷⁹⁰ Im Juni setzte er ein Rundschreiben auf, um den Journalisten und SPD-Mann Hermes zu überprüfen. Hierzu versuchte er, seine ehemalige Pariser Sekretärin ausfindig zu machen.⁷⁹¹ Im September half er bei der Aufarbeitung der NS-Vergangenheit des KPD-Mitglieds Helmut Soenel mit.⁷⁹² Im Februar 1949 kontaktierte er von sich aus die Staatsanwaltschaft Dortmund, um eine Aussage im Prozess gegen den Gestaposekretär Otto Kassebaum anzubieten⁷⁹³ und im November untersuchte er die Gerüchte um die Namensänderung des Landtagsabgeordneten Trawinski.⁷⁹⁴

Im April 1948 versuchte Karl Schabrod, die Wiedereinsetzung von Geschworenen und Schöffen in der Strafrechtspflege auszusetzen. Die KPD hatte damit begonnen, die Namen auf der Vorschlagsliste zu überprüfen und herausgefunden, dass darunter ein Heinrich Becker war. Die KPD trug sechs eidesstattliche Erklärungen zusammen, in denen Betriebsführer Becker schwere Misshandlungen an Fremdarbeitern vorgeworfen wurden. Auch stand im Raum, dass er an Erschießungen beteiligt war. Karl Schabrod forderte den Landtag auf, die Vorschlagsliste daher ganz auszusetzen, bis alle Personen überprüft seien. Die Reaktionen auf den Antrag der KPD, den Karl Schabrod im Plenum verteidigt hatte, waren sehr unterschiedlich. Abgeordneter Johannes Albers von der CDU zog die Anschuldigungen grundsätzlich in Zweifel und betonte, dass ihm Heinrich Becker „zufälligerweise aus der Zeit von vor 1933 als immerhin bemerkenswert klare und vor allem auch charaktervolle Persönlichkeit bekannt“ sei. Daher forderte Albers, die Liste anzunehmen und bei Beckers eine Nachprüfung vorzunehmen. SPD-Fraktionsvorsitzender Henßler hingegen schlug vor, die Verabschiedung der Liste zu verschieben und einen Termin vorzulegen, an dem alle Parteien ihre Bedenken gegen die einzelnen Kandidaten vortragen sollten.⁷⁹⁵

Justizminister Heinemann,⁷⁹⁶ der damals noch der CDU angehörte, eröffnete seine Stellungnahme zum Antrag mit scharfer Ablehnung: „So geht das nicht!“, rief er und warf Karl Schabrod taktisches Kalkül vor. Immerhin läge die Liste seit Monaten vor und er habe Karl Schabrod gebeten, alle Bedenken gegen die Kandidaten persönlich im Vorfeld mitzuteilen. Ein weiteres Vertagen der Schöffen und Beisitzer wäre eine öffentliche Blamage, die sich das Land nicht leisten könne. Heinemann schlug vor, dass

⁷⁹⁰ Landesleitung S.V.D an den Sonderbeauftragten für Entnazifizierung Herrn Cremer, 05.05.1948, in: NKS, Ordner 1948.

⁷⁹¹ Karl Schabrod, 11.06.1948: Rundschreiben, in: NKS, Ordner 1948.

⁷⁹² Karl Schabrod an Genosse Arens, 08.09.1948, in: NKS, Ordner 1948.

⁷⁹³ Karl Schabrod an die Staatsanwaltschaft Dortmund, 18.02.1949, in: NKS, Ordner 1949.

⁷⁹⁴ Karl Schabrod an Bruno Trawinski, 24.11.1949, in: NKS, Ordner 1949.

⁷⁹⁵ Plenarprotokoll zur 44. Sitzung des Landtags Nordrhein-Westfalen am 30.04.1948, in: <https://www.landtag.nrw.de/portal/WWW/dokumentenarchiv/Dokument/MMP01-44.pdf>, S. 424 – 428.

⁷⁹⁶ Es handelt sich hier um Gustav W. Heinemann, der 1957 in die SPD eintrat und ab 1963 Karl Schabrod als Anwalt vertrat.

einzelne Namen ausgesetzt werden könnten, aber die Abstimmung heute noch stattzufinden habe. Dieser Einschätzung schloss sich auch der Abgeordnete Otto Rippel (CDU) an. Schabrod ergriff erneut das Wort und verteidigte sein Vorgehen damit, dass es extrem mühsam und zeitaufwendig sei, Nachprüfungen anzustellen. Jedoch lägen nun sechs eidesstattliche Erklärungen gegen Heinrich Becker vor, die die grundsätzliche Qualität der Vorschlagsliste in Frage stellen. „Aus der Ostzone!“, rief ein CDU-Abgeordneter, um die Glaubwürdigkeit der eidesstattlichen Erklärungen in Zweifel zu ziehen. Am Ende der Debatte setzte sich die CDU durch und nahm die Liste gegen die Stimmen der KPD und SPD an. Für die rückwirkende Überprüfung und Entfernung der Schöffen und Beigeordneten bekamen die Parteien lediglich 15 Tage Zeit.⁷⁹⁷

Die kommunistische Sorgfalt bei der Entnazifizierung entsprach aber keineswegs dem Anspruch der deutschen Nachkriegsgesellschaft. Die Bundesregierung forcierte eine Aushöhlung und Abschwächung der Entnazifizierung. Am 31. Dezember 1949 erfolgte ein Straffreiheitsgesetz, das alle strafbaren Handlungen umfasste, bei der nicht mehr als sechs Monate Haft verhängt worden waren. Dies betraf vor allem Straftatbestände wie die Verschleierung der Identität und des Namens. Im April 1951 folgte mit dem Gesetz zur „Regelung der Rechtsverhältnisse der unter Artikel 131 des Grundgesetz fallenden Personen“ eine Verfassungsänderung, bei der vor allem vorbelastete Beamte wieder in ihre alten Positionen zurück und Pensionsansprüche geltend machen durften. Dies hatte zur Folge, dass im Verlauf der 1950er Jahre bei über 50% der öffentlichen Planstellen vorbelastete Beamte eingestellt wurden. 1954 folgte das 2. Amnestiegesetz, das für Straftaten mit bis zu drei Jahren Haft galt, die in Ausführung der Amts-, Dienst- oder Rechtspflicht begangen worden waren. Justizminister Fritz Neumayer erklärte, es ginge darum, „einen Schlussstrich zu ziehen unter eine chaotische Zeit, für die niemand von uns verantwortlich war und die Menschen zu Straftaten oder Gesetzesübertretungen geführt hat, die sie sonst niemals begangen hätten.“ Die politischen Amnestien betrafen über 3 Millionen belastete Bürger und ermöglichten ehemaligen Gestapomitarbeitern und Offizieren, ihre berufliche Laufbahn fortzusetzen.⁷⁹⁸

Auch nach dem KPD-Verbot trat Karl Schabrod immer wieder für die Verfolgung von Nationalsozialisten ein. Ohne ein politisches Mandat und eine Parteizugehörigkeit griff er dabei auf das Mittel seiner Wahl zurück, die Briefpolitik (siehe. Kap. 12.1). So gratulierte er beispielsweise im Januar 1959 Dr. Neuberger zu seinem Landtagsmandat. Er freute sich darüber, dass ein Widerstandskämpfer in den Landtag eingezogen sei. Gleichzeitig schickte er ihm zwei Artikel seiner Zeitschrift ‚die freie Meinung‘ mit, in

⁷⁹⁷ Plenarprotokoll zur 44. Sitzung des Landtags Nordrhein-Westfalen am 30.04.1948, in: <https://www.landtag.nrw.de/portal/WWW/dokumentenarchiv/Dokument/MMP01-44.pdf>, S. 424 – 428.

⁷⁹⁸ Foschepoth 2017: Verfassungswidrig!, Das KPD-Verbot, S. 280 – 284.

der er über nicht verurteilte NS-Verbrecher berichtet hatte.⁷⁹⁹ 1960 richtete Karl Schabrod ein ähnliches Schreiben an Otto Flehinghaus, den Justizminister Nordrhein-Westfalens. Diesmal ging es um einen Dr. Ludwig, der in Justizverbrechen in Prag verwickelt gewesen war und aktuell als Gnadensachbearbeiter in Düsseldorf tätig war. Wieder hängt Schabrod einen Artikel seiner Zeitung an und zeigte sich verärgert, dass der Justizminister nichts unternommen hatte, obwohl er von dem Fall wusste.⁸⁰⁰

Die öffentliche Täterverfolgung in der Bundesrepublik wurde dabei systematisch durch die DDR unterstützt. Ab 1957 veröffentlichte die DDR regelmäßig Dokumente, die nahelegten, dass ehemalige NS-Verbrecher in Westdeutschland Karriere machten oder sogar zentrale Positionen in der Politik einnahmen. Der ADE (Ausschuss für deutsche Einheit) koordinierte die Veröffentlichungen. Im Frühjahr 1957 stellte er seine Broschüre „Blutrichter“ vor, die sich mit der hohen Durchsetzung von nationalsozialistischem Personal im Justizwesen beschäftigte. Seitens des Justiz- und Innenministeriums wurden die Veröffentlichungen des ADE als kommunistische Zersetzungspropaganda abgetan. In Großbritannien hingegen erregte die Broschüre über die Blutrichter einiges an Aufmerksamkeit und mit etwas zeitlicher Verzögerung berichtete auch die westdeutsche Presse darüber. Dies führte zu einer begrenzten Revitalisierung der juristischen Strafverfolgung. 1958 gründete das Justizministerium eine zentrale Ermittlungsstelle der Landesjustizverwaltungen, die aber bis 1965 nur für Verbrechen zuständig war, die außerhalb der Bundesregierung stattgefunden hatten.⁸⁰¹

Ab Mitte der 1960er Jahre verschob sich Karl Schabrods Fokus von der Täter- zur Verfolgungsgeschichte. Dabei spielte der Widerstandsbegriff eine zentrale Rolle. Für Karl Schabrod ging Widerstand weit über die offene militärische Auseinandersetzung hinaus. „Widerstand im weiteren Sinne leistete jedoch jeder, der den Anweisungen und Maßnahmen der NSDAP und der Hitlerregierung zuwiderhandelte“, umriss er den Begriff. Darunter fielen für ihn das nicht Einfügen in das Parteienverbot, das Erstellen und Verbreiten von regimekritischen Schriften und mündliche Kritik am Regime. Das machte für Karl Schabrod all diejenigen zu Widerstandskämpfern, die aufgrund ihrer Handlungen oder der Zugehörigkeit zu einer Organisation verfolgt worden waren. Allein daraus ergab sich eine große Schnittmenge mit der KPD. Dabei klammerte Karl Schabrod explizit die „rassisch oder religiös Verfolgten“ vom Widerstandsbegriff aus, auch wenn „sie als Opfer eines grausamen Systems unser Mitgefühl“ verdient haben.⁸⁰² Karl Schabrods erstes größeres Projekt zur Widerstandsgeschichte umfasste die Fertigstellung einer Liste mit verfolgten Widerstandskämpfern in Düsseldorf im Jahre 1965: „Alle diese Daten waren sehr schwer zu erlangen, zumal seitens des Kultur- und

⁷⁹⁹ Karl Schabrod an Dr. Neuberger, 09.01.1959, in: NKS, Ordner 1959.

⁸⁰⁰ Karl Schabrod an Justizminister Flehinghaus, 16.05.1960, in: NKS Ordner 1960.

⁸⁰¹ Stengel, 2012: Hermann Langbein, Ein, S. 346 – 349.

⁸⁰² Karl Schabrod, 1969: Widerstand an Rhein 1933 – 1945, S. 14.

Justizministeriums keine Genehmigung zum Nachprüfen der personellen Daten im Staatsarchiv [...] erteilt wurde.“⁸⁰³ Doch nicht nur die Zusammenarbeit mit Staatsorganen, die einem verurteilten Kommunisten nur wenig Vertrauen entgegenbrachten, zeigte sich schwierig. Auch die Recherche in den Reihen der Kommunisten stieß anfangs auf viel Zurückhaltung. Zeitzeugen „befürchten sogar neue Verfolgungen oder Nachteile in der Bundesrepublik“, hielt er fest. Daher musste Karl Schabrod Überzeugungsarbeit leisten, damit die Kommunisten „ihr Wissen und ihre Unterlagen auspacken.“ Dennoch bewertete er die Erstellung der Opferliste als solchen Erfolg, dass er die Arbeit rasch ausbaute und damit begann, die über 100 Düsseldorfer Prozesse gegen Widerstandskämpfer zu untersuchen.⁸⁰⁴ Auch hier stellte die Erlaubnis zur Akteneinsicht eine erhebliche Hürde da. Das Oberlandesgericht hatte eine Ministererlaubnis gefordert. Selbst nachdem Karl Schabrod diese erhalten hatte, war ihm die Akteneinsicht nur mit unmittelbarer Anwesenheit eines Beamten gestattet.⁸⁰⁵ Hilfe und Unterstützung bekam Karl Schabrod vor allem von der VVN-Geschichtskommission, der er selbst angehörte und welche er später zeitweise auch leitete.⁸⁰⁶ Als Mitglied der VVN-Geschichtskommission nahm er Kontakt zum DGB auf. Der Gewerkschaftsbund arbeitete an einem Goldenen Buch, das alle Gewerkschafter auflisten sollte, die von den Nationalsozialisten ermordet worden waren. Schabrod berichtete von der Düsseldorfer Liste, an der er arbeitete und bot die Hilfe der VVN bei der Buchrecherche an.⁸⁰⁷

Uneinigkeit herrschte zwischen DGB und VVN über den Widerstandsbegriff. Karl Schabrod hatte gefordert, auch die Gewerkschafter in das Goldene Buch aufzunehmen, die sich in Gefangenschaft suizidiert hatten, im Strafbataillon umgekommen oder unmittelbar nach ihrer Haftentlassung verstorben waren. Um seiner Forderung mehr Gewicht zu verleihen, veröffentlichte er einen Zeitungsartikel in der VVN-Zeitung ‚die Tat‘, wo er seine Ausweitung des Widerstandsbegriffs erklärte. So begründete er den Selbstmord in Gefangenschaft als Handlung des Widerstands, weil dies oftmals geschehen sei, um in den grausamen Verhören keine Informationen preiszugeben.⁸⁰⁸

Im Mai 1965 kontaktierte Karl Schabrod den Düsseldorfer Oberbürgermeister Willi Becker, der kurz zuvor auf einer Gedenkfeier die lokale Widerstandsgruppe um den Rechtsanwalt Karl August Wiedenhofen geehrt hatte. Schabrod zeigte sich erfreut, dass

⁸⁰³ Karl Schabrod an das Stadtarchiv Düsseldorf, 26.07.1965, in: Stadtarchiv Düsseldorf, 4-120-0-18.0000.

⁸⁰⁴ Karl Schabrod, undatiert: Überprüfung der 100 Prozesse, in: Stadtarchiv Düsseldorf 4-120-0-18.0000.

⁸⁰⁵ Karl Schabrod, undatiert: Bericht über den Besuch beim Generalstaatsanwalt Heimeshoff, Hamm am 06.04.1967, in: NKS, Ordner 1967.

⁸⁰⁶ Karl Schabrod an die Redaktion des Spiegel, 03.11.1971, in: NKS NY-4242, Ordner 35.

⁸⁰⁷ Karl Schabrod an den Bundesvorstand des DGB, Düsseldorf, 20.07.1964, in: NKS NY-4242, Ordner 18.

⁸⁰⁸ Die Tat, 04.09.1965: Geschichtsarbeit bringt viele Fragen, Über den Stand der Erforschung des Düsseldorfer Widerstandskampfes, in: Stadtarchiv Düsseldorf, 0-1-23-501.0000.

der Bürgermeister öffentlich dem Widerstand gedacht hatte, machte aber darauf aufmerksam, dass die Gruppe Wiedenhofen nur einen kleinen Teil des Widerstands und der Verfolgung ausmache. Er präsentierte seine Rechercheergebnisse, nach denen allein in Düsseldorf 300 Gewerkschafter getötet worden seien und über 480 Widerstandskämpfer vor Gericht gestanden hätten. Schabrod glaubte, dass sich die meisten Düsseldorfer nicht über das Ausmaß der Verfolgung im Klaren seien. Daher „erlaube ich mir die Anregung, die Stadt Düsseldorf möge eine ständige Ausstellung ins Leben rufen, die über den Düsseldorfer Widerstand 1933 -1945 [...] informiert.“ Als Grundlage einer solchen Dauerausstellung bewarb er die Dokumentensammlung der VVN. Hierbei handelte es sich um eine von der VVN konzipierte Ausstellung, die den Titel ‚Düsseldorfer Widerstand 1933 – 1945‘ trug und an der Karl Schabrod maßgeblich mitgewirkt hatte.⁸⁰⁹ Die Ausstellung umfasste dabei vierzehn Schautafeln sowie ein Künstlergemälde.⁸¹⁰ Auch auf mehrfache Anfrage hin gelang es Karl Schabrod nicht, den Oberbürgermeister dazu zu bewegen, der Ausstellung einen Raum zur Verfügung zu stellen.⁸¹¹ So präsentierte die VVN ihre Schautafeln für drei Wochen im November 1965 in einem Hinterhof in Düsseldorf Friedrichstadt.⁸¹²

Da auch weiterhin die finanziellen Mittel für eine Raumanmietung fehlten, ging die Ausstellung bis 1972 immer wieder auf Wanderung nach Frankfurt, München und Hannover.⁸¹³ Bis 1979 versuchte Karl Schabrod, einen dauerhaften Raum für seine Ausstellung zu erhalten. Dabei warf er vor allem der Leitung des Stadtarchivs vor, dass sie sich auch nach 15 Jahren immer noch nicht für eine ständige Ausstellung zum Nationalsozialismus stark gemacht habe.⁸¹⁴

Das Ergebnis seiner zahlreichen Recherchen publizierte Karl Schabrod 1969 zusammen mit der VVN im Buch ‚Widerstand an Rhein und Ruhr, 1933 – 1945‘. Der Herausgeber des Buchs war dabei die VVN, deren Landesgeschichtskommission Karl Schabrod zu diesem Zeitpunkt vorstand.⁸¹⁵

Als Leiter der Landesgeschichtskommission der VVN, Gründungsmitglied der DKP-Geschichtskommission und durch die Herausgabe seines Buchs zum Widerstand an Rhein und Ruhr besaß Karl Schabrod einen Expertenstatus, auf den auch der ‚Spiegel‘ Anfang der 1970er Jahre zurückgriff. Für den ‚Spiegel‘ gab Schabrod

⁸⁰⁹ Karl Schabrod an Oberbürgermeister Becker, Düsseldorf 24.05.1965, in: NKS NY-4242, Ordner 19.

⁸¹⁰ Charlotte Frenkel an das Schulamt der Stadt Düsseldorf, Düsseldorf 29.10.1965, in: NKS NY-4242, Ordner 21.

⁸¹¹ Karl Schabrod an Oberbürgermeister Becker, Düsseldorf 28.03.1966, in: NKS, Ordner 1966.

⁸¹² Otto Pankok an Karl Schabrod, Brünen bei Wesel 19.01.1966, in: VVN-BdA NRW, Karl Schabrod Bündel 1 – 4.

⁸¹³ Protokoll der Beratung 11. Februar 1972: ‚Ausstellung antifaschistischer Widerstand 1933 – 1945‘, in: VVN-BdA NRW, Karl Schabrod Bündel 1 – 4.

⁸¹⁴ Karl Schabrod an das Stadtarchiv Düsseldorf, 24.02.1979, in: Stadtarchiv Düsseldorf, 4-101-1-2.0000.

⁸¹⁵ Karl Schabrod, 1969: Widerstand an Rhein, Düsseldorf.

Einschätzungen zu NS-Prozessen.⁸¹⁶ In dieser Expertenfunktion referierte er zudem auch auf parteinahen Veranstaltungen über historische Themen zum Widerstand und zur KPD.⁸¹⁷

Der Expertenstatus brachte Karl Schabrod auch in Kontakt mit dem Historiker Detlev Peukert, der später die ‚Forschungsstelle zur Geschichte des Nationalsozialismus‘ leitete. Peukert half Karl Schabrod und seinem Parteigenossen Aurel Billstein dabei, ihr Buch zum antifaschistischen Widerstand in Krefeld beim Röderberger Verlag unterzubringen. Gleichzeitig vermittelte Peukert Studenten, die zur KPD forschten, an Karl Schabrod, der als Zeitzeuge und Experte für Detailfragen zur Verfügung stand.⁸¹⁸

In den 1960ern Jahren spielte die Täterverfolgung nur noch eine untergeordnete Rolle für Karl Schabrod und sie konnte zu diesem Zeitpunkt auch nicht mehr im Rahmen der Entnazifizierung stattfinden. Auch die VVN und andere Überlebendenorganisationen besaßen nach den Amnestierungsgesetzen der 1950er Jahre nur noch selten die Möglichkeit, eine Strafverfolgung in die Wege zu leiten. 1971 versuchte Karl Schabrod, die Hilflosigkeit in der Täterverfolgung zu überwinden, als er gegen den ehemaligen Düsseldorfer Gauleiter Friedrich Karl Florian vorging. Florian bewegte sich auch nach seiner vorzeitigen Haftentlassung 1951 in rechtsradikalen Kreisen. Nach einem öffentlichen Aufruf zu einer rechtsradikalen Feier zur Wintersonnenwende 1967 geriet Florian in den Fokus der Strafverfolgung und Berichterstattung. Nachdem sein Haus von der Polizei durchsucht worden war, kam es allerdings zu keiner Anklage. Darüber hinaus ging Florian gegen die Berichterstattung zu seiner Person juristisch vor.⁸¹⁹ Karl Schabrod organisierte eine weit aufgestellte Kampagne gegen den ehemaligen Gauleiter. „Wir treffen Gegenmassnahmen, wollen nicht punktuell, sondern in ganzer Breite die Sache Florian aufrollen“, schrieb er an den Verleger Dr. Middlehaufe. Dies bedeutete die Vorbereitung einer öffentlichen Anklage, wofür Karl Schabrod bereits den Rechtsanwalt Peters gewonnen hatte. Ebenso begann Schabrod mit ausführlichen Recherchen und suchte nach Akten und Korrespondenzen aus Florians Zeit als Gauleiter.⁸²⁰

1978 publizierte er das Buch ‚Widerstand gegen Flick und Florian – Düsseldorfer Antifaschisten über ihren Widerstand 1933 – 1945‘.⁸²¹ Karl Schabrod verstand seine Kritik an Gauleiter Florian und Unternehmer Friedrich Flick dabei als Generalanklage

⁸¹⁶ Peter Strähle an Karl Schabrod, Frankfurt 09.11.1971, in: NKS NY-4242, Ordner 35.

⁸¹⁷ Beispiele für Rednereinladungen finden sich in: Karl Schabrod an den Bundesvorstand des Marxistischen Studentenbund Spartakus, 24.03.1975, in: NKS, Ordner 1975 – 1980; Monika Gellermann, 22.05.1975: Einladung: 30 Jahre Befreiung vom Faschismus, in: NKS, Ordner 1975 – 1980; Tatsachen, Zeitung der DKP-Hochschulgruppe Bielefeld, 03.1975: Extraausgabe, in: NKS, Ordner 1972 – 1974.

⁸¹⁸ Detlev Peukert an Karl Schabrod, 24.11.1976, in: NKS NY-4242, Ordner 21.

⁸¹⁹ Spiegel, 07.05.1967: Zeitgeschichte / Nationalsozialisten hoch und her.

⁸²⁰ Karl Schabrod an Dr. Middlehaufe, 07.07.1971, in: NKS, Ordner 1970/71.

⁸²¹ Karl Schabrod, 1978: Widerstand gegen Flick und Florian, Düsseldorfer Antifaschisten über ihren Widerstand 1933 – 1945.

an die Industrie und das Großkapital. Für ihn bestand eine „weitestgehende geistige, moralische und politische Übereinstimmung zwischen den führenden Vertretern des Großkapitals und den Faschisten.“⁸²²

Das Schabrod im Jahr 1971 überhaupt noch darüber nachdenken durfte, Florian rechtlich zu belangen, war dabei keine Selbstverständlichkeit. Denn im bundesdeutschen Strafrecht trat die Verjährung von Mord bereits nach 15 Jahren ein. Damit bot sich für zahlreiche NS-Verbrecher die Möglichkeit, sich ab 1960 offen zu ihren Straftaten zu bekennen. Erst über den Verlauf dreier großer politischer Debatten in den Jahren 1960, 1965 und 1979 weitete die Bundesregierung die Verjährungsfrist schrittweise aus. Schließlich fasste der Bundestag am 03. Juli 1979 den Beschluss, die Verjährungsfrist endgültig aufzuheben.⁸²³ Karl Schabrod und weitere ehemalige politisch Verfolgte beobachteten die abschließende Debatte von der Zuschauertribüne des Bundestags aus. Als der CSU-Abgeordnete Klaus Hartmann seine Rede hielt und sich für die Verjährung aussprach, protestierten Schabrod und andere ehemalige Häftlinge lautstark dagegen. Um ihren Protest mehr Nachdruck zu verleihen, trugen sie versteckt unter ihren Mänteln ihre ehemalige Häftlingskleidung. Erst bei ihren lauten Protestrufen streiften sie die Mäntel ab und wurden gewaltsam in ihrer Häftlingskleidung vom Wachschatz abgeführt.⁸²⁴

Mit der endgültigen Aufgabe der Verjährungsfrist rückte auch der Aspekt der Strafverfolgung wieder in den Fokus von Schabrods Geschichtsarbeit. Er nutzte den Bundestagsbeschluss als Anlass, um für eine stärkere Wiederaufnahme der Strafverfolgung zu kämpfen. Gemeinsam mit Werner Stertzenbach, der ebenfalls der VVN angehörte, nahm er im November 1979 Kontakt zum Justizministerium auf. Er fragte nach, ob im Ministerium noch „über die an Düsseldorfer Bürgern in den Jahren 1933 – 1945 verübten Mordtaten“ weiter gearbeitet würde. Hierzu übersandte er dem Ministerium eine Liste mit 92 ungeklärten Morden.⁸²⁵ Justizministerin Inge Donnepp teilte Schabrods Wunsch nach einer ausführlichen Strafverfolgung und leitete die Liste an die Staatsanwaltschaft in Düsseldorf weiter.⁸²⁶ Schabrod und Stertzenbach nahmen zusätzlich nochmal persönlich Kontakt mit dem zuständigen Staatsanwalt auf und boten ihre Unterstützung und die der VVN bei der Untersuchung der Mordfälle an.⁸²⁷

⁸²² UZ, 05.01.1979: Wurden die Flicks von den Faschisten getäuscht, irregführt, mißbraucht – Interview mit Karl Schabrod über das Buch „Widerstand – Gegen Flick und Florian“.

⁸²³ Helmut Dubiel, 1999: Niemand ist frei von der Geschichte, die nationalsozialistische Herrschaft in den Debatten des Deutschen Bundestages, S. 103 – 104.

⁸²⁴ Düsseldorfer Nachrichten, 04.07.1979: Meldung.

⁸²⁵ Karl Schabrod und Werner Stertzenbach an das Justizministerium des Landes Nordrhein-Westfalen, 27.11.1979, in: VVN-BdA NRW, Karl Schabrod Bündel 5 – 6.

⁸²⁶ Justizministerin des Landes Nordrhein-Westfalen Donnepp an die Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes Bund der Antifaschisten Düsseldorf, 24.03.1980, in: NKS NY-4242, Ordner 46.

⁸²⁷ Karl Schabrod und Werner Stertzenbach an die Staatsanwaltschaft Düsseldorf, 03.03.1980, in: NKS NY-4242, Ordner 46.

14.2 Geschichtsarbeit als Mittel der Politik

Die Geschichtsarbeit Karl Schabrods diene dabei keinem Selbstzweck. Genau wie die DKP-Geschichtskommission verstand er seine Forschung als Erweiterung und teilweise als Gegenentwurf eines bestehenden Geschichtsmodells. Im Vorwort seines 1969 veröffentlichten Buches ‚Widerstand an Rhein und Ruhr 1933 – 1945‘ machte er diesen Anspruch deutlich. Sein Buch solle „ein zutreffenderes Geschichtsbild und einen besseren Geschichtsunterricht ermöglichen.“ Konkret bezog er sich auf den Historiker Ernst Busch, der in seinem Buch ‚von 1914 bis zur Gegenwart‘ von einer durch „Angst gelähmten deutschen Nation“ schrieb, in der es keinen offenen Widerstand gegeben hätte. „Tatsächlich war keineswegs die ganze deutsche Nation gelähmt von Angst“, widersprach Karl Schabrod offen. „Die Wahrheit über den damaligen opferreichen Widerstand soll endlich den hellen Ehrenplatz einnehmen dürfen, der ihr in der jüngsten Geschichte unseres Volkes zukommt.“ Damit ging es Schabrod nicht nur um die Geschichtsvermittlung an eine junge Generation, sondern auch darum, den „Ehrenplatz“ einer Widerstandsgruppierung zu betonen, der er selbst angehörte.⁸²⁸

Der korrigierende Anspruch der Geschichtsarbeit zeigte sich beispielsweise im Januar 1974, als die VVN-Geschichtskommission eine Widerstandsausstellung in Köln kritisierte. Die VVN war so unzufrieden, dass sie einen Arbeitskreis und eine Kampagne gegen die Ausstellung ins Leben rief. Hierzu schrieb Karl Schabrod einen Erstentwurf eines offenen Protestbriefes. In diesem betonte er das Fehlen des kommunistischen Widerstands in der Ausstellung. Obendrein betrachtete er die in der Ausstellung dargestellte Zusammenarbeit von KPD und NSDAP als Lüge, die zusätzlich im Katalog verbreitet würde.⁸²⁹ Die VVN lud zur Gegenveranstaltung in das Kölner Stadtarchiv ein. Hier trat Karl Schabrod als Redner auf und referierte zur Fragestellung, ‚wie kam Hitler an die Macht?‘⁸³⁰

In seinem Vortrag widersprach er der These der Ausstellung, dass NSDAP und KPD die Verfassung Weimars ausgehöhlt hätten. Dies sei in Form der Präsidialkabinette unter Brüning und Hindenburg geschehen. Ebenso wenig hätten das Verhältniswahlrecht und das Fehlen einer 5%-Hürde zum Niedergang der Weimarer Republik beigetragen. Die Ursachen für die nationalsozialistische Machtübernahme sah Karl Schabrod vor allem in der Weltwirtschaftskrise, der Unterstützung Hitlers durch das Großkapital und den Notstandsverordnungen nach Artikel 48. Besonders kritisch merkte er an, dass die Ausstellung daran festhalte, dass den Deutschen nicht klar gewesen sei, dass Hitler auf einen Krieg hinarbeitete. Hierzu las er Stellen aus ‚Mein Kampf‘ vor und zeichnete die

⁸²⁸ Schabrod, 1969, Widerstand an Rhein, S. 13 – 14.

⁸²⁹ Fritz Porschen an den Arbeitskreis zur Vorbereitung der Ausstellung ‚Widerstand und Verfolgung in Köln 1933-1945‘, Köln 21.1.1974, in: NKS, Ordner 1972 – 1974.

⁸³⁰ VVN Köln, 12.02.1974: Rundschreiben, in: NKS, Ordner 1972 – 1974.

Entwicklungen der SS und der SA nach. Eine wirksame Gegenmaßnahme gegen den Terror auf der Straße sei der ‚Rote Frontkämpferbund‘ gewesen, den die Weimarer Republik aber im Mai 1929 verbieten ließ. „Das war eine schwere Beeinträchtigung der Abwehr des Hitlerfaschismus und vertiefte die Spaltung in der Arbeiterschaft.“⁸³¹

Vor allem der Vorwurf, die KPD habe auf den Niedergang der Weimarer Republik hingearbeitet, löste bei Karl Schabrod besonderen Widerspruch aus. Er wollte ein Exponat der Ausstellung, entfernen lassen, in dem die KPD ihre Organisationen auf den „Sturz der Verfassung“ vorbereitete. Als Begründung führte er an, dass es sich nur um eine Fälschung handeln könnte. Um das zu beweisen, kontaktierte er das zentrale Parteiarchiv der SED und verlangte, Belege für eine Fälschung zu finden.⁸³²

Einen besonderen Aspekt in Schabrods historischer Arbeit nahm der Schulunterricht ein. Bereits 1969 hatte er im Schlusswort von ‚Widerstand an Rhein und Ruhr 1933 – 1945‘ gefordert, „alle Schulbücher und Lehrhefte für den Geschichtsunterricht und die Staatsbürgerkunde sind hinsichtlich einer wahrheitsgemäßen Darstellung und Bejahung des Widerstands [...] zu überprüfen und zu ändern.“⁸³³ Diesen Anspruch versuchte die VVN im Rahmen ihrer Geschichtskommission zu erfüllen, indem sie zu Beginn der 1970er Jahre damit anfang, Geschichtsbücher zu untersuchen. Die Auseinandersetzung mit dem Schulunterricht verschob dabei nochmal Karl Schabrods Betrachtungsfeld von der Täter- und Verfolgungsgeschichte hin zur KPD im Allgemeinen, der Nachkriegszeit und der Darstellung des Kalten Kriegs. Auf der Landeskonferenz der VVN im März 1971 in Gelsenkirchen trat er als Redner auf und erklärte: „14 Schulgeschichtsbücher, die hier in NRW im Unterricht benutzt werden, habe ich durchgesehen und festgestellt, daß unter dem Deckmantel dieser Totalitarismus-Legende eine psychologische Kriegsvorbereitung betrieben wird.“ Immer wieder würden Nationalsozialismus und Kommunismus gleichgesetzt, der Vertrag von Potsdam herabgewürdigt und Lenin im Stile antisemitischer Propaganda als „mongoloid“ bezeichnet.⁸³⁴

Schärfste Kritik übte er an der Darstellung der KPD in der Weimarer Republik. Aus seinem Verständnis heraus hatte die KPD an vorderster Front gegen die Nationalsozialisten gekämpft, was die Kommunisten zu einem Stützpfiler des demokratischen Systems gemacht hätte. Jedoch würde dieser Aspekt nirgends in den Schulgeschichtsbüchern berücksichtigt. Vor allem der Historiker Hans Ebeling suche in seinem Standardwerk ‚die Reise in die Vergangenheit‘ „förmlich nach Umsturzversuchen von Links und stempelt die Verteidiger der Weimarer Republik zu Republikfeinden“ ab. Dass Karl Schabrod durch seine Doppelrolle als Zeitzeuge und

⁸³¹ Karl Schabrod, 15.02.1974: „Wie kam Hitler an die Macht“, in: NKS NY-4242, Ordner 21.

⁸³² Karl Schabrod an des Zentrale Parteiarchiv der SED, 28.02.1974, in: NKS, Ordner 1972 – 1974.

⁸³³ Schabrod, 1969: Widerstand an Rhein, S. 140.

⁸³⁴ Referat des Vorsitzenden der Geschichtskommission der VVN in Nordrhein-Westfalen, Karl Schabrod, Thema: Geschichtsforschung und Schulbücher, 27.03.1971 in Gelsenkirchen, in: VVN-BdA Karl Schabrod Bündel 1 – 4.

Forschender zu wenig Distanz zu seinem Untersuchungsfeld besaß, zeigte sich auch im Umgang mit dem Abhängigkeitsverhältnis von der KPD zur Sowjetunion. Dies bezeichnete er als unterschwellige Verleumdung, bei der die nationalsozialistische „Standardlüge über ein Hörigkeitsverhältnis deutscher Kommunisten zur Moskauer Zentrale neu aufpoliert wird.“⁸³⁵

Schabrods Kritik am Schulunterricht vermischte dabei zunehmend Vergangenheit mit aktuellen politischen Gegebenheiten. Für ihn selbst ergab sich daraus kein Widerspruch, ebenso wenig wie aus seiner Doppelrolle als Zeitzeuge und Forscher. Vielmehr sah er darin eine Legitimation der VVN-Geschichtsarbeit, denn die werde „auch dazu beitragen, die Verträge von Moskau und Warschau⁸³⁶ mit Leben zu erfüllen und mit ihrer Ratifizierung die Grundlage zimmern zu helfen für eine friedliche Entwicklung in Deutschland und in ganz Europa.“⁸³⁷

Noch konkreter zeigte sich der gegenwartspolitische Anspruch der VVN-Geschichtsarbeit im Juni 1971. Hier sandte Karl Schabrod seine Auffassungen an Jürgen Girgensohn, den Kultusminister Nordrhein-Westfalens. Der Landtag beschäftigte sich zu diesem Zeitpunkt mit einer Großen Anfrage zum Thema „Schulbücher und Ostpolitik“. Schabrod begründete die ablehnende Haltung der CDU zur Anfrage damit, dass sie keinerlei Raum für die Anerkennung der Ostgrenzen schaffen wolle und sich der Neuen Ostpolitik verweigere. Girgensohn sollte diese Aspekte bei der Auseinandersetzung im Landtag mitbedenken und sich für eine Überprüfung und Revision der Schulbücher aussprechen.⁸³⁸

Die Bildungspolitik der Bundesregierung befand sich zu diesem Zeitpunkt schon in einer längeren Reformperiode. Die Arbeitsgemeinschaft deutscher Lehrerverbände hatte zu Beginn der 1960er mit dem sogenannten ‚Bremer Plan‘ einen völlig neuen Schulaufbau angestrebt.⁸³⁹ 1963 öffnete der promovierte Philosoph Georg Picht mit seiner These der bevorstehenden ‚Bildungskatastrophe‘ die politische Debatte für die breite Öffentlichkeit. Picht prognostizierte einen schweren Schaden der Wirtschaft, da ein veraltetes Schulsystem zu wenig Studierende hervorbrächte, die zu schlecht ausgebildet würden.⁸⁴⁰ 1970 setzte sich der neugegründete DBR (Deutscher

⁸³⁵ Karl Schabrod, 04.1971: zur „Situation in den Schulgeschichtsbüchern von Nordrhein-Westfalen“, in: Sonderdruck aus „Schule und Nation“, Heft 2/XVII, in: NKS NY-4242, Ordner 23.

⁸³⁶ Gemeint sind die Verträge der Neuen Ostpolitik unter Kanzler Brandt. Moskauer Vertrag (12.08.1970) mit der UdSSR und der Vertrag zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Volksrepublik Polen über die Grundlagen der Normalisierung ihrer gegenseitigen Beziehungen (07.12.1970).

⁸³⁷ Karl Schabrod, 04.1971: zur „Situation in den Schulgeschichtsbüchern von Nordrhein-Westfalen“, in: Sonderdruck aus „Schule und Nation“, Heft 2/XVII, in: NKS NY-4242, Ordner 23.

⁸³⁸ Vorsitzender der Landesgeschichtskommission der VVN-Nordrhein-Westfalen Schabrod an Minister Girgensohn, 24.06.1971, in: NKS, Ordner 1970 – 1971.

⁸³⁹ Dietrich Benner / Herwat Kemper, 2009: Theorie und Geschichte der Reformpädagogik, Teil 3.2, staatliche Schulreform und Schulversuche in den westlichen Besatzungszonen und in der BRD, Weinheim und Basel, S. 166 – 167.

⁸⁴⁰ Wolfgang Lambrecht, 2007: Deutsch-deutsche Reformdebatten vor „Bologna“, Die „Bildungskatastrophe“ der 1960er-Jahre, in: Zeithistorische Forschungen, Heft 3, S. 472 – 477.

Bildungsrat) über einen Strukturplan das ehrgeizige Ziel einer „völlige(n) Neuordnung des gesamten öffentlichen Erziehungs- und Bildungswesens“. In diesem strukturellen Umwandlungskontext folgte auch zwangsläufig die Überprüfung des Lehrstoffs.⁸⁴¹

Karl Schabrods Geschichtsarbeit stieß auf den grundsätzlichen Zuspruch der Landesregierung. Im November 1971 informierte ihn die Staatskanzlei, dass die Landesregierung für nächstes Jahr eine Schulbuchkommission einberufen werde, in der Historiker und Kultusminister gemeinsam Bücher und Unterricht überprüfen. Schabrods schriftlich abgefasste und zugeschickte Kritik würde der Kommission dabei als Arbeitsmaterial vorgelegt werden. Dabei betonte die Staatskanzlei, wie ernst sie Schabrods Arbeit nahm. „Ich darf in diesem Zusammenhang z.B. daran erinnern, daß aufgrund Ihrer Anregungen nach eingehender Diskussion mit dem Gehlen-Verlag von diesem z. Zt. eine Überarbeitung des Buchs ‚Ordnung in Freiheit‘⁸⁴² vorgenommen wird.“⁸⁴³

Allerdings sah der Kultusminister keine Notwendigkeit, die VVN oder Karl Schabrod direkt in die Arbeit der Schulbuchkommission einzubinden. Daher wurde Karl Schabrod selbst aktiv und nahm im Mai 1972 Kontakt zum Kommissionsleiter Professor Eckert auf. Schabrod wollte wissen, wie genau die Kommission zusammengesetzt war und auf welchem Weg die VVN ihre Anfragen und ihr Material dort einbringen könne.⁸⁴⁴

Zusätzlich sandte er Professor Eckert ein kurz zuvor von der VVN veröffentlichtes Buch ‚Schulgeschichtsbücher - kritisiert - korrigiert, Materialien für einen verfassungsgerechten Unterricht‘ zu, in dem vermeintliche Falschaussagen herausgegriffen und berichtigt wurden. Im letzten Kapitel der Publikation hatte Karl Schabrod Professor Eckert scharf angegriffen. Eckert hatte in seinem 1969 herausgebrachten Schulbuch ein KPD-Plakat abgebildet, das den expliziten Gewaltaufruf „Not kennt kein Gebot, schlägt tot!“, enthielt. Karl Schabrod hatte Eckert und den Beltz-Verlag aufgefordert, „die Giftküche zu nennen, aus der sie diese infame Lüge bezogen haben; denn niemals hat es ein derartiges Plakat der KPD gegeben.“ Da der Beltz-Verlag nicht mit Karl Schabrod in Verbindung trat und somit keinen Beweis für die Echtheit des Plakats erbrachte, sah Schabrod seinen Fälschungsvorwurf als bestätigt an.⁸⁴⁵ Tatsächlich war ein solches Plakat jedoch während der Reichstagswahlen im Sommer 1932 von der KPD angeschlagen worden.⁸⁴⁶

⁸⁴¹ Benner, 2009: Theorie und Geschichte, S. 220.

⁸⁴² Gemeint ist das Buch: Eugen Weiß, Friedrich Deuschle: Ordnung in Freiheit: – Eine Sozialkunde für junge Deutsche.

⁸⁴³ Chef der Staatskanzlei des Landes NRW Kleiner an Karl Schabrod, 18.11.1971, in: NKS NY-4242, Ordner 21.

⁸⁴⁴ Karl Schabrod an Professor Eckert, Düsseldorf 05.05.1972, in: NKS NY-4242, Ordner 23.

⁸⁴⁵ Ernst Schmidt, 1972: Schulgeschichtsbücher -kritisiert -korrigiert, Materialien für einen verfassungsgerechten Unterricht, S. 64.

⁸⁴⁶ Arthur Dittmar, 2017: Offene Fragen der Geschichte, Band 4 Chronik von 1900 bis 1933, in: <https://docplayer.org/31731398-Offene-fragen-der-geschichte-band-4-chronik-von-1900-bis-1933.html>, S. 4.

Als die Schulgeschichtskommission alle erteilten Genehmigungen für Schulgeschichtsbücher zurückzog, führte Karl Schabrod dies auf die kritischen Veröffentlichungen der VVN zurück. Ebenso hielt er fest: „Die Gegenverstöße der CDU im Landtag von NRW gegen eine Überprüfung sämtlicher Schulbücher konnten abgewehrt werden.“⁸⁴⁷

Die VVN war nicht bereit, auf die langwierige Umsetzung der Schulbuchkommission zu warten und hatte ihre Publikation ‚Schulgeschichtsbücher - kritisiert - korrigiert, Materialien für einen verfassungsgerechten Unterricht‘ selbst an Düsseldorfer Schulen verteilt.⁸⁴⁸ Auf Karl Schabrods Vorschlag im Februar 1972 hin war dies nach den Sommerferien geschehen.⁸⁴⁹ Gegenüber seinem Parteikollegen Manfred Kapluck bekräftigte er die politische Bedeutung der Geschichtsarbeit. Sie diene dazu, „direkt den Geschichtsunterricht im Sinne unseres antiimperialistischen Kampfes und der Erfüllung der Verträge von Moskau und Warschau beeinflussen zu können.“ Zur Jahresmitte verzeichnete der Röderberger-Verlag über 3.500 Bestellungen der VVN-Publikation. Karl Schabrod sah den beachtlichen Erfolg des Buchs als ausbaufähig an. Rund 2.900 Bestellungen stammten aus dem Bezirk Rheinland-Westfalen und nur knapp 700 aus dem Gebiet Ruhr-Westfalen. Diese Ungleichverteilung führte Karl Schabrod zurück auf die schlechte Werbung der „altersschwachen VVN-Kameraden, die sich auch irgendwie politisch abgehängt fühlen, weil ihr Verhältnis zur DKP unterentwickelt blieb.“ Dabei wünschte er sich auch von der DKP mehr Rückhalt. Karl Schabrod und die VVN-Geschichtskommission hatten der Partei einen ausgearbeiteten Appell vorgelegt, der die Überarbeitung der Schulgeschichtsbücher unterstützte. Jedoch hatte die Bezirksleitung den Appell auch nach Monaten noch nicht unterzeichnet. Schabrod zeigte sich ebenfalls mit dem DKP-nahen Hochschulverband Spartakus und der SDAJ (Sozialistische Deutsche Arbeiterjugend) unzufrieden, da sie sich kaum in die Schulgeschichtsarbeit einbrachten. Nach Schabrods Auffassung sollte man an den Universitäten „eine Kampffrage daraus machen, wie hier die Reaktion und der Neofaschismus geschlagen werden kann.“⁸⁵⁰

Karl Schabrod beschränkte seine Geschichtskritik dabei nicht allein auf den Schulunterricht. Im Januar 1975 schrieb er im Auftrag der VVN an den WDR, der die Sendung ‚vom Kaiserreich zur Republik‘ produziert und ausgestrahlt hatte. Schabrod erklärte, dass diese voller Fehler sei und zur Verbesserung schicke er „eine Broschüre mit

⁸⁴⁷ Karl Schabrod an Manfred (Anm. kein Nachname genannt, vermutlich Kapluck), 26.07.1972, in: NKS NY-4242, Ordner 06.

⁸⁴⁸ Protokoll Forumsgespräch Schülerkongress 02.12.1972, in: VVN-BdA NRW, Karl Schabrod Bündel 1 – 4.

⁸⁴⁹ Bericht über die Tagung des Referates Geschichtsforschung und Vermittlung beim Präsidium der VVN – Bund der Antifaschisten am 12. Februar 72, in: VVN-BdA NRW, Karl Schabrod Bündel 1 – 4.

⁸⁵⁰ Karl Schabrod an Manfred (Anm. kein Nachname genannt, vermutlich Kapluck), 26.07.1972, in: NKS NY-4242, Ordner 06.

präzisen Quellenangaben, in der Themen aus Schulgeschichtsbüchern zitiert, kritisiert und korrigiert werden.“⁸⁵¹

Die fortschreitende Politisierung führte auch zu einer vermehrten Kritik an Karl Schabrods Geschichtsarbeit. Dabei hatte die VVN-Geschichtskommission im Oktober 1965 in ihrer Anleitung zur Geschichtsarbeit festgehalten: „Wir streben nach einer einheitlichen Darstellung des Gewerkschaftskampfes aller Gruppen gegen Hitler“, um so nicht nur den Kommunismus herauszustellen.⁸⁵² Dieser Anspruch wurde auch von anderen gesellschaftlichen Akteuren positiv wahrgenommen. Bereits 1964 hatte sich der Verband der Deutschen Journalisten für die Herausgabe eines eigenen Widerstandsbuchs an Karl Schabrod gewandt.⁸⁵³ 1969 arbeitete Schabrod im Auftrag Joachim Beckmanns, dem Präses der evangelischen Kirche Rheinland, die Verfolgung von Kirchenmitgliedern mit auf.⁸⁵⁴ Auch intern bemühte sich Karl Schabrod um eine gewisse Ausgewogenheit der historischen Darstellungen. So kritisierte er das Manuskript seines Genossen Werner Krügers zum Widerstand in Wanne-Eickel als zu heroisierend und die unkommentierte Wiedergabe von Zeitzeugenberichten beanstandete er als fehlerhaft. Das Buch reduziere den Widerstand allein auf den Klassenkampf und dadurch sei es nicht objektiv, „denn die Geschwister Scholl oder Pfarrer Niemöller und Stauffenberg zählen wir mit hoher Achtung zu den antifaschistischen Mitkämpfern.“ Die Kritik Schabrods ging dabei keineswegs mit der Aufforderung zur wissenschaftlichen Neutralität einher. „Zusammenfassend: Wer über den Arbeiterwiderstand ein Buch zusammenstellt, schreibt ein politisches Buch. Er muss selbst einen politischen Standpunkt haben und danach zielbewusst an die Befragung der aktiv tätig gewesenen Antifaschisten herangehen.“⁸⁵⁵

Doch gerade aus Sicht christlich-konservativer Kreise war Schabrods politischer Standpunkt in seiner Geschichtsarbeit überrepräsentiert. 1969 warf der CDU-Landtagspolitiker Josef Hofmann Karl Schabrod vor, ein einseitiges und rein kommunistisches Widerstandsbild zu vertreten. So habe Schabrod ganz bewusst in seinem Buch ‚Widerstand an Rhein und Ruhr 1933 – 1945‘ zahlreiche christliche Widerstandskämpfer der Gewerkschaftsbewegung wie Bernhard Letterhaus, Nikolaus Groß, Otto Müller und Johannes Albers einfach nicht erwähnt.⁸⁵⁶

Auch der Lehrer und Liedermacher Dirk Hespers, dessen Vater 1943 als katholischer Widerstandskämpfer ermordet worden war, warf Schabrod Einseitigkeit vor. Hespers hatte im Sommer 1972 als Lehrer das VVN-Buch ‚Schulgeschichtsbücher – zitiert –

⁸⁵¹ Karl Schabrod an das westdeutsche Fernsehen, 02.01.1975, in: NKS, Ordner 1975 – 1980.

⁸⁵² VVN Geschichtskommission, 17.10.1965: Anleitung zur Geschichtsarbeit, in: NKS, Ordner Nicht einsortiertes Material.

⁸⁵³ Herr Voigt an Karl Schabrod, Berlin 21.01.1965, in: NKS, Ordner 1965.

⁸⁵⁴ Karl Schabrod, Vermerk zum Treffen beim Herrn Superintendenten Müller, Düsseldorf, 16./17.01.1968, Venloer Straße 16, in: VVN-BdA NRW, Sign. 3708.

⁸⁵⁵ Karl Schabrod, undatiert: Bemerkungen zum Manuskript ‚Wanne-Eickel zum Beispiel‘ von Werner Krüger, in: VVN-BdA NRW, Bündel Karl Schabrod 5 – 6.

⁸⁵⁶ Dr. Hofmann an den Vorstand der Vereinigung der Verfolgten des Nazi-Regimes, 20.03.1969, in: NKS NY-4242, Ordner 21.

kritisiert – korrigiert‘ gelesen. Schabrod und die VVN würden wichtige Widerstandsgruppen, Zeitungen und Personen außerhalb des kommunistischen Milieus bewusst verschweigen.⁸⁵⁷ Karl Schabrod konfrontierte Dirk Hespers damit, dass er 1970 zugesagt hatte, an der Überarbeitung der Schulbücher mitzuwirken, sich aber nach dieser Absichtsbekundung nie wieder eingebracht hatte. Obendrein waren bei der Erstellung der Publikation 81 verschiedene Aufsätze geschrieben worden, die aus Kostengründen auf 64 Seiten zusammengekürzt werden mussten. Allein daraus hätten sich gewisse Verknappungen ergeben und Hespers müsse doch wohl wissen, „dass in einer Streichholzschachtel weniger Platz ist als in einem Hochhaus“. Karl Schabrod versicherte Hespers, dass die Publikation lediglich den Anfang einer breiteren Überarbeitung des Geschichtsunterrichts darstellte und verwies auf sein Buch ‚Widerstand an Rhein und Ruhr 1933‘, das er überarbeiten und erweitern wollte.⁸⁵⁸

Ab 1976 gab Karl Schabrod vermehrt Vorträge an Schulen,⁸⁵⁹ was im Mai 1979 auf erhebliche Gegenwehr stieß. Die CDU-Stadtratsfraktion Düsseldorf brachte einen Antrag auf Redeverbot für Karl Schabrod in Schulen ein. Die CDU berief sich bei ihrem Antrag auf Schabrods Rede vor der Gesamtschule Kickweg, wo er über die VVN-Ausstellung zu Düsseldorf referiert hatte.⁸⁶⁰

Der gegenwartspolitische Anspruch und die mangelnde Distanz zum Forschungsthema wirkten nicht nur in Karl Schabrods Geschichtsarbeit hinein, sondern betrafen die gesamte von Kommunisten geprägte Geschichtsarbeit der 1960er Jahre. Als Beispiel hierfür kann das Erinnern an Buchenwald angeführt werden, das in der DDR einen besonders hohen Stellenwert einnahm. 1960 gaben das internationale Buchenwald-Komitee, das Komitee der Antifaschistischen Widerstandskämpfer der DDR und die Fédération Internationale des Résistants, des Victimes et des Prinniers du Fascisme gemeinsam die Dokumentation ‚Mahnung und Verpflichtung‘⁸⁶¹ heraus. Die Publikation verstand sich als erste umfassende Darstellung eines nationalsozialistischen Konzentrationslagers und zählt mit Einschränkungen bis heute zu den Standardwerken der Buchenwaldforschung. Probleme ergeben sich durch die politische Ausrichtung des Werks. Der erste Teil des Buchs beruht vornehmlich auf Häftlingsberichten aus den 1940er Jahren und bemüht sich um Sachlichkeit. Der 2. Teil hingegen basiert auf Häftlingsdarstellungen der Jahre 1956 – 1958, die von einer „zweiten kommunistischen

⁸⁵⁷ Dirk Hespers an Schabrod Karl, Mönchengladbach 19.09.1972, in: NKS, Ordner 1972 – 1974. Zur Biographie Hespers, siehe: RP, 01.02.2018: Dietrich „Dirk“ Hespers ist im Alter von 86 Jahren gestorben.

⁸⁵⁸ Karl Schabrod an Dirk Hespers, 21.09.1972, in: NKS, Ordner 1972 – 1974.

⁸⁵⁹ Erwähnungen zu diversen Vorträgen an Schulen finden sich in: Karl Schabrod, 13. Mai 1976: Vortrag vor einer Schulklasse im Vestischen Gymnasium in Bottrop, in: NKS, Ordner 1975 – 1980; Klara Schabrod an Dagmar Horstmann, Düsseldorf 19.12.1977, in: NKS NY-4242, Ordner 04; Use Grindt an Karl Schabrod, Düsseldorf 14.06.1978, in: NKS, Ordner 1975 – 1980.

⁸⁶⁰ Nordlicht, Informationen der DKP für Stockum, Unterrath, Lichtenbroich und Kaiserswert, 04.1979: Der Nazigegner Karl Schabrod und die kleinen Geister der CDU-Fraktion, in: NKS, Ordner 1975 – 1980.

⁸⁶¹ Gemeint ist: Walter Bartel, 1960: Buchenwald – Mahnung und Verpflichtung.

Verfolgung“ in der Sowjetunion und „antikommunistischen Stimmungen und Maßnahmen in Westeuropa“ geprägt waren, wie Philipp Neumann zutreffend beschreibt. Diese Darstellungen beschäftigten sich vornehmlich mit dem Lagerwiderstand. Die Vermischung von Gegenwartserfahrungen, politischen Überzeugungen und Geschichtsarbeit führte zur Verzerrung bei sensiblen Themen. So wird der Häftlingskrankenbau ausschließlich als „Widerstandszentrum“ dargestellt, ohne die unabwendbaren Schattenseiten dieses Widerstands anzuführen. Die Rettung von Menschenleben unter der bewussten Inkaufnahme der Tötung anderer Häftlinge oder die unter Druck erwirkte Mitwirkung der kommunistischen Funktionshäftlinge an Tötungsaktionen der SS werden völlig verschwiegen. Auch bleibt die umstrittene Nutzung des Häftlingsbordells unerwähnt. Die Darstellung der illegalen Militärorganisation der Häftlinge hingegen wird überhöht, bis hin zum Narrativ einer fast alleinigen, militärischen Selbstbefreiung des Lagers, in der die Amerikaner keine Rolle gespielt hätten. Der Antiamerikanismus der 1950er Jahre drang dabei soweit in die Darstellung ein, dass die Publikation die Verantwortung für die Todesmärsche, bei der in den letzten Wochen knapp 30.000 Insassen zwangsverlegt worden waren, nicht der SS, sondern der 3. US-Armee anlastete. Ihr zögerlicher Vormarsch hätte die Todesmärsche der SS erst ermöglicht, gegen die die Kommunisten mit einer erbitterten Verzögerungstaktik angekämpft hatten. In der entsprechenden Kapiteleinleitung wird dabei gemutmaßt, dass politische Erwägungen des Oberbefehlshabers George S. Patton zum verzögerten Vormarsch geführt hätten.⁸⁶²

Wie lässt sich Karl Schabrods Geschichtsarbeit bewerten? Sie konzentrierte sich in den ersten Jahren nach Kriegsende vornehmlich auf die Tätergeschichte. Karl Schabrod machte Aussagen gegen ehemaliges Haftpersonal, begann Nachforschungen zu seinem eigenen Prozess anzustellen und überprüfte in einigen Fällen die nationalsozialistische Vergangenheit seines beruflichen Umfelds. Verstärkt wurde diese Tätigkeit durch seine Stellung in der Partei. Als Chefredakteur der ‚Freiheit‘ berichtete er über Versäumnisse der Entnazifizierung. Dabei identifizierten sich die Kommunisten durch ihre kollektive Verfolgungserfahrung in besonderem Maße mit dem Anspruch der Entnazifizierung, von dem die Bundesrepublik im Verlauf der 1950er Jahre immer mehr Abstand nahm. Ab den 1960er Jahren verschob sich Karl Schabrods Fokus hin zur Opfergeschichte, die er vor allem als eine Geschichte des Widerstands definierte. Hierbei hatte er mit Staatsorganen zu kämpfen, die ihm die Akteneinsicht erschwerten und mit Kommunisten, die aus Angst vor Repressionen über ihre Erlebnisse schweigen wollten. Dennoch gelang es ihm, zusammen mit der VVN eine Opferliste der Düsseldorfer Widerstandskämpfer

⁸⁶² Philipp Neumann, 2013: „... eine Sprachregelung zu finden“, Zur Kanonisierung des kommunistischen Buchenwald-Gedächtnisses in der Dokumentation Mahnung und Verpflichtung, in: Katharina Stengel: Opfer als Akteure, Interventionen ehemaliger NS-Verfolger in der Nachkriegszeit, S. 151 – 159.

anzufertigen, eine eigene Düsseldorfer Ausstellung zu konzipieren und mehrere Bücher zu publizieren. So baute er sich eine Reputation auf, die ihn in Kontakt mit dem Historiker Detlev Peukert brachte, ihm zu einem Expertenstatus beim ‚Spiegel‘ verhalf und es erlaubte, auf den Diskurs der Überarbeitung der Schulgeschichtsbücher einzuwirken. Dabei verstand Karl Schabrod seine Geschichtsarbeit als legitimes Mittel der Politik. Vor allem die Überarbeitung der Schulgeschichtsbücher diene dazu, „um direkt den Geschichtsunterricht im Sinne unseres antiimperialistischen Kampfes und der Erfüllung der Verträge von Moskau und Warschau beeinflussen zu können.“⁸⁶³ Damit erklärte er den Schulunterricht zum Schauplatz der Neuen Ostpolitik und forderte von der VVN und den studentischen Vereinigungen, die Schulbuchfrage zur Kampfsache zu machen. Dass dieser politische Anspruch und die mangelnde Distanz zum Thema die historische Arbeit durchaus belastete, zeigte sich immer wieder in den Geschichtsdarstellungen der KPD. So erklärte Karl Schabrod die KPD zum „Verteidiger der Weimarer Republik“ und bezeichnete die Abhängigkeit der KPD von der KPdSU als „Standardlüge“. Kritik erfuhr Karl Schabrod dabei vor allem aus christlich-konservativen Kreisen, die den Vorwurf eines sehr einseitigen kommunistischen Widerstandsbildes erhoben.⁸⁶⁴

⁸⁶³ Karl Schabrod an Manfred (Anm. kein Nachname genannt, vermutlich Kapluck), 26.07.1972, in: NKS NY-4242, Ordner 06.

⁸⁶⁴ Karl Schabrod, 04.1971.; zur „Situation in den Schulgeschichtsbüchern von Nordrhein-Westfalen“, in: Sonderdruck aus „Schule und Nation“, Heft 2/XVII, NKS NY-4242, Ordner 23.

15. Der Streit um die Entschädigungsrente seit 1959 und seine letzten Jahre

Karl Schabrod war am 18. August 1949 vom Kreissonderratsausschuss in Düsseldorf als politisch Verfolgter des NS-Regimes anerkannt worden. Aufgrund dieser Anerkennung war ihm eine einmalige Entschädigungszahlung von 21.730 DM gewährt worden, die er zum Bau seines Wohnhauses auf der Gottfried-Keller-Straße in Düsseldorf verwendet hatte. Darüber hinaus hatte er Studienbeihilfen für seinen Stiefsohn Konrad in Höhe von 10.770 DM erhalten sowie weitere wirtschaftliche Beihilfen im Umfang von 1.100 DM. Zusätzlich war ihm im Januar 1952 aufgrund seines Verfolgtenstatus und körperlicher Gebrechen eine Entschädigtenrente in Höhe von 20% einer Vollrente gewährt worden.⁸⁶⁵

Nach Karl Schabrods Verurteilung wegen seiner Kandidatur zur Landtagswahl 1958 erkannte das Land Nordrhein-Westfalen ihm die Beschädigtenrente wieder ab. Das Land berief sich dabei auf das Bundesentschädigungsgesetz (BEG), wo nach §6 Abs. 2 derjenige von einer „Entschädigung ausgeschlossen ist, wer nach dem 23. Mai 1949 die freiheitlich-demokratische Grundordnung im Sinne des Grundgesetzes bekämpft hat.“⁸⁶⁶

Der §6 war bereits während der Erarbeitung des BEGs scharf kritisiert worden. So hatte Gerhard von Heukelum, SPD-Politiker und Vorsitzender des Wiedergutmachungsausschusses des Bundesrates, geurteilt: Ein „Ausschluss wegen Gesinnung oder politischer Richtung“ entspräche einer „Todsünde gegen den Gedanken dieses Gesetzes.“ Demgegenüber positionierte sich das Bundesfinanzministerium, das entschieden für den §6 warb. Der Wiedergutmachungsreferent des Ministeriums betonte in der Debatte vor allem die politische und durchaus antikommunistische Dimension der Ausschlussklausel: „Ich glaube, ich brauche für diejenigen, die, vielleicht sogar aus eigener Erfahrung, die Verhältnisse in der sowjetisch besetzten Zone kennen, keine näheren Ausführungen zu machen.“ Obwohl sich in der Erarbeitung die meisten Vertreter hinter die Position Heukelums stellten und für einen Entwurf des Bundesrates aussprachen, der deutlich weniger aggressive Ausschlussklauseln enthielt, setzte sich das Bundesfinanzministerium durch. In den öffentlichen Lesungen zum BEG blieb die Kritik der übrigen Parteien aus. Bloß der KPD-Abgeordnete und ehemalige Dachau-Häftling Oskar Müller lehnte den §6 entschieden ab.⁸⁶⁷

Für Karl Schabrod ergab sich der Verlust der Entschädigungsrente gewissermaßen als Begleitstrafe. Die Rentenaberkennung war dabei auf das Jahr 1949 rückdatiert, sodass er alle erhaltenen Geldbeträge zurückzahlen sollte. Ebenfalls forderten die Behörden

⁸⁶⁵ Dr. Neuberger an Karl Schabrod, Düsseldorf 17.04.1964, in: NKS NY-4242 Ordner 15.

⁸⁶⁶ Dr. Neuberger an Karl Schabrod, 18.03.1960, in: NKS, Juristisches u. Karl Schabrod.

⁸⁶⁷ Boris Spornol, 2010: Wiedergutmachung und Kalter Krieg, der Umgang mit kommunistischen NS-Verfolgten in Westdeutschland, Jena, S. 198 – 204.

Einmalzahlungen von über 30.000 DM zurück.⁸⁶⁸ Karl Schabrod legte augenblicklich Widerruf ein und bekam im Februar 1960 teilweise Recht zugesprochen. Das Land datierte die Rentenaberkennung nun auf den 18. August 1956 zurück, den Verbotstag der KPD, und verzichtete auf eine Rückzahlung der 30.000 DM.⁸⁶⁹ Schabrod zeigte sich erleichtert, dennoch stand ein ausstehender Restbetrag von mehreren tausend DM offen.⁸⁷⁰

Sowohl Karl Schabrods Anwalt Dr. Josef Neuberger als auch die VVN-Sozialabteilung bestärkten ihn darin, sich auf keinerlei Rückzahlungsforderung einzulassen und juristisch dagegen vorzugehen.⁸⁷¹ Schabrods Klage hatte Erfolg und bis Mitte 1962 senkte er die geforderten Rückzahlungsbeträge schrittweise auf Null.⁸⁷² Gegen den Rat seines Rechtsanwalts führte er die Klage weiter, in der Hoffnung seine Beschädigtenrente zurückzuerlangen.⁸⁷³ Im Februar 1965 lehnte das Oberlandesgericht Düsseldorf die Klage Schabrods ab und im Juni legte Karl Schabrod Revisionsbeschwerde ein, die für die nächsten Jahre unbearbeitet blieb.⁸⁷⁴

Der Entzug der Entschädigungsrente traf Karl Schabrod besonders hart, da sich das Verbot der KPD erheblich auf seine finanzielle Lage ausgewirkt hatte. Der Wegfall seines Mandats als Stadtverordneter und die Schließung des ‚freien Verlags‘ sorgten dafür, dass Schabrod sein regelmäßiges Einkommen verlor. Daher kehrte er im Sommer 1956 notgedrungen in seinen Lehrberuf als Schreiner zurück, war jedoch aufgrund von fortschreitenden Rheumabeschwerden, akuten Herzbeschwerden und auftretenden Sehenscheidenentzündungen nur begrenzt arbeitsfähig. Daher hatte Karl Schabrod im Januar 1957 sogar einen Antrag auf Erhöhung seiner Entschädigungsrente gestellt, um seinen Lebensunterhalt zu bestreiten.⁸⁷⁵

Doch die finanzielle Lage blieb weiter angespannt. Im Herbst 1957 bestellte die Familie Schabrod ihren Telefonanschluss aus Kostengründen ab⁸⁷⁶ und im Oktober 1958 musste Klara Schabrod dem Bauverwaltungsamt mitteilen, dass sie aufgrund der Verhaftung ihres Mannes bestehende Raten nicht mehr aufbringen könne.⁸⁷⁷ Karl Schabrod selbst bemühte sich mehrfach um Anstellungen in Bürotätigkeiten. Doch aufgrund seines hohen Alters, dem zeitweiligen Berufsverbot als Verleger und seines polizeilichen Führungszeugnisses blieb er ab 1962 ohne Anstellung.⁸⁷⁸

⁸⁶⁸ Dr. Neuberger an Karl Schabrod, 18.03.1960, in: NKS, Juristisches u. Karl Schabrod.

⁸⁶⁹ Regierungspräsident an Karl Schabrod, 18.02.1960, in: NKS, Juristisches und Karl Schabrod.

⁸⁷⁰ Dr. Neuberger an Karl Schabrod, 18.03.1960, in: NKS, Juristisches u. Karl Schabrod.

⁸⁷¹ Ebd.; Frau Hecht an Karl Schabrod, Düsseldorf 07.12.1961, in: NKS NY-4242, Ordner 15.

⁸⁷² Dr. Neuberger an Karl Schabrod, 23.06.1962, in: NKS, Ordner Juristisches und Karl Schabrod.

⁸⁷³ Dr. Neuberger an Karl Schabrod, Düsseldorf 26.09.1963, in: NKS, Ordner 1967 – 1972.

⁸⁷⁴ Oberlandesgericht Düsseldorf, 17.02.1965: Urteil 11 U (Entsch.) 246/54, in: Ordner Juristisches und Karl Schabrod.

⁸⁷⁵ Karl Schabrod an den Regierungspräsidenten, Düsseldorf 13.01.1957, in: NKS, Ordner 1957 – 1958.

⁸⁷⁶ Dr. Menzel an Karl Schabrod, 07.10.1957, in: NKS, Ordner 1957 – 1958.

⁸⁷⁷ Klara Schabrod an das Bauverwaltungsamt, 07.10.1958, in: NKS, Ordner 1957 – 1958.

⁸⁷⁸ Meldekarte Karl Schabrod, 26.04.1962, in: NKS, Ordner 1962. Zu den Absagen auf Bewerbungen siehe: Deutsche Vertriebs- und Verlags-Gesellschaft an Karl Schabrod, 13.04.1962, in: NKS, Ordner 1962; Dr. Lohmann an Karl Schabrod, 17.04.1962, in: NKS, Ordner 1962.

Im März 1962 stellte Karl Schabrod daher einen Rentenanspruch wegen akuter Berufs- und Erwerbsunfähigkeit.⁸⁷⁹ Jedoch hatte die Landesversicherungsanstalt Schabrods Erwerbsminderung als zu gering eingestuft. Bis 1965 versuchte Karl Schabrod, eine Berufsunfähigkeitsrente zu erwirken, ehe das Sozialgericht diese schlussendlich ablehnte.⁸⁸⁰ In diesem Zeitraum fielen Gerichts- und Anwaltskosten von über 10.000 DM an, die sich durch die verschiedenen Prozesse zur Bundestagswahl 1961 (siehe. Kap. 11) ergaben.⁸⁸¹ Karl Schabrod gelang es nur noch unregelmäßig, die Verfahrenskosten zu begleichen. Bei der Gerichtskasse stellte er mehrfach Erlassungsanträge.⁸⁸²

In seiner finanziellen Not stellte er im Mai 1967 einen Antrag auf Zahlungen in Form eines Härteausgleichs.⁸⁸³ Jost Schmitter, der zuständige Mitarbeiter der Bezirksregierung Düsseldorf, beurteilte Schabrods Antrag in einem zehnsseitigen Bericht. Darin stuft er Karl Schabrod als gehobenen Beamten ein und bemaß als Bezugsrahmen für einen Härteausgleich die Jahre 1933 bis 1965, also bis zu Schabrods 65. Lebensjahres. Daraus ergäbe sich ein Anspruch auf Härteausgleich in Höhe von 87.000 DM, der in Form einer monatlichen Rente auszuzahlen sei. Schmitter, der sich für seinen Bericht ausführlich mit Schabrods Biographie auseinandergesetzt hatte, verstand den Härteausgleich durchaus als Geste der Aussöhnung. Damit reagierte er auch auf die juristische Ungleichbehandlung, die Kommunisten in der Bundesrepublik erlebt hatten. Das Innenministerium, das den Bericht beurteilte, teilte Schmitters Einschätzung nicht. Es betonte, dass Schabrods Anspruch auf Härteausgleich erst bestünde, wenn er seine Rechtsansprüche auf die Rückerlangung seiner Entschädigungsrente vollständig aufgebe. Doch selbst dann sei die Gewährung eines Härteausgleichs für Schabrod ungewiss, denn diese würde weiterhin verweigert, „wenn der Verfolgte nach Ablehnung seines Entschädigungsanspruchs erneut Handlungen im Sinne des §6 Abs. 2 BEG begangen hat.“ Karl Schabrod lief damit Gefahr, überhaupt keinen Härteausgleich zu erhalten.⁸⁸⁴

Daraufhin sah sich Schmitter im Oktober 1967 gezwungen, Schabrods Antrag abzulehnen. Er informierte ihn darüber, dass es sich bei den vom Innenministerium angebrachten Gründen um Sollvorschriften gehandelt habe. Er habe explizit für eine Nichtanwendung plädiert. Schabrod bleibe einzig und allein der Weg, seine Ansprüche auf die Entschädigtenrente aufzugeben.⁸⁸⁵

⁸⁷⁹ Dr. Burkhard an Karl Schabrod, 26.07.1962, in: NKS, Ordner 1962.

⁸⁸⁰ Karl Schabrod an Dagmar Horstmann, Düsseldorf, 30.06.1965, in: NKS NY-4242, Ordner 04.

⁸⁸¹ Rechnungen über mehrere tausend DM finden sich in den Schreiben: Dr. Puppe an Karl Schabrod, Düsseldorf 05.01.1965, in: NKS, Ordner 1962; Heinz Peters an Karl Schabrod, Düsseldorf 05.07.1962, in: NKS, Ordner 1962.

⁸⁸² Karl Schabrod an die Gerichtskasse, Düsseldorf 14.03.1964, NKS, Ordner 1964.

⁸⁸³ Regierungspräsident an Karl Schabrod, Düsseldorf 03.10.1967, NKS 1967 – 1972.

⁸⁸⁴ Spornol, 2010: Wiedergutmachung und Kalter, S. 314 – 316.

⁸⁸⁵ Ebd., S. 317.

Schabrod wandte sich daraufhin an Nordrhein-Westfalens Innenminister Willy Weyer sowie an Außenminister Willy Brandt. Gegenüber Brandt prangerte er an, dass sich der §6 BEG zu einem „juristischen und exekutiven Verfolgungsinstrument“ entwickelt hätte, das Kommunisten gezielt ökonomisch schade.⁸⁸⁶ Im Februar 1968 sah sich Karl Schabrod aus finanziellen Gründen gezwungen, seine Klage gegen §6 BEG zurückzuziehen. Daraufhin erhielt er einen monatlichen Härteausgleich von 300 DM, also weit weniger als die Summe, die Schmitter errechnet hatte.⁸⁸⁷

Neben den hohen finanziellen Einschränkungen die der §6 BEG für Karl Schabrod brachte, ging mit dem Entzug seiner Entschädigtenrente auch eine gesellschaftliche Ausgrenzung einher. Die Wiedergutmachungspraxis der Nachkriegszeit hatte die NS-Verfolgten in zwei Gruppen unterteilt: Zunächst gab es die Anspruchsberechtigten, zu denen politisch Verfolgte, rassistisch Verfolgte und Displaced Persons sowie deren Hinterbliebene gehörten. Darüber hinaus existierten Verfolgte ohne Wiedergutmachungsanspruch, bei denen es sich um gesellschaftlich isolierte Gruppierungen handelte. Hierzu zählten körperlich und geistig Behinderte, Homosexuelle, Sinti und Roma, Kriminelle sowie Suchtkranke und Obdachlose, die man unter der Einkategorisierung Asoziale zusammenfasste. Dabei implizierte der systematische Ausschluss von Wiedergutmachungsleistungen, dass die schwerwiegenden Verfolgungen gegen die zweite Gruppierung durchaus gerechtfertigt gewesen sei. Dieser Einschätzung schlossen sich zahlreiche Wiedergutmachungsausschüsse an, denen auch politisch Verfolgte angehörten.⁸⁸⁸ Die nachträgliche Aberkennung von Wiedergutmachungsleistungen ließ Kommunisten in gewisserweise in die zweite Gruppierung rutschen. Dabei hatten vor allem Kommunisten ihre Verfolgung als Widerstandsleistung definiert (siehe Kap. 14.1) und sich in besonderem Maße von anderen Häftlingsgruppierungen abzuheben versucht (siehe Kap. 4.1).⁸⁸⁹ In diesem Kontext wirkte die Aberkennung der Wiedergutmachung als zusätzliche Herabwürdigung von Lebensleistungen. Karl Schabrod hatte sich bereits 1951 im Landtag klar geäußert, lange bevor er selbst von einer Aberkennung betroffen war. Der Verfolgtenstatus und die damit verbundene Entschädigung sei die „Feststellung des Tatbestandes“ und könne nicht als „Belohnung“ verstanden werden.⁸⁹⁰

Als Karl Schabrod im Februar 1968 gezwungen gewesen war, seinen Rechtsanspruch auf die Entschädigtenrente aufzugeben, hatte er betont, den Anspruch „erneut aufleben“ zu lassen, sobald dies die Rechtslage zulasse.⁸⁹¹ Eine solche Rechtsänderung sah er mit

⁸⁸⁶ Karl Schabrod an Außenminister Brandt, 23.11.1967, in: NKS, Ordner 1967 – 1972; Karl Schabrod an den NRW-Innenminister Weyer, 09.10.1967, in: NKS, Ordner 1967 – 1972.

⁸⁸⁷ Spernol, 2010: Wiedergutmachung und Kalter, S. 320.

⁸⁸⁸ Christina Strick, 2009: Effizienz und Empathie, Wiedergutmachung im Regierungsbezirk Düsseldorf, in: José Brunner, Norbert Frei, Constantin Goshler, Die Praxis der Wiedergutmachung, Göttingen, S. 575 – 576.

⁸⁸⁹ Spernol, 2010: Wiedergutmachung und Kalter, S. 27.

⁸⁹⁰ Ebd., S. 182.

⁸⁹¹ Karl Schabrod an den Regierungspräsidenten, Düsseldorf 06.02.1968, in: NKS, Ordner 1967 – 1972.

dem Straffreiheitsgesetz vom Sommer 1968 als gegeben an. Durch das Straffreiheitsgesetz waren Karl Schabrod alle noch ausstehenden Haftstrafen aus seinem Landtagswahlprozess und Bundestagswahlprozess erlassen worden. Hieraus leitete er ab, dass auch der §6 BEG, der jeden ausschloss, der die „freiheitlich demokratische Grundordnung im Sinne des Grundgesetz bekämpft hat“, nicht mehr zur Anwendung kommen dürfe.⁸⁹² Für diesen Standpunkt gewann er den Anwalt Martin Hirsch, der für die SPD im Bundestag saß. Dennoch strebte Schabrod keine Wiederaufnahme seiner Klage an. Vermutlich fürchtete er, dass ihm die Zahlungen des Härteausgleichs aberkannt würden. So suchte Hirsch den direkten Kontakt zu Bundesjustizminister Gerhard Jahn und machte sich für Schabrods Fall stark.⁸⁹³ Jahn hingegen hielt weiter am Rentenentzug fest. „Letztlich ist es eine weniger nach rechtlichen als nach politischen Gesichtspunkten zu beurteilende Frage, ob der in § 6 Abs. 1. Nr. 2 BEG bezeichnete Personenkreis an der Entschädigung [...] teilhaben soll oder nicht.“⁸⁹⁴

Schabrod nutzte diese Absage, um seine ausverhandelten Wahlprozesse von Neuem zu kritisieren. Er schrieb im Februar 1970 Bundesfinanzminister Alex Möller, dass er niemals gegen die freiheitlich demokratische Grundordnung gehandelt hätte und listete Lücken in der Beweisführung der Urteilsprüche auf. Ebenso sah er die fehlende Aufhebung der Begleitstrafen durch das Straffreiheitsgesetz als Geburtsfehler an, den das Finanzministerium beheben solle.⁸⁹⁵ Das Finanzministerium antwortete binnen acht Tagen und betonte, dass die Entschädigungszahlungen Aufgabe der Landesbehörden seien.⁸⁹⁶

Schabrod versuchte daraufhin, eine grundlegende Abschaffung des §6 BEG zu erwirken. Hierzu schrieb er an die Redaktion der Sendung ‚Panorama‘ vom nordwestdeutschen Rundfunk und übermittelte ihnen eine Liste von Kommunisten, die vom §6 BEG betroffen und bereit waren, sich in Interviews dazu zu äußern.⁸⁹⁷ ‚Panorama‘ hatte 1963 und 1964 als erste Fernsehsendung über den westdeutschen Antikommunismus berichtet und damit für erhebliches Aufsehen gesorgt. Allerdings zeigte sich der nordwestdeutsche Rundfunk nicht an dem Thema interessiert.⁸⁹⁸

Im November 1971 reichte Schabrod eine offizielle Petition an den Bundestag zur Aufhebung des §6 ein. „Obschon die Aussichten gering sind, das sture Festhalten an Vorschriften aus der Adenauerzeit des Kalten Krieges aufzulockern, möchte ich nichts unversucht lassen, ganz oder teilweise eine moralische und materielle Rehabilitierung

⁸⁹² Ebd.

⁸⁹³ Martin Hirsch an Karl Schabrod, Bonn 24.10.1968, in: NKS, Ordner 1967.

⁸⁹⁴ Bundesjustizminister Jahn an Karl Schabrod, Bonn 02.02.1970, in: NKS, Ordner 1967 – 1972.

⁸⁹⁵ Karl Schabrod an den Bundesminister der Finanzen Möller, 19.02.1970, in: NKS, Ordner 1967 – 1972.

⁸⁹⁶ Bundesfinanzminister Möller an Schabrod Karl, Bonn 27.02.1970, in: NKS, Ordner 1967 – 1972.

⁸⁹⁷ Karl Schabrod an den Nordwestdeutschen Rundfunk – Abteilung Zeitgeschehen – Panorama, 04.09.1970, in: NKS, Ordner 1967 – 1972.

⁸⁹⁸ Foschepoth, 2017: Verfassungswidrig!, Das KPD-Verbot, S. 320.

zu erreichen“, schrieb er an den SPD-Bundestagsabgeordneten Eberhard Brünen.⁸⁹⁹ Schabrod legte in der Petition ausführlich dar, wie der §6 gegen ihn zur Anwendung gekommen war. Er betonte, dass der Staat zwischen Verurteilung und Urteilsbegründung differenzieren müsse. Hierzu zitierte er aus den Urteilsprüchen gegen sich, in denen es unter anderem hieß, dass er „keine spezifisch individuelle Tätigkeit gegen die freiheitliche demokratische Grundordnung“ entwickelt habe. Um den Vorwurf zu entkräften, dass es sich nur um ein Einzelschicksal handeln würde, verwies er auf die parteilosen Kandidaten, die zur Landtagswahl 1958 angetreten waren (siehe Kap 10). Neben Karl Schabrod hätten 19 weitere ehemalige Kommunisten ihre Rentenansprüche verloren. Der Petitionsausschuss des Bundestags befasste sich im Juni 1972 mit Schabrods Forderung, lehnte sie vollends ab und riet ihm, sich an die Länderbehörden für eine Härtefallregelung zu wenden.⁹⁰⁰

Zuletzt gelang es ihm, im März 1979 in die Öffentlichkeit vorzudringen. Der ‚Spiegel‘ berichtete in einer zweiteiligen Reportage über den systematischen Entzug der Entschädigungsrenten nach §6 BEG. Dabei bettete das Nachrichtenmagazin Karl Schabrod in Form eines eigenen Porträts in die Reportage ein. Dennoch gelang es ihm nicht, seine Entschädigungsrente zurückzuerlangen.⁹⁰¹

Ab 1980 verschlechterte sich Karl Schabrods gesundheitlicher Zustand. Er hatte mit einer sich stetig verschlimmernden Vergesslichkeit zu kämpfen und sein ausgesprochen gutes Zahlengedächtnis baute rapide ab. Dies beeinträchtigte seine politische Arbeit, auf die er sich immer schwieriger konzentrieren konnte. Seine letzte Broschüre ‚ungesühnte Nazi-Morde in Düsseldorf‘ stellte er nur noch mit großer Mühe fertig. Karl Schabrod selbst führte seinen geistigen Zustand anfangs auf sein hohes Alter zurück. Doch bis Sommer hatte sich seine Wahrnehmung so weit verschlechtert, dass er seine eigene Tochter nicht mehr erkannte und die Ärzte diagnostizierten einen Hirntumor. Der Tumor wirkte sich zu diesem Zeitpunkt radikal auf seine Persönlichkeit aus und zwang Karl Schabrod dazu, die schlimme Verfolgungszeit im Nationalsozialismus erneut zu durchleben. Die Ärzte und Pfleger auf der Intensivstation des Düsseldorfer Uni-Klinikums nahm er als Faschisten wahr, die es auf ihn abgesehen hatten. Im Spätsommer 1980 wurde Karl Schabrod operiert und konnte sich zum Jahresende körperlich und geistig ein wenig erholen. Doch der Eingriff war so schwerwiegend, dass er Lesen und Schreiben erst wieder mühsam mit einer Logopädin erlernen musste. Ab Februar 1981 verschlechterte sich sein Gesundheitszustand von neuem und Karl Schabrod verstarb am 31. März 1981 im Kreis seiner Familie.⁹⁰²

⁸⁹⁹ Karl Schabrod an Eberhard Brünen, 12.11.1971, in: NKS, Ordner 1967 – 1972.

⁹⁰⁰ Maria Jacobi an Karl Schabrod, Bonn 26.06.1972, in: NKS, Ordner 1967 – 1972.

⁹⁰¹ Der Spiegel, 26.03.1979: „Gegen Flick und Florian“; Der Spiegel, 25.03.1979: „Nachts kommt das KZ zurück“.

⁹⁰² Klara Tuchscherer an René Lehmann, 21.01.2021.

Klara Schabrod überlebte ihren Mann um beinahe 18 Jahre. In fast 50 gemeinsamen Jahren hatte sie Karl Schabrod bei all seinen politischen Vorhaben unterstützt. Sie war aktives Mitglied in der KPD, später in der DKP sowie weiteren politischen Vereinen, insbesondere in der Frauenbewegung. Seit Karl Schabrods Verhaftung 1934 kümmerte sie sich um die Familienpost, schrieb Haftbriefe ab und leitete sie weiter. Während Karl Schabrods Inhaftierungen baute sie ein beachtliches Unterstützernetzwerk für ihren Mann auf und trug damit maßgeblich zu seinen Strafmilderungen bei.⁹⁰³

Nach seinem Tod trat sie als aktive Nachlassverwalterin in Erscheinung und berichtete öffentlich über Karl Schabrods bewegtes Leben. Ungefähr die Hälfte des Nachlasses gab sie an das Zentrale Parteiarchiv der SED in Berlin. Hierbei handelte es sich vor allem um neuere Dokumente aus der Zeit nach 1956. Nach dem Zusammenbruch der DDR, als die Parteibestände in ein geplantes Bundesarchiv eingegliedert werden sollten, forderte sie den Nachlass zurück. Den Archivaren gelang es allerdings, Klara Schabrod davon zu überzeugen, den Bestand in Berlin zu belassen. Hierzu unterzeichnete sie im September 1991 einen Vertrag. Der Aufforderung, auch den restlichen Teil des Nachlasses nach Berlin zu überführen, kam sie allerdings nicht nach. Klara Schabrod verstarb am 28. März 1999 in Meerbusch.⁹⁰⁴

⁹⁰³ Klara Tuchscherer an René Lehmann, 28.01.2021.

⁹⁰⁴ Ebd.

16. Fazit

Um die ausgehende Fragestellung abschließend zu beantworten, wie Karl Schabrod nach 1945 in Westdeutschland Politik gemacht hat, muss zunächst der Eckpfeiler seines politischen Weltbildes zusammengefasst werden. Zu einem Großteil formte sich sein Weltbild im Verlauf der 1920er Jahre aus.

Karl Schabrod erlebte durch sein Elternhaus und geschwisterliches Umfeld keine politische Vorprägung. Nach seiner Tischlerausbildung, die er nur auf Drängen seines Vaters absolviert hatte, setzte bei ihm eine weltanschauliche Orientierungssuche ein, die zunächst von dem Wunsch nach höherer Bildung geprägt war. Dies führte ihn zur Monistischen Jugend. Hier kam er erstmals mit einer wissenschaftlichen Weltanschauung in Kontakt, die für sich in Anspruch nahm, gesellschaftliche Probleme zu lösen. Die SPD, der Schabrod 1922 beitrug, führte diesen Anspruch als politische Partei fort und mit dem Eintritt in die KPD endete Karl Schabrods politische Orientierungssuche.

Im Verlauf der nächsten Jahre ging er vollends in der Kommunistischen Partei auf. Er trat zahlreichen parteinahen Organisationen bei, wurde Redakteur in der KPD-Presse, absolvierte ein elitäres Funktionärsstudium an der ILSCH in Moskau und hatte mit Klara Matthies eine Lebenspartnerin an seiner Seite, die ebenfalls fest in der KPD verankert war. Somit erlebte er die Machtübernahme 1933 als gefestigter Parteifunktionär.

Sein Verständnis von Politik war absolut und durchdrang alle Lebenssituationen. Selbst im Mikrokosmos des Konzentrationslagers Börgermoor traf er seine Entscheidungen unter politischen Gesichtspunkten. Seinem Drang, politisch zu wirken, ordnete er dabei alles andere unter. So engagierte er sich nach seiner Entlassung aus Börgermoor 1934 für die illegale Partei, trotz des hohen persönlichen Risikos. Er verbrachte 1945 nach zwölf Jahren Haft nur wenige Wochen mit seiner Familie, um schnellstmöglich wieder in den Dienst der Partei zu treten und nahm ab 1961 bewusst Haftstrafen für sein politisches Engagement in Kauf.

Dabei gab er der Partei immer wieder Vorrang vor seinen persönlichen Wünschen und Ansichten. Schon für seinen Eintritt in die KPD verzichtete er auf seinen Jugendtraum eines Studiums, das ihm von der SPD angeboten worden war. Als er 1950 und 1953 massiv öffentlich angegriffen wurde für einen Artikel im ‚Freien Volk‘ und für seinen Einwand, dass nicht alle Wege zum Kommunismus führen würden, nahm er die Zurechtweisung an. Er sprach sich 1957 für eine Unterstützung der SPD bei der Bundestagswahl aus, obwohl er sich bei der Kommunalwahl im Herbst 1956 genau entgegengesetzt positioniert hatte. Als Mitglied des ‚Initiativausschuss für die Wiederzulassung der KPD‘ hatte er jahrelang für ein Fortbestehen der KPD gekämpft und schloss sich doch sofort der DKP an, auch wenn dies das Ende für eine Wiederzulassung bedeutete.

Wie hat Karl Schabrod nun auf Grundlage dieses Politikverständnisses nach 1945 in der Bundesrepublik agiert? Diese Frage teilt sich dabei in vier wichtige Unterpunkte auf:

1.) Welche Themen hat Karl Schabrod aufgegriffen? Auch bei seiner Themenwahl trat Karl Schabrod vorwiegend als KPD-Politiker auf. Im Landtag und der Stadtverordnetenversammlung Düsseldorfs positionierte er sich eindeutig gegen die Gründung der Bundesrepublik, die Montanunion und die fortschreitende Westintegration. Karl Schabrod selbst definierte seine Standpunkte dabei als Friedenspolitik und erhob immer wieder den Vorwurf, dass die Westintegration und deutsche Teilung einen neuen Krieg herbeiführten. Nach Gründung der Bundesrepublik trat Karl Schabrod vermehrt für eine staatsrechtliche Anerkennung der DDR ein und warb für einen Austausch zwischen der Bundesrepublik und der DDR. Auch nach dem Verbot der KPD fügte sich Karl Schabrod, wie viele Kommunisten, in die breit aufgestellte Friedensbewegung ein und protestierte weiter gegen die Existenz der Bundeswehr und ein atomares Schreckensszenario.

Mit seinen unabhängigen Kandidaturen 1956 bis 1961 rückten die Grundrechtseinschränkungen für Kommunisten immer weiter in den Fokus seiner politischen Arbeit. Dabei verknüpfte er die Grundrechtseinschränkungen mit seiner Person und machte sich damit selbst zum Gegenstand seiner Politik. Ab Mitte der 1960er schuf sich Karl Schabrod mit seinen historischen Forschungen zum Widerstand gegen den Nationalsozialismus ein neues Arbeitsfeld, das er im Rahmen der Neuen Ostpolitik weiter politisierte.

2.) Wie hat sich Karl Schabrod für seine Themen Gehör verschafft? Solange die KPD existierte, nutzte er das Parlament oder die Parteipresse, um für seine politischen Ziele zu werben. In der Stadtverordnetenversammlung, die oftmals weniger Anknüpfungspunkte an die zentralen Themen der KPD bot, war Karl Schabrod bestrebt, lokalpolitische Fragen als Auswirkungen von falscher Bundes- oder Landespolitik darzustellen. So verknüpfte er 1948 die Vertragsregelungen von Religionslehrern an Berufsschulen mit der fehlenden Verfassung des Landes. 1951 brachte er die gestiegenen Strom-, Gas- und Wasserkosten in direkte Verbindung mit einer Spaltungspolitik Deutschlands, die Unsummen an Geldern verschlingen würde. In einem ähnlichen Argumentationsmuster rechnete er während der Debatte zur Rücklagenbildung der örtlichen Straßenreinigung die unnötigen Mehrkosten der provisorischen Bundeshauptstadt Bonn vor.

Mit dem Verbot der KPD stand Karl Schabrod vor der Herausforderung, neue Wege und Mittel finden zu müssen, um seine politischen Vorstellungen nach außen zu transportieren. Die erste Möglichkeit wieder politisch in die Öffentlichkeit zu treten, eröffnete sich ihm bereits im Oktober 1956. Er trat als unabhängiger Kandidat zur Kommunalwahl in Düsseldorf an. Nach einigen Auseinandersetzungen mit dem Düsseldorfer Polizeipräsidenten verlief seine Kandidatur ohne rechtliche Probleme, worin der eigentlich

politische Erfolg für Karl Schabrod lag. Daran versuchte er 1958 und 1961 mit weiteren Kandidaturen anzuknüpfen, die aber zu Anklagen führten.

Während der Verbotszeit etablierte Karl Schabrod zudem eine umfassende Form von Briefpolitik. Viele Briefe richteten sich an ehemalige politische Weggefährten, die Karl Schabrod ganz direkt und offensiv mit seinen Standpunkten konfrontierte. 1957 wandte er sich an Friederike Nadig, die im Ausschuss für Rechtswesen und Verfassungsschutz des Bundestags über eine Amnestie und Einstellung der Strafverfahren gegen politische Häftlinge mitentschied. Den 60. Geburtstag des Ministerpräsidenten Fritz Steinhoff nutzte er, um einen Geburtstagsgruß zu schreiben, der vorwiegend die Haltung der SPD zur atomaren Abrüstung kritisierte. Seinen ehemaligen Rechtsanwalt Gustav Heinemann konfrontierte er 1967, nachdem er in seiner Funktion als Justizminister einen Fachartikel veröffentlicht hatte, der sich gegen eine Wiedezulassung der KPD aussprach. Zusätzlich schrieb er aktiv Leserbriefe, in denen er Artikel richtigzustellen versuchte. Hier argumentierte er deutlich ausgewogener, als in den Briefen an verantwortliche Politiker und gewann so ab Mitte der 1960er Jahre das Interesse des ‚Spiegels‘ für sich.

Ein weiteres Element seiner Briefpolitik stellten seine Rundbriefe dar. Der erste dieser Rundbriefe war dabei aus der Not heraus entstanden, nachdem sich die örtliche Presse geweigert hatte, seine Inserate zum Wahlkampf 1956 abzudrucken. Mit seiner ‚Unabhängigen Wählerzeitung‘ gab er eine kurze Broschüre heraus, die über seinen Wahlkampf und seine Standpunkte informierte. Die regelmäßig herausgegebenen Rundbriefe seit 1957 richteten sich vor allem an ein kommunistisches Milieu. Dabei stellten die Rundbriefe weit mehr als eine Informationsweitergabe dar. Immer wieder forderte Karl Schabrod aktiv Rückmeldungen zu seinen Standpunkten ein, um eine politische Debatte anzustoßen, wie sie für Kommunisten öffentlich nicht mehr möglich war. So hängte er die Schreiben an Ministerpräsident Steinhoff oder die Korrespondenz mit dem SPD-Vorstand im Frühjahr 1966 an seine Rundschreiben an und rief dazu auf, ihm Antwortvorschläge zuzuschicken. 1958 überführte er seine Rundbriefe dann in ein festes, offizielles und vor allem öffentliches Format, als er ‚die freie Meinung‘ als eigene Zeitung herausgab. Als die Zeitung aber 1960 verboten wurde und der nachfolgende Rechtsstreit ein Wiedererscheinen verhinderte, kehrte Karl Schabrod erneut zu seinen Rundbriefen zurück. Neben der Briefpolitik gab Karl Schabrod auch zwei Grundsatzprogramme heraus, um seine Botschaften in die Öffentlichkeit zu tragen.

Karl Schabrods Politik verstand sich im wesentlichen als Kritik an der Entwicklung der Bundesrepublik. Doch ohne eigenen Partei- und Presseapparat waren seine politischen Partizipationsversuche häufig darauf angewiesen, dass sie eine Reaktion hervorrufen mussten. Allerdings zeigten sich weite Teile der Bundesrepublik, einschließlich der Presse, nicht daran interessiert, sich mit Schabrods Leserbriefen, Aufrufen, persönlichen Briefen und Grundsatzprogrammen auseinanderzusetzen. So verhalte ein Großteil

seines politischen Engagements gewissermaßen ungehört. Den Höhepunkt erreichte diese Entwicklung im Jahr 1961. Für Karl Schabrod war es nahezu unmöglich geworden, vom Bundestag oder aus dem Justizwesen irgendeine Stellungnahme zur Gültigkeit seines passiven Wahlrechts zu erhalten. In dieser Situation beanspruchte er den Gerichtssaal als Schauplatz, um Politik zu machen. Durch die bewusste Inkaufnahme einer Anklage zwang er die Bundesregierung gewissermaßen dazu, sich mit seinen politischen Positionen auseinanderzusetzen. Dies war sicherlich das extremste Mittel, auf das Karl Schabrod zurückgriff, um sich politisch Gehör zu verschaffen.

Das gemäßigtere gesellschaftliche Klima, das ab Mitte der 1960er Jahre einsetzte, erlaubte es Karl Schabrod, mit dem ‚Initiativausschuss für die Wiedermulassung der KPD‘ eine Interessenorganisation zu gründen, die ganz offen mit seinen politischen Zielen in Verbindung stand. Hier trat Karl Schabrod als Redner auf und konnte Pressemitteilungen herausgeben. Obwohl der Initiativausschuss mindestens in demselben Maße als Nachfolgeorganisation der KPD hätte gewertet werden können wie die KWG, blieb der Ausschuss von einer dauerhaften Strafverfolgung verschont.

Über seine historischen Forschungen, die Karl Schabrod seit Mitte der 1960er Jahre intensiviert hatte, erschloss er sich einen weiteren Weg, um politisch aktiv zu sein. Durch mehrere Publikationen, Rednerauftritte und die Konzeption einer eigenen Ausstellung erarbeitete er sich eine Art Expertenstatus. In seiner Rolle als Experte wirkte er Anfang der 1970er Jahre auf die Überarbeitung der Schulgeschichtsbücher ein, die das Kultusministerium Nordrhein-Westfalens überprüfen ließ. Dabei definierte er seine Geschichtsarbeit auch als festen Bestandteil der Neuen Ostpolitik, die dazu beitragen werde, „die Verträge von Moskau und Warschau mit Leben zu erfüllen.“⁹⁰⁵

3.) Wie ging die westdeutsche Nachkriegsgesellschaft mit Karl Schabrods politischen Engagement um? Stieß er auf Hindernisse seitens der Gesellschaft, Politik, Polizei und Justiz? Die KPD hatte mit dem Aufruf vom 11. Juni 1945 versucht, sich politisch neu auszurichten und von einer revolutionären Klassenpartei in eine parlamentarische Volkspartei zu wandeln. Ebenso gehörte sie in den ersten Jahren zahlreichen Landesregierungen an. Doch die Konflikte und Spannungen des Kalten Kriegs schlugen sich spätestens mit der Gründung der SED vollends im deutschen Parteiensystem wieder. Die junge Bundesrepublik definierte sich rasch als antikommunistische Gesellschaft, die sich mehrheitlich zur Westintegration bekannte und die Existenz der DDR sowie die Verschiebung der Ostgrenzen nicht akzeptierte. Die KPD, die ohnehin schon weit abseits der bundesrepublikanischen Gesellschaft stand, grenzte sich mit dem ‚Umbau zur Partei neuen Typus‘ seit 1948 nochmals weiter von den Gegebenheiten in Westdeutschland ab. Dabei stieß die Kommunistische Partei eine verbale Eskalationsspirale an, die schließlich zum ‚Programm zur nationalen Wiedervereinigung‘ von 1952 führte,

⁹⁰⁵ Karl Schabrod, 04.1971: zur „Situation in den Schulgeschichtsbüchern von Nordrhein-Westfalen“, in: Sonderdruck aus „Schule und Nation“, Heft 2/XVII, in: NKS NY-4242, Ordner 23.

in dem sie unter gewissen Umständen zum gewaltsamen Sturz des Adenauerregimes aufrief. „Die KPD ist ein Stachel, keine Opposition“, hatte der Landtagsabgeordnete Peter Josef Schaeven 1950 die Haltung der CDU zur Kommunistischen Partei zusammengefasst.⁹⁰⁶

Karl Schabrod spürte in unzähligen Situationen, wie der bürgerlich-konservative Staat versuchte, sich dieses vermeintlichen ‚Stachels‘ unter allen Umständen zu entledigen. Wo er im Landtag 1947 und in der Stadtverordnetenversammlung 1951 noch darum gerungen hatte, Kommunisten entsprechend dem Parteienproporz im Beamtenapparat unterzubringen, schien eine solche Zusammenarbeit ab 1952 völlig unmöglich. Die CDU entzog der KPD im Landtag das Fraktionsrecht. In der Stadtverordnetenversammlung entfernte sie die Kommunisten aus wesentlichen Ausschüssen. Städtische Säle wurden der KPD nicht mehr zur Verfügung gestellt, Ausweispapiere und Interzonenpässe bewusst zurückgehalten, Versammlungsverbote ausgesprochen, Polizeischutz auf Veranstaltungen verweigert, Parteiräume durchsucht und Abgeordnetenimmunitäten überproportional häufig aufgehoben. Zahlreiche Redebeiträge in der Stadtverordnetenversammlung wurden über ‚Im Osten‘-Zurufe teils niedergebrüllt, die sich bis zum ‚imitierten Hundegebell‘ steigerten.⁹⁰⁷

Dabei fußte die antikommunistische Ausgrenzung nicht nur auf persönlichen Einzelmaßnahmen, sondern auf teils gesetzlichen Vorgaben. Bereits 1950 verabschiedete die Bundesregierung einen ersten Radikalenerlass, der eine KPD-Mitgliedschaft für unvereinbar mit dem Staatsdienst erklärte. Zeitgleich hoben die Landesregierungen Steuervergünstigungen für Inserate in der Kommunistischen Presse auf. Mit dem 1. Strafrechtsänderungsgesetz von 1951 war dann ein regelrechtes antikommunistisches Gesinnungsstrafrecht auf den Weg gebracht worden. Alle Straftatbestände des Hochverrats wurden fortan präventiv angeklagt und verurteilt, ohne dass ein konkreter Beweis für eine gewaltsame, politische Straftat von Nöten war. Dabei waren die einzelnen Straftatbestände so abstrakt umrissen, dass der Strafverfolgung ein erheblicher Interpretationsspielraum zufiel, was sie als staatsgefährdend einstufte. Das Bundesverfassungsgericht schaffte es, mit seinem Verbotsurteil von 1956 die ohnehin schon sehr unklare Rechtslage nochmal erheblich zu verschlimmern. Es betonte explizit, dass die KPD verboten, der Marxismus aber weiterhin erlaubt sei, ohne aber eine klare Trennlinie zu ziehen. Somit dehnte das Urteil den immensen Interpretationsspielraum der Strafverfolger nochmals aus. Zusätzlich datierte das BVerfG das Parteiverbot auf den Tag des Verbotsantrags zurück und schuf damit einen Zeitraum von 5 Jahren, in dem KPD-Funktionäre nun rechtlich belangt werden konnten.

Als Karl Schabrod nach dem Parteiverbot weiter politisch in Erscheinung trat, bekam er das volle Ausmaß des politischen Strafrechts zu spüren: Veranstaltungen wurden kurzfristig abgesagt, das Anschlagen von Plakaten verweigert, seine Wahlkandidaturen

⁹⁰⁶ Düding, 2008: Parlamentarismus in Nordrhein-Westfalen, S. 333 – 334.

⁹⁰⁷ Stadtverordnetenversammlung 29.10.1952, in: Stadtarchiv Düsseldorf, 9-0-1-30.0000.

wurden strafrechtlich verfolgt. Er verbüßte Untersuchungshaft und musste 1962 trotz bestehenden Revisionsanspruchs seine Haftstrafe absitzen. Ihm wurden das aktive und passive Wahlrecht für fünf Jahre entzogen und er verlor seine Entschädigungsrente, die er beinahe vollständig zurückzahlen sollte.

4.) Wie ging Karl Schabrod mit diesen Hindernissen um? Karl Schabrod zeigte sich nicht bereit, die Auswirkungen des 1. Strafrechtsänderungsgesetz und des KPD-Verbots kampflos zu akzeptieren. Auf seine formlose Entfernung aus der Stadtverordnetenversammlung 1956 reagierte er mit einem emotionalen Protestbrief. In ähnlicher Art schrieb er an den DGB, der sich nur positiv zum Verbot der kommunistischen Partei geäußert hatte. Doch Karl Schabrod beließ es nicht dabei, seinem Ärger bloß Luft zu machen.

Sofern er eine Möglichkeit sah, setzte er sich rechtlich zur Wehr. Bereits 1951, als der hessische Innenminister 20.000 Werbebroschüren für die Weltjugendfestspiele beschlagnahmt hatte, reichte Karl Schabrod Klage ein. Dabei bewies er eine außerordentliche Hartnäckigkeit. Er trug das Verfahren über mehrere Instanzen bis zum Oberlandesgericht und reichte nach abgelehnter Revision eine Verfassungsbeschwerde ein, die er selbst nach dem KPD-Verbot noch aufrecht hielt.

Dabei war die Rechtslage für Kommunisten so prekär, dass er sich teilweise erst einmal juristisch das Recht erstreiten musste, überhaupt sein Recht erstreiten zu dürfen. Dies geschah bei den Verboten seiner Wahlkampfveranstaltungen ‚Schabrod antwortet Schröder‘ und ‚Mein Deutschland-Plan für Frieden, Abrüstung und Verständigung‘. Zwar hatte Karl Schabrod unmittelbar nach Bekanntgabe der Verbotshandlungen Beschwerde eingelegt, aber der Rechtsweg war viel zu langsam, um die extrem kurzfristigen Verbote noch rechtzeitig aufzuheben. Als er danach an seiner Beschwerde festhielt, lehnte Düsseldorfs Regierungspräsident diese ab, da das Verbot „inzwischen durch Zeitablauf gegenstandslos geworden“ sei, wodurch die Verbote gewissermaßen unangreifbar wurden.⁹⁰⁸ Erst drei Jahre später, nachdem das Verwaltungsgericht die Beschwerde ebenfalls als gegenstandslos zurückgewiesen hatte, erkannte das Oberverwaltungsgericht Karl Schabrods Beschwerde überhaupt erst als rechtmäßig an. Die zahlreichen Prozesse führte Karl Schabrod solange, bis er die Anwaltskosten nicht mehr bezahlen konnte, obwohl er nur in seltenen Fällen Recht zugesprochen bekam.

Neben dem Rechtsweg bemühte er sich um eine mediale und gesellschaftliche Mobilisierung. In der ‚freien Meinung‘ und der regelmäßigen Prozessschrift ‚der politische Prozess‘ sowie seiner abschließenden Abrechnung zum Landtagswahlprozess in ‚15 Männer verteidigen ihr Recht‘ machte Karl Schabrod immer wieder intensiv auf die Maßnahmen gegen sich aufmerksam. Zusammen mit seiner Ehefrau Klara baute er vor allem ab 1961 ein großes Unterstützernetzwerk auf, das Karl Schabrod in der DDR zeitweilig zum Volkshelden erklärte, und das sich für seine Freilassung einsetzte. Er verließ

⁹⁰⁸ Regierungspräsident an Rechtsanwalt Heinz Peters, 02.11.1961, in: NKS, Ordner 1961.

sich aber nicht allein auf den Zuspruch einer breiten, jedoch anonymen Masse. Während seines Revisionsprozesses zur Teilnahme an der Bundestagswahl 1962 berief er reihenweise politische Leumundszeugen ein, die sich für seine Aufrichtigkeit verbürgten. Für diesen Schritt gewann er vor allem Politiker, die ihm und der KPD nicht besonders nahestanden, wie Justizminister Sträter (CDU), den Bundesverfassungsrichter Herbert Scholtissek, der das Urteil zum KPD-Verbot mitverfasst hatte. Zusätzlich sicherte er sich auch einen Leumundsbericht des Oberstadtdirektors Hensel von der CDU, mit dem er sich während seiner Mandatszeit gleich mehrfach überworfen hatte. Ebenso konfrontierte er die SPD-Führung und verantwortliche Politiker wie Justizminister Arthur Sträter immer wieder mit dem ungerechtfertigten Entzug seiner Grundrechte und forderte sie auf, Stellung zu beziehen.

Karl Schabrods Bestreben Politik zu machen, verlangte ihm in der Bundesrepublik psychisch, physisch und finanziell enorm viel ab. Gleichzeitig sank mit der Isolation der KPD ab 1948 und dem Parteiverbot 1956 sein Einfluss rapide. Das Risiko als Kommunist politisch tätig zu sein, überwog bei weitem die geringen Aussichten darauf, eine gesellschaftliche Veränderung zu erwirken. Dabei hätte es durchaus Alternativen für Karl Schabrod gegeben. Er hätte sich aus bestimmten Politikbereichen zurückziehen, über einen Eintritt in die SPD nachdenken oder in die DDR ziehen können, wo seine Familie herkam.

Dass Karl Schabrod sich den Risiken und Repressionen dennoch ausgesetzt hat, lag sicherlich in seinem absoluten Anspruch an Politik mitbegründet, der über sein persönliches Wohlergehen hinausging. Darüber hinaus haben auch die einprägsamen Erfahrungen im Landtag eine Rolle gespielt, als die KPD eine Hilflosigkeit in der Regierung erlebte. Nahezu alle wichtigen Großprojekte, selbst die in denen die kommunistische Partei eine parlamentarische und gesellschaftliche Mehrheit hinter sich hatte, waren gescheitert. So hatte Karl Schabrod erlebt, dass ganz gleich unter welchen günstigen Rahmenbedingungen er politisch aktiv war, der Erfolg keinesfalls garantiert war. Zusätzlich bot ihm die unklare Rechtslage der politischen Justiz und der Antikommunismus der 1950er Jahre auch die Möglichkeit, die Fehler der Bundesrepublik offen aufzuzeigen. Eine Anordnung der illegalen KPD-Führung, in der Bundesrepublik zu bleiben, ist nicht überliefert und scheint auch unwahrscheinlich. Jedoch handelte Karl Schabrod immer wieder im Interesse der illegalen KPD.

Dabei agierte Karl Schabrod nicht allein. Für seine Grundsatzprogramme, die KWG und den ‚Initiativausschuss für die Wiederezulassung der KPD‘ arbeitete er mit anderen ehemaligen KPD-Mitgliedern zusammen, die ebenfalls politisch aktiv waren. Gerade nach dem Parteiverbot, als es keinen offiziellen Parteiapparat mehr gab, stellten diese aktiven Kommunisten wohl den Kern der illegalen KPD dar.

Inwieweit dieser Kern das Handeln der einzelnen Kommunisten bestimmte, aktiv oder passiv auf ihre Politik Einfluss nahm, ob er einfach nur ein loses Sammelbecken Gleichgesinnter oder doch ein eingeschworenes Milieu aus geschulten Funktionären war, übersteigt den Rahmen dieser Promotion. Ziel dieser Arbeit war es, den Blick in die KPD hinein zu öffnen. Zukünftige biographische Forschungsprojekte zu bekannten Kommunisten wie Manfred Kapluck, Max Reimann, Josef Ledwohn oder Josef Angenfort könnten ein umfassenderes Bild zeichnen und die Gemeinsamkeiten der politischen Strategien beleuchten. Auch existiert mit den kommunistischen Wahlgemeinschaften, von denen es neben der KWG eine ganze Reihe ab 1956 gab, ein weiteres Untersuchungsfeld, das bisher kaum wissenschaftliche Beachtung erfahren hat und tieferen Einblick in die Geschichte der illegalen KPD bieten würde.

17. Literatur- und Quellenverzeichnis

17.1 Unveröffentlichte Quellen und Archivquellen

Archiv Landtag NRW:

Biographisches Kompendium zu Karl Schabrod, LTNRW118 Nr A0208/0658.

Landesdrucksache Nr. 1-96 u. 1-97, in:

<https://www.landtag.nrw.de/portal/WWW/dokumentenarchiv/Dokument/MMDEP96.pdf>, zuletzt aufgerufen am 04.02.2021.

Landesdrucksache Nr. 2-105, 20.09.1947 in:

<https://www.landtag.nrw.de/portal/WWW/dokumentenarchiv/Dokument/MMD01-105.pdf>, zuletzt aufgerufen am 04.02.2021.

Landesdrucksache Nr. 2-72, 16.10.1950, in:

<https://www.landtag.nrw.de/portal/WWW/dokumentenarchiv/Dokument/MMD02-72.pdf>, zuletzt aufgerufen am 04.02.2021.

Plenarprotokoll zur 1. Sitzung des Landtags Nordrhein-Westfalen am 05.07.1950, in:

<https://www.landtag.nrw.de/portal/WWW/dokumentenarchiv/Dokument/MMP02-1.pdf>, zuletzt aufgerufen am 04.02.2021.

Plenarprotokoll zur 9. Sitzung des Landtags Nordrhein-Westfalen am 25.10.1950, in:

<https://www.landtag.nrw.de/portal/WWW/dokumentenarchiv/Dokument/MMP02-9.pdf>, zuletzt aufgerufen am 04.02.2021.

Plenarprotokoll zur 10. Sitzung des Landtags Nordrhein-Westfalen am 24.11.1950, in:

<https://www.landtag.nrw.de/portal/WWW/dokumentenarchiv/Dokument/MMP02-10.pdf>, zuletzt aufgerufen am 04.02.2021.

Plenarprotokoll zur 16. Sitzung am 2. Oktober 1947, in:

<https://www.landtag.nrw.de/portal/WWW/dokumentenarchiv/Dokument/MMP01-16.pdf>, zuletzt aufgerufen am 04.02.2021.

Plenarprotokoll zur 20. Sitzung des Landtags Nordrhein-Westfalen am 27.11.1947, in:

<https://www.landtag.nrw.de/portal/WWW/dokumentenarchiv/Dokument/MMP01-20.pdf>, zuletzt aufgerufen am 04.02.2021.

Plenarprotokoll zur 26. Sitzung des Landtags Nordrhein-Westfalen am 09.12.1947, in:

<https://www.landtag.nrw.de/portal/WWW/dokumentenarchiv/Dokument/MMP01-26.pdf>, zuletzt aufgerufen am 04.02.2021.

Plenarprotokoll zur 27. Sitzung des Landtags Nordrhein-Westfalen am 12.07.1951, in:

<https://www.landtag.nrw.de/portal/WWW/dokumentenarchiv/Dokument/MMP02-27.pdf>, zuletzt aufgerufen am 04.02.2021.

Plenarprotokoll zur 28. Sitzung des Landtags Nordrhein-Westfalen am 05. Februar 1948, in: <https://www.landtag.nrw.de/portal/WWW/dokumentenarchiv/Dokument/MMP01-28.pdf>, zuletzt aufgerufen am 04.02.2021.

Plenarprotokoll zur 34. Sitzung des Landtags Nordrhein-Westfalen am 07. Februar 1948, in: <https://www.landtag.nrw.de/portal/WWW/dokumentenarchiv/Dokument/MMP01-34.pdf>, zuletzt aufgerufen am 04.02.2021.

Plenarprotokoll zur 34. Sitzung des Landtags Nordrhein-Westfalen am 14.11.1951, in: <https://www.landtag.nrw.de/portal/WWW/dokumentenarchiv/Dokument/MMP02-34.pdf>, zuletzt aufgerufen am 04.02.2021.

Plenarprotokoll zur 35. Sitzung des Landtags Nordrhein-Westfalen am 05. April 1948, in: <https://www.landtag.nrw.de/portal/WWW/dokumentenarchiv/Dokument/MMP01-35.pdf>, zuletzt aufgerufen am 04.02.2021.

Plenarprotokoll zur 44. Sitzung des Landtags Nordrhein-Westfalen am 30.04.1948, in: <https://www.landtag.nrw.de/portal/WWW/dokumentenarchiv/Dokument/MMP01-44.pdf>, zuletzt aufgerufen am 04.02.2021.

Plenarprotokoll zur 87. Sitzung des Landtags Nordrhein-Westfalen am 13.07.1953, in: <https://www.landtag.nrw.de/portal/WWW/dokumentenarchiv/Dokument/MMP02-87.pdf>, zuletzt aufgerufen am 04.02.2021.

Plenarprotokoll zur 89. Sitzung des Landtags Nordrhein-Westfalen am 24.07.1953, in: <https://www.landtag.nrw.de/portal/WWW/dokumentenarchiv/Dokument/MMP02-89.pdf>, zuletzt aufgerufen am 04.02.2021.

Plenarprotokoll zur 98. Sitzung des Landtags Nordrhein-Westfalen am 27.01.1954, in: <https://www.landtag.nrw.de/portal/WWW/dokumentenarchiv/Dokument/MMP02-98.pdf>, zuletzt aufgerufen am 04.02.2021.

Plenarprotokoll zur 109. Sitzung des Landtags Nordrhein-Westfalen am 07.04.1954, in: <https://www.landtag.nrw.de/portal/WWW/dokumentenarchiv/Dokument/MMP02-109.pdf>, zuletzt aufgerufen am 04.02.2021.

BArch (Bundesarchiv):

BArch, BY1/732
NY-4242

BSTU (Der Bundesbeauftragte für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen Deutschen Demokratischen Republik):

BSTU HA IX/11 SV53/89
MFS HA IX/11 SV 14/74 Bd 34

FES (Friedrich-Ebert-Stiftung):

Korrespondenz Werner Jacobi
Nachlass Willy Könen
SPD-Bundestagsfraktion, 2/BTFE001120

Klara Tuchscherer:

NKS (Nachlass Karl Schabrod)
nicht einsortiertes Material

Mahn- und Gedenkstätte Düsseldorf:

GED-23-004-300.000

Stadtarchiv Düsseldorf:

Briefe und Postkarten von und an Albert Nohl, 4-120-0-18.0000
Karl Schabrod, Einladung auf den Neurather Hof, 4-23-0-10.0000
Karl Schabrod an das Stadtarchiv Düsseldorf, 24.02.1979, 4-101-1-2.0000
Opfer des Nationalsozialismus 1963 – 1967, 0-1-23-501.0000.
Personenkartei Karl Schabrod, 5-5-7-7-231.0000
Protokolle der Stadtverordnetenversammlungen 1949 – 1956, 9-0-1-29.0000 bis 32.0000.
Prozessakte IV 3328/58, GED 0-1-22-91.0000

VVN-BdA NRW:

Karl Schabrod Bündel 1 – 4.
Karl Schabrod Bündel 5 – 6.
Sign. 3443a/b
Sign. 4404A
Sign. 4829
Sign. 4894

Zeitzeugengespräche und direkte Korrespondenzen:

Klara Tuchscherer an René Lehmann, 21.01.2021
Klara Tuchscherer an René Lehmann, 28.01.2021
Klara Tuchscherer an René Lehmann, 08.03.2021
Zzg. Klara Tuchscherer, 24.01.2020.
Zzg. Günter Schabrod, 13.02.2020.

17.2 Zeitungen:

Berliner Morgenpost:

Berliner Morgenpost, 15.02.1968: Das alte Programm, in: NKS NY-4242 Ordner 05.

Der Spiegel:

Der Spiegel, 10.04.1957: Wehner-Affäre, Vergleiche mit Wyschinski, in:
<https://www.spiegel.de/spiegel/print/d-41120836.html>, zuletzt aufgerufen am 04.02.2021.

Der Spiegel, 15.01.1958: Das Fuldaer Manifest, in:
<https://www.spiegel.de/spiegel/print/d-41760445.html>, zuletzt aufgerufen am 04.02.2021.

Der Spiegel, 05.07.1961: Justiz / Güde Gebrochenes Rückgrat, in:
<https://www.spiegel.de/spiegel/print/d-43364860.html>, zuletzt aufgerufen am 04.02.2021.

Der Spiegel, 02.05.1962: Jupp und die Ultras, in:
<https://www.spiegel.de/spiegel/print/d-45139975.html>, zuletzt aufgerufen am 04.02.2021.

Der Spiegel, 19.12.1962: VVN-Prozess Aufs tote Gleis, in:
<https://www.spiegel.de/spiegel/print/d-45125287.html>, zuletzt aufgerufen am 04.02.2021.

Spiegel, 07.05.1967: Zeitgeschichte / Nationalsozialisten hoch und her, in:
<https://www.spiegel.de/spiegel/print/d-46265080.html>, zuletzt aufgerufen am 04.02.2021.

Der Spiegel, 25.03.1979: „Nachts kommt das KZ zurück“, in:
<https://www.spiegel.de/politik/nachts-kommt-das-kz-zurueck-a-b05cc1f7-0002-0001-0000-000040351915>, zuletzt aufgerufen am 04.02.2021.

Der Spiegel, 26.03.1979: „Gegen Flick und Florian“, in:
<https://www.spiegel.de/politik/gegen-flick-und-florian-a-2955904d-0002-0001-0000-000040351916>, zuletzt aufgerufen am 04.02.2021.

Der Spiegel, 10.03.2009: Kalenderblatt 10.03.1950 – Prügelei im Bundestag, in:
<https://www.spiegel.de/fotostrecke/kalenderblatt-10-3-1950-fotostrecke-108031.html>, zuletzt aufgerufen am 04.02.2021.

die freie Meinung:

die freie Meinung, 01.03.1958 – 23.07.1960, in: NKS, Ordner die freie Meinung.

Die Tat:

Die Tat, 10.1958: Geburtstag im Gefängnis, in: NKS, Ordner 1958.

Die Tat, 29.07.1961: Warum wurden Kandidaten verhaftet, in: NKS, Zeitungen und Haftbuch.

Die Tat, 28.07.1962: Schabrod und Sander im Gerichtssaal verhaftet, in: NKS, Ordner 1962.

Die Zeit:

Die Zeit, 07.10.1966: Wirbel um alte Kommunisten, in: Archiv Landtag NRW, LTNRW118 Nr A0208/0658.

Düsseldorfer Nachrichten:

Düsseldorfer Nachrichten, 04.07.1979: Meldung, in: NKS, nicht einsortiertes Material.

DVZ (Deutsche Volkszeitung):

DVZ, 21.09.1961: Dürfen Kommunisten kandidieren, in: NKS, Zeitungen und Haftbuch.

DVZ, 24.08.1972: Israels merkwürdiger Sozialismus, in: NKS NY-4242, Ordner 33.

Frankfurter Rundschau:

Frankfurter Rundschau, 23.12.2019: Fall VVN bewegt den hessischen Landtag, in: <https://www.fr.de/rhein-main/fall-bewegt-hessischen-landtag-13366041.html>, zuletzt aufgerufen am 04.02.2021.

Freiheit:

Freiheit, 01.03.1946, in: ULB Düsseldorf, f/0002 Masterraum.

Freiheit, 10.02.1948: KPD fordert Neuwahlen, in: NKS, Ordner 1948.

Freies Volk:

Freies Volk, 13.02.1953: Studiert gründlicher Genossen!, in: NKS, Ordner 1953 – 1956.

Freies Volk, undatiert: Nochmals: Studiert gründlicher, Genossen!, in: NKS, Ordner 1953 – 1956.

Jüdische Allgemeine:

Jüdische Allgemeine, 20.05.2020: Zentralrat der Juden Kritik an Gemeinnützigkeitsaberkennung für Verfolgte, in: <https://www.juedische-allgemeine.de/politik/kritik-an-gemeinnuetzigkeits-aberkennung-fuer-verfolgte/>, zuletzt aufgerufen am 04.02.2021.

ND (Neues Deutschland):

ND, 30.06.2020: Finanzamt weist Einspruch der VVN-BdA zurück, in: <https://www.neues-deutschland.de/artikel/1138519.bund-der-antifaschisten-finanzamt-weist-einspruch-der-vvn-bda-zurueck.html>, zuletzt aufgerufen am 04.02.2021.

ND, 29.07.1961: Jagd auf Atomkriegsgegner, in: NKS, Zeitungen und Haftbuch.

ND, 18.10.1961: Karl Schabrod zum Ehrenbürger der Stadt Perleberg ernannt, in: NKS, Zeitungen und Haftbuch.

RP (Rheinische Post):

RP, 09.07.1960, 15 Jahre Düsseldorfer Stadtparlament, in: VVN-BdA NRW, Karl Schabrod Bündel 1 – 4.

RP, 25.07.1966: Ein Gespräch fand nicht statt, 25.07.1966, in: NKS, Ordner 1966.

RP, 01.02.2018: Dietrich „Dirk“ Hespers ist im Alter von 86 Jahren gestorben, in: https://rp-online.de/nrw/staedte/moenchengladbach/dietrich-dirk-hespers-ist-im-alter-von-86-jahren-gestorben_aid-17813539, zuletzt aufgerufen am 04.02.2021.

Saarbrücker Zeitung:

Saarbrücker Zeitung, 19.06.1967: Versammlung verboten, in: NKS NY-4242, Ordner 08.

SZ (Süddeutsche Zeitung):

SZ, 08./09.07.1961: Die Kommunisten rühren sich wieder, in: NKS, Zeitungen und Haftbuch.

WZ (Westdeutsche Zeitung):

WZ, 17.10.1970: Karl Schabrod 70 Jahre alt, in: Stadtarchiv Düsseldorf, 4-120-0-18.0000.

Unsere Welt – Wochenbeilage der Schweriner Volkszeitung

Unsere Welt – Wochenbeilage der Schweriner Volkszeitung, 22.12.1962: Lieber Genosse Karl Schabrod, in: NKS, Ordner 1962.

UZ (Unsere Zeit):

UZ, 26.01.1973: Die Land-Streicher setzen Rotstift beim sozialen Wohnungsbau an, in: NKS NY-4242, Ordner 14.

UZ, 24.09.1976: „Wie das Recht auf Arbeit“ in die Landesverfassung kam, in: NKS, Ordner 1947B.

UZ, 05.01.1979: Wurden die Flicks von den Faschisten getäuscht, irregführt, mißbraucht – Interview mit Karl Schabrod über das Buch „Widerstand – Gegen Flick und Florian“, in: VVN-BdA NRW, Sign. 4894.

UZ, 18.10.1980: Zum 80. Geburtstag von Karl Schabrod, in: NKS, Ordner 1962.

17.3 Literaturverzeichnis:

Bachmann, Kurt, 1978: Die Konstituierung der Deutschen Kommunistischen Partei, in: Schäfer, Max: Die DKP: Gründung, Entwicklung, Bedeutung, Frankfurt am Main, S. 167 – 192.

Baron, Udo, 2003: Kalter Krieg und heisser Frieden, Der Einfluss der SED und ihrer westdeutschen Verbündeten auf die Partei ‚die Grünen‘, Chemnitz.

Bartel, Walter, 1960: Buchenwald – Mahnung und Verpflichtung, Berlin.

Bayerlein, Bernhard H., 2009: Abschied von einem Mythos, Die UdSSR, die Komintern und der Antifaschismus 1930 – 1941, in: Osteuropa, Vol. 59, Nr. 7/8, Der Hitler-Stalin-Pakt: Der Krieg und die osteuropäische Erinnerung, S. 125 – 147.

Benner, Dietrich / Kemper, Herwat, 2009: Theorie und Geschichte der Reformpädagogik, Teil 3.2, staatliche Schulreform und Schulversuche in den westlichen Besatzungszonen und in der BRD, Weinheim und Basel.

Benser, Günter, 1993: Dokumente zur Geschichte der kommunistischen Bewegung in Deutschland, Reihe 1945 /1946, Band 1, Protokolle des Sekretariats des Zentralkomitees der KPD Juli 1945 bis April 1946, München.

Bergmann, Joachim / Jacobi, Otto / Müller-Jentsch, Walther, 1979: Gewerkschaften in der Bundesrepublik, Band 1, Gewerkschaftliche Lohnpolitik zwischen Mitgliederinteressen und ökonomischen Systemzwängen, Frankfurt am Main.

Becker, Josef, 1983: Hitlers Machtergreifung 1933, vom Machtantritt Hitlers 30. Januar 1933 bis zur Besiegelung des Einparteienstaates 14. Juli 1933, München.

Billstein, Aurel, 1973: Der eine fällt, die anderen rücken nach ..., Dokumente des Widerstandes und der Verfolgung in Krefeld 1933 – 1945, Frankfurt am Main.

Boldt, Hans, 1996: Verfassung einer europäischen Region? Die Landesverfassung im Wandel ihrer Rahmenbedingungen, in: Köhler, Wolfram: Nordrhein-Westfalen Fünfzig Jahre später 1946 – 1996, Koblenz, S. 57 – 68.

Botz, Gerhard, 2016: Binnenstruktur, Alltagsverhalten und Überlebenschancen in Nazi-Konzentrationslagern, in: Historische Sozialforschung, Supplement Nr. 28: Zeitgeschichte zwischen Politik, Biografie und Methodik: Gewalt und Nationalsozialismus in Österreich im 20. Jahrhundert.

Creuzberger, Stefan, 2009: Westintegration und neue Ostpolitik, die Außenpolitik der Bonner Republik, Berlin.

Dästner, Christian / Gärtner, Wolfgang, 2000: Konflikt und Konsens, 50 Jahre Landesverfassung Nordrhein-Westfalen, Düsseldorf.

- Deppe, Frank, 1977: Geschichte der deutschen Gewerkschaftsbewegung, Düsseldorf.
- Deuerlein, Ernst, 1972: Deutschland 1963 – 1970, Edition Zeitgeschehen, Hannover.
- Dubiel, Helmut, 1999: Niemand ist frei von der Geschichte, die nationalsozialistische Herrschaft in den Debatten des Deutschen Bundestages, München.
- Düding, Diether 2008: Parlamentarismus in Nordrhein-Westfalen 1946 – 1980, vom Fünfparteien- zum Zweiparteienlandtag, Düsseldorf.
- Dworok, Gerrit, 2013: 1968 und die 68er, Ereignisse, Wirkungen und Kontroversen in der Bundesrepublik, Köln.
- Ebbighausen, Rolf / Kirchhoff, Peter, 1970: Der angepasste Klassenkampf: Organisation und Politik der DKP zwei Jahre nach ihrer Neukonstituierung, in: Politische Vierteljahresschrift, Vol. 11, Nr. 4, S. 556 – 578.
- Ebbighausen, Rolf / Kirchhoff, Peter, 1972: Zur Betriebsgruppenstrategie der DKP, in: Politische Vierteljahresschrift, Nr. 13, S. 106 – 129.
- Fleermann, Bastian / Jakobs, Hildegard / Sparing, Frank, 2012: Die Gestapo in Düsseldorf 1933 – 1945, Geschichte einer nationalsozialistischen Sonderbehörde im Westen Deutschlands, Düsseldorf.
- Fleck, Hans-Georg, 1994: Sozialliberalismus und Gewerkschaftsbewegung, die Hirsch-Dunckerschen Gewerkvereine 1868 – 1914, Köln.
- Flechtheim, Ossip K., 1986: Die KPD in der Weimarer Republik, Hamburg.
- Foschepoth, Josef, 2017: Verfassungswidrig!, Das KPD-Verbot im Kalten Bürgerkrieg, Göttingen.
- Fülberth, Georg, 1990: KPD und DKP 1945 – 1990, zwei kommunistische Parteien in der vierten Periode kapitalistischer Entwicklung, Heilbronn.
- Fuhrmann, Maximilian, 2019: Antiextremismus und wehrhafte Demokratie, Kritik am politischen Selbstverständnis der Bundesrepublik Deutschland, Baden-Baden.
- Hanke, Irma, 1968: Zur Identität des neuen Programmentwurfes der KPD, in: Zeitschrift für Politik Nr 4., S. 430 – 452.
- Haunfelder, Bernd, 2006: Nordrhein-Westfalen – Land und Leute 1946 – 2006, ein biographisches Handbuch, Münster.
- Heinemann, Gustav W., 1967: Wiedezulassung der KPD?, in: Juristenzeitung, 22. Jahrg. Nr. 14, S. 425 – 426.
- Hemmer, Hans-Otto / Mielke, Siegfried, 1990: Geschichte der Gewerkschaften in der Bundesrepublik Deutschland, von den Anfängen bis heute, Köln.

Hempel-Küter, Christa, 1993: Die KPD-Presse in den Westzonen 1945 – 1956, historische Einführung, Bibliographie und Standortverzeichnis, Frankfurt am Main.

Heying, Mareen, 2014: Klara Schabrod: Alltagskonstruktionen einer Kommunistin in Briefen zur Zeit des deutschen Faschismus, „sei innigst umarmt und geküsst“, Bochum.

Heying, Mareen, 2014: „denk ich mir auch immer, es kann ja nicht ewig so bleiben.“ – Klara und Karl Schabrod – Briefwechsel eines kommunistischen Paares zwischen Freiheit und Haft 1934 – 1945, in: Düsseldorfer Jahrbuch, 84. Band, Essen, S. 217 – 238.

Hoebink, Hein, 1988: Das Recht auf Arbeit und seine Verankerung in der nordrhein-westfälischen Verfassung, in: Der Staat, Vol. 27, Nr. 2, S 290 – 302.

Hoppe, Bert, 2007: In Stalins Gefolgschaft, Moskau und die KPD 1928 – 1933, Studien zur Zeitgeschichte Nr. 74, München.

Judick, Günter, 1989: KPD 1945 – 1968 Dokumente, Band 1 1945 – 1952, Neuss.

Kachel, Steffen, 2011: Ein rot-roter Sonderweg? Sozialdemokraten und Kommunisten in Thüringen 1919 bis 1949, Köln.

Kamiński, Andrzej J., 1982: Konzentrationslager 1896 bis heute, Geschichte, Funktion, Typologie, München.

Kessler, Ralf / Peter, Hartmut Rüdiger, 1995: Antifaschisten in der SBZ, Zwischen elitärem Selbstverständnis und politischer Instrumentalisierung, in: Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte, 43. Jahrg., 4. Heft, S. 611 – 633.

Kleiderling, Gerhard, 1997: Scheinpluralismus und Blockparteien, Die KPD und die Gründung der Parteien in Berlin 1945, in: Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte, Vol. 2., S 257 – 296.

Klessmann, Christoph, 1983: Betriebsparteigruppen und Einheitsgewerkschaft, Zur betrieblichen Arbeit der politischen Parteien in der Frühphase der westdeutschen Arbeiterbewegung 1945 – 1952, in: Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte, 31. Jahrg. 2. H, S. 272 – 307.

Klocksinn, Jens Ulrich, 1993: Kommunisten im Parlament, Die KPD in Regierungen und Parlamenten der westdeutschen Besatzungszonen und der Bundesrepublik Deutschland (1945 - 1956), Bonn.

Körner, Klaus, 2003: „Die rote Gefahr“, antikommunistische Propaganda in der Bundesrepublik 1950 – 2000, Hamburg.

Kössler, Till, 2005: Abschied von der Revolution, Kommunisten und Gesellschaft in Westdeutschland 1945 – 1968, Düsseldorf.

Kozicki, Norbert, 2008: Aufbruch in NRW, 1968 und die Folgen, Essen.

Kraushaar, Wolfgang, 2000: 1968 als Mythos, Chiffre und Zäsur, Hamburg.

Lambrecht, Wolfgang, 2007: Deutsch-deutsche Reformdebatten vor „Bologna“, Die „Bildungskatastrophe“ der 1960er-Jahre, in: Zeithistorische Forschungen, Heft 3, S. 472 – 477.

Landtag Nordrhein-Westfalen, 1950: Repertorium zu den Verhandlungen des Landtags Nordrhein-Westfalens in der I. Wahlperiode 1947/1950, Düsseldorf.

Lang, Jürgen P., 2019: Zeitschriftenporträt: Marxistische Blätter, in: Jahrbuch Extremismus & Demokratie, Bd. 2019, S. 229 – 247.

Langhoff, Wolfgang, 2014: Die Moorsoldaten, 13 Monate Konzentrationslager, Essen.

Langhoff, Wolfgang / Schabrod, Karl 1983: Wir sind die Moorsoldaten, in: Werkkreis Literatur und Arbeitswelt: Der rote Großvater erzählt, Berichte und Erzählungen von Veteranen der Arbeiterbewegung aus der Zeit von 1914 – 1945, Berlin.

Lehndorff-Felsko, Angelika / Rische, Fritz, 1981: Der KPD-Verbotsprozess 1954 bis 1956, wie es dazu kam – sein Verlauf – die Folgen, Frankfurt am Main 1981.

Ley, Astrid, 2006: Medizin im Konzentrationslager: Gezielte Vernachlässigung, medizinische Minimalversorgung, ärztliche Verbrechen, Dauerausstellung in der Gedenkstätte Sachsenhausen, in: Medizinhistorisches Journal, Band 41, Heft 1, S. 99 – 108.

Liedtke, Wolfgang, 1988: Die politischen Parteien in Düsseldorf nach 1945, Gründung, innerparteiliche Struktur und Kommunalpolitik der Ratsparteien bis zum Ende der Fünfziger Jahre, Essen.

Liesegang, Helmut, 1975: Gewerkschaften in der Bundesrepublik Deutschland, Dokumente zur Stellung und Aufgabe der Gewerkschaften in Staat und Gesellschaft, Berlin.

Mayer, Herbert, 1995: Durchsetzt von Parteifeinden, Agenten, Verbrechern...?, Zu den Parteisäuberungen in der KPD (1948 – 1952) unter der Mitwirkung der SED, in: Hefte zur DDR-Geschichte Nr. 29.

Meier, Horst, 1987: Als die Demokratie streiten lernte, Zur Argumentationsstruktur des KPD-Urteils von 1956, in: Kritische Justiz, Nr. 4, S. 460 – 473.

Mellies, Dirk, 2007: Trojanische Pferde der DDR?, Das neutralistisch-pazifistische Netzwerk der frühen Bundesrepublik und die Deutsche Volkszeitung, 1953 – 1973, Frankfurt am Main.

Mies, Herbert, 1978: Gedanken zum 10. Jahrestag der Gründung der DKP, in: Schäfer, Max: die DKP, Gründung, Entwicklung, Bedeutung, Frankfurt am Main, S. 11 – 40.

Müller, Werner, 1979: Die KPD und die "Einheit der Arbeiterklasse", Frankfurt.

Neumann, Phillipp, 2013: „... eine Sprachregelung zu finden“, Zur Kanonisierung des kommunistischen Buchenwald-Gedächtnisses in der Dokumentation Mahnung und Verpflichtung, in: Stengel, Katharina: Opfer als Akteure, Interventionen ehemaliger NS-Verfolgter in der Nachkriegszeit, S. 151 – 173.

Ochs, Eugen, 1984: Ein Arbeiter im Widerstand, Heilbronn.

- Plum, Günter, 1970: Volksfront, Konzentration und Mandatsfrage, Ein Beitrag zur Geschichte der SPD im Exil 1933-1939, in: Vierteljahreshefte für Zeitgeschichte, 18. Jahrg., 4. Heft, S. 410 – 442.
- Pohlmann, Friedrich, 2005: Stätten des Terrors im Kommunismus und Nationalsozialismus – Archipel Gulag und Konzentrationslager, in: Zeitschrift für Politik, Vol. 52, Nr. 3, S. 297 – 317.
- Posser, Diether, 1991: Anwalt im Kalten Krieg, ein Stück deutscher Geschichte in politischen Prozessen 1951 - 1968, München.
- Präsidium der VVN, 1972: Vom Häftlingskomitee zum Bund der Antifaschisten, der Weg der Vereinigungen der Verfolgten des Naziregimes, Frankfurt.
- Probst, Ulrich, 1979: Die kommunistischen Parteien der Bundesrepublik Deutschland, in: Zeitschrift für Politik, Vol. 26 Nr. 1, S. 59 – 96.
- Reimann, Max, 1973: Entscheidungen 1945 – 1956, Frankfurt am Main.
- Ryschowsky, Nikolaus J., 1968: Die linke Linke, Geschichte und Staat Band 129/30.
- Schabrod, Karl, 1959: 15 Männer verteidigen ihr Recht, ein Politischer Mammutprozeß vor der IV. Großen Strafkammer in Düsseldorf, Düsseldorf.
- Schabrod, Karl 1966: Befreit – und doch nicht frei, in: Rosner, Fanny: Vereint sind wir alles, Erinnerungen an die Gründung der SED, Berlin, S. 707 – 721.
- Schabrod, Karl, 1969: Widerstand an Rhein und Ruhr 1933 – 1945, Düsseldorf.
- Schabrod, Karl, 04.1971: zur „Situation in den Schulgeschichtsbüchern von Nordrhein-Westfalen“, in: Sonderdruck aus „Schule und Nation“, Heft 2/XVII.
- Schabrod, Karl, 1978: Widerstand gegen Flick und Florian, Düsseldorfer Antifaschisten über ihren Widerstand 1933 – 1945, Frankfurt am Main.
- Schildt, Axel, 2017: Antikommunismus von Hitler zu Adenauer, in: Frei, Norbert / Rigoll, Dominik, Der Antikommunismus in seiner Epoche, Weltanschauung und Politik in Deutschland, Europa und den USA, Göttingen, S. 186 – 203.
- Schmeitzner, Mike, 2007: Der Totalitarismusbegriff Kurt Schumachers. Politische Intention und praktische Wirksamkeit, in: Schmeitzner, Mike: Totalitarismuskritik von links, deutsche Diskurse im 20. Jahrhundert, Göttingen, S. 249 – 282.
- Schmidt, Ernst, 1972: Schulgeschichtsbücher -kritisert -korrigiert, Materialien für einen verfassungsgerechten Unterricht, Essen.
- Schöler, Uli, 2001: Wolfgang Abendrot – Fragen an einen politischen Lebensweg, in: Balzer, Friedrich-Martin, Wolfgang Abendroth wissenschaftlicher Politiker, Bio-bibliographische Beiträge, Opladen, S. 11 – 46.
- Schönberg, Mirko, 2006: Flughafenstreit; Die Kontroverse um den Ausbau des Düsseldorfer Flughafens von 1952 bis zum Angerland-Vergleich (1965), Marburg.

Schönfeldt, Otto, 1978: KPD-Verbot – ein fortwirkendes Übel, in: Schäfer, Max: Die DKP, Gründung, Entwicklung, Bedeutung, Frankfurt am Main, S. 111 – 144.

Schönfeld, Rolf, 1983: Die deutsche Friedens-Union, in: Stöss, Richard / Bacia, Jürgen: Parteien-Handbuch, die Parteien der Bundesrepublik Deutschland 1945 - 1980, Band 1 AUD–EFP, Wiesbaden, S. 848 – 876.

Schubert, Klaus / Klein, Martina, 2016: Das Politiklexikon, Begriffe, Fakten, Zusammenhänge, Bonn.

Schuster, Rudolf, 1968: Relegalisierung der KPD oder Illegalisierung der NPD? Zur politischen und rechtlichen Problematik von Parteiverboten, in: Zeitschrift für Politik, Neue Folge Nr. 15, S. 413 – 429.

Schuster, Rudolf, 1968: Über die Grenzen der „abwehrbereiten Demokratie“, Ein Beitrag zur Diskussion über eine Wiederbeteiligung der KPD, in: Juristenzeitung, 23. Jahrg. Nr. 5/6, S 152 – 159.

Schütz, Walter J., 2011: Zur Entwicklung und Struktur parteinaher Zeitungen seit 1945 (III), Grundrichtungen: KPD/DKP/SEW/SED, Deutsche Partei, Zentrum, NDPD, DBD, Domowina und SSW, in: Jahrbuch für Kommunikationsgeschichte 13. Bd., S. 86 – 94.

Spernol, Boris 2010: Wiedergutmachung und Kalter Krieg, der Umgang mit kommunistischen NS-Verfolgten in Westdeutschland, Jena.

Stengel, Katharina, 2012: Hermann Langbein, Ein Auschwitz-Überlebender in den erinnerungspolitischen Konflikten der Nachkriegszeit, Frankfurt am Main.

Stengl, Anton, 2011: Zur Geschichte der K-Gruppen, Marxisten-Leninisten in der BRD der Siebziger Jahre, Frankfurt am Main.

Strick, Christina, 2009: Effizienz und Empathie, Wiedergutmachung im Regierungsbezirk Düsseldorf, in: José Brunner, Norbert Frei, Constantin Goschler, Die Praxis der Wiedergutmachung, Göttingen, S. 572 – 599.

Vogel, Alois, 2006: 60 Jahre Landtag Nordrhein-Westfalen, das Land und seine Abgeordneten, Duisburg.

von Brünneck, Alexander, 1978: Politische Justiz gegen Kommunisten in der Bundesrepublik Deutschland 1949 – 1968, Frankfurt am Main.

von Weiß, Andreas, 1975: Linksradikale Organisationen in der Bundesrepublik Deutschland und ihre politische Bedeutung, in: Zeitschrift für Politik, Neue Folge Nr. 1, S. 41 – 48.

Weber, Hermann, 1969: Die Wandlung des deutschen Kommunismus, die Stalinisierung der KPD in der Weimarer Republik Bd. 1, Frankfurt am Main..

Weichlein, Siegfried, 2017: Antikommunismus im westdeutschen Katholizismus, in: Frei, Norbert /Rigoll, Dominik, Der Antikommunismus in seiner Epoche, Weltanschauung und Politik in Deutschland, Europa und den USA, Göttingen, S. 124 – 138.

Wilke, Manfred / Müller, Hans-Peter / Brabant, Marion, 1990: Die Deutsche Kommunistische Partei (DKP), Geschichte – Organisation – Politik, Köln.

Wißkirchen, Josef, 2005: Brauweiler bei Köln: Frühes Konzentrationslager in der Provinzial-Arbeitsanstalt 1933/34, in: Schulte, Jan Erik: Konzentrationslager im Rheinland und in Westfalen 1933 – 1945, Zentrale Steuerung und regionale Initiative, Paderborn, S. 65 – 86.

Ziche, Paul, 2000: Monismus um 1900, Wissenschaftskultur und Weltanschauung, Monographien zur Geschichte der Biowissenschaften und Medizin Band 4, Berlin.

17.4 Quellen und Dokumente aus dem Internet:

Ahlener Programm, 03.1947, in:

https://www.kas.de/c/document_library/get_file?uuid=0bd1a22b-ecf9-fdf2-7390-3fb8d3312b13&groupId=252038, zuletzt aufgerufen am 04.02.2021.

Bahr, Egon, 15.07.1963: „Wandel durch Annäherung“, Rede in der Evangelischen Akademie Tutzing, in: 100(0) Schlüsseldokumente zur deutschen Geschichte im 20. Jahrhundert, https://www.1000dokumente.de/index.html?c=dokument_de&dokument=0091_bah&l=de, zuletzt aufgerufen am 04.02.2021.

Bundesverfassungsgericht, 17.08.1956: Urteil zum KPD-Verbot, in: <https://openjur.de/u/335396.html>, zuletzt aufgerufen am 04.02.2021.

Chronik 1923, in: <https://www.dhm.de/lemo/jahreschronik/1923>, zuletzt aufgerufen am 04.02.2021.

Dahlhaus, Max: biographische Angaben aus dem Handbuch der Deutschen Kommunisten, in: <https://www.bundesstiftung-aufarbeitung.de/de/recherche/kataloge-datenbanken/biographische-datenbanken/max-dahlhaus?ID=4161>, zuletzt aufgerufen am 04.02.2021.

Der Schwur von Buchenwald, 19.04.1945, in:

https://www.buchenwald.de/fileadmin/buchenwald/download/der_ort/Buchenwaldschwur.pdf, zuletzt aufgerufen am 04.02.2021.

Dittmar, Arthur, 2017: Offene Fragen der Geschichte, Band 4 Chronik von 1900 bis 1933, in: <https://docplayer.org/31731398-Offene-fragen-der-geschichte-band-4-chronik-von-1900-bis-1933.html>, zuletzt aufgerufen am 04.02.2021.

Gesetz zur Behebung der Not von Volk und Reich, 24. März 1933, in: 100(0) Schlüsseldokumente zur deutschen Geschichte im 20. Jahrhundert, https://www.1000dokumente.de/index.html?c=dokument_de&dokument=0006_erm&object=abstract&st=&l=de, zuletzt aufgerufen am 04.02.2021.

Gustav Heinemann 1899 – 1976, in: <https://www.hdg.de/lemo/biografie/gustav-heinemann.html>, zuletzt aufgerufen am 04.02.2021.

Lehmann, René, 2020: Abschlussbericht zum Briefnachlass Heinrich Plum, in:
<https://villamerlaender.de/wp-content/uploads/2020/08/Ababschlussbericht-Heinrich-Plum-Finale-Fassung-FS.doc5412.pdf>, zuletzt aufgerufen am 04.02.2021.

Liebknecht, Karl, 30.12.1918: Die Krisis der USP, in:
<https://www.marxists.org/deutsch/geschichte/deutsch/kpd/1918/tag1am.htm>, zuletzt aufgerufen am 04.02.2021.

Oberschewen, Klaus / Driever, David: Werner Finkemeier und der Mut der Moorsoldaten, in:
<https://paroli-magazin.de/werner-finkemeier-und-der-mut-der-moorsoldaten/>, zuletzt aufgerufen am 08.03.2021.

Petition: VVN-BdA muss gemeinnützig bleiben, in:
<https://www.openpetition.de/petition/online/die-vvn-bda-muss-gemeinnuetzig-bleiben>, zuletzt aufgerufen am 04.02.2021.

Sander, Ullrich, 2020: Höchstrichterliches aus Bayerns Verfassungsschutzamt, in:
<https://www.redglobe.de/deutschland/repression/64608-hchstrichterliches-aus-bayerns-verfassung-gsschutzamt>, zuletzt aufgerufen am 10.04.2020.

Schrodi, Michael, 30.11.2019, Antrag YO1: Antifaschismus muss gemeinnützig bleiben, Kleiner Landesparteitag 30.11.2019, in:
https://www.parteitag-bayernspd.de/cvtx_antrag/antifaschismus-muss-gemeinnuetzig-bleiben/, zuletzt aufgerufen am 04.02.2021.

Warschauer Brief an das Zentralkomitee der KP der Tschechoslowakei vom 15. Juli 1968 und dessen Antwort, in:
https://www.herder-institut.de/no_cache/digitale-angebote/dokumente-und-materialien/themenmodule/quelle/1363/details.html, zuletzt aufgerufen am 04.02.2021.

Wissenschaftliche Dienste Deutscher Bundestag, 2009: Ausarbeitung – Änderungen des Grundgesetzes seit 1949, in:
<https://www.bundestag.de/resource/blob/422928/0c2af6de554124edbd05a08e4fee334/WD-3-380-09-pdf-data.pdf>, zuletzt aufgerufen am 04.02.2021.

Eidesstattliche Erklärung:

Ich erkläre hiermit, dass ich die vorliegende Arbeit selbständig und ohne Benutzung anderer als der angegebenen Hilfsmittel angefertigt und die aus fremden Quellen direkt oder indirekt übernommenen Gedanken als solche kenntlich gemacht habe und dass die Arbeit bisher in gleicher oder ähnlicher Form keiner Prüfungsbehörde vorgelegt und auch noch nicht veröffentlicht wurde. Bereits veröffentlichte Teile sind in der Arbeit gekennzeichnet.

Willich, 25.03.2021 _____